

ISSN 0939-3013 | € 12,80  
ISBN 978-3-7410-0237-3

# PER SPEK TIVEN

**D** perspektivends  
Zeitschrift für  
Gesellschaftsanalyse  
und Reformpolitik  
**S** Aufbruch in  
unsicherer Zeit

38. Jahrgang

2

21

SCHÜREN



perspektiven des demokratischen sozialismus  
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse  
und Reformpolitik  
38. Jahrgang 2021 Heft 2  
ISBN 978-3-7410-0237-3 (Print)  
ISBN 978-3-7410-0150-5 (eBook)  
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS) e.V.  
von Hermann Adam, Nils Diederich, Helga Grebing (†), Leo Kießler, Richard Saage und Karl Theodor Schuon

**Redaktionsbeirat:** Bernhard Claußen, Martin Gorholt, Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder, Klaus Kost, Jens Kreibaum, Hendrik Küpper, Kira Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer, Andreas M. Müggenburg, Simon Obenhuber, Roland Popp, Sibylle Reinhardt, Lars Rensmann, Moritz Rudolph, Klaus-Jürgen Scherer, Wolfgang Schroeder, Joachim Spangenberg, Gert Weißkirchen  
**Redaktion dieser Ausgabe:** Hendrik Küpper, Laura Clarissa Loew, Kira Ludwig, Klaus-Jürgen Scherer  
**Gestaltung:** Erik Schüßler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative  
Demokratischer Sozialismus  
WBH, Wilhelmstr. 141  
10963 Berlin  
Kontakt: kjs@hochschulinitiative-ds.de

**Weitere Informationen unter:**  
[www.hochschulinitiative-ds.de](http://www.hochschulinitiative-ds.de)

**Verlag und Abo-Vertrieb:**  
Schüren Verlag GmbH,  
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg  
Informationen zu *perspektivends* und zum  
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden  
Sie im Internet: [www.schueren-verlag.de](http://www.schueren-verlag.de)  
Die *perspektivends* erscheinen zweimal im Jahr.  
Einzelpreis € 12,80, Jahresabo € 22,00 incl. Versand.  
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im  
Mitgliedsbeitrag enthalten.  
© Schüren Verlag GmbH  
Alle Rechte vorbehalten.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-  
skripte wird keine Haftung übernommen.  
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag  
**Druck:** Wir machen Druck, Backnang

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die  
Vision einer freien, gerechten und solidarischen  
Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine  
dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres  
Handelns ist die soziale Demokratie.*

– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

# Aufbruch in unsicherer Zeit

# perspektivends 2/21

# INHALT

## EDITORIAL

4

## AKTUELL

Gert Weißkirchen  
Offener Brief an die jungen  
Bundestagabgeordneten der SPD

7

## SCHWERPUNKT: AUFBRUCH IN UNSICHERER ZEIT

Robert Misik  
Vier Blicke auf die politische Kultur  
Deutschlands 2021

9

Klaus Wettig  
Die Bundestagswahl 2021 unter der  
Lupe. Der SPD-Wahlkampf war perfekt

11

Gero Neugebauer  
Die Bundestagswahl 2021 –  
eine unvollständige Analyse

18

Anne Küppers  
Das Wahlverhalten junger Menschen  
bei der Bundestagswahl 2021

23

Marc Saxer  
Transformativer Realismus

34

Martin Gorholt  
Ostdeutschland nach den  
Bundestagswahlen

39

Gesine Schwan  
Zukunftskonzepte der sozialen  
Demokratie in Stadt und Land

45

Horst Heimann  
Eine neue Revisionismusdebatte  
ist ein Plädoyer für «eine neue  
Aufklärung»

50

Jeremias Düring  
Heute noch von Bernstein lernen? 71

Hermann Adam  
Profit- oder Gemeinwohlorientierung?  
Grenzen nicht-kapitalistischer  
Unternehmensführung 74

## GESCHICHTSPERSPEKTIVEN

Uli Schöler  
Wiedergelesen:  
Willy Brandt – *Links und Frei* 98

Richard Saage  
Otto Bauer. Ein Grenzgänger  
zwischen Reform und Revolution 103

Gerhard Dassow  
Zum 150. Geburtstag von Otto Braun 111

Siegfried Heimann  
150 Jahre Hildegard Wegscheider 124

Petra Hoffmann Zschocher  
Buchenwald ist mir geblieben 130

## HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig  
Wie Dauerstellen die Exzellenz  
gefährden können 138

Marianne Hofbauer / Florentine Ruf  
Gemeinsam studieren in Europa:  
Selbstbestimmt und solidarisch 145

## BEITRÄGE UND DISKUSSION

Armin Pfahl-Traugher  
Die BDS-Kampagne zum Israel-Boycott 149

Edgar Göll  
Linker Klimaschutz in Kuba 167

Martin Mertens  
Gespräch: Sozial-ökologischer  
Strukturwandel im Rheinischen Revier 175

Arno Brandt  
Umstrittene Rosa – Eine Entgegnung 181

Hermann Adam  
Warum der «Mitte-Rutsch» der SPD  
richtig war. Antworten an Hagen Weiler 184

Johano Strasser  
«Verfall des Gemeinsinns!»  
«Jugend kennt keine Tugend!» 186

## JUNGE PERSPEKTIVEN

Hendrik Küpper / Laura Loew  
Die Sozialdemokratie und die Idee  
des demokratischen Sozialismus nach  
der Bundestagswahl 193

Alicia Langfeld  
Erklärungsversuch des FDP-Erfolgs bei  
den Jung- und Erstwähler:innen 196

Philipp Breder / Julie Rothe  
Bundestagswahlkampf und linke SPD  
mit Zukunft 200

Lisa-Maria Pridik  
Olaf Scholz und Brandenburger Jusos 204

Ye-One Rhie  
Es zählt nicht, wo jemand herkommt,  
sondern wo er für sich und andere  
hinwill 207

Leona Krause  
Plädoyer für gerechtere Finanzpolitik 211

Oliver Nerger  
Neustart des BAföG im  
50. Jubiläumsjahr 215

Hendrik Küpper  
Demokratie braucht Demokratinnen  
und Demokraten 219

## REZENSIONEN UND BERICHTE

Leon Billerbeck  
Martin Endreß / Christian Jansen  
und Werner Schmidt zu Karl Marx 223

Holger Hertel  
Florian Grotz / Wolfgang Schroeder:  
Das politische System der  
Bundesrepublik Deutschland 227

Tobias Schweitzer  
Wendy Brown und Thomas Biebricher  
zum Neoliberalismus 229

Wolfgang Kowalsky  
Neue Zeiten auch für die IG Metall 233

Gero Neugebauer  
Gerd Mielke / Fedor Ruhose:  
Wo steht die SPD? 235

Armin Pfahl-Traughber  
Frank Deppe: Sozialismus.  
Geburt und Aufschwung 241

Klaus Leesch  
Yuval Rubovitch: Marxismus,  
Revisionismus, Zionismus 242

Peter Steinbach  
Sönke Neitzel: Deutsche Krieger –  
eine Militärgeschichte 245

Klaus-Jürgen Scherer  
Dietmar Süß / Cornelius Torp –  
Tilman Fichter / Siegward  
Lönnendonker – Bernd Rother 255

Dokumentation  
Wahlauf Ruf, am 26. September die  
SPD und Olaf Scholz wählen! 260

Autorinnen und Autoren 263

# EDITORIAL

2021, das Jahr 2 der COVID-19-Pandemie, kann sich rückblickend auch als Jahr des (dringend notwendigen) *Aufbruchs* erweisen. Überraschend – von Platz drei auf Platz eins – gewann die SPD, nachdem Angela Merkel nach 16 Jahren nicht mehr antrat, mit Vizekanzler Olaf Scholz die Bundestagswahlen.

Unser Schwerpunkt enthält hierzu Analysen und Perspektiven, auch hervorgegangen aus der Tagung der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e.V. am 8.–10. Oktober in Templin, ermöglicht durch die Brandenburger Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Nach fast zwei kontaktbeschränkten Jahren war einmal wieder eine tatsächliche Begegnung möglich – zudem «hybrid» ergänzt durch digitale Teilnahme. Das war zwei Wochen nach der erfolgreichen Bundestagswahl – in Brandenburg gewann die SPD alle Direktmandate – vielfach auch ein emotionaler Moment. So berichtete unsere frisch gewählte Bundestagsabgeordnete Maja Wallstein (Jg. 1986), selbst in Wissenschaft und Forschung tätig, von den konkreten Erfahrungen ihres erfolgreichen Wahlkampfes im Wahlkreis Cottbus-Spree-Neiße: «zuhören, anpacken, abliefern». Hätten wir die Tagung ein paar Wochen später geplant, wäre sie wohl erneut der Pandemie zum Opfer gefallen.

So konnte nach zwei Jahren auch der Vorstand turnusgemäß wiedergewählt werden. Wir begrüßen Martin Gorholt als neues Vorstandsmitglied und bedanken uns bei Hein-

rich Tiemann, der nicht wieder für den Vorstand antrat. Als Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt: Nils Diederich, Horst Heimann, Klaus Kost, Hendrik Küpper, Kira Ludwig, Ralf Ludwig, Andreas M. Müggenburg, Sibylle Reinhardt, Lars Rensmann, Klaus-Jürgen Scherer, Wolfgang Schroeder und Gert Weißkirchen.

Ob die neue Bundesregierung das freiheitlich-ökosoziale Narrativ des gemeinsamen großen Aufbruchs («Mehr Fortschritt wagen») zu implementieren vermag oder ob sie ein durch das Wahlergebnis erzwungenes Zweckbündnis bleibt, wird die Praxis zeigen. Wie werden sich der soziale Kurswechsel durch die SPD, der konsequentere Klimaschutz der Grünen, die Digitalisierung und Modernisierung der FDP ergänzen? Möglich, dass jetzt wie 1969 und 1998 wieder eine Reformära beginnt, notwendig wäre diese ja allemal.

Die Groko hatte zwar die meisten Krisen einigermaßen gut verwaltet und sozial einiges bewegt, doch letztlich schlidderten wir durch Problemverdrängung und Strukturkonservatismus, Auf-Sicht-fahren und Blockaden der Union in immer existenziellere Bedrohungen hinein. Die Groko stand für das Aus- und Standhalten: angesichts von Fukushima, der Weltfinanzkrise, der Fluchtbewegungen, der Existenzkrisen der EU, dem Ukraine-Krieg, erster klimagemachter Katastrophen. Jetzt wird *Fortschritt* zum Zauberwort der Ampel, gemeint als Fortschritt hin zu mehr Nachhaltigkeit und Er-

neuerbarkeit. «Die Welt ist am Beginn eines Jahrzehnts im Umbruch, deshalb können wir nicht im Stillstand verharren», heißt es im Koalitionsvertrag.

Doch sollten wir nicht vergessen, der Fortschritt selbst muss stets hinterfragt werden. Johano Strasser hat hierzu ein wichtiges Buch (*Das Drama des Fortschritts*, Bonn 2015) geschrieben: Nur «ein *reflexiver Fortschritt*, der die Ambivalenz der Fortschrittsentwicklung von vornherein berücksichtigt, (kann) auch heute noch Hoffnung stiften». Lesen wir, wegen der zunächst investierten Rohstoffe habe ein heutiges E-Auto erst ab 130.000 km Laufleistung eine deutlich bessere Klimabilanz als ein herkömmlicher Verbrenner, wird deutlich, welch weiter Weg für Bewusstseinswandel und technologische Forschung noch vor uns liegt.

Da hilft nur noch eine vorausschauende Politik mutiger Strukturrentscheidungen. Ohne eine tiefgreifende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die die Menschen mitnimmt, ohne soziale Korrektur, Lenkung, Gestaltung, Regulierung und Eingrenzung des globalen Kapitalismus stehen Zivilität, Freiheit, Demokratie und soziale Sicherheit auf dem Spiel.

Denn 2021 war auch ein weiteres Auftaktjahr hin zu wahrlich *unsicheren Zeiten*. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, 80 Prozent des gesamten Weltvermögens befinden sich im Besitz von nur einem Viertel der Weltbevölkerung (UNDP); jeder zehnte auf dem Globus ist von extremer Armut betroffen, Tendenz steigend. Während die Pro-Kopf-Emissionen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung weit unter dem 1,5-Grad-Ziel der Erderhitzung bleiben, überschreiten 2030 die reichsten 10% den Wert voraussichtlich um das Neunfache, das reichste Prozent sogar um das 30-fache (Oxfam-Stu-

die). Mindestlohn, Rente, Pflege, Wohnen, Inflation: auch in Deutschland stellt sich eine sichere Zukunft alles andere als von alleine ein. Nicht nur die sommerliche Flutkatastrophe im Westen Deutschlands ließ ahnen, welche Risiken zunehmen.

Derzeit steuert die Erde selbst bei Erfüllung aller nationalen Klimaschutzzusagen nach der UN bis zur Jahrhundertwende auf die folgenschwere Erwärmung um 2,7 Grad zu. Wissenschaftler warnen, «dass das verbleibende CO<sub>2</sub>-Budget beim aktuellen Stand der Emissionen nur noch für elf Jahre reicht, wenn sich die Welt noch eine 50-prozentige Chance auf Einhaltung der 1,5-Grad-Erwärmungsgrenze bewahren will; für zwei Grad wären es 32 Jahre» (SZ 5.11.2021, S.2). Auch die Weltklimakonferenz in Glasgow Anfang November konnte, so wie die Weltpolitik nun einmal funktioniert, die Kluft zwischen konkreten Maßnahmen und beschlossenen Klimazielen nicht schließen. Die Aufgabe wird umso schwerer, wenn demokratische Werte und soziale Gerechtigkeit bei allen radikalen Klimareformen nicht unter die Räder kommen sollen.

Wir haben 2021 gelernt, dass Corona mit der zweifachen Impfung keineswegs erledigt ist. Immer aggressivere Mutationen des Virus, zu hohe Zahlen an Impfverweigerern, das Überhören der Warnungen von Virologien und Epidemologen und manch ordnungspolitische Schläfrigkeit ließen im Spätherbst eine 4. Welle ungeheurer Wucht entstehen.

Es wurde eine Seuche der Ungeimpften. Ihre Motive haben wir hier nicht zu ergründen, aber politische Kultur ist gespalten entlang der Impffrate, Gegner und Befürworter stehen sich unversöhnlich gegenüber: «Corona-Diktatur» oder «Tyrannei der Ungeimpften»? Schränkt eine Impfpflicht,

wo und wie auch immer, meine individuelle Freiheit unangemessen ein, ist die Impfung also ein Eingriff, der nicht gegen den Willen des freien Bürgers möglich sein sollte? Oder gilt nicht vielmehr umgekehrt: Was ist das für eine «Freiheit», sich einer Maßnahme zu verweigern, die nachweislich Leben und Gesundheit sichert? Freiheit ohne Verantwortung und Solidarität geht nicht. Die Freiheit des mutwillig Ungeimpftseins endet, wo sie die Freiheit (und das Leben) der anderen zerstört – und zudem Bildungssystem, soziales und kulturelles Leben, sowie die Wirtschaft ruiniert.

Auch diese Ausgabe der *perspektivends* enthält Beiträge von Mitgliedern, Netzwerk und Umfeld der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e.V. «Vereinsmitgliedschaft» – das mag vielleicht abschreckend unmodern klingen. Bei uns handelt es sich im Rahmen einer offen sozialdemokratischen und demokratisch-sozialistischen Wertorientierung um ein Abonnement dieser Halbjahreszeitschrift, ergänzt um Einladungen zu Tagungen und digitalen Diskussionsformaten. Vielleicht werden Sie Mitglied und fördern damit unseren zivilgesellschaftlichen Diskursraum.

Von Michael Schultheiß mussten wir uns in diesem Jahr leider verabschieden, er

starb 2021. Lange Jahre hatte er für die FES in Afrika gearbeitet, deren Thüringer Büro geleitet und stand zuletzt für den Verein Weimarer Republik e.V.: Noch 2019 hatten wir mit seiner Hilfe in Weimar eine wichtige HDS-Tagung durchgeführt.

Wieder enthält diese Ausgabe die unabhängigen *jungen perspektiven*, von Hendrik Küpper und Laura Loew verantwortet. Gerade angesichts der deutlichen Verjüngung der SPD-Bundestagsfraktion ist wichtig, dass diese Juso-Generation in ihrem frühen politischen Alltag nicht ihre Reflexionsfähigkeit verliert. Der Blick auf die Erfahrungen der Arbeiterbewegung, auf wissenschaftliche Debatten, kritische Gesellschaftsanalyse und programmatische Grundsätze, ja auf die Tradition des demokratischen Sozialismus, mag hier hilfreich sein. Auch so verstehen wir unsere Aufgabe.

Im letzten Heft schlug einmal mehr der Druckfehlerteufel zu. Im Inhaltsverzeichnis waren die Autorennamen von Kristina Meyer und Bernd Rother – beide sind die Vorsitzenden des SPD-Geschichtsforums – verfremdet. Der Buchrücken enthielt nicht den aktuellen Stand. Es bleibt wahrlich eine ständige Aufgabe, das Teuflische in Schach zu halten. Man wird sich weiter bemühen.

Kira Ludwig / Klaus-Jürgen Scherer

Gert Weißkirchen

## Offener Brief an die jungen Bundestagabgeordneten der SPD

Du hast mit Deiner Stimme Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt. Mit Dir und mit der Sozialdemokratie im Deutschen Bundestag beginnt eine neue Ära. Die 2020er-Jahre werden von Dir Mut abverlangen. Du verfügst, gemeinsam mit allen Mitgliedern der Fraktion, über einen wunderbaren Schatz an politischen Erfahrungen. Du bist mit der Sozialdemokratie eingebettet in den Wärmestrom der deutschen Geschichte. So bleibst Du verpflichtet, immer neue Wege zu suchen, damit wir uns den Zielen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nähern.

Die Demut vor den Wählerinnen und Wählern macht frei, über den Tag hinaus die Aufgaben fest in den Blick zu nehmen, die darauf warten, in Angriff genommen zu werden. Die Zukunft liegt in Eurer Hand. Die Zeit ist auf Eurer Seite. Ihr habt die Chance, mit Zuversicht daran zu gehen, auf drei große Fragen überzeugende Antworten zu geben.

1. Wie schnell kann es gelingen, den fossilen Kapitalismus zu überwinden?
2. Wie schaffen wir es, Respekt als Leitprinzip gesellschaftlich stark zu machen?
3. Was braucht es, damit die Demokratie breiter und tiefer verankert wird?

### Sagen, was ist, tun, was sein muss

**Zu (1):** Für eine gelingende sozial-ökologische Transformation können viele konstruktive Werkzeuge eingesetzt werden. Werden sie strategisch klug eingesetzt, soweit nötig stets erneuert und konsequent umgesetzt, wird es möglich sein, die Klimaneutralität bis 2040 in Deutschland zu erreichen. Die Fähigkeiten der arbeitenden Menschen können dafür gewonnen werden. Mit ihnen gemeinsam werden wir einen Sprung an humaner Lebensqualität erfahren. Bildung, Ausbildung und Fortbildung sind deshalb weiterzuentwickeln. Die ökologische Frage ist die soziale Frage der Jetztzeit, in Europa und weltweit. Lokale Antworten sind nötig, wie nationale, regionale und globale. Als Gemeinschaftsaufgabe sollen sie gesondert finanziell unterstützt werden.

**Zu (2):** Alle Menschen haben das Recht, ein gutes Leben als gleiche Freie nach eigenen Entwürfen und selbstbestimmt zu führen. Soweit sie sich den anderen öffnen und ihnen mit Respekt begegnen, dürfen sie wechselseitige Anerkennung erwarten. Mit dem Grundwert Respekt ist das politische Versprechen verbunden, gegen die immer noch wachsenden gesellschaftlichen Klüfte

aktiv zu handeln. Frei zu sein von überflüssiger Angst, von unverschuldeter Not, von Armut ist eine entscheidende Bedingung für respektvolle gesellschaftliche Beziehungen. Deshalb wäre es überlegenswert, wenn die SPD das Leitprinzip Respekt in offenen Bürgergesprächen in vielfältigen Zusammenhängen lokal und national konkret fasst, damit die erarbeiteten Ergebnisse in politisches Handeln verwandelt werden. In dieser gesellschaftlichen Verständigung wird sich die SPD festigen und erneuern.

**Zu (3):** «Wir wollen mehr Demokratie wagen» – Willy Brandts Aufruf heißt jetzt: die Transformation in die «neue Gesellschaft» wird gelingen, je mehr es möglich sein wird, Teilnahme und Teilnahme der Bürgerschaft an den zentralen politischen Entscheidun-

gen zu erweitern und zu vertiefen. Neue Formen der Deliberation und Partizipation sollen erprobt werden. Sie werden die repräsentative Demokratie stärken. Zugleich begleiten sie die Anstrengungen zur Reform und öffnen die Bereitschaft, gemeinsam neue Wege zu gehen. Die dringenden Umgestaltungen können so besser bewältigt werden. Die entstehenden Zielkonflikte können diskursiv sachgerecht bearbeitet und Konfliktpotenziale produktiv gezähmt werden. Damit wachsen Fähigkeiten, neu, weiter und anders zu denken und innovativ zu handeln.

Gutes wünschen wir Euch. Die Euch verliehene Verantwortung mag Euch anspornen, gemeinsame Wege in eine bessere Zukunft zu gehen. Bleibt ins Gelingen verliebt. ■

# SCHWERPUNKT: AUFBRUCH IN UNSICHERER ZEIT

Robert Misik

## Vier Blicke auf die politische Kultur Deutschlands 2021

Mir sind Überlegungen zur «politischen Kultur vor und nach der Bundestagswahl» aufgetragen.<sup>1</sup> Das ist ein zugegeben etwas breites Thema, aber ich möchte versuchen, es in vier Punkten zu streifen.

**Erstens:** Deutschland hat eine entwickelte demokratische Kultur, die Institutionen funktionieren, aber es gibt auch eine entwickelte demokratische Debattenkultur, mit einem hohen Hang zur Sachlichkeit, was sich auch in diesem Bundestagswahlkampf 2021 zeigte. Populistische Emotionalisierung mag es da und dort gegeben haben, aber sie war nicht bestimmend, im Gegenteil, die wahlentscheidenden Themen waren andere. Ich sage das ausdrücklich als Österreicher, der weiß, dass das auch anders sein könnte, aber auch im Vergleich mit anderen großen Nationen, man denke an die USA, Großbritannien, Italien, auch

Frankreich. Gewiss gibt es auch in Deutschland eine wachsende Gereiztheit in Debatten, aber im Vergleich herrscht hier noch sachliche Gelassenheit vor, und auch die mediale Landschaft ist, nehmen wir alles in allem, eine andere als in Ländern, in denen eine populistische Krawall-Debattenlage vorherrscht.

Zugleich ist die politische Gemütslage von einem endemischen Krisengefühl gekennzeichnet, es gibt gewissermaßen den Modus der Dauerkrise. Das begann mit der Finanzkrise, ging weiter mit dem allgemeinen Gefühl von Stagnation und wachsendem ökonomischen Stress und radikalisierte sich natürlich mit der Corona-Pandemie, dieser Kombination aus Gesundheitskrise und ökonomischer Krise. Ganze Wirtschaftssektoren wurden stillgestellt. Viele Menschen haben Angst vor einem regelrechten Kollaps. Hinzu kommt noch die Klimakatastrophe. In einer solchen Lage dominiert bei den Bürgerinnen und Bürgern das Bedürfnis nach Sicherheit.

1 Statement auf der Tagung HDS e.V. in Templin 9. Oktober 2021.

Es ist das ein Paradoxon übrigens, das uns noch länger begleiten wird: Je nötiger radikale Reformen eigentlich wären (wegen der Bekämpfung der Ungleichheit, der Bekämpfung der Klimakrise), umso größer ist das Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität.

Teile der Bevölkerung, ganze soziale Milieus fühlen sich nicht mehr repräsentiert, empfinden – mit Recht – «niemand interessiert sich mehr für uns», sie wenden sich indifferent ab, sind aber teilweise dadurch auch empfänglich für Anti-System- und Anti-Establishment-Rhetorik. Es sind Menschen, die die Erfahrung machen, dass es für sie nicht mehr bergauf geht, sondern sie Abstieg erleben oder zumindest von ihm bedroht sind, die empfinden, dass sie nicht zählen, die sich als Nummern behandelt und kommandiert fühlen. Und diese Menschen haben oft auch das Empfinden, dass sich die Sozialdemokraten um sie nicht mehr kümmern.

**Zweitens:** Das ist grob gesprochen die Ausgangsposition, von der aus die SPD diesen «unwahrscheinlichen Wahlerfolg» erzielte, in wenigen Monaten aus dem Umfragekeller von rund 15 Prozent zur stärksten Partei mit rund 26 Prozent aufstieg. Wie ist das gelungen? Das ist mein zweiter Gedankengang.

Die SPD ist maßvoll, aber markant nach links gerückt. Gerade auch die Corona-Politik erlaubte es, einen intervenierenden, schützenden Staat zu propagieren und entsprechende Exempel zu setzen. Mit der Forderung nach einem Mindestlohn wurde das soziale Thema zentral gesetzt, und mit dem Begriff «Respekt» gerade jenen signalisiert, dass sie wieder vorkommen, die sich bisher so oft übersehen fühlten.

Weiterhin verkörperte der Kanzlerkandidat Olaf Scholz perfekt das Bedürfnis nach Sicherheit, er entsprach auch dem Rol-

lenmodell für einen Kanzler, das die Menschen nach 16 Jahren Merkel vor Augen haben (ruhig, unaufgeregt, professionell). Die Kampagne war perfekt, die der Konkurrenz dagegen eine Pannenserie.

Und vor allem war die Partei geschlossen wie seit langem nicht mehr, von einem Geist der Einigkeit geprägt, was durch den Umstand begünstigt war, dass der «linke» Flügel den Wettbewerb um die Parteiführung gewonnen hatte und einen Repräsentanten des «pragmatischen» Flügels zum Kanzlerkandidaten machte. So mussten alle an einem Strang ziehen.

**Drittens:** Jetzt ist eine Ampel-Regierung wahrscheinlich, die aber Schwierigkeiten haben wird, eine «Story» zu erzählen. Olaf Scholz versucht es schon mit dem Begriff der «Fortschrittskoalition». Von der symbolischen Positionierung wird aber eine Sozialdemokratie heute eher «volksnäher» werden müssen, nicht sich in Richtung linksliberalen Modernismus zu bewegen haben. Die symbolischen Identitäten von Sozialdemokratie und Freidemokraten sind heute, wäre meine These, schwerer auf einen gemeinsamen Sound zu stimmen als in den siebziger Jahren, in denen es um Gleichheit und Gerechtigkeit und zugleich um liberale gesellschaftliche Reformpolitik ging.

**Viertens:** Für die politische Kultur der Bundesrepublik wird in den nächsten Jahren die Union das große Sorgenkind sein. Die Union war bisher stabil eine Partei der liberalen christdemokratischen Mitte, Versuche, die Partei auf einen reaktionären Rechtskurs zu führen, wurden immer zurückgeschlagen. Es ist fraglich, ob das noch gelingen wird, wenn die Partei einmal in der Opposition ist. Die Erfahrung lehrt aber, dass weniger die Entstehung populistischer,

extremer Rechtsparteien wie der AfD das Problem ist, entscheidend ist, ob die konservativen Parteien «halten» oder sich der Verlockung hingeben, selbst den Stil populistischer Rechtsparteien zu übernehmen.

Erst im letzteren Falle drohen Nationen zu kippen, wie man in den USA aber auch in Österreich sehen konnte. Heute muss man sich um die CDU in dieser Hinsicht leider wirklich Sorgen machen. ■

---

Klaus Wettig

## Die Bundestagswahl 2021 unter der Lupe

### Der SPD-Wahlkampf war perfekt

Seit 2005 schien die SPD ein Abonnement auf misslungene Wahlkämpfe zu besitzen: 2005 startete sie unvorbereitet in eine Bundestags-Auflösung mit der selbstsicheren Erklärung *Wir können Wahlkampf* und erlitt einen Absturz. 2009 folgte ein undurchdachter Wahlkampf, dem die Analyse der Gründe für die Niederlage von 2005 fehlte; ohne Bremse ging der Niedergang weiter. Der erneuten Niederlage folgte, trotz der Versprechungen der neuen *Gabriel-Führung*, 2013 kein Aufschwung, obwohl der Kanzlerkandidat *Peer Steinbrück* durchaus eine Verbesserung des Wahlergebnisses von 2009 erreichte. Unsicherheiten in der SPD-Führung führten 2012 zur verspäteten Nominierung des Kanzlerkandidaten und minderten dadurch dessen Profilierungschancen. Verschärft wurden die Wahlkampfprobleme durch die Unerfahrenheit der Generalsekretärin *Andrea Nahles* bei der Führung eines Großwahlkampfes. In dieser Kampagne bremsen nur die zentralen und regionalen Veranstaltungen zu 150 Jahre SPD den weiteren Abstieg.

Auch die erneuten Regierungsjahre in der Großen Koalition zwischen 2013 und 2017 wurden für die Neuaufstellung der SPD nicht genutzt, zwar gelang mit der überraschenden Nominierung von *Martin Schulz* zum Kanzlerkandidaten ein Stimmungsaufschwung, doch für das schwierige Wahljahr 2017 war nichts ordentlich vorbereitet. Schulz wurde zu spät nominiert, sodass seine Profilierung gegen die seit 12 Jahren amtierende Kanzlerin *Angela Merkel* nicht gelingen konnte. Die nicht hinreichend bedachten Landtagswahlen im Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, die mit Niederlagen endeten, zerstörten die Schulz-Kampagne, bevor sie sich entfalten konnte.

Das kurze Vorsitzendenjahr des Martin Schulz endete schließlich in einer Parteikrise, in der die SPD erneut in einer Großen Koalition landete, ihren Parteivorsitzenden jedoch verlor. Die ständigen Wechsel in der Führung bewirkten das katastrophale Wahlergebnis der Europawahl 2019, das den Rücktritt der Doppelvorsitzenden Andrea Nahles auslöste. Ihr wurde die Verantwortung für Unterlassungen und Fehlentscheidungen zugerechnet, die sie nicht bewirkte,

aber auch nicht verhindert hatte. Der Mechanismus der führungsinternen Diskussion trieb sie in den Rücktritt, was die SPD-Probleme wiederum verschärfte.

Eine ratlose SPD-Führung, aus der niemand die Bereitschaft zur Übernahme des Vorsitzes zeigte, wies die Lösung der Führungsfrage der Mitgliedschaft zu, der sich im Unterschied zur Engholm-Nachfolge 1993 nicht drei Kandidaten, sondern sechs Teams für einen möglichen Doppelvorsitz vorstellten. Eine ratlose Mitgliedschaft antwortete auf die ihr vorgelegte Frage mit umfassender Wahlenthaltung. Trotz erheblichem Organisationsaufwand, breiter publizistischer Begleitung und viel propagandistischem Selbstlob blieb die Hälfte der SPD-Mitgliedschaft der Abstimmung fern.

Die Aufsplitterung der Ergebnisse belegte dann, dass eine hohe Zahl der Teams nicht zur Konzentration auf ein Team beigetragen hatte, sondern sich die Partei als vielstimmige, selbstverliebte, an Regierungshandeln wenig interessierte «lose verkoppelte Anarchie» (Lösche, Walter) präsentierte. Die notwendige Stichwahl zwischen den Teams mit der höchsten Stimmenzahl, *Saskia Esken / Norbert Walter-Borjans* und *Klara Geywitz / Olaf Scholz*, erbrachte kein überzeugendes Ergebnis, da der Vorsprung für das gewinnende Team *Esken/Walter-Borjans* nur 16.749 Stimmen betrug.

Obwohl die Werbung für das neue Vorsitzenden-Duo *Esken/Walter-Borjans* sowie neue in den Parteivorstand einziehende Mitstreiter mit der Forderung *Nikolaus – GroKo raus* verbunden war, erfolgte die Korrektur dieses Anspruchs schnell in den folgenden Wochen. In der Bundestagsfraktion, beim Ministerflügel, bei den Ministerpräsidenten fand sich dafür keine Mehrheit, so dass die neue Führung die Fortsetzung der *GroKo* hinnehmen musste.

Erfolg hatte sie mit der Beruhigung der Partei. Die Aufgeregtheiten nahmen ab, das Profil der SPD-Regierungsarbeit wurde deutlicher. Mit der Corona-Krise entstanden überraschend neue Chancen für das Profil der SPD-Minister, wovon *Olaf Scholz* mit seiner aktiven Finanzpolitik profitierte, die die wirtschaftlichen Schäden aus der Pandemie eingrenzte. Und *Hubertus Heil* sorgte sozialpolitisch für Zustimmung zur SPD-Regierungsbeteiligung. Dass daneben die weiteren SPD-Minister im Schatten standen, behinderte den Wahlkampf in Zeiten der Corona-Krise nicht. Der Kanzlerkandidat konnte es sich sogar leisten, auf ein Regierungsteam zu verzichten. Als Ein-Mann-Show bestritt er den Wahlkampf, indem er Profil, schließlich durch die Fehler der Mitbewerber um die Kanzlerschaft von Woche zu Woche an Zustimmung gewann.

Der Wahlkampf der SPD war guter Standard, er glänzte nicht mit Brillanz, vermied kostspielige Aktionen, überzeugte schließlich durch inhaltliche und persönliche Solidität, die in der Schlussphase *Olaf Scholz* einen außerordentlichen Vorsprung vor seinen Mitbewerbern einbrachte.

Mit dem Ergebnis kann die SPD zufrieden sein, denn zum vierten Mal gelang es ihr in der Bundesrepublik, die Dauerrivalin CDU/CSU zu überholen. Ihre Wahlkreiskarte erinnert an 1972 oder 1998, so beachtlich ist die Rückkehr in historische Wahlkreispositionen. Eine nüchterne Analyse darf die Schwächen dieses Ergebnisses nicht übersehen: 25,7 Prozent sind nicht die 45,8 oder 40,9 früherer Wahlsiege. Die Spreizung im Wahlverhalten auf zwei große Parteien (CDU/CSU und SPD) und drei mittlere (Grüne, FDP, AfD) sowie eine kleine Partei (Die Linke) verringert die Chance für Wahlergebnisse über 30 oder sogar 40 Prozent. Außerdem traten bei dieser Bundestags-

wahl wiederum zahlreiche Kleinstparteien an, die einzeln weit entfernt vom Einzug in den Bundestag sind, in der Summe aber 8,6 Prozent auf sich vereinigen.

Auffällig im Vergleich mit früheren Bundestagswahlen ist bei der SPD die klare Nord-Süd-Trennung. Während die SPD nördlich der Main-Linie als Wahlkreispartei zurückkehrt, wenn auch mit Verlusten an Grüne-Kandidaten und wenigen CDU-Erfolgen, kann sie in Bayern und Baden-Württemberg nur den Wahlkreis *Mannheim* zurückholen. Die SPD-Schwäche im Süden der Bundesrepublik, die sich in mehreren Bundestagswahlen entwickelt hat, die bei Landtagswahlen noch deutlicher sichtbar wurde, begrenzte 2021 den SPD-Erfolg. Kann die SPD die Strukturschwäche ihrer süddeutschen Organisation nicht abbauen, bleibt die Sicherung ihres Wahlerfolges gefährdet.

## Der ver stolperte Wahlsieg

Lange sahen *Die Grünen* wie die Wahlsieger aus. Das Frühjahr 2021 bestimmte eine grüne Welle, die *Die Grünen* der 30-Prozent-Marke annäherten. Ein überwältigender Wahlerfolg deutete sich an: die Steigerung von 8,9 (2017) auf 28 oder sogar 30 Prozent. Eine Verdreifachung der Mandate schien möglich, der angemeldete Anspruch auf die Kanzlerschaft drückte nicht Größenwahn, sondern reale Chancen aus.

Im Frühsommer zerplatzte dieser Traum, wurde durch die Realitäten einer Wahlkampagne zerstört, auf die der Wahlkampf der Grünen nicht vorbereitet war. In der Addition ließen zahlreiche kleine Fehler *Die Grünen* als Anfänger in Sachen Bundestagswahlkampf erscheinen, ihre Kandidatin *Annalena Baerbock* wurde als zu leicht empfunden.

Trotz dieser Anmerkungen bleibt festzuhalten, dass die Verdopplung ihres Ergebnisses von 2017 eine bemerkenswerte Leistung ist, zumal es das verdeckte Potenzial für die Zukunft anzeigt.

In Dienstleistungsstädten, auch in Regionen um Metropolen, in Hochschulstädten sind *Die Grünen* zur Nummer 2 der Parteien geworden, und sie punkten bei den Erstwählern. Der gefühlte Wahlsieg von 2021 kann 2025 sicher nicht erreicht werden, aber mit einem Ergebnis um 20 Prozent sollten die Konkurrenten rechnen.

## Last exit: 2025

Für die *Linke* läutete bei dieser Bundestagswahl das Totenglöcklein. Es ist schwer vorstellbar, dass sie sich in der beginnenden Wahlperiode von ihren strukturellen Problemen erholt: Die Westlinke konnte in den großen, wahlkreisreichen Flächenstaaten der alten Bundesrepublik nirgendwo punkten. Die Anfangsergebnisse aus dem Zusammenschluss von WASG und PDS sind in Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geschrumpft. Wer dort zwischen 2 und 3 Prozent pendelt, verliert seine Chance für ein Bundesergebnis über der Fünf-Prozent-Klausel. Da die *Linke* dort inzwischen aus ehemaligen kommunistischen Sekten-Vertretern und SPD-Hassern besteht, dürfte sie am Wählermarkt keine Chance zur Erholung besitzen, nachdem die historischen Votegetter ausgeschieden sind oder demnächst ausscheiden werden. Selbst im Saarland, wo *Oskar Lafontaine* für gute Wahlergebnisse bürgte, ist die Linke nahezu halbiert worden. Mit Bremen und Hamburg hält sie noch ein Ergebnis über 5 Prozent, was für ein gutes Wahlergebnis in der gesamten Republik jedoch nicht ausreicht.

Nach wie vor ist die *Linke* in den neuen Bundesländern eine starke Regionalpartei, inzwischen aber weit entfernt von früheren Ergebnissen. War sie lange die Nummer 2, ist sie inzwischen auf den 4. Platz zurückgefallen. In Thüringen, Sachsen, Berlin, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern reichte es nur noch für einen Platz unter ferner liefen.

Dass die *Linke* noch mit 39 Abgeordneten in den Bundestag einzog, verdankt sie der Drei-Direktmandate-Regel des Bundeswahlgesetzes. Doch der Gewinn von drei Direktmandaten dürfte ihr 2025 schwerfallen. Wie schwierig dieser Gewinn ist, belegt das Berliner Wahlergebnis, wo sie lange drei Direktmandate gewann. Dass im Wahlkreis *Berlin-Marzahn-Hellersdorf* ein CDU-Kandidat der prominenten Linken *Petra Pau* den Wahlkreis abnehmen kann, hätte vor dem Wahlsonntag niemand für möglich gehalten, doch dieses Ergebnis zeigt an, dass die Hochburgen von *Die Linke* keine Erbhöfe sind. 2025 könnte ihr der Wahlkreis *Berlin-Treptow-Köpenick* verloren gehen, wenn *Gregor Gysi* in den Ruhestand wechseln sollte. Bei den Zweitstimmen lag dieses Mal die SPD schon deutlich vor *Die Linke*. Auch das Direktmandat *Berlin-Lichtenberg* ist bedroht, da die SPD *Die Linke* klar bei den Zweitstimmen übertrifft. Bleibt noch anzumerken, dass das Leipziger Direktmandat für *Die Linke* eine Folge der SPD-Fehler in Leipzig ist. Einst errang die SPD dort die beiden Direktmandate, was auch 2025 erreichbar ist, wie der Rückgewinn des verlorengegangenen Chemnitzer Direktmandats durch einen SPD-Kandidaten belegt. Wiederholt die SPD nicht die früheren Fehler bei der Kandidatenaufstellung und Wahlkampfführung in diesen Wahlkreisen, dürften ihre Kandidaten 2025 die Erben von *Die Linke* werden.

## Der Niedergang der Union

Der Untergang der Union überrascht, obwohl die Wahlforscher – jenseits der Umfrageforschung – seit langem auf die strukturellen Probleme der Union hingewiesen haben: ihre fehlende Urbanität, ihre Distanz zur gewandelten Gesellschaft der Bundesrepublik, ihren Anti-Feminismus. Tatsächlich verdankt sie den Platz einer potenziellen Regierungspartei nur noch den Wahlkreisen mit einem starken katholischen Bevölkerungsanteil und den Resten agrarkonservativer Wahlkreise. Ihr Hoch in großstädtischen Wahlkreisen ist reduziert und könnte 2025 verschwinden.

Dafür ist München mit dem Umland ein eindrucksvolles Beispiel. Von den 12 Wahlkreisen dieser Region verliert die CSU schon jetzt einen Wahlkreis in München an *Die Grünen*, in weiteren 11 Wahlkreisen liegen die *Grünen* auf Platz 2 mit guten Chancen zum Wahlkreisgewinn für 2025. Hier arbeitet der soziale Wandel überall für die *Grünen*. Die SPD, einstige Nummer 2, ist auf den dritten Platz zurückgefallen.

Das CSU-Ergebnis deutet zudem an, dass der Gewinn aller Wahlkreise in der Direktwahl 2025 einen Dämpfer erhalten könnte. Was 2021 nur in München gelang, könnte 2025 in allen bayrischen Großstädten der Fall sein, dass *Grüne*-Kandidaten mit Unterstützung der SPD der CSU-Wahlkreise abnehmen. Auch in den Hochschulstädten Bamberg, Bayreuth, Passau ist die CDU nicht mehr unbedroht. 2025 könnte die CSU auf das mittelstädtische, ländliche Bayern zurückgeworfen werden. Das CSU-Monopol auf Direktmandate fände ein Ende und auf elegante Weise auch das von der CSU besonders beeinflusste Problem der Überhangmandate.

Die sich für Bayern andeutende Entwicklung bestimmte 2021 schon Baden-Würt-

temberg. Die Grüne-Ära unter Ministerpräsident *Winfried Kretschmann* verschiebt die politischen Parameter in diesem vermeintlichen CDU-Land. Konnte die CDU 2017 noch sämtliche Wahlkreis direkt gewinnen, musste sie bei dieser Wahl deutliche Verluste hinnehmen. Waren es 2021 nur fünf Wahlkreise, die der CDU verloren gingen, von denen vier Wahlkreise Kandidaten der Grünen eroberten, einer fiel an einen SPD-Kandidaten, könnten es bei einem Zusammengehen von SPD und Grünen beinahe 30 von 38 Wahlkreisen sein. Fänden mögliche Gemeinschaftskandidaten auch die Unterstützung der FDP, könnte die CDU als Wahlkreispartei fast ausgelöscht werden. Die strukturellen Probleme der Südwest-CDU, die mit der Ära Oettinger-Mapus begannen, könnten sich 2025 in einer völlig veränderten Struktur des Landes ausdrücken.

### Die lachenden Dritten

Nachdem der FDP-Vorsitzende *Christian Lindner* 2017 überraschend das Ende der Jamaika-Verhandlungen verkündet hatte, sank die Zustimmung zur FDP beachtlich, sodass durchaus ihr Ende als bundespolitische Kraft für 2021 angenommen werden konnte. Lindner hatte gegen ein Lebensgesetz des politischen Liberalismus verstoßen, das im Mitregieren besteht. Als Oppositionspartei besaß und besitzt die FDP nur wenig Chancen, ihr politischer Auftrag ist das Mitregieren, die Vertretung von partikulären Interessen in einer Koalition.

2017 hatte sie diese Chance leichtfertig ausgeschlagen, nun bot sich eine Chance auf Regierungsbeteiligung. Das FDP-Ergebnis ist ordentlich mit dem geringen Zugewinn von 0,8 Prozent. Die Partei konnte in

der Corona-Krise mit ihren freiheitsorientierten Einwänden gegen die Corona-Politik der Bundesregierung Zustimmung gewinnen, ohne dass sie aus der Regierungsverantwortung für die Belastbarkeit ihrer Kritik haften musste. Die vorliegenden Wahlanalysen zeigen, dass sie mit dieser Politik Zugewinn bei Erstwählern erzielen konnte, im Kern blieb sie jedoch abhängig von CDU/CSU-Abwanderern, die dort eine deutlich liberale Wirtschaftspolitik vermissen. Ob dieses Programm als Wählerangebot für 2025 ausreicht, kann nur die Regierungsbeteiligung in der Ampel-Koalition belegen. Konkret dürfte ihre Regierungsleistung darüber entscheiden. Fällt sie wie in der Regierungsbeteiligung 2009–2013 aus, müsste die FDP wiederum um ihre Bundestagsexistenz kämpfen.

### Stabiler Rechtsradikalismus

Die AfD kann ihr Ergebnis von 2017 bestätigen. Trotz des Verlustes von 2,3 Prozent bleibt sie zweitstellig. Dieses Ergebnis deutet auf die wachsende Organisationskraft der AfD hin, die als erste rechtsradikale Partei den Einzug in den Bundestag geschafft hatte. Da sie ihn sichern konnte, wird auf längere Zeit mit dieser Partei zu rechnen sein, was auch durch ihre Präsenz in den Landtagen abgestützt wird.

Während sie in den alten Bundesländern bei den Direktmandaten chancenlos blieb, in einigen Wahlkreisen sogar auf Direktkandidaten verzichtete, steigerte sie ihre Direktmandate in den neuen Bundesländern. Gewann sie 2017 nur in Sachsen drei Direktmandate, wuchs sie 2021 auf 16 Direktmandate an, wobei Sachsen ihr Schwerpunkt blieb. Nachdem *Die Linke* als Regionalpartei zurückgefallen ist, konnte 2021

die AfD diesen Platz einnehmen. Ein für das Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands beunruhigendes Ergebnis.

## Der Kampf um die Erststimme und das Stimmensplitting

Streng betrachtet ist die Erststimme bedeutungslos. Als sie zur Bundestagswahl 1957 von der CDU/CSU durchgesetzt wurde, diente sie Wahlkreisbündnissen gegen die SPD. Sie half in einigen Fällen, die Direktwahl von SPD-Kandidaten zu verhindern. Danach verringerte sich ihr Einfluss, da bei den späteren Bundestagswahlen nur selten die Erststimme einem Kandidaten der CDU/CSU oder der SPD zum Wahlsieg verhalf, die er in der Direktwahl von den Wählern chancenloser Parteien erhielt.

Über zahlreiche Bundestagswahlen war dieses die FDP, die ab 1953 in Wahlkreisen chancenlos war, deren Wähler mit der Erststimme jedoch Einfluss ausüben konnten. Tatsächlich wählten die FDP-Wähler taktisch für die gewünschte Koalition: 1961 und 1965 zugunsten der CDU/CSU-Kandidaten, von 1969 bis 1980 zugunsten der SPD-Kandidaten, ca. ein Drittel der FDP-Wähler entschied sich so; ab 1983 waren es dann wieder die CDU/CSU-Kandidaten.

Überraschend ist, dass dieses Stimmensplitting zugunsten der CDU/CSU-Kandidaten ab 2009 immer geringer wird und 2021 nicht mehr nachweisbar ist. Obwohl vermutet werden kann, dass die FDP-Wähler eine *Schwarz-Gelbe* Koalition bevorzugen, drücken sie dieses mit der Erststimme nicht aus.

Auffällig ist ohnehin ein identisches Wahlverhalten im Zwei-Stimmen-System. Bei den Parteien mit fehlender Aussicht auf den Wahlkreisgewinn verbleibt die Erst-

stimme trotzdem bei dem Wahlkreiskandidaten der Kleinstparteien. Auffällig ist sogar, dass sie in einer prominenten Zahl von Fällen mehr Stimmen als ihre Partei erhalten. Eine Auffälligkeit, die jedoch zu Nachfragen einlädt.

Erhebliche Unterschiede zeigen die Erststimmenergebnisse der Wahlkreiskandidaten an. Hier punkten die CDU/CSU-Kandidaten, die mit *Carsten Linnemann* den Wahlkreiskönig stellen. Mit 26.250 Stimmen liegt er vor der CDU. Auch die weiteren damals gehandelten Mitbewerber um den CDU-Vorsitz liegen gut im Rennen: *Ralph Brinkhaus* +18.944, *Norbert Röttgen* +18.349, dann folgen *Friedrich Merz* mit + 10.793 und *Jens Spahn* mit +9.697 Stimmen.

Damit können die SPD-Kandidaten nicht mithalten. Nur *Karl Lauterbach* schaffte mit +25.076 ein starkes Erststimmenergebnis und überholte damit den früheren SPD-Wahlkreiskönig *Johann Saathoff*, der +22.000 erzielte.

Generell gilt für die SPD-Kandidaten, dass sie deutlicher weniger Erststimmen als ihre CDU/CSU-Konkurrenten erreichen, und in einer signifikanten Zahl von Wahlkreisen liegt die SPD deutlich vor ihren Kandidaten. In 18 von 64 Wahlkreisen in NRW liegen die SPD-Kandidaten hinter ihrer Partei, in Baden-Württemberg gilt dieses für 25 Kandidaten von 38 Wahlkreisen. Bemerkenswert sind diese Rückstände bei der ehemaligen Landesvorsitzenden *Leni Breymaier* und der SPD-Vorsitzenden *Saskia Esken*; die 2.460 Stimmen weniger als die SPD erzielte.

Dass irgendetwas mit dem SPD-Kandidaten-Wahlkampf nicht gestimmt hat, unterstreichen die Ergebnisse der SPD-Kandidaten in den neuen Bundesländern. Zwar konnten die SPD-Kandidaten eine beacht-

liche Zahl von Wahlkreisen zurückholen, doch überwiegend mit einem Minus gegenüber den Parteistimmen.

In den 45 Bundestagswahlkreisen der neuen Bundesländer (einschließlich des Ostteils von Berlin) schaffen nur 9 SPD-Kandidaten einen Erststimmen-Vorsprung: nur *Olaf Scholz*, *Karamba Diaby*, *Frank-Michael Junge*, *Detlev Müller* und der Olympiasieger *Frank Ullrich* können nennenswerte Vorsprünge vorweisen. Diese Schwäche ihrer Kandidaten könnte vordergründig damit erklärt werden, dass der überwiegende Teil erstmals für den Bundestag antrat, da auch in den Wahlkreisen der alten Bundesrepublik diese Schwäche erkennbar ist, beschreibt sie ein strukturelles Problem der SPD-Bewerber, das Analyse und Aktion verlangt, sonst könnte 2025 in dramatischen Wahlkreisverlusten enden. Für die zahlreichen Neulinge im Bundestagsmandat könnte eine Beratung helfen, die sie zu *Kümmerern* im gewonnenen Wahlkreis macht und darüber den wiederholten Wahlkreisgewinn 2025 sichert.

## 2022: Ein Jahr umkämpfter Landtagswahlen

Das Umrechnen von Bundestagswahlen in Ergebnisse zukünftiger Landtagswahlen oder sogar Kommunalwahlen muss stets mit Vorsicht erfolgen, weil regionale und lokale Faktoren das Wahlverhalten in andere Richtungen drängen können. Vor allem die abweichende Wahlbeteiligung bewirkt meistens andere Ergebnisse. Ein Fingerzeig für das Wahljahr 2022 der Landtagswahlen ist die Bundestagswahl jedoch.

Angesichts ihrer immensen innerparteilichen Probleme, die durch die Niederlage verschärft wurden, dürfte die CDU Schwierigkeiten haben, eine klare Wahlkampffor-

mation für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland zu finden. Arbeitet die SPD in diesen Ländern fehlerfrei, ist eine Ablösung der CDU-geführten Regierungen möglich. In Niedersachsen könnte im 75. Jahr der Landesgründung die SPD ihre lange Dominanz bestätigen. Auch auf die 2023 anstehende bayrische Landtagswahl wirkt das schlechte CSU-Ergebnis. Wenn die Konkurrenten der CSU nicht alles falsch machen, müsste die CSU unter 40 Prozent landen. Die seit über 60 Jahren bestehende CSU-Dominanz fände dann ein Ende.

## Resümee

Der überraschende Wahlerfolg der SPD darf nicht den Blick auf die Realitäten des Wahlausgangs verstellen. Das SPD-Ergebnis zeigt eine Erholung der Partei, prozentual hat die SPD mit 25,7 Prozent aber nur das Ergebnis von 2013 wieder erreicht. Ihre strukturellen Probleme sind offensichtlich nicht überwunden.

Der Stimmenzuwachs gegenüber 2017 und die Unionsverluste verschafften der SPD unerwartete Wahlkreisgewinne. Nachdem sie in den neuen Bundesländern als Wahlkreispartei fast ausgelöscht war, gewinnt sie 2021 den ersten Platz. Auffällig ist bei diesen Gewinnen, dass die Partei meist besser als ihre Kandidaten abschneidet. Diese Profilschwäche könnte 2025 zu erneuten Wahlkreisverlusten führen.

2021 wiederholen sich die Strukturprobleme in Bayern und Baden-Württemberg. Gelingt der SPD hier kein Wandel, könnte die vierte Kanzlerschaft eines SPD-Politikers eine Episode werden. Zwar spricht viel dafür, dass sich die CDU in Baden-Württemberg sobald nicht erholt und die CSU in

Bayern weiterhin an Zustimmung verliert, doch ein Automatismus ist dieses nicht. Ein Aussitzen ihrer Probleme in diesen Bundesländern sollte sich die SPD nicht leisten.

Nach den erfolgreichen Koalitionsverhandlungen ist die erste Dreierkoalition seit 1957 gestartet, jedoch mit deutlich geringeren Mandats-Abständen zwischen den Partnern als sie die ersten Adenauer-Regierungen

kannte, und die inhaltlichen Spannungen in der Ampel-Koalition sind im Vergleich mit dieser Zeit größer.

Trotz ihrer beachtlichen Führungs- und Strukturprobleme dürfte die CDU/CSU-Fraktion eine starke Opposition werden, mit dem erfreulichen Ergebnis, dass die AfD den Platz als Oppositionspartei Nr. 1 verliert. ■

## Die Bundestagswahl 2021 – eine unvollständige Analyse<sup>1</sup>

Ich beabsichtige, einige allgemeine Bemerkungen zu ausgewählten Aspekten der BTW zu machen, in den Mittelpunkt meiner Analyse jedoch das Ergebnis der SPD sowie Überlegungen über Auswirkungen des Wahlausgangs auf das Parteiensystem zu stellen.

Zum Wahlausgang: Die Zahlen<sup>2</sup> sind bekannt: Nach Zweitstimmenanteilen erhielten CDU (18,9) und CSU (5,2) 24,1, die SPD 25,7, B90/Grüne 14,8, die FDP 11,5, die AfD 10,3 und die Linke 5,2 Prozent. Von den restlichen 8,7 Prozent entfielen auf FREIE WÄHLER 2,4 Prozent, auf die Tierschutzpartei 1,5, auf die Basis 1,4, Die PARTEI 1,0 und den SSW 0,1 Prozent. Wahl-

kampfkosten werden ab einem Anteil von 0,5 Prozent erstattet.

Nach der Wahl freuten sich FDP und B90/Grüne auch deshalb über die häufig in Medien gehörte Meldung, dass sie besonders bei jüngeren Wähler:innen (Altersgruppe 18–29 J.) gut abgeschnitten hätten, weil diese Ansagen oft mit einem Tenor unterlegt waren, der suggerierte, ihnen gehöre deshalb auch die Zukunft. Richtig ist, dass sie dort in der Tat gut (FDP 26 %, B90/G 24 %, Linke und Sonstige 27 %), SPD (11 %) und Union (8 %) dagegen schlecht abgeschnitten hatten. Doch die Gruppe der unter 30-Jährigen stellte mit 16 % den kleinsten Anteil an den Altersgruppen der Wahltagebefragung. Die größte Gruppe machten die ab 60-Jährigen (31 %) aus; in dieser Generation, die auch zukünftig den größten Anteil an den Wahlberechtigten stellt, erzielten SPD (42 %) und Union (45 %) gemeinsam eine deutliche Mehrheit; FDP (20 %) und B90/G

1 Beitrag auf der Tagung der HDS e.V. am 9. Oktober 2021 in Templin (Brandenburg).

2 Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle Zahlen aus: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Bundestagswahl, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim Nr. 183, Eine Analyse der Wahl vom 26. September 2021, Oktober 2021, Mannheim.

(19%) fanden in dieser Altersgruppe die geringste Unterstützung.

Die reduzierte Zustimmung zur Union hatte sich bei der Bewertung der Parteien in der «Sonntagsfrage» erst spät abgezeichnet: Im September 2019 betrug der Wert (in %) 28, ein Jahr später 37 und im September 2021 nur noch 22. Die SPD hatte sich dagegen lange auf einem niedrigen Niveau befunden (September 2019: 15, September 2020: 16), bevor sie plötzlich im September 2021 ein für ihre langjährige Situation überraschend hohes Niveau erreichte: 25 Prozent. Der Abstieg bei den Grünen verlief langsam aber stetig von 24 Prozent im September 2019 über 20 Prozent (September 2020) auf 17 Prozent Anfang September 2021<sup>3</sup>.

Die Reihe der bei Umfragen vor der Wahl genannten wichtigsten Probleme wurde vom Thema Umwelt/Klima/Energiewende (47%) angeführt. Es folgten Coronavirus/Folgen (28%), Ausländer/Flüchtlinge/Asyl (13%), soziale Gerechtigkeit / soziales Gefälle (13%) und Rente/Alterssicherung (10%). Als wichtig für die Wahlentscheidung («Sehr wichtig ist für mich ist das Thema...») nannten vor der Wahl 53 Prozent der Befragten Soziale Gerechtigkeit, 43 Prozent Klimaschutz, 25 Prozent Flüchtlinge und Asyl und 22 Prozent Corona. Tatsächlich war dann bei der Wahl für 48% der «exit poll-Befragten» das Thema Rente ausschlaggebend, für 45% Soziale Gerechtigkeit und für 33% Klimaschutz<sup>4</sup>. Wichtige Probleme sind nicht notwendigerweise identisch mit den Themen, die die Wahlentscheidung bestimmen, weil diese nicht selten von unmittelbaren persönlichen Interessen bestimmt werden.

Für Wahlentscheidungen spielen neben dem Kandidatenfaktor und die von mir nicht thematisierte Parteibindung auch die Parteikompetenzen in Sachfragen eine Rolle.

Noch im Juni 2021 lag die SPD bei der Kompetenzzuweisung in Sozialer Gerechtigkeit nur 6 Prozentpunkte (PP) vor der Union (28:22), Anfang September jedoch 29 PP (43:29). In der Sozialpolitik lagen im Juni 2021 beide Parteien noch gleichauf; in der ersten Befragung nach der Wahl führte die SPD mit 33 PP (47:14) vor der Union. Die Parteikompetenz «Wirtschaft» lag seit Dezember 2001 ohne Unterbrechung bei der Union. Vorher, d.h. von Januar 2000 bis November 2001, war die SPD als kompetenter betrachtet worden; im August 2000 lag die SPD 24 PP vor der Union. Im Juni 2021 hatte die Union noch mit 37 (!) PP vor der SPD (45:8) geführt, doch Anfang September 2021 war der Vorsprung bereits geschmolzen (30:23) und Ende September lag die SPD 12 PP vor der Union (32:20)<sup>5</sup>.

Die Kampagne der SPD war stark auf den Kandidaten fokussiert, der nach und nach nicht nur seiner zeitweiligen Konkurrentin und seinem Konkurrenten als potenzieller Kanzler vorgezogen («Kann Kanzler besser als...»), sondern auch mehr und mehr von Parteianhängern der SPD unterstützt wurde. Die Behauptung, das Programm hätte überzeugt, kann mit dessen Präsenz in der Kampagne nicht schlüssig belegt werden. Insofern ist es wichtig, sowohl den Aufstieg der SPD in den Umfragen als auch ihr Wahlergebnis nicht nur als Triumph des Kandidaten zu sehen, von dessen positiver Bewertung schließlich die SPD als Partei profitierte, sowie des geschlossenen Auf-

3 FGW: Politbarometer September 2019, 2020, 2021.

4 FGW: Politbarometer September III 2021, KW 37.

5 FGW: Politbarometer: Parteikompetenzen, erhoben in den o.a. Monaten.

treten der Partei zu werten. Der Vorsprung vor der Union in wichtigen Kompetenzzuweisungen, insbesondere in Sozialer Gerechtigkeit und im Politikfeld Sozialpolitik, sind vor dem Hintergrund der für die Wahlentscheidung maßgeblichen Themen Soziale Gerechtigkeit und Rente für das Ergebnis der SPD mit entscheidend gewesen. Ich werte das als Hinweis auf eine Richtungsentscheidung für die Profilierung der SPD als Alternative zur CDU/CSU bei kommenden Wahlen.

## Nun zum Ergebnis der SPD

In fast allen Bevölkerungsgruppen wurden Zuwächse erzielt.

- Überdurchschnittlich groß waren die Zugewinne bei Älteren (34% = +10%) – und hier besonders bei den Frauen (60+ = 34%).
- Bei Wählern mit formal niedriger Bildung war die SPD mit einem Anteil von 33 Prozent vergleichsweise stark (mittlerer Abschluss 27%, hoher Abschluss 22%).
- Weniger groß fiel die Unterstützung bei Arbeitern (26%), Angestellten (24%), Beamten (19%) und Selbstständigen (16%) aus.
- Bei den unter 35-Jährigen verlor sie gegen den Trend im Vergleich zur letzten Wahl. (18–24 J.: 15% = -4PP, 25–34 J.: 17% = -1PP).

Die Ergebnisse waren im Westen erneut besser als im Osten, aber die innerdeutschen Unterschiede sind zugunsten der ostdeutschen SPD kleiner geworden, denn im Westen hat sie weniger stark zugelegt als in den ostdeutschen Bundesländern. Dort waren die Zugewinne in Mecklenburg-Vorpommern (+14PP) am stärksten, danach folg-

ten Brandenburg (+11,9PP), Sachsen-Anhalt (+10,2PP) und Thüringen(+10,2PP). Ihre besten Zweitstimmenergebnisse erzielte die SPD im Saarland (37,3%), wo sie stark zugelegt hatte, und in Niedersachsen (33,1%), ihre schlechtesten in Bayern (18,0%) und in Sachsen (19,3%). Vor den Wahlen war sie hier nur einstellig.

Ergänzend zu den oben erwähnten Wahlmotiven ist zu erwähnen, dass gut ein Drittel (36%) der SPD-Wähler:innen angaben, sie hätten sich wegen der Person des Spitzenkandidaten für die Partei entschieden; das waren 14 PP mehr als vor vier Jahren. Gut 44 Prozent der SPD-Wähler:innen entschieden sich vornehmlich aufgrund der Sachlösungen für die SPD, deutlich weniger (-11PP) als 2017. Der Anteil derjenigen, für die die Parteibindung das zentrale Motiv der Parteientscheidung war, sank auf 15 Prozent (-7PP). Hier hat sich ein Trend fortgesetzt, der die Parteiführung aufmerksam machen sollte. Denn eine nachlassende Unterstützung durch Stammwähler («truly Sozialdemokraten») zeigt, dass überlegt werden muss, wie diese besser mobilisiert werden können, was voraussetzt, dass ihre Bindung an die Partei, soll heißen, ihr Vertrauen in deren Politik, gestärkt werden muss.

Ohne Zweifel hat der Ausgang der BTW 2021 Auswirkungen auf das Parteiensystem und die einzelnen Parteien, die sich wie beispielsweise der Abschied des Typs der Volkspartei aus dem deutschen Parteiensystem, seit einiger Zeit zeigen. Trotz gegenteiliger Behauptungen aus den Hauptquartieren von Union, SPD und auch der AfD gibt es im deutschen System keine Volkspartei mehr, was insofern aus den Parteizentralen bestätigt wird, aus denen heraus nun erklärt wird, die Union oder die SPD wollten es wieder werden. Zugleich ergeben sich auf

Bundesebene auch veränderte Konstellationen im Parteienwettbewerb und neue Koalitionsoptionen dadurch, dass keine wirklich dominante Partei, an der vorbei keine Koalition gebildet werden kann, mehr existiert. Koalitionen müssen nun zwischen Parteien mittlerer Größen verhandelt werden.

Die Frage nach den Ursachen für die auffälligen Veränderungen von Wahlergebnissen erfordert Antworten darauf, wie sich die Konfliktstruktur, an der entlang sich Parteien organisieren, verändert hat, welche neuen Themen aufgetaucht und oder welche wichtig geblieben sind, worin sich die Auswirkungen des sozialen Wandels zeigen oder ob nur das Verschulden der einen und das Glück der anderen Partei die Ergebnisse erklären. Wenn Mehrheiten nur noch in der fiktiven «politischen Mitte» gefunden werden können, dann spielen neben dem Konfliktpotenzial in diversen Themen auch Wertorientierungen eine Rolle: Was bedeuten Positionsbestimmungen wie Mitte, rechts oder links, wenn es zu Wertesynthesen kommt, also beispielsweise das Eintreten für Klimaschutz mit der Befürwortung eines starken Staates oder der Wunsch nach staatlicher Fürsorge mit Forderungen nach privater Absicherung verknüpft wird? Kann in Zeiten eines Nebeneinanders von beschleunigten sozialen Wandlungsprozessen mit entsprechenden Auswirkungen eine Partei noch ein breites Programm anbieten, in dem politische Ziele unscharf genannt werden, um verschiedene politische Milieus ansprechen zu können und die dementsprechend auch flexibel bei der Formulierung und Interpretation ihrer Grundwerte ist, um bei Wahlen Mehrheiten zu erreichen, die ihren Anspruch auf die Führung einer Regierung begründen? Oder müsste sie sich nicht als Wertegemeinschaft mit einem Alleinstellungsmerkmal verstehen, um ein dar-

auf begründetes programmatisches und politisches Angebot zu machen? Könnte eine Union am Ende als Union von mehreren konservativen Parteien, deren jeweiliges Spektrum von christlich-sozialen über liberalen bis zu nationalkonservativen Wertorientierungen und Positionen reicht, fortexistieren?

Wer aus dem Ergebnis folgert, dass es eine Angleichung an das «europäische Normalmaß» signalisiert, weil es nun wie in den meisten Ländern keine dominante Partei mehr geben würde und auch in Deutschland die rechten wie die linken Ränder durch kleiner gewordene, aber etablierte Parteien wie die AfD und die PDL besetzt worden sind, der liefert lediglich eine Beschreibung der Systeme, ohne beispielsweise die Rolle der Wahlsysteme oder die Konfliktstrukturen der Gesellschaft, geschweige denn die Differenzen zwischen den Parteien zu erläutern.

Eine Abschätzung der Möglichkeiten der SPD im Parteienwettbewerb, die sowohl der Konkurrenz der Union als auch der Bündnisgrünen ausgesetzt ist, sollte davon ausgehen, dass die stärkere Positionierung der Grünen es der SPD schwerer machen wird, sich des Themas Klimaschutz zu bemächtigen; sie hat da bislang kaum Kompetenzen. Umgekehrt versuchen die Bündnisgrünen, dieses für sie zentrale Thema mit dem der Sozialen Gerechtigkeit zu verknüpfen. Die Perspektive der SPD wird zugleich durch die Ungewissheit bestimmt, ob ihr Niedergang nun dauerhaft oder nur vorläufig gestoppt ist? Der Niedergang der SPD, Norbert Walter-Borjans sah sie «den Bach runtergehen», was zum Untergang führen kann, scheint gestoppt; das Wahlergebnis wird von manchen wie ein Zeichen der Wiedergeburt und als Folge eines Erneuerungsprozesses gefeiert, der von wenigen organisiert

und von allen getragen wurde. Deshalb sind den Erfolg begünstigende externe Faktoren, hier die Kampagnenfähigkeit der wichtigsten Konkurrenten, nicht außer Kraft gesetzt worden. Wichtige interne Probleme wie die Teilhabe der Mitgliedschaft an innerparteilichen Entscheidungsprozessen wurden nicht dadurch gelöst, dass die Kommunikation innerhalb der Partei nun primär digital organisiert ist und die Mitgliedschaft mit Informationen geflutet wird; sie verläuft weiterhin im Wesentlichen von oben nach unten. Neue Formen der Teilhabe an Entscheidungsprozessen wie die Urwahl von Vorsitzenden als ein Hinweis auf eine neue politische Kultur warten ebenso wie Angebote an Nichtmitglieder zur Mitarbeit außerhalb von Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen auf ihre Fixierung im Statut, von weitergehenden Vorstellungen zur Kooperation mit Organisationen der Zivilgesellschaft ganz zu schweigen. Grundsätzliche Aussagen des 2007 beschlossenen Hamburger Programms sind nicht überholt, manche wie die «solidarische Bürgergesellschaft» nicht realisiert, eine andere wie der «vorsorgende Sozialstaat» hat sich durch einen Beschluss über einen «neuen Sozialstaat» (2019) erledigt.

Ein «Mangel an Demokratie und Gerechtigkeit» (Hamburger Programm, Punkt 2) prägt weiterhin den Kapitalismus. Die Stärkung des Markenkerns der SPD als «Hüterin der staatlich verbrieften sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit» (Gerd Mielke / Fedor Ruhose) könnte als Ziel der Erneuerung dazu beitragen, die Partei als Wertegemeinschaft zu definieren und sie mit einem entsprechenden Angebot die nächste Wahl streiten zu lassen. Das würde angesichts der Erwartungen einer Mehrheit in der Gesellschaft die Erneuerung der Partei deutlich demonstrieren. Das könnte den Eindruck konterkarieren, dass eine «Aufrüstung» der SPD zu einer Organisation nach US-amerikanischem Vorbild ansteht, d. h. einer Partei, die in erster Linie Parteitage und Wahlen oder andere Kampagnen organisiert und deren Politik im Wesentlichen von im Kongress agierenden Politiker:innen statt von den Mitgliedern bestimmt wird. Die nach dem Wahlsieg der SPD angestimmten Lobgesänge auf die nicht bestrittene organisatorische Leistung als ganz wesentliche Voraussetzung für den Wahlsieg, von der Wirkung des Kandidaten einmal abgesehen, stimmen mich etwas misstrauisch. ■

Anne Küppers

# Das Wahlverhalten junger Menschen bei der Bundestagswahl 2021

## Einleitung

Hätten bei der Bundestagswahl 2021 ausschließlich die jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren gewählt, würde das Wahlergebnis ganz anders aussehen. In dieser Altersgruppe lagen die Grünen mit 23% knapp vor der FDP (21%) auf Platz eins. SPD und CDU/CSU kamen bei den Jungwählenden gemeinsam nur noch auf ein Viertel der Stimmen (SPD: 15%, CDU/CSU: 10%). Linke bzw. AfD erhielten 8 respektive 7% der Stimmen in dieser Altersgruppe (vgl. Tabelle 1).

Damit ging die Bundestagswahl 2021 unter den 18- bis 24-Jährigen mit einer deutlichen Verschiebung der zwischenparteilichen Kräfteverhältnisse einher: 2017 waren noch Christ- (24%) und Sozialdemokraten (19%) die beiden stärksten Parteien in der jüngsten Wählendenkohorte geworden. Im Vergleich zur vorangegangenen Wahl konnten FDP und Grüne 2021 ihre Ergebnisse in dieser Altersgruppe deutlich steigern und 9 bzw. 10 Punkte hinzugewinnen. Die FDP lag damit unter den Jungwählenden so deutlich wie noch nie vor ihrem Ergebnis in der Gesamtwählerschaft (+9,5 Prozentpunkte) (vgl. Abb. 1). Die Unionsparteien verloren im Vergleich zur Wahl von vor vier Jahren bei den 18- bis 24-Jährigen 14 Punkte und auch SPD (minus 4 Punkte) sowie Linke und AfD mussten in der jüngsten Wählerkohorte Verluste hinnehmen (jeweils minus 3 Punkte). Die massiven Verschiebungen zugunsten von

Tabelle 1 Ergebnis Bundestagswahl 2021, 18- bis 24-Jährige vs. Gesamtwählerschaft (in %)

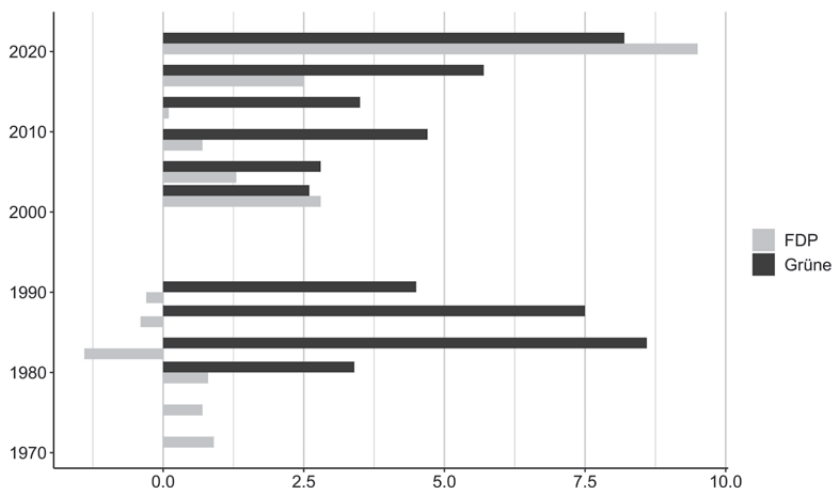
	18- bis 24-Jährige (in %)	Gesamt (in %)
CDU/CSU	10	24,1
SPD	15	25,7
FDP	23	14,8
Grüne	21	11,5
Die Linke	8	4,9
AfD	7	10,3

Quelle: Bundeswahlleiter 2021; Infratest dimap

FDP und Grünen könnten ein Anzeichen für jugendspezifisches Wahlverhalten sein, das zustande kommt, wenn eine (oder mehrere) Partei(en) den Präferenzen der jungen Wählenden nachkommen. Kommt dagegen keine Partei den Präferenzen junger Menschen nach, bleibt ein jugendspezifisches Wahlverhalten aus.<sup>1</sup> Von den 60,4 Mio. Wahlberechtigten in Deutschland sind allerdings nur ca. 14% unter 30 Jahre alt (38% sind älter als 60 Jahre).<sup>2</sup> D.h. junge Men-

1 Harald Schoen: Junge Wilde und alte Milde? Jugend und Wahlentscheidung in Deutschland. In: Edeltraud Roller / Frank Brettschneider / Jan W. van Deth (Hrsg.): *Jugend und Politik: «Voll normal!» Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung*, Wiesbaden 2006, S. 379-406, S. 383.

2 [https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/01\\_21\\_wahlberechtigte-geschaetzt.html](https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/01_21_wahlberechtigte-geschaetzt.html) (01.12.2021).



1 Stimmendifferenz zwischen Jungwählenden (18–24 Jahre) und Gesamtwählerschaft bei Bundestagswahlen (in Prozentpunkten)

Anmerkung: Eine positive Differenz bedeutet, dass die Partei bei den 18- bis 24-Jährigen besser abschnitt als in der Gesamtwählerschaft. Bei der Bundestagswahl 1972 durften erstmals auch 18-Jährige wählen; davor lag das Wahlalter bei 21 Jahren. Die Grünen traten 1980 das erste Mal bei einer Bundestagswahl an. Für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 liegen keine Daten vor.

Quelle: Bundeswahlleiter 2021; Infratest dimap

schen nehmen weniger Einfluss auf den Ausgang der Bundestagswahl als die älteren Bevölkerungsgruppen. Parteien dürften damit kein allzu großes Interesse haben, vorwiegend die Interessen junger Wähler:innen zu bedienen.

Ziel dieses Beitrags ist es, das Wahlverhalten junger Menschen bei der Bundestagswahl 2021 zu erklären und dabei insbesondere der Frage nachzugehen, warum mit FDP und Grüne zwei sehr verschiedene Parteien in dieser Altersgruppe so stark abschnitten. Neben den Erkenntnissen führender Umfrageinstitute wird dafür auf die Daten der German Longitudinal Election Study (GLES) zurückgegriffen.<sup>3</sup> Für die

GLES Vorwahlstudie<sup>4</sup> wurden zwischen dem 26.08.2021 und dem 25.09.2021 rund 5.220 Bürger:innen mit deutscher Staatsangehörigkeit ab 16 Jahren befragt (davon N=451 unter 25 Jahren). Die Auswahl der zu befragenden Personen erfolgte in einer mehrstufigen Zufallsauswahl. Die Befragung fand sowohl per Online-Befragung (CAPI, Computer Assisted Personal Interview) als auch per Papierfragebogen (PAPI, Pen-and-Paper Personal Interview) statt und wurde vom Umfrageinstitut Kantar Public

Datenarchiv: ZA7700 Datenfile Version 1.0.0. Köln, 2021.

4 Zum Zeitpunkt des Verfassens lagen weder die Daten der repräsentativen Wahlstatistik noch die Daten der GLES Nachwahlstudie vor.

3 GLES: GLES Querschnitt 2021, Vorwahl. In: GESIS

Germany durchgeführt. Die Analyse beruht auf gewichteten Daten.

Der Beitrag gliedert sich wie folgt: Im nächsten Abschnitt wird ein kurzer Überblick über die politikwissenschaftlichen Erklärungsansätze des Wahlverhaltens gegeben. Anschließend werden Einstellungen und Wahlverhalten junger Menschen auf Basis von Umfragedaten näher analysiert. Das letzte Kapitel zieht ein Fazit und gibt einen Ausblick, was das Wahlverhalten der jungen Wählendenkohorte für die Entwicklung des Parteiensystems und die Zukunft der Volksparteien Union und SPD bedeutet.

## Forschungsstand: Theorien des Wahlverhaltens

In der Forschung werden verschiedene Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens diskutiert. Die bekanntesten sind der soziologische Ansatz, der individualpsychologische Ansatz und der Rational-Choice-Ansatz. Der von Paul F. Lazarsfeld und Kolleg:innen begründete mikro-soziologische Ansatz (auch Columbia-Modell genannt) geht auf Untersuchungen der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1940 in Erie County (Ohio) zurück und lässt sich auf die Formel «Wahlverhalten = Gruppenverhalten» bringen. D. h., mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe geht i. d. R. ein bestimmtes Wahlverhalten einher: «People who work or live or play together are likely to vote for the same candidate.»<sup>5</sup> Soziale Kontakte beeinflussen die politische Meinung und Menschen passen ihre politischen Präferenzen ihrem Umfeld an. Idealtypisch steht

eine Person im Columbia-Modell «im Mittelpunkt konzentrischer, sich gegenseitig verstärkender sozialer Einflusskreise»<sup>6</sup>. Eine Person in einem solchen homogenen Umfeld entwickelt dabei eine starke Parteibindung. Personen in einem heterogenen Umfeld sind hingegen sogenannten cross-pressures ausgesetzt und können keine klare Parteipräferenz entwickeln.<sup>7</sup> Das Columbia-Modell erklärt jedoch nur ein über längere Zeit hinweg konstantes Wahlverhalten (bspw. auf Basis der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder einer starken Bindung an die katholische Kirche). Dagegen besitzt das Modell keine Erklärungskraft für kurzfristige Veränderungen des Wahlverhaltens.

Der individualpsychologische Ansatz (auch Michigan- oder Ann Arbor-Modell) geht im Wesentlichen auf die beiden Untersuchungen *The Voter Decides*<sup>8</sup> und *The American Voter*<sup>9</sup> von Angus Campell und Kollegen zurück. Das Wahlverhalten ist dabei in erster Linie Ausdruck einer Parteibindung. Diese wird als «langfristig stabile, psychologische Bindung eines Individuums an eine politische Partei»<sup>10</sup> verstanden. Diese Parteiidentifikation wird früh im Prozess der politischen Sozialisation erworben,

5 Paul Lazarsfeld / Bernard Berelson / Hazel Gaudet: *The People's Choice*, New York 1944, S. 137.

6 <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahlen-in-deutschland/335665/theorien-des-wahlverhaltens> (01.12.2021).

7 Harald Schoen: Wahlsoziologie. In: Viktoria Kaina / Andrea Römmeler (Hrsg.): *Politische Soziologie: Ein Studienbuch*, Wiesbaden, 2008, S. 181–208, S. 183 f.

8 Angus Campbell / Gerald Gurin / Warren Miller: *The Voter Decides*. Evanston (Ill.) 1954.

9 Angus Campbell / Philip Converse / Warren Miller / Donald Stokes: *The American Voter*. New York 1960.

10 Sabrina Mayer: *Die Parteiidentifikation. Eine Konstruktvalidierung neuer Maße auf Basis des Ansatzes sozialer Identität*, Wiesbaden 2017, S. 42.

bspw. durch das Elternhaus, den Freundeskreis oder die Mitgliedschaft in politischen Gruppen. In der Regel erfolgt die Wahlentscheidung entsprechend dieser stabilen Parteiidentifikation. Bei einzelnen Wahlen können jedoch zusätzlich kurzfristige kandidat:innen- oder issue-bezogene Einflussfaktoren wirksam werden.<sup>11</sup> Anders als mithilfe des soziologischen Modells können über die Hinzunahme von Issue- oder Kandidierenden-Orientierungen kurzfristige Veränderungen des Wahlverhaltens erklärt werden und das sozialpsychologische Modell zeigt in empirischen Untersuchungen eine hohe Erklärungskraft.

Dem auf Anthony Downs<sup>12</sup> zurückgehenden Rational-Choice Ansatz zur Folge ist die individuelle Wahlentscheidung das Ergebnis einer individuellen Nutzenfunktion. Einfach ausgedrückt: Rationale Wählende entscheiden sich für die Partei, von deren Politik der größte individuelle Vorteil zu erwarten ist. Längerfristige emotionale Parteibindungen spielen nur eine untergeordnete Rolle.<sup>13</sup> Negativ auf die Erklärungskraft dieses Modells wirkt sich aus, dass es in der Logik des Modells nur rational ist, zur Wahl zu gehen, wenn die eigene Stimme den Ausschlag gibt, wer die Wahl gewinnt: Denn die Wirkung der eigenen Stimme (Nutzen) wird gegen die entstehenden Kosten (hier: Aufwand, welcher bei der Teilnahme entsteht) abgewogen.<sup>14</sup> Das Modell kann zudem nicht erklären, weshalb Wählende kleine Parteien un-

terstützen, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern.

Zur Erklärung des altersspezifischen Wahlverhaltens wird zudem auf kohorten-bezogene bzw. lebenszyklus-bezogene Erklärungen zurückgegriffen. «Alter» kann demnach zwei Bedeutungen haben. Es steht stellvertretend für die Zugehörigkeit zu einer Geburtskohorte. Diese geht mit bestimmten Sozialisationserfahrungen während der formativen Phase (Jugend bzw. frühes Erwachsenenalter) einher. Die einmal erworbenen Grundorientierungen bleiben im weiteren Leben stabil. «Alter» steht zudem für eine Phase im Lebensverlauf. Der Lebenszyklus-, bzw. Alterseffekt beschreibt also Effekte (wie eine Veränderung der Parteipräferenz), die mit zunehmendem Lebensalter eintreten.<sup>15</sup> Es ist leicht ersichtlich, wie sich beispielsweise ein Lebenszykluseffekt anhand der beschriebenen Modelle des Wahlverhaltens äußert: So können sich mit einschlägigen Lebensereignissen, etwa der Geburt des ersten Kindes, die Sachpräferenzen verändern. Auch haben Jung- und insbesondere Erstwählende möglicherweise noch keine stark gefestigte Parteiidentifikation, weil der Prozess der politischen Sozialisation noch nicht vollständig abgeschlossen ist.

## Das Wahlverhalten junger Menschen bei der Bundestagswahl 2021

In diesem Kapitel sollen zunächst allgemeine Unterschiede zwischen den jungen Wählenden und dem Rest der Wählenden

11 Schoen 2008, S. 188 f.

12 Anthony Downs: *An Economic Theory of Democracy*. New York 1957.

13 Kai Arzheimer / Annette Schmitt: Der ökonomische Ansatz. In: Jürgen W. Falter / Harald Schoen (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, 2014, S. 243-303, S. 250 ff.

14 Ebd., S. 261.

15 Achim Goerres: Das Wahlverhalten älterer Menschen. Forschungsergebnisse aus etablierten Demokratien. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41(1), 2010, S. 102-120, S. 103.

herausgearbeitet werden, bevor auf die Erklärung ihres Wahlverhaltens eingegangen wird.

### Politisches Interesse und Wahlen als Bürger:innenpflicht

Im Rahmen der GLES Vorwahlstudie 2021 befragte Jugendliche bzw. junge Erwachsene erachten die Wahlnorm als weniger wichtig und stimmen der Aussage, wählen zu gehen sei Bürger:innenpflicht, seltener zu als die älteren Wählenden. Auch für das Jahr 2021 ist daher erneut von einer – im Vergleich zum Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – niedrigeren Wahlbeteiligung der 18- bis 24-Jährigen auszugehen.<sup>16</sup> Dies stünde im Einklang mit Befunden der Forschung sowie den Beobachtungen der vergangenen Bundestagswahlen, bei denen die Jungwählenden eine geringere Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatten.<sup>17</sup> Allerdings sind innerhalb der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen noch einmal Unterschiede zu erwarten, da die Wahlbeteiligung i. d. R. umso höher ausfällt, je jünger eine Person bei ihrer ersten Wahlteilnahme ist. Dies wird damit erklärt, dass etwa 18- oder 19-Jährige ihre Erstwahl im Gegensatz zu den älteren Mitgliedern dieser Alterskohorte noch in einem stärker durch die Eltern geprägten Umfeld erleben und sich die höhere Wahlbeteiligung ihrer Eltern auf die Jungen abfärbt.<sup>18</sup> Die geringe Wahlbeteiligung schmälert das

Gewicht junger Leute bei der Wahlentscheidung noch einmal, denn die älteren Wählenden sind ihnen nicht nur zahlenmäßig überlegen, sie gehen auch verlässlich zur Wahl.

Ein möglicher Grund für die geringere Wahlbeteiligung in der Gruppe der unter 25-Jährigen ist das geringere politische Interesse in dieser Altersgruppe. Die Daten der GLES zeigen: Fast ein Viertel der jungen Menschen ist nur schwach an Politik interessiert (im Rest der Bevölkerung sind es 13%; in der Alterskohorte 65+ sogar nur 8%). Ebenfalls leicht schwächer ausgeprägt ist das Interesse der Jungwählenden am Wahlkampf, auch wenn die Unterschiede zu den übrigen Wahlberechtigten hier geringer ausfallen. In interessanter Weise schlägt sich das geringere politische Interesse der Jungen jedoch nicht in einer geringeren Häufigkeit politischer Gespräche nieder. Ebenso wenig zeigen sich signifikante Unterschiede beim politischen Wissen.<sup>19</sup>

### Parteiidentifikation und größte Probleme

Nicht nur in ihrer Wahlbereitschaft, sondern auch in ihren Einstellungen unterscheiden sich die Jungwählenden von den Älteren. So weisen die unter 25-Jährigen eine geringere Parteiidentifikation auf: 22% der Befragten zwischen 16 und 24 Jahre geben an, keiner Partei zuzuneigen; unter den restlichen Befragten sind es 15% (in der Alters-

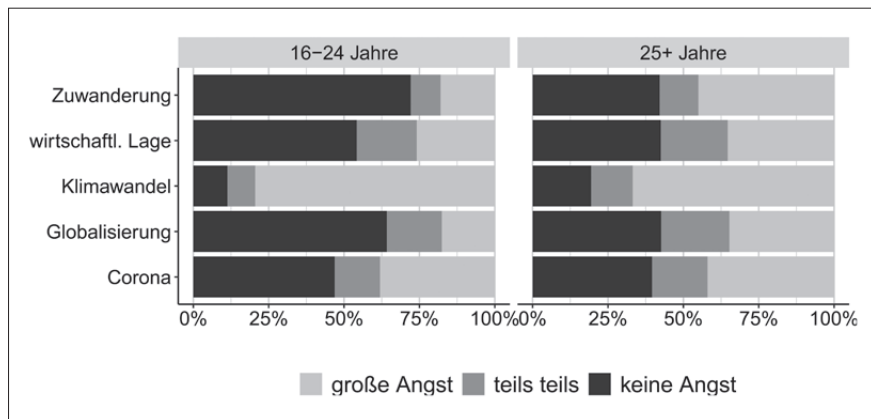
16 Entsprechende Daten des Bundeswahlleiters liegen zum Zeitpunkt des Verfassens (Ende November 2021) noch nicht vor.

17 Goerres 2010; James Sloam: Rebooting democracy: youth participation in politics in the UK. In: *Parliamentary Affairs*, 60(4), 2007, S. 548–567.

18 Yosef Bhatti / Kasper M. Hansen: Leaving the Nest and the Social Act of Voting: Turnout among First-

Time Voters. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 22(4), 2012, S. 380–406.

19 Die Frage in der GLES lautete: «Bei der Bundestagswahl haben Sie ja zwei Stimmen, eine Erststimme und eine Zweitstimme. Wie ist das eigentlich, welche der beiden Stimmen ist ausschlaggebend für die Sitzverteilung im Bundestag?»; Antwortkategorien: «Erststimme», «Zweitstimme», «beide sind gleich wichtig».



2 «Manchmal gibt es in der Gesellschaft Entwicklungen, die können wirklich Angst machen. Wie ist das bei Ihnen?» (Angaben in %) Quelle: GLES Vorwahlstudie 2021

gruppe 65+ sogar nur 10%).<sup>20</sup> Damit dürften situative Faktoren (d.h. Themen und Kandidierenden) der Wahlentscheidung der 18- bis 24-Jährigen eine größere Rolle zukommen als bei den älteren Wählenden.

Welche Themen sind in den Augen der jungen Generation bedeutsam, worum sorgen sie sich? Bei den Themen Globalisierung, Zuwanderung oder Corona machen sich die 16- bis 24-Jährigen weniger Sorgen als die übrigen Wählenden (vgl. Abb. 2). Starke Unterschiede zwischen den Altersgruppen gibt es hier v.a. bei den Themen Globalisierung und Zuwanderung. Während etwa 44% der über 65-Jährigen Globalisierungängste äußern, zeigen sich die 16- bis 24-Jährigen bei diesem Thema weit aus seltener besorgt (18%). Ein ähnliches Bild lässt sich für die Frage der Zuwanderung nach Deutschland zeichnen. Beinahe drei Viertel der 16- bis 24-Jährigen haben keine Angst vor Zuwanderung (übrige Be-

fragte: 42%), womit die Parolen der AfD in dieser Altersgruppe schwerlich auf fruchtbaren Boden treffen dürften. Besonders besorgt beim Thema Zuwanderung ist wiederum die älteste Alterskohorte. Bei den über 65-Jährigen blickt die Hälfte mit Angst auf die Zuwanderung nach Deutschland. Das Thema Klimawandel hatte kurz vor der Wahl das Thema Corona als das in den Augen der Wählerschaft wichtigste Thema überholt.<sup>21</sup> Der Klimawandel ist auch dasjenige Thema, welches den Wählenden insgesamt am meisten Angst bereitet; ganz besonders besorgt zeigt sich die Gruppe der 16- bis 24-Jährigen, von denen knapp 80% angeben, das Thema mache ihnen Angst. Im Rest der Gesellschaft äußern sich zwei Drittel sorgenvoll. Andere Studien gelangen zu ähnlichen Befunden: Laut der Studie Jugend in Deutschland sorgen sich 56% der 14- bis 29-Jährigen wegen des Klimawan-

20 Eigene Berechnungen auf Basis der GLES-Vorwahlstudie.

21 [https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langezeitentwicklung\\_-\\_Themen\\_im\\_Ueberblick/Politik\\_II/#Probl1](https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langezeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1) (01.12.2021).

dels.<sup>22</sup> Die Shell Jugendstudie kam 2019 zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel 65 % der 12- bis 25-Jährigen Angst macht.<sup>23</sup> Die Ergebnisse sind allerdings aufgrund der anderen Frageformulierung und wegen des unterschiedlichen Zuschnitts der Alterskohorten nur bedingt mit den GLES-Daten vergleichbar. Mit Blick auf das Thema Corona machen sich die 16- bis 24-Jährigen etwas weniger Sorgen als die übrigen Befragten (große Angst: 38 % vs. 42 %), die Unterschiede sind aber nicht signifikant. Anders sieht es im Vergleich zur ältesten Alterskohorte aus, in der eine Mehrheit von 57 % angibt, die Corona-Pandemie mache ihnen große Angst.

### Warum wählten junge Menschen FDP und Grüne?

Ein Grund für den Wahlerfolg von FDP und Grünen war die Unzufriedenheit mit der Großen Koalition. Wie eingangs dargestellt wandten sich die jungen Wählenden in großen Zahlen von den GroKo-Parteien und insbesondere der Union ab. Nur eine Minderheit von vier von zehn Befragten zeigt sich in der Alterskohorte der 16- bis 24-Jährigen mit der Arbeit der GroKo zufrieden; zum Vergleich: In der Gruppe der über 65-Jährigen sind es zwei Drittel.<sup>24</sup> Gemein ist FDP und Grünen daher, dass sie den Wunsch nach etwas Neuem verkörpern; sie sind nicht radikal, aber gleichzeitig nicht CDU/SPD.

22 Das Thema liegt damit auf Platz 1. Vgl. Simon Schnetzer / Klaus Hurrelmann: *Jugend in Deutschland - Winter 2021/22*, 2021.

23 Das Thema Klimawandel lag damit auf Platz 3 hinter den Themen Umweltverschmutzung und Terrorismus. Vgl. Mathias Albert / Klaus Hurrelmann / Gudrun Quenzel / Kantar Public: *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort*. Weinheim Basel 2019.

24 Eigene Berechnungen auf Basis der GLES-Vorwahlstudie.

Neben der Unzufriedenheit mit der Arbeit der Großen Koalition (insbesondere den Unionsparteien) spielte auch die thematische Ausrichtung des Wahlkampfes eine Rolle für das Wahlverhalten der Jungwählenden. Für die Wahl der FDP waren vor allem zwei inhaltliche Gründe entscheidend: Freiheitsrechte (besonders in Bezug auf die Corona-Bekämpfung) sowie – wie bereits 2017 – das Thema Digitalisierung. Während die anderen im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der AfD) zur Bekämpfung der Covid-19 Pandemie Lockdown-Maßnahmen befürworteten bzw. durchsetzten, machte sich die FDP für individuelle Freiheitsrechte stark. Studien weisen einen Zusammenhang zwischen persönlicher Risikowahrnehmung durch das Corona-Virus und Zustimmung zu den Lockdown-Maßnahmen nach.<sup>25</sup> Hinzu kommt, dass viele Räume, die für junge Menschen wichtig sind (z. B. Schulen, Hochschulen, Bars, Clubs und Sportvereine), von den Schließungen betroffen waren. Die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen belasteten junge Menschen zudem psychisch stärker als die Älteren und führten zu einer Zunahme an psychischen Problemen und Einsamkeit.<sup>26</sup> Vor diesem Hintergrund konnte die FDP mit dem Thema «Freiheit» eine Klientel ansprechen, die aufgrund ihres jungen Alters eine geringe Corona-Risikowahrnehmung hat und daher die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen womöglich eher für übertrieben hielt.

Umfragedaten weisen in dieselbe Richtung. FDP-Anhänger:innen aller Altersgrup-

25 Marion Reiser / Anne Küppers / Jörg Hebenstreit / Axel Salheiser / Lars Vogel: *Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020*. Jena 2021.

26 Ru Jia et al.: Young people, mental health and COVID-19 infection: the canaries we put in the coal mine. In: *Public Health* 189, 2020, S. 158-161.

pen standen den Corona-Maßnahmen über den gesamten Zeitraum des Jahres 2021 skeptischer gegenüber als die Anhänger:innen der linken Parteien sowie der CDU: Sie halten die Corona-Maßnahmen eher für zu weitgehend, sind eher gegen einen harten Lockdown und lehnen zudem in größerer Zahl eine Impfpflicht ab.<sup>27</sup> Auch die FDP-Anhänger:innen in der Alterskohorte 16 bis 24 Jahre stehen der Einschränkung von Freiheitsrechten kritischer gegenüber als die gleichaltrigen Anhänger:innen der Linken oder Grünen.<sup>28</sup>

Darüber hinaus hat die Corona-Pandemie ins Bewusstsein gerufen, welche Probleme es mit der Digitalisierung in Deutschland gibt. Beim Thema Digitalisierung wird der FDP unter allen Parteien – neben der CDU, dicht gefolgt von der SPD – die höchste Kompetenz zugesprochen.<sup>29</sup> Weitere Themen, mit denen die FDP bei jungen Menschen punkten konnte waren Generationengerechtigkeit (beim Thema Rente mit dem Konzept der Aktienrente) sowie eine liberale Drogenpolitik (Stichwort: Cannabis-Legalisierung). Zum Thema der Generationengerechtigkeit zeigt bspw. die Studie Jugend in Deutschland, dass die Angst vor dem Zusammenbruch des Rentensystems (48 % sorgen sich) bei den Sorgen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen den zweiten Platz – nach dem Klimawandel – einnimmt.<sup>30</sup>

27 <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2021/01.12.2021>).

28 Eigene Berechnungen auf Basis der GLES-Vorwahlstudie. Unterschiede zu CDU/CSU und SPD sind nicht signifikant.

29 <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2021/september/01.12.2021>).

30 Schnetzer/Hurrelmann 2021.

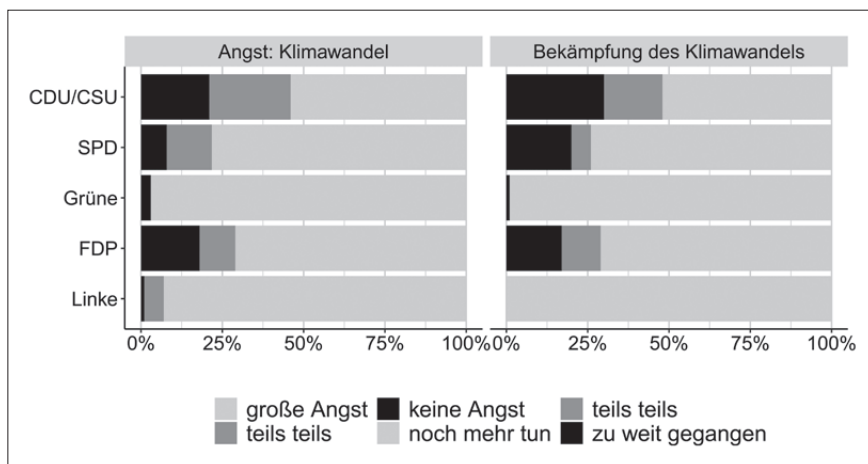
Ebenfalls eine Rolle dürfte die Präsenz der Partei in den Sozialen Medien und insbesondere auf TikTok gespielt haben. Hier kam den Liberalen das Informationsverhalten der jungen Menschen zu Gute, denn diese informieren sich zur Wahl vorwiegend via Sozialer Medien und nicht mehr über Zeitungen oder Fernsehen: 46 % der 16- bis 24-Jährigen beziehen ihre Informationen über die Bundestagswahl aus den sozialen Medien und nur rund ein Drittel über die «klassischen» Medien wie Fernsehen und Zeitung. Von den übrigen Befragten informieren sich lediglich 8 % über die sozialen Medien und mehr als drei Viertel beziehen ihre Informationen zur Wahl aus Fernsehen und Zeitung.<sup>31</sup>

Die Wahrnehmung der Klimakrise war im Wahlkampf 2021 durch die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz nicht mehr nur noch etwas Abstraktes, stattdessen wurde klar, dass Deutschland mitten in der Klimakrise angekommen ist. Beim für die junge Generation wichtigsten Thema «Umwelt und Klima» wird den Grünen die höchste Parteienkompetenz zugesprochen – weit vor allen anderen Parteien.<sup>32</sup> 82 % der Wählenden gaben zudem an, sie hätten die Grünen aufgrund ihrer Umwelt und Klimapolitik gewählt.<sup>33</sup> Naheliegender ist, dass dies auch für die Jungwählenden gilt. Wenngleich zu berücksichtigen ist, dass diese Einschätzungen auf vergleichsweise kleinen Fallzahlen pro Partei beruhen, zeigen die Daten der GLES-Vorwahlstudie für

31 Eigene Berechnungen auf Basis der GLES-Vorwahlstudie.

32 <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2021/september/01.12.2021>).

33 <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-gruene.shtml> (01.12.2021).



3 Angst vor Klimawandel und Bewertung der bisherigen Klimapolitik nach Parteipräferenz für die 18- bis 24-Jährigen

Anmerkung: Die Fallzahl der AfD-Wählende unter den 18- bis 24-Jährigen (N=14) ist zu klein für eine Subgruppenanalyse. Die AfD wird daher nicht ausgewiesen. Quelle: GLES Vorwahlstudie 2021

die 16- bis 24-Jährigen deutliche Unterschiede nach der Parteipräferenz. Junge Menschen, die angaben, (hypothetisch) die Grünen wählen zu wollen oder dies bereits per Briefwahl getan hatten, machen sich (neben jungen Anhänger:innen der Linken) große Sorgen wegen des Klimawandels: 96 % geben an, große Angst zu haben. Auch in der Frage, ob die Politik zur Bekämpfung des Klimawandels noch mehr tun müsse,<sup>34</sup> sind sich die jungen

Grünen-Unterstützer:innen einig und fordern die Politik zu schärferen Maßnahmen auf (siehe Abb. 3).

Aber auch jungen Menschen, die die FDP gewählt haben, ist das Thema Klimaschutz wichtig. Für junge FDP-Wählende ist dieses Thema aber im Vergleich zu den jungen Grünen-Sympathisierenden weniger durch Angst (71 % haben große Angst) und den Wunsch nach einem Systemwandel geprägt; stattdessen setzen sie – wie die FDP – darauf, das Problem mittels technischen Fortschrittes und marktwirtschaftlicher Lösungen in den Griff zu bekommen. Dafür wird das Wahlprogramm der Liberalen allerdings von Wissenschaftler:innen als «klimapolitischer Sicht unzureichend»<sup>35</sup> eingestuft. Wahlentscheidend dürfte das Thema für die jungen FDP-Wählenden oh-

34 Die Frage in der GLES lautete: «Zur Klimapolitik gibt es unterschiedliche Ansichten. Manche meinen, dass in der Politik noch viel mehr getan werden müsste, um den Klimawandel zu bekämpfen. Andere meinen, dass die Politik zur Bekämpfung des Klimawandels schon viel zu weit gegangen ist. Was ist Ihre Meinung zur Bekämpfung des Klimawandels?»; Antwortkategorien auf 11-stufiger Skala von «Politik müsste noch viel mehr zur Bekämpfung des Klimawandels tun» bis «Politik zur Bekämpfung des Klimawandels ist schon viel zu weit gegangen».

35 DIWEcon: *Wie viel Klimaneutralität steckt in den Wahlprogrammen?* Berlin 2021, S. 58.

nehin nicht gewesen sein, denn lediglich 11 % der FDP-Wählenden gab an, das Thema Klima habe bei ihrer Wahlentscheidung eine große Rolle gespielt – damit liegt das Thema hinter Wirtschaft/Arbeit, Steuern/Finanzen und soziale Sicherung auf dem vierten Platz.<sup>36</sup> Teile der jungen Wählerschaft hoffen möglicherweise darauf, mit der FDP ihren lieb gewonnenen Lebensstil auch weiterhin pflegen zu können – selbst wenn sie sich wegen der Auswirkungen des Klimawandels große Sorgen machen: «Die große Mehrheit ist noch nicht bereit, die lieb gewordenen Gewohnheiten in den Bereichen Konsum, Mobilität, Ernährung aufzugeben.»<sup>37</sup> Nur eine Minderheit der jungen Menschen ist somit zu einem nachhaltigen Lebenswandel bereit. Die meisten können sich ein Leben ohne Auto nicht vorstellen und wollen auch nicht auf Flugreisen verzichten. Ebenfalls nur rund ein Viertel äußert die Bereitschaft, komplett auf den Verzehr von Fleisch zu verzichten; noch weniger wollen komplett auf tierische Produkte verzichten.<sup>38</sup>

Die mediale Präsenz von Fridays for Future hat möglicherweise zu dem Irrglauben verleitet, bei den Jungwählenden handle es sich ausschließlich um linke Klimaaktivist:innen. Dem stehen nicht nur das Wahlergebnis der FDP in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen oder die Ergebnisse der oben zitierten Studie entgegen. Auch das (hypothetische) Wahlverhalten junger Menschen in den ostdeutschen Bundesländern weist in eine andere Richtung: Die AfD wurde bei der U18-Wahl in Sachsen<sup>39</sup>

und Thüringen<sup>40</sup> jeweils stärkste Kraft. Bundesweit wurden freilich die Grünen (21 %) stärkste Partei, gefolgt von Union und SPD (17 bzw. 19 %); die FDP erhielt 12 %, die AfD 6%.<sup>41</sup> Zumindest zeigen diese Ergebnisse, wie wichtig es ist, die derzeitigen und künftigen Jungwählenden nicht als eine homogene Gruppe zu betrachten.

## Fazit und Ausblick

Das Wahlverhalten der 18- bis 24-Jährigen unterscheidet sich vom Rest der Wählerschaft; während bei älteren Wählenden nach wie vor CDU/CSU sowie SPD am stärksten präferiert werden, wurden in der jüngsten Wählendenkohorte Grüne und FDP die stimmenstärksten Parteien. In diesem Artikel wurden mehrere Gründe für das jugendspezifische Wahlverhalten identifiziert: Beinahe ein Viertel hat keine Parteiidentifikation und orientierte sich somit an Themen und Spitzenkandidat:innen. Auch mit ihren inhaltlichen Wahlkampf-schwerpunkten bei den Themen Klima, Corona und Digitalisierung konnten Grüne und Liberale bei vielen jungen Menschen punkten.

Was bedeutet dies für die Zukunft, insbesondere der Volksparteien SPD und CDU/CSU? Wird die derzeitige Popularität unter den Jungwählenden FDP und Grünen zukünftig eine Mehrheit verschaffen? Werden die heute Jungen eine stabile Parteiidentifikation mit FDP bzw. Grünen entwi-

36 <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-fdp.shtml> (01.12.2021).

37 Schnetzer/Hurrelmann 2021.

38 Ebd.

39 <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/>

[wahlen/bundestagswahl/sachsen-ergebnis-u-achtzehn-wahl-100.html](https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wahlen/bundestagswahl/sachsen-ergebnis-u-achtzehn-wahl-100.html) (01.12.2021).

40 <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wahlen/bundestagswahl/u-achtzehn-wahl-jugendliche-afd-100.html> (01.12.2021).

41 <https://wahlen.u18.org/wahlergebnisse/bundestagswahl-2021> (01.12.2021).

ckeln? Oder werden sie, dem Mythos der «conservative aging»-These folgend, im Alter zu Unions-Wählenden? Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Identifikation mit Parteien in westlichen Demokratien abnimmt. Grund dafür ist die Erosion sozialer Milieus sowie die voranschreitende gesellschaftliche Individualisierung. In einem von Dealignment, d.h. höherer Volatilität, geprägten Parteiensystem wird die junge Generation nicht mehr so stabile Parteieignungen hervorbringen wie die Älteren. Da das Wahlverhalten dieser Alterskohorte somit stärker von Kandidierenden- und Issue-Orientierungen geprägt sein wird, sind sie für Parteien wie SPD und CDU weiterhin erreichbar.

Bilden die jungen Wählenden eine Partei-identifikation heraus, so werden sie dabei allerdings potenziell von anderen Parteien (FDP, Grüne) beeinflusst als ältere Generationen. Wählende sammeln im Laufe ihres Lebens Erfahrungen mit den Parteien und neigen in der Folge dazu, bekannte Parteien zu bevorzugen. Größere Parteien oder kleinere Parteien, die an der Regierung beteiligt sind, hinterlassen dabei eher einen prägenden Eindruck.<sup>1</sup> Für die älteren Wählenden

waren diese Parteien v.a. Union und SPD, aber auch die FDP als «Zünglein an der Waage». Mit Blick auf die Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen wiederum wäre denkbar, dass sie als Konsequenz der Ampel-Regierung möglicherweise eine Bindung an FDP und Grüne entwickeln.

Ein verbreiteter Mythos besagt, Wählende würden mit zunehmendem Alter konservativer. Dabei sind zwei Ausprägungen der Konservatismus-These zu unterscheiden: Während die eine Theorie davon ausgeht, Wählende würden mit dem Alter zunehmend eine rechtere sozio-ökonomische Position einnehmen, unterstellen andere Ansätze eine Verschiebung auf der Wertachse und eine Hinwendung zu autoritäreren Werten. Für diese These gibt es jedoch keine empirischen Belege, d.h. entgegen der landläufigen Auffassung werden Wählende mit zunehmendem Alter nicht konservativer.<sup>2</sup> Stattdessen bleibt die früh im Leben gewonnenen politische Orientierung i. d. R. stabil. ■

1 Achim Goerres: The grey vote: Determinants of older voters' party choice in Britain and West Ger-

many. In: *Electoral Studies* 27, 2008, S. 285-304, S. 301.

2 Goerres 2010, S. 116; Jonathan Peterson / Kevin Smith / John Hibbing: Do People Really Become More Conservative as They Age?. In: *Journal of Politics* 82(2), 2020.

## Transformativer Realismus

### Die Sozialdemokratie gestaltet die Transformation, indem sie die Mitte der Gesellschaft mitnimmt<sup>1</sup>

Die SPD hat die Wahl gewonnen, weil die Wähler Olaf Scholz zutrauen, die anstehenden Großen Umbauten kompetent, durchsetzungsfähig und sozial ausgewogen «anzupacken». Die Voraussetzung für diesen Erfolg war, dass die Partei geschlossen hinter ihrem Kandidaten stand. Wie konnte es gelingen, die noch bis vor kurzem heillos zerstrittenen Stämme der Sozialdemokratie hinter der Formel des «Respekts» zu versammeln? Und was können europäische Sozialdemokraten aus der deutschen Kampagne lernen?

#### Einigkeit durch Brückenbauen

Zwei Richtungsdebatten hatten die Sozialdemokratie zerrissen. Materiell ging es um das Erbe des Dritten Weges. Waren die Agendareformen, also der Rückbau des Staates und die Erhebung des Marktes zum zentralen Ordnungsprinzip, die Ursache für ein Jahrzehnt soliden Wachstums, niedriger Arbeitslosenzahlen und sprudelnder Steuereinnahmen? Oder haben die Kürzungen im Sozialsystem die soziale Schere geöffnet, ein abgehangenes Prekariat geschaffen und damit den Boden für den Aufstieg der Rechtspopulisten gelegt? Mit dem 2019 einstimmig verabschiedeten «Sozialstaatspapier» ist es den Sozialdemokraten ge-

lungen, ihre schier endlosen Flügelkämpfe durch einen Kompromiss zu beenden. SPD (und Grüne) rückten nach den Jahren der «neoliberalen Verirrung» spürbar, aber nicht radikal nach links, und gewannen damit Millionen ehemaliger Wähler zurück, die zuletzt, verärgert über den «Verrat der Schutzmacht der Arbeiter», zur radikalen Linken oder Rechten oder in die Nichtwählerschaft abgewandert waren.

Zweitens wurde darum gestritten, ob die gesellschaftliche Linke heute die diskriminierten People of Color oder die abgehangenen weißen Arbeiter zu vertreten habe. Während die Die Linke von Kulturkämpfen zerrissen wird, gelang es der SPD, ihre identitären Stämme unter dem Banner des «Respekts» zusammenzuführen. Respekt für People of Colour und Queere Menschen, die sich ausgeschlossen fühlen; Respekt für die Malocher, die das Land am Laufen halten, um ihre Familien durchbringen; Respekt für die Menschen im Osten, deren Lebensleistung entwertet wurde; Respekt für die Menschen in den Rust Belts, die sich im Stich gelassen fühlen; Respekt für die Stinknormalen, die ihren Lebensstil von hippen Großstädtern verunglimpft sehen. Respekt war die Brücke, über die alle gehen konnten.

Nach all dem Gezerre zwischen «Linken und progressiven Neoliberalen» bzw. «Kosmopoliten und Kommunitaristen» war es am Ende die Strategie der Brücke zwischen den Lebenswelten, die bei den Wählern die

1 Referat auf der Tagung der HDS e.V. 9. Oktober 2021 in Templin.

Nase vorn hatte. Brückenbauen ist aber mehr als ein Formelkompromiss zur temporären Befriedung gesellschaftlicher oder innerparteilicher Konflikte, es beschreibt die strategische Rolle der Sozialdemokratie auf dem politischen Feld der 2020er-Jahre.

## Die Rolle der Sozialdemokratie in den 2020er-Jahren

Die Länder des Westens werden von Finanz-, Euro-, Klima-, Flüchtlings-, Demokratie und Coronakrisen erschüttert. Die Frage, wie damit politisch umzugehen ist, ordnet die politischen Landkarten neu. Auf der einen Seite verschanzen sich die Konservativen und Rechtspopulisten, die bestreiten, dass sich etwas grundsätzlich verändern muss, oder den Menschen vorgaukeln, man könne eine goldene Vergangenheit wiederbeleben, die es so nie gegeben hat. Auf der anderen Seite die Grünen und progressiven Neoliberalen, die auf disruptive Reformen drängen, koste es die potenziellen Verlierer, was es wolle. Zwischen diesen Polen ist die Sozialdemokratie die Kraft, die die Große Transformation gestaltet, indem sie die breite Mitte mitnimmt.

## Transformativer Realismus heißt Politik aus den gesellschaftliche Kräfteverhältnissen denken

Wie das gelingen kann, zeigt der Transformative Realismus. Der Transformative Realismus besteht darauf, dass die Größe der vor uns liegenden Herausforderungen kein Weiterwursteln mehr zulässt. Auf die Frage, wie es besser gelingen kann, antwortet er mit einer Rückbesinnung auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Pfadwech-

sel in der politischen Ökonomie können immer nur das Ergebnis gesellschaftlicher Richtungskämpfe sein. Wollen wir die Art, wie wir leben, arbeiten, produzieren und konsumieren, wohnen und uns fortbewegen verändern, ruft das starke Gegenkräfte auf den Plan, die sich den großen Umbauten widersetzen. Manche, weil sie von der politischen Ökonomie des Status Quo zu profitieren glauben. Andere, weil sie ihre liebgewonnene Lebensweise nicht aufgeben wollen.

Gegen den Widerstand der Beharrungskräfte können die zur Überwindung der Krise notwendigen Pfadwechsel von keiner einzelnen sozialen Gruppe – und sei sie noch so mächtig – durchgesetzt werden. Nur ein breites gesellschaftliches Bündnis kann die nötigen Machtmittel aufbringen, um die erforderlichen Politikwechsel durchzusetzen. Wer breite Allianzen bauen will, darf nicht spalten, sondern muss sich mit Verbündeten zusammentun.

## Eine neue Formel für breite Bündnisse

Der Transformative Realismus baut daher breite Plattformen, auf denen sich Menschen mit unterschiedlichen Interessen, Identitäten, Weltansichten und Werten versammeln können, um gemeinsam für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Das bedeutet, die Plattformen müssen so konstruiert sein, dass sie in möglichst vielen Lebenswelten anschlussfähig sind. Dafür ist es unerlässlich, ein klares Bild der Lebenswelten der deutschen Gesellschaft zu haben. Soziologische Studien<sup>2</sup> helfen dabei zu verstehen,

2 Rita Müller-Hilmer / Jérémie Gagné: *Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktnen in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017*, Hans-Böckler-Stiftung, Berlin 2018.

wie sich diese Lebenswelten durch ihre sozioökonomische Klassenlagen, lebensweltlichen Moralvorstellungen und ideologischen Ordnungsvorstellungen voneinander unterscheiden. Weil sich die deutschen Lebenswelten von denen der europäischen Nachbarn unterscheiden, können die aus dem und für den deutschen Kontext konstruierten Plattformen nicht einfach übertragen werden. Doch die Methode, Allianzplattformen so zu entwickeln, dass sie die materiellen Chancen und Nöte, Hoffnungen und Ängste, Werte und Weltsichten möglichst vieler Lebenswelten widerspiegeln, ist universell anwendbar.

Wie das funktioniert, lässt sich auf dem klimapolitischen Feld studieren. Radikale Rufe nach der «Klimarevolution» oder dem «Klimanotstand» erreichen außerhalb der Lebenswelt der jungen, urbanen Hochgebildeten kaum jemanden, oder schrecken viele sogar ab. Im Kampf gegen den Klimawandel brauchen wir also keinen kompromisslosen Avantgardismus, sondern breite Policy-Plattformen, auf der sich möglichst viele Lebenswelten versammeln können. Aber auch das Bündnis für «Grünes Wachstum» zwischen Klimaaktivisten, Technokratie, Kapitalmärkten und Technologieunternehmen ist noch nicht breit genug. Denn die französischen Gelbwesten haben gezeigt: Wer die Rechnung ohne die Verlierer des Strukturwandels macht, erntet Proteste, die den Klimaschutz aus der Bahn werfen. Nur ein echter «Green New Deal», der die Verlierer des Strukturwandels kompensiert, ist quer durch die meisten Lebenswelten der deutschen Gesellschaft anschlussfähig. Die sozial-ökologische Transformation wird also nur gelingen, wenn wir die Mitte der Gesellschaft mitnehmen.

Aus diesem Beispiel lassen sich wichtige Lehren für die Konstruktion der Allianzplatt-

formen ableiten. Im progressiven Lager gibt es eine Vielzahl von Bündnispolitiken, die jeweils andere gesellschaftliche Gruppen zusammenführen wollen. Die Bewegungslinie bildet intersektionale Allianzen, indem sie soziale Bewegungen, die etwa gegen Wohnungsnot, den Klimawandel oder den Rassismus kämpfen, verknüpft. Intersektionale Allianzen aus Marginalisierten und prekären Akademikern verfügen aber nicht über die nötigen Machtmittel, um sich gegen die Beharrungskräfte des Status Quo durchsetzen zu können. Intersektionale Bündnisse zwischen Aktivisten mit teils konträren Interessen, Identitäten und Ideologien sind meist fragil, und erreichen zu wenige Mitstreiter jenseits der Lebenswelt der urbanen Hochgebildeten. Diesen Missstand versucht die verbindende Klassenpolitik aufzulösen, indem sie 99% der Bevölkerung in klassenübergreifende Bündnisse gegen die 1% der Eliten zusammenführt. In der Praxis klappt das jedoch selten. Der Linkspopulismus ist zu wenig anschlussfähig an die herrschenden Diskurse in Politik, Wissenschaft und Medien, um Deutungshoheit erringen zu können. Aber auch der zentristische Catch-all Ansatz, der jeder noch so kleinen demografischen Nische ein umfrage- und fokusgruppengetestetes Politikangebot macht («I have a policy for that»), stößt im postfaktischen Zeitalter an seine Grenzen. Der emotionalen Wucht populistischer Kampagnen können die sterilen Slogans der Marketingagenturen nichts entgegensetzen.

Die Plattformen des Transformativen Realismus sind einerseits breit angelegt, um Menschen mit unterschiedlichen Interessen, Identitäten, Weltsichten und Werten zusammenzubringen, grenzen sich aber andererseits von den extremen Rändern ab. Der entscheidende Unterschied liegt darin, wer die Agenda des Bündnisses definiert. In den

meisten progressiven Ansätzen dominieren die urbanen Hochgebildeten die öffentlichen Debatten, formulieren die Sachlösungen und setzen damit die Agenda. Diese Agenda reflektiert jedoch in erster Linie die Ängste und Hoffnungen, das Weltbild und den Lebensstil ihrer eigenen Lebenswelt. Wirft sich ein gesellschaftliches Milieu jedoch in den Gestus der moralischen Avantgarde, ruft das reaktionäre Gegenkräfte auf den Plan. Befürworter und Gegner des Wandels neutralisieren sich dann in moralischen Schreikämpfen. Der Versuch, der Gesellschaft eine avantgardistische Agenda überzustülpen, muss also an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen scheitern.

Das heißt nicht, dass die jungen, urbanen, Hochgebildeten keine Rolle zu spielen haben. Ihre Expertise, aber auch ihre Leidenschaft sind unverzichtbar. Sie müssen aber zum Kompromiss mit den anderen Lebenswelten bereit sein, denn nur eine breite transformative Allianz ist in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen durchsetzungsfähig. Höchste Zeit also, die Kulturklassenbrille abzunehmen, und vermeintliche Selbstverständlichkeiten auf ihre gesellschaftliche Anschlussfähigkeit hin zu überprüfen.

### **Die Sozialdemokratie beschleunigt die Modernisierung, indem sie ihre soziale Basis verbreitert**

Wer kann die transformativen Allianzen zwischen verschiedenen Lebenswelten der pluralen Gesellschaft bilden? Das Schmeiden sozialer Kompromisse zwischen gesellschaftlichen Gruppen ist seit jeher die Stärke der Sozialdemokratie. Sie hat in der letzten Großen Transformation den sozialen Frieden wiederhergestellt, indem sie den so-

zialstaatlichen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit aushandelte. Und auch heute ist es wieder die Rolle der Sozialdemokratie, die soziale Balance zu halten, um möglichst viele Menschen in die nächste Große Transformation mitzunehmen.

Indem sie potenzielle Verlierer entschädigt, bindet die Sozialdemokratie potenzielle Gegenkräfte ein. Durch ein soziales Sicherheitsnetz, eine gut ausgerüstete Polizei und eine erstklassige Daseinsvorsorge gibt sie all denjenigen die Sicherheit, die sie brauchen, um sich auf Neues einzulassen. Indem sie die Menschen einlädt, den Umbau mitzubestimmen und mitzugestalten, überwindet sie Ohnmachtserfahrungen und eröffnet Chancen zur Selbstwirksamkeit. Indem sie Respekt vor allen Lebensleistungen und Lebensentwürfen zur Tugend erklärt, erreicht sie Menschen aus den unterschiedlichsten Lebenswelten, die sich ausgegrenzt, herabgewürdigt oder im Stich gelassen fühlen. Die Sozialdemokratie beschleunigt also sozial-ökologisch-digitale Transformation, indem sie die soziale Basis für den Großen Umbau verbreitert.

Nach dieser Formel «Transformation beschleunigen, indem man ihre soziale Basis verbreitert» lassen sich auch auf anderen politischen Feldern Plattformen für breite gesellschaftliche Allianzen konstruieren. Die Plattform der «Menschengerechten Wirtschaft» nimmt die Menschen mit in die digitale Automatisierung. Der «hegende und pflegende Gärtnerstaat» tariert das Verhältnis zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft neu aus. Die «Solidarische und souveräne Schutzmacht Europa» ist die Plattform, auf der sich Europa nach innen reformieren und nach außen behaupten kann. Und die «Lebenswerten Heimaten» stärken den sozialen Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft.

## Das Modernisierungsjahrzehnt: mit der Fortschrittskoalition in die neue Zeit

Mit einer ähnlichen Kombination aus «Zupacken und Zugewandt-sein» hatte bereits Joe Biden die US-Wahlen für sich entschieden. Mit dem billionenschweren «Build Back Better» Programm beendet der neue Präsident die neoliberale Ära, und macht den Neo-Keynesianismus zur Richtschnur seiner Regierung. Mit dem Rückzug aus Afghanistan zieht er einen Schlussstrich unter die Epoche des humanitären Interventionismus, um die Ressourcen Amerikas auf den Wiederaufbau zuhause und die geopolitische Herausforderung in Asien zu konzentrieren. Die neue Epoche bringt jedoch neue Herausforderungen für die Europäer. Im Wettstreit zwischen den USA und China werden Wirtschaftsbeziehungen politisiert, Marktzugänge beschränkt und Verbündete unter Druck gesetzt. Damit verändern sich die Erfolgsbedingungen für das deutsche Exportmodell, müssen die Europäer ihre Sicherheit selbstständiger organisieren, und nehmen die Fliehkräfte innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zu.

Diese Paradigmenwechsel in der Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen die Spielräume der deutschen Re-

gierung, noch bevor diese ins Amt kommt. Die neue Regierung steht also vor der Jahrhundertaufgabe, die Große Transformation schneller, entschlossener und disruptiver, aber zugleich politisch einbindend, sozial abfedernd und kulturell demütig zu gestalten.

Mit der Erzählung der Fortschritts-, Aufbruchs- oder Zukunftscoalition ist die Mission der neuen Regierung bereits gut umrissen. Die beiden Milieuparteien profilieren sich als Modernisierungsmotoren, die Grünen als Treiber der sozial-ökologischen Transformation, die FDP als Digitalisierungsturbo. Die SPD spielt ihre historische Glanzrolle, die Große Transformation sozial abzufedern und der Republik damit im Taumel des Wandels die notwendige politische Stabilität zu geben. Eine Ampelkoalition kann den sozial-ökologisch-digitalen Fortschritt beschleunigen und zugleich politische Stabilität und soziale Balance halten. Auf dieser Modernisierungsplattform kann das Land den Stillstand der Merkel-Jahre überwinden.

Der Transformative Realismus als Markenkern gibt der Sozialdemokratie eine unverwechselbare politische Handschrift. Mit diesem Kompass kann die SPD die Fortschrittskoalition mit den Grünen und Liberalen erfolgreich durch den Taumel des Wandels navigieren. ■

Martin Gorholt

## Rot mit blauem Gürtel

### Ostdeutschland nach den Bundestagswahlen – Fortschritt wagen

Die ostdeutschen Wählerinnen und Wähler haben wesentlich zum Wahlsieg der SPD und vor allem zum Abstand zwischen SPD und Union bei den Bundestagswahlen beigetragen. In Ostdeutschland gewann die SPD 9, in Westdeutschland 4 Prozentpunkte hinzu, in Westdeutschland liegt die SPD 0,5 Punkte vor der CDU, in Ostdeutschland 9 Punkte. Der Verlust von 10,7 Prozentpunkten und das absolute Ergebnis von 18,4 Prozent sind ein Desaster für die ostdeutsche CDU und für die Union insgesamt. Nach Zweitstimmen liegt die CDU in keinem Wahlkreis in den ostdeutschen Ländern vorn.

Mit der Bundestagswahl 2021 ist der Aufstieg der AfD abgebrochen. Außer in Thüringen verlor die Partei im Vergleich zu den Wahlen vor vier Jahren in allen Bundesländern, wobei der Zuwachs von 1,3 Prozentpunkten gerade für den von Björn Höcke hart auf rechtsextremen Kurs getrimmten Landesverband Thüringen erschreckend ist. Der Gewinn von 16 Wahlkreisen im Süden Ostdeutschlands ist ein regionaler Erfolg für die AfD, ist aber in erster Linie eine Folge der großen Verluste der CDU.

In den ostdeutschen Bundesländern liegen jeweils nach Zweitstimmen die SPD oder die AfD vorn und jeweils die andere Partei auf Platz zwei, mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt, wo es die CDU auf Platz zwei schafft. In Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg konnten die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD alle Wahl-

kreise gewinnen, wenn auch zum Teil sehr knapp. So gewannen im Süden Brandenburgs Maja Wallstein den Wahlkreis Cottbus/Spree-Neiße mit 1,7, Hannes Walter den Wahlkreis Elbe-Elster/Oberspreewald-Lausitz mit 0,4 Prozentpunkten Vorsprung vor den AfD-Kandidaten. Im Süden Sachsen-Anhalts, in Thüringen und vor allem in Sachsen liegt der blaue Gürtel mit den von der AfD gewonnenen Wahlkreisen, südlich der Linie der Wahlkreise Anhalt, Nordsachsen, Meißen, Bautzen und Görlitz.

Welche Gründe gibt es für das gute Abschneiden der AfD im Süden Ostdeutschlands? Im Süden der DDR lag ein Großteil der Industrieproduktion, der Bergbau, die Fahrzeug-, Metall-, Maschinenbau-Chemie- und Elektroindustrie. Die Deindustrialisierung nach 1990 kostete etwa 2/3 der Arbeitsplätze. Viele der Arbeiterinnen und Arbeiter wurden erwerbslos, viele fanden nicht mehr den Weg heraus aus prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Kinder verließen die Region, vor allem die qualifizierten jungen Frauen zogen Richtung Westen, Menschen fühlen sich um ihre Lebensleistung betrogen. In vielen kleinstädtischen Bereichen stellte sich ein Gefühl von Zukunftszuversicht und politischem Vertrauen nicht mehr ein. All das war und ist politischer Rohstoff für die AfD, vor allem wenn die demokratischen Parteien in diesen Regionen aus eigener struktureller Schwäche die Themen nicht offensiv aufgreifen.

Zum schlechten Ergebnis der CDU und zur Festigung des AfD Ergebnisses können auch die Äußerungen des damaligen Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland Marco Wanderwitz beigetragen haben, der im Mai 2021 auf das Wahlverhalten in Ostdeutschland angesprochen äußerte, viele «seien in einer Form diktatursozialisiert, dass sie auch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind». Viele Ostdeutsche fühlen sich von Wanderwitz angegriffen und in die Ecke gestellt. Die Gründe sind viel eher in der sozialen Entwicklung nach der Wende zu suchen.

Bei vielen Wählerinnen und Wählern der AfD kann nicht mehr von Protestwählern gesprochen werden. Regional unterschiedlich verfügt nach Umfragen etwa die Hälfte der Wählerschaft über ein weitgehend gefestigtes rechtsextremes Weltbild.

Die Wahlergebnisse für die SPD sind besonders in Mecklenburg-Vorpommern (MV) herausragend. Bei der Bundestagswahl erhielt die SPD 29,1 Prozent, ein Plus um 14 Prozentpunkte, bei den Landtagswahlen 39,6 Prozent, ein Zuwachs von 9 Punkten. Die SPD gewann alle Bundestagswahlkreise in MV und außer zweien auch alle Landtagswahlkreise, dabei alle vier an der polnischen Grenze liegende Vorpommern-Wahlkreise, die als besonders AfD gefährdet galten. Nur einen Landtagswahlkreis gewann die CDU, einen die AfD. Die von der Meinungsforschung gemessenen Kompetenzwerte der Regierung von Manuela Schwesig sind in fast allen Bereichen inklusive der Wirtschafts- und Bildungspolitik herausragend, der personalisierte Wahlkampf der SPD-MV für Ostdeutschland beispielgebend. Manuela Schwesig kann in Nachfolge von Manfred Stolpe, Regine Hildebrandt und Matthias Platzeck die Identifikationsfigur für die ostdeutsche SPD werden.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern erzielte das zweitbeste Ergebnis für die Partei in Ostdeutschland, vorne liegt wie immer seit 1990 die SPD in Brandenburg mit 29,5 Prozent, dahinter Sachsen-Anhalt mit 25,4, gefolgt von Thüringen mit 23,4 und am Ende die SPD in Sachsen mit 19,3 Prozent, die damit aber und seit 1990 erstmalig vor der CDU liegt. Dazwischen liegt das Ergebnis in Berlin mit 23,5 Prozent, daneben steht das schlechtere Ergebnis bei den Abgeordnetenhauswahlen von 21,4 Prozent. Von den Bundestagswahlkreisen in Berlin gewinnt die SPD vier, die CDU drei und die Linke zwei.

Ihren dritten Wahlkreis gewann die Linke in Leipzig-Süd – damit konnte sie die 5%-Hürde umgehen und wieder in den Bundestag einziehen. In Sachsen gewann die CDU die zwei Wahlkreise in Dresden, den Vogtlandkreis und Leipzig-Nord, die SPD holte Chemnitz, alle weiteren Wahlkreise gingen an die AfD. Im Süden Sachsen-Anhalts gewann die SPD in Halle, in Thüringen die Wahlkreise Jena/Sömmerda, Erfurt/Weimar und Suhl/Schmalkalden/Sonneberg. In dem letztgenannten besonders beachteten Wahlkreis konnte der Biathlon-Sportler Frank Ullrich den CDU-Kandidaten Hans-Georg Maaßen klar deklassieren.

Die Verteilung der Wählerinnen und Wähler auf die Altersgruppen unterscheidet sich in Ostdeutschland nicht wesentlich von Deutschland insgesamt. Je älter die Wählerinnen und Wähler sind desto eher wählen sie SPD oder CDU, um so jünger sie sind desto eher wählen sie FDP oder die Grünen. Die Wählerinnen und Wähler der Linken und der AfD verteilen sich fast gleichmäßig über die Altersgruppen, bei der AfD sind die 35- bis 45-jährigen Männer etwas überrepräsentiert.

Die Grünen erzielen mit 10,1 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis in Ostdeutschland bei Bundestagswahlen, was die wachsende Bedeutung des Themas Klimaschutz besonders unter jungen ostdeutschen Wählerinnen und Wählern widerspiegelt. Sie liegen aber mit über 5 Prozentpunkten unter ihrem Ergebnis in Westdeutschland. Dass die Grünen ihre Hochburgen in den großstädtischen Bereichen haben zeigt vor allem Berlin, dort erhalten die Grünen 22,4 Prozent.

Die FDP liegt in Ostdeutschland bei 10,5 Prozent, das ist ihr drittbestes Ergebnis bei Bundestagswahlen. Deutlich besser schnitt sie nur 1990 ab, wo sie 14 Prozent erreichte. Damals lag sie in Ostdeutschland sogar über dem Ergebnis in Westdeutschland, was in erster Linie auf einen Genscher-Bonus zurückzuführen war – der damalige Außenminister stammte aus Halle. Die FDP profitierte 2021 vor allem vom Niedergang und den Fliehkräften der CDU, aber sie wird auch von denen die eine oder andere Stimme bekommen haben, die skeptisch gegenüber der Lockdown-Strategie in der Corona-Politik sind, aber keiner rechts-extremen Partei die Stimme geben wollten.

Ein Desaster ist das Ergebnis für die Linke. Mit 8,3 Prozent verliert sie in den ostdeutschen Ländern 6,5 Prozent, erzielt dort das schlechteste Wahlergebnis bei Bundestagswahlen – und lag damit noch unter dem Ergebnis von 1990, als sie noch als PDS auftrat. Insgesamt rutschte die Linke damit deutschlandweit unter die 5% Hürde. Die Linke hat das Verdienst, 1990 einen Teil der DDR-Elite in die Demokratie hinübergetragen zu haben, sie profitierte in den 1990er-Jahren von der Wendewut, den steigenden Erwerbslosenzahlen durch die Umstrukturierung der Wirtschaft und dem Entstehen eines neuen ostdeutschen Bewusstseins. In den 2000er-Jahren mobi-

lisierte sie gegen die «Hartz-Reformen» und erreichte bei den Bundestagswahlen 2009 ihren Höhepunkt an Zustimmung. Heute ist in den neuen Ländern die Identifikation mit dieser Partei drastisch gesunken, das personale Angebot ist unattraktiv, der Streit mit und um Sarah Wagenknecht hat die Linke geschwächt. Auf die Frage von Infratest dimap an ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger, ob sie ihre Interessen eher von der Linken oder von der AfD vertreten sehen, antworteten sie zu 38% von den Linken, zu 36% von der AfD. Die Linke ist heute in Ostdeutschland nach ihrer Verankerung in der Bevölkerung keine Volkspartei mehr und kann auch nicht mehr als ostdeutsche Regionalpartei bezeichnet werden. Für die SPD stellt sich die Frage, wie sie mit einer zerbröselnden Linken umgeht. Man sollte sie allerdings nicht endgültig abschreiben, noch stellt sie den Ministerpräsidenten in Thüringen und ist neben Berlin in der Landesregierung von MV neu vertreten.

Wie schon oben dargestellt, hat Ostdeutschland ganz entscheidend zum Wahlerfolg der SPD auf Bundesebene beigetragen. Die Wählerinnen und Wähler in Ostdeutschland sind volatiliter als in Westdeutschland, haben seit 1990 wenig feste Parteibindungen entwickelt, die zudem in den letzten 10 Jahren weiter gesunken sind. So ist es möglich, dass in kurzem Abstand Ergebnisse stark differieren. So erhielt die CDU in Sachsen-Anhalt bei den Landtagswahlen am 6. Juni 2021 in Sachsen-Anhalt 37,1 Prozent der Stimmen, bei den Bundestagswahlen drei Monate danach am 26. September 2021 21 Prozent. Die SPD- und CDU-Wahlergebnisse der Bundestagswahlen von 2017 und 2021 sind fast austauschbar. Die SPD erhielt 2017 in Ostdeutschland 15,6, die CDU 2021 18,4 Prozent, 2021 steigerte sich die SPD auf 24,6, und

die CDU gewann 2017 29,1 Prozent. Lag die SPD 2017 in den neuen Ländern noch auf Platz 4 und gewann gerade mal ein Direktmandat, lag sie vier Jahre später auf Platz 1 und holte 24 Wahlkreise.

Je geringer die Parteibindungen sind, umso wichtiger werden die zur Wahl stehenden Personen. Olaf Scholz hatte in der entscheidenden Phase des Wahlkampfes die im Vergleich zu Armin Laschet und Annalena Baerbock eindeutig besseren Umfragewerte. Das galt vor allem für Kompetenz und Führungsqualität. SPD und CDU vollzogen im Vergleich zu den Wahlen mit Angela Merkel einen Rollentausch. Olaf Scholz war der Vizekanzler, dem die Erfolge der Großen Koalition zugeschrieben wurden und der für Stabilität und behutsamen Fortschritt stand. Armin Laschet war der Herausforderer. Die verheerenden Laschet-Fehler spielten der SPD zusätzlich in die Hände. Strategisch hat die CDU diesen Rollentausch nicht verstanden, geschweige denn den Wahlkampf danach ausgerichtet, während die SPD die letzten Wochen vor dem Wahltermin abwartete, in denen das Motto «Auf den Kanzler kommt es an» beherrschend wurde. Und die SPD stand geschlossen hinter ihrem Kanzlerkandidaten.

Für die ostdeutschen Wählerinnen und Wähler sind soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit wahlentscheidende Themen. Bei einer Abfrage von Infratest dimap bei westdeutschen und ostdeutschen Wählerinnen und Wähler, ob für sie Soziale Sicherheit oder Klimaschutz für die Wahlentscheidung wichtiger wäre, entschieden sich 30 Prozent der Ostdeutschen für soziale Sicherheit und 17 Prozent für Klimaschutz, während es unter den Westdeutschen fast ausgeglichen war. Die SPD-Themen 12 Euro Mindestlohn, sichere Renten und Steuergerechtigkeit sprachen die Ostdeutschen

an. In Ostdeutschland arbeiten nur 35 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifbindung, 40 Prozent arbeiten für einen Lohn unter 12 Euro. Die Rentenfragen spielen in Ostdeutschland aufgrund des hohen Altersdurchschnitts und wegen der immer noch nicht vollzogenen Rentenangleichung mit Westdeutschland eine große Rolle. Der von der CDU geforderte Abbau des Solidarzuschlags auch für die hohen Einkommen stand bei jeder Wahlkampfveranstaltung auf der Agenda von Olaf Scholz genauso wie das Thema Respekt für die Arbeits- und Lebensleistungen der Menschen.

Enttäuschung entsteht ganzschnell. Olaf Scholz hat während der Koalitionsverhandlungen betont, dass die Ampel so regieren sollte, dass sie 2025 als Koalition des Fortschritts wiedergewählt wird. Das Ergebnis für die SPD ist ein Produkt aus Fehlern und strukturellen Schwächen des Gegners, einem überzeugenden Kanzlerkandidaten und gelungener Wahlkampfstrategie. Eigentlich muss sich die SPD als Partei das Ergebnis erst noch erarbeiten und «verdienen». Sie kann es als Chance nutzen, um sich auf dieser Ausgangsbasis zu stabilisieren und sich in den Landesverbänden vor allem im Süden der Republik mit bisher deutlich niedrigerer Zustimmung der Wahlbürgerinnen und Wahlbürger inhaltlich und personell zu profilieren.

In der Regierungspolitik ist es wichtig, Erwartungen und Hoffnungen nicht zu enttäuschen und das umzusetzen, was vor den Wahlen versprochen wurde. Sonst können die Wahlergebnisse für die SPD besonders in Ostdeutschland gleich wieder zu einer Achterbahnfahrt werden. Von großer Bedeutung sind deshalb die Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung zum Mindestlohn von 12 Euro, zur Stabilität des Rentenniveaus und zur Gleichwertigkeit der

Lebensverhältnisse. Im Koalitionsvertrag sind im Kapitel «Gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land» viele für Ostdeutschland wichtige Maßnahmen genannt: Förderprogramme zur Stärkung der strukturschwachen Regionen bündeln, Sonderrahmenplan «Ländliche Entwicklung» aufstocken, periodischer Gleichwertigkeitsbericht über die Wirkung von Förderprogrammen, Alt-schuldenproblematik der Kommunen lösen, Bundesprogramm Smart Cities auf Smart Regions erweitern, Bündelung von Versorgungsstrukturen an bestimmten Orten im ländlichen Raum, Strukturstärkungsgesetz einem beschleunigten Kohleausstieg anpassen, Vorlage eines Konzepts zur Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen 2022 vorlegen, ein «Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation», Bundes- und Forschungseinrichtungen in ostdeutschen und strukturschwachen Regionen ansiedeln. Mit einem starken Staatsministerium für die neuen Bundesländer im Bundeskanzleramt lässt sich auf dieser Basis entschieden handeln und neues Vertrauen in die Demokratie herstellen.

Die Ampelpartner haben in der Zeit ihrer Sondierungen und Verhandlungen die sich zuspitzende Corona-Situation völlig unterschätzt. Das Jahr 2022 wird von der Scholz-Regierung entschiedenes Handeln erfordern, um eine fünfte und sechste Ansteckungswelle zu verhindern oder zumindest abzuflachen. Die Republik ist gespalten. Im Süden und Osten sind die Impfquoten deutlich geringer als im Norden und Westen, entsprechend entwickelten sich die Inzidenzen in der vierten Welle. Die niedrigsten Impfquoten haben in dieser Reihenfolge Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Die Korrelation ist eindeutig: je höher die Wahlergebnisse für die AfD desto

niedriger die Impfquoten. Es wäre aber eine falsche Einschätzung, bei den nicht Geimpften handele es sich ausschließlich um politische Impfverweigerer. Es sind auch viele Mitläufer, Nachlässige und Impfbesorgte darunter. Den Corona-Virus bekommen wir nicht mehr aus der Welt, wir können aber lernen, mit ihm zu leben. Dazu ist aber erst recht bei einer neuen und noch ansteckenderen Virus-Variante eine Impfquote um die 90 Prozent notwendig. Mit konsequentem und konsistentem Regierungshandeln, einem Bündnis von Unternehmen, Zivilgesellschaft und Kommunen und aufsuchender Impfkampagne kann das erreicht werden. Der Weg wird aber hoch konfliktreich und erfordert die Überwindung von Kommunikationsblasen.

Das Jahr 2030 wird im Koalitionspapier «idealerweise» als Kohleausstiegsjahr angesehen. Das wäre fünf bis acht Jahre früher als von der Kohlekommission im Konsens vorgeschlagen. Ein Kohleausstieg schon 2030 ist bei bis dahin steigendem Strombedarf zum Beispiel durch Elektromobilität, Wärmepumpen und Wasserstoffproduktion an viele Voraussetzungen gebunden: schnellerer Ausbau der regenerativen Energien, große Fortschritt bei Speichertechnologien und Netzausbau, Bau zahlreicher Gaskraftwerke zur übergangsweisen Sicherung der Versorgung. Positiv ist, dass die bisherigen Kraftwerksstandorte, also auch die der Braunkohlekraftwerke in Ostdeutschland als Standorte für die Gaskraftwerke genutzt werden sollen. Da ab 2045 der Strombedarf ausschließlich durch erneuerbare Energien gewonnen werden soll, wirft die notwendige Umstellung der Gaskraftwerke auf grüne Gase wie Wasserstoff technologische, wirtschaftliche und strukturelle Fragen auf. 2030 ist jedoch nur dann zu erreichen, wenn, wie sich die Ampel vor-

genommen hat, Planungs- und Genehmigungsprozesse erheblich beschleunigt und die Akzeptanz für den Ausbau insbesondere der Windenergie erheblich gesteigert werden. Gerade ostdeutsche Bundesländer wie Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegen beim Aufbau von Onshore-Windenergieanlagen weit vorne. Hinzu kommt: Ein Ausstiegsjahr 2030 macht es zwingend notwendig, die Maßnahmen des Strukturstärkungsgesetzes schneller umzusetzen, damit neue industrielle Arbeitsplätze und Wertschöpfungsmodelle bis dahin geschaffen werden können. Im Koalitionsvertrag wird in dem Zusammenhang die Universitätsmedizin in Cottbus explizit genannt. Inzwischen sind viele wichtige Industrie-, Wissenschafts- und Infrastrukturprojekte in der Lausitz auf den Weg gebracht. Es bedarf aber noch großer Anstrengungen, um die Lausitz insgesamt zu einer attraktiven und dynamischen Region zu entwickeln – und dies in einer erheblich verkürzten Zeitspanne. Denn nur so kann die Unterstützung der Bevölkerung erhalten und gleichzeitig verhindert werden, dass noch mehr Menschen sich von der Demokratie abwenden.

Ostdeutschland hat die Chance, beim «Fortschritt wagen» ganz vorne mit dabei zu sein. Zu den Potenzialen gehören der gute Ausbaustand der regenerativen Energien, die Gigafactory in Grünheide und die Dynamik in vielen Städten. Zur Stärkung Ostdeutschlands ist aber auch eine entschiedene Politik gegen soziale und kulturelle Spaltungstendenzen, wie sie sich holzschnittartig auch im Bundestagswahlergebnis zeigen. Berlin, Leipzig, Potsdam, Halle und Dresden gehören zur Spitzengruppe von Dynamikrankings 2021 von Städten über 100.000 Einwohnern. Magdeburg, Rostock, Chemnitz, Erfurt und Jena stehen auf guten

Plätzen im Mittelfeld (WiWo, 19.11.21). Für diese Städte spricht vor allem die Arbeitsmarktsituation, die Wissenschaftsdichte, die Gründungsintensität und die Lebensqualität. Im brandenburgischen Grünheide will Tesla mit 12.000 Arbeitskräften jährlich 500.000 Elektroautos produzieren, die «größte Batterieproduktionsstätte der Welt» (Elon Musk) aufbauen, mit regionalen Hochschulen 10 duale Studiengänge gründen. Für die Stahl-, Chemie- oder Zementindustrie in Ostdeutschland wird die Transformation zu einer klimaneutralen Produktion bei Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit enorm anspruchsvoll. Zu den Wagnissen gehört eine gesteuerte, aber mutige Einwanderungspolitik. Für viele Ostdeutsche ist die Erkenntnis eine Zumutung, dass Ostdeutschland aufgrund seiner Demografie auf Zuwanderung zur Deckung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs angewiesen ist. Auch Tesla wird seine Arbeitskräfte zu einem nicht geringen Teil in Osteuropa gewinnen. Um gleichwertigen Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land und zwischen den Regionen näher zu kommen, sind die Chancen der Digitalisierung offensiv zu nutzen. Neue Strukturen von Arbeiten und Wohnen, damit auch die Verlagerung hoch qualifizierter Arbeitsplätze in ländliche Regionen, flexible Mobilität und Gesundheitsversorgung geben die Möglichkeit dynamische Entwicklung in Zentren im größeren Raum wirken zu lassen. Regionale Ernährungswirtschaft und erneuerbare Energie können die Entwicklung im ländlichen Raum deutlich stärken. Im Koalitionsvertrag ist die Rede davon, «Metropolregionen und ländliche Regionen strategisch zum gegenseitigen Vorteil miteinander zu verbinden» – insbesondere in Ostdeutschland muss dieser Ansatz mit Leben erfüllt werden, damit die dünn besiedelten und ver-

meintlich abgehängten Regionen an neuen Entwicklungen besser teilhaben können.

Die Modernisierungsvorhaben der Ampel, Beschleunigung staatlichen Handelns, Transformation zu Klimaneutralität, Digitalisierung, Bildung und Forschung und Ein-

wanderungsgesellschaft kann Ostdeutschland offensiv nutzen. Dazu bedarf es einer effektiven Steuerung durch die Bunderegierung und eines mutigen und proaktiven Handelns in den Ländern und Kommunen Ostdeutschlands. ■

---

Gesine Schwan

## Politik in der Globalisierung

### Zukunftskonzepte der sozialen Demokratie in Stadt und Land

Damit hat man mir ein sehr großes, ein weites Thema gestellt<sup>1</sup>. Ich will das auf ein paar Bemerkungen besonders zum Internationalen und Globalen konzentrieren.

Was will die Sozialdemokratie? In einem Satz: Die Sozialdemokratie will eine bessere, eine freie, eine gerechte und eine solidarische Welt für alle schaffen. Das klingt banal und eigentlich nicht der Rede wert, würde man sagen. Doch es ist in den letzten Jahren verloren gegangen, dass wir wirklich eine bessere Welt und nicht nur kleine Reparaturen wollen, sondern dass wir erheblich mehr wollen. Verloren gegangen ist auch, dass sich diese Solidarität wirklich auf die gesamte globale Ebene bezieht. Und nicht nur auf Deutschland wegen der angeblich geringen Bedeutung, die die internationale Ebene im Bewusstsein der meisten Bürgerinnen und Bürger immer noch hat, vor allem bei Wahlen.

Also, eine freie, gerechte, solidarische Welt für alle! Dieses Ziel ist für sozialdemokratische Parteipolitik und auch für sozialdemokratisch geführte Regierungen deswegen ziemlich schwierig, weil diese globale Verantwortung damit kollidiert, dass die Machtquelle gerade in Demokratien für nationale Regierungen, also auch für unsere Bundesregierung, die nationale Wählerschaft ist. Die ist nicht immer an den globalen Dingen interessiert. Deswegen wird auch bei Wahlkampfthemen das Globale und auch schon das Europäische sehr oft ausgeblendet, weil man nicht glaubt, dass das die Menschen interessiert. Ich meine zwar, dass es sie manchmal mehr interessiert, als viele annehmen, aber trotzdem bleibt das natürlich ein Dilemma. Wahlen dokumentieren die Interessen der Wähler:innen. Und die sind nun mal bei nationalen Wahlen eher national und nicht von vornherein grenzüberschreitend. Hier liegen deshalb eine erhebliche Verantwortung und Führungsaufgabe für sozialdemokra-

1 Statement auf der Tagung HDS e.V. in Templin 10. Oktober 2021.

tische Regierungen. Unter Führung meine ich nicht, dass man sagt, wo es lang geht, sondern dass man viel Argumentation und Kommunikation dazu aufbringt, dass der Horizont der privaten Individuen überschritten wird zugunsten dieser breiteren politischen Aufgaben.

Wir müssen begreifen, das ist eine wichtige Überzeugungsaufgabe, und zwar für alle, jedenfalls für alle Sozialdemokraten, dass wir voneinander abhängig sind und dass wir eine gute Zukunft nur gemeinsam haben können. Das ist, wenn es nicht direkt auf den Nägeln brennt, nicht leicht. Man denkt immer, ach ja, man ist in seinem kleinen gesicherten Hafen. Aber nun ist es ja schon bis an die Ahr und Mosel gekommen, was mit der Umwelt passiert. Möglicherweise geht diese im Grunde intellektuelle und auch gefühlsmäßige Transferleistung, dass wir nicht nur unseren eigenen Vorgarten bedenken dürfen, sondern uns darüber hinaus engagieren müssen, endlich langsam in uns ein.

Und dies gilt von der Gemeinde bis zur nationalen Ebene und erst recht für die Europäische Union und die Kooperation mit den globalen Sieben. Hier ist mir ganz besonders Afrika wichtig. Ich versuche, diese ganzen Fragen am Beispiel der Flüchtlingsfrage, die mir sehr am Herzen liegt, zu thematisieren. Das ist auch eine Sache des Verstandes, nicht nur des Gefühls oder des Herzens, der Solidarität. Es geht mir dabei auch um eine realistische Einschätzung unserer langfristigen Interessen. Darauf werde ich zurückkommen.

Jetzt will ich aber erst noch einmal sagen, welchen Herausforderungen wir uns auf der globalen Ebene stellen müssen. Da ist natürlich der Klimawandel. Den müssen wir bremsen. Die soziale Grundversorgung bei uns, aber auch insgesamt die öffentli-

chen Güter müssen wir sichern, um die Gegensätze in der Welt, die ja erheblich sind und die auch zu viel Migration führen, zu überwinden – also es geht um Nahrung, Gesundheit, Bildung, Wohnen, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit. Das sind alles globale öffentliche Güter, für die wir sorgen müssen und wo es bei demokratischen Verhandlungen schwierig ist, immer genau die Verantwortlichkeiten zwischen öffentlicher Vor- und Fürsorge und privater Verantwortung festzumachen. Dabei handelt es sich um langfristig wirksame Entscheidungen. Deswegen muss man oft politisch an etwas arbeiten, wofür man nicht gleich die Ernte einfahren kann, sodass all diese Politiken nicht sofort mit Wahlerfolgen belohnt werden. Da entsteht dann immer eine Versuchung, die kurzfristigen Fragen und Erfolge vorzuziehen, zumal bei Koalitionen, um die nächsten Wahlen zu gewinnen.

Ich glaube, es ist vor allen Dingen die Aufgabe unserer Gesellschaften im Norden, dafür den Sinn zu schaffen, dass wir im wohlverstandenen langfristigen Interesse solidarisch handeln müssen. Ich plädiere sehr dafür, dass wir den Interessensbegriff nicht über Bord werfen, aber dass wir eben begreifen, diese Interessen müssen langfristig gesehen werden. In meinem Fach der Ideengeschichte ist dafür Alexis de Tocqueville, ein Begründer der vergleichenden Politikwissenschaften, der im 19. Jahrhundert gewirkt hat, ein wichtiger Zeuge, der dies genauer ausführt. Solche Langfristinteressen verlangen im Grunde im Kopf, dass wir unsere eigenen Interessen mit denen der anderen vergleichen und abgleichen usw. und damit auf gerechte Lösungen zielen. Das ist ja eigentlich die Formel für Gerechtigkeit, dass solche langfristigen Interessen sowohl nachhaltig sind, als auch mit unse-

ren grundsätzlichen moralischen Überzeugungen übereinstimmen.

Ich möchte das jetzt an einem zweiten kleinen Teil meiner Ausführungen am Beispiel der Flüchtlingsfrage zeigen.

Die Flüchtlingsfrage ist für viele immer noch eine Randfrage und immer noch eine, von der sie denken, «naja, es gibt jetzt im Moment ziemlich viele Flüchtlinge (obwohl es aktuell ja gar nicht so viele Flüchtlinge sind), «aber das wird wieder aufhören und das ist keine zentrale Frage». Doch ich sage: Es ist eine zentrale Frage, weil Migration das Brennglas dafür ist, was wir alles an Problemen und Herausforderungen in der Welt haben, und weil sie deshalb auch nicht aufhören wird. Wir sehen das an vielen Punkten, ich nenne nur die Klimafrage und damit den Verlust der Lebensgrundlagen für viele Menschen in Afrika. Diese Entwicklung geht weiter. Wenn wir dafür nicht gerechte Lösungen finden sowohl für die Flüchtenden als auch die Einheimischen, zu denen sie kommen möchten und sollen, dann wird es auf allen Ebenen sehr viel Unfrieden und sehr viele Konflikte geben. Derer können wir dann vielleicht gar nicht mehr Herr werden.

Außerdem sind wir ständig in einem fundamentalen Widerspruch zwischen den Werten, die wir etwa in Europa proklamieren, und den Handlungsweisen. Wir haben das jetzt plötzlich in den Fernsehbildern mit den Pushbacks auf dem Balkan erlebt. Aber das war seit Jahren bekannt, dass die dort stattfinden. Das ist jetzt nur plötzlich mit der Tagesschau in die Wohnzimmer gekommen. Pushbacks finden widerrechtlich statt, immer mit Duldung und oft mit finanzieller Unterstützung der EU. Das findet gleichermaßen statt gegenüber Libyen und weiteren Ländern. Also, hier ist ein ständiger Widerspruch zwischen dem, was wir Europäer

behaupten, den Werten, die wir vertreten, und dem, was wir de facto machen. Das ist schon beim einzelnen Menschen so, dass er an so etwas eigentlich irre wird oder zum Zyniker. Und das gilt auch für die Demokratie. Das unterminiert Vertrauen und auch den Zusammenhalt in der EU. Das heißt, es ist auch gegen unsere Interessen, wenn wir mit diesem moralischen Widerspruch weitermachen.

Ich habe in meinem aktuellen Buch versucht, eine kohärente und ganzheitliche Konzeption für eine Flüchtlings-, Migrations- und Einwanderungspolitik darzulegen.<sup>2</sup> Dabei ist dann auch sehr wichtig, dass wir erstens begreifen: Diese verschiedenen Wanderungsbewegungen können nicht einfach auf die Asylfrage eingegrenzt werden, sondern die Menschen migrieren aus verschiedenen Gründen. Meist kommen sie nicht, weil sie zu wenig abgeschreckt werden von Europa. Die Gründe, warum sie losmarschieren, sind ganz andere. Aber sie kommen aus Armutsgründen. Sie kommen auch, weil sie besser leben wollen, was ja nicht völlig illegitim ist. Das wollten Sozialdemokraten oder Deutsche auch immer, wenn sie ausgewandert sind im 19. Jahrhundert. Sie kommen wegen des Klimas oder weil sie unter schrecklichen Bürgerkriegsverhältnissen oder terroristischen Regimen leiden. Das ist alles sehr wichtig.

Ein ganz konkreter Punkt: Ich habe den Eindruck, dass die SPD-Bundestagsfraktion da inzwischen sehr gute Positionen vertritt und auch schon verabschiedet hat. Deswegen bin ich ganz hoffnungsvoll, dass sie zusammen mit den Grünen in der neuen Bundesregierung einiges voranbringen wird. Wobei es auch Übereinstimmung gibt mit

2 Gesine Schwan, *Europa versagt. Eine menschliche Flüchtlingspolitik ist möglich*, Frankfurt a. M. 2021.

der FDP, den Freidemokraten, die da in erster Linie erstmal die wirtschaftlichen Interessen sehen. Aber das schadet ja nicht. Man kann auch Konvergenzen mit Interessen finden, die einem nicht sofort prioritär erscheinen. Ich halte die damit benannte Arbeitskräftefrage auch für sehr wichtig. Man soll sie mit einbeziehen in die Migrationspolitik. Und dass die Freidemokraten z. B. den viel diskutierten Spurwechsel befürworten, finde ich sehr hilfreich. Das ist scheinbar ein kleiner technischer Begriff, aber wenn Menschen zu uns kommen, ist ja nicht klar, ob sie asylberechtigt sind. Wenn sie es nicht sind, können sie zurückgeführt werden. Wenn sie nicht zurückgeführt werden, können sie geduldet werden. Wenn sie geduldet werden, welche Leistungen sollen sie dann bekommen? Was sollen sie dann machen? Sollen sie einfach rumhocken in irgendwelchen isolierten Ankerzentren, die im Grunde abgeschafft gehören? Oder sollen sie arbeiten können und damit einen Aufenthaltstitel bekommen, zumal wir sie brauchen?

Es ist in beiderseitigem Interesse sinnvoll, bei Asylverfahren von Anfang an Integration, Sprache, Berufsbildung und so weiter voranzubringen, auch im Interesse unserer Wirtschaft. Wenn dann dieser Spurwechsel möglich ist, dass man von der Beantragung von Asyl hinkommt zur Beantragung eines Aufenthaltsrechts für Arbeit, dann ist das eine sehr konstruktive Lösung.

Ein zweiter Punkt: Ich habe mich während des Schreibens gefragt: Was antworte ich auf die Frage des sogenannten Pull-Effekts? Der wird einem ja immer entgegengehalten, wenn man versucht, Lösungen zu finden. «Dann werden sie alle nach Europa kommen, vor allem aus Afrika.» Das hat mich dazu gebracht, mich nochmal viel intensiver mit dem Verhältnis der Europäischen Union zu Afrika zu befassen, mit den

letzten Jahresgutachten des Rats für Integration und Migration und mit anderen wichtigen, komplexen wissenschaftlichen Beiträgen. Die hier versammelten Autoren zeigen ganz deutlich, dass die Politik der Europäischen Union, weil sie total auf dem Ziel der Abschreckung und auf nichts anderem basiert, immer verengter mit ihren Interessen gegenüber Afrika auftritt und immer mehr afrikanische Interessen vernachlässigt zugunsten der eigenen. Um nur einen Punkt zu nennen: Die Länder der EU wollen immerfort, dass die afrikanischen Länder, je näher sie zu Europa liegen, ihre Grenzen hochziehen, damit die Flüchtlinge gleichsam schon da ins Netz gehen, was aber den wirtschaftlichen freien Austausch zwischen den afrikanischen Ländern enorm stört. Die westafrikanische Union für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die genauso will, dass die Grenzen offen sind wie die Grenzen innerhalb der Europäischen Union, schimpfen dann immer wieder, aber die EU versucht entweder durch Erpressung oder durch Geld, das völlig in ihrem Interesse zu dirigieren und ist damit kontraproduktiv zu ihren eigenen Anliegen, weil sie damit die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand torpediert, was auch wieder neue Flüchtlinge schafft.

Stattdessen muss man mit Afrika eine flexible Kooperation auch auf sehr verschiedene Arten, zum Beispiel einer zeitweisen Saisonarbeiterzulassung, schaffen. Das muss intelligent gemacht werden. Ich hoffe sehr, dass die neue Bundesregierung diesen Riesenkomplex, der wichtig ist für unsere Zukunft, angeht.

Ein dritter Punkt noch: Wenn jetzt vor uns liegt, dass wir die große Transformation sowohl bei uns in Europa als auch global zustande bringen müssen, dann ist die Frage, wie denn die Aneignung dieser Transfor-

mation, die ja vielen Menschen Angst und Sorge bereitet, gelingen kann. Da möchte ich ganz grundsätzlich sagen: Wir brauchen eine Ausweitung der Bürgerpartizipation, aber so, dass sie vereinbar ist mit der repräsentativen Demokratie und damit auch mit dem Legitimationsgefühl der repräsentativen Demokratie.

Ich plädiere sehr dafür, dass vor allen Dingen auf kommunaler Ebene für langfristige Entwicklungen Kooperationen institutionalisiert werden. Es geht um Zusammenarbeit zwischen den Gewählten, den Abgeordneten, der Verwaltung und den Bürgermeistern einerseits und der organisierten Gesellschaft und den Unternehmen andererseits. Beide bringen wichtige andere Perspektiven ein, wenn sie gemeinsam langfristig zusammenarbeiten, um z.B. zu beraten, wie sie Flüchtlinge aufnehmen können und wie das auch in ihrem eigenen Interesse ist, damit der Bevölkerungsschwund gestoppt wird. Da gibt es viele Gründe, mehr Geflüchtete aufzunehmen, etwa die Infrastrukturentwicklung – oder damit der Nachwuchs bei den Fußballvereinen ausreicht und sie wieder eine Elfermannschaft zusammenstellen können. Das nehme ich aus einem Beispiel im Südharz, in Hettstedt. Da hat das wunderbar funktioniert. Der gesamte Fußballverband von Sachsen-Anhalt hat sich inzwischen für eine vernünftige Flüchtlingspolitik ausgesprochen, weil sie auf diese Weise ihre Zukunft gesichert bekommen mit kleinen Irakern und kleinen Syrern.

Die Transformation muss partizipativ geschehen, und zwar vor allem auf der Ebene der Gemeinden. Und dies kann es auch. Ich plädiere in meinen beiden Büchern<sup>3</sup> für sogenannte «kommunale Ent-

wicklungsbeiräte», die sich durch gemeinsame Beratungsprozesse verstehen und zusammenfinden. Das Ergebnis soll beschlossen werden durch die Gewählten, d. h. nur durch die Legitimierten. Aber wenn sie derart zusammengearbeitet haben, so sehe ich das, werden sie das Ergebnis ihrer Beratungen auch umsetzen.

Es gibt eine große Chance, auch bei solchen kommunalen Entwicklungsbeiräten, den jungen Menschen eine Gestaltungsmöglichkeit zu bieten für ihre Interessen. Sie haben sehr oft vor allem Interesse an der Erhaltung des Klimas und der Nachhaltigkeit. Auch dafür sind diese Entwicklungsbeiräte sehr wichtig, dass junge Menschen sich nicht von vornherein parteipolitisch festlegen müssen. Dass aber auf der anderen Seite es nicht nur ad hoc-Eintagsfliegenprojekte gibt für Häuserrestauration oder ähnliches, sondern dass man das auch langfristig macht und auf diese Weise junge Menschen einen ganz anderen Zugang bekommen zur Demokratie und zu demokratischer Politik, die eben nur gelingen kann, wenn sie langfristig auch institutionalisiert ist. Dazu bin ich zu sehr Politikwissenschaftlerin, also, wir müssen das auch institutionalisiert sehen. Ich glaube, man kann auf diese Weise mehrere Fliegen gleichsam mit einer Klappe schlagen und die großen Aufgaben Migration, Nachhaltigkeit, Klimawandel angehen und zugleich die Partizipation vernünftig steigern.

Im Thema sind Zukunftskonzepte angesprochen, dazu abschließend drei Stichworte:

1. durch Sozialpolitik den Menschen die Angst nehmen, durch globale soziale Güter den Ausgleich schaffen;
2. durch Partizipation von Ohnmachtsgefühlen befreien und mit demokratischer

3 Siehe neben «Europa versagt» auch: Gesine Schwan, *Politik trotz Globalisierung*, Darmstadt 2021.

Politik vertraut machen. Das ist aus meiner Sicht auch der beste Weg, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen und schließlich die Lösungsfähigkeit demokratischer Politik zu stärken.

3. Und wenn man mich nach einer Vision

fragt, so ist das wahrscheinlich eine sehr typisch weibliche Vision. Dazu bekenne ich mich aber gerne. Ich möchte gerne in einer freundlichen und in einer kulturell reichen Welt leben, die keinen Hunger hat und keine Angst. ■

---

Horst Heimann

## Eine neue Revisionismusdebatte ist ein Plädoyer für «eine neue Aufklärung»

Die «Friedenspreisrede» von Tsitsi Danga-rembga im Oktober in der Paulskirche (gekürzt in *Frankfurter Rundschau*, 25.10.2021) stand unter dem programmatischen Motto: «Wir brauchen eine neue Aufklärung». Die Preisträgerin sieht in dieser Forderung nicht eine Idee, die ihr selbst – als «singulärer Autorin» – gerade mal so eingefallen sei, sondern eine schon verbreitete Meinung: «Mir geht es darum, meine Stimme denen hinzuzufügen, die sagen, dass die Aufklärung der vergangenen Jahrhunderte abgelaufen ist und wir alle auf diesem Planeten heute dringend eine neue Aufklärung brauchen.» (*FR*, a. a. O.) Es falle ihr zwar schwer – «ohne Bezug zur Geschichte Europas» – sich vorzustellen, «wie sehr die gedankliche Revolution, die die Aufklärung war, gebraucht wurde.» In der gegenwärtigen Krise der politischen Kultur der Demokratie – ist hinzuzufügen – werden die «Gedanken der Aufklärung» wieder besonders dringend gebraucht. Besonders hilfreich für heute ist ihr Hinweis, dass der «berühmte Satz» des Ra-

tionalisten Descartes «Ich denke, also bin ich», nur «eine kurze Version» seines Gedankens ist, der lautet: «Ich zweifle, also denke ich, also bin ich.» Und auch ihre Weiterführung des Gedankens «vom Ich zum Wir», nämlich «Wir denken, also sind wir» oder sogar zu «Wir sind, also denken wir».

Bezogen auf die Situation in Deutschland, besonders auf die Krise linken Denkens und sozialistischer Theorie, ist aber differenzierend zu ergänzen: Es gab nicht nur die eine große Aufklärung seit dem 17./18. Jahrhundert, die jetzt «abgelaufen» ist. Neben vielen anderen Impulsen für die Fortsetzung der Aufklärung gab es seit 1896 eine große Aufklärung innerhalb der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung und ihrer politischen Leitidee, nämlich die von Eduard Bernstein ausgelöste «Revisionismus-Debatte»: Eine kritische Überprüfung einzelner Theorien der großen Idee des Sozialismus, die bis in die 1990er-Jahre die dritte große politische Idee in der Tradition der Aufklärung war. Die Idee der de-

mokratischen Staatsordnung und die Idee einer liberal-pluralistischen Gesellschaftsordnung hatten das normative Ziel, die obrigkeitstaatlichen politischen Systeme in demokratische Systeme zu verwandeln und homogene gleichgeschaltete Gesellschaften in liberal-pluralistische und offene Gesellschaften. Der Sozialismus wurde zur dritten und umfassendsten Emanzipationsidee, parteipolitisch mit der Sozialdemokratie verbunden: Diese dritte politische Idee hatte das visionäre Ziel, nicht nur das staatliche und gesellschaftliche System durch andere zu ersetzen, sondern auch das kapitalistische Wirtschaftssystem durch ein sozialistisches.

Mit dem Ziel Sozialismus waren einerseits die größten Erwartungen und Hoffnungen für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle Menschen auf der ganzen Welt verbunden. Andererseits gab es in dieser dritten großen Idee mit den größten Erwartungen für Veränderungen nur die geringsten konkreten Vorstellungen über die institutionelle Ausgestaltung dieser Alternative zum Kapitalismus, abgesehen von der pauschalen Alternative: Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft statt Privateigentum und Marktwirtschaft. Der Glaube an dieses abstrakte orthodox-marxistische Sozialismuskonzept mobilisierte zwar viele Arbeiter zum Kampf gegen den Kapitalismus. Dieser «Klassenkampf» führte zwar auch zu sozialen Verbesserungen innerhalb des Kapitalismus, aber er brachte keine Fortschritte in Richtung Sozialismus. Bernstein erkannte, als kluger «Autodidakt», dass die Ursache dafür in der sozialistischen Theorie lag, vor allem im orthodox-marxistischen historischen Determinismus: Der Sozialismus wird das unausweichliche Ergebnis der gesetzmäßigen technologisch-ökonomischen Entwicklung

sein, also der ökonomischen Basis. Begründet wurde dieser Geschichtsoptimismus mit der Verelendungs- und der Zusammenbruchstheorie: Die Entwicklung der ökonomischen Basis werde naturnotwendig zum Zusammenbruch des Kapitalismus und zum Sieg des Sozialismus führen. Mit der kritisch-rationalen Denkmethode der Aufklärung prüfte Bernstein die Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie und «revidierte» sie anhand empirischer Fakten, die gegen sie sprachen. Da aber dogmatische Marxisten alle von Marx formulierten Theorien für ewige Wahrheiten hielten, sahen sie in der Korrektur solcher «Wahrheiten» nicht nur einen Rückfall in Unwahrheit, sondern einen Verrat am Sozialismus und an der Arbeiterbewegung. Bernstein aber sah in diesem Dogmatismus eine fatale Abkehr von der kritisch-rationalen Denkmethode der Aufklärung und formulierte 1899 sein revisionistisches Programm ausdrücklich als Plädoyer für eine «neue Aufklärung» in der sozialistischen Arbeiterbewegung. «Die Wutanfälle» von Sozialisten – gegen seine Kritik an irreführenden Theorien seit 1896 – «haben mich nur in der Überzeugung bestärkt, daß der Sozialdemokratie ein Kant not tut, der einmal mit der überkommenen Lehrmeinung mit voller Schärfe kritisch-sichtend ins Gericht geht ... . Ein solcher Geist, der mit überzeugender Schärfe bloßlegte, was von dem Werke unserer großen Vorkämpfer wert und bestimmt ist fortzuleben und was fallen muß und fallen kann.»<sup>1</sup>

«Fallen musste» für Bernstein vor allem der Geschichtsoptimismus, der Glaube an die objektive und unausweichliche Entwicklung zum Sozialismus in einer sozialis-

1 Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, 8. Auflage 1984, S. 219.

tischen Revolution. Er sah darin nicht einen Verzicht auf das Ziel Sozialismus, das Ende dieser großen politischen Idee, sondern die Anerkennung der sozialen Wirklichkeit: Der Sozialismus kann nicht Ergebnis der objektiven Entwicklung in einer Revolution sein, sondern nur von demokratischen Sozialisten in einer systemverändernden Reformpolitik mittel- und langfristig verwirklicht werden, als Ergebnis politischer Praxis.

Die Kontroverse zwischen revolutionär-marxistischer und reformsozialistischer Theorie durchzog die gesamte Geschichte der SPD, die aber in ihrer praktischen Politik nie revolutionär war, immer nur reformistisch. Aber der Zwiespalt zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis beeinträchtigte ihre politischen Erfolgchancen. Erst nachdem dieser Zwiespalt 1959 im Godesberger zugunsten des Reformsozialismus entschieden war, wurde die SPD in den 1960er-Jahren politisch erfolgreich, 1969 zur führenden Regierungspartei und 1972 sogar zur stärksten Partei. Nach einer wechselvollen Geschichte bis zur Wiedervereinigung entstand für die SPD seit Ende der 1990er-Jahre eine völlig neue Situation. Die sich damals vollziehende politische Zäsur wurde allerdings in der SPD und auch in der kritischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

**Die politische Idee des Demokratischen Sozialismus ist fast völlig aus dem politischen Selbstverständnis und den Selbstdarstellungen der SPD verschwunden, aber auch aus den politischen Diskursen in der Öffentlichkeit.**

Es gibt zwar noch pompöse sozialistische Theorie-Paläste in den Echokammern der plural-akademischen Linken außerhalb der SPD, ausgemalt in tausenden von Büchern und Publikationen, deren Sozialismuskon-

zepte in den öffentlichen Diskursen über die notwendige sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft kaum eine Rolle spielen. Das gilt auch für die bescheidenen Theorie-Hütten in wenigen Oasen der Theorie-Wüste der SPD. Ihre bescheidenen Bemühungen für eine Wiederbelebung der politischen Leitidee der SPD sind trotz des überraschenden Wahlerfolgs der SPD bei der Wahl im September 2021 nicht überflüssig geworden, sondern mittelfristig sogar noch notwendiger. Der Wahlerfolg der SPD ließe sich wie folgt bewerten:

**Die SPD als Parteiorganisation hat nicht nur überlebt, sie wurde erfolgreich wiederbelebt – ihre Leitidee Demokratischer Sozialismus ist tot geblieben.**

Der Wahlerfolg der SPD deutete sich erst in der letzten Phase des Wahlkampfes im August 2021 an und wurde von den meisten bis in den September hinein für unmöglich gehalten. Die meisten teilen auch die kritische Bewertung dieses «Wunders»: Das war aber nicht in erster Linie ein Verdienst der Parteiorganisation SPD, sondern ihrer Gegner Baerbock und Laschet, vor allem aber auch einer unpolitisch-kommerziellen PR-Agentur, die die «Vorlagen» der Konkurrenten mit Hilfe des Mittelstürmers Olaf Scholz genial in Tore, bzw. Wählerstimmen, verwandelte. Und das ging auch gut ohne die nur von wenigen vermisste Idee des Demokratischen Sozialismus, also ohne unnützes «Theorie-Gedöns»! Aber auch die gewachsene Bedeutung der Parteiorganisation ist zu erwähnen. Diese hatte nach dem Wahldebakel von 2017 mit 20,5% einen wichtigen Beitrag geleistet, damit das Werbekonzept der PR-Agentur und von Olaf Scholz erfolgreich werden konnte. Und das waren nicht nur die Ablösung von Zwietracht

und Niedertracht durch allseits bewunderte Eintracht in der innerparteilichen Kommunikation, sondern noch mehr die programmatischen Veränderungen auf der Ebene der praktischen Politik, das schon 2019 beschlossene neue Sozialstaatskonzept. Wenn dennoch die SPD bis zur letzten Phase des Wahlkampfes 2021 auf dem Tiefststand zwischen 12 und 15% stagnierte, so lag das daran, dass viele davon gar nichts wussten oder der SPD eine ehrliche «Resozialdemokratisierung» – nach der «Entsozialdemokratisierung» der SPD unter Schröder u. a. – nicht zutrauten. Erst als wegen des Abtretens von Merkel auch die «Entsozialdemokratisierung» der CDU drohte und als PR-Agentur und Olaf Scholz mit einfachen Stichworten die sozialdemokratischen Kernbotschaften wieder als SPD-Programm sichtbar plakatierten, bahnte sich das Wunder an. Auch das hektische Agieren des Unionskanzlerkandidaten Laschet, sein Drohen mit dem «Gespenst des Sozialismus», trug dazu bei, dass sich der Anteil der SPD-Wähler im September fast verdoppelt hat. Wenn das Wort Sozialismus auch keine Hoffnung mehr wecken konnte, so flöbte es den Wählern nicht einmal mehr Angst ein.

Der glaubwürdig werdenden «Resozialdemokratisierung» ist es auch zu verdanken, dass die SPD viele Wähler aus dem Arbeitermilieu zurückgewinnen konnte. Der Jenaer Arbeitssoziologe Klaus Dörre ist zuversichtlich, «dass »erstmal seit Jahrzehnten« der Anteil von Arbeiter:innen unter Wählerinnen und Wählern der SPD gestiegen ist – laut Infratest Dimap von 20 auf 26 Prozent» (FR, 1.10.2021). Die SPD hat als «Arbeiterpartei» mit ihren 26% die AfD mit nur noch 21 Prozent vom 1. auf den 2. Platz verdrängt und wird von so einem hohen Anteil von Arbeiter:innen gewählt wie von «bürgerlichen» Wählern. Die ehemalige Arbeiterpar-

tei SPD ist also unter Arbeiter:innen nicht mehr unterrepräsentiert, aber bei den Jungwählern, bei denen vor allem Grüne und die FDP gewonnen haben. Daher ist es gut begründet, dass Dörre die SPD warnt: «Auch der Erfolg der SPD steht auf brüchigem Fundament» (Ebd.). Als dieses «brüchige Fundament der SPD» sehe ich vor allem ihr intellektuell-theoretisches, ihr philosophisch-normatives Fundament. Während nach dem Wahldebakel von 2017 die SPD auf der praktisch-politischen Ebene ihre innere Zerstrittenheit und ihre programmatische Unschärfe mit dem neuen Sozialstaatskonzept weitgehend überwunden hat, sind ihre intellektuell-theoretischen Fundamente weiter auseinandergedriftet, zerbröselnd und unkenntlich geworden. Olaf Scholz ist es gelungen, mit der geschickten Konzentration auf den Markenkern soziale Gerechtigkeit die Verunsicherung vieler Wähler etwas zu entschärfen. Und in der Regierungsverantwortung muss die Partei in diesem Sinne weiterarbeiten.

Aber für einen nachhaltigen Wiederaufstieg muss die SPD wieder als «Ideen- und Wertegemeinschaft» (Willy Brandt) erkennbar werden, also ihr «philosophisch-normatives Fundament» wiederherstellen, wieder sehen, was theorielose Pragmatiker übersehen: Praktische Politik wurde in der Geschichte der Neuzeit seit der Aufklärung und der Französischen Revolution zunehmend durch politische Ideen beeinflusst und geprägt, die von Philosophen, bzw. Intellektuellen «erdacht» wurden. Alle parteipolitischen Familien entwickelten sich auf «philosophisch-normativen Fundamenten». Bevor autoritär-obrigkeitsstaatliche politische Systeme in Revolutionen gestürzt wurden, wurden sie in den Köpfen von Philosophen der Aufklärung gestürzt, bevor praktisch-politische Bewegungen repräsentative

demokratische Systeme aufbauten, wurden sie in den Köpfen von Philosophen «erdacht», denn: «Am Anfang war das Wort!» Erst danach konnte das Wort zur «Tab» werden.

Bevor nationalistische Politiker, vor allem aus Deutschland und Österreich, viele zig Millionen von Menschen in den Tod schicken und gewaltige Zerstörungen anrichten konnten, wurde das alles erdacht und vorbereitet in den Köpfen von intellektuellen Eliten, mit antidemokratischen, nationalistischen, rassistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Ideen. Der Wettstreit zwischen linken und demokratischen Ideen mit den rechten und antidemokratischen Gegenpositionen entschied immer über die Richtung der praktisch-politischen Entwicklung; der Vormarsch der antidemokratisch-rechten Ideen seit den 1920er-Jahren war die praktische Weichenstellung Richtung Faschismus und Nazibarbarei auf dem «deutschen Sonderweg».

Die politische Idee des geistig-politischen Liberalismus (eine Gegenposition zur bisher Lindners neoliberaler FDP!) wurde zum ersten «philosophisch-normativen Fundament» für praktisch-politische Bewegungen und Parteien, die obrigkeitsstaatliche Monarchien stürzten und demokratisch-liberale Systeme aufbauten. Und bevor sich rechte konservative politische Parteien bildeten, wurden von den Philosophen des Konservatismus, verbunden mit christlichen Traditionen, ihre «philosophisch-normatives Fundamente» als Alternative zum Liberalismus erdacht und konstruiert. Diese Fundamente des Konservatismus schwankten lange zwischen dem demokratischen und dem antidemokratischen Spektrum. Erst nach 1945, als der deutsche Nationalismus und die von ihm genährte Nazibarbarei von den Alliierten militärisch besiegt worden waren,

wurden konservativ-christliche Parteien zu Faktoren einer relativ stabilen Demokratie in Westeuropa. In der Krise der Demokratie in den 1920er-Jahren dagegen hatten konservativ-christliche Ideen und Parteien sogar zum Sieg des Faschismus und der Nazibarbarei beigetragen.

Zur stärksten politischen Idee im demokratischen Spektrum wurde in der ersten großen Krise der Demokratie in Europa die dritte große politische Idee in der Tradition der Aufklärung, nämlich die mit den sozialdemokratisch/sozialistischen Arbeiterparteien verbundene Idee des Demokratischen Sozialismus. Obwohl auch schon zur Zeit der Französischen Revolution Ansätze für sozialistisch-kommunistische Ideen und Gruppierungen eine Rolle spielten, entstand erst Mitte des 19. Jahrhunderts die dritte große demokratische Ideen-Familie mit dem Namen Sozialismus, das «philosophisch-normative Fundament» für die aufsteigenden sozialistisch/sozialdemokratischen Parteien. Diese Parteien entstanden nicht nur als notwendige politische Vertretungen der materiellen Interessen der ausgebeuteten Arbeiterklasse, sondern vor allem auch als organisierte Träger der umfassendsten linken Emanzipationstheorie Sozialismus.

Wer sich an den Triumph der SPD in den 1960er- und 1970er mit ihrer Leitidee Demokratischer Sozialismus erinnert, kann nicht verstehen, dass fünf Jahrzehnte später nicht nur die Inhalte dieser linken Erfolgsidee, sondern auch ihr damals so populärer und allen bekannter Name so vollständig aus den politischen Diskursen verschwunden sind. Daher hat die SPD inzwischen erstmals ein verdientes «Alleinstellungsmerkmal»: Sie ist im demokratischen Spektrum die einzige Partei, die nicht mehr mit einer politischen Idee in der Tradi-

tion der Aufklärung verbunden ist und auch nicht mehr mit einer solchen Idee in Verbindung gebracht werden möchte.

Obwohl es sehr mühsam werden dürfte, die verschwundene Leitidee der SPD wiederzubeleben, ist es doch nicht völlig unmöglich. Denn unter SPD-Intellektuellen gibt es noch zwei kleine organisierte Restgrüppchen, die sogar schon einen Theoriedialog begonnen haben, der mittelfristig zur Wiederbelebung der verschwundenen großen politischen Idee führen könnte:

1. Das eine Grüppchen ist ein Rest des geschrumpften linken Flügels der SPD, organisiert als «DL21-Demokratische Linke» um *spw - Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*.
2. Der andere kleine Rest des linken Flügels, locker organisiert in der 1975 gegründeten Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS) um die «Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik - perspektiven des demokratischen Sozialismus».

Dieses heute kleinste Grüppchen orientiert sich noch an der starken reformistischen linken Volkspartei SPD, die in den 1960er- und 1970er-Jahren die linke Mehrheit der SPD umfasste, zu der auch die damals reformistischen Jusos gehörten, und auch die Vorgänger der heutigen *spw*-Linken.

Anknüpfend an zwei neuere Publikationen dieser zwei überlebenden Theorie-Grüppchen könnten auch weitere linke Kreise in den schon begonnenen Dialog einbezogen werden:

1. Michael R. Krätke / Max Reinhardt / Thilo Scholle / Stefan Stache (Hrsg.), *SPD-Linke zwischen Revolution, linken Bewegungen und radikalem Reformismus. Linker Aufbruch in Geschichte und Biografien*, *spw*, Nomos, Baden-Baden,

2021. Der Titel dieses *spw*-Sammelbandes definiert zugleich die Theorie-Konzeption in der Geschichte dieser Gruppe: «SPD-Linke zwischen Revolution ... und radikalem Reformismus.» Der zweite Teil des Titels – «Linker Aufbruch in Geschichte und Biografien» – kündigt an, dass es sich vor allem auch um einen historischen Rückblick auf die Theoriediskussionen in der Vergangenheit dieser «SPD-Linken» handelt, zu der auch die unter dem Begriff «Linksozialismus» bekannte Richtung gehört.

2. Horst Heimann / Hendrik Küpper / Klaus-Jürgen Scherer (Hg.), *Geistige Erneuerung links der Mitte - Der Demokratische Sozialismus Eduard Bernsteins*, Schüren-Verlag, Marburg 2020. Schriftenreihe der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus Bd. 31. Der zweite Teil des Titels dieses HDS-Sammelbandes definiert ebenfalls die Theorie-Konzeption dieser Gruppe «Der Demokratische Sozialismus Eduard Bernsteins». Also HDS und *perspektivends* nicht «zwischen Revolution ... und radikalem Reformismus», sondern unzweideutig auf der Theorie-Position nur «radikaler Reformismus», ohne Reste von revolutionären Theorien.

Dieser Theoriedialog hat als «neue Revisionismusdebatte» schon begonnen. Thilo Scholle hat in *spw*, Heft 240, 5-2020, den *HDS-Sammelband* sachlich und fair rezensiert, unsere grundsätzlichen Intentionen gut erläutert und ihnen weitgehend zugestimmt. Entscheidend schon sein erster Satz, eine Absage an den Antirevisionismus: «Eduard Bernstein gehört zu den bedeutendsten Denkern der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert.» (S. 103) Besonders wichtig ist es, dass er die Kritik am Ökono-

mismus besonders hervorhebt und nicht zurückweist: «...eine Alternative zum Kapitalismus könne nicht ökonomisch begründet werden, sondern nur im Sinne Bernsteins und des Godesberger Programms normativ, mit ethischen Grundwerten.»

Die Kooperation zwischen diesen beiden sozialistischen Zeitschriften könnte zu einem Impuls für den Theoriedialog werden. Die «DL 21 – Demokratische Linke» könnte ihre politische und theoretische Position in den *perspektivends* nicht nur darstellen, sondern auch zur Diskussion stellen. Und die spw könnte einen Diskussionsbeitrag zum *spw-Sammelband* aus der Sicht eines HDS-Mitglieds publizieren und darauf aus spw-Sicht antworten. Das wäre eine Abkehr von der gegenwärtigen Diskurskultur «publiziert und ignoriert!», und der Beginn für «publiziert und diskutiert!». Denn nicht die Publikation, erst die Diskussion darüber weckt und verstärkt das Interesse an den Themen. Unser Theoriedialog könnte einer linken Öffentlichkeit signalisieren: Die Idee des Demokratischen Sozialismus ist noch nicht ganz tot, sie ist noch oder wieder da, zwar noch nicht als mächtiger Strom, aber wenigstens als bescheidenes Bächlein, das entstand durch den Zusammenfluss zweier kleiner Rinnsale, und das bereit ist, weitere Zuflüsse aufzunehmen. Das Bächlein könnte dann mittelfristig sogar wieder zu einem richtigen Fluss werden.

Die von Thilo Scholle in *spw* 5-2020 vollzogene Rehabilitierung Eduard Bernsteins ist auch Kern der theoretischen Neuorientierung im *spw-Sammelband* von 2021. Die deutliche Distanzierung vom Antirevisionismus, die Rehabilitierung Bernsteins und der Politik von Brandt als Bestandteile linker Theorie und Politik, sind eine echte Neuorientierung: Aus einer Diskussion in der «spw-Familie» vor etwa einem Jahrzehnt er-

innere ich mich an das amüsiert-schallende, keineswegs feindselige, aber mitleidige Gelächter über einen harmlos Irrenden, als ich den «rechten Willy Brandt» als «Linken» bezeichnet hatte. (Also Lob für diesen Lernprozess!) Entscheidend für Gegenwart mit Zukunft ist aber im *spw-Sammelband*: Die spw-Linke pendelt nicht mehr «zwischen Revolution und radikalem Reformismus», sondern hat sich auch in der Theorie für Reformismus entschieden, gegen Revolution. Bernstein nimmt in den linken Biografien im *spw-Band* sogar einen herausragenden und vorbildlichen Ehrenplatz ein. Max Reinhardt stellt in seinem Beitrag «Typen führender Sozialdemokraten im Vergleich» ... «anhand von Karl Marx, Eduard Bernstein und Friedrich Ebert drei unterschiedliche Typen» dar, die «nicht nur unterschiedliche politische Konzepte und Praktiken (verkörpern), sondern auch die Entwicklung der SPD von einer revolutionären zu einer revisionistischen, reformistischen Arbeiterpartei»: (S. 50) In diesem Artikel aus dem Jahr 2006, nur überarbeitet, erhält der «Verräter» Bernstein von einem «SPD-Linken» die besten politischen Noten. Er bestätigt dem bürgerlichen jungen Karl Marx zwar «das humanistische Weltbild» (S. 50), moniert aber: «Karl Marx war in seiner Führung alles andere als liberal. Er ... duldete kaum Widerspruch. Dennoch entwickelte sich sein geistiger Schüler Bernstein zu einem Kritiker einiger seiner theoretischen Annahmen, wenn auch erst nach dem Tode von Karl Marx.» Und da Friedrich Engels Bebel und «auch Eduard Bernstein als Verwalter «des literarischen Nachlasses von Marx und Engels bestimmte», habe er «seine Anerkennung ... auch für Eduard Bernstein als Repräsentanten des Revisionismus signalisiert.» (S. 51) Reinhardt stellt das revisionistische Sozialismuskonzept Bernsteins korrekt kurz vor:

Ablehnung der Zusammenbruchs- und Verelendungstheorie; Sozialdemokratie als «das geistige und legitime Erbe des Liberalismus»; im Gegensatz zu Marx für einen «ethisch begründeten Sozialismus»; «dass die Arbeiterklasse Ideale, aber keine Doktrinen zu verwirklichen hat». (S. 52 f.)

Unter den zahlreichen SPD-Linken, die Michael R. Krätke kenntnisreich und empathisch darstellt, erstrahlt der SPD-Linke Bernstein fast als Lichtgestalt. Schon seit der ersten Seite verteidigt er seinen «Revisionismus» gegen seine «marxistischen» Widersacher: Seine «Ausbildung und sein Beruf als Banker ... sichert ihm den immerwährenden Hass der sogenannten «Marxisten.» (Fußnote 2, S. 122) Dieser «Hass» galt aber nicht dem tatsächlichen Inhalt des Revisionismus, sondern den Verdrehungen und Verfälschungen dieses Denkens: «Bis heute pflegt eine auf Marx (oder Lenin oder Luxemburg) schwörende Linke die Legende von Bernstein, dem Erzrevisionisten und Verräter.» (S. 123) Im Gegensatz zu dieser Legende «wollte Bernstein keinen Abschied von Marx, keine Abkehr vom Sozialismus, keine Scheidung von der Arbeiterbewegung. Ganz im Gegenteil. Er wollte einige Marxsche Aussagen korrigieren, die Theorie aber insgesamt verbessern, weiter entwickeln. Marx war kein Prophet, man konnte, man musste ihn kritisieren, um seine Arbeit fortzusetzen.» (S. 124) Ergänzend könnte man hinzufügen: Da die orthodoxen Marxisten Marx nicht kritisiert haben, konnten sie «seine Arbeit nicht fortsetzen», wie es der Revisionist Bernstein getan hat. Ausführlich begründet er, dass «Bernstein – ein Linker in der SPD» und «ein Vordenker des demokratischen Sozialismus» (S. 129 ff.) war. «Die Marxisten taten schweres Unrecht, ihn als Abtrünnigen zu verdammen.» Aber auch «die Nur-Reformisten ... die Antimarxisten in

der Sozialdemokratie täuschten sich gründlich in ihm. Denn ein Mann der Parteilichen war er nie, er blieb ein Linker, gegen alle Anfeindungen.» (S. 132)

Krätke rehabilitiert auch einen anderen prominenten SPD-Theoretiker, nämlich den als besonders «rechts» verschrienen Richard Löwenthal: «Ein Rechter war er nicht.» (S. 297) «...ein unabhängiger Kopf, der beste Kopf, den die SPD in jenen Jahren hatte.» (S. 300) Löwenthal trat im Alter von 18 Jahren 1926 der KPD bei, wurde nach 3 Jahren aus der Partei ausgeschlossen; als jüdischer und sozialistischer Emigrant in England wurde er in der linken SPD-Gruppe «Neu Beginnen» zum «führenden Kopf» (wie Willi Eichler und andere, die später für den «linken Aufbruch» Richtung Godesberg kämpften.) Neben vielen anderen Publikationen veröffentlichte er 1937 unter dem Pseudonym Paul Sering seinen legendären und vergessenen Bestseller «Jenseits des Kapitalismus», der – wie Bernstein vier Jahrzehnte früher – die Revision des revolutionären Sozialismus in Richtung eines reformistischen Demokratischen Sozialismus fortschrieb und bei vielen lesenden Sozialdemokraten ein Umdenken in Richtung Godesberg verstärkte. Mit den Ausführungen von Krätke und Reinhardt haben Theoretiker der spw-Linken den Weg der SPD nach Godesberg als links anerkannt.

Für mich persönlich gehörte neben der Lektüre von Bernstein dieses Buch von Paul Sering, noch in der DDR bis Ende 1953, zu den intellektuellen Abenteuern, die mein politisches Denken in Richtung eines reformistischen Demokratischen Sozialismus lenkten. Heute, im freiheitlich-demokratischen Deutschland und in der SPD dagegen haben politisch interessierte Menschen kaum noch eine Chance, wie ich damals in der DDR, zur Lektüre solcher Bücher an-

gerecht zu werden. Krätke stellt in gut verständlicher Sprache das politisch-theoretische neue Denken Löwenthals empathisch dar, vor allem sein Festhalten am systemverändernden Ziel der SPD: «...der Übergang zum Sozialismus, zu einer nicht-kapitalistischen Planökonomie ist notwendig. Notwendig ja, gut möglich ..., aber keineswegs zwangsläufig.» (S. 293)

Die reformsozialistische Neuorientierung im *spw-Sammelband* hat den Weg frei gemacht für eine praxisorientierte Diskussion über systemverändernde Reformen, für den «Übergang zum Sozialismus, zu einer nicht-kapitalistischen Planökonomie» im Sinne Löwenthals. Dennoch sind einige kritische Anmerkungen zum historischen Teil des Sammelbands notwendig:

### **Die reformsozialistische Neuorientierung in Richtung Zukunft wurde nicht genutzt für die kritische Aufarbeitung der Geschichte der SPD-Linken und der Linkssozialisten**

Beurteilt nach den Kriterien einer guten bürgerlichen Geschichtswissenschaft verdienen die vorzüglichen Darstellungen der Linkssozialisten die Schulnote «*Sehr Gut (1)*»: Faktenreiche, objektiv wertfreie Darstellung dessen, was die Forschungsobjekte gesagt, getan, geschrieben, erlebt und erlitten haben, vorbildlich mit Quellen und Dokumenten belegt, in einem umfassenden Anmerkungsapparat zu lesen, wo diese gelagert und einzusehen sind und wo eventuell noch welche gefunden werden könnten. Dagegen sind die Darstellungen der SPD-Linken und auch der linken Jusos eher sehr lückenhaft und unvollständig. Und auch die HDS mit ihrer Zeitschrift *perspektivends*, Partner im Theoriedialog, fehlt in den Darstellungen der SPD-Linken. Die Unterschiede zwischen SPD-Linken, die ein grö-

ßeres Spektrum abdecken, und den noch linken Linkssozialisten wurden kaum thematisiert. So konnte man Bernstein, Löwenthal, Brandt aus guten Gründen als SPD-Linke anerkennen, aber niemals als Linkssozialisten. Sie kamen zwar auch aus dieser Tradition, hatten mit ihr aber radikal gebrochen. Gemessen an den Kriterien einer gesellschaftskritischen linken Geschichtswissenschaft, mit dem Anspruch, «aus der Vergangenheit für die Gegenwart und für die Zukunft zu lernen», verdienen die meisten dieser ausführlichen Darstellungen nur die Schulnote «*Ungenügend (6)*». Denn nur bei einer kritischen Analyse der linkssozialistischen Theorien könnte man aus ihnen etwas für die Gegenwart und Zukunft lernen. Aber auf eine solche Kritik verzichteten die Autoren, offensichtlich aus Respekt vor den menschlich vorbildlichen Frauen und Männern, die selbstlos und mutig für linke Ideen und Werte kämpften, die oft tragische Biografien hatten, verfolgt, ins ungewisse Exil oder in den Tod getrieben wurden.

Aber gerade der menschliche Respekt sollte sogar zur Kritik an irreführenden Theorien motivieren und zur Einsicht: Viele Linkssozialisten sind nicht nur an ihren mächtigen rechten Feinden gescheitert, sondern auch an ihren irreführenden revolutionären Theorien, die sie daran hinderten zu erkennen, dass es noch nie eine erfolgreiche sozialistische Revolution gegeben hat und dass es in einer politischen Demokratie einen revolutionären Umsturz nur als Konterrevolution geben kann, um die Demokratie zu zerstören.

Mit der Rehabilitierung Bernsteins hat sich die *spw*-Linke von diesen irreführenden revolutionären Illusionen distanziert und kann konstruktiv an einer Wiederbelebung der verschwundenen Leitidee der SPD mitwirken. Bei diesen Bemühungen müssen da-

bei alle etwas zur Kenntnis nehmen, was sowohl eine kritische Öffentlichkeit als auch die linke SPD, und die Gesamt-SPD sowieso, weitgehend ignorieren: Der erste Impuls für eine bewusste Eliminierung des Wortes Sozialismus kam von einigen SPD-Intellektuellen während der Implosion des Realsozialismus. Und dieser Impuls hatte Folgen, die eigentlich niemand in der ältesten demokratischen Partei Deutschlands für möglich halten kann:

**Für den Namen ihrer Leitidee gilt in der SPD das, was eine Handvoll SPD-Intellektuelle im privaten Kreis 1990 vertraulich «verabredet» haben, aber nicht das, was 2007 fast 100 % der gewählten Delegierten eines Parteitagess öffentlich beschlossen haben.**

Noch vor der neoliberalen Regression seit der Jahrtausendwende haben in der Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands und der SPD mit der SDP der DDR einige Intellektuelle verabredet, die politische Leitidee umzubenennen in «Soziale Demokratie» und auf den bekannten Namen «Demokratischer Sozialismus» ausnahmslos zu verzichten.<sup>2</sup> Hier nur eine kurze Zusammenfassung: Obwohl die Beteiligten ihre «Verabredung» nicht geheim gehalten haben, blieb sie weitgehend unbeachtet, aber wirksam. Auf einer Veranstaltung der FES im Oktober 2018 an der Universität in Bochum z. B. begründete Markus Meckel, Mitgründer der SDP in der DDR, auf eine Nachfrage wie üblich die Umbenennung mit der abschreckenden Wirkung des Wortes Sozialismus

2 Vgl. ausführlich meinen Beitrag im *HDS-Sammelband* von 2020, vor allem den Abschnitt SPD-Eliten haben bewusst die einst «große Idee» des Demokratischen Sozialismus aus dem theoretisch-normativen Selbstverständnis und dem Wortschatz der Partei getilgt (S. 156 ff.).

auf die Wähler, die unter dem Sozialismus gelitten haben. Aber diese Begründung ist eindeutig kontrafaktisch, denn alle Umfragen belegen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung, Eliten und Volk, auch in der DDR, nie den Demokratischen Sozialismus der SPD mit dem Sowjetkommunismus verwechselt haben, ihn immer auch vom undemokratischen «Realsozialismus» in der DDR unterschieden haben.

Der Demokratische Sozialismus der SPD vergraulte keine Wähler, er war im Gegenteil die attraktive Idee, die der SPD half, viele neue Wähler zu gewinnen, vor allem in den 1960er- und 1970er-Jahren, als sie in einem märchenhaft wirkenden Aufstieg 1972 stärkste Partei wurde:

**Es war einmal . . . die Idee Demokratischer Sozialismus, die allen Menschen im Volk namentlich bekannt war und die SPD 1972 zur stärksten Partei machte, weil sie mit Hilfe dieser Idee fast die gesamte plurale Linke, Eliten und Volk, mobilisierte, inspirierte und für gemeinsames politisches Handeln integrierte und zu SPD-Wählern machte.**

Aber selbst die wenigen, die sich noch an diesen Triumph der SPD erinnern, bringen ihn kaum mit dieser Idee in Verbindung, sondern vor allem mit den charismatischen Politikern in Europa. Aber Willy Brandt, Bruno Kreisky, Olof Palme waren charismatische und erfolgreiche Politiker in Europa wegen ihrer Verbindung mit dieser Idee, die zur politischen Macht wurde – nicht zur «materiellen Gewalt», wie Marx vergeblich gehofft hatte – als «sie die Massen begriffen». Eine reformsozialistisch erneuerte SPD dominierte gemeinsam mit den nach links gerückten intellektuell-kulturellen Eliten die meinungsbildenden politischen Diskurse, sodass wir

### **eine Sternstunde kommunikativ-partizipativer Demokratie erleben konnten wie nie zuvor und auch nie wieder!**

Die dabei entstehenden Diskussionsprozesse ermöglichten eine Partizipation vieler Aktivbürger an politischen Weichenstellungen nach links. Die neue Deutschland- und Ostpolitik der sozialliberalen Koalition war nicht von bezahlten wissenschaftlichen Beratern in ihren Büros ausgearbeitet, schriftlich formuliert worden und dann von SPD und FDP den Wählern vorgelegt und von diesen mit Mehrheit gebilligt worden. Als sie noch eine Minderheitenposition war, wurde sie in lebendigen publizistisch-wissenschaftlichen Diskursen und innerparteilichen Kontroversen in SPD und auch FDP intensiv diskutiert und in vielen Anträgen auf allen Ebenen der Parteien Schritt für Schritt gegen die schrumpfenden rechten Flügel mehrheitsfähig gemacht. Willy Brandt konnte 1969 nur «mehr Demokratie wagen», weil schon seit Beginn der 1960er-Jahre hunderttausende von mobilisierten Aktivbürgern auf allen Ebenen der Gesellschaft, auch in der SPD, «mehr Demokratie gewagt hatten». Dieser Erfolg war auch deshalb möglich geworden, weil die SPD-Linke schon einmal, vor über einem halben Jahrhundert, Bernstein und Brandt als Linke anerkannt hatte und nicht mehr «zwischen Revolution und radikalem Reformismus» taumelte. Sie unterstützte die Friedens- und Reformpolitik Brandts und war zu einem integralen Bestandteil der linken Volkspartei SPD geworden, in der der rechte Flügel zur einflusslosen Minderheit wurde. Im Bereich der praktischen Tagespolitik sind SPD-Linke und auch Jusos wieder zu einem integralen Teil der SPD geworden, die wieder linke Volkspartei werden möchte und könnte.

Auf der Ebene der «Ideen- und Wertegemeinschaft» konnte sie noch nicht wieder zu einem integralen Bestandteil werden, weil es diese Gemeinschaft nicht mehr gibt, die in den 1960er- und 1970er-Jahren den politischen Aufstieg der SPD ermöglicht hatte. Diese reformsozialistische Erfolgsgeschichte wurde leider im historischen Gedächtnis der SPD und der sozialistischen Intellektuellen in der gesamten Linken nicht gespeichert, sodass sie 2018 zwar den 200. Geburtstag von Marx und den 50. Jahrestag der ausgefallenen «68er-Revolution» ausgelassen feiern konnten. Aber 2019 haben nur wenige an den 50. Jahrestag der praktisch-politischen Linkswende unter dem demokratischen Sozialisten Willy Brandt gedacht.<sup>3</sup>

Im *spw-Sammelband* sind zwar «linke Aufbrüche» in politische Niederlagen von revolutionären Linksozialisten empathisch dargestellt, aber die Erfolgsgeschichte von reformistischen SPD-Linken fehlt leider im *spw-Band*. Daher ist hier an die vielen Akteure zu erinnern, die neben Willy Brandt und Richard Löwenthal die reformsozialistische Erneuerung der SPD und die Linkswende 1969 durchgesetzt haben: Jochen Steffen und viele «Altlinke», vor allem aber die reformistischen Jusos um Karsten Voigt, Norbert Gansel, Wolfgang Roth, Heidi Wiczorek-Zeul, Ottmar Schreiner etc., etc., die 1969 die Linkswende der Jusos auf Bundesebene durchgesetzt haben, als Stamokaps und Antirevis in der SPD noch unbekannt waren. Aus den reichen Theorieangeboten dieser produktiven Zeit der reformistischen Jusos, die sich teils auch als Marxisten verstanden, könnte man erinnern an den Best-seller: Norbert Gansel (Hrsg.), *Überwin-*

3 Vgl. dazu ausführlich H. Heimann, «Die gefeierte «68er-Revolution» und der vergessene Politikwechsel nach links 1969», in *perspektivends* 1/19.

*det den Kapitalismus – oder was wollen die Jungsozialisten?* rororo aktuell. 1. – 20. Tausend September 1971, 21.–30. Tausend Oktober 1971, ... 46. – 53. Tausend Februar 1974. (Heute schreiben junge Grüne solche Bestseller, wie z.B. Aminata Touré, *Die Macht der Vielfalt*, die «es gerade in die Top 10 der Spiegel-Bestsellerliste geschafft hat» (*SZ Magazin*, S. 16, Nr. 41, 15.10 2021).

Im Bundestagswahlkampf 1972 bekannte sich auch die SPD ausdrücklich zum Demokratischen Sozialismus, die Jusos warben mit der Losung «Sozialismus, weil's vernünftig ist!» Die auch damals schon kontrafaktischen Warnungen des schrumpfenden rechten Flügels, dass «die Jusos mit dem Sozialismus unsere Wähler vergraulen!», widerlegten die Wähler. Der bekannte reformistische Juso Norbert Gansel erhielt nicht trotz, sondern wegen seines offensiven Bekenntnisses zum Demokratischen Sozialismus in seinem Wahlkreis in Kiel 55,2% der Zweitstimmen und sogar 59,4% der Erststimmen. Sogar die offensive Verwendung des Wortes Sozialismus durch rechte Agitatoren als abstoßendes Schimpfwort schadete nicht, sondern machte es noch populärer, mobilisierte und integrierte die oft zerstrittene plurale Linke zu einer solidarisch-einheitlichen politischen Macht unter Führung der SPD. Die Leitidee Demokratischer Sozialismus war präsent in den lebhaften Alltagsdiskussionen der Öffentlichkeit und der SPD, in den Anträgen der Basis zur Reformpolitik, auch in den Reden und in zahlreichen Publikationen der Politiker, Publizisten und Wissenschaftler. Und vor allem den reformistischen Jusos gelang es, mit Hilfe dieser attraktiven politischen Idee, viele «68er-Revolutionäre» für die Reformpolitik der SPD zu gewinnen.

Fünf Jahrzehnte nach dieser intellektuell-politischen Hegemonie fehlt der wieder zer-

splitterten pluralen Linken eine integrierende politische Leitidee. Statt gemeinsam eine solche Idee zu suchen oder wiederzufinden, suchen hunderte von singulären Vordenkern nur nach einem «neuen Narrativ», für das sie auch schon hunderte von Namen erfunden haben, mit dem jeder allein, aber mit allen und für alle, die Welt retten möchte. Die Sprache ist wissenschaftlich viel anspruchsvoller und hoch gestochener geworden. Zur Illustration schaue man sich nur die sieben Seiten der Rubrik «Politik» allein im Programm des Nomos-Verlages für Juli bis November 2021 an. Nur ein Beispiel, das kein Parodist so geistreich erfinden könnte: Frank Schulz-Nieswandt, *Der apollinisch-dionysische Geist der Sozialpolitik und der Gemeinwirtschaft*, wird vorgestellt: «Die Theorie der endogenen Dialektik als bestimmte Negation im Fluss der Geschichte hat das Ziel der solidarischen Freiheit «Aller». Diese erweist sich im Lichte einer metamorphotischen Entelechie als Prozessdynamik des Noch-Nicht, deren Schicksal als Ringen der integrativen Polarität des apollinischen und des dionysischen Prinzips verstanden werden soll.» (S. 14) «Das Ziel der solidarischen Freiheit «Aller» wäre übrigens auch eine zutreffende Beschreibung der verlorenen politischen Leitidee der SPD.

Meine These von der eliminierten Leitidee ist vielleicht übertrieben, weil sie ignoriert, dass während der neoliberalen Regression das Bemühen der Parteiführung kläglich gescheitert war, im neuen Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 den Namen der Leitidee Demokratischer Sozialismus nicht mehr zu erwähnen. Denn gegen den Wunsch der Parteiführung

**bekräftigten fast 100 % der gewählten Delegierten des Parteitag das Bekenntnis der SPD zum**

**Demokratischen Sozialismus im Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 und lehnen damit die private «Verabredung» von einigen auserwählten SPD-Intellektuellen aus dem Jahr 1990 ab.**

Gegen den geplanten Verzicht auf den attraktiv-populären Namen für die politische Leitidee der SPD protestierte die Basis in unzähligen Anträgen mit Luthers Forderung «Das Wort sie sollen lassen stahn!» Und die SPD-Führung musste es stehen lassen und so kann jeder auch heute noch die traditionellen Botschaften lesen, schon im 3. Satz: «Den Menschen verpflichtet, in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus, ...». In der Analyse wird unsere Gesellschaft nicht «Marktwirtschaft» genannt, sondern Kapitalismus, den die SPD bekämpft. «Sie versteht sich seit dem Godesberger Programm von 1959 als linke Volkspartei, ...». Bei ihren Wurzeln werden ausdrücklich auch «Humanismus und Aufklärung» genannt. Auf der Grundlage der Ideen der Französischen Revolution «sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus.» Unter der Überschrift «Demokratischer Sozialismus» lesen wir das Bekenntnis zur Tradition: «Unsere Geschichte ist geprägt von der Idee des demokratischen Sozialismus, einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind.»

Wie eine Absage an die «Verabredung» einer Handvoll SPD-Intellektueller liest sich das Urteil über das Ende des Realsozialismus: «Das Ende des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt. Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirkli-

chung für uns eine dauernde Aufgabe ist.» Nach so vielen Bekenntnissen zum demokratischen Sozialismus erhielten seine Verächter und Kämpfer für die Umbenennung im nächsten Satz noch einen Trostpreis, der allerdings wie ein Fremdkörper wirkt: «Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.» Das ist also nicht der neue Name für unsere traditionelle Leitidee, sondern nur «Prinzip unseres Handelns».

Warum dennoch der Demokratische Sozialismus im Selbstverständnis und in den Selbstdarstellungen der SPD keine Rolle mehr spielt, warum die wenigen SPD-Intellektuellen so erfolgreich waren, die 1990 privat verabredet hatten, die attraktive Leitidee der SPD in «Soziale Demokratie» umzubenennen, ist kaum zu verstehen. Obwohl sie nie in einer öffentlichen oder innerparteilichen Diskussion für diese Umbenennung geworben haben, übertraf ihr Erfolg sogar ihre Erwartungen: Sie wollten nur gegenwärtig und zukünftig das abstoßende Unwort nicht mehr verwenden. Doch inzwischen haben SPD-Historiker die Ideengeschichte der SPD offiziell so umgeschrieben, dass es das Unwort auch in der Geistesgeschichte der SPD nie gegeben hat. Mit dem offiziellen «Umschreiben» der Geschichte begannen die «Erneuerer der SPD» schon vor dem Hamburger Programm-Paritätstag: Kurt Beck / Hubertus Heil (Hg.), *Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert – Lesebuch zur Programmgeschichte der SPD*, Berlin 2007. Schon im Titel dominiert der neue Name für die Leitidee der SPD «Soziale Demokratie». Im Vorwort der Herausgeber wird die «pädagogische» Absicht des Sammelbandes deutlich: «Der fünfte Teil, «Die Politik der Sozialen Demokratie», ist das Kernstück.»

Doch obwohl 2007 im Hamburger Programm die SPD ihr Bekenntnis zur Idee des

Demokratischen Sozialismus fast einstimmig bekräftigt hatte, gab 2012 der SPD-Vorsitzende Gabriel einen Sammelband mit 45 Beiträgen heraus, der demonstrierte, dass das Votum des Parteitages für die Eliten nicht verbindlich ist: Sigmar Gabriel (Hg.), *Die Kraft einer großen Idee – Europäische Moderne und Soziale Demokratie*, vorwärts buch. Gabriel zitiert zwar das Wort «demokratischer Sozialismus»: «Bis heute bleibt, wie das Godesberger Programm es formuliert, der demokratische Sozialismus eine dauernde Aufgabe». (S.10) Doch dann ist der Name der Leitidee «Soziale Demokratie». Seine Einleitung endet mit dem Lob für die Partei: «Die SPD hat die Köpfe, und sie hat die Kraft der Ideen dafür Wirklichkeit zu bewegen. ... Damit Soziale Demokratie Wirklichkeit wird.» (S. 17) Für die meisten Autor:innen war eine Publikation in einem von der SPD finanzierten Sammelband es wert, den bekannten Namen für die Leitidee der SPD zu vergessen.

Um das Wissen über die Geschichte der SPD auf den neuesten «Stand des Umschreibens» zu bringen, erschien 2015 im SPD-nahen Dietz-Verlag von Christian Krell (Hg.), *Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie – 49 Porträts*. Darin wurden die Theoretiker und Politiker des Demokratischen Sozialismus rückwirkend umbenannt in «Vordenkerinnen und Vordenker der Sozialen Demokratie». Schon in der Einleitung lesen wir unter «Vordenken – seit 200 Jahren» die alternative historische Wahrheit: «Als die frühesten in diesem Band berücksichtigten Vordenker geboren wurden – Karl Marx 1818 und Friedrich Engels 1820 – waren wesentliche Impulse für den Ausgang der Idee der Sozialen Demokratie bereits gegeben.» (S. 17) Und natürlich gehören neben Marx und Engels auch Bernstein und viele andere demokratische Sozialisten zu

den Vordenkern des neuen Namens für die Leitidee der SPD.

Allerdings haben in den Sammelbänden zum Lob der Sozialen Demokratie gar nicht alle Autor:innen die neue Sprachregelung übernommen, sondern noch den traditionellen Begriff Demokratischer Sozialismus benutzt. Hans-Jochen Vogel hat im Sammelband *Europäische Moderne und Soziale Demokratie* den alten Begriff nicht vergessen, sondern nannte seinen Beitrag ketzerisch: «Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus». Und er zitierte auch ausführlich Bernsteins Begründung dafür, «dass der Sozialdemokratie ein Kant nottut.» (S. 313) Im Sammelband von Beck/Heil *Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert* (2007) sprach Helga Grebing in ihrem Beitrag «Zur Programmgeschichte der Sozialdemokratie» nicht davon, dass es sich dabei um eine Geschichte der «Sozialen Demokratie» handelt. Zum damals noch gültigen Programm konstatiert sie, «dass das Berliner Programm noch einmal den demokratischen Sozialismus als einen in sich weitgehend stimmigen Entwurf unter Einbeziehung seiner historischen Wurzeln vorgestellt hat.» (S. 39)

Obwohl viele den verfeimten Namen weiter benutzt haben, hat keiner gefordert: Wenn ihr die traditionelle Leitidee umbenennen wollt, dann müssen gewählte Delegierte auf einem Parteitag öffentlich darüber entscheiden, nicht nur wenige «auserwählte» Vordenker:innen in Partei- und Redaktionsbüros. Auch nicht die spw-Linke um DL '21, nur die noch kleinere HDS-Linke um die Zeitschrift *perspektivends* hat auf dieses Demokratie-Problem hingewiesen, doch – wie zu erwarten – ohne für dieses Thema Interesse wecken zu können. Dieses Desinteresse an einer Diskussion ist bei den Kämpfern für die Umbenennung verständlich, besitzen sie doch keine rationalen Ar-

gumente. Dagegen haben HDS-Linke gute Argumente dafür, dass die Wiederbelebung der traditionellen politischen Leitidee mittel- und langfristig notwendig ist, wenn die SPD wieder zu einer starken linken Volkspartei aufsteigen will.

Zudem muss sich die SPD als führende Regierungspartei kurzfristig darauf konzentrieren, durch konkrete praktische Reformpolitik in Detailbereichen das Vertrauen der zurückgewonnenen Wähler nachhaltig zu rechtfertigen und weiter auszubauen. Dazu müssen auch die beiden sozialistischen Restgruppen in ihren Publikationen beitragen. In *spw*, Heft 246, Ausgabe 5-2021, sind unter dem Obertitel «Die Zukunft der SPD» schon wichtige Beiträge zu einzelnen Politikfeldern mit dieser Tendenz erschienen. Aber sie enthalten auch Anregungen für eine Erneuerung der intellektuellen Fundamente der Partei. Schon die Werbeanzeige für das Buch von Gerd Mielke und Fedor Ruhose, *SPD zwischen Selbstaufgabe und Selbstfindung*, klingt fast wie meine Plädoyers für die Wiederbelebung der Idee des Demokratischen Sozialismus: «Die SPD ist auf Distanz zur eigenen Tradition gegangen und bringt dadurch ihre klassische Rolle als linke Volkspartei in Gefahr.» Um «wieder zur treibenden politischen Kraft in Deutschland aufzusteigen ... muss sie ... zu ihrem verlorenen Markenkern zurückfinden. ... Dafür müssen die Weichen jetzt gestellt werden.» (S. 23) Noch deutlicher ist ihre Kritik an der «Distanz zur eigenen Tradition» im gleichen Heft 246: Trotz der Freude über das Wahlergebnis müsse die SPD prüfen, wie sie den Aufholprozess wieder «in dauerhaft stabile Vertrauensverhältnisse» verwandeln könne. Denn das Ergebnis von 25,7% «signalisiert noch keine Wiederauferstehung der SPD als Volkspartei.» (S. 24) «Ein einendes Band» mit «den

sich neu formierenden Sozialen Bewegungen um Klimawandel und gesellschaftliche Modernisierung» – «kann der Einsatz für ein Wirtschaftsmodell sein, das auf eine neue (Sozial-)Staatlichkeit setzt und soziale Rechte für alle Menschen einfordert und durchsetzen will.» Das war schon das Verdienst des «Sozialstaatspapiers aus dem Jahr 2019» von Andrea Nahles. Und man könnte hinzufügen: Das war auch die Grundlage für die praktisch-politische Resozialdemokratisierung der SPD und ein Beitrag für den Wahlerfolg der SPD.

Ganz im Sinne des HDS-Sammelbandes für eine «geistige Erneuerung» durch Rückbesinnung auf vergessene Ideen, fordern Mielke und Ruhose auch «die Neuentdeckung alter Erfolgsrezepte», wie z. B. die «Wiederentdeckung des politischen Gesprächs» und die «Rolle als «Kümmerin» vor Ort.» (S. 25) Schon als eine Folge der «Neuentdeckung alter Erfolgsrezepte» sehen sie den Wahlerfolg vom 26. 9. 2021: «Der Weg in die Zukunft der SPD nimmt also starke Anleihen an Stärken in der Vergangenheit. Inhaltlich-programmatisch hat die SPD eine Re-Traditionalisierung ... mehrheitsfähig gemacht.» (S. 26) Diese «Re-Traditionalisierung» begrenzen sie nicht auf Einzelbereiche praktischer Politik, sondern beziehen sie im Prinzip auch auf die intellektuell-normativen Grundlagen dieser Politik. So sprechen sie sogar von der «historischen Mission der Sozialdemokratie» und betonen die Notwendigkeit politischer Ideen. «Die Durchsetzung solcher sozialen Bürgerrechte ist nicht ohne den Einsatz des Staates und nicht ohne die wegweisende Kraft sozialreformersicher Ideen möglich.» (S. 26)

In dieser traditionsbewussten Argumentation klappt aber eine Lücke, der früher bekannte Name dieser «Tradition» fehlt völlig, die mit der Forderung nach «Re-Traditiona-

lisierung» angemahnten Traditionen haben keine Namen mehr, nur gut beschriebene Inhalte. Das «Wirtschaftsmodell» (S. 24), das die SPD den «Sozialen Bewegungen» anbieten soll, hatte vor fünf Jahrzehnten den Namen «Demokratischer Sozialismus». Und unter diesem damals populären Namen wurden auch die «sozialreformerischen Ideen», die «wegweisende Kraft» enthalten, zu einer politischen Idee, bevor «die SPD auf Distanz zur eigenen Tradition gegangen» war. Daraus ergibt sich für mich: Die gewünschte «Re-Traditionalisierung» muss die Begriffe dieser Tradition wieder bei ihren Namen nennen, weil nur dann ihre «wegweisende Kraft» wieder wirksam werden kann.

Doch das Verschweigen dieser Namen ist nicht die Folge eines schwachen Gedächtnisses, sondern einer starken administrativ-bürokratischen Macht in der ältesten demokratischen Partei Deutschlands. Diese Macht hat auch in der FES das oben kurz dargestellte «Umschreiben» der Geschichte der SPD und ihrer Programmatik verbindlich gemacht: Das Wort Demokratischer Sozialismus soll nicht nur gegenwärtig und künftig nichts mehr mit der SPD zu tun haben, es hat eigentlich auch in der reichen intellektuellen Tradition der Partei niemals diesen Namen für ihre erfolgreiche politische Leitidee gegeben. In so gut wie allen Veranstaltungen und Publikationen wird der Name dieser politischen Idee nicht genannt. Doch gegen die SPD spricht nicht, dass einige Mächtige in der FES versucht haben, diese Sprachregelung einzuführen, aber doch das Rätsel, warum kein einziger Sozialdemokrat in Machtpositionen diesen Versuchen widersprochen hat. Das regt zu einem Gedankenexperiment an: Was würde passieren, wenn einige Mächtige in der Konrad-Adenauer-Stiftung versuchen würden, eine ähnliche Sprachregelung einzu-

führen? Wenn in Veranstaltungen und Publikationen der CDU-nahen Stiftung die Namen ihrer traditionellen politischen Leitidee «christlich und konservativ» nicht mehr genannt werden dürften, wenn auch die kurze Geschichte der CDU so umgeschrieben werden müsste, dass sie nie etwas mit der großen politischen Idee «konservativ-christlich» zu tun hatte? Dann wäre das sicher einigen Unionspolitikern in Machtpositionen aufgefallen und sie hätten das verhindert. In der SPD dagegen konnten solche Versuche ein durchschlagender Erfolg werden.

Wenn das Ergebnis der Bundestagswahl zeigt, dass die Union von der Krise der Volksparteien noch stärker betroffen ist als die SPD, dann ist das ein Symptom für die schwere Krise unserer demokratischen politischen Kultur. Die «Parteifamilien» wissen nicht mehr, welche Konsequenzen sie für ihr Verhalten und für ihre Politik aus ihren politischen Ideen ziehen sollen, auch wenn sie sich nicht, wie nur die SPD, von ihrer traditionellen Idee distanziert haben. Alle demokratischen Parteien müssen daher die Inhalte ihrer politischen Ideen wieder deutlich erkennbar machen, für sich selbst und für die Wähler. Denn davon hängt es ab, ob sie den Vormarsch der rechtspopulistischen Antidemokraten aufhalten können. Denn diese sind weltweit so erfolgreich, weil sie die historisch destruktivste politische Idee des Nationalismus so erfolgreich wiederbelebt haben und für die politische Meinungsbildung geschickt nutzen.

Gegenwärtig bleiben auf dem «Markt der Ideen» offensichtlich nur der Liberalismus und die konservativ-christliche Idee Konkurrenten des offensiven Rechtspopulismus, weil die SPD ihre politische Idee «vom Markt genommen hat»; wohlgermerkt, sie wurde nicht von ihren Konkurrenten «vom Markt gefegt»! Dennoch wird sie, als füh-

rende Regierungspartei, im Kampf gegen die AfD das liberal-demokratische Spektrum wirksam stärken. Sozialdemokraten haben viel von der liberalen und der konservativ-christlichen Idee übernommen und in vielen wirkt auch ihre vergessene eigene politische Idee noch nach. Im Bereich konkreter praktischer Politik, auch bei den programmatischen Alternativen in Wahlkämpfen ändert sich dadurch nichts, da die SPD schon seit Ende der 1990er-Jahre kein Programm für systemverändernde Reformen mehr vorgelegt hat. Denn die kurze Geschichte konkreter Reformpolitik zur Überwindung des Kapitalismus endete schon Ende der 1970er-Jahre. Die «antirevisionistische Regression» in der revolutionären bürgerlichen Akademischen Linken seit Ende der 1960er-Jahre und bei den Jusos seit Mitte der 1970er-Jahre, beendeten nicht nur erste Ansätze einer praktischen Politik in diese Richtung, sondern auch die intensiven Diskussionen für die Weiterentwicklung dieser Strategie in der SPD. Ähnliche Ansätze in Frankreich unter Mitterrand endeten zwar erst etwas später, aber auch schon in den letzten Jahren seiner Präsidentschaft Anfang der 1990er-Jahre. Mit der damals beginnenden «neoliberalen Regression» in der pluralen Linken verabschiedeten sich die sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien in Europa von ihrer Rolle als organisierte Träger der dritten großen politischen Idee in der Tradition der Aufklärung.

Die Ansätze für einen realen Demokratischen Sozialismus in Osteuropa im «Prager Frühling» wurden schon 1968 mit militärischer Gewalt vernichtet. Ähnliche Bemühungen von Gorbatschow in den 1980er-Jahren scheiterten, weil das marode sowjetkommunistische Wirtschaftssystem durch ein korruptes neoliberales Wirtschaftssystem unter Jelzin abgelöst wurde.

Die Ansätze für einen Demokratischen Sozialismus in der «Partei des Demokratischen Sozialismus» – auf den Trümmern des Realsozialismus – versandeten allmählich, offensichtlich weil Die Linke, nach dem Zustrom von Revolutionären aus dem Westen, ihr Bekenntnis zu Bernstein wieder gestrichen hatte. Auch Die Linke ist keine überlebende organisatorische Vertretung der verfeimten dritten großen Idee, wie die Bundestagswahl 2021 bestätigte.

Wenn einige Sozialisten in der SPD diese Partei wieder zu einer organisatorischen Vertretung der politischen Idee des Sozialismus machen möchten, dann müssen sie von der Einsicht ausgehen:

**Auch ein intensiver Theoriedialog zwischen der spw-Linken und der HDS-Linken kann kurzfristig kein konkretes politisches Programm für eine realistische Strategie systemverändernder Reformen in Richtung Demokratischer Sozialismus ausarbeiten, sondern müsste erst die theoretischen Voraussetzungen dafür wiederherstellen.**

Trotz Revisionismus gibt es in der sozialistischen Theorie noch Defizite, Schwächen und «Leerstellen», die zum Teil aus der Vergangenheit nachwirken. Die fatalste «Leerstelle» wurde wieder das Fehlen konkreter Vorstellungen über die institutionell-organisatorische Gestaltung des alternativen Wirtschaftssystem Sozialismus. Diese «Leerstelle», die nur während der reformsozialistischen Erneuerung der SPD für etwa zwei Jahrzehnte in Ansätzen aufgefüllt wurde, markierte den grundsätzlichen Unterschied zwischen der großen Idee des Sozialismus und den beiden anderen großen politischen Ideen, die auch deshalb im 21. Jahrhundert noch eine Rolle spielen, weil sie nicht durch eine solche «Leerstelle» praxisuntaug-

lich wurden. In den demokratischen und liberalen Ideen waren trotz aller Vielfalt und Unterschiede die politische Demokratie und eine liberal-demokratische und pluralistisch-offene Gesellschaft immer als konkrete Zielvorstellungen zu erkennen und von antidemokratisch-illiberalen Systemen zu unterscheiden. Daher haben nie Demokraten andere Demokraten umgebracht, weil sie ganz andere Vorstellungen von Demokratie hatten. In der Geschichte der demokratischen und liberalen Ideen gab es trotz vieler Kontroversen nie eine solche Abspaltung wie die leninistisch-stalinistischen Sozialismus, deren Akteure demokratische Sozialisten zu ihren Haupt- und Todfeinden erklärten und massenhaft verfolgten, folterten und ermordeten.

Eine Ursache für das Fehlen konkreter institutioneller Zielvorstellungen lag auch in den hohen Ansprüchen dieser Idee, aber auch in menschlichen Schwächen von Sozialisten, z. B. eine gewisse pseudoreligiöse Mentalität, die – abweichend vom Rationalismus der Aufklärung – in der Tradition eines revolutionären Marxismus das Ziel Sozialismus wegen seiner hohen Ansprüche zu einem quasi-Gott überhöhte, der von seinen Gläubigen forderte: Du sollst Dir kein Bildnis machen von mir, Deinem Gott. In dieser Mentalität war Sozialismus nicht eine Methode zur Lösung von realen Problemen, sondern die Erlösung der Menschheit, die dann keine Probleme mehr haben werde. Man lese im *spw-Sammelband* die Biografien der menschlich vorbildlichen Linksozialisten mit ihrem Glauben an den Sozialismus, der für sie «Das Ganz Andere» war, über das die Philosophen der Frankfurter Schule viele hunderte Seiten, und ihre gläubigen Interpreten zehntausende Seiten veröffentlichten, auf denen nie jemand die Frage stellt: Können wir als Menschen

hier auf Erden irgendwann tatsächlich «Das Ganz Andere» erleben, für das niemand etwas tun kann oder können wir nur auf das transzendente Jenseits warten? Und können Kämpfer für «Das Ganz Andere» bestenfalls nur den faulen Kompromiss schließen, dann genießen wir wenigstens richtig «das Leben im Falschen!»?

Eine weitere «Erbsünde» des marxistischen Sozialismus ist – inzwischen oft nicht mehr sprachlich klar formuliert, aber latent noch wirksam – auch wieder der ökonomistische Determinismus: Der Sozialismus ist das notwendige und unausweichliche Ergebnis der objektiven gesetzmäßigen technologisch-ökonomischen Entwicklung, also der ökonomischen Basis, also muss man dort suchen, wie nahe er schon gekommen ist. Latente Nachwirkungen dieses Ökonomismus steuern die jüngeren kapitalismuskritischen Diskussionen von spw-Linken in ein vermeidbares Dilemma. Schon in *spw*, Heft 225, 2-2018, wird dieses Problem angedeutet. Arno Brandt, Ole Erdmann und Thilo Scholle formulieren zwar im Prinzip ziemlich optimistisch, und zwar in ihrer «Einführung zum Schwerpunktthema: *Neuer Kapitalismus im Zeitalter der Digitalisierung – global, monopolistisch, produktiv?* Der mit über 1000 Teilnehmern erfolgreiche Kongress «Digitaler Kapitalismus – Revolution oder Hype?» der Friedrich-Ebert-Stiftung und spw, dem DGB, der Hans-Böckler-Stiftung – und anderen wichtigen Partnern – hat einen wichtigen Impuls für das Wiederaufleben einer Kapitalismuskritik im Umfeld der Sozialdemokratie gegeben.» Sehr wichtig ihr Hinweis, dass die Linke früher «die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus unterschätzt» habe. Und sie habe sich «immer wieder von Neuem blamiert», da die Voraussagen über seinen Zusammenbruch «niemals eingetroffen» seien.

Im Gegensatz zu diesen «niemals eingetroffenen» Untergangsprognosen ist auf diesen aufwendigen Tagungen der «Digitale Kapitalismus» sogar zum strahlenden Superstar aufgeblüht. Als vor 120 Jahren Bernstein die empirisch schon damals falsche Zusammenbruchstheorie revidierte, hat er damit nie den Sozialismus als Ziel in Frage gestellt, weil er die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus nicht mehr mit seiner ökonomischen Ineffizienz begründete. Wegen der latenten Nachwirkungen des Ökonomismus enthält die aktuelle Kritik der «Spätrevisionisten» an der Unterschätzung der «Überlebensfähigkeit des Kapitalismus» aber die Tendenz, ihm das «Ewige Leben» wissenschaftlich zu bestätigen und zu garantieren. Denn in diesen Analysen steuert er jetzt ja nicht mehr auf seine allerletzte Krise zu, also auf den Beweis für die Verelendungstheorie, sondern befindet er sich schon auf dem Weg zu einer neuen Hochkonjunktur.

In ihrer Einleitung resümieren die Autoren: Im Digitalen Kapitalismus könne sich «infolge der digitalen Transformation eine neue Prosperitätskonstellation herausbilden, die die Verteilungsspielräume erweitern und die Finanzierung des Sozialstaats deutlich erleichtern könnte.» Mit dieser Einschätzung hat der Digitale Kapitalismus schon das geleistet, was eigentlich erst der Sozialismus schaffen sollte: Die Produktivkräfte von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse befreit, und damit «ungefesseltes» Wirtschaftswachstum und «Wohlstand für alle» möglich gemacht. Ähnliche Einsichten hatte Peer Steinbrück schon 2012 gewonnen, und zwar in seinem Beitrag «Auf der Höhe der Zeit» in dem oben kurz dargestellten Sammelband von Sigmar Gabriel über die «Soziale Demokratie». Als einer der wenigen hat er dabei ehr-

lich eingestanden, dass mit der Umbenennung der Leitidee in Soziale Demokratie die SPD auch ihre gesellschaftspolitische Zielsetzung grundsätzlich geändert habe: «Die historische Aufgabe der Sozialdemokratie bestand bei ihrer Gründung und während ihres Aufstiegs immer auch in der Bändigung eines kruden Kapitalismus – zeitweise in seiner Überwindung.» (S. 318) Aber das war einmal. «Das Ziel der Umwälzung von Produktions- und Eigentumsverhältnissen hat der Einsicht Platz gemacht, dass der kapitalistischen Logik in einem sozial gesetzten Rahmen das höhere Innovations- und Wohlstandspotenzial gegenüber anderen Wirtschaftssystemen innewohnt.» (Ebd.) Da in den jüngsten Kapitalismuskonversationen der spw-Linken nirgendwo angedeutet wird, dass wir wegen höherer ökonomischer Effizienz doch noch den Sozialismus brauchen, hat sich offensichtlich auch bei ihnen die «Einsicht» in die Überlegenheit der «kapitalistischen Logik» durchgesetzt.

Dieses Fazit ist keine Kritik an den neuen Einsichten der spw-Linken, sondern eindeutig ein großes Lob. Denn im Gegensatz zur orthodox-marxistischen Theorie war der Kapitalismus trotz aller Krisen nie ein Wirtschaftssystem, in dem die Produktionsverhältnisse (Privateigentum und Marktwirtschaft) die Produktivkräfte fesselten, sodass er notwendig wegen ökonomischer Ineffizienz zusammenbrechen müsse. Ein solches Wirtschaftssystem war nur der kommunistische Realsozialismus (Staatseigentum an Produktionsmitteln und zentrale Planwirtschaft). Auf ihn traf die Zusammenbruchstheorie zu, und sie wurde 1990 empirisch verifiziert.

Aber die spw-Theoretiker sprechen nicht – wie Steinbrück – klar aus, dass damit der Sozialismus überflüssig geworden ist. Aber sie scheinen es zu wissen oder wenigstens zu

ahnen. Denn in ihren Beiträgen auf den Tagungen und in den Publikationen taucht der vergessene Begriff nicht mehr auf. Sie haben ihn ausgeblendet wegen ihrer theoretischen Schwäche, weil sie nicht wissen, dass der Sozialismus seit Bernsteins Revisionismus viel überzeugender normativ zu begründen ist, mit ethisch-humanistischen Idee und Werten.

Dennoch können die wissenschaftlichen Erkenntnisse dieser Tagungen auch für die SPD nützlich sein. Die Autoren der Einleitung heben auch das Konzept von Hagen Krämer und Kurt Hübner hervor; danach «...steuern wir auf eine Prosperitätskonstellation zu, die auch ein neues sozialdemokratisches Projekt innerhalb des kapitalistischen Entwicklungskorridors ermöglicht.» (S. 10) Diese Formulierungen beschreiben sehr präzise das, was die SPD nach der Bundestagswahl 2017 unter Andrea Nahles getan hat und was auf dem Parteitag 2019 im neuen Sozialstaatskonzept verabschiedet wurde und was die SPD intensiv fortsetzen muss. Der oben zitierte Satz aus *spw* 2-2018 geht aber noch weiter, nach «...innerhalb des kapitalistischen Entwicklungskorridors ermöglicht (was die Entwicklung von Sektoren, die über die kapitalistische Entwicklungslogik hinausweisen, nicht ausschließt.)» Das wäre tatsächlich ein Beitrag für eine Wiederbelebung der verdrängten Leitidee im Geist des revisionistisch-reformistischen Theorieansatzes: Nicht auf einen Schlag Ersetzung der kapitalistischen durch die sozialistische Entwicklungslogik, sondern der Ausbau von Sektoren mit der alternativen Entwicklungslogik.

Doch Diskussionen «über die kapitalistische Entwicklungslogik hinaus» sind im Rahmen der FES kaum möglich, in der Gesamt-SPD wegen des Desinteresses an Theorie unwahrscheinlich, die Chancen für eine

Wiederbelebung der politischen Idee des Demokratischen Sozialismus also sehr gering. Wenn dennoch einige demokratische Sozialisten dies in der SPD wagen, dann können sie das nicht auf der Grundlage eines empirisch begründeten Optimismus tun, sondern nur aus einem voluntaristischen Optimismus, aus einer moralischen Verpflichtung und Dankbarkeit gegenüber unseren Vorfahren, die für diese große politische Idee gekämpft und gelitten haben, dafür benachteiligt, verfolgt, gefoltert oder ermordet wurden. Und sie wollen den Theoriedialog auch deshalb voranbringen, weil es nicht nur um die politische Leitidee der SPD geht, sondern auch um ihr gesamtes philosophisch-normatives Fundament als demokratische, liberale Partei und kosmopolitische Partei:

### **Der Mega-Qualitätsunterschied zwischen den Diskussionen über praktisch-politische Tagespolitik und andererseits über intellektuell-theoretische Grundsatzfragen.**

Dieser Qualitätsunterschied wird bisher in der Öffentlichkeit und in der SPD nicht als Gefahr für unsere politische Kultur wahrgenommen. Diesen Unterschied bemerkt man besonders drastisch bei den Jungsozialisten, allerdings nur, wenn man ihr Theoriepapier über ein «zeitgemäßes Sozialismuskonzept» von 2019 liest. Dieselben Jusos haben nach der Bundestagswahl 2017 engagiert und auch fachlich kompetent an der programmatischen «Resozialdemokratisierung» der SPD mitgearbeitet, die auf dem Parteitag 2019 im neuen Sozialstaatskonzept mehrheitsfähig wurde und im September 2021 auch den Wahlerfolg der SPD ermöglicht hat. Und auf ihrem Bundeskongress im November in Frankfurt haben sie bestätigt,

dass sie als wichtiger Teil der SPD-Linken die Politik von Bundeskanzler Olaf Scholz kritisch-solidarisch und kompetent unterstützen werden. Es ist rational nicht zu erklären, dass dieselben Jusos 2019 ein Theoriepapier beschlossen haben, das absolut nichts mit Theorietraditionen der SPD zu tun hat, aber auch nichts mit politischer Vernunft. Kein begabter Humorist könnte ein «zeitgemäßes Sozialismuskonzept» sprachlich so raffiniert und zum Lachen anregend formulieren, um den Sozialismus als lächerliche Schnapsidee zu verhöhnen und zu diskreditieren.<sup>4</sup> Kaum zu glauben, dass ein so intelligenter, fachlich kompetenter und talentierter damaliger Juso-Vorsitzender und jetziger SPD-Generalsekretär so etwas gelesen und abgesegnet haben soll.

Neben dem Juso-Theoriepapier dokumentierte auch die FES in ihrem online journal IPG den Verfall der intellektuellen Fundamente der SPD. SPD-Unterstützer von Sahra Wagenknechts #aufstehen konnten dort von Anfang 2018 bis Anfang 2019 eine Hetzkampagne gegen Flüchtlinge, Ausländer und Kosmopoliten starten. (Das war der Begriff, mit dem Nazis und Stalinisten die Menschen kennzeichneten, die sie im Namen des Nationalsozialismus oder des Sozialismus ermorden mussten!) Sie wollten damit die SPD zu einer nationalistischen Rechtswende zwingen, um mit Wagenknecht eine zweite Front von links gegen die liberal-pluralistische und offene Gesellschaft zu errichten.<sup>5</sup> Diese rechtspopulis-

tische Hetzkampagne wurde nicht wegen einer Meinungsänderung der Akteure beendet, sondern schlagartig Anfang 2019, offensichtlich – nach einem Hinweis von außen – durch ein Machtwort von oben, das aber nie öffentlich erwähnt wurde.

Wenn diese Beispiele für die Erosion der philosophisch-normativen Fundamente in der SPD, auch in der kritischen Öffentlichkeit und Wissenschaft, noch keine selbstkritischen Diskussionen provoziert haben, so liegt das am fehlenden Interesse an diesen Grundsatzfragen. Und das ist auch eine Folge der in der gesamten Gesellschaft verbreiteten Diskussionsmüdigkeit. Daher gehört es zu den vorrangigen Aufgaben unseres Theoriedialogs, wieder die Freude an kontroversen Diskussionen zu wecken. Dazu einige abschließende Thesen:

Diese Freude kann man nicht wecken durch flammende Aufrufe, sondern nur durch praktische Beispiele für kontroverse Diskussionen.

Redaktionen können Autor:innen anbieten, Beiträge zu interessanten Themen nicht nur zu publizieren, sondern auch gleich zu diskutieren. Diskutieren muss nicht immer bedeuten, die Ausführungen des Partners, radikal zu kritisieren oder zu widerlegen. Es kann auch sehr sinnvoll sein, sie durch zusätzliche Aspekte und Fakten zu ergänzen und weiterzuentwickeln.

Bei einem Austausch von Artikeln zwischen *spw* und *perspektivends* ist es möglich, dazu gleich einen Diskussionsbeitrag zu publizieren, und darauf wieder zu antworten.

Diese Beispiele können nicht kurzfristig eine sozialdemokratische Hegemonie in den intellektuellen Diskursen wie in den

4 Vgl. ausführlich, mit «vielsagenden» Zitaten, H. Heimann, Wer rettet den Demokratischen Sozialismus und die SPD? Linke Jusos – modische Sozialwissenschaftler – oder eine Revisionismusdebatte?, in *perspektivends* 2/20.

5 Vgl. ausführlich H. Heimann, Wehrhafte Demokratie gegen Rechtspopulisten und willige Helfer – von links und aus der Mitte! In *perspektivends* 2/19,

mit vielen Zitaten, die niemand der SPD zuordnen würde und die auch in politischen Aussagen der SPD niemals zu finden waren.

1960er-Jahren herbeizaubern, aber einen Anfang einleiten. Demokratische Sozialisten haben auf diesem Gebiet einen Nachholbedarf. Es gibt viel zu tun, und da können wir nicht abwarten, sondern müssen mit unserem Theoriedialog die noch domi-

nierende Diskurskultur nach dem Motto «publizieren und ignorieren» beleben und eine neue offensive Haltung entwickeln:

**Nicht publizieren und ignorieren, sondern publizieren und diskutieren!** ■

---

Jeremias Düring

## «Geistige Erneuerung links der Mitte» – heute noch von Bernstein lernen?1

Wer war Eduard Bernstein? Den meisten wird dieser Name wohl am ehesten im Zusammenhang mit dem sogenannten «Revisionismusstreit» ein Begriff sein. Während Rosa Luxemburg, die Widersacherin Bernsteins im Streit um Reform oder Revolution, vielen als Heldin und Märtyrerin gilt, fristete Bernstein lange Zeit ein «Schattendasein» (9) im kollektiven Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Zu Unrecht, wie die Herausgeber des Sammelbandes zum Demokratischen Sozialismus Bernsteins finden. Im Gegensatz zu Rosa Luxemburg, deren revolutionäre, orthodox-marxistische Position mehr als 30

Jahre nach dem Lüften des Eisernen Vorhangs kaum noch anschlussfähig erscheint, suchte Bernstein bereits vor mehr als 120 Jahren nach demokratischen Wegen zur Verwirklichung der «Idee des Sozialismus»<sup>2</sup>.

Ob Klimawandel, die Bewältigung der Corona-Pandemie oder die kürzlich noch sehr präzente Migrationsdebatte: Überall begegnen uns komplizierte Fragen der (sozialen) Gerechtigkeit. Dennoch scheint die Sozialdemokratie auf diese drängenden Fragen keine Antworten zu finden. Ausgerechnet jetzt steckt sie in einer tiefen (Identitäts-)Krise. Kleine Erfolge – wie die Durchsetzung eines flächendeckenden Mindestlohns oder das in der Pandemie bewährte Kurzarbeitergeld – werden als Triumphe gefeiert. Den Sozialdemokrat:innen fliegen dadurch aber weder die Wähler:innenherzen zu noch werden diese Maßnahmen gesellschaftlich als Erfolge der SPD verzeichnet.

1 Aus der jüngeren Generation hat sich der Autor mit dem Bernstein-Buch der HDS auseinandergesetzt, ganz im Sinne des voranstehenden Aufrufes von Horst Heimann, die Debatte um die theoretische Begründung von Reformpolitik zu erneuern. Vgl. Horst Heimann / Hendrik Kupper / Klaus-Jürgen Scherer (Hrsg.): *Geistige Erneuerung links der Mitte. Der Demokratische Sozialismus Eduard Bernsteins*, Marburg 2020 [<https://www.schueren-verlag.de/demnaechst/titel/642-geistige-erneuerung-links-der-mitte-der-demokratische-sozialismus-eduard-bernstiens.html>].

2 Honneth 2015 (<https://www.suhrkamp.de/buch/axel-honneth-die-idee-des-sozialismus-t-9783518586785>).

Was derzeit fehlt, ist eine das tagespolitische Klein-Klein transzendierende Zukunftsvision. Was fehlt, ist ein überzeugendes Narrativ, das wieder Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Sozialdemokrat:innen gibt. Hier wollen die Herausgeber mit ihrer «Wiederentdeckung von Bernstein» (12) ansetzen. Denn in Krisen helfe manchmal ein Blick zurück in die Vergangenheit. Doch ist Eduard Bernstein dafür der richtige Ansprechpartner? War er nicht – trotz einiger progressiver Ansätze – ganz und gar «ein Kind seiner Zeit»? Gibt es in seinem Denken nicht auch problematische Ansichten? Kurzum: Können wir heute noch von Bernstein lernen und wenn ja, was?

## Neukantianismus, Genossenschaftlichkeit und Demokratie

Für die Herausgeber steht fest: «Ohne eine ‹geistige Erneuerung› des Denkens wird es keinen Wiederaufstieg links der Mitte geben» (10). Die 17 in diesem Band gesammelten Beiträge fragen deshalb, «wieweit der reflexive Bezug auf den demokratischen, freiheitlichen und konstruktiven Sozialismus Bernsteins dazu beitragen kann, dass die Sozialdemokratie [...] wieder in die Offensive gerät» (10). Drei Fragen stehen dabei im Vordergrund: Welche Bedeutung hat Bernsteins historisches Wirken und Werk für das Verständnis der Gegenwart? Kann die Beschäftigung mit Bernstein helfen, die Krise der Sozialdemokratie zu überwinden? Kann der demokratische Sozialismus Bernsteins heute noch Orientierung geben?

Diesen drei Leitfragen folgend gliedert sich der Sammelband in drei Teile. Die sechs Beiträge im ersten Teil setzen sich mit theoretischen Überlegungen Bernsteins und dessen historischem Wirken auseinander. Hervorzuheben sind die Beiträge von

Helga Grebing und Thomas Meyer. Beim Beitrag Grebings handelt es sich um einen Auszug aus ihrer bereits 1977 erschienenen Monografie zum *Revisionismus*.<sup>3</sup> Eindrücklich beleuchtet Grebing die erkenntnistheoretische Dimension des Bernstein'schen Revisionismus und macht auf den großen Einfluss des Neukantianismus aufmerksam.

Thomas Meyers hingegen sucht in Bernsteins Werk nach Anknüpfungspunkten für eine sozialdemokratische Reformstrategie. Dabei hebt er den von Bernstein entwickelten Begriff der *Genossenschaftlichkeit* als sozialistisches Transformationsprinzip «im Sinne der gleichberechtigten Teilhabe aller an den Entscheidungsprozessen und an der Verteilung der Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit» (35) hervor. Sozialismus sei demnach «die zunehmende Durchsetzung der gleichberechtigten Teilhabe aller an Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen der politischen Demokratie» (35).

In diesem Sinne möchte Meyer auch Bernsteins Diktum: «Das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles.»<sup>4</sup> verstanden wissen. Nicht als Absage an die Verwirklichung des sozialistischen Ideals einer Gesellschaft ohne Unterdrückung, sondern als die Fokussierung auf eine prinzipiengeleitete, schrittweise Annäherung an dieses Ziel. Geht es nach Meyer, könnte ein solches Streben nach freier, gleichberechtigter Teilhabe aller am gesellschaftlichen Kooperationsprozess Beteiligten, das erstaunliche Parallelen zum Rawls'schen Ideal einer «wohlgeordneten Gesellschaft» aufweist,<sup>5</sup> Blaupause sein

3 <http://helgagrebing.de/publikationen/buecher/>.

4 Bernstein 1899(<https://www.marxists.org/deutsch/referenz/berstein/1899/voraus/index.html>).

5 Vgl. Rawls 2006(<https://www.suhrkamp.de/buch/erin-kelly-gerechtigkeit-als-fairness-t-9783518294048>).

für das Einläuten eines «Neuen sozialdemokratischen Jahrhundert[s]» (45).

## Beständige Arbeit am Wandel

Im zweiten Teil sind sechs Beiträge versammelt, die sich mit der Eignung von Bernsteins Denken als Startpunkt für «eine geistige Erneuerung links der Mitte» auseinandersetzen. Neben Aufsätzen zur Frage, wie eine solche Erneuerung gelingen könnte, findet sich hier ein Interview mit Susan Neiman. Sie plädiert, dass die Sozialdemokratie mehr Bernstein brauche, wolle sie sich die Möglichkeit einer gerechten Alternative zum neoliberalen Kapitalismus offenhalten, die ohne orthodox-marxistische Begründungszusammenhänge auskommt.

Dieser Idee schließt sich auch ihr Interviewpartner Hendrik Küpper an, der in seinem Beitrag drei Lehren für die krisengeplagte Sozialdemokratie zieht. *Erstens* leistet Bernsteins Werk «einen wichtigen Beitrag zur Rekonstruktion verloren gegangener sozialdemokratischer Identität» (235). *Zweitens* liefert das Transformationskonzept eines «radikal[en] Reformismus» (225) fruchtbare Ansatzpunkte, um dem Ideal einer gerechten Gesellschaft schrittweise näherzukommen. Und *drittens* birgt der Begriff der *Genossenschaftlichkeit* genug Material für ein «überzeugendes Narrativ» (237), welches die Demokratie und damit einhergehend die Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche als zentralen Wert ansieht.

## Heute noch von Bernstein lernen?

Den Abschluss bilden fünf Beiträge im dritten Teil. Sie befassen sich mit dem Zusammenhang zwischen Bernsteins Den-

ken und aktuellen Transformationsdebatten. Sowohl Carsten Schwäbe als auch Klaus-Jürgen Scherer plädieren, dass eine ökologisch-soziale Transformation nur im Rahmen eines im Bernstein'schen Sinne *demokratischen* Sozialismus gelingen kann. Folgt man außerdem der Argumentation Christian Krells, lohnt sich – wie schon in der «Bernstein-Renaissance» (252) Ende der 1970er-Jahre – die erneute Bernsteinlektüre: «Schließlich ist die Zeit, die auf uns zukommen wird, eine Zeit großer Umbrüche. Es wird entscheidend darauf ankommen, diesen Wandel demokratisch zu gestalten. Und dafür ist Bernstein Experte» (252).

Es ließe sich noch viel mehr zu den einzelnen Beiträgen und weiteren Fragestellungen sagen. Aufmerksamen Leser:innen wird aufgefallen sein, dass beispielsweise kritische Stimmen zu kurz gekommen sind. Problematische Stellen, wie Bernsteins Eintreten für eine deutsche Kolonialherrschaft und dessen kulturalistischer Deutungsrahmen, auf die Brigitte Kerchner in ihrem Beitrag aufmerksam macht, hätten gewiss stärker beleuchtet werden können. Dies mag mit der Zielsetzung zusammenhängen, Bernstein als «wertvoll[en] Ideengeber» (252) wiederzuentdecken.

Sein Pochen auf den Wert der Demokratie ebenso wie sein Genossenschaftlichkeitsprinzip sind auch mehr als ein Jahrhundert später anschlussfähig. Dennoch dürfen wir – wie die Herausgeber mehrfach betonen – Bernsteins Ideen nicht als fertige Rezepte für heutige Probleme missverstehen. Ob und wie der Demokratische Sozialismus eine Zukunft haben wird, bleibt Thema eines andauernden Aushandlungsprozesses. Mit ihrer Wiederentdeckung Bernsteins haben die Herausgeber hierfür einen Stein ins Rollen gebracht. ■

## Profit- oder Gemeinwohlorientierung? Grenzen nicht-kapitalistischer Unternehmensführung

Die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum war früher eine zentrale Forderung von SPD und Gewerkschaften. Seit dem Godesberger Programm der SPD von 1959 und dem Düsseldorfer Grundsatzprogramm des DGB von 1963 gilt jedoch die Ver-gesellschaftung der Produktionsmittel nicht mehr als Ziel an sich, sondern allenfalls als letztes Mittel, wenn anders die Ziele einer sozialen Demokratie nicht erreicht werden können.

Gleichwohl hält sich im linken politischen Spektrum hartnäckig die Idee einer anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit Unternehmensformen, deren Ziel nicht die Profitmaximierung, sondern die Förderung des Gemeinwohls ist. In diesem Beitrag soll anhand der Praxis öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmen sowie der Erfahrungen mit selbstverwalteten Betrieben geprüft werden, ob nicht-profitorientierte Unternehmen tatsächlich dem «Gemeinwohl» dienen und ihre geschäftspolitischen Entscheidungen «sozialer» sind. Er setzt den im vorigen Heft der perspektiven erschienenen Artikel «Den Kapitalismus überwinden?»<sup>1</sup> fort.

### Was ist das «Gemeinwohl»?

Hier wird davon ausgegangen: Jeder Mensch hat eigene, spezifische Bedürfnisse,

die sich von denen anderer Menschen unterscheiden. Zwar haben alle die gleichen existenziellen physiologischen Grundbedürfnisse wie Essen, Trinken und Schlafen. Doch die Art und Weise, was und wie die Menschen essen und trinken, unterscheidet sie voneinander. Jeder hat seine eigenen Vorlieben, seinen eigenen Stil, seine eigene Meinung und seine ganz individuellen Erwartungen an das Leben. Unsere Gesellschaft ist ausgesprochen heterogen, sie ist pluralistisch.

Eine offene Gesellschaft erkennt die Pluralität der Meinungen und Interessen der Menschen an. Das «Gemeinwohl» wird deshalb nicht aus der Ideologie nur einer Partei abgeleitet und von der politischen Elite dieser Partei für alle verbindlich vorgegeben, wie in totalitären Regierungssystemen, sondern ergibt sich in der Demokratie aus einem oft langwierigen politischen Willensbildungsprozess, auf den alle gesellschaftlichen Kräfte Einfluss nehmen können. Gemeinwohl ist «Resultante im Kräfteparallelogramm gruppenmäßig bestimmter Sonderinteressen»<sup>2</sup>. In diesem demokratischen Willensbildungsprozess entscheidet eine Gesellschaft u.a., von welchen Gütern und Dienstleistungen niemand ausgeschlossen werden soll, weil sie ein elemen-

1 Vgl. Hermann Adam: Den Kapitalismus überwinden? Plädoyer für eine nüchterne Strategie, in: *perspektivends*, Heft 1/2021, S. 99 f.

2 Ernst Fraenkel: *Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat*, in: ders. (Hrsg.): *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1968, S. 88.

tares Grundbedürfnis sind (= meritorische Güter). In Deutschland gehören dazu vor allem die Gesundheitsversorgung, Bildung und Wohnung.

Darüber hinaus bestimmt die jeweilige politische Mehrheit, welche und wie viele Infrastruktureinrichtungen (z. B. Schwimmbäder, Theater) und Dienstleistungen (z. B. Kitas, Personennahverkehr) bereitgestellt werden. Damit wird mehrheitlich entschieden, was im öffentlichen Interesse liegt und somit dem Gemeinwohl dient.

Die Versorgung mit den meisten nicht-meritorischen Gütern und Dienstleistungen wird der privaten Wirtschaft überlassen. Jeder kann im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten für sich selbst entscheiden, wie er sein Leben gestaltet und welche von der Privatwirtschaft angebotenen Güter und Dienstleistungen er konsumieren will. Hier gilt der Grundsatz: Jeder weiß selbst, was für ihn am besten ist.

Bei der Versorgung mit meritorischen Gütern und Dienstleistungen spielen nicht-kapitalistische Unternehmensformen eine wichtige Rolle. Ihre Handlungsspielräume sollen in den nächsten Abschnitten analysiert werden.

## Öffentliche Unternehmen – Cashcow oder Fass ohne Boden?

Unternehmen, die zu 100 Prozent oder zumindest mehrheitlich im Eigentum der öffentlichen Hand, also von Bund, Ländern oder Gemeinden sind, gelten als öffentliche Unternehmen. Beispiele sind die Deutsche Bahn AG oder die Bundesdruckerei, die beide zu 100 Prozent dem Bund gehören, das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie eGmbH oder das ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung eG-

mbH, beides wissenschaftliche Forschungsinstitute des Landes Nordrhein-Westfalen, oder auf kommunaler Ebene das Deutsche Theater und die Stadtparkasse in München. Können staatliche Unternehmen sozialere Arbeitgeber und gleichzeitig qualitativ hochwertige und klimaneutrale Produkte preisgünstiger anbieten?

Zunächst muss unterschieden werden, um welche Art von öffentlichen Unternehmen es sich handelt und welche Aufgaben sie erfüllen sollen. Viele Unternehmen werden in staatlicher Trägerschaft geführt, um bestimmte Waren und Dienstleistungen bereitzustellen, die in der gesellschaftlich erwünschten Menge und zu sozial vertretbaren Preisen von privaten Unternehmen nicht angeboten werden. Typische Beispiele sind die Bahn und regionale Verkehrsbetriebe. Von ihnen wird erwartet, dass sie auch solche Strecken bedienen, bei denen die aufzuwendenden Kosten die Erlöse übersteigen. Das ist z. B. häufig auf Nebenstrecken der Fall oder auch bei Fahrten zu Randzeiten, etwa nach Mitternacht. Beide Male ist das Fahrgastaufkommen gering, ein Angebot im öffentlichen Nahverkehr wird aber gleichwohl von den politischen Instanzen als im öffentlichen Interesse liegend angesehen. Derartige staatliche Unternehmen – zu nennen wären beispielsweise auch Theater, Museen oder Schwimmbäder – sind von vornherein nicht auf Gewinn angelegt, sondern müssen dauerhaft aus der Staatskasse bezuschusst werden, weil die Erlöse die Kosten nicht decken.

Aber nicht alle öffentlichen Unternehmen sind Zuschussbetriebe. Manche arbeiten kostendeckend wie etwa Betriebe der Abfall- und Abwasserbeseitigung<sup>3</sup>, andere

3 Vgl. Holger Mühlenkamp: *Öffentliche Unternehmen. Eine Einführung unter Berücksichtigung be-*

wiederum wie die Sparkassen und die Landesbanken erwirtschaften (zumindest bis vor einigen Jahren<sup>4</sup>) regelmäßig Gewinne, die teilweise an die Eigentümer, die Kommunen bzw. die Länder, abgeführt werden und die öffentlichen Haushalte entlasten. Diese eher gewinnorientierte Geschäftspolitik von Sparkassen und Landesbanken sehen Landesregierungen und Bürgermeister parteiübergreifend durchaus gerne. Das gilt gleichermaßen für den Bund. SPD-Bundesfinanzminister Hans Apel lobte 1975 sogar die Bundesunternehmen, weil sie «eine höhere Rendite erzielen als die private Konkurrenz.»<sup>5</sup>

In den 2000er-Jahren war die Orientierung einiger Landesbanken am Gewinn sogar besonders ausgeprägt. So spekulierten einige Landesbanken mit genau den toxischen Wertpapieren, die nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA massiv an Wert verloren. Die Kurseinbrüche hatten die weltweite Finanzmarktkrise 2008/09 ausgelöst und u.a. auch einige Landesbanken in eine Schiefelage gebracht.<sup>6</sup> Es ist nicht auszuschließen, dass manche Landesregierungen, egal welcher politischer Couleur, ihre Landesbanken zu dieser geschäftspolitischen Ausrichtung in Unkenntnis der damit verbundenen Risiken<sup>7</sup> sogar ermun-

*triebswirtschaftlicher, volkswirtschaftlicher und rechtlicher Aspekte*, München 1994, S. 9.

- 4 Die Sparkassen stehen seit einiger Zeit unter Druck, weil sie ihren Einlagensicherungsfonds aufstocken müssen und dafür die erzielten Gewinne verwenden.
- 5 Vgl. Artikel «Schön gemästet», in: *Der Spiegel* Nr. 46/1975.
- 6 Siehe z. B. für die WestLB Bruno Kessler: *Besonderheiten des deutschen Bankenmarktes, die Bedeutung der Landesbanken und die spezifischen Anforderungen der Wirtschaft*, Diss. Magdeburg 2020, S. 133 ff.
- 7 Es ist den Politikern allerdings zugute zu halten, dass mehrere Rating-Agenturen diesen Papieren den höchsten Sicherheitsgrad (Triple A) verliehen

tert haben. Es erschien zu verlockend, die eigene Landesbank als Cash-cow zu nutzen und deren Gewinne zur Sanierung der Landeshaushalte einzusetzen. Doch dieser Versuch ging gründlich schief. Einige Landesbanken wie z. B. die WestLB, hatten derart große Verluste eingefahren, dass sie abgewickelt werden mussten und inzwischen vom Markt verschwunden sind.

Wenn ein Unternehmen, egal ob staatlich oder privat, Gewinne abwerfen soll, muss das Management stets die Kosten im Auge zu behalten und sie so weit wie möglich senken. Deshalb kann auch ein staatliches Unternehmen nicht beliebig hohe Löhne und Gehälter zahlen, sonst hätte es höhere Kosten als die Mitbewerber am Markt, müsste höhere Preise verlangen und wäre über kurz oder lang nicht mehr wettbewerbsfähig. Ebenso wenig kann ein öffentliches Unternehmen, wenn es keine Gelder aus der Staatskasse bekommt, im Umweltschutz vorbildlich sein. Denn solange klimaneutrale Produktion höhere Kosten verursacht als umweltschädliches Verhalten, müssten die Preise der angebotenen Waren und Dienstleistungen angehoben werden. Das wiederum würde zu Absatzeinbußen führen, weil die sich weiterhin klimaschädlich verhaltenden Mitbewerber einen Wettbewerbsvorteil hätten.

Auch von ihren Zuschussbetrieben erwarten die öffentlichen Träger, dass sie sparsam wirtschaften, heißt: auf die Kosten

hatten, weil sie durch Immobilien abgesichert waren. Auch viele Experten hatten die Gefahren nicht erkannt. Andere Banken wie z. B. die Deutsche Bank hatten größere Rücklagen und konnten die Einbußen, allerdings zu Lasten ihrer Aktionäre, verkraften. Jedenfalls waren die Probleme einiger Landesbanken Wasser auf die Mühlen der Neoliberalen, die für das Missmanagement bei staatlichen Unternehmen jetzt ein eklatantes Beispiel anführen konnten.

achten, damit sich die aus Steuermitteln zu stopfenden Defizite in Grenzen halten. Folge: Wenn beispielsweise Fahrkartenautomaten langfristig kostengünstiger sind als Personal, das die Fahrkarten am Schalter verkauft, wird in diese Automaten investiert und Personal eingespart. Die Auflage, sparsam zu wirtschaften, zwingt die Leiter öffentlicher Unternehmen, bei ihren personalpolitischen Entscheidungen grundsätzlich die gleichen Kriterien anzulegen wie die Manager privater Unternehmen. Bei beiden geht es um das Ziel der Minimalkostenkombination: bei den öffentlichen Zuschussbetrieben sollen damit die Verluste minimiert, bei Privatunternehmen die Gewinne maximiert werden.

Alle Unternehmen in der Marktwirtschaft folgen diesem Prinzip der Minimalkostenkombination – auch öffentliche Unternehmen, es sei denn, der Träger (die öffentliche Hand) übernimmt aus übergeordneten gesellschaftspolitischen Gründen den Teil der Kosten, die nicht über Eintrittspreise, Gebühren oder Tickets hereingewirtschaftet werden. Was «gesellschaftspolitische Gründe» sind und welche Aufgaben die öffentlichen Unternehmen erfüllen sollen, was also letztlich «das Gemeinwohl» ist, entscheidet die politische Mehrheit in der jeweiligen Gebietskörperschaft. Beispiele: Wie hoch dürfen die Eintrittspreise für ein Schwimmbad, ein Museum, einen Zoo, ein Theater, eine Oper oder ein Konzert sein, damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sich den Besuch auch leisten können? Wie hoch dürfen die Preise im öffentlichen Nahverkehr sein? Da nicht alles in beliebiger Menge und schon gar nicht zum Nulltarif angeboten werden kann, sind Prioritäten zu setzen und der jeweils gestiftete Nutzen und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen gegeneinander abzuwägen. Die

dabei zu treffenden politischen Entscheidungen (Opernhaus oder Schwimmbad?) sind in den meisten Fällen hart umkämpft, zumal die Interessen und Vorlieben in der Bevölkerung verschieden sind und die politischen Parteien je nach ihrer Wählerklientel unterschiedliche Prioritäten setzen.

Das in der Marktwirtschaft geltende Minimalkostenprinzip ist die Grundlage für ihre Effizienz. Denn es sorgt für einen sparsamen und effizienten Einsatz der volkswirtschaftlichen Ressourcen. Dadurch gelingt es, mit den vorhandenen volkswirtschaftlichen Ressourcen – den Rohstoffen, den Arbeitskräften, der Energie und den vorhandenen Maschinen – ein Maximum an Produktion zu erzielen und die Voraussetzung für einen materiellen Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten zu schaffen. In Privatunternehmen bewirkt das Interesse der Eigentümer an hoher Rendite für das von ihnen investierte Kapital dafür, dass die Ressourcen effizient eingesetzt werden. Bei staatlichen Unternehmen sind es die nur begrenzt zur Verfügung stehenden Steuermittel und eine kritische Öffentlichkeit, die dafür sorgen, dass die öffentlichen Betriebe nicht zu einem Fass ohne Boden und Gelder und Ressourcen nicht verschwendet werden.

### **Irreführende Mehrwerttheorie**

Die Sinnhaftigkeit der Minimalkostenkombination – sparsames Wirtschaften und verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen – müsste eigentlich jedem einleuchten. Der Profit, zu dem es dabei kommt, ist eigentlich nur ein Nebenprodukt, nämlich das, was übrigbleibt, wenn die Minimalkostenkombination verwirklicht wird. Da diese Restgröße «Profit» im Kapitalismus aber allein ins Eigentum der Kapitaleigner über-

geht, obwohl auch die Arbeitnehmer zu seiner Entstehung beigetragen haben, bietet sie allen Kapitalismuskritikern eine ideologische Angriffsfläche.

Dazu hat sicher die Mehrwerttheorie von Karl Marx beigetragen. Im Kapitalismus – so die Marxsche Mehrwerttheorie – bekämen die Arbeiter nicht den vollen Ertrag ihrer Arbeit als Lohn ausbezahlt, sondern nur so viel, dass sie damit ihre Arbeitskraft reproduzieren können. Den Rest, den sogenannten Mehrwert, würden sich die Kapitalisten aneignen und damit die Arbeiter ausbeuten.

Eine Gegenüberstellung der Lohnsumme eines Unternehmens und seinen Erlösen aus dem Verkauf der erzeugten Waren scheint diesen angeblichen Ausbeutungsmechanismus auf den ersten Blick zu bestätigen. Die Summe aus ausgezahlten Löhnen und Gehältern eines Unternehmens ist sehr viel geringer als sein Umsatz. Wo bleibt der Rest?

Der bloße Vergleich von Lohnsumme und Umsatz lässt außer Acht, dass jedes Unternehmen neben den Löhnen auch noch andere Ausgaben bestreiten muss, um produzieren zu können. So braucht es insbesondere Vorprodukte, die es von anderen Unternehmen einkauft, um sie weiterzuverarbeiten. Die Ausgaben des Unternehmens A für den Einkauf von Vorprodukten, die das Unternehmen B herstellt, schlagen sich beim Unternehmen B als Umsatz nieder. Aus ihm werden ebenso Löhne und Gehälter sowie alle anderen Kosten bestritten, die bei einem Unternehmen anfallen. Es ist also keineswegs so, dass all das, was Unternehmen A von seinen Erlösen nicht in Form von Löhnen und Gehältern ausschüttet, den Kapitaleignern zufließt.

Des Weiteren braucht ein Unternehmen Maschinen und Büroausstattung, Werkshallen und Bürogebäude, Strom und sonstige Energie, diverse Versicherungen und vieles

andere mehr. Maschinen und Büroausstattung sowie Werkshallen und Bürogebäude – die Produktionsmittel – werden größtenteils über Kredite finanziert. Diese Kredite sind in Raten zu tilgen, und für sie sind Zinsen zu zahlen. Beides muss ein Unternehmen ebenfalls aus seinen Erlösen bestreiten. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang: Maschinen und Büroausstattung nutzen sich mit der Zeit ab, ebenso Werkshallen und Gebäude. Eines Tages müssen die Maschinen und die Büroausstattung erneuert, die Büros, die Werkshallen und die Gebäude modernisiert und renoviert werden. Für diese Ausgaben müssen Unternehmen aus den Erlösen Rücklagen bilden.

Die zahlreichen weiteren Kosten, die in den Unternehmen neben den Löhnen und Gehältern anfallen, hat aber auch Marx gesehen.<sup>8</sup> Er bezeichnete es als eine ökonomische Notwendigkeit (!), für den Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel und für die Ausdehnung der Produktion sowie zur Absicherung gegen «Missfälle» und Störungen durch Naturereignisse Mittel aus dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt, wie er den Umsatz nannte, abzuweigen. Außerdem

8 Vgl. zum Folgenden Karl Marx: *Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei von 1875* (Kritik des Gothaer Programms), London 1875, hier zitiert nach der Ausgabe der Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten (Frankes Verlag), Berlin-Leipzig 1922, S. 25. Bei diesen «Randglossen» handelt es sich um ein Manuskript, das Marx zusammen mit einem Begleitbrief an den Sozialdemokraten Wilhelm Bracke geschickt hat, der dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein angehörte und seit 1872 Mitglied des Rates der Stadt Braunschweig war. Bracke sollte nach dem Willen von Marx die Randglossen lesen und anschließend u. a. an August Bebel und Wilhelm Liebknecht weiterleiten. Danach sollte die Schrift an ihn zurückgesandt werden. Friedrich Engels veröffentlichte die Kritik des Gothaer Programms erst 1891 nach Aufhebung des Sozialistengesetzes.

stünden als Verteilmasse für die Arbeiter nicht zur Verfügung

- die allgemeinen, nicht zur Produktion gehörenden Verwaltungskosten (in der heutigen Betriebswirtschaftslehre würde man sie overheads nennen);
- was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen usw. (heute würde man es Steuern nennen, aus denen Infrastruktureinrichtungen und meritorische Güter finanziert werden);
- Kosten, die für einen Fonds für Arbeitsunfähige anfallen (heute würde man allgemein von Sozialabgaben sprechen).

Letztlich erklärte Marx damit: Der gesamte durch Arbeit geschaffene Wert kann nicht an die Arbeiter für deren Konsum ausgeschüttet werden. Vielmehr muss ein Teil davon für andere Zwecke abgezweigt werden. Nur der Rest, der dann noch übrigbleibt, wenn alle Kosten – auch die Kosten für das Fremdkapital (Zinsen) und das Eigenkapital (Dividenden für Aktionäre) einschließlich der Managergehälter und ihrer Boni – abgedeckt sind, stellt den Profit der Kapitalisten im eigentlichen Sinne dar. Es gibt somit sehr viel weniger zu verteilen, als viele annehmen.

In den folgenden Abschnitten soll analysiert werden, was das für die Praxis nicht primär profitorientierter Unternehmen bedeutet.

## Gemeinwirtschaftliche Unternehmen der Gewerkschaften

Die Idee, Unternehmen zu schaffen, die nicht den Kapitaleignern und ihrer Rendite, sondern anderen Zielen verpflichtet sind, hat in der SPD eine lange Tradition.

Im Gothaer Programm von 1875 wurde die Errichtung von so vielen sozialistischen Produktivgenossenschaften unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes gefordert, dass eine sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.<sup>9</sup> Mit anderen Worten: Die Mehrheit der Unternehmen sollten Genossenschaften sein und ihre Wirtschaftsweise die gesamte Gesellschaft prägen.

Unternehmen können nicht ohne Rücksicht auf Kosten und Erlöse wirtschaften. Die Erlöse müssen mindestens kostendeckend sein, ansonsten entstehen auf Dauer Verluste, und es droht Konkurs. Der Spielraum für höhere Löhne zu Lasten von Gewinnen und/oder geringeren Vergütungen für das Management wird maßlos überschätzt. Auch gemeinnützige Unternehmen unterliegen den Zwängen des Wettbewerbs und müssen der Minimalkostenkombination möglichst nahekommen. In diesem Zusammenhang wird oft auf das vom deutschen Soziologen und Nationalökonom Franz Oppenheimer formulierte «Gesetz der Transformation» verwiesen: «Nur äußerst selten gelangt eine Produktivgenossenschaft zu Blüte. Wenn sie aber zu Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein.»<sup>10</sup> Mit anderen Worten: Entweder passen sich gemeinnützige Unternehmen der kapitalistischen Wirt-

9 Vgl. Gothaer Programm, beschlossen auf dem Vereinigungskongress der Sozialdemokraten Deutschlands vom 22.–27. Mai 1875, Offenbach 1947, S. 87 (Ausgabe Bollwerk-Verlag Karl Drott).

10 Franz Oppenheimer: *Die Siedlungsgenossenschaft*, Leipzig 1896, S. 45, zitiert nach: Werner Kruck: Die gewerbliche Produktivgenossenschaft in Deutschland. Ein theoriegeschichtlicher Beitrag, in: *Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen*, Bd. 43 (1993), S. 197 ff. Oppenheimers Satz war allerdings nicht auf Siedlungsgenossenschaften, sondern auf große Industrieunternehmen gemünzt.

schaftsweise, sprich der Minimalkostenkombination, an und existieren dann dauerhaft, oder sie gehen unter.

Das gilt auch für die jahrzehntelange am Markt erfolgreich tätigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften.<sup>11</sup> Ihre Besonderheit lag darin, dass sie Marktlücken schlossen, Produkte für ärmere Bevölkerungsschichten anboten, die von kapitalistischen Unternehmen nicht angeboten wurden<sup>12</sup>, und sich bei ihrer Tätigkeit auch teilweise auf ehrenamtliche Mitarbeiter stützen konnten.

So vertrieb die (Alte) Volksfürsorge millionenfach Lebens- und Sterbeversicherungen über kleine Summen. Die klassischen Versicherungsgesellschaften waren an diesem Geschäft nicht interessiert. Es war ihnen zu kleinteilig, die Kosten für die Akquise zu hoch. Die gewerkschaftseigene Volksfürsorge warb die meisten Kunden über ehrenamtliche Gewerkschafter vor Ort, die nicht nur die monatlichen Versicherungsprämien, sondern auch den Gewerkschaftsbeitrag kassierten – eine wichtige Aufgabe in der Zeit vor Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Lastschrift-

verfahrens. Auch das Beamtenheimstättenwerk, die vom DGB und dem Deutschen Beamtenbund gemeinsam betriebene Bauparkasse für Angehörige des Öffentlichen Dienstes, nutzte Vertrauensleute in den öffentlichen Dienststellen für die Anwerbung neuer Kunden. Mit Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Generationswechsels zu jüngeren Gewerkschaftern, die weniger bereit waren, sich auch für die Gewerkschaftsunternehmen zu engagieren, verlor die Volksfürsorge allmählich diesen Wettbewerbsvorteil.

Die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) war die Hausbank der Gewerkschaften und der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Sie kümmerte sich im Bankgeschäft vor allem um Angebote für Kleinsparer. Mit dem Kapital-Sparbuch, der Sparschuldverschreibung und dem Kapital-Sparbrief schuf sie neue Sparformen, die höher verzinst wurden als das normale Sparbuch. Diese Sparformen sollten Arbeitnehmer an festverzinsliche Wertpapiere heranführen.<sup>13</sup>

Die DGB-eigene Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat war nach dem Zweiten Weltkrieg die größte Wohnungsbaugesellschaft in der alten Bundesrepublik und hatte erheblichen Anteil an den 18 Millionen neuen Wohnungen, die von 1950 bis 1982 neu gebaut worden sind. Davon waren über sieben Millionen (rund 40 Prozent) Sozialwohnungen. Ohne die Neue Heimat wäre es nicht möglich gewesen, die Wohnungsnot in der Nachkriegszeit so schnell zu beseitigen und vor allem für ein so breites Angebot an bezahlbaren Wohnungen zu sorgen. In den 1970er-Jahren geriet die Neue Heimat zunehmend in die Kritik, weil

11 Vgl. zum folgenden Walter Hirche: *Die Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaften*, Düsseldorf und Wien 1966. Zur Theorie der Gemeinwirtschaft siehe das Buch des langjährigen HDS-Mitglieds Achim von Loesch: *Die gemeinwirtschaftliche Unternehmung. Vom antikapitalistischen Ordnungsprinzip zum marktwirtschaftlichen Regulativ*, Köln 1977. Kritisch-wohlwollend aus dem Gewerkschaftslager zur Praxis der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen Kurt Hirche: *Der Koloss wankt? Die Gewerkschaftsunternehmen zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, Düsseldorf und Wien 1984.

12 Zu den Aufgaben und Zielen gemeinwirtschaftlicher Unternehmen sowie verschiedenen Begriffen von «Gemeinwohl» siehe Theo Thiemeyer: Zur Theorie der Gemeinwirtschaft in der Wirtschaftswissenschaft, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Heft 3/1972, S. 129 ff.

13 Vgl. Bank für Gemeinwirtschaft (Hrsg.): *Materialien Gemeinwirtschaft. Fragen und Antworten*, Frankfurt a. M. 1976, S. 111.

die Mieten in Neubauten kaum noch von denen in älteren Wohnungen privater Vermieter abwichen. Es zeigte sich: Auch gemeinnützige Unternehmen können sich nicht von der allgemeinen Entwicklung auf einem Markt abkoppeln. Ein gewerkschaftseigenes Unternehmen muss genauso die für den Bau von Wohnungen erforderlichen Vorleistungen am Markt einkaufen wie das Grundstück, Baumaterialien und Handwerkerleistungen und die dafür geforderten Preise und Löhne bezahlen. So schlug sich die allgemeine Preis- und Kostenentwicklung im Bausektor auch in steigenden Mieten für Wohnungen der Neuen Heimat nieder.

Die Konsumgenossenschaften, die Teil der Arbeiterbewegung waren, aber nicht den Gewerkschaften, sondern den Mitgliedern (Genossen) der örtlichen Genossenschaft gehörten, hatten damals wie die Volksfürsorge ein innovatives Geschäftsmodell. Anders als die kleinen Lebensmittelgeschäfte («Tante-Emma-Läden») kauften sie ihre Waren über die allen Konsumgenossenschaften gemeinsam gehörende GEG (Großeinkaufsgesellschaft) ein und gaben die ihr eingeräumten Mengenrabatte an die örtlichen Konsumgenossenschaften weiter. Die Genossenschaftsmitglieder erhielten zudem vier Prozent Rückvergütung auf ihre Einkäufe, was als eine Art Verzinsung des Genossenschaftsanteils anzusehen war. Die zu Beginn der 1960er-Jahre entstandenen neuen großen Einzelhandelsketten kopierten nicht nur dieses Geschäftsmodell, sondern führten auch Rabattmarkensysteme ein. Dadurch verschwand der ursprüngliche Wettbewerbsvorteil der Konsumgenossenschaften, und die Mitgliedschaft in einer Konsumgenossenschaft war nicht mehr attraktiv, zumal das Ladennetz der anderen Einzelhandelsketten immer dichter wurde und das des Konsums ausdünnte.

Insgesamt haben die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen in einer bestimmten historischen Situation wichtige Korrektur- und Ergänzungsfunktionen erfüllt. Ihre Verdienste sollten deshalb bei einer geschichtlichen Betrachtung der Arbeiterbewegung und ihrer Unternehmen nicht vergessen werden. Fest steht aber auch: Diese Unternehmen haben innerhalb des kapitalistischen Systems und seiner Mechanismen gewirkt und konnten ihn (und wollten ihn auch nicht!) überwinden. Ihr Ende in den 1980er-Jahren war für die Gewerkschaften kein Ruhmesblatt. Eine Mischung aus der Fehleinschätzung des Wohnungsmarktes und die Enthüllung persönlicher Bereicherung des Spitzenmanagers der Neuen Heimat durch den *Spiegel*<sup>14</sup> führte zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des Unternehmens, der einen Dominoeffekt auslöste und nach und nach auch die anderen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen erfasste.

Damit bestätigte sich, was zu öffentlichen, genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen immer wieder betont wird: Es ist nicht möglich, ein Unternehmen, das am Markt dauerhaft bestehen soll, grundsätzlich anders als nach privatkapitalistischen Prinzipien zu führen, selbst dann nicht, wenn Gewinnmaximierung nicht im Vordergrund steht. Ein Unternehmen kann keine Wohlfahrtseinrichtung sein. Es kann gesellschaftspolitische Ziele dauerhaft nur dann verfolgen, wenn es staatlich subventioniert wird. Selbst wenn das Management nur aus sozial und ökologisch denkenden Menschen bestehen würde, müssten sie darauf achten, dass die

14 Vgl. *Der Spiegel*, Heft 6/1982 (Titelgeschichte: Neue Heimat: Die dunklen Geschäfte von Albert Vietor und Genossen).

Kosten nicht die Erlöse übersteigen. Das sah schon Marx so! Im Vorwort zur ersten Auflage von *Das Kapital* nimmt er die Kapitalisten geradezu in Schutz: «Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozess auffasst, den Einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er social bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.»<sup>15</sup>

## Faszination Arbeiterselbstverwaltung

Von Arbeitern selbstverwaltete Betriebe üben auf viele junge Linksintellektuelle eine große Faszination aus. Aber seit über 100 Jahren ist ihre Problematik bekannt: Auch selbstverwaltete, den jeweiligen Arbeitnehmern gehörende Unternehmen, in denen die Arbeitnehmer selbst und kein gegenüber den Kapitaleignern verantwortliches Management die wirtschaftlichen Entscheidungen treffen, handeln nicht im Allgemeininteresse, sondern folgen eher betriebsegoistischen Motiven.

So ist kaum zu erwarten, dass etwa die Arbeitnehmer in einem Rüstungsbetrieb, wäre er selbstverwaltet, beschließen würden, aus pazifistischen Motiven die Produktion einzustellen und sich arbeitslos zu melden. Auch Arbeitnehmer in den Zulieferbetrieben der Automobilbranche setzen sich

nicht aus Umweltgründen für das Ende des Verbrennungsmotors ein: Denn E-Autos benötigen die zugelieferten Teile, die sie produzieren, nicht mehr, dieser Bereich der Automobilindustrie wird somit in Zukunft überflüssig. Es ist unrealistisch, von Menschen zu erwarten, dass sie primär an das Gemeinwohl denken und sich den eigenen Ast, auf dem sie sitzen und der augenblicklich ihre Existenzgrundlage bildet, aus idealistischen Motiven absägen.<sup>16</sup>

Als Vorbild für Arbeiterselbstverwaltung galt in den 1970er-Jahren großen Teilen des linken Spektrums das System im alten Jugoslawien. Dort wurde 1950 in den Unternehmen ein derartiges System eingeführt. Gleichzeitig bestand aber das Einparteiensystem, die Herrschaft des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, weiter, sodass Jugoslawien nicht als politische Demokratie nach westlichem Muster bezeichnet werden kann. Auch die Wirtschaftsordnung war

16 Vgl. Hans G. Nutzinger: Die Überlebensfähigkeit von Produktivgenossenschaften, in: Volker Teichert (Hrsg.): *Alternativen zur Erwerbsarbeit?* Opladen 1988, S. 205 ff. – Neuerdings wieder Gisela Notz: *Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt*, Stuttgart 2011. – Eine Ausnahme bildete die Belegschaft des britische Luftfahrtkonzerns «Lucas Aerospace», der u.a. das Kampfflugzeug Tornado ausrüstete. Als Mitte der 1970er-Jahre die Labour-Regierung den Verteidigungshaushalt kürzte und Massenentlassungen drohten, entwickelten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute des Lucas-Konzerns einen Alternativplan, der statt der Produktion von Rüstungsgütern die Herstellung sozial nützlicher Waren vorsah. Der Plan brauchte jedoch nicht umgesetzt zu werden: Unter der Thatcher-Regierung konnte sich der Rüstungskonzern vor Aufträgen nicht mehr retten. Siehe im einzelnen Mike Cooley: *Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod. Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas Aerospace*, Reinbek bei Hamburg 1982. Der Verfasser des Buches war Chefkonstrukteur bei Lukas Aerospace, wurde 1981 entlassen und erhielt im selben Jahr den Alternativen Nobelpreis.

15 Karl Marx: *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals, Hamburg 1867, S. XI (Vorwort). Interessant auch die Feststellung im Kommunistischen Manifest «Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel», hier zitiert nach der Ausgabe des Phönix-Verlags, Hamburg 1946, S. 37. Hier wurde bereits 1848 treffend die Globalisierung beschrieben.

keine Marktwirtschaft im westlichen Sinne. Es gab eine zentrale Wirtschaftsplanung<sup>17</sup> kombiniert mit marktwirtschaftlichen Elementen wie freier Preisbildung und miteinander konkurrierenden vergesellschafteten Betrieben. Dieses Mischsystem wurde deshalb in der Wissenschaft als sozialistische Marktwirtschaft bezeichnet.<sup>18</sup>

Die Arbeiterselbstverwaltung sollte folgenden Prinzipien folgen<sup>19</sup>:

- alle Mitglieder einer Selbstverwaltungseinheit (= eines Betriebes) sollten gleichberechtigt an den Entscheidungen teilnehmen,
- die erzielten Einkommen sollten nach einem demokratisch vereinbarten Schlüssel verteilt werden,
- die Produktionsmittel sollten nicht Eigentum der Arbeitnehmer sein, sondern vom jugoslawischen Staat (dem Kapitaleigner) gegen Verzinsung genutzt werden,
- der Arbeitsplatz sollte von den Arbeitnehmern frei gewählt werden können,
- die Selbstverwaltungseinheiten/Betriebe sollten das Ziel verfolgen, ihr Einkommen zu maximieren.

17 Die Zentrale Planungskommission nach sowjetischem Muster wurde 1953 abgeschafft und durch ein kleines Bundesplanungsinstitut ohne Weisungsbefugnis ersetzt.

18 Vgl. Helmut Leipold: Wirtschaftspolitische Konzeptionen sozialistischer Marktwirtschaften, in: Dieter Cassell (Hrsg.): *Wirtschaftspolitik im Systemvergleich. Konzeptionen und Praxis der Wirtschaftspolitik in kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftssystemen*, München 1984, S. 69 ff.

19 Vgl. Gerhard Leithäuser, Art. Arbeiterselbstverwaltung, in: Thomas Meyer u. a. (Hrsg.): *Lexikon des Sozialismus*, Köln 1986, S. 51 ff. – Paul Kevenhörster: Zwischen Etatismus und Selbstverwaltung. Management und Arbeiterschaft in jugoslawischen Unternehmen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* Nr. 45/1971.

Organisatorisch bestand die Arbeiterselbstverwaltung aus dem Arbeitskollektiv, einem Verwaltungsausschuss und einem Direktor. Das Arbeitskollektiv umfasste die aus allen im Unternehmen bzw. in derselben Arbeitsorganisation tätigen Arbeiter. Es war gewissermaßen die Basis der Arbeiterselbstverwaltung. Das Arbeitskollektiv wählte für zwei Jahre einen aus mindestens 15 Mitgliedern bestehenden Arbeiterrat, wobei jedes Jahr die Hälfte neu zu wählen war und niemand zweimal hintereinander gewählt werden durfte. Er tagte für das Arbeitskollektiv öffentlich. Der Arbeiterrat wiederum wählte aus dem Arbeitskollektiv einen Verwaltungsausschuss. Meist waren es Arbeiterratsmitglieder. An der Spitze der Unternehmen stand ein Direktor, dessen Stelle von einer paritätisch besetzten Kommission (drei vom Arbeiterrat, drei von der Gemeinerversammlung ernannt) öffentlich ausgeschrieben wurde. Die Kommission schlug einen oder auch mehrere Bewerber vor, einer musste vom Arbeiterrat für vier Jahre gewählt werden. Eine Wiederwahl war möglich, sodass hier keine Rotation angestrebt wurde. Jeder konnte von dem Gremium, das ihn gewählt hatte, auch vorzeitig wieder abgewählt werden. Insoweit galt also das Prinzip des Rätessystems.<sup>20</sup>

Aufgabe des Arbeiterrates war es, über alle grundlegenden Fragen der Geschäftspolitik und der Organisation des Unternehmens zu entscheiden, insbesondere die Produktions-, Investitions- und Finanzierungspläne auszuarbeiten sowie das Nettoeinkommen des Unternehmens zu verteilen.

20 Zum Rätessystem und seiner Problematik siehe Udo Bernbach (Hrsg.): *Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Texte und Materialien zur Rätediskussion*, Opladen 1973 und Paul Kevenhörster: *Das Rätessystem als Instrument zur Kontrolle wirtschaftlicher und politischer Macht*, Opladen 1974.

Dem Verwaltungsausschuss oblag die Führung der Geschäfte im Rahmen der vom Arbeiterrat festgelegten Richtlinien, der Direktor hatte die Entscheidungen von Arbeiter- und Verwaltungsausschuss umzusetzen.

Die Praxis der Arbeiter selbstverwaltung war jedoch ernüchternd. So interessierte sich der überwiegende Teil der Arbeiter gar nicht für die Selbstverwaltung. Nach einer Umfrage in 111 slowenischen Industrie- und Bergbaubetrieben interessierten sich 72 Prozent vorwiegend für die Entwicklung ihrer persönlichen Einkommen, 61 Prozent für das Unternehmensergebnis (an dem sie beteiligt wurden), 40 Prozent für die Sozialleistungen und nur fünf Prozent für die Arbeit der Selbstverwaltungsorgane.<sup>21</sup> Auf die Frage, welches Organ für die Arbeit und Entwicklung des Unternehmens am meisten verantwortlich sein soll, antworteten bei einer Repräsentativerhebung in 23 jugoslawischen Unternehmen 69,2 Prozent «das Führungspersonal», und nur 20 Prozent sahen die Selbstverwaltungsorgane in der Verantwortung.<sup>22</sup> Zudem waren die Arbeiterräte einseitig zusammengesetzt und keineswegs ein Abbild der Belegschaft. Gering Qualifizierte und Arbeiter waren unterrepräsentiert, Angestellte mit guter Ausbildung überrepräsentiert.<sup>23</sup> Das belegt das

Desinteresse, aber auch die Überforderung breiter Teile der Belegschaften.

Bei der Verteilung des zu maximierenden Produzenteneinkommens<sup>24</sup> eines Betriebes mussten die Selbstverwaltungsorgane, ob sie wollten oder nicht, den Erkenntnissen folgen, zu denen Karl Marx bereits in seiner Kritik des Gothaer Programms der SPD gelangt war und die er als wirtschaftliche Notwendigkeit bezeichnet hatte. Nicht das gesamte erwirtschaftete Einkommen (= der Umsatz) eines Betriebes ist verteilbar, sondern es müssen vorher eine ganze Reihe von Posten abgezweigt werden. Gudrun Lemän hat ein Schema aufgezeichnet, wie sich die persönlichen Nettoeinkommen eines Arbeitnehmers in einem selbstverwalteten jugoslawischen Betrieb errechnet (siehe Tabelle 1).

Sieht man von den etwas anderen Begrifflichkeiten ab, könnte dieses Schema durchaus auch in einem Lehrbuch der Betriebswirtschaftslehre kapitalistischer Länder stehen. Auch in Jugoslawien gab es Kreditzinsen, also Entgelte für geliehenes Geld. Das sind Kapitaleinkommen oder auch «arbeitslose Einkommen», d. h. Einkommen, die ohne Arbeitsleistung erzielt und von Sozialisten stets heftig kritisiert werden. Und es mussten erhebliche Beträge für den Ersatz verschlissener Produktionsmittel (Ersatzinvestitionen) und für Erweiterungsinvestitionen (Nettoinvestitionen) abgezweigt und Rücklagen für Unvorhergesehenes gebildet werden. Laut Lemän blieben 1966 vom Gesamtertrag nur gut 10 Prozent übrig, die als persönliche Nettoeinkommen an die Arbeit-

duktionsverhältnisse in Jugoslawien, in: *Leviathan*, Heft 2/1981, S. 247 f. (Fußnote 8).

24 Als Produzenten gelten im sozialistischen Sprachgebrauch diejenigen, die die durch Arbeit Werte schaffen, also die Arbeitnehmer.

21 Vgl. Paul Kevenhörster: *Das Rätssystem als Instrument zur Kontrolle wirtschaftlicher und politischer Macht*, Opladen 1974, S. 53.

22 Vgl. Mitja Kamusic: *Economic Efficiency and Workers Self-Management*, in: Marius Josef Broekmeyer (Hrsg.), *Jugoslav Worker's Selfmanagement*, Dordrecht 1970, S. 100 ff.

23 Vgl. Herwig Roggemann: *Das Modell der Arbeiter selbstverwaltung in Jugoslawien*, Frankfurt a.M. 1970, S. 119. Zahlen zur Überrepräsentation der qualifizierten Angestellten im Vergleich zu den Arbeitern nennt auch Hans Georg Conert: *Sozialistische Marktwirtschaft und gesellschaftliche Selbstverwaltung: Eigenart und Wandlungen der Pro-*

Tabelle 1 Schema der Einkommensverteilung in Jugoslawien

Gesamtertrag (Umsatz)
./ Amortisation <sup>1</sup>
./ Materialkosten <sup>2</sup>
<hr style="border: 0.5px solid black;"/>
= Einkommen
./ Verzinsung des Geschäftsfonds <sup>3</sup>
./ Mitgliedsbeiträge
./ Versicherungsprämien
./ Kreditzinsen
./ Umsatzsteuer
./ Fonds der Unternehmung <sup>4</sup>
./ Gemeinschaftlicher Unternehmensfonds <sup>5</sup>
= persönliches Bruttoeinkommen
./ Beiträge zur Sozialversicherung
./ Beiträge an die Budgets <sup>6</sup>
./ Wohnungsbaubeitrag
<hr style="border: 0.5px solid black;"/>
= persönliches Nettoeinkommen

- 1 Was ein Unternehmen zurücklegen muss, um kaputte Maschinen zu ersetzen = Abschreibungen
- 2 Was ein Unternehmen von anderen Unternehmen einkauft und selbst weiter verarbeitet = Wareneinkauf
- 3 Geschäftsfonds = Gelder, die zur Finanzierung des Anlage- und Umlaufvermögens dienen
- 4 Mittel zur Erweiterung der materiellen Arbeitsgrundlage = für Nettoinvestitionen, d. h. Erweiterung des Produktionsmittelbestandes
- 5 Rücklagen für Unvorhergesehenes = 10 Prozent des Umlaufvermögens
- 6 Mittel für den gemeinsamen Verbrauch, z. B. öffentlicher Dienst, Bildungswesen.

Quelle: Gudrun Lemân: *Ungelöste Probleme im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 37, Köln 1969, S. 63.

nehmer ausgeschüttet werden konnten.<sup>25</sup> Alles andere musste für die in Tabelle 1 aufgelisteten Posten bereitgestellt werden. Fazit: Auch wenn es in einem Wirtschaftssystem wie dem in Jugoslawien keine hochbezahlten, den Kapitaleignern verpflichtete und mit Boni belohnte Manager gab und die Arbeitnehmer selbst über die Verteilung

des Erwirtschafteten bestimmen konnten, blieb für die Löhne und Gehälter im Vergleich zu den anderen Posten relativ wenig übrig. Wo soll also der Vorteil der Arbeiterselbstverwaltung liegen?

Konzipiert war die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien als basisdemokratisch organisierte Wirtschaft, in der die Arbeiter nicht mehr fremdbestimmt werden, sondern selbst über die Produktion und ihre Arbeitsbedingungen entscheiden. Die Realität entsprach diesen hohen Erwartungen in keiner Weise. Bei zentralen wirtschaftlichen Ent-

25 Vgl. Gudrun Lemân: *Ungelöste Probleme im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 37, Köln 1969, S. 73.

scheidungen wurden die Arbeiterräte in aller Regel vor vollendete Tatsachen gestellt. Das Management hatte gegenüber den einfachen Mitgliedern des Arbeiterrates einen Wissens- und Informationsvorsprung, meldete sich in den Sitzungen häufiger zu Wort und konnte durch in Auftrag gegebene Gutachten den Arbeiterrat beeinflussen. Das geringe Wissen der Arbeiterräte über betriebswirtschaftliche Funktionszusammenhänge machte es den Managern leicht, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Formal hatten zwar die Arbeiterräte die Macht. In der Praxis verweigerten sie aber nur selten ihre Zustimmung zu den Vorlagen des Direktors und des Verwaltungsausschusses, sondern hakten sie ab.

Die Bewertung in wissenschaftlichen Studien zur Arbeiterselbstverwaltung fällt deshalb kritisch aus. Jugoslawische Manager hatten, so ein jugoslawischer Arbeitsrechtler, de-facto größere Entscheidungskompetenzen als die Manager großer deutscher Unternehmen.<sup>26</sup> Auch in Jugoslawien zeigten sich schnell die Grenzen basisdemokratischer Entscheidungsfindung, sobald es sich um größere Betriebe handelte. So ist «unmittelbare Betriebsdemokratie in größeren Industrieeinheiten unmöglich, Machtdelegation an gewählte Leitungsgremien ... unumgänglich, soll nicht ökonomische Leistungsunfähigkeit die Folge sein.»<sup>27</sup> Zur funktionalen Notwendigkeit, Entscheidungs-

macht zu delegieren, also Basisdemokratie durch Repräsentativdemokratie zu ersetzen, treten «nicht abänderbare Sachzwänge in einer arbeitsteiligen hochtechnisierten Industrie»<sup>28</sup>, also das Fehlen großer Entscheidungsspielräume für das Management. Kevenhörster kommt zu dem Ergebnis, «dass der faktische Einfluss der jugoslawischen Arbeiter auf die Unternehmensleitung zumindest nicht größer ist als der entsprechende innerbetriebliche Einfluss der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Vor allem gegenüber der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie lässt sich ein deutliches Defizit der jugoslawischen «Selbstverwaltung» feststellen.»<sup>29</sup> Deshalb stellt sich auch hier die Frage: Wo soll der Vorteil einer Arbeiterselbstverwaltung im Vergleich zu unserer sozialen Marktwirtschaft liegen, in der die Arbeitnehmer über ihre Betriebsräte und ihre Vertreter im Aufsichtsrat Einflussmöglichkeiten besitzen?<sup>30</sup>

Auch die Entwicklung der Gesamtwirtschaft Jugoslawiens verlief alles andere als ideal. So stieg die Arbeitslosigkeit von 6,7 Prozent (1962) auf 10,1 Prozent (1975) kontinuierlich an. Berücksichtigt man noch die hohe Zahl von Auswanderern, die das Land verlassen und den Arbeitsmarkt entlastet hatten, und zählt sie zu den Arbeitslosen dazu, errechnet sich für 1962 eine Arbeitslosenquote von 7,4 Prozent und für 1971 so-

28 Ebenda, S. 96.

26 Vgl. Paul Kevenhörster: *Zwischen Etatismus und Selbstverwaltung*. Management und Arbeiterschaft im jugoslawischen Unternehmen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*.

Nr. 45/71, wieder abgedruckt in Udo Bembach (Hrsg.): *Theorie und Praxis der direkten Demokratie*, Wiesbaden 1973, S. 208.

27 Herwig Roggemann: *Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien*, Frankfurt a.M. 1970, S. 89.

29 Paul Kevenhörster: *Zwischen Etatismus und Selbstverwaltung*. Management und Arbeiterschaft im jugoslawischen Unternehmen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*.

Nr. 45/71, wieder abgedruckt in Udo Bembach (Hrsg.): *Theorie und Praxis der direkten Demokratie*, Wiesbaden 1973, S. 203.

30 Dazu näher Hermann Adam: Den Kapitalismus überwinden? Plädoyer für eine nüchterne Strategie, in: *perspektivends*, Heft 1/2021, S. 114 ff.

gar von 19,1 Prozent.<sup>31</sup> Ein nicht minder großes Problem in Jugoslawien war die hohe Inflationsrate. So betrug der Preisniveaustieg 1980 mehr als 30 Prozent, im Mai 1981 kletterten die Verbraucherpreise gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat sogar um 52 Prozent. Begleitet war die Inflation zudem von hohen Außenhandelsdefiziten des Landes.<sup>32</sup>

An diesen Fehlentwicklungen der Gesamtwirtschaft trägt die Arbeiterselbstverwaltung eine Mitschuld. Ziel selbstverwalteter Unternehmen war die Maximierung der Nettoeinkommen ihrer Belegschaften. Deshalb hatten sie ein Interesse daran, ihre Produkte so teuer wie möglich zu verkaufen, um ein besseres Unternehmensergebnis zu erzielen. Denn dadurch wurde der «Kuchen», der in einem selbstverwalteten Betrieb verteilt werden kann, größer. Die Parteizeitung *Borba* berichtete über Betriebe, die lediglich 38 Prozent der geplanten Produktion erreichten, gleichzeitig aber ihren Gewinn um 138 Prozent steigerten, und beklagte «das engstirnige Denken vieler «Arbeiterräte, die nur darauf aus sind, die Preise zu erhöhen, damit sie ihre Löhne erhöhen können.»<sup>33</sup> Aus diesem Grund hielten die selbstverwalteten Unternehmen auch ihre Belegschaften klein, statt neue Arbeitskräfte einzustellen, um ein höheres Pro-Kopf-Ergebnis

für den Einzelnen zu erreichen. In der Gesamtwirtschaft schlug sich diese Praxis in hohen Inflations- und Arbeitslosigkeitsraten nieder. Klein gehaltene Belegschaften führten außerdem dazu, dass viele Betriebe ihr Produktionspotenzial nicht ausschöpften, Maschinen oft stillstanden und einzelne Güter knapp waren. An die Stelle der Maximierung des Profits für die Kapitaleigner war die Maximierung der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer zu Lasten der Allgemeinheit bzw. des Gemeinwohls getreten.

Eduard Bernstein hatte die Problematik arbeiterselbstverwalteter Betriebe schon viele Jahrzehnte, bevor in Jugoslawien diese Erfahrungen gemacht wurden, erkannt. In seinem berühmten Vortrag «Was ist Sozialismus?» stellte er bereits 1918 fest: «...Privateigentum der Arbeiter an Unternehmungen (ist) ein noch schlechteres Privateigentum als das kapitalistische..., weil es die Arbeiter in der Industrie, sobald sie Privateigentümer sind, in Gegensatz zur Allgemeinheit setzt.»<sup>34</sup>

## Solidarische Ökonomie

Trotz der negativen Erfahrungen mit der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien entstehen weltweit immer wieder einzelne Unternehmen mit dem Ziel, sie nicht nach kapitalistischen, sondern nach alternativen Regeln zu führen. Diese Unternehmen werden als alternative oder auch solidarische Ökonomie bezeichnet. Anders als im jugoslawischen Fall handelt es hierbei jedoch

31 Vgl. Hans Georg Conert: Sozialistische Marktwirtschaft und gesellschaftliche Selbstverwaltung: Eigenart und Wandlungen der Produktionsverhältnisse in Jugoslawien, in: *Leviathan*, Heft 2/1981, S. 250 (Fußnote 14).

32 Vgl. Helmut Leipold: Wirtschaftspolitische Konzeptionen sozialistischer Marktwirtschaften, in: Dieter Cassel (Hrsg.): *Wirtschaftspolitik im Systemvergleich. Konzeption und Praxis der Wirtschaftspolitik in kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftssystemen*, München 1984, S. 87.

33 Paul Michel: *Titos Arbeiterselbstverwaltung – Licht und Schatten*, Köln 2020, S. 122.

34 Siehe Eduard Bernstein: *Was ist Sozialismus?* Vortrag gehalten am 28. Dezember 1918 im großen Saal der Philharmonie Berlin, herausgegeben und verlegt von der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin 1918, S. 13.

nicht um ein ganzes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, sondern um einzelne «Inseln» innerhalb kapitalistischer Wirtschaftsordnungen.

Kernanliegen all dieser Alternativbetriebe ist es, gleichberechtigt und ohne Hierarchien zusammenzuarbeiten. Sie wollen die Bedürfnisse der Menschen befriedigen, statt den eigenen Profit maximieren. Kooperation soll vor Konkurrenz stehen, ein gesellschaftlicher Sinn des Unternehmens und der von ihm erzeugten Produkte vor seinem Gewinn.<sup>35</sup> In Alternativbetrieben bestimmen die Mitglieder selbst, wie sie zusammenarbeiten und was sie produzieren wollen. Sie nehmen die Lösung der Probleme, die in einem selbstverwalteten Betrieb entstehen, in einem kollektiven Lernprozess einer überschaubaren Zahl von Menschen selbst in die Hand und lassen sie nicht von einem «Chef» lösen.<sup>36</sup> Letztlich geht es den Menschen in Alternativbetrieben darum,

- selbstbestimmt zu arbeiten und nicht den Launen oder der Willkür eines Vorgesetzten ausgesetzt zu sein,
- ohne Leistungsdruck tätig zu sein,
- in dem, was man macht und herstellt, einen gesellschaftlichen Nutzen zu sehen und
- eine Arbeit zu verrichten, die persönlich Spaß macht, die erfüllt und dem Leben einen Sinn gibt.

35 Vgl. Dagmar Embshoff, Clarita Müller-Plantenberg, Giuliana Giorgi: *Solidarische Ökonomie: Initiativen, Ketten und Vernetzung zur Transformation*, in: Corinna Burkhart, Matthias Schmelzer, Nina Treu, Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.): *Degrowth in Bewegung(en)*, München 2017, S. 344.

36 Vgl. Gisela Notz: *Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt*, Stuttgart 2011, S. 28f.

Die meisten Alternativbetriebe in Deutschland sind aus Initiativen sozialer Bewegungen wie der Studenten-, Frauen- oder Ökologiebewegung hervorgegangen. Andere sind entstanden, weil der Inhaber wegen drohenden Konkurses den Betrieb schließen wollte. In solchen Fällen versuchen die Belegschaften, den Betrieb in eigener Verantwortung weiterzuführen, meist auch deshalb, weil ihnen sonst Arbeitslosigkeit droht. Zu den Alternativbetrieben sind auch die sog. Kommunen zu rechnen. Hierbei handelt es sich um freiwillige Zusammenschlüsse von Menschen mit gemeinsamen Überzeugungen, Wertvorstellungen und Lebensauffassungen, die nicht nur zusammen etwas herstellen, sondern auch gemeinsam leben und ihren Alltag gestalten.<sup>37</sup>

Über die Zahl alternativer Betriebe in Deutschland gibt es nur Schätzungen. Das liegt daran, dass unter «Solidarischer Ökonomie» oder «Alternativökonomie» bzw. «Alternativbetrieb» Unterschiedliches erfasst wird. So werden von manchen auch schon Betriebe mit nur zwei Mitarbeitern zur Alternativökonomie gezählt, wenn sonstige Merkmale der Selbstverwaltung erfüllt sind. Für die 1970er-Jahre wurde die Zahl der alternativen, solidarischen Betriebe auf 3.000 bis 12.000 geschätzt.<sup>38</sup> Das sind nur etwa 0,5 Prozent der insgesamt knapp 2,3 Millionen Betriebe mit rund 24,4 Millionen Beschäftigten. Sie sind somit keine unsere

37 Zu den Möglichkeiten und Problemen bei der Realisierung linker, sozialistischer Gesellschaftsentwürfe in Form von Kommunen siehe Dieter Bismann u. a. (Hrsg.): *Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie*, Göttingen 1996. In diesem Buch schildern ehemalige Mitglieder einer Kommune ihre Erfahrungen.

38 Diese Zahlen nennt Gisela Notz: *Gegenkultur und Autonomie*, in: *UTOPIE kreativ*, H. 209 (März 2008), S. 255.

Wirtschaft prägende Erscheinung, sondern führen ein Nischendasein.

Die Gründe, warum alternative Betriebe eine Ausnahmeerscheinung sind:

- Bei Betrieben, die der vorherige Eigentümer wegen drohenden Konkurses den Arbeitnehmern überlassen hat, sind die langfristigen Überlebenschancen von vornherein gering. Denn ein florierendes Unternehmen mit guter Rendite hätten mit hoher Wahrscheinlichkeit private Investoren übernommen, um es weiterzuführen. Findet sich kein privater Investor, ist das ein schlechtes Zeichen, nämlich: Das Unternehmen ist bereits so weit heruntergewirtschaftet, dass es nur noch geringe Chancen hat, langfristig weiterzubestehen. Die Übernahme durch die Belegschaft erfolgt dann nicht aus idealistischen Motiven, sondern aus Verzweiflung, um ihre Arbeitsplätze zu retten. Meist ist in solchen Fällen das Scheitern vorprogrammiert.
- Meist handelt es sich bei den «Alternativen» um Kleinbetriebe mit nur wenigen Beschäftigten – Gisela Notz spricht von einer «überschaubaren Zahl von Menschen»<sup>39</sup>. Sobald die Zahl der Mitglieder einer Kooperative eine kritische Grenze überschreitet, werden die Diskussions- und Entscheidungsprozesse langwierig und kompliziert, was die Geduld vieler überstrapaziert. Eine Selbstverwaltung im Sinn von gleichberechtigter, direkter Beteiligung aller ist kaum noch möglich. Folge: Es bilden sich Hierarchien heraus.
- Basisdemokratisch organisierte Arbeitskollektive (und erst recht Lebenskollektive wie Kommunen) sind nur von Dauer,

wenn ihre Mitglieder gemeinsame Überzeugungen, Wertvorstellungen und Lebensauffassungen teilen, also ähnlich sozialisiert worden sind. Neu hinzukommende Mitglieder müssen deshalb vor Eintritt auf ihre «Selbstverwaltungstauglichkeit» geprüft werden. Da die Zahl der Menschen, die diese Eigenschaften mitbringen, überschaubar ist, sind einer personellen Expansion alternativer Betriebe natürliche Grenzen gesetzt.

- Die meisten alternativen Betriebe leiden unter chronischem Kapitalmangel. Das liegt zum einen daran, dass sich hier in der Regel keine Menschen zusammenfinden, die beruflich Karriere in einem kapitalistischen Betrieb gemacht und viel Geld haben, sondern Mitglieder sozialer Bewegungen sind, die keine größeren finanziellen Rücklagen mitbringen und auf der Suche nach einem ihren Vorstellungen entsprechenden «guten, alternativen Leben» sind. Sie können deshalb kaum Eigenkapital in den Betrieb einbringen. Banken sind gegenüber diesen Betrieben bei der Gewährung von Krediten sehr zurückhaltend. Zu groß erscheint ihnen das Risiko, dass der Betrieb scheitert und sie das Darlehen abschreiben müssen.
- Aus diesem Grund können alternative Betriebe nicht «aus dem Vollen schöpfen». Im Gegenteil: Selbstausbeutung in Form niedriger Entlohnung und langen Arbeitszeiten, verbunden mit mangelhafter sozialer Absicherung sind eher die Regel als die Ausnahme. «Oft wird die Selbstausbeutung der Ware Arbeitskraft tatsächlich bis an deren physische Grenzen vorangetrieben.»<sup>40</sup> Und Rolf Schwendter, der sich als Professor für Devianz-Forschung an der Universität Kassel viele Jahre mit

39 Gisela Notz: *Theorien ...*, a. a. O. S. 29.

40 Gisela Notz: *Theorien ...*, a. a. O., S.162.

### Photo Porst – ein eklatantes Beispiel für das Scheitern einer Mitarbeiter-Selbstverwaltung

1919 hatte in Nürnberg Hanns Porst, zuvor Sekretär in der Kanzlei des Stadtmagistrats, einen kleinen Laden für Fotoapparate eröffnet. Das Geschäft entwickelte sich in den 1950er- und 1960er-Jahren zum größten Fotounternehmen der Welt. 1960 beschäftigte es 1.300 Mitarbeiter, hatte über 1.000 Vertriebsstellen, einen Jahresumsatz von 300 Mio. DM und bei Kameras einen Marktanteil von 20%. Sein Sohn, Hannsheinz Porst, der die Leitung des Unternehmens 1960 übernommen hatte, verschenkte es 1972 aus politischer Überzeugung<sup>1</sup> an seine Mitarbeiter und zog sich 1978/79 komplett aus der Unternehmensleitung zurück. Von da an bestimmten die Mitarbeiter die Manager des Unternehmens und wählten sie auch wieder ab.

Doch der Versuch, das blühende Unternehmen in eigener Regie und selbstverwaltet weiterzuführen, endete in einem Fiasko: «Die haben nur noch gequatscht und getagt und sich gegenseitig entlassen. Ging nicht! Hat nicht funktioniert», berichtete kürzlich der Enkel des Firmengründers, Jonas Porst, in einem Fernsehbeitrag des Bayerischen Rundfunks.<sup>2</sup> 1982 musste Hannsheinz Porst wieder die Leitung des Unternehmens übernehmen. Die Schweizer Firma Interdiscount übernahm die Mehrheit der Firmenanteile. An frühere Erfolge konnte das Unternehmen trotzdem nicht mehr anknüpfen. Nach mehreren Änderungen der Gesellschaftsform und Eigentümerwechseln meldete die Photo Porst AG im Jahr 2002 Insolvenz an. Die Namensrechte für «Photo Porst» gingen an die United Imaging Group (früher: Ringfoto) mit Sitz in Fürth, Kodak übernahm die Rechte für das Bildgeschäft.<sup>3</sup>

- 1 Hannsheinz Porst war in der alten Bundesrepublik als Unternehmer Mitglied der FDP, gleichzeitig aber heimlich in der SED. Im Juli 1969 wurde er wegen Spionage für die DDR zu einer Gefängnisstrafe zu zwei Jahren und neun Monaten verurteilt, nach Ablauf der Hälfte der Strafe aber wieder aus der Haft entlassen.
- 2 «Photo Porst. Ein Pionier aus Nürnberg». BR Fernsehen, 17.4.2021, 17:45 (Sendung: ZWISCHEN SPESSART UND KARWENDEL), zuletzt aufgerufen am 25.10.2021 unter: Photo Porst: Ein Pionier aus Nürnberg (br.de)
- 3 Einer der Autoren der HDS hatte schon vor dem Scheitern kritisch über die Praxis des Porst-Modells berichtet. Vgl. Michael Heinrich: Selbstverwaltung und Partizipation. Erfahrungen bei der Realisierung demokratischer Betriebsstrukturen am Beispiel des «Porst-Modells», in: Joseph Huber, Jiri Kosta (Hrsg.): *Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion (Studientexte der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus)*, Frankfurt a.M. 1978, S. 82 ff.

Quelle: Wikipedia, Deutsche Biografie, Bayerischer Rundfunk

Alternativbetrieben befasst hat, schrieb in seinem Geleitwort zum Kommune-Buch: «Die Kommune wird klein und arm sein, wird über eine hohe Selbstausbeutungsrate verfügen (1979 sind mir mehrere Kommunen bekannt gewesen, die von 150,-DM pro Kopf und Monat lebten), wird erheblich überarbeitet und von Situationszwängen gekennzeichnet sein (niemand kann einander aus dem Weg gehen, eine jede Änderung der Be-

ziehungskonstellation gefährdet den Bestand der Kommune insgesamt).»<sup>41</sup>

Gewiss sind nicht in allen alternativen Betrieben die Arbeitsbedingungen so extrem schlecht. Mondragón in Spanien, eine seit langem bestehende Großgenossenschaft, die nach dem Selbstverwaltungsprinzip wirtschaftet, beweist das Gegenteil.

41 Rolf Schwendter: Zum Geleit, in: Dieter Benschmann u. a. (Hrsg.): *Das KommuneBuch*, a. a. O., S. 8.

## Mondragón – wirklich nicht kapitalistisch?

Die Genossenschaftsgesellschaft Mondragón (MCC) geht auf die Initiative des Paters José María Arizmendiarieta (abgekürzt: Arizmendia) zurück. Der Geistliche wollte das damalige Elend der Bevölkerung im Baskenland lindern, indem er sie zur Selbsthilfe anleitete.<sup>42</sup> 1943 gründete er in dem kleinen Ort Arrasate (auf Spanisch Mondragón) mit Spenden der Bürger eine technische Berufsschule für Metallurgie. Dort ließ Arizmendia den Schülern nicht nur praktische Fähigkeiten vermitteln, sondern er unterrichtete sie auch in Ethik und machte sie mit dem Genossenschaftsgedanken vertraut. 1956 half er fünf Arbeitern, die erste kleine Betriebsgenossenschaft zu gründen. Sie nannte sich zunächst Ulgor (Anfangsbuchstaben der Nachnamen der fünf Gründer) und stellte kleine Kerosinöfen zum Kochen und Heizen her. Die Nachfrage war groß, und die Genossenschaft wuchs schnell. Später produzierte sie unter der Firma Fagor Electrodomésticos Haushaltsgeräte wie Waschmaschinen, Spülmaschinen und Kühlschränke, aber auch Großgeräte für die Gastronomie.

In den folgenden Jahren entstanden weitere Genossenschaften:

- eine Konsumgenossenschaft (Eroski = Supermarktkette),
- eine Kooperative für Investitionsgüter (Fagor Arrasate),
- eine Sozialversicherung (Lagun Oro),
- eine Genossenschaftsbank Caja Laboral Popular, heute Lohoral Kutxa, sowie
- ein Bildungszentrum mit einer Universität (Escuela Profesional Politécnica), an der heute rund 4.750 Studierende eingeschrieben sind.

Damit bildete sich ein Staat im Staate heraus: Mit der Gründung einer eigenen Sozialversicherung und einer Genossenschaftsbank, die die verschiedenen Kooperative finanzierte, wollten die Mondragóner vom spanischen Staat unabhängig sein.

Für das Entstehen dieser Kooperative und ihren Erfolg dürften die besonderen Lebensumstände der Bevölkerung in dieser Region um Arrasate eine Rolle gespielt haben. Die Menschen dort fühlten sich vom Franco-Regime, das sie ablehnten, alleingelassen. In dieser speziellen Situation entwickelten sie ein Gefühl der Solidarität und bewältigten Gemeinschaftsaufgaben kollektiv. Der Zusammenhalt der Bevölkerung war ein guter Nährboden für die Genossenschaftsidee und das demokratische Selbstverwaltungsprinzip, das bei der Gründung von Industrieunternehmen verwirklicht wurde. Einen großen Anteil am Erfolg der Kooperativen hatte auch die Persönlichkeit des Paters Arizmendia, der – inspiriert von der katholischen Soziallehre, aber auch von Karl Marx – die geistigen Grundlagen für die Kooperative schuf.

Heute ist Mondragón ein weltumspannendes Netzwerk von Unternehmen in den Bereichen Industrie, Einzelhandel, Finanzwirtschaft sowie Wissenschaft und Forschung (siehe Tabelle 2).

42 Zur Entstehung und Entwicklung von Mondragón vgl. Wolfram Adolphi: Mondragón und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in: *Zeitschrift Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Heft 09 3/2011. – Pit Wuhrer: Kooperative Mondragón: Solidarisch, groß und ziemlich krisenfest, in: *OXI*, Heft 1/2017, abrufbar unter Kooperative Mondragón: Solidarisch, groß und ziemlich krisenfest – OXI Blog. – Martina Groß: Gegenmodell – die Supergenossenschaft von Mondragón, in: *Le Monde diplomatique* Nr. 10306 vom 10.1.2014, Seite 1,12–13. – Hans Nerge: *Auf der Suche nach der zukunfts-fähigen Gesellschaft: Fundort Mondragón*, 5. Aufl. 2000 (o. O.)

Tabelle 2: Mondragón in Zahlen

Zahl der Unternehmen	250	Mitarbeiter in Regionen	
davon Genossenschaften	95	Baskenland	43,9%
Mitarbeiter	79.931	sonstiges Spanien	37,8%
Davon in:		Ausland	18,3%
Industrie	37.809	Gesamtjahresumsatz	10,865 Mrd. €
Einzelhandel	38.523	davon in 138 im Ausland an- sässigen Konzernen	ca. 33%
Finanzwesen	2.220	Jährliche Investitionen	335 Mill. €
Wissenschaft und Forschung	1.379	14 F & E – Zentren mit 2.384 Forschern	180 Mill. € Forschungs- investitionen

Quelle: MONDRAGON-media-kit-EN.pdf (mondragon-corporation.com).  
Die Angaben beziehen sich auf das Jahr 2020.

Den Kern dieses Netzwerks bilden die Genossenschaften im Baskenland. Ihre Mitglieder sind gleichzeitig bei der jeweiligen Genossenschaft als Arbeitnehmer beschäftigt. Sie werden zunächst für sechs Monate oder ein Jahr auf Probe eingestellt. Bei Bewährung erhalten sie einen festen Arbeitsvertrag.

Eine Mondragón-Genossenschaft ist wie folgt aufgebaut:

- Oberstes Organ jeder Genossenschaft ist die Generalversammlung. In ihr diskutieren alle Genossenschaftsmitglieder über die Unternehmenspolitik der Genossenschaft.
- Die Generalversammlung wählt einen Regierungsrat, der die Genossenschaft vertritt. Er besteht aus einfachen Genossenschaftsmitgliedern, die in der Produktion tätig sind und keine leitende Funktion ausüben. Sie werden alle zwei Jahre für vier Jahre gewählt, d. h. nach der halben Zeit wird die Hälfte ausgewechselt.
- Der Regierungsrat trägt die Gesamtverantwortung für die Geschäftspolitik des

Betriebes und ist der Generalversammlung gegenüber rechenschaftspflichtig. Der Regierungsrat ernennt für eine bestimmte Amtszeit den Generalsekretär und die Abteilungsleiter. Sie sind ihm gegenüber verantwortlich und verpflichtet, ihm in regelmäßigen Abständen zu berichten.

- Abteilungsleiter und Generalsekretär bilden den Verwaltungsrat. Sie treffen die täglich anfallenden geschäftspolitischen Entscheidungen.

Eine Ähnlichkeit mit der Struktur der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung ist unverkennbar. Beide versuchen, die Unternehmensorgane den Institutionen eines demokratischen politischen Systems nachzubilden. Die Probleme der baskischen Mondragón-Gruppe und der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung sind deshalb im Prinzip die gleichen.

So kann auch bei den Mondragón-Genossenschaften nicht alles, was erwirtschaftet wird, unmittelbar in die Taschen der Arbeitnehmer fließen. So muss an die Sozialversi-

cherung ein Beitrag gezahlt werden, zehn Prozent werden an einen Gemeinnützigkeitsfonds für gemeinnützige Zwecke (z. B. Finanzierung der Ausbildungseinrichtungen), und 20 Prozent für den kollektiven Reservefonds abgezweigt.<sup>43</sup> Es ist nun mal so: Unabhängig davon, wer die Produktionsmittel besitzt und wem gegenüber das Management verantwortlich ist, in jeder Gesellschaft muss aus dem, was erwirtschaftet wird, ein Teil für die Erstellung von Dienstleistungen bereitgestellt werden, die nicht individuell über den Markt verkauft werden (Ausbildungsleistungen, Infrastruktur). Und für diejenigen, die nicht zu dem gemeinsam Erwirtschafteten beitragen (Alte, Kranke, Arbeitslose), müssen Gelder in einen Topf fließen (Sozialfonds, Sozialversicherung), aus dem der Lebensunterhalt dieser Personen bestritten wird. Das Steuer- und Sozialversicherungssystem in der sozialen Marktwirtschaft funktioniert nach dem gleichen Prinzip.

Auch das Kapital, mit dem Produktionsmittel finanziert werden, steht den Mondragón-Genossenschaften nicht unentgeltlich zur Verfügung. Der Genossenschaftsanteil jedes Mitarbeiters wird mit dem jeweils aktuellen Kreditzins der spanischen Wirtschaft verzinst. Meistens konsumieren die Genossenschafter aber ihre Zinserträge nicht, sondern stellen sie dem Betrieb wieder zur Verfügung, sodass das Kapital im Unternehmen verbleibt und ihre Finanzkraft stärkt.<sup>44</sup>

Der kollektive Reservefonds dient der Vorsorge gegen Ertragsschwankungen. Bei uns heißen sie Rücklagen. Sie werden bei

uns von jedem einzelnen Unternehmen gebildet, bei Mondragón kollektiv für das gesamte Genossenschaftsnetzwerk. Gerät eine Genossenschaft in wirtschaftliche Schwierigkeiten, wird ihr von der Gemeinschaft der Genossenschaften geholfen, und sie erhält Unterstützung aus dem Reservefonds.

Was die Unternehmen der solidarischen Ökonomie allerdings von ihren kapitalistischen Pendanten unterscheidet, ist eine sehr viel egalitäre Verteilung der Arbeitseinkommen zwischen den Mitarbeitern. Die untersten Einkommensgruppen verdienen mehr, die obersten weniger als in der übrigen Wirtschaft in Spanien. Hier ist in den letzten Jahrzehnten allerdings ebenfalls ein Wandel eingetreten. In der Gründungsphase betrug die Spanne zwischen dem Einkommen des einfachen Mitarbeiters und des Unternehmensleiters nur 1:3. Dieser Abstand ist im Laufe der Jahrzehnte immer größer geworden und beträgt heute etwa 1:9.<sup>45</sup> Damit sind die Einkommensabstände allerdings immer noch wesentlich geringer als in der kapitalistischen Wirtschaft. 2017 betrug die Einkommensdifferenz zwischen dem Vorstand eines DAX-Unternehmens und einem durchschnittlichen Beschäftigten 1:71.<sup>46</sup>

Als Mondragón gegründet wurde, war die spanische Wirtschaft gegenüber dem Rest der Welt abgeschottet. Das hat den Aufbau der Kooperativen erleichtert. Mit dem Beitritt Spaniens zur EU, der Einführung des Euro und der Globalisierung änderten sich

45 Vgl. Andreas Exner: Kooperativen kooperieren: Das Beispiel Mondragón, 9. Mai 2020, abrufbar unter *Kooperativen kooperieren: Das Beispiel Mondragón – City of Collaboration*

46 Vgl. Marion Weckes: *Manager to Worker Pay Ratio 2017. Das Verhältnis der Vorstandsvergütung zur Mitarbeitervergütung im DAX 30, Mitbestimmungsreport der Hans-Böckler-Stiftung* Nr. 44, Juli 2018.

43 Hans Nerge: *Auf der Suche...*, a. a. O., S. 12 und 20.

44 Ebenda, S. 20f. – So verhalten sich übrigens auch die meisten Kapitalanleger in kapitalistischen Ländern.

die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Seitdem ist Mondragón dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt und agiert zunehmend wie ein Global Player. So musste auch Mondragón zu Praktiken übergehen, die eigentlich dem Solidaritätsgedanken widersprechen. Wie privatkapitalistische, profitorientierte Unternehmen hat Mondragón Produktionsstätten nach China, Marokko, Thailand und andere Billiglohnländer ausgelagert<sup>47</sup>, teils weil das Unternehmen seine internationale Wettbewerbsfähigkeit bewahren wollte, teils aber auch, weil andere Länder darauf bestanden, dass z.B. auch die Zulieferer der Automobilindustrie (Mondragón ist auch in dieser Sparte aktiv) ihre Teile im selben Land fertigen.

In Spanien selbst bestehen die Belegschaften mittlerweile nicht mehr nur aus unbefristet beschäftigten Genossenschaftsmitgliedern. Auch befristet Angestellte sowie Arbeitskräfte in Teilzeit, beide Gruppen nicht Mitglied der Genossenschaft, also «Lohnarbeiter» (!), werden inzwischen beschäftigt. Der Zwang, auf Marktschwankungen flexibel reagieren und Kosten kurzfristig reduzieren zu müssen, lässt keine andere Wahl. Auch in Mondragón-Betrieben werden in Krisenzeiten wie in kapitalistischen Unternehmen zeitlich befristet Beschäftigte und Teilzeitkräfte als erstes entlassen. Die Spaltung der Arbeitnehmer in Kernbelegschaften und Randbelegschaften ist also auch in der Solidarökonomie anzutreffen.

Wie bei der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien beteiligen sich auch in den Mondragón-Kooperativen oft nur relativ wenige Mitglieder aktiv. Sie sind «kein Beispiel für eine wirkliche Partizipation der

Arbeitenden»<sup>48</sup>. Hinzu kommt ein Kulturwandel, der seit den 1990er-Jahren in den Mondragón-Kooperativen stattgefunden hat. Stand anfangs noch das Ziel im Mittelpunkt, die Basis über die Unternehmenspolitik bestimmen zu lassen, so ist dieser hehre Anspruch inzwischen immer mehr in den Hintergrund getreten. Demokratie im Betrieb wird nicht mehr als Wert an sich, sondern als Mittel zur Steigerung der Effizienz angesehen. Die Einbeziehung der Mitarbeiter dient dazu, ihre Kundenorientierung zu verbessern und damit auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Generalversammlungen, in denen eigentlich die Basis die grundlegenden Entscheidungen für die Kooperativen treffen sollten, haben ihre ihnen ursprünglich zugedachte Funktion weitgehend zugunsten des Informationstransfers von oben nach unten aufgegeben<sup>49</sup> und dienen der (meist nachträglichen) Legitimation der Managemententscheidungen. Schon in einer 1994 durchgeführten Befragung äußerte ein Mitarbeiter: «Jeden Tag scheinen wir uns weniger von einem kapitalistischen Betrieb zu unterscheiden. Ich frage mich, wie die Genossenschaft in fünf oder zehn Jahren aussehen wird.»<sup>50</sup>

In der Finanzmarktkrise 2008/09 gingen die Umsätze bei Fagor Electrodomésticos massiv zurück, weil kaum noch jemand Waschmaschinen und Kühlschränke kaufte. 2013 beschlossen die Genossenschaftsmitglieder des Haushaltsgeräteherstellers, die

47 Vgl. Astrid Hafner: Genossenschaftliche Realität im baskischen Mondragón, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, vol. XXV 3 - 2009, S. 51.

48 Andreas Exner: *Kooperativen kooperieren ...*, a. a. O.

49 Vgl. George Cheney: *Values at Work: Employee Participation Meets Market Pressure at Mondragón, Ithaca*, NY: Cornell University Press, 2018, p. 133. (<https://doi.org/10.7591/9781501721113>)

50 Ebenda, p. 127 (Übersetzung von mir, H.A.). Diese Feststellung wurde von vielen Gesprächspartnern von George Cheney getroffen.

Kooperative, mit der 1956 alles begonnen hatte, zu schließen. 2.000 Arbeitsplätze waren betroffen. Viele konnten zwar bei anderen Kooperativen weiterarbeiten, andere wurden in den Vorruhestand geschickt. Doch zwei Dutzend gering qualifizierte Mitglieder wurden arbeitslos und nur mit einem relativ geringfügigen Betrag abgefunden.<sup>51</sup>

Auch die Einzelhandelskette Eroski geriet unter Druck. Zwar konnten im Baskenland die Umsätze weitgehend gehalten werden, im übrigen Spanien brachen sie jedoch ein. Die Genossenschaftsmitglieder kamen nicht umhin, Supermärkte zu verkaufen. Als sich in Madrid kein Käufer fand, mussten Beschäftigte entlassen werden.<sup>52</sup> Ein großer Unterschied zur Praxis der profitorientierten Unternehmen ist nicht zu erkennen. «Das baskische Genossenschaftswesen lebt in einem kapitalistischen Markt, also muss es die Normen, die Gesetze, die Logiken des Kapitalismus befolgen»<sup>53</sup>, so Jon Sarasua, Professor für Philosophie und Ideengeschichte und Leiter des Instituts für Genossenschaftsstudien an der Universität Mondragón. Und viele Genossenschaftsmitglieder sehen das ähnlich.

## Fazit

Ausgangsfrage dieses Beitrags war, ob nicht-profitorientierte Unternehmen tatsächlich dem «Gemeinwohl» dienen und ihre geschäftspolitischen Entscheidungen «sozialer» sind bzw. sein können. Die Praxis öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher

Unternehmen sowie die Erfahrungen mit selbstverwalteten Betrieben lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Ob gewerkschaftseigene, gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Genossenschaften oder kleine solidarische Kooperative, alle müssen auf die Kosten achten. Daran führt kein Weg vorbei. Übersteigen die Kosten die Erlöse dauerhaft, bleibt nichts anderes übrig als das Unternehmen zu schließen. Das ist schlichtes Einmaleins des Wirtschaftens und hat nichts mit Privateigentum an den Produktionsmitteln, mit Kapitalismus oder Profitstreben zu tun. Der Spielraum für eine alternative Unternehmenspolitik ist deshalb klein.
- Anfang der 1970er-Jahre hatte eine Projektgruppe des WSI versucht, eine wissenschaftlich fundierte alternative Betriebswirtschaftslehre, die sich nicht an den Kapitalinteressen, sondern an den Arbeitnehmerbedürfnissen orientiert, zu entwickeln.<sup>54</sup> Diese sogenannte Arbeitsorientierte Einzelwirtschaftslehre (abgekürzt: AOEWL) war jedoch nicht so erfolgreich, wie es sich die Verfasser erhofft hatten. Zwar gelang es, die herrschende Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft von der (kapitalistischen) Unternehmensführung zu provozieren und eine gewisse Resonanz im wissenschaftlichen Bereich zu erzeugen, für die Arbeit der Betriebsräte und der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten blieb sie jedoch ohne Bedeutung.<sup>55</sup> In der Praxis war eine alter-

51 Ebenda

52 Ebenda.

53 Zitiert nach Astrid Hafner: Genossenschaftliche Realität im baskischen Mondragón, in: *Journal für Entwicklungspolitik*, vol. XXV 3 – 2009, S. 52.

54 Vgl. Projektgruppe des WSI: *Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre. Ein Beitrag zur politischen Ökonomie der Unternehmung*, Köln 1974 (WSI-Studie Nr. 23).

55 Vgl. hierzu den Beitrag des Projektgruppenmitglieds Hans-Detlev Küller: Die arbeitsorientierte

native Betriebswirtschaftslehre nicht umsetzbar, sondern blieb reine Theorie.

- Die geringe Partizipation der Mitarbeiter an der Selbstverwaltung belegt: Die überwiegende Mehrzahl der Menschen hat grundsätzlich kein Interesse, sich ständig und täglich mit komplizierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sachverhalten zu beschäftigen, sondern zieht es vor, die Entscheidungsgewalt an andere zu delegieren. Das ist bequem, wird als ein Stück Freiheit empfunden und sollte respektiert werden.<sup>56</sup>
- Die repräsentative Form der Demokratie ist eine sinnvolle Arbeitsteilung: Die einen backen Brötchen, produzieren Kühlschränke und Autos, schneiden Haare oder transportieren Menschen oder Waren von A nach B, und andere machen Politik bzw. nehmen Managementaufgaben wahr. Durch die Arbeitsteilung spezialisieren sich die Menschen und entwickeln auf ihrem jeweiligen Gebiet besonders gute Fertigkeiten und Kenntnisse. Das steigert ihre Effizienz, und letztlich profitiert jeder vom Spezialwissen anderer. Die Vision von Marx und Engels, «heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem

Einzelwirtschaftslehre von 1973 im Rückblick, in: Stephan Laske und Manfred Schweres (Hrsg.): *Arbeitsorientierung in den Wirtschaftswissenschaften, Schriftenreihe zur Arbeitswissenschaft*, Band 2, München und Mering 2013.

56 Ein Ingenieur bei Mondragón drückte es wie folgt aus: «In gewisser Weise sind Krisen für uns Genossenschaftler unangenehmer als für normale Lohnabhängige. Du hast neben der ohnehin anspruchsvollen Arbeit zusätzlichen Stress. Du denkst die ganze Zeit mit. Du überlegst dir andauernd, was auch aus den Belegschaften der Subunternehmen wird. Du trägst Verantwortung.» Zit. nach Pit Wuhrer: *Kooperative Mondragón*, a. a. O.

Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden»<sup>57</sup>, wäre ein Rückschritt. Er würde die Menschheit in ihrem Entwicklungsstand zurückwerfen.<sup>58</sup>

- Ein Wissens- und Informationsvorsprung zwischen Berufspolitikern, die das «Geschäft» sieben Tage in der Woche betreiben, und der Basis, die 35 Stunden die Woche oder länger erwerbstätig ist, lässt sich nicht vermeiden. Angesichts des Informations- und Machtgefälles und der Komplexität der Probleme ist eine Kontrolle der politischen und wirtschaftlichen Eliten durch die Basis eine Illusion. Die repräsentative Demokratie organisiert Kritik und Kontrolle deshalb anders: über die parlamentarische Opposition, professionell organisierte Interessengruppen sowie über die Medien, also über Personen, die sich ebenfalls hauptberuflich der Politik widmen. Und natürlich über regelmäßig stattfindende freie Wahlen.
- Das deutsche System der Betriebsräte- und Aufsichtsratsmitbestimmung trägt den Schwächen partizipatorischer Modelle Rechnung, indem es gerade nicht auf Basisdemokratie setzt, sondern auf dem Prinzip der Repräsentation aufbaut. Der einzelne muss sich nicht täglich um die Unternehmenspolitik kümmern, sondern er wählt Vertreter, Betriebs- und Auf-

57 Karl Marx, Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*, I. Band, geschrieben 1845–1846, Ausgabe Dietz Verlag Berlin (Ost) 1978, S. 33.

58 Noch bis Anfang des 19. Jahrhunderts wurden Tätigkeiten, die heute ein Zahnarzt ausübt, von Barbieren (Friseuren) erledigt, nämlich die Extraktion von Zähnen. Es ist zweifellos ein der fortschreitenden Arbeitsteilung zu verdankender Fortschritt, dass heute die Friseure Haare schneiden und akademisch ausgebildete Zahnärzte die Extraktion von Zähnen übernehmen und beide Meister ihres Faches sind.

sichtsräte, die das für ihn übernehmen. Diese Vertreter wiederum werden von den Gewerkschaften geschult, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen und den Kapitaleignern auf Augenhöhe gegenüber treten können. Dabei können und sollen sie nicht das Minimalkostenprinzip aushebeln, sondern nur seine negativen sozialen Folgen abfedern.

Es war die sozialliberale Koalition, die 1972 das Betriebsverfassungsgesetz novelliert und vier Jahre später mit dem Mitbestimmungsgesetz '76 die (annähernd) paritätische Vertretung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten der großen Kapitalgesellschaften eingeführt hat. Damit

wurde eine in der Welt einzigartige Unternehmensverfassung geschaffen<sup>59</sup>, die die Effizienz des Kapitalismus mit dem unverzichtbaren sozialen Ausgleich verbindet. Genau das ist der Ansatz sozialdemokratischer Politik: Am Kapitalismus festhalten, aber die Welt und das Leben der Menschen mit demokratischen Mitteln und in kleinen Schritten ein bisschen besser machen. ■

59 Beide Gesetze sind allerdings dringend novellierungsbedürftig und müssen an die Erfordernisse der heutigen Wirtschaft angepasst werden. Das wäre eine wichtige Aufgabe der Ampel-Koalition. Siehe dazu Christiane Benner: Den ökologischen Umbau der Industrie demokratisch und sozial gestalten – ein Auftrag für die Sozialdemokratie der Zukunft, in: *spw*, Heft 5/2021, S. 35 f.

# GESCHICHTSPERSPEKTIVEN

Uli Schöler

## Wiedergelesen: Willy Brandt – *Links und Frei*<sup>1</sup>

Nicht ganz vierzig Jahre nach dem Erster-scheinen des autobiografischen Rückblicks Willy Brandts auf seine Jahre zwischen 1930 und 1950 legt der Verlag Hoffmann und Campe also jetzt dieses Buch in einer neuen Auflage vor. Warum ich dies für eine großartige Sache halten, werden Sie im Verlaufe meines kleinen Einführungsvortrags erfahren. Bevor ich näher zu seinem Inhalt komme, würde ich gerne drei kleine Vorbemerkungen machen.

Erstens: Im Klappentext schreibt der Verlag, dass es sich um das wohl «persönlichste Buch» Willy Brandts handelt. Diese Einschätzung kann ich nur unterstreichen. Warum das so ist, wird mich in den folgenden zwanzig bis dreißig Minuten ebenfalls beschäftigen.

Zweitens: Bis heute gibt der Titel des Buches Anlass zu aufschlussreichem Argwöhnen und Missverständnissen. Zum einen verweist der Klappentext zutreffend darauf, dass der Titel *Links und frei* in Anspielung

an den berühmten Satz von Rosa Luxemburg, dass die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden sei, gewählt wurde. Der Ex-Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende beruft sich also ausgerechnet auf Rosa Luxemburg? Das missfiel auch damals sicherlich Vielen, die mit der Radikalität einer Rosa Luxemburg wenig anfangen konnten. Insofern ist das Missverständnis von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble geradezu paradigmatisch, der vor zwei Jahren in seiner durchaus Brandt-freundlichen Rede zur Eröffnung der neuen Wanderausstellung unserer Stiftung den Titel des Buches irrtümlich mit «Links aber frei» wiedergab. Für einen gestandenen Konservativen ist diese Kombination von links und frei, anders ausgedrückt: das Bekenntnis zu einem freiheitlichen Sozialismusverständnis, offenbar ein nicht wirklich verständlicher Zusammenhang.

Drittens: Als Willy Brandt das Manuskript zu diesem Buch fertigstellte, befand er sich in der zweiten Hälfte seiner sechziger Jahre, wenn man so will im klassischen Renten- oder Pensionärsalter, wo auch viele andere auf die Idee kommen, einmal innezuhalten und auf den eigenen Lebensweg zurückzuschauen. Aber ohne schon etwas vorwegzu-

<sup>1</sup> Rede, gehalten auf der Veranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung am 31. August 2021 in Lübeck. Vorgestellt wurde das Buch: Willy Brandt, *Links und frei. Mein Weg 1930-1950*, Hamburg 2021. Die Seitenzahlen in Klammern im Text beziehen sich auf die Voraufgabe Hamburg 1982.

nehmen: Ist irgendeinem hier Anwesenden aus der jüngeren Vergangenheit ein – auch sozialdemokratischer – Politiker bekannt, der sich in ähnlich gewissenhafter Weise auf gut 450 Druckseiten mit seinen politischen Aktivitäten als Jugendlicher bzw. junger Erwachsener auseinandergesetzt hätte? Mir zumindest fällt keiner ein!

Wenn ich nun über diese 450 Seiten berichten soll, dann werden Sie mir sicher zugestehen, dass ich das in der jetzt dafür zur Verfügung stehenden Zeit nur in kleinen Ausschnitten, gewissermaßen exemplarisch, tun kann. Aber ich möchte Sie wenigstens neugierig machen. Seinen politischen Standort als junger Gymnasiast in Lübeck beschreibt Brandt zunächst so: ein «junger «marxistisch» orientierter Linkssozialist» (232). Und weiter: «Wir waren links im Sinne von antiautoritär, veränderungsbereit, Gerechtigkeit und Sicherheit bewirkend.» (7) Und nochmals an anderer Stelle: «Wir waren antimilitaristisch und antinationalistisch – nicht antinational.» (44) und hegten große Sympathien für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (188).

Bemerkenswert ist, dass er seinen 1931 vollzogenen Schritt, sich der linkssozialistischen Abspaltung von der SPD, der SAPD, anzuschließen, den er später durchaus kritisch hinterfragte, nicht etwa als lässliche Jugendsünde abtut, sondern auch die positiven Begleiterscheinungen hervorhebt: «Der Zwang, an sich selbst zu arbeiten, war in einer kleinen Organisation stärker, als er es in einer großen Partei sein konnte. Wenn man Glück hatte, konnte man auch die Gefahren des sich Abkapselns überwinden. Es ist eine Herausforderung eigener Art, gegen den Strom schwimmen zu müssen.» (54) Auch die folgende Erfahrung wollte er später nicht missen: den Sozialismus nicht nur als «dauernde Aufgabe», sondern auch

ohne Tagegelder zu betreiben. (194) Es dürften diese selbst gemachten Erfahrungen einer widerständigen Minderheitsposition sein, die Brandt auch in späteren Jahren – man denke nur an die Zeit der Studentenbewegung – immer toleranter gegenüber kritischen jugendpolitischen Strömungen in der eigenen Partei wie außerhalb von ihr bleiben ließen, als es für viele seiner Mitstreiter in der damaligen Führung der SPD galt. Aber er vergaß ebenso nicht den überwältigenden historischen Kontext für seine damalige Entscheidung: «Die Gefahren von Sektierertum erfuhr ich nicht weniger deutlich als die geistarme Unzulänglichkeit von Kolossen auf tönernen Füßen.» (7)

An diesem kurzen, unscheinbaren Satz lässt sich Brandts Herangehensweise durch das ganze Buch hindurch identifizieren: Anders als in vielen anderen (auch bis heute noch gelegentlich anzutreffenden) sozialdemokratisch geprägten Geschichtsschreibungen hält er nichts davon, die eigene Geschichte nur aus der Opferperspektive bzw. der Fehlerzuweisung primär an andere zu schreiben. Er bleibt bis in seine späten Jahre bei einer scharfen – und wie ich finde: zutreffenden – Kritik am Immobilismus, an der «wortgewaltigen Impotenz» (wie er es nennt, 38) der sozialdemokratischen Führung gegenüber dem aufkommenden Nationalsozialismus. Nochmals Originalton Brandt: «Eine der entscheidenden Schwächen der Weimarer Sozialdemokratie war das Verwelken ihrer Anziehungskraft auf die junge Generation. Auch dies bleibt ein warnendes Beispiel.» (57) Ob die Führungsverantwortlichen der SPD der letzten dreißig Jahre sich diese Warnung gelegentlich vor Augen geführt haben?

Die Schilderung der frühen Lübecker Jahre lässt ein weiteres Charakteristikum erkennen, dass dieses Buch durchzieht und es

so ausgesprochen sympathisch macht. Anders als viele andere Autobiografien blendet Brandt die persönliche, beziehungs-mäßige und später familiäre Ebene nicht aus, trennt sie nicht von der politischen Person. Das ist kein Stoff für all die späteren Voyeure und Schnüffler, die meinten, sich mit seinem Liebesleben beschäftigen zu sollen. Nein, er beschreibt es immer wieder ganz unspektakulär: Zum 14. September 1930, dem Wahltag zum Reichstag, schreibt er: «Mehr als die Braunhemden verlangte in jenem September eine frühe Freundin meine Aufmerksamkeit; an den Wahlen konnte ich ohnehin noch nicht teilnehmen.» (9)

Ein liberaler Geschichtslehrer ließ den jungen Brandt beim Abitur über August Bebel schreiben. Von dem war ihm prägend in Erinnerung geblieben, dass es ihm vorrangig um die Sache ging – mit der Folge, dass er stets Vertretern anderer Richtungen in der Partei volle Meinungsfreiheit gewährte. Dieser gewichtige Grundsatz sollte allerdings in den Perioden vor wie nach Brandts Parteivorsitz in der deutschen Sozialdemokratie nicht immer dieselbe Beachtung behalten.

Denjenigen, denen die Sozialdemokratie als einmalige nicht nur politische, sondern auch als Jugend- und Kulturbe-wegung von Interesse ist, bietet das Buch eine wahre Fundgrube. Dies gilt natürlich besonders für das heute ja hier vorwiegend vertretene Lübecker Publikum. Die Aktivi-täten des hiesigen Sozialistischen Kulturkartells werden einfühlsam und mit persön-lichen Erlebnissen angereichert geschildert. So erfahren wir auch etwas über Lektürevorlieben des jungen Gymnasiasten: Jack London, Upton Sinclair, B. Traven, Martin Andersen Nexö, Ludwig Renn, Henri Barbusse, Maxim Gorki und Ernst Toller. Die Bücher-gilde Gutenberg war also gut vertreten. So

literarisch und politisch geschult, entging ihm natürlich die Klassenstruktur seiner Heimatstadt nicht: Er schreibt: «Das hanseatische Republikanertum beruhte stets auf unmißverständlicher Klassenabstufung: ein Nebeneinander, das für meinen Blick schon das Stadtbild prägte.» (33) Aber trotz dieser kritischen Betrachtung bekennt Brandt: «Lübeck hat mich gewiß geformt.» (33) Die berühmte Inschrift am Holstentor – «Concordia domi, foris pax» – also Eintracht im Innern, Friede nach außen – wurde ihm später zu einem der Leitbegriffe in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler 1969 (35).

Gewiss hat er in späteren Jahren, nach dem Ende des Weltkrieges, mit der Frage gerungen, ob er in seine Heimatstadt zurückkehren solle. Angebote gab es, auch das, Lübecker Bürgermeister zu werden. Aber, so schreibt er, die Decke schien mir dort nach den Jahren des Exils zu dicht über dem Kopf zu hängen. (33f.) So verschlug es ihn nach seiner Rückkehr nach Deutschlands ins sicherlich weit schwierigere Berlin.

Aber bis dahin war es noch ein langer, verworrener und zugleich gefährlicher Weg. Nachdem der junge Brandt im März 1933 zunächst dem SAP-Vorständler Paul Frölich zur Flucht von Lübeck nach Skandi-navien verhelfen sollte (was misslang), war sein Verbleiben in seiner Heimatstadt nicht mehr tragbar. Im April floh er über Däne-mark nach Norwegen und übernahm dort die Vertretung seiner kleinen Partei. In Oslo blieb er zwar, wie er schreibt, ein eifriges und weiter aufmüpfiges Mitglied des Ju-gendverbandes. Mehr und mehr adaptierte er aber die spezifisch skandinavischen Er-fahrungen der Arbeiterbewegungen ihrer Länder: Rechtsstaatlichkeit und Freiheitlich-keit, Liberalität und mitbürgerliche Solidari-tät als unverzichtbare Bausteine eines mo-

dernen Sozialismusverständnisses. In diesen Jahren des Exils lernte er viel für seine spätere Arbeit, bezeichnet sie als in mancher Hinsicht «die prägendsten Jahre seines Lebens» (83). Er verschweigt aber zugleich nicht die Mitgliedschaft in der kleinen linkssozialistischen Intellektuellengruppe «Mot Dag» (Dem Tag entgegen), einer – wie er es nennt – «ordensähnlichen Organisation», die sich international im rechtskommunistischen Spektrum betätigte.

Exilarbeit der dreißiger Jahre hieß nicht nur, den Zusammenhalt der je eigenen Gruppe zu organisieren, sondern ein möglichst breites Spektrum der Hitlergegner – die Kommunisten eingeschlossen – zu organisieren. In Brandts Schilderungen begegnen wir mehr oder weniger bekannten Persönlichkeiten, die seinen Weg kreuzten und die sein politisches Denken mitgeprägt haben: Jacob Walcher, Boris Goldenberg, Stefan Szende, Max Köhler, Willi Münzenberg, Rudolf Breitscheid, Max Hodann oder Wilhelm Reich, um nur einige zu nennen. Die Begegnung mit Wilhelm Reich, dessen Sekretärin Brandts Lübecker Lebensgefährtin später wurde, blieb nicht ohne Einfluss auf seine Sicht des Verhältnisses von Privatem und Politik: Die auch später von ihm wahrgenommene Verklemmtheit vieler Sozialdemokraten in der Frage des Sexuellen war seine Sache nicht. (118)

Für den oder die historisch Interessierten sind Brandts Schilderungen seines Mitwirkens in der Unterstützung der französischen Volksfront sowie der republikanischen Seite im Spanischen Bürgerkrieg Mitte der dreißiger Jahre eine wichtige Ergänzung und Kommentierung bekannter Vorgänge. Später vielfach zu lesende Abgesänge anderer Beteiligter oder rückschauender Autoren sind seine Sache nicht, ebenso nicht Heroisierungen damaliger Akteure. Er bleibt

auch bei seiner kritischen Distanz zum Exilvorstand der SPD in Prag, der zwischen Texten über «revolutionären» (er setzt das in Anführungszeichen) Sozialismus, Kommunistenfurcht und Hoffnungen auf die Reichswehr hin und hergetapst sei. (141) Zugleich stockt einem der Atem, wenn man noch einmal die Schilderung des tödlich endenden Schicksals von Persönlichkeiten wie Rudolf Breitscheid oder Rudolf Hilferding liest.

Das gilt in gleicher Weise für Brandts eigene illegale Aktivitäten, die er Gott sei Dank unbeschadet überstand. Im Sommer 1936 reiste er mit fremdem Pass illegal nach Berlin, um die letzten versprengten SAP-Gruppen neu zu koordinieren. Es ist aus heutiger Sicht kaum noch nachzuspüren, welcher außerordentlichen Mut aufzubringen war, um sich auf ein solches Abenteuer einzulassen. Ende des Jahres folgte die Teilnahme an der sog. Kattowitzer Konferenz der SAP, an deren Ende er den großen österreichischen Parteiführer Otto Bauer in Brünn aufsuchte. Anders als die Exilführung der deutschen SPD nahm Bauer die Verantwortung für die 1934 erlittene Niederlage gegenüber dem Austrofaschismus auf sich. Brandt berichtet: «Mir imponierte die Haltung des österreichischen Parteiführers, der sagte, die alte Führung habe in der Konsequenz der Niederlage beiseitezutreten; sie solle sich darauf beschränken, ihre Erfahrungen auszuwerten und sie den neuen, jüngeren Kräften zu vermitteln: Geschlagene Feldherren müßten abtreten... Das war eine andere Sprache als jene, die wir von den deutschen Parteiführern gewohnt waren.» (201) Mein Eindruck ist der, dass sozialdemokratische Führungspersonlichkeiten der vergangenen Jahrzehnte sich nicht immer an solcherart Empfehlungen gehalten haben.

1938 wird Brandt durch die nazideutschen Behörden ausgebürgert. Dabei wurden ihm seine verschiedenen Widerstandsaktivitäten vorgehalten. So war er gezwungen, die norwegische Staatsangehörigkeit zu beantragen. Als das Land von der deutschen Armee besetzt wurde, vernichtete er seine verbliebenen Ausweispapiere und ließ sich in einer von einem Freund geliehenen norwegischen Uniform gefangen nehmen – ein Schritt, der ihm von seinen politischen Gegnern in den sechziger und siebziger Jahren in der Bundesrepublik immer wieder vorgehalten wurde. Mitte Juni 1940 wird er freigelassen und kann sich schließlich nach Schweden durchschlagen. Welch dramatische Zeit er in dieser Phase zu durchleben hatte, mag man daran ermessen, dass er seine inzwischen geborene erste Tochter erst Monate später zu Gesicht bekam. Hören wir ihn nur in einem kurzen Abschnitt nochmals selbst: «Mein persönlicher und politischer Kontakt zum Widerstand war eng, wenn ich auch mit seinen organisatorischen Aktivitäten nichts zu tun hatte. Einige meiner Freunde wurden verhaftet, gefoltert, deportiert, einige zum Tode verurteilt oder als Geiseln erschossen.» (311) In Schweden konnte Willy Brandt immerhin seine journalistische Arbeit fortsetzen. Er schrieb neben hunderten von Artikeln vier aktuelle Bücher über den Krieg in Norwegen. (327) Eines davon hat unsere Stiftung vor wenigen Jahren neu in deutscher Sprache herausgebracht.

Für die europäische und deutsche Nachkriegsentwicklung von großer Bedeutung wurde Brandts Mitwirken als ehrenamtlicher Sekretär in einer Gruppe von Sozialdemokraten aus einem Dutzend unterschiedlicher Länder, die später unter der Überschrift «Die Kleine Internationale» in die Geschichte eingegangen ist. Im Frühjahr 1943 veröffentlichte sie ihre «Friedensziele demokratischer

Sozialisten». (340), ein Jahr später die Broschüre «Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten». (361) Die Zusammenarbeit in dieser Gruppe war ein wichtiger Faktor für die Rückkehr vieler Linkssozialisten in die SPD nach dem Ende des Weltkrieges.

Brandts erste Ehe hatte den Krieg nicht überlebt, seit 1943 war er mit seiner späteren langjährigen Frau Rut Iliert. Norwegische Zeitungen delegierten ihn im Frühjahr 1945 als Berichterstatter zum ersten Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg. Bei seinen Besuchen im zerstörten Deutschland nahm er zügig Kontakt zu den heimgekehrten Mitstreitern aus den früheren Jahren auf. Seine persönlichen Schilderungen lassen deutlich werden, in welchem bedeutendem Ausmaß Angehörige der vormaligen Splittergruppen der Arbeiterbewegung – der SAP, der KPO oder des ISK, um nur einige zu nennen – führend am Wiederaufbauprozess beteiligt waren. Ihre gleichzeitigen Bemühungen, vielerorts – auch in Lübeck – sog. Antifa-Ausschüsse zu bilden, um die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden, wurden durch die militär-bürokratische Übermacht der Besatzungsmächte unterbunden. (391/7)

Wie bereits erwähnt entschied sich Brandt nicht für einen Neubeginn in Lübeck, sondern nahm das Angebot an, die Verbindungsstelle des Parteivorstands in Berlin zu übernehmen, ein Schritt, der – wie nachzulesen ist – in den ersten Jahren mit mannigfachen Schwierigkeiten und inneren Querelen verbunden war. Es sollte eine ganze Reihe von Jahren dauern, bis er es zu dem neuen Hoffnungsträger der SPD als Regierender Bürgermeister mit grandiosen Wahlergebnissen brachte, dem Bild, das heute überwiegend unsere Erinnerung prägt.

Ein weiter Bogen also, den dieses Buch schlägt. Lassen Sie mich abschließend – in

aller Kürze – in vier Punkten für die Diskussion festhalten, was dieses Buch aus meiner Sicht so besonders macht:

1. *Links und frei* ist auf faszinierende Weise Lebenserinnerung und Geschichtsbuch zugleich.
2. In ungewöhnlich ernsthafter und sorgfältiger Weise reflektiert hier ein älter gewordener Spitzenpolitiker die Motive und Antriebsmomente seines jugendpolitischen Engagements. Er nimmt sie in gleicher Weise ernst wie die späteren Einsichten aufgrund eigenen praxisgesättigten Tuns als Regierender Bürgermeister, Außenminister, Bundeskanzler oder Parteivorsitzender.
3. Wir begegnen nicht dem gängigen Klischee der «jugendpolitischen Sünden», mit denen Politiker im Normalgeschäft des Politikbetriebs große Teile ihres Lebenswegs zur Tabuzone machen.
4. Das Buch zeigt für mich, dass erst eine solche schonungslose und selbstkritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Lebensweg die Voraussetzung für eine wahrhaft historische Figur schafft, die sich von den oft anzutreffenden Charaktermasken des gängigen politischen Betriebs unterscheidet. Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Authentizität eines politischen Akteurs dürfte wohl am ehesten so entstehen. ■

---

Richard Saage

## Anmerkungen zu meinem Buch *Otto Bauer. Ein Grenzgänger zwischen Reform und Revolution*<sup>1</sup>

Es ist keineswegs so, dass der Autor selbst als «der beste Kenner und Kommentator seines eigenen Werkes» gelten kann. Vielleicht ist dies der Fall im Augenblick der Niederschrift seines Textes. «Aber», wie Thomas Mann 1939 in seiner Einführung in den Roman *Der Zauberberg* vor Studierenden der Princeton University ausführte, ein «abgetanes, zurückliegendes Werk wird mehr und

mehr von ihm Abgelöstes, Fremdem, worin und worüber andere mit der Zeit viel besser Bescheid wissen als er, so daß sie ihn an vieles erinnern können, was er vergessen oder sogar nie klar gewußt hat».<sup>2</sup>

So erinnerte mich Wolfgang Maderthaler an eine zentrale Interpretationsperspektive meines Umgangs mit den Texten Otto Bauers, wenn er in seinem Geleitwort zu

1 Diesen Text habe ich anlässlich einer Buchvorstellung in Innsbruck im Parteihaus der SPÖ am 15.11.2021 vorgetragen. Siehe: Richard Saage (2021): *Otto Bauer. Ein Grenzgänger zwischen Reform und Revolution*, Lit Verlag Berlin.

2 Thomas Mann: Einführung in den *Zauberberg* für Studenten der Universität Princeton, in: Ders.: *Der Zauberberg* (1924), Roman, Stuttgart/Hamburg o.J., S. V–XVI, hier S. IV.

der vorliegenden Studie schreibt, das Defizit der bisherigen Bauer-Literatur resultiere aus der Weigerung, «ihr Erkenntnisobjekt im Rahmen des diesem ureigenen (theoretischen, sozio-kulturellen) Paradigmas» zu verankern. «Im Falle Otto Bauers wäre dies eben der Marxismus oder vielmehr dessen spezifisch «austromarxistische» Variante».<sup>3</sup> Und Peter Steinbach attestiert dem Autor in seiner Rezension die ihm selbst gar nicht mehr bewusste Fähigkeit, «im *close reading* der Texte Bauers dessen Denken, aber auch Zweifeln und Suchen nachvollziehend sichtbar zu machen».<sup>4</sup> Er habe Respekt vor den Arbeiten Bauers und interpretiere sie, verstehe sich aber nicht als Zensor seiner Texte.

Tatsächlich erfolgte die bisherige Bauer-Rezeption im Zeichen eines mehr oder weniger dogmatischen Standpunkt-Denkens. Für die einen wie für seine Weggefährten Julius Braunthal und Otto Leichter war er eine moralische und intellektuelle Lichtgestalt, für die anderen wie für Engelbert Dollfuß und Curt Geyer ein verkappter Bolschewist, während die kommunistische Agitation suggerierte, er sei ein Verräter an der Revolution 1918/19 – je nach dem Standort dessen, der glaubte, ein solches Urteil aussprechen zu können. Diese Schwarz-Weiß-Malerei setzte sich auch nach 1945 fort, indem sie auf den Politikstil Bauers übertragen wurde. Sie bestimmte z. B. die einflussreiche Interpretationsperspektive Norbert Lesers, wenn er die Rolle Bauers in der Österreichischen Revolution charakterisiert. Die Logik der Argumentation Lesers «lautet (entweder ganz oder gar nicht). Entweder hätte die So-

wjetrepublik Österreich erkämpft oder aber eine dauerhafte Koalition mit den Christlichsozialen bei Verzicht auf Sozialisierung errichtet werden müssen».<sup>5</sup> Noch im Jahr 2000 stellte Leser sein Bauer-Bild in Anlehnung an ein Diktum Franz Grillparzers unter das Motto «halber Weg und halbe Tat».<sup>6</sup>

Leser greift hier auf einen Topos zurück, der auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale von einem ehemaligen österreichischen Sozialdemokraten, der nach den Februarkämpfen 1934 zu den Kommunisten übergelaufen war, gegen Bauers methodischen Ansatz geltend gemacht wurde. Er bekannte, dass ihn «in der Sozialdemokratie die Halbheit, das verfluchte Einerseits-andererseits der innere Widerspruch im Denken bedrückt» habe. «Jetzt erlebe er das Glück, in einer einheitlichen Partei, mit einheitlichem Denken für ein einheitliches Ziel kämpfen zu können» (IV, 324).<sup>7</sup> Bauers der Aufklärung verpflichteter Kommentar war eindeutig genug: «So sprechen gläubige Menschen, die sich glücklich fühlen im Vertrauen auf ein starres Dogma und auf den Befehl von oben, die ihnen ersparen, selbst zu denken, selber um Erkenntnis zu ringen» (IV, 324).

Bauer sah seinen Verzicht auf Eindeutigkeit dadurch gerechtfertigt, dass er bereit war, sich auf die ständig wandelnde Wirklichkeit, auf den «zweispaltigen Charakter der sozialen Phänomene» (IV, 324), einzulassen, ohne sich ihr auszuliefern und die

3 Wolfgang Maderthaler: Otto Bauer. Ein Geleitwort, in: Richard Saage: *Otto Bauer. Ein Grenzgänger zwischen Reform und Revolution*, Berlin 2021, S. 1–7, hier S. 6.

4 Peter Steinbach: Rezension Saage, Bauer, in: *ZfG*, 69. Jg. (2021), S. 880–882, hier S. 882.

5 Walter Euchner: Otto Bauer und die Sozialisierung in Österreich 1918/19, in: Detlev Albers / Horst Heimann / Richard Saage (Hg.), *Otto Bauer: Theorie und Politik*, Berlin 1985, S. 32–42, hier S. 40.

6 Zit. nach Peter Steinbach: Rezension Saage, Bauer, S. 880–882, hier S. 880.

7 Zitiert wurde nach der *Otto Bauer Werkausgabe*, Wien 1975–1980. Die lateinische Ziffer bezeichnet den Band, die arabische die Seitenzahl.

sozialistische Perspektive preiszugeben. Implizierte sie nicht für die Nachgeborenen die Chance, «über die Verbindung von Sozialismus und Demokratie, über die Zukunftsgestaltung im 20. und 21. Jahrhundert nachzudenken?».<sup>8</sup> Ein solches Erkenntnisinteresse, das nicht dem «entweder-oder», sondern dem «sowohl-als-auch» verpflichtet ist, legt eine doppelte Interpretationsperspektive nahe: Zum einen ist sie durch den Versuch charakterisiert, das Lebenswerk Bauers soweit wie möglich im Kontext seiner Zeit zu deuten. Zum andern ist sie aber auch dadurch geprägt, dass sie unseren Fokus auf die Elemente des Bauerschen Oeuvres richtet, die uns auch heute noch unmittelbar ansprechen.

Im Vordergrund dieser Aufsatzsammlung steht also nicht die Absicht, Bauer in advokatorischer Manier auf die historische Anklagebank zu setzen noch ihn in den hagiografischen Zustand der Unangreifbarkeit zu erheben. Das dieser Edition zugrunde liegende Erkenntnisinteresse besteht vielmehr darin, ihn und sein Lebenswerk so weit wie möglich zu «verstehen». Kernbegriffe seines Denkens wie «Marxismus», «Nation», «Revolution», «Reform», «Kapitalismus», «Sozialismus», «Gleichgewicht der Klassenkräfte» «Demokratie», «Diktatur» oder sein kulturell akzentuiertes Deutschum können nur nachvollzogen werden im historischen Erfahrungsraum seiner Zeit. Andererseits steht dieser «Historisierung» die Frage des überschießenden Gehalts des Lebenswerkes Bauers gegenüber, die uns hilft, unsere eigene Situation heute im Fokus seiner Analysen zumindest punktuell besser zu begreifen. Auch dieser Dimension des Bauerschen Lebenswerkes sucht die vorliegende Analyse gerecht zu werden.

Dies voraussetzend, hat der Verfasser versucht, sich dem Denken Otto Bauers in Form einer lebensweltlich vermittelten Auseinandersetzung zu nähern, die nicht auf seinen polit-ökonomischen Ansatz im engeren Sinn, sondern auf sein Profil als politischer Theoretiker fokussiert ist. Abgesehen von der Einleitung und dem Epilog handelt es sich um vierzehn Aufsätze, die der Verfasser zwischen 1985 und 2020 publiziert hat und denen ein unterschiedliches Format zuzuordnen ist. Sieben Aufsätzen ist eine vertikale Struktur eingeschrieben. Sie setzen sich in monografischer Form mit den Hauptwerken Bauers auseinander, die von *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie* (1907) und *Das Weltbild des Kapitalismus* (1916) über *Die österreichische Revolution* (1923), *Der Kampf um Wald und Weide* (1925) und *Rationalisierung-Fehl-rationalisierung* (1931) bis *Zwischen zwei Weltkriegen?* (1936) und *Die illegale Partei* (1939) reichen. Von Hauptwerken ist hier deswegen die Rede, weil sie der grundsätzlichen Positionsbestimmung Bauers dienen und in der Literatur auch so verstanden werden. Die anderen sieben Aufsätze sind konzeptionell ausgerichtet und auf einer horizontalen Interpretationsebene angesiedelt. Es geht hier um Theorieansätze, wie das Gleichgewicht der Klassenkräfte, das Sozialismusproblem, die Stellung zur Koalitionsfrage und zum Faschismus oder zur Sowjetunion, der eine Vielzahl von Briefen und Artikeln zugrunde liegen: Fragmente, die erst zu einem schlüssigen Ganzen zusammengefügt werden müssen.

Um die Verbindung zwischen den Texten und der Lebenswelt des Autors herzustellen, ist der Rekurs auf den Menschen und den Politiker Bauer unverzichtbar. Zwar stehen die vorgestellten Texte auch für sich selbst. Aber sie bleiben abstrakt, wenn sie

8 Steinbach, Rezension, S. 880.

nicht in den oft widersprüchlich erscheinenden Lebensvollzug ihres Autors eingeordnet werden. So hat Wolfgang Maderthaler zu Recht auf Bauers Herkunft aus dem bildungsbehafteten assimilierten Judentum hingewiesen.<sup>9</sup> Doch trotz seines säkularisierten Selbstverständnisses blieb Bauer Mitglied der jüdischen Kultusgemeinde in Wien. Auf die Frage, wie sich das mit seinem Bekenntnis zur Aufklärung vereinbaren lasse, soll Bauer geantwortet haben, das könne niemand verstehen, der nicht die Erfahrung machen musste, hinter seinem Rücken als «Saujud» diffamiert zu werden.<sup>10</sup> Diesem Versuch, sich der Lebenswirklichkeit Bauers anzunähern, dient die Einleitung, der mithin für die Architektur dieses Buches eine entscheidende Bedeutung zukommt, ohne freilich den Anspruch einer ausdifferenzierten Biografie erheben zu wollen. Der Band schließt ab mit einem kurzen Epilog, der zentrale Resultate dieser Untersuchung zusammenfasst.

Doch mögen sich die Texte, wie eingangs betont, gegenüber ihrem Autor in der über 35-jährigen Auseinandersetzung mit dem Lebenswerk Otto Bauers auch tendenziell verselbstständigen, so verhält es sich – jedenfalls in meinem Fall – mit der Motivation, sie zu schreiben, anders. Tatsächlich ist mein Interesse an der Geschichte des Austromarxismus in ihrer ideengeschichtlichen Spielart während der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn und in der Ersten Republik sowie im austrofaschistischen Regime ungeboren. Diese Motivation setzte ein, als mein Göttinger Kollege Walter Euchner und

ich in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre im Rahmen unseres Forschungsprojekts «Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen» im Wiener Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung in der Albertgasse Materialien sichteteten und Quellen auswerteten.

Seitdem habe ich einen langen Weg bis zur Vollendung dieser Edition zurücklegen müssen. Zwar wurde er überformt durch eine Reihe anderer Projekte, die von der Erforschung des Besitzindividualismus bei Immanuel Kant, der Faschismustheorien und der politischen Utopien über die ideengeschichtliche Rekonstruktion des Toleranz- und Widerstandsgedankens in der Niederländischen und der Englischen Revolution sowie der demokratischen Partizipation seit der Antike bis hin zur Auseinandersetzung mit der neueren Philosophischen Anthropologie und der Rezeption der Evolutionstheorie Darwins in der österreichischen und deutschen Sozialdemokratie reichten. Doch nebenher begleitete mich weiterhin das Faszinosum Austromarxismus in der Bauerschen Lesart, das den genannten Forschungsschwerpunkten wie ein Schatten folgte. Mir liegt nichts ferner, als eine Teleologie zu konstruieren, deren Anfang ihren Ort im Archiv des VGA in der Wiener Albertgasse hat und deren Ende das vorliegende Buch ist. Aber letzteres ist für mich doch ein Anlass, über die Gründe dieser Kontinuität nachzudenken.

Aus der Vielzahl der Ursachen möchte ich nur zwei hervorheben, von denen die eine auf den emanzipatorischen Umbruch der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückgeht. Die damalige Marxismus-Renaissance war unter anderem auf zwei Denkschulen fokussiert, zu deren Defiziten für mich der Austromarxismus Otto Bauers eine genuine Alternative bot. Die

9 Vgl. Maderthaler: Geleitwort, S. 1 f.

10 Vgl. Joachim Riedel: Prophet der Utopie. Eine neue Biografie beschreibt die Gedankenwelt von Otto Bauer, dem geistigen Vater des Roten Wiens, in: *Die Zeit*, Nr. 20, 12. Mai 2021, S. 17.

eine Richtung löste das Marxsche Paradigma in Marx-Philologie auf. Dieser Ansatz ist durchaus legitim. Aber ausschließlich textimmanent ausgerichtet, hat er eine Tendenz zur Selbstisolation bzw. zum Begriffsrealismus: Der von Marx geprägte Begriff wird für die Realität selbst gehalten. Die gesellschaftliche Wirklichkeit hat sich nach ihm zu richten. Ihr kommt bestenfalls die Aufgabe zu, ihn mit Inhalt zu füllen.

Der Austromarxismus in der Version Bauers verfährt umgekehrt, indem er den induktiven Ansatz wählt: Erst sind die historischen Erfahrungstatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Dann erfolgt in einem zweiten Schritt ihre analytische Durchdringung mittels Marxscher Kategorien. Dieser Ansatz machte die Öffnung zu den Resultaten und Methoden der sogenannten «bürgerlichen» Wissenschaft zwingend erforderlich, deren Spektrum vom Neukantianismus bis zur Evolutionstheorie Darwins reichte. Tatsächlich «entstand der Austromarxismus in permanenter Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen literarischen Avantgarde, der österreichischen Schule der Nationalökonomie, der naturwissenschaftlichen Erkenntnislehre Ernst Machs (Empiriekritizismus), der Neubegründung der Psychologie (Freud und Alfred Adler) und der reinen Rechtslehre (Hans Kelsen)».<sup>11</sup>

Es ist paradigmatisch, wenn sich Bauer in seiner Rationalisierungsschrift von 1931 in den ersten drei Kapiteln nicht mit Marx und Engels, sondern mit Frederick W. Taylor, Edgar Hoover und Henry Ford auseinandersetzt. Wie seine Unterstützung der Studie von Marie Jehoda und Paul Lazarsfeld *Die Arbeitslosen von Mariental* (1931) zeigt, förderte Bauer darüber hinaus die Entwicklung und Nutzung der empirischen Sozial-

forschung, die zum unverzichtbaren Korrektiv austromarxistischer Theoriebildung avancieren. Es handelt sich um eine programmatische Option, die der Austromarxismus mit der älteren kritischen Theorie der Frankfurter Schule unter Max Horkheimer und Theodor W. Adorno teilte: freilich mit dem Unterschied, dass ihr empirisches Korrektiv eine emanzipatorische Massenbewegung mit ihrem Experimentierfeld im Roten Wien und nicht nur der akademische Diskurs war.

Die andere Richtung wurde damals von der Orthodoxie des Marxismus-Leninismus repräsentiert. Sie lief auf eine exkludierende und dogmatisch ausgerichtete Legitimationsstrategie des sogenannten real existierenden Sozialismus der Gesellschaften des sowjetischen Typs im Zeichen einer elitär interpretierten Diktatur des Proletariats hinaus, die sich als Alternative zur kapitalistisch grundierten liberalen Demokratie verstand. Demgegenüber ist die Denkschule des Austromarxismus tief im liberalen Emanzipationsdenken des frühen Bürgertums verwurzelt. Auch setzte er sich, wie schon hervorgehoben, mit dessen Erben wie den Neukantianismus in produktiver Weise auseinander, wie vor allem die Sozialphilosophie Max Adlers zeigt.<sup>12</sup> Empirieoffen und hochgradig ideologiekritisch gegenüber weltanschaulichen Absolutheitsansprüchen ist er nicht nur mit der parlamentarischen Demokratie des allgemeinen Wahlrechts vereinbar, für deren Erhalt die Sozialdemokratie in der Ersten Republik vergebens kämpfte. Er tritt auch an, die individuellen Freiheitsrechte von kapitalistischen

<sup>12</sup> Vgl. hierzu Richard Saage: *Austromarxismus und Ethik. Anmerkungen zu einer Kontroverse im Schatten des Revisionismus-Streits zwischen Otto Bauer, Karl Kautsky und Max Adler* (unveröffentlichtes Manuskript).

<sup>11</sup> Maderthaler: Geleitwort, S. 6.

Restriktionen zu befreien und im demokratischen Sozialismus zur vollen Entfaltung zu bringen.

Dieses Ziel vor Augen, war Bauer «ein erfolgreicher Politiker, so müssen wir seine Rolle in der Ersten Republik interpretieren, solange der politische Kampf sich auf der Ebene der demokratischen Legalität abspielte. Innerparteilich wahrte er die Einheit der SDAP und parlamentarisch führte er die Sozialdemokratie zum Wahlsieg von 1927 und 1931. Auch machte seine Politik der konsequenten Opposition das Rote Wien auf Kosten des bürgerlichen Lagers überhaupt erst möglich. Aber Bauer war ein scheiternder Politiker, sofern sich der Klassenkampf außerparlamentarisch im Schatten des Bürgerkriegs und mit den Mitteln der Gewalt abspielte. Das war ab dem 15. Juli 1927 der Fall, als es angesichts eines Justizskandals zu einem Massenaufstand in Wien kam, der blutig niedergeschlagen wurde. Gewinner dieses Gewaltexzesses war nicht Bauer, sondern der Kanzler des Bürgerblocks, der Prälat Ignaz Seipel, der zunehmend mit den Heimwehren kooperierte und damit den Weg zum Niedergang der Republik ebnete. Diesem auf offene Gewaltanwendung setzenden Trend hatte der Politiker Bauer mit seiner Defensivstrategie auf dem außerordentlichen Parteitag im Wiener Arbeiterheim Favoriten vom 14. bis 16. Oktober 1933 wenig entgegenzusetzen».<sup>13</sup>

Andererseits hat mich die austromarxistische Justierung der utopischen Vision einer besseren Welt durch die pragmatische Praxis in der Alltagswirklichkeit fasziniert, für die Bauers Theorieansatz steht. Tatsächlich gehört das in vielen Artikeln beschriebene visionäre Leitbild einer möglichen kollekti-

ven Emanzipation der kleinen Leute in ihrer spezifischen proletarischen Lebenswelt zum unverzichtbaren Erbe des Bauerschen Oeuvres. In diesem Sinne ist in der Festschrift anlässlich der Gründung der österreichischen Sozialdemokratie vor 130 Jahren im Blick auf das Rote Wien von einer «Veralltäglichen der Utopie»<sup>14</sup> die Rede. Tatsächlich lebte das austromarxistische Reformprojekt in der Lesart Bauers nicht nur von Max Adlers Traum eines Neuen Menschen allein, sondern auch von dem Wirken handfester und mit den Nöten der unterbürgerlichen Schichten vertrauter Pragmatiker wie Robert Dannemann, Ferdinand Hanusch, Julius Tandler, Otto Glöckel und Hugo Breiner. Tut sich hier nicht ein unüberbrückbarer Hiatus auf? Dass eben dies nicht der Fall war, gehört zum harten Kern des austromarxistischen Lehrstücks Otto Bauers, das mich auch heute noch unmittelbar anspricht. Auf eine Formel gebracht, ist es die Erkenntnis, dass utopische Vision und Realpolitik sich nicht ausschließen müssen, sondern sich in einem Verhältnis gegenseitiger Korrektur ergänzen können.

Gewiss, wir stehen heute vor ganz neuen Herausforderungen und Aufgaben. Wenn die Erstürmung des Kapitols in Washington durch einen populistisch aufgehetzten Mob den Beginn des digitalen Zeitalters im Dunstkreis von Verschwörungstheorien und der Aufhebung der Differenz zwischen Wahrheit und Lüge signalisieren sollte, ist für die Zukunft das Schlimmste zu befürchten. Dennoch ist Heinz Fischer zuzustimmen, dass auch im 21. Jahrhundert sozialdemokratische Grundwerte und Ideen die

13 Saage: Bauer, S. 22f.

14 Wolfgang Maderthaler: Das rote Wien – die «Veralltäglichen» der Utopie, in: *Österreichische Sozialdemokratie seit 1889*. Hg. von Hannes Androsch / Heinz Fischer / Wolfgang Maderthaler, Wien 2020, S. 126–137, hier 126.

historischen Abläufe maßgeblich beeinflussen könnten, wenn es gelingt, durch die Rückbesinnung auf den aufklärerischen Impetus der alten Arbeiterbewegung, für den die Namen Victor Adler und Otto Bauer stehen, die richtige Antwort auf heutige Problemlagen zu finden und durchzusetzen.<sup>15</sup>

Dieser Bezug ist aber nur dann zukunfts-fähig, wenn er sein eigenes selbstkritisches Potenzial als Reflexionswissen in seine politische Praxis einfließen lässt. Der Blick nach vorn schließt das Bewusstsein des möglichen Scheiterns mit ein. Wenn es eine Formel für die Verbindung von Theorie und Politik im Lebenswerk Otto Bauers gibt, die aus dieser Edition abzuleiten ist, dann könnte gesagt werden: Es sprengt das Muster einer Hagiografie ebenso wie seine Stigmatisierung als «großer Illusionist», der gravierende Fehlentwicklungen der Ersten Republik entscheidend mitzuverantworten habe. Bauers zaudernde Haltung angesichts der außerparlamentarischen Gewaltbereitschaft seiner politischen Gegner verbietet es zwar, einen Heldengesang auf ihn anzustimmen. Aber es wirft zugleich auch ein grelles Licht auf die restriktiven Bedingungen humanitärer Politik des demokratischen Sozialismus in der Zwischenkriegszeit, der nicht nur Bauers zentristischer Kurs, sondern auch linke und rechte Alternativen wie in Ungarn und Deutschland zum Opfer fielen.

Auch sind der Aktualisierung seines theoretischen Lebenswerks Grenzen gesetzt. Tragende Pfeiler seiner Politikkonzeption, von der die in dieser Darstellung aufgeführten Schriften leben, gehören der Geschichte an: Das Proletariat als historisches Subjekt der großen Transformation ist die

ser Rolle heute noch weniger gewachsen als zu Bauers Zeiten. Die Sowjetunion als großer, wenn auch prekärer Hoffnungsträger, mit der sich Bauer von 1917 bis zu seinem Tod 1938 auseinandersetzte, ist von der historischen Bühne verschwunden. Und die innenpolitischen Herausforderungen, auf die Bauer Antworten suchte, haben sich verändert: Stand für ihn noch die soziale Frage im Zentrum seiner Theorie und Praxis, bei deren Lösung er zwischen Reform und Revolution schwankte, so ist sie heute von dem ökologischen Imperativ der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit überformt. Gelegentliche Hinweise Bauers auf die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zuzuordnenden Umweltzerstörungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass er ganz im Sinne des älteren Marxismus auf quantitatives Wirtschaftswachstum setzte, das im Sozialismus besser zu steigern sei als unter kapitalistischen Bedingungen.

Andererseits hat die vorliegende Edition zwei Einsichten vermittelt, die auch heute noch Aktualität beanspruchen können: Vor allem seine Schriften in der Habsburgermonarchie und in der Ersten Republik zeigen, dass Bauer ein Meister gesamtgesellschaftlicher Analysen war. Sie verdeutlichen, dass eine empirieoffene marxistische Methode in ihrer Anwendung auf aktuelle soziale Sachverhalte zu innovatorischen Ergebnissen führen kann. Das ist in der Nationalitätenfrage sowie in seinem Abriss einer materialistischen Philosophiegeschichte Europas ebenso der Fall wie in seinen Analysen der Österreichischen Revolution 1918/19. Aber auch durch sein brillant gehandhabtes Theorem des Gleichgewichts der Klassenkräfte und in seinen Studien zur Agrargeschichte Österreichs seit der Frühen Neuzeit sowie zur industriellen Rationali-

15 Heinz Fischer: Prolog. Für Frieden und Demokratie, in: *Österreichische Sozialdemokratie*, S. 7-15, hier S. 14 f.

sierung Mitte der 1920er-Jahre und in seinen Faschismustheorien kam er zu Einsichten, die auch heute noch Bestand haben. Diese innovatorischen Resultate platzierte er nicht in ein neutrales gesellschaftspolitisches Konzept mit technokratischen Zügen: Vielmehr sind sie alle auf das umfassende Ziel ausgerichtet, die Gesellschaft insgesamt von irrationalen Zwängen zu befreien, die die Entfaltung ihres humanitären Potenzials verhindern.

Der Garant dafür, dass aus dieser Hoffnung trotz des Aufstiegs des Faschismus und der Defensive der Arbeiterbewegung und trotz seiner massiven Kritik an den von den Bolschewiki zu verantwortenden Fehlentwicklungen in Russland Wirklichkeit werden kann, war für Bauer ab 1931 die Sowjetunion. Aber Bauers Fokus auf die Korrelation von Transformation und terroristischer Gewalt in diesem Land zeigt die Grenzen seiner analytischen und prognostischen Kraft auf. «Es ist sicherlich eine fundamentale Schwäche in der Argumentation Bauers, dass er eigentlich immer erst ex post zu entscheiden vermag, wann der Fall des historisch nicht gerechtfertigten Terrors aktuell wird. Diese Konsequenz resultiert aus seinem widersprüchlichen Begründungszusammenhang selbst. Einerseits hat sich die terroristische Diktatur vor dem Ziel der sozialistischen Demokratie zu rechtfertigen; andererseits geht Bauer aber von der Prämisse aus, dass die barbarische Form des Fortschritts auf die Barbarei der Gesellschaftsformation verweist, (aus der sie die Menschheit befreien muß) (IX, 565). Während das erste Postulat den Terror strikt begrenzt und nach institutionellen Garantien seiner Bändigung verlangt, erteilt die zweite Maxime ihm gewissermaßen eine

Generalvollmacht. Die Problematik des Bauerschen Ansatzes liegt also darin, dass er auf zwei sich widersprechenden Elementen beruht, die ein klares Kriterium des Umfangs der von der Diktatur ausgeübten Gewalt und ihrer institutionalisierten Schranken vermissen lassen».<sup>16</sup>

Ebenso wichtig wie diese Fehleinschätzung, vor der ihn nicht wenige Zeitgenossen warnten, ist, «dass Bauer in seinen hier vorgestellten theoretischen Ansätzen Individualität und Kollektivität nicht als Gegensätze, sondern als Einheit denkt. Wer als Sozialist die Kollektivität so versteht, dass ihr rücksichtslos die Individualität der Einzelnen geopfert wird, der landet im Stalinismus. Wer umgekehrt die Individualität so begreift, dass sie zum ausschließenden Gegensatz zur Kollektivität wird, setzt sich im Grunde genommen für die Entfaltung einer kleinen Elite auf Kosten der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung ein. Demgegenüber hat Otto Bauer klar gesehen, dass eine humane Individualität nur dann möglich ist, wenn sie zur Lebensperspektive aller wird. Freiräume aber, in denen ein solcher Anspruch verwirklicht werden kann, entstehen nur, wenn man sie durch solidarische Anstrengung aller Betroffenen erkämpft. Otto Bauers Leben und Werk sind geeignet, uns nachdrücklich an diese Lehre aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zu erinnern.

Sollte es gelungen sein, das Bild Otto Bauers in eine Perspektive jenseits von Hagiografie und Verriß linker und rechter Provenienz zu rücken, so hätte diese Aufsatzsammlung ihr Ziel erreicht».<sup>17</sup> ■

16 Saage: Bauer, S. 103.

17 Ebenda, S. 270.

Gerhard Dassow

## «... immer ein überzeugter Demokrat»

Zum 150. Geburtstag von Otto Braun (28. Januar 2022)

Im Zeichen der faktischen militärischen Niederlage im «Großen Krieg» und der damit einhergehenden verheerenden Notlage weiten Teile der Reichsbevölkerung löste die «Novemberrevolution» den Sturz der autoritär-monarchischen Ordnung des preußisch-hohenzollernschen Deutschen Kaiserreiches aus. In der sich aus diesem revolutionären Umsturz entwickelnden chaotischen Umbruchphase zur Jahreswende 1918/19 verständigten sich die maßgeblichen politischen Kräfte der «Linken» unter Führung der Sozialdemokraten – nach der kurzen Phase einer rein sozialdemokratisch geführten «Revolutionsregierung» – mit den bürgerlich-konservativen Parteien unter größtem Zeitdruck auf eine grundlegende Neuordnung des Deutschen Reiches: *Staatsrechtlich* sollten das Reich und seine Gliedstaaten «republikanisieren» und *staatspolitisch* die parlamentarische Demokratie eingeführt werden. Diese «Sturzgeburt» in die verspätete deutsche Moderne war allerdings in einigen zentralen Punkten auf halbem Wege stecken geblieben: Einerseits gelang es im Zuge der Weimarer Verfassungsberatungen nicht, den fundamentalen Dissens zwischen den konkurrierenden politischen Lagern zur Frage einer umfassenden Föderalisierung des Reiches bzw. alternativ der Schaffung eines dezentralisierten deutschen Einheitsstaats im Sinne und im Geiste der Vorschläge des linksliberalen Verfassungsrechtlers Hugo Preuß einvernehmlich aufzulösen. Andererseits verhinderte die sehr

starke präsidiale Elemente aufweisende Verfassungsschöpfung von Weimar den gesellschaftspolitischen Aufbruch in eine umfassend «gelebte» reine parlamentarische Demokratie. Diese «Geburtsfehler» der Weimarer Reichsverfassung (WRV) belasteten die Geschichte der ersten deutschen Republik von Beginn an mit einer schweren Hypothek: Statt die kaiserreichliche Hegemonie Preußens durch die Schaffung eines neuen und in sich homogeneren Reichsgefüges zu überwinden, «retteten» sich Preußen und alle anderen 25 Gliedstaaten des Kaiserreiches territorial unversehrt in die Republik hinüber und gestalteten überdies ihre jeweiligen Landesverfassungen – nicht nur in Usancen – erkennbar unterschiedlich aus.

In dieser Umbruchsituation erkannten die maßgeblichen politischen Repräsentanten der Sozialdemokratischen Partei sehr schnell die Chance, das autoritär-monarchische Preußen der Kaiserzeit zu einem «neuen Preußen» nach ihren Vorstellungen umzuformen – und damit zugleich zu einer dauerhaften sozialdemokratischen Machtbasis innerhalb der Republik auszubauen. Die verfassungsrechtliche Grundlage für die Schaffung dieses «neuen Preußen» bildete die von der Preußischen Verfassungsgebenden Landesversammlung im Ergebnis ebenso intensiver wie kontroverser Beratungen verabschiedete und am 20. November 1920 in Kraft getretene neue Preußische Landesverfassung (PrLV). Im klaren Gegensatz zur präsidial ausgestalteten WRV wies

die PrLV dem nunmehr nach dem reinen Verhältniswahlrecht konstituierten Landtag die entscheidende Rolle im System moderner «Gewaltenteilung» westlicher Prägung zu. Dies bedeutete insbesondere, dass die Exekutive in Form des Preußischen Staatsministeriums von einer Parlamentsmehrheit gewählt wurde, nur daraus ihre Legitimation bezog, folglich auch nur gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig war und ausschließlich von diesem kontrolliert wurde.

Einer der entschiedenen Kämpfer für die Schaffung eines auf diese Weise rein parlamentarisch-demokratisch fundierten «neuen Preußen» war Otto Braun, der am 28. Januar 1872 in Königsberg/Ostpreußen als zweites von später insgesamt acht Kindern eines verarmten Schuhmachermeisters und dessen Frau geboren wurde (zu Folgendem genauer Schulze 1977, Kap. I. u. II.). In diesem familiären Umfeld und im Zeichen der Bismarckschen Sozialistengesetze sozialisiert, hat Otto Braun sich bereits in jungen Jahren politisch stark für die Sozialdemokratische Partei engagiert, der er bereits im Alter von 16 Jahren beigetreten ist. Seine Ausbildung zum Stein- und Buchdrucker ebnete ihm schon früh den Weg für seine Tätigkeit als Redakteur der «Arbeiter-Wahlzeitung» in Königsberg, aus der unter seiner maßgeblichen Mitwirkung zunächst die «Volkstribüne» und später der «Ostpreußische Landbote» hervor gingen. Im Jahre 1902 erfolgte seine erstmalige Wahl zum Mitglied der Königsberger Stadtverordnetenversammlung, und 1913 wurde er für die SPD in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Parallel zu seiner Tätigkeit als Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordneter stieg Braun auch rasch in der sozialdemokratischen Parteihierarchie auf: Im Jahre 1898 wurde er mit gerade einmal 26 Jahren Vorsitzender

der Parteiorganisation in Ostpreußen, 1905 wurde er Mitglied der Parteikontrollkommission der Reichs-SPD und 1911 zum Mitglied des Reichsparteivorstandes gewählt, in dem er zugleich das Amt des Hauptkassierers übernahm. In der revolutionären Umbruchphase zur Jahreswende 1918/19 gehörte Braun dann der preußischen Revolutionsregierung an, die am 12. November 1918 im Auftrage des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates die faktische Staatsleitung in Preußen übernommen hatte. Diese provisorische Regierung, die ausschließlich aus führenden Repräsentanten der beiden – aus der zwischenzeitlich vollzogenen Spaltung der SPD hervorgegangenen – sozialdemokratischen Parteien zusammen gesetzt war und die deshalb in allen Ämtern «paritätisch» mit MSPD- und USPD-Vertretern besetzt war, stand einerseits vor der unausweichlichen Herausforderung, nach dem Sturz der Monarchie den politisch-ökonomischen und sozialen Kollaps Preußens und des Reiches zu verhindern. Zugleich wollte sie – aus ihrem eigenen revolutionären Selbstverständnis heraus – die entscheidenden Weichen für die Transformation der autoritär-monarchischen Ordnung des Kaiserreiches in eine rein parlamentarisch-demokratisch konstituierte Republik nach ihren Vorstellungen stellen. Mit ihrer revolutionär geleiteten Übernahme der Exekutivgewalt in Preußen hatte nach Brauns Überzeugung denn auch «ein in Jahrhunderten durch militärische Machtentfaltung und Tradition aufgebautes und gefestigtes Staatsgefüge, wie es das alte Preußen darstellte, ... ein jähes und ruhmloses Ende gefunden. Diese machtvolle Institution war tot und ich hatte den Totenschein mitunterschrieben». Braun wurde dadurch nach seinem eigenen späteren Bekunden zum «Geburtshelfer der Republik Preußen» (Braun

1949, S. 12), der als einflussreicher Vertreter der Mehrheits-SPD die parlamentarische Demokratie letztlich auch gegen die rätedemokratischen Tendenzen auf dem linken Flügel der revolutionären Bewegung durchsetzte.

In diesem «neuen Preußen» profilierte sich Braun schnell zu einer der herausragenden Führungspersonlichkeiten in Preußen und im Reich. In einem kurzen «Vorspiel» als preußischer Landwirtschaftsminister sowohl in der preußischen Revolutionsregierung als auch in der ersten Koalitionsregierung des Kabinetts Hirsch erwarb er sich mit seinen bodenreformerischen Plänen den nachhaltig wirkenden, mitunter hasserfüllten politischen Widerstand des «alten» preußischen Landadels und den Ruf als «Minister gegen die Landwirtschaft» (Schulze 1977, Kap. III., 1., 2., 4. u. 5.). Anschließend stand er mit zwei kurzen Unterbrechungen von 1920 bis 1933 als Ministerpräsident an der Spitze des Preußischen Staatsministeriums. Obwohl Braun und «seine» SPD während seiner gesamten Regierungszeit durchgängig in die Zwänge konsensualen Regierungshandeln von Koalitionsregierungen unterschiedlicher «politischer Farbenlehre» eingebunden waren, hat Braun es stets verstanden, die Möglichkeiten und Gestaltungsspielräume, welche die PrLV dem Ministerpräsidenten zur Durchsetzung und Praktizierung einer starken, handlungswilligen und -fähigen Exekutivgewalt einräumten, gezielt zu nutzen. Diese Form der Ausübung und Ausgestaltung der ihm durch die Verfassung zugewiesenen Amtsbefugnisse führten zur Herausbildung einer schon zeitgenössisch so bezeichneten «Ministerpräsidenten-Demokratie», die dem Freistaat Preußen ungeachtet der chaotischen Regierungsverhältnisse auf der Ebene der Reichspolitik unter den damali-

gen Zeitumständen vergleichsweise stabile politische Verhältnisse bescherte.

Dies brachte Braun den – von ihm immer zurück gewiesenen – Ruf des «Roten Zaren von Preußen» ein. Viel entscheidender für die historische Einordnung des politischen Wirkens von Braun ist deshalb der Umstand, dass dieses Modell – in einer gewissen Ironie der Geschichte – zur «Blaupause» für die spätere «Kanzlerdemokratie» im Nachkriegsdeutschland wurde – als Ausdruck eines Staatsverständnisses, das die parlamentarische Demokratie nicht nur formal zelebriert, sondern auf der Grundlage einer breit und tief in der Gesellschaft verankerten politischen Gesinnung bewusst und überzeugt «lebt».

Die gesamte Amtszeit Otto Brauns als Preußischer Ministerpräsident war belastet durch die im Zuge der Weimarer Verfassungsberatungen nicht abschließend geklärte Frage «Was soll aus Preußen (in der Republik) werden?». Die zwei Dimensionen dieser Frage, nämlich die nach der Bewahrung bzw. massiven Infragestellung der *territorialen Integrität* des Freistaats zum einen, und die nach der konkreten Ausgestaltung des Systems der *parlamentarischen Demokratie* im «neuen Preußen» zum anderen, bedingten sich immer wechselseitig. Unter den äußerst fragilen politisch-ökonomischen und sozialen Verwerfungen der Weimarer Zeit wuchsen sie sich sukzessive zu einem Grund- und Dauerkonflikt aus, der den politischen Diskurs zunehmend schwer belastete und letztendlich – neben vielen anderen Ursachen – auf dem «Umweg» über die zwei «Preußenschläge» in die Zerstörung Preußens und der Weimarer Republik mit allen ihren verhängnisvollen Konsequenzen mündete.

Die Positionierung Otto Brauns zu diesen beiden grundlegenden Fragen war eindeu-

tig: «Für Braun war preußische Politik Reichspolitik, Preußens Aufgabe die Bewahrung des Reichs in seinen bestehenden Grenzen und in seiner bestehenden Verfassung als demokratischer Volksstaat» (Schulze 1977, S. 454). Dieser Aufgabe und Herausforderung konnte nach seiner Überzeugung nur ein Preußen gerecht werden, dass seinerseits in seiner territorialen Integrität und in seiner inneren Verfasstheit als parlamentarisch-demokratischer Freistaat solange unangetastet bleiben müsse, bis es als Bestandteil und im Rahmen einer reichsweiten Lösung des Reich-Länder-Verhältnisses in einem dezentralisierten deutschen Einheitsstaat aufgehen könne. Aus diesen Grundüberzeugungen heraus setzten sich Braun und «seine» SPD im Zuge der Republikgründung im Einklang mit der Bebel'schen Losung «Wer Preußen hat, hat das Reich» denn auch energisch für den Erhalt der territorialen Integrität jenes Preußen in den Grenzen von 1866 ein, in dem sie über Jahrzehnte hinweg politisch verfolgt und als «vaterlandslose Gesellen» verunglimpft worden waren, und das sie bis zum Ausbruch des «Großen Krieges» von nahezu jeglicher politischen Teilhabe ausgeschlossen hatte. Schon in der gemeinsamen Sitzung des Zentralrats mit der provisorischen preußischen Regierung am 23. Januar 1919 erklärte Braun: «Das neue, das demokratische Preußen soll man nicht zerschlagen. Um das Ziel der einheitlichen deutschen Republik zu erhalten, darf man nicht so verfahren, dass man jetzt die großen Staaten zerschlägt, die doch den Kern der neuen Republik bilden sollen» (Zentralrat 1919, S. 462). An dieser doppelten Zielsetzung der Bewahrung und der Stärkung der Rolle Preußens als Voraussetzung für die Verwirklichung der Einheitsstaatsidee in demokratisch-volksstaatlicher Verfasstheit nach preußischem

Vorbild hielt er denn auch unbeirrt bis zur Zerstörung Preußens und der Weimarer Republik fest. Ein besonders beredtes Zeugnis dieses «Glaubensbekenntnisses» Brauns sind die Schlussworte seines schon zu seiner Zeit hohe Aufmerksamkeit hervorrufenden Vortrages am 24. September 1927 vor der sozialistischen Studentenschaft der Berliner Universität, die ein bemerkenswertes Gespür Brauns für historische Prozesse «der langen Dauer» erkennen lassen, wenn er feststellt: «In der alten Zeit hat es ein österreichisches Deutschland gegeben, das Bismarcksche Deutschland war ein preußisches Deutschland, das Deutschland der Zukunft muss ein deutsches Deutschland sein» (Braun 1927, S. 35) – so wie wir es heute als selbstverständlich ansehen. Dass Braun sich dieses zukünftige «deutsche Deutschland» aus seiner parteipolitischen Perspektive heraus selbstredend als sozialdemokratisch geprägt wünschte, versteht sich dabei von selbst.

Die *territoriale Integrität* Preußens wurde gleichwohl erstmals bereits unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, aber bewusst im Vorfeld der Weimarer Verfassungsberatungen massiv seitens der «Rheinlandbewegung» in Frage gestellt, die – unter der der fragwürdigen Berufung auf die Vorbehalte der Entente-Mächte gegen Preußen – die Errichtung einer von Preußen losgelösten «Westdeutschen Republik» im Reichsverband betrieben. Einer der einflussreichsten Wort- und Meinungsführer in dieser Frage war der Zentrumspolitiker und Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der in der Weimarer Zeit zu einem der wichtigsten politischen Gegenspieler Brauns werden sollte. Dieser erste Anlauf zur Loslösung von Preußen lief aber sehr schnell ins Leere, weil die Verfassunggebende Nationalversammlung von Wei-

mar sich diesem Versuch klar entgegenstellte. Im Zuge der die Reichseinheit und deren politische und sozio-ökonomische Stabilität existenziell bedrohenden Rhein-Ruhr-Krise von 1923/24 flammte der Ruf nach der Schaffung eines deutschen Weststaats (an Rhein und Ruhr) erneut und heftiger denn je auf. Nach Brauns zutreffender Überzeugung war dieser erneute Vorstoß von den gleichen Interessen jener Kreise geleitet, «... die bereits im November 1918 mit der Idee eines selbständigen Staates Rheinland-Westfalen gespielt hatten» (Braun 1949, S. 53), dies im zweiten Anlauf aber vor allem mit der Notwendigkeit eines Ausgleichs mit Frankreich begründeten. An der Seite der Reichsregierung, die in diesen Konflikt mit den Siegermächten Frankreich und Belgien naturgemäß die führende Rolle einnahm, widersetzte sich Braun allen Versuchen der Kräfte des rheinischen Separatismus, das Rheinland als «Preis» für die Lösung der Rhein-Ruhr-Krise aus dem preußischen Staatsgefüge heraus zu lösen. Allerdings verlor Braun in den chaotischen Beratungen der Reichsregierung mit den «rheinischen Vertretern» unter Führung Adenauers am 13. November 1923 in Berlin, zu denen er als «Betroffener» hinzugezogen worden war, für einen kurzen Moment seinen politischen Kompass. Offenkundig geleitet von einem naiv anmutenden, auf jeden Fall aber völlig realitätsfernen (völker-) rechtspositivistischen Denken ging er davon aus, dass die Besatzungsmächte des Ruhrgebiets ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung und den Institutionen der von ihnen besetzten Gebiete uneingeschränkt nachkommen würden und diese deshalb solange nicht durch das Reich und Preußen finanziell alimentiert werden müssten, bis eine Lösung des Konflikts erzielt worden sei (vgl. hierzu genauer

Dassow 2021, S. 76 f.). Dies erwies sich als eine Fehleinschätzung, die ihn zu der politisch verhängnisvollen, wohl nur angesichts des ungeheuren Drucks der Ereignisse nachzuvollziehenden Aussage verleitete: «Wir müssen gewissermaßen das besetzte Gebiet seinem Schicksal überlassen» (zit. n. Schulze 1977, S. 442 u. 953, Fn. 497). Erst in einer Rede vor dem Preußischen Landtag am 5. Dezember 1923 stellte er dann unmissverständlich klar, «...daß Preußen jedwede Form verfassungswidriger und staatsrechtlicher Veränderungen ebenso unter allen Umständen ablehnt wie jede unterschiedliche Behandlung des besetzten Gebietes im Vergleich zum unbesetzten Gebiet» (Braun 1949, S. 54 f.). Gleichwohl sah Braun sich mit seiner Aussage vom 13. November seitdem immer wieder dem von seinen politischen Gegnern sogar bis zu seinem Tode vorgebrachten, wenngleich historisch nicht haltbaren Vorwurf ausgesetzt, (nur) er sei bereit gewesen, das Rheinland «versacken lassen», also sich selbst überlassen zu wollen und damit dem machtpolitischen Willen Frankreichs auszuliefern (Weymar 1955, S. 119–126; SPD-Pressedienst 1955, S. 5–7). Dieser Vorwurf wird allerdings dadurch erheblich relativiert, dass ihn *alle* Teilnehmer an dieser denkwürdigen Sitzung nach der unerwartet schnellen Beendigung des Ruhrkampfes in gleicher Weise *wechselseitig gegeneinander* erhoben, weil «keiner der Beteiligten mehr im vollen Sinne wahrhaben wollte, wie weit und mit welchem Gewicht er in seinen damaligen Überlegungen und Planungen dem Gedanken eines eigenen staatlichen Gebildes an Rhein und Ruhr Raum gegeben hatte» (Erdmann 1966, S. 191) – was auch und gerade für Brauns politischen Gegenspieler Adenauer gilt (hierzu genauer Dassow 2021, S. 64–73 u. 86–96).

Im deutlichen Kontrast zu der unverhohlenen Kampfansage des rheinischen Separatismus gegen den ungeschmälernten Erhalt der territorialen Integrität Preußens vollzog sich die unmittelbar nach der unerwartet schnellen Überwindung der Rhein-Ruhr-Krise seitens der Bayerischen Staatsregierung mit ihrer Denkschrift vom 5. Januar 1924 angestoßene *Reichsreformdiskussion* – bei einer im Kern gleichen Zielsetzung – zu einem politischen «Dauerbrenner» nach den Spielregeln der WRV. Unbeirrt kämpften in dieser Auseinandersetzung die bürgerlich-konservativen bis rechts-extremen Kräfte des Föderalismus für die Auflösung Preußens durch sein Aufgehen im Deutschen Reich – selbstredend bei gleichzeitiger territorialer «Besitzstandswahrung» der nicht-preußischen Länder. Umgekehrt propagierten die linken bis linksextremen «Unitaristen» die Schaffung eines dezentralisierten deutschen Einheitsstaats durch die Aufspaltung *aller* deutschen Länder in Provinzen nach preußischem Vorbild. Angesichts dieser unvereinbaren Positionen konnte es deshalb nicht überraschen, dass die vom Verfassungsausschuss der Länder nach langjährigen Beratungen am 21. Juni 1930 beschlossene, sogenannte «differenzierte Gesamtlösung» für die Schaffung einer neuen Reichsstruktur letztendlich an der Weigerung Bayerns scheiterte, dieser Lösung zuzustimmen – wobei mit Fug und Recht angenommen werden darf, dass das «sozialdemokratische Bollwerk» Preußen darüber nicht unglücklich war. Im historischen Rückblick und im Lichte der tatsächlichen strukturellen Machtverhältnisse zwischen Bund, Ländern und Kommunen im heutigen «europäisierten» Deutschland erweist sich das Scheitern der Reichsreformdiskussion gleichwohl als die letzte verpasste Chance für eine (frühzeitige) «vollkommene

deutsche Einigung» nach den Grundgedanken von Hugo Preuß aus der Zeit der Weimarer Verfassungsberatungen (hierzu genauer Dassow 2014). Stattdessen mündete angesichts der zunehmenden politischen Radikalisierung in Folge der das Deutsche Reich in besonderer Schärfe erfassenden Weltwirtschaftskrise die Reichsreformdiskussion in einem mehrstufigen Prozess von einem politischen Kampf *um* Preußen in einen nur noch ideologisch motivierten Kampf *gegen* ein inzwischen vermeintlich marxistisches Preußen. Dessen als «Parlamentsabsolutismus» diffamiertes fortschrittliche System der parlamentarischen Demokratie sollte überwunden und die «drohende» Übertragung dieses Modells auf das gesamte Deutsche Reich unter allen Umständen verhindert werden. Am Ende mündete diese Entwicklung in eine «Reichsreform durch Gewalt» als Auftakt des unaufhaltsamen, verhängnisvollen Weges in den diktatorischen deutschen Einheitsstaat (Brecht 1967, S. 171–181).

Otto Braun hat seine grundsätzliche Haltung zur Reichsreform mit einigem zeitlichen Abstand und unter den besonderen Bedingungen des Exils noch einmal in seiner erstmals 1940 veröffentlichten Autobiografie reflektiert. Unmissverständlich bringt er darin zum Ausdruck, dass für ihn der Sinn und Zweck einer Reichsreform nur und ausschließlich darin bestehen konnte, das «neue Preußen» sowohl in seinem historischen territorialen Bestand zu bewahren als auch und insbesondere in seiner fortschrittlichen parlamentarisch-demokratischen Verfasstheit gegen die Kräfte des «Partikularismus» und gegen den Vorwurf des «Parlamentsabsolutismus» zu verteidigen. Diese beiden Aspekte waren für ihn nicht Selbstzweck, sondern bildeten aus seiner Perspektive einen unauflöslchen Zusammen-

hang und die Voraussetzung dafür, um sein «auf die Einheit des Reiches gerichtetes Ziel» (Braun 1949, S. 215) verwirklichen zu können. Braun offenbart damit auch im Rückblick, dass es für ihn in der Frage der Reichsreform um den unverrückbaren preußischen Führungs- und Gestaltungsanspruch über das «Reichsganze» ging – womit zugleich deutlich wird, warum er mit der Verwirklichung dieses Anspruches letztendlich scheiterte. Ohne seine Loyalität gegenüber Braun dadurch im Nachhinein auch nur ansatzweise in Frage zu stellen, bescheinigt ihm sein langjähriger engster Vertrauter im Staatsministerium Arno Brecht – der mit seiner herausragenden Expertise der Sachzusammenhänge den Diskussionen im Verfassungsausschuss ganz im Sinne Brauns den «preußischen» Stempel aufgedrückt hatte – in seinen «Lebenserinnerungen» denn auch «eine extrem einheitsstaatliche Grundauffassung» (Brecht 1967, S. 63), die er im Verlauf der Reichsreformdebatte mit zunehmender Schärfe und Unerbittlichkeit vertreten habe. Damit habe er zugleich aber unüberwindliche Widerstände auf Seiten der nicht-preußischen Länder hervorgeufen, denn «man (konnte) Bayern und die anderen süddeutschen Länder nicht in eine einheitsstaatliche Lösung des Reich-Länder-Problems nach den stringenten Vorstellungen Brauns hineinzingen, auch wenn man das als Ideallösung ansah» (Brecht 1967, S. 60 u. 64).

Auf der *verfassungsrechtlichen Ebene* sah sich das Preußische Staatsministerium unter Führung Brauns von Beginn an heftigen Versuchen seitens des bürgerlich-konservativen Lagers ausgesetzt, die fortschrittlichen Elemente der PrLV, insbesondere das uneingeschränkte Primat des Parlaments und die dadurch beförderte Herausbildung einer starken Exekutive wieder «einzukassieren»,

zumindest aber auf ein «vernünftiges» Maß zurückzuführen – wobei die Deutungshoheit darüber, was «vernünftig» ist und was «Maß und Mitte» bedeuten, schon seinerzeit ihrem Selbstverständnis nach in den Händen eben jener politischen Kräfte lag. So war es denn auch nicht überraschend, dass aus dem im Ergebnis eines mühsam zustande gekommenen Kompromisses zur «Vertretung der Provinzinteressen» neu errichteten Preußischen Staatsrats heraus bereits unmittelbar nach dessen Konstituierung im Frühjahr 1921 ein «Verfassungstreiber» initiiert wurde. Maßgeblicher «Treiber» auch in dieser Frage war wiederum Konrad Adenauer, der 1921 erstmals zum Präsidenten dieses Verfassungsorgans gewählt worden war, dieses Amt ununterbrochen bis März 1933 innehatte und dadurch auch auf dieser Ebene zum politischen Gegenspieler Brauns wurde. Mit ihrem eindeutig machtpolitisch motivierten Vorstoß verfolgte die bürgerlich-konservative Mehrheit des Staatsrats das Ziel, im Wege der Verfassungsauslegung «ihrem Sinne nach» den Einfluss des Staatsrats auf die Gesetzgebung und das Regierungshandeln im Freistaat Preußen weit über den nach dem Wortlaut der Verfassung hinaus vorgegebenen, sehr beschränkten Rahmen erheblich auszuweiten (Adenauer jr. 1976, S. 380–384). Begründet wurde dies damit, dass ansonsten ein ungezügelter und unkontrollierter «*Parlamentsabsolutismus*» seitens unkundiger, nicht den «wahren Volkswillen» repräsentierender Parteienvertreter drohe, den es unbedingt zu verhindern, mindestens aber zu «retardieren» gelte – ein Ansinnen, das seitens der politischen «Linken» brüsk zurückgewiesen wurde, hatte sie sich doch bereits im Zuge der preußischen Verfassungsberatungen vehement, wenngleich vergeblich gegen die Schaffung eines aus ihrer Sichtweise völlig überflüssigen Verfassungsor-

gans in der Tradition des gerade erst aufgelösten Herrenhauses ausgesprochen. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, reichte der Staatsrat denn auch folgerichtig – wenngleich von Beginn an erkennbar politisch so gewollt – beim Staatsgerichtshof des Reiches eine Klage zur abschließenden Klärung seiner Rechte, Zuständigkeiten und Befugnisse im Verfassungsgefüge des Freistaats Preußen ein. Vordergründig wurde diese Klage am 31. Oktober 1923 mit einem seitens des Gerichts angestoßenen ›Vergleich‹ beendet, durch den Braun und die parlamentarische ›Linke‹ allerdings faktisch in vollem Umfang in ihrer Auffassung zu den strittigen Fragen bestätigt worden sind – und Braun obendrein noch in seiner im Verlauf der Auseinandersetzung hierüber unverkennbar hervorgetretenen, gleichwohl unnötigen und politisch unklugen Neigung, dem Staatsrat und insbesondere dessen Präsidenten in exekutiv herablassender Weise dadurch seine Geringschätzung zu demonstrieren, dass er – mit einer Ausnahme – die Position des Staatsministeriums in dieser Auseinandersetzung durchgängig nicht selbst vertrat, sondern ›vortragen ließ‹ (hierzu genauer Dassow 2021, Kap. 3.3.1).

Der *Preußische Staatsrat* spielte in der Konsequenz dieses ›Vergleichs‹ in der Folgezeit nur noch die ihm durch die PrLV zugewiesene untergeordnete Rolle im Verfassungssystem des spezifisch preußischen Parlamentarismus, allerdings mit zwei gewichtigen Ausnahmen: *Erstens* hatte der Staatsrat das Recht, nach Art. 42 PrLV gegen jedes seitens des Landtags mit Mehrheit verabschiedete Gesetz Einspruch einzulegen, welcher nur mit einer 2/3-Mehrheit des Landtages zurückgewiesen werden konnte. Dies erwies sich als ein durchaus wirksames machtpolitisches Instrument, welches die Staatsratsmehrheit denn auch

am 22. Januar 1926 mit Erfolg eingesetzt hat: Die vom Landtag nach jahrelangen Auseinandersetzungen und auf intensives Betreiben Brauns hin mehrheitlich beschlossene *Wiederherstellung der einheitlichen Stimmabgabe der* – gemäß Art. 63 Abs. 1, S. 2 WRV und nach Maßgabe eines entsprechenden Landesgesetzes vom 3. Juni 1921 seither je zur Hälfte vom Staatsministerium und den Provinzialverwaltungen bevollmächtigten – *preußischen Vertreter im Reichsrat* wurde durch den Einspruch des Staatsrats endgültig verhindert. Otto Braun hat sich – in einem auffälligen Gegensatz zu seiner demonstrativen Zurückhaltung im Zuge des preußischen Verfassungsstreits – seit 1921 immer wieder öffentlich zu dieser Frage positioniert. Für ihn war es offenkundig, dass mit der Aufteilung der preußischen Stimmen das (macht-)politische Ziel verfolgt wurde, die Einflussmöglichkeiten Preußens – und damit auch der Sozialdemokratie – auf die Reichsgesetzgebung nachhaltig zu schwächen (Braun 1927, S. 19f.; ders. 1949, S. 62–64), was er aber letztendlich nicht verhindern konnte. Sein am Widerstand der Staatsratsmehrheit gescheiterter Versuch, die eigenständige und weisungsunabhängige Stimmabgabe der preußischen Provinzialvertreter im Reichsrat wieder abzuschaffen und dadurch das Gewicht Preußens in der Ländervertretung wieder aufzuwerten, erweist sich denn auch rückblickend als ein früher Vorbote für das spätere Scheitern seiner Pläne für eine preußisch ›eingefärbte‹ Reichsreform und seines machtpolitischen (Überlebens-)Kampfes um Preußen (Schulze 1977, S. 398–401). Und noch *in einem weiteren Punkt* hatte die PrLV dem Staatsrat eine – gerade in den sich abzeichnenden Krisensituationen des Parlamentarismus zunehmende Bedeutung erlangende – wichtige Rolle zugeordnet. Art.

14 PrLV sah nämlich für das Verfahren zur *Auflösung des Landtags* alternativ seine Selbstauflösung bzw. einen Volksentscheid vor und als ‚Ultima Ratio‘ die Auflösung durch einen entsprechenden Beschluss des sogenannten ‚Drei-Männer-Kollegiums‘, dem die Präsidenten des Landtags und des Staatsrats sowie der Ministerpräsident angehörten. Sowohl in der preußischen Regierungskrise des Jahres 1925 als auch im Zuge des nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 – bei denen die NSDAP zur stärksten Kraft im Parlament geworden war – seitens der extremen Rechten initiierten Volksentscheides von 1931 zur Auflösung des in seiner jetzigen Zusammensetzung vermeintlich nicht mehr den Volkswillen repräsentierenden Landtags hatte dieses Gremium, dem Adenauer als Präsident des Staatsrats und Braun als Ministerpräsident angehörten, die Landtagsauflösung einstimmig abgelehnt und damit in beiden Situationen einen entscheidenden Beitrag zur Bewahrung der politischen Stabilität in Preußen geleistet.

Braun hatte der spätestens seit 1930 einsetzenden erodierenden Entwicklung des Parlamentarismus in der Endphase des Freistaats Preußen nichts mehr entgegen zu setzen. Zwar hatte sich die Niederlage der extrem national-konservativen Kräfte im Dunstkreis des Stahlhelmverbandes im Ergebnis des Volksentscheids für diese noch «als Schlag ins Wasser» (Möller 1985, S. 315) und für Braun als «ein Moment unverhüllter Erleichterung» erwiesen (Schulze 1977, S. 669). Unter dem Eindruck der aus diesem Anlass gegen das parlamentarische Preußen und mit zunehmender Aggressivität gegen ihn persönlich gerichteten Hetzkampagne sah er gleichwohl spätestens seit diesem Zeitpunkt das gewaltsame Ende Preußens und des Reiches heraufziehen (Braun 1949,

S. 197 f.). Auch wenn «der erste Sturmangriff auf Preußen» durch den Ausgang des Volksentscheids noch abgewendet worden war, würde die Entscheidung hierüber nach seiner Einschätzung «erst im Wahlkampf um die Erneuerung des preußischen Landtags (fallen), der im Frühjahr 1932 angesichts der Verschärfung der Wirtschaftskrise... unter den ungünstigsten Bedingungen ausgekämpft werden musste» (Braun 1949, S. 198) – und der dann auch ganz im Zeichen der Gegner eines parlamentarisch-demokratischen Preußen mit dem Ziel stand, den Freistaat im vermeintlichen Interesse des Erhalts der Reichseinheit endgültig «von der roten Diktatur befreien zu wollen» (Möller 1985, S. 317 f.).

Bei der planmäßig für den 24. April 1932 angesetzten Neuwahl des Preußischen Landtags stieg die NSDAP erwartungsgemäß auch in Preußen zu der mit Abstand stärksten politischen Kraft im Parlament auf. Angesichts der sich klar abzeichnenden neuen Mehrheitsverhältnisse im Landtag beschlossen die noch regierenden Mehrheitsparteien der «Weimarer Koalition» auf das maßgebliche Betreiben Brauns hin deshalb unmittelbar vor der Wahl eine einschneidende Änderung der Geschäftsordnung. Diese verfolgte das Ziel, die ansonsten drohende Wahl eines NS-Ministerpräsidenten quasi «in letzter Minute» dadurch zu verhindern, dass ein neuer Ministerpräsident zukünftig nur noch mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden konnte und nicht wie bis dahin auch mit einer einfachen Mehrheit in einem dritten Wahlgang. Auch wenn diese Entscheidung zeitgenössisch unter verfassungsrechtlichen Aspekten höchst umstritten war, erweist sie sich in ihrer historischen Einordnung nicht nur als der im Grunde letzte Akt des Aufbäumens der Kräfte des Parlamentarismus, sondern diente auch als Vorbild für das im

Grundgesetz von 1949 verankerte konstruktive Misstrauensvotum als Grundpfeiler einer stabilen parlamentarischen Demokratie – und hat dadurch letztendlich deutsche Verfassungsgeschichte geschrieben (hierzu genauer Dassow 2021, S. 251 f.).

Mit dem Rücktritt der Regierung Braun am 26. April 1932 begann die quälende Phase eines zwischen Ohnmacht, Selbstbehauptungswillen und Resignation schwankenden, nur noch geschäftsführend amtierenden preußischen Staatsministeriums, die erst mit dem Amtsverzicht aller Staatsminister am 25. März 1933 auch förmlich endete. Den «Auftakt» zur Beseitigung der parlamentarischen Demokratie in Preußen bildete die von den national-konservativen Kräften am 20. Juli 1932 sorgsam geplante und inszenierte, historisch als «erster Preußenschlag» bezeichnete «Reichsexekution» gegen Preußen, mit der Braun und die Minister des Staatsministeriums ihrer Ämter enthoben wurden, wogegen diese Klage beim Staatsgerichtshof erhoben. Das zeitgenössisch überwiegend als «salomonisch» bezeichnete Urteil hierzu wies – auf eine im Rückblick absurd anmutende Weise – den Kommissaren des Reichs faktisch die alleinige Exekutivgewalt in Preußen zu und degradierte das Staatsministerium zu einer völlig machtlosen «Hoheitsregierung». Dieser unhaltbare Zustand wurde denn auch in zynischer Konsequenz nur eine knappe Woche nach der vermeintlich bürgerlich-konservativ «engehagten» Machtübertragung an die Nationalsozialisten durch die in historischer Einordnung als «zweiter Preußenschlag» bezeichneten Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar 1933 «überwunden». In Vollzug dieser Verordnung wurden Braun und dem Staatsministerium auch noch die verbliebenen «hoheitlichen» Aufgaben entzogen, wodurch das «Ministe-

rium Braun» endgültig und vollständig entmachtet worden war, und zwar erkennbar mit dem Ziel, dadurch «endlich» den Weg für die Auflösung des Landtags und anschließende Neuwahlen freizumachen. Ein letzter «parlamentarisch-demokratischer» Versuch, dies zu erreichen, scheiterte daran, dass Adenauer für den Staatsrat und Braun als noch «hoheitlich» amtierender Ministerpräsident in einer vom Landtagspräsidenten Kerrl (NSDAP) für den 5. Februar 1933 einberufenen Sitzung des Drei-Männer-Kollegiums in der Kontinuität ihres Abstimmungsverhaltens 1925 und 1931 dessen Antrag auf die Landtagsauflösung ablehnten. Unmittelbar nach Vollzug der Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar 1933 berief Kerrl das Gremium erneut zur Beschlussfassung über seinen Antrag ein, jetzt allerdings mit von Papen als Reichskommissar für Preußen anstelle des seines Amtes enthobenen Braun. Mit der sachlich zutreffenden Begründung, dass mit der Absetzung Brauns das Gremium nicht mehr verfassungsgemäß zusammengesetzt sei, weigerte sich Adenauer, an der Abstimmung teilzunehmen. Damit verschaffte er aber von Papen und Kerrl indirekt die von beiden skrupellos ausgenutzte «Rechtfertigung», ihren Auflösungsbeschluss als einstimmig zustande gekommen zu deklarieren. Die seitens der neuen Machthaber für den 5. März 1933 angestrebte zeitgleiche Ansetzung von Neuwahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag wurde dadurch scheinlegitimiert und stellte endgültig die Weichen dafür, dass «Preußen wieder preußisch» wurde (Goebbels 1932, o. S.). Mit der Einberufung eines «neuen» Staatsrats nach nationalsozialistischen Vorstellungen war der preußische «Parlamentsabsolutismus» nach den Worten des neuen Preußischen Ministerpräsidenten Göring denn auch end-

gültig «gestorben und vernichtet» worden (zit. n. Schulthess 1934, S. 208 f.)

Mit den zeitgleich für den 5. März 1933 angesetzten Neuwahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag verschafften sich die neuen Machthaber ihre vorgebliche parlamentarische Legitimation, um in der Folge zielstrebig und konsequent den verhängnisvollen Weg des Deutschen Reiches in den diktatorischen Einheitsstaat zu betreiben. Unter der beschönigenden Formel der «Gleichschaltung» wurde als erster und entscheidender Schritt auf diesem Weg die zwar nur kurzzeitige, für die Demokratieentwicklung im Nachkriegsdeutschland aber wirkungsmächtige Geschichte des Freistaats Preußen in Wahrheit «ausgeschaltet». Die anschließende missbräuchliche und geschichtswidrige Instrumentalisierung Preußens durch das NS-Regime bot den alliierten Siegermächten dann nach 1945 die durchaus willkommene Rechtfertigung für ihre Entscheidung, den Staat Preußen als der vermeintlich alleinigen «Wurzel allen deutschen Übels» mit ihrem Dekret Nr. 46 vom 25. Februar 1947 endgültig von der europäischen Landkarte zu «tilgen» (hierzu genauer Dassow 2016, Kap. 3.) – und damit zugleich der Flucht einer großen Mehrheit aller Deutschen aus ihrer Verantwortung für die ultimative deutsche Katastrophe durch ihre «Entnazifizierung» den Weg zu bereiten.

In seiner im Zuge der Machtübertragung an die Nationalsozialisten immer aussichtsloser gewordenen Lage entschloss Otto Braun sich in der Nacht vor den für den 5. März 1933 angesetzten Neuwahlen Deutschland zu verlassen und Zuflucht in der Schweiz zu suchen. Dieser für ihn unabwendbare Schritt wurde ihm seither und bis zu seinem Tode im Jahre 1955 von seinen politischen Gegenspielern als Flucht vor der Verantwortung und als Verrat an der Hei-

mat vorgehalten, verbunden mit dem historisch unhaltbaren Vorwurf, dass er durch sein vermeintlich unentschlossenes Handeln im Zuge des «ersten Preußenschlags» die Zerstörung der Weimarer Republik entscheidend mit zu verantworten habe (Adenauer 1984, S. 281). Aber auch aus Kreisen seiner eigenen Partei, in der viele Braun wohl lieber als selbstlosen Märtyrer gesehen hätten (Görtemaker 2014, S. 32 f.), wurde Braun seitdem vorgehalten, durch seine vorgebliche Passivität «unsere letzte, unsere große Stunde verpasst» zu haben (van Berk, zit. n. Hemmer 1982, S. 483 u. 485). Diese bei der SPD immer wieder wahrzunehmende «Tradition» des Selbstzweifels zeigt sich in besonders auffälliger Weise auch darin, dass sich die Partei bis heute «in der Rezeption der eigenen Geschichte fast ausschließlich auf das schlimme Ende von 1933 fokussierte... (und dadurch) ... die eigenen historischen Verdienste in der Republik von Weimar aus den Augen verlor» (Bienert 2014, S. 83). Für Braun erwiesen sich die von «Freund und Feind» gegen ihn erhobenen Vorwürfe nach seiner Rückkehr aus dem Exil im Jahre 1948 als eine nicht mehr zu überwindende Hürde bei dem Versuch, im Nachkriegsdeutschland noch einmal eine politische Gestaltungsrolle zu übernehmen. Zusätzlich erschwert wurde ihm die politische «Wiedereingliederung» durch das Festhalten an seiner ebenso unerschütterlichen wie gleichwohl naiven Überzeugung, dass es für den Staat Preußen auch nach dem Ende des Krieges eine Zukunft geben und dass die Alliierten ihn möglicherweise sogar wieder als Preußischen Ministerpräsidenten einsetzen würden – Erwartungen Brauns, die angesichts der alliierten Nachkriegsplanung für Deutschland und der von ihnen auf der Potsdamer Konferenz geschaffenen unverrückbaren Tatsachen völlig unrealistisch geworden waren.

Ist Otto Braun angesichts dieser Entwicklung als historisch gescheitert anzusehen? Nein, mitnichten. Geleitet von seinen persönlichen Überzeugungen und denen seiner Partei, wonach Preußen nach der Implosion der monarchischen Ordnung in seiner neuen parlamentarisch-demokratischen Verfasstheit als Freistaat unverändert die führende Rolle im Deutschen Reich der Weimarer Republik einnehmen würde, hat er zwar verkannt, dass mit dem Ende des «Großen Krieges» ein unaufhaltsamer Prozess der «Verreichung» eingesetzt hatte, der in seiner Umkehrung zugleich die Weichen für die vollständige «Entprussifizierung» Deutschlands stellte. Die August Bebel zugeschriebene Aussage «Wer Preußen hat, hat das Reich», die seitdem zur Richtschnur sozialdemokratischer Politik geworden war, hatte sich dadurch längst in ihr Gegenteil verkehrt: «Deutschlands Schicksal war Preußens Schicksal und nicht umgekehrt» (Mann 1985, S. 694). In dieser nach dem Untergang des Kaiserreichs «verkehrten» Welt erwies sich deshalb der Versuch Brauns und der SPD, den Freistaat zu einem sozialdemokratischen «Bollwerk» zu entwickeln und von dort aus die Reichspolitik staatsrechtlich, verfassungsrechtlich und sozialstaatlich im sozialdemokratischen Sinne entscheidend zu beeinflussen, als eine Illusion. Denn Preußen war inzwischen – ungeachtet der chaotischen Regierungsverhältnisse auf der Ebene der Reichspolitik – tatsächlich zu einer «Drittelmacht, Scheinmacht und Ohnmacht» geworden (Mann 1985, S. 741).

Dessen ungeachtet hat der Freistaat Preußen der Weimarer Republik aber unter maßgeblicher Führung Brauns dem Deutschland der Nachkriegsepoche und dem 1990 in seiner Einheit vollendeten Deutschland ein nachhaltiges politisches Vermächtnis hinterlassen, denn: «Der Weg zur parla-

mentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland führte über Preußen» (Möller 1985, S. 599), ohne dessen *positive Eigenschaften* nach Brauns Überzeugung Deutschland nach dem Ende des Krieges nicht werden bestehen können (Bienert 2014, S. 152). Als einer der wichtigsten politischen Akteure auf Seiten der Sozialdemokratie auf diesem unter schwierigsten gesellschaftspolitischen und sozio-ökonomischen Zeitumständen beschrittenen Weg hat Otto Braun sich als langjähriger Ministerpräsident des Freistaats Preußen bleibende Verdienste erworben: Die Überwindung der autoritären Ordnung des preußisch-hohenzollernschen Kaiserreichs, die Errichtung der Republik, die Entwicklung des Sozialstaats und die endgültige Durchsetzung des in der Weimarer Zeit seitens der demokratieskeptischen und demokratiefeindlichen Kräfte noch als «Parlamentsabsolutismus» diffamierten Systems der parlamentarischen Demokratie als der ausschlaggebenden Legitimation für die Herausbildung und Akzeptanz einer starken Exekutivgewalt in der Ausprägung der «Kanzlerdemokratie» sind die bis in die heutige Zeit nachwirkenden *positiven Eigenschaften* «seines» neuen Preußen. Dadurch wurde Braun, der ohne jeden Zweifel schon «immer ein überzeugter Republikaner» war, zu einem «herausragenden deutschen Staatsmann» (Schulze 1977, S. 858). Zu einer Zeit, als andere politische Kräfte mit der parlamentarischen Demokratie noch erkennbar fremdelten und diese eher formal «zelebrierten», war er aber auch schon «immer ein überzeugter Demokrat, «der alles in seinen Kräften stehende getan (habe), um die Demokratie in Deutschland von Preußen aus zu retten» (Görtemaker 2014, S. 33). Wer, wenn denn nicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sollte aus Anlass des bevorstehenden 150. Ge-

burtstages von Otto Braun am 28. Januar 2022 initiativ werden, um ihm und seinem unerschütterlich «dem Kampf um die Demokratie gewidmeten Leben» (Craig 1986, S. 25) endlich den seinem gesellschaftspolitischen Wirken angemessenen Platz in der deutschen Erinnerungskultur einzuräumen?

### Auswahlbibliografie

- Adenauer, Konrad (1984): *Rhöndorfer Ausgabe*. Hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Briefe 1947–1949. Bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin.
- Adenauer, Konrad(in) jr. (1976): Konrad Adenauer als Präsident des Preußischen Staatsrats, in: *Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976*. Hrsg. von Hugo Stehkämper, Stadt Köln, Historisches Archiv, S. 355–404 u. 751–771 (Fn.).
- Bienert, Michael (2014): Reformpolitik und Dienst an der Gemeinde. Zum Wirken Otto Brauns und Ernst Reuters in den Jahren der Weimarer Republik, in: Görtemaker, Manfred (2014) (Hrsg.): Otto Braun. *Ein preußischer Demokrat*, Berlin-Brandenburg, S. 59–83.
- Braun, Otto (1927): *Deutscher Einheitsstaat oder Föderativsystem?* Berlin.
- Ders. (1949): *Von Weimar zu Hitler*, Hamburg.
- Brecht, Arnold (1967): *Mit der Kraft des Geistes*. Lebenserinnerungen. Zweite Hälfte 1927–1967, Stuttgart.
- Craig, Gordon A. (1986): Preußentum und Demokratie: Otto Braun und Konrad Adenauer, in: *Zum Nachdenken. Lesenswerte Beiträge aus Zeitschriften und Büchern für politisch interessierte Bürger als Hilfe zur eigenen Urteilsbildung*. Hrsg. von Herbert Lilje, Jg. 1986, Neue Folge Nr. 6, Stuttgart., S. 1–29.
- Dassow, Gerhard (2014): Bayern, Preußen und das Reich. Die Kontroverse über eine Reichsreform als vertane Chance für die Schaffung einer «vollkommenen deutschen Einigung», in: *Journal der juristischen Zeitgeschichte*, Jg. 8, Heft 2 (Juni 2014), Berlin/Boston, S. 47–54.
- Ders. (2016): *Die Auflösung des Staates Preußen*, Frankfurt a. M.
- Ders. (2021): *Otto Braun und Konrad Adenauer. Gemeinsamkeiten, Gegensätze und Widersprüche im Spannungsfeld von Preußentum, Demokratisierung und Republikanisierung*. Dissertation 2021, FernUniversität in Hagen.
- Erdmann, Karl Dietrich (1966): *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, Stuttgart.
- Goebbels, Joseph (1932): Preußen muß wieder preußisch werden! In: *Kampfschrift. Broschürenreihe der Reichs-Propaganda-Leitung der N.S.D.A.P. Wahlaufauf*, München.
- Görtemaker, Manfred (2014): Zwischen Demokratie und Diktatur. Otto Braun in der Weimarer Republik, in: ders. (Hrsg.). *Otto Braun. Ein preußischer Demokrat*, Berlin-Brandenburg, S. 11–33.
- Hemmer, Hans O. (1982): «Wir haben unsere letzte, unsere große Stunde verpaßt». Interview mit Karl van Berk, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 1982, Heft 8, S. 478–485.
- Mann, Golo (1985): *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Sonderausgabe, Frankfurt a. M.
- Möller, Horst (1985) *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932*, Düsseldorf.
- Schulthess (1934): *Europäischer Geschichtskalender*. Hrsg. von Ulrich Thürauf. Neue Folge. Neunundvierzigster Jahrgang. Der ganzen Reihe 74. Band, München.
- Schulze, Hagen (1977): *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt a. M.-Berlin-Wien.
- SPD-Pressedienst (1955): «Tatsachen und Behauptungen». Adenauer, Otto Braun und die geschichtliche Wahrheit, in: *SPD-Pressedienst* P/X/177–4.8.1955, Bonn, S. 5–7.
- Weymar, Paul (1955): *Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie*, München.
- Zentralrat (1919): *Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19.12.1918–8.4.1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongress*. Bearb. von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden. ■

## 150 Jahre Hildegard Wegscheider (1871–1953)

### Lern- und Wanderjahre im Kaiserreich

Am 2. September 1871 wurde Hildegard Ziegler, spätere Wegscheider, in Berlin geboren. Beide Großväter waren demokratisch-liberal gesonnene Gymnasialdirektoren und auch ihre Eltern waren «ausgesprochene Bismarck-Gegner» – wie Wegscheider in ihren Erinnerungen stolz anmerkt. Ihr Vater, zunächst als «Hilfslehrer» am Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin tätig, war ein liberaler Theologe. Eine zu freie Auslegung einer Bibelstelle führte zu seiner Entlassung als Lehrer, hatte jedoch zur Folge, dass er von der Liegnitzer Kirchengemeinde zum Pastor gewählt wurde.<sup>1</sup> Nach seiner Ordination trat er seine Stelle an und wurde bald ein Sprecher eines liberalen Kreises in Liegnitz, für den es selbstverständlich war, dass auch Juden willkommen waren. Hildegards Mutter war sehr streng zu ihr. «Sie war» – so schrieb sie später – «so streng zu mir, daß ich lange Jahre nicht geglaubt habe,

daß ich ihr Kind sei». Die Eltern erkannten ihre große Begabung und die Mutter verlangte daher, dass sie stets «die Beste in der Klasse» zu sein habe.

Diesem Anspruch wurde Hildegard Wegscheider immer wieder gerecht. Sie war die erste erfolgreiche Abiturientin in Preußen (in der weit von Berlin entfernten preußischen Enklave Sigmaringen), die erste Studentin, die erfolgreich promovierte (freilich nicht in Berlin, sondern in Halle) und später die erste Oberschulrätin in Preußen (und wohl auch die einzige).

Sie sollte und wollte Lehrerin werden. Sie las noch als Schülerin «Die Frau und der Sozialismus» von August Bebel (sie fand das Buch, das noch verboten war, auf dem Nachttisch ihrer Mutter). Die Lektüre hatte einschneidende Folgen für sie: «Die Pfarrers-tochter trat aus der Kirche aus, der ihr anverlobte Theologe verstand die Welt nicht mehr und verließ die junge Braut» (Bettina Michalski, S. 251).

Das Studium – zunächst ohne Abitur – musste sie aber in der fernen Schweiz – in Zürich – beginnen, wo sie sich auch auf das preußische Abitur vorbereitete. Einen Tag nach der Immatrikulation an der Universität wurde sie Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Zunehmend beschäftigte sie sich mit Geschichte. 1947 erinnert sie sich: «Ein kleiner Kreis von uns las damals mit Hingebung Marx. Dabei fielen uns doch eine ganze Reihe von Schuppen von den Augen.» Nach vier Semestern Studium in Zürich stellte sie beim preußischen Kultusminister den Antrag auf Zulassung

1 Die folgende Darstellung folgt vor allem den Erinnerungen von Hildegard Wegscheider, wie sie im ersten Jahrgang der Zeitschrift *Das Sozialistische Jahrhundert* erschienen sind. Vgl. Hildegard Wegscheider, *Weite Welt im engen Spiegel. Erinnerungen*, erschienen in Fortsetzungen in der Zeitschrift *Das Sozialistische Jahrhundert*, hrsg. von Louise Schroeder und Otto Suhr 1946–1950, die Erinnerungen von Hildegard Wegscheider im Jahrgang 1, November 1946 – Oktober 1947. Daraus alle wörtlichen Zitate, wenn nicht anders angegeben. Die Erinnerungen sind 1953 in Berlin als Buch erschienen. Dieselbe Quelle benutzte auch Bettina Michalski in ihrem hervorragenden Buch: *Louises Schroeders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit*, Bonn 1996, S. 244–253.

zum Abitur. Die Zeit war reif. Helene Lange hatte mit ihren Realgymnasien-Kursen für Frauen Vorarbeit geleistet. Hildegard Wegscheider erhielt die Zulassung – weit weg von der Hauptstadt im katholischen Sigmaringen. Die Schüler des Gymnasiums waren begeistert und versprachen Hilfestellung. Sie hielten Wort. In der Stadt sprach man bald von «unserer Abiturientin». Die Prüfung war nicht leicht, aber dann war sie die erste Abiturientin in Preußen. Der Sigmaringer Hohenzollernfürst lud sie zu einer Audienz, «aber soviel ‹Stolz vor Fürstenthronen› besaß ich denn doch als Sozialdemokrat, daß ich da nicht hinging!»

Die Zulassung zum Geschichtsstudium an einer preußischen Universität war nicht leicht zu erreichen. In Berlin lehnte der Dekan der Universität – ein gewisser Treitschke – die Immatrikulation ab, da man sich mit ihr «nicht besaufen» könne. So studierte und promovierte sie schließlich im März 1898 in Halle zum Dr.phil. Sie notierte voller Stolz: «Zum erstenmal stand ich in der Zeitung und der Kladdaradatsch spendete mir sogar ein Gedicht».

Sie war froh nun endlich nach Berlin zurückzukehren. Sie unterrichtete in den Gymnasialkursen von Helene Lange, hielt Vorträge über Kulturgeschichte und wurde nun auch aktiv in der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland. Allerdings in einer Vorfeldorganisation der SPD, der nur eine Minderheit der Arbeiterpartei zu folgen bereit war. Sie wurde aktiv und bald auch führend im «Arbeiter-Abstinentenbund», die die Zeitschrift *Der abstinente Arbeiter* herausgab und in der Hildegard Wegscheider viel schrieb. Im Arbeiter-Abstinentenbund lernte sie auch Dr. Max Wegscheider kennen. Sie heirateten im Jahre 1899. Durch die Heirat kam es zu einer Zäsur in ihrer beruflichen Karriere. Die Leiterin der Gymnasi-

alkurse Helene Lange meinte, eine verheiratete Lehrerin nicht weiter beschäftigen zu können. Wegscheider hatte im Rückblick sogar Verständnis für Helene Lange, brauchte diese doch für ihre Arbeit die Unterstützung konservativer-adliger Kreise, die sich eine verheiratete Frau als Lehrerin nicht vorstellen konnten. Sie nahm den Verlust ihrer Arbeit als neue Herausforderung: «es mußte für die verheiratete Lehrerin gekämpft werden». Wegscheider gab zunächst Privatstunden, um Schülerinnen auf das Abitur vorzubereiten, fand aber bald Kontakt zu Minna Cauer und ihrem Verein «Frauenwohl». Mit Hilfe dieses Vereins gründete Hildegard Wegscheider «die erste Schule für schulpflichtige Mädchen mit gymnasialem Unterricht in Charlottenburg». Im Jahre 1900 wurde sie Mutter und erlebte «den Konflikt zwischen Mutterschaft und Berufsarbeit, wenn auch natürlich in leichter Form als die Fabrikarbeiterin». Die Schule wurde unter Mühen anerkannt, sie selbst aber wurde, als sie erneut schwanger geworden war, «aus Gründen der Sittlichkeit» sofort aus der von ihr gegründeten Schule entlassen.

Wegscheider hielt nun wieder gut besuchte Vorträge, wurde Dozentin an der Humboldt-Akademie für Erwachsenenbildung und engagierte sich mit großem Erfolg in der SPD. Auf dem SPD-Frauenkongress 1904 in Berlin hielt sie ihre ersten politischen Reden, die großen Beifall fanden. Sie wurde immer wieder eingeladen und reiste von Vortrag zu Vortrag durch Deutschland. Sie fand viel politische Anerkennung, aber darüber zerbrach ihre Ehe. Die beiden Söhne blieben nach der Scheidung bei ihr.

Sie machte – erst seit kurzem war es möglich – das Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen und fand eine Stellung als «Oberlehrerin» an einer Simultanschule

mit mehrheitlich evangelischen Schülerinnen und Schülern im katholischen Bonn. Sie blieb bekennende Sozialdemokratin, durfte aber nicht an politischen Versammlungen teilnehmen, die Schulleitung hatte es verboten. Dafür engagierte sie sich umso mehr – «abstinente am Rhein» – im Kampf gegen den Alkoholismus.

Der Beginn des Weltkrieges kam für die Familie überraschend. Wegscheider hielt mit ihrer Ablehnung des Krieges nicht hinter dem Berg, besonders nach 1917, als sie offen den Diktatfrieden von Brest-Litowsk kritisierte. Der ältere Sohn musste 1917 noch Soldat werden.

Das Kriegsende, lang ersehnt, war für Wegscheider mit einem nie verwundenen Schicksalsschlag verbunden. Der ältere Sohn kam kurz nach Kriegsende am 18. November nach Berlin, er verließ seine Truppe, um bei seinem Vater zu übernachten. Durch eine undichte Gasleitung erstickte er in der Nacht zum 19. November 1918, gerade 18 Jahre alt geworden. Hildegard Wegscheider reiste sofort in überfüllten Zügen mit ihrem zweiten Sohn nach Berlin. Sie brauchte lange Zeit, um den Tod ihres Sohnes zu verwenden.

## Die Weimarer Republik und das preußische «Bollwerk der Demokratie»

Die SPD erwartete von ihr, politische Aufgaben zu übernehmen. Aber erst 1919 konnte und wollte sie daran denken. Sie wurde Stadtverordnete in Bonn und wenig später für das Rheinland Abgeordnete in der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung.

Seit November 1918 besaßen Frauen in allen parlamentarischen Vertretungen in den Ländern und im Reichstag das – lange

vergeblich geforderte – aktive und passive Wahlrecht. Die Zahl der gewählten Frauen blieb allerdings sehr überschaubar. Das galt auch für die Preußische Landesversammlung und für den Preußischen Landtag. Jeweils nur etwa 5% waren Frauen. Die meisten Parlamentarierinnen (in allen Fraktionen) waren Lehrerinnen, Rektorinnen oder Schulrätinnen, die sich vor allem zu Fragen des preußischen Schulwesens zu Wort meldeten. Die Frage von Konfessionsschulen bzw. von Gemeinschaftsschulen war immer wieder Anlass zu parlamentarischem Streit. Die SPD-Fraktion besaß mit Hildegard Wegscheider eine energische Debattenrednerin, die sich sehr häufig zu Wort meldete, um sich für die in Berlin zahlreichen reformpädagogisch orientierten Gemeinschaftsschulen zu streiten.<sup>2</sup> Die Debatten um die Annahme des Versailler Vertrages und die Unruhen während und nach dem Kapp-Putsch im März 1920 prägten Wegscheiders politischen Neubeginn nach Kriegsende. Demonstrierende Putsch-Gegner verhinderten, dass sie verhaftet wurde.

Danach begann für Wegscheider neben ihrer parlamentarischen Arbeit ein dorniger Weg in der preußischen Schulverwaltung. Am 16. August 1920 ernannte der preußische Wissenschaftsminister Konrad Haenisch sie zur Oberschulrätin am Provinzialschulkollegium. Das neue Amt war für Wegscheider eine Herausforderung, der sie mit Bangen entgegenschah, aber, wie sie später schrieb. «es war doch eine große Sache, als Sozialdemokrat und als Frau in diese als reaktionär bekannte Behörde einzutreten». Sie hatte die Aufsicht über alle Ber-

2 Der Text folgt hier und im Folgenden meiner Würdigung von Hildegard Wegscheider in meinem Buch: *Der Preußische Landtag*, Berlin 2011, besonders S. S. 278 f. Dort auch die Fundstellen für die Reden Wegscheiders im Landtag, besonders S. 452 f.

liner und brandenburgischen Schulen und nicht wenige Direktoren ließen sie immer wieder spüren, wie unwillkommen sie bei den Schulbesuchen war. Aber sie setzte sich durch. Sie ließ es sich auch nicht nehmen, weiterhin Vorträge zu halten und an der Deutschen Hochschule für Politik war sie als Dozentin tätig.

Mit ihrem Sohn fand sie zunächst in Berlin bei Fritz Karsen Unterkunft, bis sie schließlich im Schulkollegium – ihrer Arbeitsstätte – eine kleine Wohnung fand und später zusammen mit ihrer Schwester und deren Kindern ein kleines Haus in Tempelhof mieten konnte.

Neben ihrer Arbeit als Oberschulrätin und ihrer Tätigkeit als Abgeordnete im Preußischen Landtag hatte sie auch ihren Wahlkreis im fernen Schlesien zu betreuen. Sie tat es sehr gern, da sich in Liegnitz noch viele an den Namen ihres Vaters und auch an sie erinnerten. Sie knüpfte neue Kontakte, die auch nach 1933 nicht abrisen, und sie fand neue Freunde, denen sie auch nach 1933 beistehen konnte. Besonders «mit den Lehrern in der Fraktion, mit den Frauen verband mich eine mehr als nur kollegiale Freundschaft». Sie war und blieb auch wissenschaftlich arbeitende Reformpädagogin. «Am stärksten war die Bindung zu denjenigen Schulen, in denen ein eigener starker Wille zur inneren Schulreform vorhanden war. Unter diesen Schulen waren die Aufbauschulen besonders lebendig, sowohl die vierzehn Aufbauschulen Berlins als die ländlichen Aufbauschulen ... in Neuzelle und in Neuruppin», die ihr unterstellt waren.

Nachdem nach den Landtagswahlen im Frühjahr 1932 die Abgeordneten der NSDAP-Fraktion immer dreistere Reden im Landtag führten, war es nicht zuletzt Hildegard Wegscheider, die versuchte, die NSDAP in

ihre Schranken zu weisen. Sie bekannte sich ohne Abstriche zu einer sozialdemokratischen Reformpädagogik, wie sie in der Schulreform von 1925 verwirklicht worden war und forderte, diese Reform auszubauen und nicht rückgängig zu machen, wie es die NSDAP-Fraktion beabsichtigte. Sie reagierte damit auf einen NSDAP-Abgeordneten, der nicht nur verlangt hatte, alle Gemeinschaftsschulen zu verbieten und die vom Zentrum verlangten «Sammelklassen» gleich mit, sondern sich auch in wüsten antisemitischen Beschimpfungen ergangen hatte. In ihrer Erwiderung erinnerte Wegscheider an den zehn Jahre zuvor ermordeten Walther Rathenau und nannte die Rede des NSDAP-Abgeordneten einen Ausdruck der «inneren Ver lumpung» einer Partei und ihrer Hintermänner.

Wegscheider war im Januar 1933 die letzte Sozialdemokratin, die im Preußischen Landtag, dem sie von 1920 an ununterbrochen angehörte, das Wort ergriff. Erneut standen «Schulfragen» auf der Tagesordnung. Nachdem die NSDAP-Abgeordneten für eine Konfessionsschule eingetreten waren, in denen Juden keinen Platz haben sollten, geißelte sie die «Heuchelei», mit der sich die NSDAP des Christentums annehme, wenn es passend erscheine, während ihr Chefideologe Alfred Rosenberg den Papst als «Medizinmann» diffamiere. Sie schloss ihre letzte Rede im Parlament mit dem Bekenntnis zur Schulreformpolitik der SPD. Das deutsche Volk werde seine Jugend so erziehen, «wie es diese Jugend braucht und wie die deutsche Sozialdemokratie es ihr verschaffen wird». Nach dem «Preußenputsch» von 1932 wartete der amtierende zuständige Minister nicht die «Machtübertragung» an Hitler ab, um mit Wegscheider abzurechnen: «Natürlich verlor ich mein Amt. Am 1. Januar 1933 wurde mir zum

1. April gekündigt.» Sie musste aber noch das Ende der Karl-Marx-Schule erleben. Fritz Karsen hatte schon Hausverbot, Wegscheider nahm ein letztes Mal die Abiturprüfung vor. Die mehrheitlich links organisierten Schülerinnen und Schüler mussten enttäuscht erfahren, dass kein geringer Teil der Lehrer in die Nazi-Partei eintrat.

## Zwangspensionierung

Am 5. März 1933 war Wegscheider noch einmal in den Landtag gewählt worden, der nur noch zweimal tagen sollte. Sie verzichtete jedoch am 3. Mai 1933 auf ihr Mandat – für das Protokoll war sie bereits eine Oberschulrätin im einstweiligen Ruhestand (i. e. R.) – und musste so das Trauerspiel am 18. Mai 1933 nicht mehr miterleben, als der Preußische Landtag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ebenfalls einem preußischen «Ermächtigungsgesetz» zustimmte.

Am 27. Juli 1933 teilte der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin der «Oberschulrätin i. e. R. Hildegard Wegscheider, geb. Ziegler» mit, dass gegen sie das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933» angewendet werden soll, denn: «Nach Ihrer langjährigen Mitgliedschaft bei der SPD und bei der Liga für Menschenrechte bieten Sie nicht die Gewähr dafür, daß Sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten».<sup>3</sup> Diese Vermutung traf in der Tat zu, denn Wegscheider dachte gar nicht daran, nach der erfolgten «Zwangspensionierung» ihren Widerspruch und auch ihren Widerstand ge-

gen den Nazi-Staat aufzugeben. Um Hildegard Wegscheider sammelte sich ein Kreis von Oppositionellen, und sie half «unterge-tauchten» Juden zu überleben. «Ihre kleine Wohnung bildete die Zufluchtsstätte von Verfolgten, vor allem von jüdischen Freunden.» (Franz Osterroth, S.324)

## Neuanfang 1945–1953

Während des Krieges erkrankte sie schwer, aber viele Freunde und auch ihr Sohn sorgten für sie. Die Not während und nach dem Kriegsende überstand sie und sie war voller Tatendrang, – sie war inzwischen 74 Jahre alt – den politische Neubeginn mitzugestalten. Die von der KPD geleitete Berliner Schulverwaltung reizte sie nicht, aber als die SPD als Partei wieder zugelassen wurde, folgte sie gern dem Ruf der Genossen. Die Wilmersdorfer SPD berief sie in den Kreisvorstand und sie war bald aktiv im Schul- und Kulturausschuss. Am 2. September 1946 wurde sie 75. Die SPD-Genossen richteten eine große Geburtstagsfeier im Schöneberger Rathaus aus und überschütteten sie mit Geschenken. Das Wiedersehen und das Wiederfinden alter Freunde war die größte Freude. Eine Schule erhielt den Namen «Hildegard-Wegscheider-Oberschule» (heute: Hildegard-Wegscheider-Gymnasium). Aktiv nahm sie auch am Wahlkampf teil, der der Berliner SPD in ganz Berlin einen großen Erfolg bringen sollte. Am 1. Oktober 1946 wandte sich Wegscheider in einem Flugblatt an die «lieben Wähler und Wählerinnen», um für die SPD zu werben: «Wer aufbauen und arbeiten will, wählt SPD».

Für mehrere Jahre war Wegscheider – bald schon 80 Jahre alt – noch Bezirksverordnete in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Wilmersdorf.

3 Das Faksimile des Briefes ist abgedruckt in: Siegfried Mielke (Hrsg.), *Einzigartig*, Berlin 2008, S. 67. Dort auch die Information über Wegscheiders Dozententätigkeit an der Deutschen Hochschule für Politik in einer kurzen Würdigung von Wegscheider S. 66.

Sie arbeitete im Schulausschuss der BVV und veröffentlichte Artikel in Zeitungen und Zeitschriften der Berliner SPD. In der ersten Nummer der von Louise Schroeder und Otto Suhr herausgegebenen Zeitschrift *Das Sozialistische Jahrhundert*, schrieb Hildegard Wegscheider über die «einzige Möglichkeit», aus den Trümmern der Nachkriegszeit herauszukommen: Die «Gewinnung der Jugend» sei die große Aufgabe der SPD. Deshalb müsse die Partei sich vor allem der Schulpolitik widmen und mit ihren Vorstellungen sowohl die Rückkehr zum Gymnasium, wie die CDU es wolle, wie auch die zentralisierte Schulpolitik der SED verhindern.<sup>4</sup> Ab Heft 7/8 erschienen in derselben Zeitschrift in Fortsetzungen die Erinnerungen von Wegscheider und noch 1948 stellte sie unter dem Titel: «Dokumente der Selbstbesinnung», neue Literatur vor.

Hochbetagt starb sie am 4. April 1953 in ihrer alten Heimatstadt Berlin. Die Schülerinnen der Schule in Berlin-Grünwald, die ihren Namen trägt, bildeten «das Spalier, durch das der Sarg Hildegard Wegschei-

ders getragen wurde.». (Bettina Michalski, S. 253)

Die Erinnerung an die mutige Reformpädagogin Hildegard Wegscheider darf in Berlin nicht verblasen.

### Autobiografie

«*Weite Welt im engen Spiegel*». Erinnerungen, erschienen in Fortsetzungen in der Zeitschrift. «*Das Sozialistische Jahrhundert*,» hrsg. von Louise Schroeder und Otto Suhr 1946–1950, die Erinnerungen von Hildegard Wegscheider im Jahrgang 1, November 1946 – Oktober 1947.

und als Buch: hrsg. von Susanne Suhr, Berlin 1953, 2. Auflage 1963.

### Literatur

Bettina Michalski: *Louise Schroeders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit*, hrsg. vom Franz-Neumann-Archiv, Bonn 1996, S. 244–253.

Siegfried Heimann: *Der Preußische Landtag 1899–1947. Eine politische Geschichte*, Berlin 2011, besonders S. 278 f. und S. 252 f.

Siegfried Mielke (Hrsg.): *Einzigartig*, Berlin 2008, S. 66 f.

Franz Osterroth: *Biographisches Lexikon des Sozialismus*, Band 1, Hannover 1960, 323–324. ■

4 Vgl. Hildegard Wegscheider: «Die einzige Möglichkeit», in: *Das Sozialistische Jahrhundert*. 1. Jg., Heft 1/2, 1946,

## Buchenwald ist mir geblieben

In den *perspektivends* 2/20 schrieb ich über die zwei Wege, die meine Großonkel Otto U. und Fritz B. nach ihrer Entlassung aus den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenburg 1934 aus Deutschland in die Emigration wählten<sup>1</sup>.

Der Kommunist Otto U. und der Sozialdemokrat Fritz B. gehörten zu den ersten, die nach der Machtergreifung Hitlers festgenommenen und in die nach dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 errichteten Konzentrationslager gebracht worden. Nachdem Hitlers Macht gefestigt und alle Parteien außer der NSDAP verboten waren, wurden viele der 1933 inhaftierten politischen Gegner 1934 vorerst entlassen. Viele von ihnen verließen daraufhin Deutschland und gingen ins Exil nach Prag, Moskau, London, Schweden, Norwegen und anderswo hin.

Meinem Vater Gerhart Z. und meinem Großvater Rudi H. war ein anderes Schicksal bestimmt. Mein Vater Gerhart Zschocher wurde im Januar 1914 als Sohn des Tapezierers Richard Zschocher und seiner Frau Frida in Leipzig geboren und wuchs mit seinen zwei Brüdern in einer Arbeitergegend in Leipzig-Reudnitz auf. Sein Vater fiel im September 1916 in der Sommeschlacht, die Mutter blieb mit drei Söhnen allein.

Mein Vater besuchte acht Jahre die Volksschule und erlernte ab Ostern 1928 den Beruf des Tapeziers und Dekorateurs und wurde Mitglied der Tapeziererge-

werkschaft. Anfangs war er, wie seine Brüder auch, in der «Sozialistischen Arbeiterjugend» (SAJ) organisiert, wechselte aber im Oktober 1931 zum «Kommunistischen Jugendverband Deutschlands» (KJVD). Mit der Beendigung seiner Lehre am 31. März 1932 bekam er mit dem Lehrzeugnis auch die Entlassung und musste zum Arbeitsamt «stempeln gehen».

Im Januar 1933 war mein Vater 19 Jahre alt und voller Engagement für die Arbeit im KJVD und die ihm wichtigen Ziele. In seinem Buch *Zeichen aus dem Zuchthaus* schreibt er:<sup>2</sup>

Noch waren wir legal! In den folgenden Wochen wirkten wir mit doppelter Energie für ein gemeinsames Handeln der Arbeiter gegen den Faschismus. ... Die von der KPD im Zeichen der «Antifaschistischen Aktion» organisierte Kampfdemonstration am 19. Februar zum Ausstellungsgelände war auch für mich ein unvergessenes und packendes Erlebnis. 20.000 Kommunisten, Sozialdemokraten, Mitglieder des Reichsbanners und Kampfstaffeln des SPD-Selbstschutzes, Gewerkschaftler, Jungkommunisten und Jungsozialdemokraten marschierten Schulter an Schulter und vereinigten sich zum Schluss auf dem Messeplatz. ... Doch auch der Wille und die Kampfesentschlossenheit der 20.000 konnte das Verhängnis nicht mehr aufhalten. ... Am 22. Februar wurde die KPD in Sachsen verbo-

1 Petra Hoffmann Zschocher: Zwei Wege aus Deutschland 1934; *perspektivends* 2/20.

2 Gerhart Zschocher: *Zeichen aus dem Zuchthaus*; Verlag am Park, Berlin 2000.

ten. Am 27. Februar brannte in Berlin der Reichstag. Dieser von den Faschisten inszenierte Brand war der Auftakt zum Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiterbewegung... Am 28. Februar unterschrieb Hindenburg die von der Hitlerclique schon lange vorbereitete «Notverordnung zur Unterdrückung kommunistischer, staatsgefährdender Gewaltakte». Alle sofort folgenden Maßnahmen des Staatsapparates, im Verein mit SA und SS, waren auf die Unterdrückung der Wahlkampagne der Kommunisten, Sozialdemokraten und aller oppositionellen Parteien gerichtet: Schließung der Parteihäuser und Wahllokale, Verbot der Zeitung, Beschlagnahmung des Wahlmaterials! ...

Meinem Vater blieb danach noch ein reichliches Jahr, um illegal für die KPD zu arbeiten und mit einem Freund durch Europa zu reisen, um damit einige Zeit aus dem Gesichtsfeld der Nazis zu verschwinden.

Am 12. Juli 1934 wurde mein Vater in der Wohnung der Familie in Leipzig-Reudnitz verhaftet. Nach sechswöchiger Untersuchungshaft im Polizeipräsidium und im Polizeigefängnis kam mein Vater in die Strafanstalt 2 in der Beethovenstraße. Von dort wurde er in die Gefangenenanstalt in Dresden verlegt.

Am 14. Mai 1935 wurde gegen meinen Vater vor dem I. Strafsenat des Oberlandesgerichts Dresden das Urteil verkündet. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurde er zu fünf Jahren Zuchthaus, unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft, sowie 5 Jahre Ehrverlust verurteilt. Die Haft trat er kurz nach der Urteilsverkündung im Zuchthaus Waldheim an. Am 14. Juli 1939 wurde er aus Waldheim entlassen und war bis zum 31. August 1939 in Leipzig in Freiheit, mit täglicher Meldepflicht bei der Polizei.

Mein Großvater Arthur Rudolf Henning wurde am 27. März 1896 als Sohn des Tischlers Karl Henning und seiner Ehefrau Anna in Leipzig geboren. Rudi besuchte von 1902 bis 1910 die Volksschule im Süden von Leipzig und erlernte anschließend das Schlosserhandwerk. 1910 wurde er mit 14 Jahren Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und damit der SPD in Leipzig. Nach abgeschlossener Berufsausbildung ging er 1913 auf Wanderschaft.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 ging er als Kriegsfreiwilliger zur Marine. Er gehörte zur Mannschaft des Hilfskreuzers Kaiser Wilhelm der Große, die nach einem Gefecht mit einem britischen Kreuzer bereits im September 1914 in englische Gefangenschaft geriet und diese in Kanada zubrachte. Nach Kriegsende kam mein Großvater 1919 aus der Gefangenschaft nach Leipzig zurück und wurde Mitglied der USPD. Nach dem Vereinigungsparteitag der SPD und der USPD im Oktober 1920 trat er der KPD bei.

Von 1923 bis 1933 arbeitete er bei der Firma Brown, Boveri & Co. in Leipzig als Elektromonteur. Er war Arbeiter- und Betriebsratsvorsitzender und wurde 1927 im Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) Mitglied der Branchenleitung der Elektromonteur, der Lohnkommission und der erweiterten Ortsverwaltung Leipzig.

Spätestens 1923 lernte er meine Großmutter Johanna kennen, vermutlich über deren Bruder Otto Unger. Aus dieser Beziehung stammte meine Mutter Ursula, die im März 1924 in Leipzig geboren wurde.

Mein Großvater wurde am 18. März 1933 das erste Mal in Leipzig verhaftet, in das Konzentrationslager Colditz verbracht und von dort am 1. Mai 1933 wieder entlassen. Danach arbeitete er fast eineinhalb Jahre illegal für die KPD. Am 19. Septem-

ber 1934 wurde er in Leipzig erneut verhaftet. Wie mein Vater wird er die Untersuchungshaft anfangs im Polizeipräsidium bzw. Polizeigefängnis Leipzig und später in der Gefangenenanstalt Dresden verbracht haben. Am 21. November 1935 wurde auch er durch den I. Strafsenat des Oberlandesgerichts Dresden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, unter Anrechnung von einem Jahr der erlittenen Untersuchungshaft, sowie 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er trat seine Strafe noch am Tag der Urteilsverkündung in der Landesstrafanstalt Zwickau an. Am 24. Mai 1939 wurde er von dort entlassen und kehrte nach Leipzig zurück, war ebenfalls bis zum 1. September 1939 in Freiheit und musste er sich bis dahin ebenfalls täglich bei der Polizei melden.

## Konzentrationslager Buchenwald

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen. Der deutsche *Blitzkrieg* gegen Polen war der Beginn eines barbarischen Krieges, der bald weite Teile der Welt ergriff und unfassbares Leid über die Menschen brachte.

Am 1. September 1939 wurden allein in Leipzig 28 Männer mit einer kommunistischen Vorgeschichte verhaftet, darunter auch mein Vater und mein Großvater, die sich damals nicht kannten. Die Verhafteten wurden in das Leipziger Polizeigefängnis gebracht, und dort warteten sie tagelang darauf, dass ihnen mitgeteilt wurde, warum sie hier waren und was man mit ihnen vorhatte.

Am Morgen des 8. September 1939 startete der Sondertransport von insgesamt 75 Männern aus dem Raum Leipzig und Halle

nach Buchenwald. Mein Großvater Rudolf Henning, 43, hatte die laufende Nummer 17, mein Vater Gerhart Zschocher, 25, die Nummer 75.

Über den Weg nach Buchenwald schreibt mein Vater:

Bereits wenige Stunden nach unserem Abtransport von Leipzig bekamen wir eine Vorahnung von unserer Leidenszeit, und über die Kraft und den Mut, die von uns aufzubringen waren, um diese Hölle von Buchenwald und die Herrschaft der deutschen Faschisten zu überleben. Dabei war Buchenwald keine Menschenvernichtungsfabrik wie Auschwitz. Es war ein «Arbeitslager», in dem der Nazigrundsatz «Vernichtung durch Arbeit» praktiziert wurde. ... Transportleiter bei unserer Eisenbahnfahrt von Leipzig nach Weimar im normalen Personenwagen 2. Klasse, aber mit verschlossenen Türen, waren meine alten Bekannten, die Gestapoleute Wilke I und II und Braun. Während der Fahrt konnten wir uns frei bewegen. ... Vorstellungen, was uns am Ziel erwarten würde, hatte niemand, so schien es mir jedenfalls. ... Weimar erreichten wir bei strahlendem Sonnenschein. In Erinnerung ist mir geblieben, dass wir auf dem Weg vom Bahnsteig durch den Bahnhof bis zum Ausgang durch ein Spalier von weißen Uniformen gingen. Die Aufforderung durch die SS-Unterführer, die Planken hoch in die verdeckten, zum Fahrer hin offenen Mannschaftswagen einzusteigen, geschah nun schon in einer recht schroffen Tonart. Ich war beim ersten Drittel der Einsteigen und hatte schon auf einer Bank an den Außenplanken Platz genommen. Ein Genosse, der auf einer Mittelbank saß, drehte sich um, wahrscheinlich, um die Prozedur des Einsteigens zu beobachten. Da schlägt ihm der Fahrer des Lkw seine Mütze an

den Kopf: «Hier hat niemand zuzugucken, guck geradeaus, du Schwein!» Danach geschah etwas Eigenartiges, kaum Vorstellbares, aber es geschah! Genau nach diesem eigentlich nebensächlichen Vorfall, denn es war ja kein schmerzhafter Schlag, und Schweine waren wir auch früher bei der Gestapo genannt worden, verwandelten sich die Gesichter der Gefangenen im Lkw. Nicht nur das eine des Beteiligten, nein, alle Gesichter. Bis dahin hatte jeder sein eigenes, individuelles Gesicht. In dieser Sekunde, nach der Reaktion des SS-Mannes, waren sich alle Gesichter gleich geworden. Es war nicht Angst in den Gesichtern. Nein. Es war, als ob bei jedem zum gleichen Augenblick eine Jalousie heruntergefallen wäre. Damit waren wir in die Gemeinschaft der Buchenwaldhäftlinge integriert.

Über die letzten Tage im Konzentrationslager Buchenwald vor der Befreiung durch amerikanische Soldaten schreibt mein Vater im Kapitel «Der Aufbruch»:

Die letzten Wochen in Buchenwald 1945, bis wir selbst am Nachmittag des 11. April die Tore aufsprengen konnten, waren für uns Häftlinge noch einmal eine nervliche Zerreißprobe. ...

Solange, wie außer den paar Hundert Mann Bewachungsmannschaften noch Teile einer SS-Division – etwa 3.000 Mann mit schwerer Bewaffnung – am Standort waren, konnten wir uns auf einen bewaffneten Kampf gegen die SS nicht einlassen. ... Wir mussten uns auf einen passiven Widerstand einstellen, um vor allem die Evakuierung des Lagers, wenn nicht zu verhindern, so doch weitestgehend zu verzögern. Das schafften wir durch das flexible Reagieren der Häftlinge auf die verschiedensten Formen und Methoden der SS-Lagerfüh-

rung zur kompletten Evakuierung des Lagers. Am Tag der Befreiung waren wir noch 21.000 Häftlinge im Lager. In den letzten Tagen vor dem 11. April fanden keine Appelle statt, und die Außen-Kommandos blieben im Lager. ... Mit den 21.000 hörte ich die letzte Durchsage des Rapportführers: «Achtung, Achtung, alle SS-Angehörigen sofort aus dem Lager!» Bei der dritten Wiederholung überschlug sich die Stimme des Rufers. Noch ein paar bange Stunden! Kommen Flugzeuge vom Flugplatz Nohra, um das Lager zu bombardieren? Werden die Panzerfäuste abgeschossen, die in den letzten Tagen auf die Wachtürme verteilt worden waren? Die in jahrelanger mühevoller illegaler Arbeit darauf vorbereiteten Kader der Häftlinge warteten sprungbereit, um entsprechend reagieren zu können.

Und dann war es soweit!

Die Kampfgruppen durchbrachen an verschiedenen Stellen den Zaun und stürmten das Lagertor. Um 15.15 Uhr flatterte die weiße Fahne auf Turm 1, vom unbeschreiblichen Jubel der Häftlinge begrüßt. Zum ersten Mal sprach der Lagerälteste Eiden über den Lagerfunk zu uns. ... Am Freiheitsappell am 12. April im Lager und an der Trauerfeier auf dem Appellplatz am Abend des 19. April, bei der wir auch unseren feierlichen Schwur sprachen, nahm ich teil, und auch an dem Aufmarsch der Nationen auf dem Appellplatz am Morgen des 1. Mai war ich dabei. ...

## Gedenken in Buchenwald

Als Schülerin war ich Anfang der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts das erste Mal mit meiner Klasse in Buchenwald. Nie mit meinem Vater, der Buchenwald damals für mich zu SED-ideologisch sah. Mein Großva-

ter starb bereits im Mai 1954 an Tuberkulose, ich kannte ihn kaum, hatte ihn zuvor noch einmal mit meinem Bruder besuchen dürfen.

1993 fuhr ich gemeinsam mit meiner Tochter Anne zur Gedenkfeier nach Buchenwald, und dort trafen wir auch meinen Vater.

Die Geschichte dieser Reise habe ich vor Jahren aufgeschrieben: «Es ist kalt auf dem Ettersberg. Der Parkplatz steht voller Autos, Anne und ich haben Mühe, einen geeigneten Platz für unseren Renault Clio zu finden. Es ist unsere erste gemeinsame Autofahrt, und die hat uns an diesem Sonntag nach Buchenwald geführt, zur alljährlichen Gedenkfeier der überlebenden Buchenwalder und ihrer Angehörigen, in Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers im April 1945. Anlass dafür war ein Anruf meines fast 80 jährigem Vaters einige Tage zuvor. Er hatte am Telefon gesagt, dass er zur Gedenkfeier am 11. April in Buchenwald sein werde. Da hatte ich geantwortet, dass ich mitkommen wolle. Ich hatte meiner achtzehnjährigen Tochter Anne vorgeschlagen, mich zur Gedenkfeier zu begleiten, und sie hatte eingewilligt. Nachdem ich an einem Blumenstand zwei Rosen gekauft hatte, bewegten wir uns im Strom der Menschen in Richtung des großen, unbebauten Platzes oberhalb der Nationen-Gedenkstelen. Von da aus ging es traubenförmig die Stufen hinab, und an jeder Stele legten Menschen schweigend Blumen und Kränze nieder.

Wir fühlten uns fremd unter den vielen, uns unbekannt Menschen, und ich schaute suchend nach meinem Vater, sah ihn aber nicht. Am Ende der langen, steinernen Straße legten wir die beiden Rosen nebeneinander an den Rand eines großen, runden Grabes, das mit seiner grasbewachsenen Erde an Menschen erinnerte, die hier,

im Lager, in den Steinbrüchen oder Werkstätten außerhalb des Lagers lebten und arbeiteten, litten und starben.

Am Glockenturm trafen wir endlich auf meinen Vater, Annes Großvater. Er stand inmitten einer kleinen Gruppe von Männern, die zur Internationalen Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora gehörten und von einer Gedenkfeier gekommen waren. Ich war erleichtert, und plötzlich wich der Druck von mir, den ich fast mein ganzes Leben lang gespürt hatte, wenn mein Vater von Buchenwald sprach. Endlich fühlte ich mich frei von dem riesigen Schatten, der meine Kindheit bedroht hatte und Buchenwald hieß. Vor diesem Schatten war alles andere klein gewesen; ich selbst, meine Sehnsucht nach einem normalen Leben mit einer Mutter und einem Vater. Ich hatte mich meiner Kleinheit geschämt, und so verstummten erst meine Wünsche, und später verstummte ich selbst. Nach und nach hatte sich das übermächtige Vorbild der Mütter und Väter, die Erinnerung an ihren Kampf und ihr Leiden in der Zeit des Nationalsozialismus in mir ausgebreitet, und unter dieser Last hatte ich schweigend gelitten.

Erst im Herbst 1989 fand ich meine öffentliche Stimme wieder. Anfangs in den Kirchen, später auf den Demonstrationen und an einem der Runden Tische erhob ich sie, mischte mich ein und beteiligte mich an der beginnenden Demokratisierung der DDR. Seit dieser Zeit lebe ich mein eigenes politisches Leben, und deshalb kann ich heute auch neben meinem Vater stehen, inmitten der vielen Menschen, im kalten Wind auf dem Ettersberg.

Anne wusste zwar, dass ihr Großvater zu denen gehörte, die während des Zweiten Weltkriegs in Buchenwald eingesperrt waren und erst im April 1945 frei kamen. Doch über Buchenwald hatte ich selten gespro-

chen. Anne kannte zwar *Das Siebte Kreuz* von Anna Seghers und *Nackt unter Wölfen* von Bruno Apitz, denn beide Buchenwaldromane waren Schulstoff im Fach Literatur gewesen. Aber mehr noch hatte ich über das Schicksal der Juden erzählt und ihr die Todesfuge von Paul Celan vorgelesen, hatte ihr von Chile und dem Sänger Victor Jara, von Prag und dem Studenten Jan Palach erzählt. Ich hatte ihr *Das Tagebuch der Anne Frank* zu lesen gegeben und war mit ihr in Filme und Ausstellungen zum Thema der Judenverfolgung im Nationalsozialismus gegangen. So wusste Anne von vielen Geschehnissen, über die sie im Schulunterricht nur wenig erfahren hatte.

Jetzt beobachtete Anne die Männer, die sich um mich und ihren Großvater scharten und lauschte ihren Worten. Sie erfuhr wie ich, dass ihr Urgroßvater Rudi im Lager «Rotbäckchen» genannt wurde und war überrascht, wie heiter und vertraut die Männer mit mir im Gespräch umgingen. Dabei merkte sie, dass das Gefühl der Fremdheit und Beklommenheit, das sie bisher stumm sein ließ, von ihr wich.

Später hörten wir gemeinsam den Reden ehemaliger Häftlinge und einiger Politiker zu. Während die Menschen etwas dichter zusammenrückten, um sich vor dem kalten Wind zu schützen, sprachen zuerst die Buchenwalder. Die Umstehenden hörten ihnen gern und zustimmend zu; es wurde viel geklatscht und wenig dazwischen gerufen, Redner und Zuhörer verstanden einander. Den Reden der Politiker hörten die Umstehenden nicht so bereitwillig zu. Sie unterbrachen deren Worte mit Zwischenrufen wie: «Du bist hier nicht im Bundestag», oder: «In Buchenwald kann man keine langen Reden halten». Das verunsicherte die Redner, und ihre Manuskriptseiten flatterten noch stärker im Wind. Was konnten sie

hier oben, in der rauen Luft des Ettersbergs, Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald denn wirklich sagen? Den Buchenwaldern war das raue Klima des Bergs vertraut, hier hatten sie gelebt und gelitten und auf ihr Überleben gehofft. Über deren Leid, deren Vermächtnis hätten die Redner sprechen sollen und darüber, dass dies von den Jüngeren nicht vergessen werden dürfte. Aber dazu brauchte man andere Worte, andere Gesten, und so blieb zwischen den Buchenwaldern und ihren Angehörigen auf der einen und den Politikern auf der anderen Seite ein unsichtbarer, aber spürbarer, trennender Raum.

Nach dem Ende der letzten Rede strömten die Menschen rasch ihren PKWs oder Bussen zu, um der rauen Kälte des Ettersbergs zu entkommen. Auch Anne und ich verließen eilig den Parkplatz, nachdem wir uns von Vater und Großvater verabschiedet hatten.

Später erzählte Anne mir, dass sie während des stummen Gedenkens an den Stelen dachte, dass mit dem Tod der noch lebenden Buchenwalder die Erinnerung an das Lager erloschen sein würde. Aber jetzt wusste sie, dass sie sich an diesen Tag erinnern würde, besonders an das Grab, auf das wir die beiden Rosen gelegt hatten und an das Gespräch der Buchenwalder mit mir. Das ließ auch mich hoffen, dass die Erinnerungen der Buchenwalder weitergegeben werden könnten.»

## Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora

Direktor der Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora war seit 1994 Prof. Dr. Volkhard Knigge. Anlässlich seines Ausscheidens aus dem Direktorenamt am 30.

April 2020 dankte ihm der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow in einem persönlichen Gespräch für sein langjähriges Wirken mit den Worten:

Es ist schwer zu sagen, was aus der Gedenkstätte geworden wäre, wenn Prof. Knigge nicht gekommen wäre. Ziemlich sicher wäre Buchenwald nicht geworden, was es heute ist: ein Ort, den auch ehemalige Häftlinge wieder aufsuchen können. Das ist, neben vielen Anerkennungen, die Prof. Knigge zuteilwurden, sein vielleicht größter Verdienst.

Dabei kam ihm zugute, dass er neben seinem Beruf als Historiker eine psychoanalytische Ausbildung absolvierte. Seine geschichtswissenschaftliche Perspektive und seine Menschenkenntnis ergänzten stets einander. So konnte er in den 1990er-Jahren die tiefen Gräben, die zwischen verschiedenen Opfergruppen existierten, befrieden, ohne auf historische Genauigkeit zu verzichten. Nur so konnte die Gedenkstätte Buchenwald zu der Bedeutung gelangen, die sie heute hat, so Ramelow weiter. Mit viel Empathie habe er den ehemaligen Häftlingen der Lager das Gefühl vermittelt, dass die Gedenkstätte heute auch ihr Ort sei. Zugleich stehen die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora heute für historisch präzise Aufklärung und geben den Nachgeborenen zahlreiche Anregungen dafür, sich in der Gegenwart für ein «Nie wieder» engagiert einzusetzen.

Im Mai 2012 starb mein Vater im hohen Alter von 98 Jahren. Sein Sohn aus zweiter Ehe hatte danach die noch vorhandenen Dokumente, Fotos, Medaillen, Abzeichen und weitere Gegenstände an das Buchenwald-Archiv geschickt, wie unser Vater Jahre zuvor bereits vieles dem Buchenwald-Archiv

übergeben hatte. Ich besaß nichts von ihm, suchte deshalb seit Jahren schon im Internet nach meiner Familie, von der ich wenig wusste.

Im März 2015 hatte ich eine Verabredung mit der Leiterin des Buchenwald-Archivs, Frau Stein. Mit dem Zug fuhr ich nach Weimar und mit dem Bus weiter nach Buchenwald, entlang des sogenannten Carachowegs, über den die SS-Männer die in das Lager eingelieferten Häftlinge oft getrieben hatten.

Das Archiv war in einer der ehemaligen SS-Baracken untergebracht, und es kostete mich etwas Überwindung, das Steinhaus zu betreten. Aber innen war alles modern und zweckmäßig eingerichtet, und der Raum, in den mich Frau Stein führte, wirkte wie ein moderner Büroraum. Auf dem Tisch lagen bereits alle Unterlagen des Nachlasses meines Vaters, und nach einem kurzen Gespräch ließ mich Frau Stein damit allein.

Ich war überrascht, als ich die vielen Fotos sah, von denen ich kaum eines kannte. Darunter waren auch einige von meinem Großvater, der im Ersten Weltkrieg, im September 1916, in der Sommeschlacht sein Leben ließ und von dem ich erst aus dem Buch meines Vaters erfuhr und einige meiner Großmutter Frida, die im September 1945 in Leipzig starb, und auch sie habe ich nicht kennengelernt, da ich erst im Dezember 1946 geboren wurde.

Ich verbrachte viele Stunden allein in dem Raum, versunken in eine andere Zeit und eine Familie, die ich kaum kannte. Dann schrieb ich auf, wovon ich gern Kopien haben würde. Ein Foto meines Großvaters, das etwa 1910 in einem Fotosalon in Leipzig entstand und doppelt war, schenkte mir Frau Stein.

Abschließend sprach ich mit ihr noch über meinen Großvater, dessen Akte wegen

seines frühen Todes 1954 nicht mehr in Buchenwald, sondern in Arolsen war. Sie versprach mir, mit den Dokumenten, die ich inzwischen aus einer anderen Quelle erhalten hatte und den in Bad Arolsen vorhandenen wieder eine Akte zu erstellen. Einige Wochen nach meinem Besuch im Buchenwald-Archiv bekam ich die Kopien auf drei CDs zugeschickt. Dazu einen Brief von Frau Stein, in dem sie mir auch etwas zu meinem Großvater schrieb:

Ganz lieben Dank auch für die vielen Dokumente zu Rudolf Henning. Er hat nun auch eine Akte mit der Signatur BwA 52-11-1450.

Ich bin froh, dass es meinen Großvater nun in Buchenwald wieder gibt und dass ich neben den Dokumenten über ihn endlich auch die Fotos und Dokumente meines Vaters besitze, nach so vielen Jahrzehnten.

Im Mai 2016 war ich mit Freunden aus Erfurt in der neu gestalteten, umfangreichen Dauerausstellung in Buchenwald. Es war schön, nicht allein dort sein zu müssen, wo meine Vorfahren so sehr gelitten hatten. Aber dennoch war mir auch diesmal kalt, und einige Tage später beschrieb ich meine Empfindungen an diesem Tag in einem Gedicht:

Buchenwald so kahl und kalt  
so voll gefrorener Gewalt.  
Bin hier an meines Vaters Statt  
der diesen Ort sein Leben  
lang nicht mehr vergessen hat.  
Hat ab September 1939 fast

sechs Jahre hier verbracht  
danach über sechzig Jahre  
noch immer an ihn gedacht.  
Mein Vater ruht in Frieden  
Buchenwald ist mir geblieben.

Ich denke noch immer über die Zeit nach, in der meine Vorfahren für ihre politischen Überzeugungen gekämpft und gelitten hatten, und ich achte und schätze ihr antifaschistisches Erbe sehr.

Ich frage mich aber auch, ob mein Großonkel Otto U. und mein Großvater Rudi H. ihren kommunistischen Ideen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs treu geblieben wären. Von meiner Mutter und meinem Vater weiß ich es, sie waren der SED treu ergeben, trotz eigener Parteiverfahren in den 50iger Jahren des 20. Jahrhunderts und den, mich immer stärker abstoßenden kommunistisch-sozialistischen Ideologien. Vielleicht hatten sie nichts anderes, woran sie festhalten konnten oder wollten. Aus der evangelischen Kirche waren sie zeitig ausgetreten, ihre Bildung erhielten sie anfangs zwar in der Weimarer Republik, später im Nationalsozialismus und die Jüngerer dann in der DDR, doch die Welt um sie blieb relativ eng. Als Jugendliche störte ich mich immer mehr an dieser engen, ideologisierten Welt, verweigerte die von mir erwartete SED-Kandidatur und nahm berufliche Einschränkungen in Kauf. Im Herbst 1989 trat ich der SDP/SPD bei, und in den Jahren danach spürte ich oft, dass mein Beitritt zur SPD kein Zufall war, sondern neben den Ereignissen im Herbst 1989 auch mit der Geschichte meiner Familie im 20. Jahrhundert zusammenhing. ■

# HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig

## Eine Präsidentin tritt zurück Wie Dauerstellen die Exzellenz gefährden können

Hohe Wellen schlug der zum Ende des Jahres 2021 angekündigte Rücktritt von Sabine Kunst als Präsidentin der Berliner Humboldt-Universität (HUB). Was bewog die ehemalige Wissenschaftsministerin des Landes Brandenburg zu diesem freiwilligen Rückzug? Sie selbst – so schrieb sie in der *ZEIT* – sehe aktuell nicht, wie der erfolgreiche Weg der Berlin University Alliance, einem Zusammenschluss der großen Berliner Universitäten mit der Charité, im Schatten des neuen Berliner Hochschulgesetzes fortsetzen ließe.<sup>1</sup> Stein des Anstoßes war ein Paragraph in der Novelle, der die Hochschulen dazu verpflichtet, die aus dem Haushalt finanzierten Qualifikationsstellen grundsätzlich unbefristet zu besetzen. Sabine Kunst begreift dies als ungerechtfertigten Eingriff in die Hochschulautonomie, die Flexibilität der Humboldt-Universität und letztlich als Gefährdung der Exzellenz des Wissenschaftsstandortes Berlin. Seitdem werden dieser Rücktritt und seine Beweggründe

bundesweit debattiert. Wieso kann eine gut gemeinte Regelung, nämlich den wissenschaftlichen Nachwuchs von Kettenverträgen zu befreien und ihm eine verlässliche Perspektive zu bieten, zum freiwilligen Rücktritt der Präsidentin einer renommierten Berliner Universität führen? Wieso sollen Dauerstellen die Exzellenz eines Wissenschaftsstandortes in Frage stellen? Wer die Situation an den chronisch unterfinanzierten Hochschulen kennt, weiß darauf eine adäquate Antwort. Die im Eilverfahren durchgepeitschte Änderung des Berliner Hochschulgesetzes ist ein Paradebeispiel für den Umgang von Landesregierungen mit ihren Universitäten, der sich kurz beschreiben lässt: Gewährte Autonomie bei der Mängelverwaltung, Einmischung bei der Struktur- und Personalpolitik.

### Worum geht es?

Das im Spätsommer 2021 verabschiedete neue Berliner Hochschulgesetz verpflichtet in Paragraph 110, Absatz 6, die Berliner

1 Sabine Kunst: «Exzellenz in Gefahr». In: *Die Zeit*, 04.11.2021.

Hochschulen dazu, die bisher zur Qualifizierung befristet besetzten Postdoc-Stellen in wissenschaftliche Dauerstellen umzuwandeln, soweit sie aus Haushaltsmitteln des Landes finanziert werden. Gutgemeintes Ziel war die Abschaffung von Kettenverträgen und eine verlässliche Perspektive für junge Wissenschaftlerinnen. Gut möglich, dass das neue Hochschulgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe landet, denn es handelt sich im Kern um eine arbeitsrechtliche und nicht um eine hochschulrechtliche Regelung. Die Befristung von Arbeitsverträgen ist nämlich bundesrechtlich im Wissenschaftszeitvertragsgesetz geregelt, das bundesweit die Erneuerungsfähigkeit in Lehre und Lehre an den Universitäten sicherstellen soll. Dem gegenüber steht nun die Durchsetzung «Guter Arbeit» durch das Berliner Hochschulgesetz. Für einige Vertreterinnen des akademischen Mittelbaus und der Politik ging es sowieso um mehr, unter anderem um die «Befreiung» der Postdocs aus dem Abhängigkeitsverhältnis der Professorenschaft. So beklagen das Vorstandsmitglied der Landesvertretung Akademischer Mittelbau (LAMB), Anette Simonis (Charité), und der wissenschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Tobias Schulze, in einem Beitrag für den *Tagesspiegel*, dass der «Nachwuchs» Ausstattung von Professuren bei Berufungen und Verschiebemasse in den Hochschulhaushalten seien.<sup>2</sup>

Dabei hat die Debatte über Kurzzeitverträge nach der Promotion und damit verbundene ungewisse Karriereaussichten in der Wissenschaft ihre Berechtigung. Neu

ist sie nicht. Das in 2007 in Kraft getretene Wissenschaftszeitvertragsgesetz ermöglicht die Befristung von Arbeitsverträgen des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals im Akademischen Mittelbau und wurde zuletzt im März 2020 geändert. Frische Nahrung erhielt der Protest gegen prekäre Anstellungsverhältnisse und ungewisse Zukunft in diesem Jahr unter dem Hashtag #IchBinHanna. Das Berliner Gesetz hat nun darauf reagiert. Postdocs, die sich auf solchen Stellen wissenschaftlich weiterqualifizieren, etwa im Rahmen einer Habilitation, muss eine Anschlusszusage gemacht werden. Damit sind diese Qualifizierungsstellen auf etwa dreißig Jahre blockiert. «Gut gemeint und schlecht gemacht» würde der Volksmund sagen. Denn das Gesetz gilt ab sofort und erlaubt keine Übergangsfristen. Zudem stellt der Berliner Senat den Universitäten keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung, um das Gesetzesvorhaben auch umsetzen zu können. Was sich mit der Entfristung von Postdoktorandinnen zunächst gut anhört, ist aus folgenden Gründen nicht für die Universitäten, sondern auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs und seine Zukunftsperspektiven eine Katastrophe.

## Völlig losgelöst von Strukturplänen

Die Entfristungszusagen der Postdoc-Stellen wären aktuell losgelöst von den Strukturplänen und tatsächlichen dauerhaften Bedarfen in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement einer Universität. Damit wird die Flexibilität bei der Personalplanung zur Bewältigung von immer mehr oktroyierten Aufgaben durch die Landesregierungen weiter eingeschränkt. Gleichzeitig fordert die Politik von den Universitäten aber eine

2 Anette Simonis / Tobias Schulze: «Hanna ist die Zukunft der Wissenschaft». In: *Tagesspiegel*, 03.11.2021.

genaue Festlegung der Stellen in den Strukturplänen, was die Hochschulen endgültig manövrierunfähig macht. Beispiel gefällig: Die frisch gebildete rot-rote Regierung in Mecklenburg-Vorpommern fordert in ihrem Koalitionspapier über das übliche hinaus eine «Akademisierung der Gesundheitsberufe», ein «Ausbildungsengagement in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz» und die «Digitalisierung von Lehre, Forschung und Verwaltung». Sämtlich neue Aufgaben, die die Universitäten im Wesentlichen aus ihren knappen Kassen zu bestreiten haben. Die vorherige rot-schwarze Regierung hatte bereits per Landtagsbeschluss in 2020 die gesamte Neueinrichtung von Bachelor- und Masterstudiengängen Bauingenieurwesen mit der Einrichtung von vier Professuren an der Universität Rostock beschlossen, ohne dass dafür adäquate Gebäude zur Verfügung stehen oder deren Finanzierung in Aussicht gestellt wurde. Den Universitäten werden, wie auch bei der erzwungenen Einrichtung von Dauerstellen, ständig neue Aufgaben ins Pflichtenheft geschrieben, ohne darauf vorbereitet zu sein und finanziell ausgestattet zu werden.

## Verstopfte Karrierewege

Die Politik hat in den letzten zwanzig Jahren den Akademischen Mittelbau gnadenlos ausgedünnt. Die wenigen verbliebenen Stellen sollen jetzt für Jahrzehnte blockiert werden. Was sich zunächst gut für die Postdocs anhört, wird sich als Bürde für den wissenschaftlichen Nachwuchs erweisen. Zukünftigen Wissenschaftlerinnen werden die Qualifizierungsstellen im Rahmen einer Habilitation nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus Sicht der Politik kein Problem, denn für sie sind mit Einführung der Juni-

orprofessur Habilitationen überflüssig geworden. Hier sei der Hinweis gestattet, dass Wissenschaftlerinnen nach wie vor eine Habilitation anstreben, um mit dem Gütesiegel Karriere zu machen. Mit der nun erzwungenen Entfristung der Postdocs stehen wir in der unrühmlichen Tradition der 1970er-Jahre als über den direkten Beförderungsweg neue Professuren geschaffen, akademische Räte, Assistentinnen und Assistenten häufig ohne Habilitation auf Lehrstühle berufen wurden, für die sie durch ihre Forschungsleistungen nur bedingt qualifiziert waren. Neue Profs, Mittelbau ohne Qualifikation. Darunter haben viele Unis lange gelitten.

## Unerwünschte Nebenwirkung

Auf einen mächtigen Nebeneffekt bei der Umwandlung in Dauerstellen hat Ludwig Kronthaler, früherer Generalsekretär der Max-Planck-Gesellschaft und heute verantwortlich für Haushalt, Personal und Technik an der HU-Universität, in einem Beitrag für die *FAZ* hingewiesen.<sup>3</sup> Bisher wurden die Postdoc-Stellen als Qualifizierungsstellen befristet besetzt mit einer Lehrkapazität von vier Semesterwochenstunden. Solche Qualifizierungsstellen lassen genug Zeit, um das Qualifizierungsziel nach fünf Jahren zu erreichen und wegberufen zu werden. Danach könnte die Stelle wieder als Qualifizierungsstelle durch die nächste Generation besetzt werden. Auf einer wissenschaftlichen Dauerstelle hingegen liegt eine Lehrkapazität von acht bis achtzehn Semesterwochenstunden. Wo bleibt hier noch Zeit für eine Qualifizierung, beispielsweise eine

3 Ludwig Kronthaler: «Nur die Besten sollen bleiben». In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.11.2021.

Habilitation? Gleichermaßen müssen die Universitäten entsprechend der Lehrkapazität zwei- bis viermal mehr Studierende aufnehmen, häufig in bereits überlasteten Studiengängen. Wie soll eine so im Lehrbetrieb eingespannte Wissenschaftlerin sich hoch qualifizieren und erfolgreich wegbewerben können? Wer es nicht schafft, ist immerhin im Besitz einer Dauerstelle. Funktioniert so eine Bestenauslese?

### Fehlender Leistungsnachweis

Soll einfach nur entfristet werden, oder müssen die Postdocs auch bewertbare Leistung erbringen? Schon wird im Rahmen eines zweistufigen Systems für die Zeit nach der Promotion der «Tenured PostDoc» ins Gespräch gebracht. Für drei Jahre sollen Qualifizierungsziele in Forschung und Lehre vereinbart und schließlich evaluiert werden. Daran schlosse sich für wenige eine fünfjährige «Tenured Assistantprofessorship» an, die schließlich in eine unbefristete Dauerstelle münde. Dieses Modell soll mehr Flexibilität und Transparenz schaffen. Acht Jahre Bewährung für ein «Assistantprofessorship» gegenüber sechs Jahren bei einer Juniorprofessur mit «Tenure track»? Hier geht es wieder um eine unreflektierte Übernahme des amerikanischen Systems. Zur Erinnerung: während in Deutschland Juniorprofessorinnen zu fast 100% übernommen werden, sind es in den USA 30–40%. Nur die Besten dürfen bleiben. Die anderen gehen keinesfalls leer aus, sondern finden in der Regel eine Anstellung an kleineren, weniger renommierten Hochschulen, die es in Deutschland so nicht gibt. Wird so Exzellenz erzeugt? Soviel zum Thema Leistung und Qualifikation: die Berliner Personalvertretungen raten den bereits befristet einge-

stellten Postdocs vor Gericht zu ziehen und sich mit dem neuen Berliner Hochschulgesetz in der Hand einzuklagen.<sup>4</sup>

### Gelingende Exzellenz

Der Weg zur Exzellenz führt über eine kluge Berufungspolitik. Der nationale und internationale Wettbewerb um die besten Köpfe, größten Talente und koordinierten Drittmittelprojekte tobt unentwegt. Atemlos werden neue Anträge geschrieben und Berichte verfasst, pausenlos evaluiert. Es gibt überhaupt keine Zeit mehr im Jahr, die frei ist von diesem Hamsterbetrieb. Für einen Wissenschaftler, der etwas auf sich hält und Zielvereinbarungen mit seiner Universität getroffen hat, kann sich dem Treiben nicht entziehen. Lehre und Forschung auf hohem Niveau lassen sich ohne Drittmittel gar nicht mehr bewältigen. In der Regel sind in einem naturwissenschaftlichen Praktikum zwei von drei betreuenden Doktorandinnen aus Drittmitteln finanziert. Darüber herrscht allgemein Stillschweigen, denn die Rechtmäßigkeit dieses Einsatzes ist umstritten, niemand will hier eine verbindliche Klärung herbeiführen. Die prekäre Situation macht deutlich, dass die Besten nur mit einem entsprechenden Angebot für wissenschaftliches Personal gewonnen werden können. In der Regel gehört dazu, dass ein wissenschaftlicher Mitarbeiter mitgebracht und zwei Doktorandenstellen für den Einsatz in der Lehre und für Vorarbeiten von Forschungsarbeiten eingesetzt werden können. Wenn die Mittelbaustellen dauerbesetzt sind, kann keine Professorin eine in ihrem Bereich ausgebildete und erfahrene

4 Tilmann Warnecke: «Was ist für Berliner Postdoktoranden drin?» In: *Tagesspiegel*, 16.11.2021.

Mitarbeiterin mehr mitbringen. Wenn – wie im nächsten Kapitel angesprochen – auch noch die Doktorandenstellen aus Haushaltsmitteln verwehrt bleiben, dann gibt es keinen Anreiz den aktuellen Standort zu verlassen, was wiederum zur Erstarrung des Wissenschaftssystems führt, der von Ideen, Innovation, und auch Tapetenwechsel lebt. Um es deutlich zu machen, wir reden hier von Professoren an Hochschulen, die sich in einem offenen und nach strengen Regeln erfolgenden Wettbewerb erfolgreich durchgesetzt haben. Die gute wissenschaftliche Praxis und Befangenheitsregeln schließen persönliche Motive von Mitgliedern einer Berufungskommission und externen Gutachtern nahezu aus.

## Unzureichende Grundfinanzierung

Woher soll das Geld für die unbefristete Beschäftigung kommen? Die Hochschulen werden zur Einrichtung von mehr Dauerstellen verpflichtet, aber bei der Finanzierung allein gelassen. Die Berliner Universitäten dürfen mit einem globalen Budgetaufwuchs von 3,5% rechnen und sind damit gegenüber Hochschulen in anderen Bundesländern in einer vergleichsweise komfortablen Situation. Dennoch ist davon auszugehen, dass expandierende Energiekosten, der Unterhalt der Infrastruktur und reguläre Tarifsteigerungen im Personalbereich den Zuwachs bereits verzehren werden. Aus Sicht der Berliner Hochschulen werden laut HU-Präsidentin Kunst 110 Millionen Euro bis 2030 benötigt. Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Peter-André Alt, kommt auf einen fehlenden Betrag von etwa 35 Millionen Euro bis 2050, hat aber den versprochenen Aufwuchs bereits mitverrechnet, vielleicht in der Hoffnung, dass

die Winter nicht so kalt und die Tariferhöhungen nicht so kräftig ausfallen werden.<sup>5</sup> Für den eher unwahrscheinlichen Fall, dass es mehr Geld durch den Berliner Senat geben soll, fordern die Personalvertreter bereits sogenannte Sondertatbestände, damit die Universitäten das Geld nicht anderweitig verwenden. Diese Gefahr besteht allerdings, wenn sich die Universitäten immer nach der Decke strecken und ständig neue Löcher stopfen müssen. Die milliarden-schweren Finanzmittel des Bundes wie der Zukunftspakt für die Lehre oder die Exzellenzstrategie für die Forschung helfen nur bedingt. In der Exzellenzinitiative erfolgreiche Universitäten können die Verstärkungsversprechen für die neu aufgebauten Strukturen kaum halten, was nicht selten zu Lasten der in der Initiative nicht erfolgreichen Fakultäten und Fachbereichen geht. Die Mittel aus dem Zukunftspakt für die Lehre haben die Landesregierungen in ganz unterschiedlichem Grad an ihre Universitäten weitergereicht. Dauerhafte Lösungen sehen anders aus. Die Universitäten werden sich weiter durchwurschteln müssen. Dafür machen sie sich gegenüber der Politik klein und unterbreiten in der Not Vorschläge, die neue Probleme mit sich bringen. So schlägt TU-Präsident Christian Thomson für die gesetzlich erzwungene Einrichtung von Dauerstellen für Postdocs eine Erhöhung der Programmpauschale von 20 auf 40 Prozent aus öffentlich geförderten Drittmittelprojekten vor. Den Zuwachs könnten die Universitäten für Promovierende ausgeben, sodass die dafür bisher verausgabten Landesmittel für die benötigten neuen Postdoktorandenstellen freigemacht würden. In Konsequenz hieß dies doch, die Promotionsstel-

5 Peter-André Alt: «Dauerstellen, aber wie?». In: *Tagespiegel*, 17.11.2021.

len noch stärker von der Einwerbung von Drittmitteln abhängig zu machen. Universitäten könnten Neuberufenen nur noch dauerbesetzte Mittelbaustellen, aber keine einzige Promotionsstelle aus Haushaltsmitteln mehr anbieten. Wie sollen dann Forschung und Lehre überhaupt noch aufrecht gehalten werden?

## Geduldete Drittmittel

Eine exzellente Forschung ist ohne eine erfolgreiche Drittmittelinwerbung kaum mehr denkbar. In einigen Fächern gilt dies selbst für die Lehre. In den Natur- und Ingenieurwissenschaften werden Praktika, Seminare und Übungen wesentlich von drittmittelfinanzierten Doktorandinnen bestritten. Die über den normalen Haushalt zur Verfügung gestellten Personalmittel reichen dafür schon lange nicht mehr aus. Eigentlich müsste die Politik den engagierten Forscherinnen dankbar sein, denn die Drittmittelinwerbung kaschiert die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder. Im Koalitionspapier von SPD und Linken im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern heißt es dazu lapidar: «Forschung in Mecklenburg-Vorpommerns Hochschulen muss sich im nationalen und internationalen Wettbewerb behaupten. Die Koalitionspartner nehmen zur Kenntnis, dass dabei die Einwerbung von öffentlichen und nicht-öffentlichen Drittmitteln eine erhebliche Rolle spielt.» Eine Landesregierung nimmt die erfolgreiche Einwerbung von Graduiertenkollegs, Forschungsgruppen und Sonderforschungsbereichen an ihren Universitäten in Rostock und Greifswald «zur Kenntnis». Wird so eine exzellente Forschungsleistung gewürdigt? Respekt für die Forscherinnen und Forscher, die sich in

einem harten Wettbewerb durchgesetzt haben, sieht anders aus. Wenn sich Politik nur einmal selbst an solchen Maßstäben messen lassen müsste? Offensichtlich fehlt in der Politik ein grundsätzliches Verständnis besonders für die Forschung an einer Universität. Hier findet Wettbewerb nach strengen und transparenten Regeln statt. Wissenschaft ist kein Berufsfeld für alle. Wir brauchen einen Auswahlprozess für die klügsten Köpfe. Dies impliziert auch einen verantwortungsvollen Umgang mit einem öffentlich finanzierten Schulsystem und dem freien Zugang zum Studium ohne soziale Vorauswahl.

## Geschätzte Forschung?

Mit ihrem Rücktritt hat Sabine Kunst Mut und Rückgrat bewiesen. Die Universitäten in ganz Deutschland können ihre konsequente Reaktion auf die handwerklich unzureichende und inhaltlich unausgegrenzte Novelle des Berliner Hochschulgesetzes nur Respekt zollen. Am Beispiel der ohne Übergangszeit und finanzielle Unterstützung geforderten Umsetzung der Postdoc-Regelung zeigt sich die Misere der ungenügenden Grundfinanzierung der Universitäten. Deutlich wird auch, wie wenig Landesregierungen die Forschungs- und Lehrleistungen an den Universitäten wertschätzen. Dies wird im Übrigen in Zeiten der Pandemie besonders deutlich, wo Universtätäten überhaupt nicht mehr existent zu sein scheinen. Kita, Schulen, Volkshochschulen haben Vorrang, erst dann kommen die Universitäten. Wie bei der Mängelverwaltung dürfen die Universitäten nun autonom sein. Bei Eigeninteresse wird wie mit dem neuen Berliner Hochschulgesetz auf unverantwortliche Weise in die Strukturen von Universitäten

eingegriffen. Schwindende Hochschulautonomie, eingeschränkte Flexibilität und immer weniger Gestaltungsspielraum gefährden letztlich die Exzellenz eines Wissenschaftsstandortes oder lassen sie erst gar nicht gedeihen. Der verantwortliche Regierende Bürgermeister und Wissenschaftssenator Michael Müller hat Anforderungen an die Berliner Universitäten gestellt, die schlechterdings nicht erfüllt werden können. Dennoch wird der Exzellenzverbund der Berliner University Alliance den Angriff auf ihre Universitäten irgendwie parieren können. Exzellenzmittel werden dann nicht vom Land ausgereicht, sondern gelten wieder als Drittmittel, die dem umstrittenen Postdoc-Paragraphen nicht unterliegen. Stellen werden erst dann besetzt, wenn sie in die Strukturpläne passen oder es werden Umwege der Finanzierung gefunden. Berlin schafft das schon, so wie den Flughafen auch. Zu hoffen bleibt, dass wenigstens der Unibetrieb weiter funktioniert, bestehende Exzellenz erlaubt und neue hervorbringt. Kleinere Universitäten hingegen, mit weniger Exzellenzprogrammen und Renommee dekoriert, würden diese Eingriffe nicht überstehen und perspektivisch auf die Lehre geschrumpft, während exzellente Forschung nur noch an außeruniversitären Einrichtungen zu verorten wäre.

## Gemeine Gedankenspiele

Eine kleine Utopie 2030 für Berlin und Schwerin: Wie «Gute Arbeit» für prekär Beschäftigte in der Politik aussehen könnte. Nach Landtags- und Bundestagswahlen erhalten die gewählten Abgeordneten neben den Diäten beträchtliches Geld für den Aufbau einer Infrastruktur u. a. der Errichtung von Wahlkreisbüros. Mein Vorschlag lautet

hier, die vorherig Beschäftigten zu übernehmen, damit sie nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen werden müssen. Falls dies nicht möglich ist, sollten die Neubeschäftigten unbedingt eine zukunftssichere Dauerstelle bekommen, denn schließlich handelt es sich um eine permanente Aufgabe, nämlich Kontakt und Kommunikation zu den Bürgerinnen und Bürgern aufzubauen und zu intensivieren. Selbstverständlich soll zuvor ein Eignungstest durchgeführt oder vielleicht sogar ein Tenure-Track-Verfahren in Erwägung gezogen werden, um ausreichend qualifizierte Beschäftigte zu gewinnen. Zur Vermeidung von Reibungsverlusten sollte vielleicht ein verlässlicher Pool von qualifiziert Beschäftigten auf Dauerstellen eingerichtet werden. Das Problem, ungeeignete Mitarbeiter oder solche anderer Parteien zugewiesen zu bekommen, wird zur «Kenntnis genommen». Die kreativen Köpfe in der Politik werden hier sicher eine gute Lösung finden. Ähnliches sollte für die Besetzung von Staatskanzleien, Staatssekretärsposten oder gar Ministerien gelten. Leider lässt die Politik hier andere, in der Regel nicht an Qualität und Anspruch orientierte Argumente gelten. Zwei jüngste Beispiele seien hier genannt. Im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist es möglich, ohne Berufs- oder Hochschulabschluss Chef der Staatskanzlei zu werden. Ein häufig gehörtes Proargument lautet, die ausgesuchte Person hätte sich diese exponierte Stelle durch viel Fleiß verdient. An einer Hochschule hätte die Person weder in der Lehre, der Forschung noch in der Verwaltung beschäftigt werden können, denn hier setzen strenge und transparente Regeln eine geeignete Qualifikation voraus. In der Bundespolitik wird nun der geschätzte Cem Özdemir ausgerechnet Agrarminister. Hier argumentiert der zukünftige Klima- und Wirtschaftsminister Habeck mit

der Beliebtheit Özdemirs in der Bevölkerung und damit, dass das Agrarressort mit grünen Grundthemen verknüpft sei. Auch wenn die Fälle unterschiedlich gelagert sind, so ist bei beiden von einer Eignung und nötigen Qualifikation für ein wichtiges Staatsamt keine Rede. So darf vielleicht Politik das Personal auswählen, Hochschulen dürfen es zurecht

nicht. Universitäten, die nach Exzellenz in Forschung und Lehre streben, müssen dann aber selbstständig handeln und entscheiden dürfen und keinesfalls ihrer letzten Autonomie beraubt werden. Zudem scheint eines klar: GEW und Hanna werden allein den Universitäten keine exzellente Zukunft beschreiben können. ■

---

Marianne Hofbauer / Florentine Ruf für den Arbeitskreis «Europäische Hochschulen»  
der Juso-Hochschulgruppen und des Verbands sozialistischer Student\_innen Österreichs (VSSStÖ)

## Gemeinsam studieren in Europa: Selbstbestimmt und solidarisch

### Eine demokratisch-sozialistische Perspektive auf die Initiative «Europäische Hochschulen»

«Europäische Hochschulen» – so nennt die EU ihr Vorzeigeprojekt, an deren Spitze die «European University Alliances» stehen. Im Sinne eines Europäischen Bildungsraums verfolgt die EU seit 2017 nämlich Folgendes: «Europäische Hochschulen sind transnationale Allianzen, die sich zu Hochschulen der Zukunft entwickeln, europäische Werte und die europäische Identität fördern und außerdem Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Hochschulbildung revolutionieren.»<sup>1</sup> Was sich auf Papier gut anhört, kann in der Realität aber leicht scheitern. Wie so oft im Hochschulsektor läuft auch dieses ambitionierte Projekt Gefahr, beste-

hende Probleme zu übernehmen oder sogar zu verschärfen. Fehlende Mitbestimmung und soziale Selektion drohen dieses Projekt zu einem Projekt der Eliten zu machen. Wir als Sozialist:innen haben uns daher das EU-Projekt «Europäische Hochschule» und besonders die Hochschulallianzen genauer angeschaut und Visionen ausgearbeitet – damit sie zu einem wahrlich europäischen Hochschulraum für alle beitragen.

Die Hochschulallianzen stellen freiwillige Bündnisse von Hochschulen in Europa mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten dar. Sie sind Hochschulnetzwerke, «die es Studierenden ermöglichen, durch eine Kombination von Studien in mehreren EU-Ländern einen Studienabschluss zu erwerben, und somit zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Hochschulen beitragen.»<sup>2</sup>

1 Europäische Kommission, Initiative Europäische Hochschulen: <https://bit.ly/3nx90hY> (19.11.2021)

2 Ebd.

Die Allianzen sind neben ERASMUS+ nur ein Teil der europäischen Studierenden- und Hochschulvernetzung. Das eigentliche Ziel der EU, dass Studierende zwischen Hochschulen wechseln können, in verschiedenen Ländern studieren und so den europäischen Bildungsraum verwirklichen, ist damit noch lange nicht erfüllt. Doch kommt die EU dem begrüßenswerten Ziel, einen europäischen Hochschulraum zu errichten, der es Studierenden ermöglicht, flexibel und international zu studieren, sicher einen Schritt näher. Idealerweise schafft die EU es, dieses Pilotprojekt so auszuweiten, dass sich bald alle Hochschulen der EU in einer solchen Allianz befinden. Nur so kann das Ziel eines EU-weiten Bildungsraums erreicht werden.

### Was bislang schief läuft

Die bisherigen Projekte zeigten leider, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Bereits die Bologna-Reform hat deutlich werden lassen, welchen Pfad Hochschulbildung in der EU eingeschlagen hat: hin zu einer zunehmenden Vermarktbarkeit von Bildung, zum Lernen für die Wirtschaft, für den Wettbewerb und nach Wünschen von Drittmittelbereitsteller:innen. Leistungsdruck und soziale Selektion gibt es obendrein. Eine humanistische Bildung und kritisches Denken im Sinne einer sozialistisch-emanzipatorischen Bildung findet man an Europas Hochschulen immer seltener. Zudem war und ist ERASMUS+ ein Programm, das sich nur wenige leisten können. Studierende, die keine oder kaum elterliche Unterstützung haben oder gar Betreuungspflichten nachkommen und neben dem Studium arbeiten müssen, bleibt ein Auslandsaufenthalt bisher meist verwehrt. Insbesondere, da laut DAAD die maximale monatliche ERASMUS+ Förde-

rung bei 450 Euro liegt. Neben dem Studiensemester im Ausland zu arbeiten, ist selbst in einem ECTS-intensiven ERASMUS+-Semester für viele unausweichlich.

Für uns als sozialistische Student:innen soll ein europäischer Hochschulraum keinen Platz für soziale Selektion und der Ökonomisierung der Bildung bieten. Niemand soll sich fragen, wer sich ein europäisches Studium leisten kann! Der europäische Hochschulraum muss ein Ort der Bildung unabhängig der sozioökonomischen, des familiären oder des eigenen Hintergrundes sein. Er darf kein Ort für Wenige sein!

### Die Vision eines europäischen Hochschulraums

Um den offenen und freien Hochschulzugang an allen Standorten einer Allianz gleichermaßen zu garantieren, braucht es in erster Linie die Angleichung der Unterstützungssysteme wie z. B. durch einen gemeinsamen Fonds, in den alle Hochschulen einer Allianz je nach ihren finanziellen Möglichkeiten einzahlen und der dann als gemeinsames Budget fungiert. Langfristig fordern wir die Angleichung der Hochschulfinanzierungssysteme durch die Abschaffung jeglicher Studiengebühren in ganz Europa. Dies soll durch eine komplette Ausfinanzierung dieser durch die EU erreicht werden.

Als Teil der größten Gruppe an Hochschulen, als Studierendenschaft, beschäftigt uns die Frage nach dem Ausmaß einer studentischen Selbstverwaltung nicht erst seit heute. Keine bisherige Struktur zur Organisation und Mitsprache von Studierenden kommt unseren Ansprüchen an studentische Selbstbestimmung nach. Als Sozialist:innen arbeiten wir einer Gesellschaft entgegen, in der alle Lebensbereiche demo-

kratisch strukturiert sind, Hierarchien abgebaut sind und ein gemeinsames Lernen und Forschen auf Augenhöhe auch und gerade in der Wissenschaft Standard ist. Nur so können die «European University Alliances» zu einem Vorzeigemodell gegen autoritäre Tendenzen in Europa werden und kritischer Wissenschaft einen sicheren Raum geben.

Leider bewegen wir uns in Europa von diesem Ideal mit jedem Jahr weiter weg. Neue autoritäre Bewegungen möchten Hochschulen für ihre Zwecke instrumentalisieren und greifen die Wissenschaftsfreiheit an – damit einher geht auch ein Auf-Linie-Bringen studentischer Organe, wie es beispielsweise in Ungarn zu sehen ist. Gleichzeitig setzen beinahe alle nationalen Regierungen das Ideal der unternehmerischen Hochschule um, die Studiengänge zu einer Ersatz-Ausbildung für einen nach kapitalinteressen funktionierenden Arbeitsmarkt degradiert.

Wir möchten diesen Entwicklungen entschieden entgegenreten und fordern eine lückenlose Grundfinanzierung der Wissenschaft, damit unabhängig von Drittmitteln geforscht werden kann. Außerdem müssen die Grundsätze der Meinungs-, Presse-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit gewährt werden. Des Weiteren müssen die Studierenden sozial abgesichert sein, denn nur wenn Studieren gebührenfrei ist, Studierende materiell abgesichert werden und wenn Vertretungsarbeit vergütet wird, ist garantiert, dass alle Studierenden die Möglichkeit haben, sich einzubringen. Die demokratische, direkt gewählte und mit einem allgemeinpolitischen Mandat ausgestattete Studierendenvertretung muss unabhängig von Hochschule und Regierung als autonome Körperschaft strukturiert sein. Denn es ist nicht akzeptabel, dass Verwaltungen oder Lehrende selbst aus-

wählen, welche Studierende die Vertretung übernehmen. Wahre Demokratie kommt nur mit einer selbst gewählten Repräsentation von Interessengruppen zustande. Statt beratende Mitsprache und Minderheitenposition in Gremien fordern wir die ganze Macht an den Hochschulen für Studierende ein: Wir bestimmen selbst über unsere Bildung, unser Leben!

Und die Hochschulallianzen müssen weiter gedacht werden: über die Grenzen der EU hinweg und in Projekten, die für niemanden einen finanziellen Aufwand bedeuten, inklusiv und mit wenig Hürden gestaltet. Auch die Lehre muss diesem Ideal gerecht werden: leicht zugänglich, transparent flexibel und inklusiv. Ein Kernelement unserer Vorstellung eines Europäischen Hochschulraumes ist ein Europäisches Vorlesungsverzeichnis mit digitalen und hybriden Grundlagenveranstaltungen sowie Wahlmodulen, auf welches alle Studierende zugreifen können. Zugehörige Vertiefungsveranstaltungen wie z. B. Seminare und Übungen sollen weiterhin an der «Stammhochschule» in Präsenz stattfinden. Ebenso ist eine konsequente, aber emanzipatorische Fortsetzung des Bologna-Prozesses notwendig, welche die Autonomie der Bildungseinrichtungen und ihrer Lehrkräfte respektiert und gleichzeitig die weitere Vereinheitlichung der angebotenen Studiengänge sowie ein vereinfachtes Akkreditierungsverfahren mit sich bringt.

Uns ist gewiss, dass eine solche Veränderung nicht über Nacht kommt. Deshalb sollten im ersten Schritt gleiche Studiengänge innerhalb der Allianzen so bearbeitet werden, dass die einzelnen Module ineinander überführbar und Prüfungsformate anrechenbar sind sowie Veranstaltungen im Sinne des europäischen Vorlesungsverzeichnisses innerhalb der Allianzen abgehalten werden.

Dies gewährleistet eine enge Betreuung und ermöglicht den Hochschulen weiterhin, ihre Spezialisierungen anzubieten.

Die Vorteile eines mobilen Studiums liegen auf der Hand: der Erwerb von Sprachkenntnissen, der kulturelle Austausch und die persönliche Weiterentwicklung. Innerhalb der europäischen Hochschulallianzen muss deshalb ein Ausbau von Mobilitätszyklen erfolgen, welche niederschwellig und selbstbestimmt von Studierenden durchgeführt werden können. Hierzu muss in erster Linie eine Ausfinanzierung des Mobilitätszyklus, also eine Deckung der Kosten von Reise-, Lebenserhaltungs- und Wohnkosten, garantiert sein. Nur so kann Studierenden aus allen sozioökonomischen Schichten eine gleichwertige Ausbildung garantiert werden. Eine Begrenzung der Anzahl an die Mobilitätsphase soll nicht existieren. Die Anträge auf einen Auslandsaufenthalt sollen so weit vereinfacht sein, dass es keine einjährige Vorbereitungszeit sowie unzählige Anrufe und Termine benötigt, um innerhalb der Allianzen seinen Studienort zu verlegen. Es soll mit all den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Studierenden vereinbar sein.

Die Allianzen müssen auch Chancengleichheit sicherstellen. Zum Erreichen der Barrierefreiheit braucht es genau deshalb die digitalen Angebote des Vorlesungsverzeichnisses für alle Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Größer gedacht müssen europäische Lösungen gegen Diskriminierung innerhalb von Hochschulen gefunden werden. Hierfür benötigen alle Mitglieder einer Allianz eine einheitlich organisierte Anti-Diskriminierungs-Stabsstelle mit gemeinsamen «Dachverband». Eine weitere Möglichkeit zur Verminderung der Diskriminierung ist die paritätische Be-

setzung aller Gremien und Stellen an den Hochschulen.

Das «Alliance-Studium» bringt Studierende, Doktorand:innen und Habilitierende dem Ziel eines europäischen Studienabschluss näher! Diese Vernetzung hat die Chance, junge Menschen zu weltoffenen, interessierten und toleranten Europäer:innen auszubilden und könnte die Bildungsmöglichkeiten für prekarierte Gruppen durch zeitliche Flexibilität und Barrierefreiheit erheblich erweitern.

Die aktuelle Entwicklung der Europäischen Hochschulallianzen ist eine höchst elitäre und exklusive. Dies widerspricht unseren sozialistischen Grundsätzen: denn internationale Bildung darf nicht zur Folge haben, dass sozioökonomisch schlechter gestellten Studierenden europäisches Studieren verwehrt wird. Auch Studierenden aus wirtschaftlich benachteiligten Ländern und von kleinen Hochschulen soll das gemeinsame europäische Studium ermöglicht werden. Hier bedarf es einer Strategiewende und einer offenen und sozialen Kooperation, die auch eine Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern beinhaltet.

## Unsere Chance

Wir haben die Chance, europäische Hochschulen zu einem inklusiven, sozial durchlässigen Raum der Bildung für alle Realität werden zu lassen. Mitbestimmung von Anfang an, transparente und flexible Lehre und die Ausfinanzierung der Hochschulen zum Abbau sozialer Hürden sind dringend notwendige Schritte. Damit wir Studierende Bildung genießen können, egal woher wir sind, wie viel Geld wir haben und mit welchen Lebensumstände wir konfrontiert sind. ■

# BEITRÄGE UND DISKUSSION

Armin Pfahl-Traughber

## Die BDS-Kampagne zum Israel-Boycott Eine Analyse zur Angemessenheit von Antisemitismus-Vorwürfen

### 1 Einleitung und Fragestellung

Der Deutsche Bundestag nahm am 17. Mai 2019 einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen an, welcher mit «BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen» betitelt war. Darin heißt es: «Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung sind antisemitisch.»<sup>1</sup> Zur Begründung wird darauf hingewiesen, dass die «Boycott, Divestment and Sanctions»-Bewegung (BDS) zum Boycott gegen Israel aufrufe. Die allumfassende Forderung führe in ihrer Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes. Außerdem weckten «Don't Buy»-Aufkleber der BDS-Bewegung auf israelischen Produkten unweigerlich Assoziation zu der NS-Parole «Kauft nicht bei Juden!». Das sei inakzeptabel und scharf zu verurteilen. Man begrüßte mit dem Antrag auch, dass viele Gemeinden

beschlossen hätten, BDS-Gruppen keine öffentlichen Räume zur Verfügung zu stellen.<sup>2</sup>

Die Erklärung löste dann sogleich Proteste aus. 240 Akademiker, darunter namhafte israelische und jüdische Wissenschaftler, verurteilten dieses Votum. In einem entsprechenden Schreiben konnte man lesen: «Wir lehnen die trügerische Behauptung ab, BDS sei als solches antisemitisch, und bekräftigen, dass Boykotte ein legitimes und gewaltfreies Mittel des Widerstands sind.» Die deutschen Abgeordneten wollten auch nicht primär den Antisemitismus bekämpfen. «Im Gegenteil, dieser Antrag ist von den politischen Interessen ... der Regierung Israels angetrieben.» Die Ablehnung des Antisemitismus werde instrumentalisiert, «um die Politik der israelischen Regierung zu schützen, die schwere Menschenrechtsverletzungen verursacht und die Chancen auf Frieden zerstört.»<sup>3</sup> Ähnlich äußerte sich auch ein Duzend Nahostexperten von deutschen Universitäten. Nach ihnen

1 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen, Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/10191 vom 15. Mai 2019.

2 Vgl. Bundestag verurteilt Boykottaufrufe gegen Israel (17. Mai 2019), in: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de).

3 Zit. nach: Jannis Hagmann, 240 Akademiker gegen BDS-Votum (5. Juni 2019), in: [www.taz.de](http://www.taz.de).

werde Kritik an israelischer Regierungspolitik pauschal als antisemitisch diskreditiert.<sup>4</sup>

Bei allen Aussagen fällt auf, dass sie ohne genauere Belege und Erläuterungen auskommen. Es werden Bekenntnisse vorgetragen, ohne nähere Gründe zu nennen. Der Beschluss des Bundestages deutet zwar an, warum man vom Antisemitismus ausgeht, sei doch der Boykott pauschal gegen alle Israelis jüdischer Religionszugehörigkeit gerichtet. Gleichwohl fehlt eine darüber hinaus gehende Begründung. Der Akademiker-Aufruf bestreitet demgegenüber den Antisemitismus bei BDS und hält derartige Bekundungen für einen politischen Dienst an der israelischen Regierung. Dabei wird aber kein inhaltliches Argument dazu vorgetragen, warum der Antisemitismus-Vorwurf nicht angemessen sein könnte. Beide diesbezüglich doch eher defizitären Auffassungen stehen für eine kontroverse Deutung<sup>5</sup>, die gegenüber der BDS-Kampagne mit emotionaler Polarisierung vorgetragen wird. Daher stellt sich die Frage: Handelt es sich hier um ein antisemitische Boykott-Kampagne oder nicht?

## 2 Arbeitsdefinition «Antisemitismus» und «antisemitische Wirkung»

Eine differenzierte Antwort setzt die Definition des Gemeinten voraus, womit es hier zunächst bezogen auf «Antisemitismus» um eine Begriffsbestimmung geht. Ganz allgemein soll darunter eine Feindschaft gegen Juden als Juden verstanden werden. Dem-

nach geht es bei den gemeinten Aversionen primär darum, dass die Grundlage dafür das angebliche oder tatsächliche Jüdische einer Person, einer Personengruppe oder eben eines Staates ist. Letzteres spielt für die zu erörternde Frage verständlicherweise eine herausragende Rolle. Ganz allgemein soll Antisemitismus definiert werden als eine Sammelbezeichnung, die für alle Einstellungen und Handlungen gilt, welche den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zuschreibung negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen. Dabei können unterschiedliche Ideologieformen idealtypisch unterschieden werden.<sup>6</sup>

Eine davon soll als antizionistischer bzw. israelfeindlicher Antisemitismus gelten. Bezogen auf die Deutung von Einwänden gegenüber der israelischen Politik besteht die Schwierigkeit, eine antisemitische von einer nicht-antisemitischen Einstellung bei der Kommentierung zu unterscheiden. Gegenüber dieser zweifachen soll für eine dreiteilige, ebenfalls idealtypische Unterscheidung plädiert werden. Demnach gibt es erstens einen antizionistischen Antisemitismus, wobei die Israelfeindlichkeit durch die Judenfeindlichkeit motiviert ist. Zweitens soll von einer nicht-antisemitischen antiimperialistischen Israelfeindlichkeit gesprochen werden, welche aber Israel einseitig als Hauptverantwortlichen für den Nahost-Konflikt ansieht. Und drittens kann von einer menschenrechtlichen Kritik an der israelischen Politik als nicht-antisemitischer Position die Rede sein, welche auch den Blick

4 Vgl. ebenda.

5 Dies gilt auch für Einschätzungen von Wissenschaftlern, vgl. z. B. Julia Bernstein: *Israelbezogener Antisemitismus. Erkennen – Handeln – Vorbeugen*, Weinheim 2021, S. 51–54; Micha Brumlik: *Postkolonialer Antisemitismus? Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger*, Hamburg 2021, S. 15–18.

6 Die vom Autor entwickelte Definition und Typologie wurde in folgender Veröffentlichung ausführlicher erläutert: Armin Pfahl-Traugber: Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden, in: *Der Bürger im Staat*, 63. Jg., Nr. 4/2013, S. 252–261.

auf die Gegner von Israel wirft und Pauschalisierungen im Verständnis vermeidet.<sup>7</sup>

Es soll für die folgende Analyse noch eine andere Kategorie eingeführt werden, die bei der Deutung von bestimmten Forderungen und Positionen hier von Relevanz ist. Gemeint ist die Rede von einer «antisemitischen Wirkung». Dies meint Folgendes: Eine Aussage über die Juden oder einen Juden muss nicht subjektiv von Ressentiments geprägt sein, sie kann aber objektiv eine antisemitische Wirkung nach sich ziehen. Bezogen auf ein besonderes Bild von Israel bedeutet dies etwa: Wird das Existenzrecht des Staates direkt oder indirekt negiert, so muss damit keine Frontstellung gegen Juden als solche verbunden sein. Gleichwohl würde die Auflösung des Staates objektiv dazu führen, dass die dort lebenden Juden keine sichere Lebensexistenz mehr hätten. Eine damit einhergehende Benachteiligung stünde für eine antisemitische Wirkung. Den jeweiligen Akteuren mag eine solche Einstellung nicht bewusst sein, sie führt aber zu judenfeindlichen Konsequenzen in der Umsetzung.

### 3 Kritische Anmerkungen zu kursierenden Konzepten

Die folgende Analyse orientiert sich an der genannten Definition und Typologie. Damit wird bereits indirekt deutlich, dass eine kri-

tische Auffassung zur IHRA-Definition und dem «3-D-Test» vertreten wird. Da beide in der zu behandelnden Kontroverse eine große Rolle spielen, soll es zunächst noch um Aufmerksamkeit für die damit einhergehenden Einwände gehen. Die erstgenannte Definition, die zunächst von dem «European Monitoring Center on Racism and Xenophobia» (EUMC) und dann von der «International Holocaust Remembrance Alliance» (IHRA) genutzt wurde, fand große Verbreitung. Zwischenzeitlich nahmen sie nicht nur viele Nicht-Regierungsorganisationen, sondern auch Regierungen für ihr Verständnis an. Diese breite Akzeptanz bedeutet aber nicht, ihr hinsichtlich Eindeutigkeit und Klarheit, Trennschärfe und Vollständigkeit unkritisch gegenüberzustehen. Diesbezügliche Einwände sind nicht wie in anderen Fällen politisch, sondern wissenschaftlich motiviert.

Die eigentliche Definition lautet: «Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.»<sup>8</sup> Dabei handelt es sich um eine eher diffuse Begriffsbestimmung. Es mag hier an der Übersetzung liegen, aber es besteht schon Unklarheit. Denn so muss die gemeinte Wahrnehmung sich ja nicht notwendig in Hass ausdrücken. Darüber hinaus wird auch nicht deutlich, worin genau die «bestimmte Wahrnehmung» bestehen soll. Wäre sie, so könnte weiter gefragt werden, wenn sie sich nicht «als Hass

7 Der Autor hat eine ausführliche Begründung dieser Unterscheidung in folgender Veröffentlichung vorgenommen: Armin Pfahl-Traugber, Antizionistischer Antisemitismus, antiimperialistische Israel-feindlichkeit und menschenrechtliche Israelkritik. Kriterien zur Differenzierung und Einordnung von Positionen im Nahostkonflikt, in: Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*. Bd. 24, Berlin 2015, S. 293–315.

8 International Holocaust Remembrance Alliance, Arbeitsdefinition von Antisemitismus, in: [www.holocaustremembrance.com](http://www.holocaustremembrance.com).

gegenüber Juden» ausdrückt, auch nicht antisemitisch? Bereits dieser erste Satz ist so diffus, dass er zur Erfassung des gemeinten Phänomens kaum taugt. Auch gegenüber den dort genannten Beispielen könnte Kritik formuliert werden.<sup>9</sup>

Bei dem «3-D-Text» geht es um eine Differenzierung von antisemitischer Israelfeindlichkeit und Kritik gegenüber der israelischen Politik, wozu drei Begriffe mit einem «D» als erstem Buchstaben dienen sollen: «Dämonisierung», «Delegitimierung» und «Doppelstandards.»<sup>10</sup> Mit einer «Dämonisierung» wird ein Betrachtungsobjekt als Inkarnation des Bösen angesehen, was man bei der Kommentierung von Israels Rolle im Nahost-Konflikt mitunter ausmachen kann. Doch gibt es dafür immer nur ein antisemitisches Motiv? Mit einer «Delegitimierung» hat man es schon mit einem klareren Kriterium zu tun, sofern damit das Existenzrecht des Staates Israel abgestritten und damit objektiv eine antisemitische Wirkung impliziert wird. Und dann gibt es noch die «Doppelstandards», wobei an Israel ein anderer Maßstab als an andere Staaten angelegt wird. Hier hat man es sicherlich mit kritikwürdiger Einseitigkeit zu tun. Doch muss diese immer auch von Judenfeindlichkeit motiviert sein?

9 Vgl. Armin Pfahl-Traugher: *Die EUMIC-Arbeitsdefinition Antisemitismus in der Kritik. Anmerkungen zu fehlender Trennschärfe und Vollständigkeit* (6. Juli 2017), in: [www.hagalil.com](http://www.hagalil.com). Vgl. dazu auch ähnliche Einwände, die später erhoben wurden: Brian Klug: Die Linke und die Juden. Labours Sommer der Bitterkeit, in: Christian Heilbronn / Doron Rabinovici / Natan Sznajder (Hrsg.): *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer Debatte*, Berlin 2019, S. 349–365, hier S. 352–356.

10 Vgl. Natan Sharansky: Antisemitismus in 3-D (5. März 2004), in: [www.hagalil.com](http://www.hagalil.com); kritisch dazu: Armin Pfahl-Traugher: *Der 3-D-Test zum israelbezogenen Antisemitismus* (16. April 2021), in: [www.hagalil.com](http://www.hagalil.com).

## 4 BDS-Einstellungen und Praktiken im Selbstverständnis

Die BDS-Kampagne zeichnet von sich ein anderes Bild als ihre Kritiker, was angesichts der polarisierten Deutungen und Kontroversen nicht verwundern kann. Hier sollen zunächst deren Einstellungen und Praktiken im Selbstverständnis thematisiert werden. Denn darauf bezogen geht es dann um eine kritische Analyse dahingehend, inwieweit der bekundete Anspruch der realen Praxis im konkreten Vergleich entspricht. Bevor hierzu aber eine bloße Beschreibung erfolgt, muss noch etwas zur Organisationsform vorgetragen werden. Denn man hat es nicht mit einer einheitlichen Gruppierung mit festgelegten verbindlichen Handlungsorientierungen zu tun. Angemessener ist das etwas diffuse Bild von einem informellen Netzwerk, das sich zu dem folgenden Selbstverständnis bekennt. Gleichwohl bestehen hinsichtlich der einzelnen Gruppen und der konkreten Handlungen von Land zu Land durchaus Unterschiede. Dies macht Einschätzungen zur Verallgemeinerung auch besonders schwierig.

Für bedeutsame Detailfragen gilt diese Erkenntnis auch für das Selbstverständnis, gibt es doch zwischen dem eigentlichen Gründungstext der palästinensischen Organisation und den Positionspapieren etwa der deutschen Sektion beachtenswerte Unterschiede. Darauf wird aber in der folgenden Abhandlung noch näher eingegangen. Ganz allgemein kursiert für BDS folgendes Selbstverständnis<sup>11</sup>: Es handelte sich um ein

11 Dazu finden sich Ausführungen auf der BDS-Internet-Seite: «Was ist BDS? Ein Überblick, veröffentlicht vom nationalen palästinensischen BDS-Ausschuss, in: [www.bds-kampagne.de](http://www.bds-kampagne.de). Dort eingestellt sind auch die Aufrufe von BDS, die hier später noch thematisiert werden. Formal distanziert man sich auch

Bündnis unterschiedlicher Gruppierungen aus der Zivilgesellschaft, die durch einen bestimmten Grundkonsens hinsichtlich Israels Palästinenserpolitik verbunden seien. Dieser beziehe sich auf die Benachteiligung und Herabwürdigung von Menschen entsprechender ethnisch-kultureller Zugehörigkeit. Gegen ein Apartheid-System, diese historisch-politische Anspielung wird direkt und offen vertreten, wolle man sich zugunsten der Palästinenser mit ihren Rechten und ihrer Würde engagieren. Dabei hebt BDS den Charakter der Gewaltfreiheit hervor.

Es handele sich um eine friedliche Menschenrechtsbewegung, die auf der Grundlage des internationalen Rechts für eine antirassistische Solidarität werbe. Gelegentlich wird dabei auch auf eine Ablehnung des Antisemitismus und eine Kooperation mit jüdischen Vereinen verwiesen. Gerade derartige Aussagen müssen bei einer differenzierten Gesamteinschätzung mit von Relevanz sein, stehen sie doch zum Eindruck von Judenfeindlichkeit im Widerspruch. Darüber hinaus bilden besondere Forderungen einen Grundkonsens, wozu das Ende einer behaupteten israelischen Kolonialisierung arabischen Landes zählt. Angestrebt werden soll dieses durch einen Boykott, der auf eine kulturelle, politische und wirtschaftliche Isolation von Israel zielt. Investitionsabzüge und Sanktionen gehören dabei mit zu den Zielen. Bilanzierend bestehen also inhaltliche Begründungen für solche Praktiken, wobei deren Angemessenheit und Glaubwürdigkeit einer kritischen Prüfung zu unterziehen ist.

vom Antisemitismus ebenso wie von der «Islamophobie». Vgl. außerdem Omar Barghouti: *Boykott – Desinvestment – Sanktionen. Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besetzung Palästinas*, Köln 2012.

## 5 Frühere Boykotte gegen Juden im Vergleich

Die BDS-Kampagne wird gelegentlich in der Kontinuität von früheren Maßnahmen gesehen, welche mit Boykotten gegen Juden in Zusammenhang standen.<sup>12</sup> Bezogen auf die Erinnerung an die gemeinten Handlungen bedarf es aber auch der Reflexionen darüber, ob bezogen auf Akteure, Dimensionen und Kontexte von ähnlichen Phänomenen gesprochen werden kann. Dazu sei zunächst daran erinnert, dass es auch Boykottpraktiken gegen Juden in Palästina gab. Ab den 1890er-Jahren kam es kontinuierlich und mehrfach zu einschlägigen Praktiken. Davon betroffen waren jüdische Einwanderer in den palästinensischen Raum, wobei Landkäufe, Vermietungen und Warenverkäufe verhindert werden sollten. Damit wollte man insbesondere ab den 1920er-Jahren die Migrationsneigung unterbinden und die Siedlungen verhindern. Die Aversionen bis hin zu Gewalttaten richteten sich gegen die Juden eben auch als Juden, damals noch als schutzlose Minderheit, aber noch nicht in einem eigenen Staat.

Der bedeutsamste antisemitische Boykott ereignete sich sicherlich am 1. April 1933, wo in Deutschland nach ihrer Machterlangung die Nationalsozialisten entsprechend vorgingen. Dabei stellten sich bekanntlich SA-Männer vor jüdische Unternehmen, um die Bürger von einem dortigen Einkauf abzuhalten. Diese Maßnahmen lösten nur geringe Resonanz aus, sodass sie in dieser Kampagnenform zunächst eingestellt wurden. Die Enteignung jü-

<sup>12</sup> Vgl. Hannah Ahlheim: «Deutsche, kauft nicht bei Juden!» *Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924 bis 1935*, Göttingen 2011; Gil Feiler: *From Boycott to Economic Cooperation. The Political Economy of the Arab Boycott of Israel*, New York 2011; Aaron J. Sama: *Boycott and Blacklist. A History of Arab Economic Warfare Against Israel*, Totowa 1986.

discher Firmen erfolgte später über staatliche Repressionspraktiken. Lässt sich aber nun der damalige Aufruf «Kauft nicht bei Juden» mit der heutigen Forderung «Boycottiert Israel» gleichsetzen? Die inhaltliche Gemeinsamkeit besteht darin, dass die Maßnahmen eine gleiche Zielgruppe haben. Gleichwohl sind die formalen Akteure und jeweiligen Kontexte anders gelagert: Früher war eine schutzlose Minderheit von einem diktatorischen Staat betroffen, heute agiert eine Gruppierung gegen den israelischen Staat.

Diese Ausrichtung verschärfte sich im Nahen Osten dann bereits ab 1945, also noch vor der Gründung des Staates Israel, und nach 1948 noch einmal stärker. Die Arabische Liga beschloss Boykottmaßnahmen schon Ende 1945, wobei sie sich gegen die Inanspruchnahme jüdischer Dienstleistungen ebenso wie den Kauf entsprechender Produkte richtete. Ab 1948 war Israel als Staat von einem solchen Vorgehen betroffen, wobei die Boykottmaßnahmen ab 1950 auch auf nicht-jüdische Geschäftspartner dortiger Staatsangehöriger ausgedehnt wurden. Damit gibt es auch Gemeinsamkeiten mit der heutigen Kampagne, die sich ebenso gegen den israelischen Staat wie israelische Unternehmen richtet. Insofern bieten sich hier Gleichsetzungen hinsichtlich der Vorgehensweise eher an. Denn die Besonderheit besteht nicht in der Diskriminierung von Minderheitenangehörigen, sondern in einer Praxis gegen einen Staat. Betroffen davon sollen alle – jüdischen – Einwohner sein.

## 6 BDS-Entstehung und politische Hintergründe

Für eine Analyse der BDS-Bewegung verdient zunächst der Blick auf deren Gründung besonderes Interesse, wobei die einzelnen Ak-

teure und ihre Motive im Zentrum stehen. Doch mangelt es hinsichtlich des Entstehungsprozesses an genaueren Informationen, viele bedeutsamen Details blieben im Dunkeln. Es kann gar eine kritische und eine offizielle Version unterschieden werden. Da die erstgenannte Darstellung chronologisch vor der offiziellen Gründung angesiedelt ist, soll am Beginn deren Beschreibung als Vorgeschichte stehen: Hierbei ging es um Ereignisse bei einer von den Vereinten Nationen getragenen Weltkonferenz gegen Rassismus.<sup>13</sup> Sie fand 2001 in Durban in Südafrika statt, womit man der Abschaffung der Apartheid einen Tribut zollen wollte. Bereits zuvor hatten Nicht-Regierungsorganisationen in Teheran ein Vorbereitungstreffen durchgeführt, welches in einer israelfeindlichen Positionierung mündete.

Durch das Agieren insbesondere von arabischen und islamistischen Gruppen kam es zu ganz unterschiedlichen antisemitischen Vorfällen. So kursierten Bilder von Adolf Hitler oder Nachdrucke der «Protokolle der Weisen von Zion». Und Andersdenkende wurden als «Judenfreunde» oder «Zionistenschweine» tituliert. Derartigen Ausschreitungen standen die Organisatoren ohnmächtig gegenüber, wobei man durch Beschwichtigungen das Scheitern verhindern wollte. Es kam zu einer abschließenden Erklärung, wonach gerade in Israel für den gegenwärtigen Rassismus die staatliche Verkörperung gesehen wurde. So war etwa vom «Apartheidstaat Israel» die Rede, einhergehend mit Behauptungen über «eth-

13 Vgl. Florian Markl: Der Ursprung der Israel-Boycottbewegung, in: *sans phrase*, Nr. 11/Herbst 2017, S. 49–55, zur Durban-Konferenz vgl. auch Tom Santos: The Durban Debacle. An Insider's View of the World Racism Conference at Durban, in: *The Fletcher Forum of World Affairs*, 26. Jg., Nr. 1/Winter-Frühling 2002, S. 31–52.

nische Säuberungen und Völkermorde». Darüber hinaus forderte der Beschluss, dass ein Boykott von Israel durch alle Staaten verhängt werden müsse. Dieser sollte nicht nur auf den militärischen und politischen, sondern auch den humanitären und sozialen Kontext bezogen sein.

Eine solche Aussage fand sich auch in den späteren BDS-Erklärungen, was den Einfluss der erwähnten Konferenz auf dieses Projekt veranschaulicht. Indessen kam es zu einer offiziellen Gründung erst 2005 durch die «palästinensische Zivilgesellschaft». Diese Aussage erweckte den Eindruck, es handele sich um eine eigenständige Bürgerinitiative wie Gewerkschaften oder Verbände. Davon kann aber für die palästinensischen Gebiete nicht ausgegangen werden, stehen doch die meisten Gruppen dort islamistischen oder nationalistischen Organisationen nahe. Außerdem ließen sich für einige der genannten Gruppen keine genaueren Informationen ermitteln. Bekannt ist der «Council of National and Islamic Forces in Palestine», wozu aber auch die Fatah oder die Hamas als nicht-gewaltfreie Organisationen zählen. Allein diese Anmerkung veranschaulicht, dass von einer Basisbewegung im bürgerschaftlichen Sinne schwerlich ausgegangen werden kann.

## 7 Die drei BDS-Forderungen und ihre potenzielle Wirkung

Was fordert nun BDS konkret gegenüber Israel? Es gibt dazu zwei Erklärungen auf der deutschen Internetseite, der «Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu BDS» und der «Deutschlandweite BDS-Aufruf», worin jeweils drei Forderungen gegenüber Israel enthalten sind. Im erstgenannten Aufruf lautet die erste Forderung: «Die Be-

setzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt», im zweiten Aufruf lautet diese Forderung: «Beendigung der Besatzung und Kolonialisierung des 1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer». Es gibt demnach in der Formulierung einen Unterschied, wird doch eine Konkretisierung im zweiten Text vorgenommen. Dort soll es um die Gebiete gehen, die nach dem Sechs-Tage-Krieg besetzt wurden. Die erste Formulierung ist nicht so konkret. Sie schließt in dieser Allgemeinheit ganz Israel ein, demnach kann damit auch die Auflösung des ganzen Staates gemeint sein. An Klarheit mangelt es hier.

Die zweite Forderung lautet einmal «Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt» und einmal «Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf vollständige Gleichberechtigung.» Hier bestehen somit hinsichtlich des Inhaltes keine Unterschiede. Bezüglich der Aussagen lässt sich sagen, dass es durchaus Diskriminierungen der Gemeinten in der Gesellschaft Israels gibt, was leider auch so der Fall gegenüber unterschiedlichen Minderheiten in vielen Staaten ist. Doch wie steht es um das reale Ausmaß im Vergleich? Die arabischstämmigen Bürger haben die gleichen Grundrechte wie die jüdischen Bürger. Sie können ihre Meinung frei sagen, sie können Proteste durchführen, sie können bei Wahlen kandidieren. Sofern sie dies alles ohne Gewalt tun, hat dies für sie keine negativen Konsequenzen. Diese Freiheiten bestehen in den Hamas-regierten Gebieten nicht.

Und die dritte Forderung lautet einmal «Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren....» und einmal «Ach-

tung, Wahrung und Unterstützung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge ... auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung ihres Eigentums....».<sup>14</sup> Dazu seien drei Anmerkungen formuliert: Die erwähnte Flucht von Palästinensern erfolgte keineswegs nur in israelischer Verantwortung, sondern war die Folge eines komplexen Prozesses, wobei arabische Staaten eine politische Verantwortung mittrugen. Da sich der Flüchtlingsstatus «vererbt», würde dies zur Einwanderung von fünf Millionen Palästinensern und damit demografisch zum Ende eines jüdischen Staates führen. Und dann berücksichtigt die Forderung nicht, dass seinerzeit auch Juden aus arabischen Staaten vertrieben wurden, welche ebenfalls Ansprüche um ihrer Rechte willen erheben könnten.

## 8 BDS-Funktionäre und die Forderung von Israels Zerschlagung

Betrachtet man die vorstehenden Forderungen in der Gesamtschau und in Kombination miteinander, so kann daraus als beabsichtigte Folge wie als objektive Wirkung abgeleitet werden: Israel dürfte als eigenständiger jüdischer Staat nicht mehr existieren. Eine solche Auffassung wurde gelegentlich auch von führenden BDS-Funktionären öffentlich vertreten, wobei es sich aber meist um solche aus dem arabischen Raum und nicht aus der westlichen Welt handelt. BDS erhebt nicht offiziell die For-

derung, Israel müsse als Staat zerschlagen werden. Die folgenden Ausführungen machen aber deutlich: eine solche Konsequenz ist den genannten Positionen immanent. Diese Einschätzung unterstellt nicht, dass jeder BDS-Anhänger bewusst und geplant ein solches Ziel verfolgt. Es wird lediglich in der vorgenommenen Deutung der Forderungen davon ausgegangen, dass diese Konsequenz mit diesen Positionen in der längerfristigen Wirkung kompatibel ist.

Als erstes Beispiel sei Omar Barghouti, einer der BDS-Mitbegründer, hinsichtlich seiner Positionen zitiert. Er bemerkte: «Definitiv, äußerst definitiv lehnen wir einen jüdischen Staat in irgendeinem Teil Palästinas ab. Kein Palästinenser ... wird je einen jüdischen Staat in Palästina akzeptieren.» Diese Grundsatzposition bekräftigte er mit folgenden Worten: «Die Zweistaatenlösung für den palästinensisch-israelischen Konflikt ist tot. Zum Glück sind wir sie los! Doch bevor die verfaulende Leiche beerdigt wird, müsste jemand eine Todesurkunde ausstellen, damit wir alle die gerechtere, moralischere und deshalb dauerhafte Alternative für eine friedliche Koexistenz zwischen Juden und Arabern im Mandatsgebiet Palästina finden können: die Einstaatenlösung. Die aktuelle Phase weist alle bezeichnenden Eigenschaften dafür auf, dass es sich um das letzte Kapitel des zionistischen Projekts handeln könnte.» Barghouti äußerte sich aber nicht dazu, was dies in der Konsequenz konkret meint.

Ähnlich verhält es sich mit den Aussagen anderer prominenter BDS-Unterstützer, die gleichwohl in der Auflösung von Israel als jüdischem Staat ein willkommenes Zukunftsbild sehen. So betonte etwa der Journalist Ahmed Moor: «Ich betrachte die BDS-Bewegung als ein langfristiges Projekt mit einem radikal transformativen Po-

<sup>14</sup> Aus folgenden Erklärungen stammen die vorstehenden Zitate, vgl.: «Der Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu BDS» vom 9. Juli 2005, in: [www.bds-kampagne.de](http://www.bds-kampagne.de) und: «Deutschlandweiter BDS-Aufruf» vom 20. Juni 2015, in: [www.bds-kampagne.de](http://www.bds-kampagne.de).

tenzial. ... BDS ist kein weiterer Schritt auf dem Weg zum letztlichen Showdown. BDS ist der letztliche Showdown. .... Dieser Gedanke ergibt sich unmittelbar aus der Überzeugung, dass nichts, was einer ›Zweistaatenlösung‹ ähnelt, jemals existieren wird. Das Ende der Besatzung ist bedeutungslos, wenn nicht auch der jüdische Staat selbst beendet wird.« Und As'ad Abu Khalil, der als Politikwissenschaftler in den USA lehrt, kommentierte: «Das wirkliche Ziel von BDS ist der Sturz des israelischen Staates. ... Gerechtigkeit und Freiheit für die palästinensischen Flüchtlinge sind unvereinbar mit der Existenz des Staates Israel.»<sup>15</sup>

## 9 Antisemitische BDS-Aussagen in der arabischen Welt

Derartige Aussagen von führenden BDS-Funktionsträgern sind eher in der arabischen, weniger in der westlichen Welt bekannt. Dort halten sich die gemeinten Akteure bezüglich solcher Positionen zurück, was mit einer anderen Einstellung zum Existenzrecht von Israel in der Öffentlichkeit zusammenhängt. Ebenso verhält es sich mit antisemitischen Anspielungen im Diskurs, die zwar durchaus latent in der westlichen, aber eher manifest in der arabischen Welt vorhanden sind. Auf einschlägige Anspielungen im BDS-Diskurs macht eine Broschüre des israelischen Staates aufmerksam, welche die antisemitische Ausrichtung von BDS aufdecken will. Man mag hier berechtigterweise auf die besondere politische Interessenlage dieser Veröffentlichung verweisen. Indessen belegt die gemeinte

Broschüre anhand von exemplarischen Karikaturen, in welcher hohem Maße antisemitische Stereotype dort Verbreitung finden. Dazu gehören auch europäisch geprägte Bilder und Narrative.

Als eine frühe Form noch aus dem Mittelalter gilt die «Ritualmord»-Legende, welche Juden als blutige Schlächter darstellte. Auch BDS-Aktivisten bedienten sich derartiger Bilder, etwa wenn israelische Politiker in einem solchen Sinne skizziert wurden. Ähnlich verhält es sich mit der Aktualisierung der «Brunnenvergifter»-Legende, die in der Gegenwart dann auf die Vergiftung von Wasser bezogen ist. Derartige Absichten unterstellt man dann Israel gegenüber den Palästinensern. Selbst die Behauptungen von einem «Gottesmord» hinsichtlich Jesu Tod lebten verklausuliert wieder auf, wobei sie ihre gegenwärtige Fortsetzung in Kreuzigungsphantasien gegenüber Palästinensern finden. Außerdem kursieren Karikaturen, die Israel mit dem Satan in Verbindung bringen. Und schließlich dürfen verschwörungsideologische Anspielungen nicht fehlen, etwa wenn es um einen derartigen Einfluss der «Israel-Lobby» als Krake in der westlichen Welt gehen soll.<sup>16</sup>

Darüber hinaus kursieren viele Karikaturen, welche Israel mit dem Nationalsozialismus gleichsetzen.<sup>17</sup> Es bedarf hier keiner ausführlichen Begründung dafür, dass damit eine historisch falsche und moralisch verwerfliche Gleichsetzung vorgenommen wird. Doch muss eine solche Aussage nicht

15 Zit. nach: Remko Leemhuis: *Die antisemitische Boykott-Kampagne gegen Israel. Inhalte, Ziele, Gegenstrategien*, Berlin 2018, S. 9.

16 Vgl. State of Israel. Ministry of Strategic Affairs and Public Diplomacy (Hrsg.): *Behind the Mask. The Antisemitic Nature of BDS Exposed*, Jerusalem 2019, S. 33–51, wo sich zahlreiche Beispiele für solche Stereotype finden.

17 Vgl. ebenda, S. 53–75. Die vorgenommene Einschätzung gilt verständlicherweise nicht für dezidierte Mordaufrufe.

notwendigerweise antisemitisch motiviert sein. Denn nicht nur in Deutschland, sondern in vielen anderen Ländern kursieren bezogen auf den Nationalsozialismus inhaltlich zweifelhafte Vergleiche. Dies hängt damit zusammen, dass die Hitler-Herrschaft als Inkarnation des Schreckens gesehen wird. Um demnach seine Abscheu über etwas auszudrücken, werden unreflektiert entsprechende Gleichsetzungen vorgenommen. Gleichwohl handelt es sich bei den Aussagen dabei häufig um eine Diabolisierung, die bezogen auf Israel eine antisemitische Motivation aufweisen kann, aber nicht muss. Hierbei bedarf es einer differenzier-ten Betrachtung und Einschätzung.

## 10 Antisemitische BDS-Aussagen in der westlichen Welt

Antisemitische Aussagen von BDS-Protagonisten sind in der erwähnten Deutlichkeit in der westlichen Welt eher selten. Gleichwohl kursieren auch dort bei Boykottforderungen gelegentlich klassische judenfeindliche Stereotype. Dies soll anhand eines der wohl bekanntesten BDS-Akteure veranschaulicht werden, womit der Rock-Musiker Roger Waters angesprochen ist. Als Bassist von Pink Floyd erlangte er Weltruhm. Die Band selbst hatte immer wieder antiautoritäre und elitenkritische Positionen vertreten, womit sie auch politische Botschaften propagierte, aber ohne diese mit einer konkreteren Ideologie zu verbinden. Antisemitische Auffassungen von ihr waren nicht bekannt, was ebenso als Person für Waters längere Zeit galt. Indessen engagierte er sich öffentlich für BDS – aber nicht nur als persönliche Position. Er forderte aufgrund seiner Kontakte erfolgreich andere Musiker dazu auf, in Israel keine Konzerte mehr zu geben.

Bedeutsam für die Anspielungen auf antisemitische Stereotype ist aber ein anderer Zusammenhang: Nach dem Ende von Konzerten erfolgte häufiger ein Ritual, wobei ein Ballon in einer Schweineform zu sehen war. Dabei fallen zwei Besonderheiten auf: Zwei spitze Hörner zierten den Kopf des Schweineballons, und auch der Davidstern fand sich etwa neben dem Shell-Logo darauf. Auf den ersten Blick lässt sich hierzu eine Erklärung nur schlecht formulieren. Es sollte aber offenkundig um eine Darstellung von negativ wahrnehmbaren Symbolen gehen, wozu ein Bestandteil der israelischen Flagge gehörte. Doch war diese nicht in Gänze zu sehen, sondern eben nur der dort enthaltene Stern. Nachdem daraufhin kritische Anmerkungen in den Medien erschienen, sah sich der Musiker zu einem erklärenden Statement motiviert. Demnach richte sich dieses Bild als Botschaft gegen Israel als Staat, aber nicht gegen die Juden als Religionsgruppe.<sup>18</sup>

Insofern wären Antisemitismus-Vorwürfe gegenüber Waters unangemessen. Gleichwohl kann diese Erklärung nicht überzeugen, lassen sich doch einige judenfeindliche Stereotype ausmachen. Dem vorangestellt werden muss noch, dass sich auf dem Ballon eben keine Flagge, sondern nur der Stern fand. Noch bedeutsamer ist, dass eine Gleichsetzung von Juden mit Schweinen eine jahrhundertelange Tradition hat. Bereits im Mittelalter kursierten solche Vorstellungen. Sie prägten die folgende Ge-

18 Vgl. Kirsten Dierolf / Roger Waters: Das Schwein und BDS. Antisemitische Argumentationsmuster in der Boykottkampagne gegen Israel, in: Samuel Salzborn (Hrsg.): *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen*, Baden-Baden 2019, S. 427–447. Eine filmische Dokumentation dazu ist: *WISH YOU WEREN'T HERE. THE DARK SIDE OF ROGER WATERS* (Regie: Ian Halperin), USA 2018.

schichte der Judenfeindlichkeit, was eine solche Symbolnutzung in den unterschiedlichsten Zusammenhängen immer wieder zeigte. Darüber hinaus fand sich das Bild von der «Judensau» nicht nur in der christlichen Welt. Gleichsetzungen der Juden mit Schweinen kursierten und kursieren auch in der islamischen Welt. Berücksichtigt man darüber hinaus noch die Hörner auf dem Schwein, so wird außerdem der antisemitische Stereotyp des jüdischen Teufels vermittelt.

## 11 BDS-Kontakte zu gewaltorientierten Gruppierungen

Bevor die BDS-Aktivitäten in den westlichen Ländern stärker thematisiert werden, sollen einschlägige Kontakte zu gewaltorientierten Gruppierungen genaueres Interesse finden. Auch hier gilt, dass dieser Gesichtspunkt eher für den Nahen Osten relevant ist. Gleichwohl geht es um einen bedeutsamen Aspekt, der bereits bei der BDS-Gründung von großer Relevanz war. Daran beteiligten sich eben auch islamistische und nationalistische Gruppierungen mit einer terroristischen Praxis. Da dieser Aspekt für die Erörterung der hier gestellten Frage ebenfalls relevant ist, soll den gemeinten Akteuren im BDS-Kontext gesondertes Interesse gewidmet werden. Dabei stützen sich die Aussagen ebenfalls auf eine Broschüre, die der israelische Staat zum Thema herausgegeben hat. Man mag hier eine politische Einseitigkeit mutmaßen, worum es aber bei der Einschätzung nicht geht. Entscheidend ist für die Bewertung: die jeweiligen Fakten zu den Personen und Zusammenhängen stimmen.

Die erwähnte Broschüre bezieht sich insbesondere auf die Hamas und die «Popular

Front for the Liberation of Palestine» (PFLP), also Gruppierungen, die bereits seit Jahren gewalttätig bis terroristische gegen Israel vorgehen. Da diese Aktivitäten in den westlichen Ländern häufig nicht für legitim gehalten würden, hätte man sich für eine Ergänzung um einen «zivilen» Kampf entschieden. BDS sei in diesem Kontext als ein solches Mittel anzusehen, gehe es doch ebenfalls um die Eliminierung von Israel. Diese Einschätzung suggeriert demnach, dass die Boycott-Kampagnen ein Instrument von terroristischen Organisationen sei. Damit werden monokausale Deutungen und problematische Verallgemeinerungen vorgenommen. Unabhängig von der konkreten Bewertung zu der vorgetragenen Einschätzung sind aber die dabei referierten Fakten zu einzelnen Personen und deren organisatorische Verankerung in diesem Zusammenhang relevant.

Denn es wurden 42 bedeutsame Gruppen in einem Netzwerk von um die 300 Organisationen identifiziert, welche für die BDS-Aktivitäten von großer Relevanz sind und unterschiedliche Verbindungsformen zu terroristischen Zusammenschlüssen aufwiesen. Dabei ging es sowohl um Einzelne, die in beiden Kontexten aktiv waren, wie um Kampagnen, die eine finanzielle Förderung erhielten. Anhand der genaueren Betrachtung solcher Gruppen, die auch in Großbritannien, Südafrika und den USA aktiv waren, zeigten sich personelle Verflechtungen. Die gemeinten Akteure geben sich als Menschenrechtsaktivisten aus, entstammen aber mitunter terroristischen Zusammenhängen.<sup>19</sup> Damit darf der Anspruch

19 Vgl. State of Israel / Ministry of Strategic Affairs and Public Diplomacy (Hrsg.): Terrorists in Suits. The Ties Between NGOs promoting BDS and Terrorist Organizations, Jerusalem 2019.

von BDS, für ein gewaltfreies Engagement zu stehen, in seiner Glaubwürdigkeit zumindest relativiert werden. Für die Antisemitismus-Frage ist dieser Kontext darüber hinaus bedeutsam, da die Hamas wie die PFLP eben nicht nur israel-, sondern auch judenfeindlich wirkten.

## 12 Diverse Boykott-Praktiken in der westlichen Welt

Bei der Auseinandersetzung um BDS werden diese Hintergründe im Nahen Osten häufig ignoriert, was für das Gesamtphänomen ein zumindest einseitiges und selektives Verständnis erklärt. Fortan sollen aber die Aktivitäten in der westlichen Welt im Zentrum stehen. Dabei geht es vor allem um die Boykott-Praktiken im engeren Sinne. Es sei hier noch einmal an die Aussagen zu diesem bevorzugten Handlungsstil erinnert, heißt es doch in der Gründungserklärung von 2005: Man rufe dazu auf, «weitgehend Boykott und Investitionsentzug gegen Israel durchzusetzen, ähnlich der Maßnahmen gegen Südafrika während der Apartheid». Es solle Druck auf Staaten ausgeübt werden, «um Embargos und Sanktionen gegen Israel zu erreichen.»<sup>20</sup> Genauere Angaben über die jeweiligen Betroffenen und die strategische Breite fanden sich hierzu nicht. Dies erlaubte es den jeweiligen BDS-Gruppen, ihre Boykott-Praxis in einem unterschiedlichen Rahmen zu sehen.

Denn für den akademischen, kulturellen, politischen, ökonomischen oder sportlichen Bereich ergaben sich unterschiedliche Konsequenzen, die dann auch mal nur israelische Individuen und eben nicht den Staat

Israel trafen.<sup>21</sup> Dies galt etwa für die erstgenannten Boykott-Handlungen, richteten sie sich doch mitunter unabhängig von ihrer individuellen Position gegen israelische Wissenschaftler.<sup>22</sup> Auch gab es Forderungen an westliche Hochschulen, die Kooperation mit israelischen Universitäten einzustellen. Damit schrieb man den letztgenannten Einrichtungen für die israelische Politik pauschal eine persönliche Verantwortung zu, was sowohl deren institutionelle Autonomie wie die dort praktizierte Wissenschaftsfreiheit verkannte. Überhaupt ignorierten die Boykott-Praktiken, dass es in Israel zur Palästinenser-Politik unterschiedliche Positionen gab und gibt. Gelegentlich waren von den BDS-Maßnahmen dann gerade kritische Kontexte an Universitäten betroffen.

Auch bei den wirtschaftlichen Boykott-Forderungen blieben die Kategorien für die eingeforderte Praxis unklar, sollte es doch einmal um Firmen in den besetzten Gebieten, einmal um alle Firmen in Israel und einmal ebenso um westliche Firmen mit dortigen Niederlassungen gehen. Diese Diffusität führte zu widersprüchlichen Konsequenzen, denn davon betroffen waren auch israelische Befürworter eines Palästinenserstaates oder palästinensische Mitarbeiter in den jeweiligen Unternehmen. Insofern richtete sich die Boykott-Praxis gar nicht primär gegen die dortige Regierungspolitik, sondern mit gegen die israelische Zivilgesellschaft. Davon waren die Aktivi-

20 Der Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu BDS (Anm. 14).

21 Vgl. Die Position der BDS-Bewegung zum Boykott von Individuen (2013), in: [www.bds-kampagne.de](http://www.bds-kampagne.de), wobei man sich an die dort formulierte Differenzierung gerade nicht kontinuierlich hielt.

22 Vgl. David Hirsh: The campaign for an academic boycott of Israel, in: David Hirsh, *Contemporary Left antisemitism*, London 2018, S. 95-134; Cary Nelson / Gabriel Noah Brahm (Hrsg.): *The Case Against Academic Boycotts of Israel*, Chicago 2015.

täten von BDS-Gruppen in den westlichen Ländern ebenso in vielfältiger Weise geprägt, sei es bei Aufrufen gegen israelische Künstler oder Störungen von gemeinsamen kulturellen Veranstaltungen. Entscheidend war dafür die Annahme, dass jüdische Israelis auch die dortige Politik unterstützen.

### 13 BDS-unterstützende Gruppen und deren Hintergrund

Und dann sollen noch die BDS-unterstützende Gruppen und Organisationen in der westlichen Welt thematisiert werden, wobei hier der Blick auf Deutschland als einer kurzen Fallstudie fällt. Beachtenswert ist jeweils der politische Hintergrund, der dann wieder Rückschlüsse erlaubt. Die «BDS-Kampagne» nennt auf ihrer Internet-Seite als konkrete Organisationen zahlreiche Unterstützer<sup>23</sup>, wozu auch eigene Ableger in unterschiedlichen Städten zählen. Darüber hinaus werden Gruppierungen an unterschiedlichen Orten genannt, etwa die «Aktion Gerechter Frieden Nahost (Göttingen)» oder das «Palästinakomitee Stuttgart». Über derartige Einrichtungen findet man nur wenige Informationen. Meist engagieren sich dort palästinensischstämmige Menschen, wobei weder deren politische Nähe zu den regionalen Organisationen noch die genauen Positionen zum Staat Israel feststellbar sind. Gleiches gilt für die eher als links bzw. linksliberal einzuschätzenden deutschen Unterstützer.

Es werden auch als BDS-Förderer zwei jüdische Gruppen genannt: die «Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München»

23 Vgl. Unterstützende Gruppen und Organisationen in Deutschland (5. November 2018), in: [www.bds-kampagne.de](http://www.bds-kampagne.de).

und die «Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.» Beide fordern offensiv eine Boykott-Strategie, wobei die erstgenannte Organisation nicht so relevant ist. Anders verhält es sich bei der «Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.», die 2019 auch mit dem «Göttinger Friedenspreis» ausgezeichnet wurde, was wiederum einen öffentlichen Skandal auslöste. Bereits zuvor hatte sie einen «Aufruf zum Boykott aller pro-israelischen Veranstaltungen der Leipziger Buchmesse 2015»<sup>24</sup> veröffentlicht, womit auch das Ausmaß ihrer Boykottforderungen bis in den diskursiven Raum hinein deutlich wurde. Breiter politisch bekannte Akteure gehören nicht zu den BDS-Unterstützern. Als eine Ausnahme kann «Die Linke LAG Nahost Niedersachsen» gelten, wobei es sich aber nur um eine Arbeitsgruppe der Partei handelt.

Mit der «Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands» (MLPD) gehört auch eine ganze Partei zu den Unterstützern. Diese beruft sich nicht nur auf Lenin, sondern auch auf Mao und Stalin, welche in Kombination miteinander für den «wahren Sozialismus» stehen würden. Demnach handelt es sich nicht nur um eine marxistische Klempartei, beruft sich die MLPD doch offen auf die genannten politischen Massenmörder. Dass BDS-Deutschland einen solchen politischen Unterstützer akzeptiert, sagt dann wie in den anderen Fällen auch einiges über die Organisation selbst aus.<sup>25</sup> Hinzu kommt noch die Nähe zur erwähnten PFLP.

24 Vgl. Aufruf zum Boykott aller pro-israelischen Veranstaltungen der Leipziger Buchmessen 2015 (6. März 2015), in: [www.juedische-stimme.de](http://www.juedische-stimme.de).

25 Vgl. Armin Pfahl-Traugber: Bündnispartner mit Diktaturbegeisterung. Die BDS-Kampagne hat einen pro-stalinistischen Unterstützer (12. Juli 2019), in: [www.hagalil.com](http://www.hagalil.com). Die Angesprochenen reagierten darauf wie folgt: Antwort des Zentralkomitees der

Denn 2017 kandidierte ein «Internationalistisches Bündnis» mit der MLPD zu Wahlen, wozu ausdrücklich Anhänger dieser terroristischen Organisation zählten. Überhaupt fällt bei den BDS-unterstützenden Gruppen auf, dass es an einer Distanzierung gegenüber der Hamas oder der PFLP mangelt und mitunter eine Sympathie oder Zusammenarbeit feststellbar ist.

## 14 Kritische Prüfung des postulierten Selbstverständnisses

Bevor die eigentliche Problemstellung gesondert thematisiert werden soll, bedarf es zunächst einer kritischen Prüfung des postulierten Selbstverständnisses. Denn BDS vermittelt ein öffentliches Bild von sich, das nicht der Realität entspricht. Daraus lässt sich noch keine Einschätzung hinsichtlich der Frage ableiten, ob es hier um eine antisemitische Kampagne geht. Gleichwohl machen einschlägige Betrachtungen darauf aufmerksam, dass das behauptete Image eben nicht der Realität entspricht. Auch bezogen auf die Antisemitismus-Frage ist dieser Gesichtspunkt dann von Relevanz, geht es dabei doch mit um eine Einschätzung des öffentlichen Erscheinungsbildes. Wenn also bezogen auf andere Aspekte ein deutlicher Gegensatz von Image und Realität besteht, so gilt dies möglicherweise auch für eine bekundete Ablehnung des Antisemitismus im eigenen Selbstverständnis. Dies muss aber nicht zwingend der Fall sein, es bedarf dabei der gesonderten Prüfung.

Am Beginn der Betrachtung steht der erneute Blick auf die Gründungsgeschichte, wobei diese als ein autonomer Akt «der» pa-

lästinensischen Zivilgesellschaft dargestellt wird. Wie bereits dargestellt wurde, existiert eine solche allenfalls formal. Denn die Bildung und Duldung von politischen Organisationen ist davon abhängig, ob es eine Akzeptanz dazu von den dominanten islamistischen und nationalistischen Kräften gibt. Davon muss auch bezogen auf BDS als Kampagne gesprochen werden, gehörten doch einschlägige Akteure zu deren Gründern. Demnach kann auch der Anspruch auf Gewaltfreiheit relativiert werden: Zwar distanziert sich BDS von einschlägigen Handlungen, wird aber von gewaltorientierten Organisationen mit getragen. Da diese bei der Entstehung eine konstitutive Rolle spielten, entsteht hier der nicht unbegründete Eindruck einer weiteren Handlungsoption. Die erwähnten BDS-Kontakte zu gewaltorientierten Gruppen bestärken diesen.

Außerdem heben die Aktivisten ihr menschenrechtliches Engagement hervor, würden sie daher doch gegen die israelische Palästinenser-Politik protestieren. Hierfür mag es durchaus nachvollziehbare Gründe geben, ist doch immer wieder einschlägige Kritik seriös vorgetragen worden. Indessen machen die vorstehenden Ausführungen deutlich, dass eine israelfeindliche Einstellung bei allem offenkundig relevanter ist. Denn ansonsten müsste es auch ein BDS-Engagement für Palästinenser in anderen Zusammenhängen geben. Denn mangelnde Bürgerrechte für sie unter Hamas-Herrschaft sind ebenso wenig wie Diskriminierungen in arabischen Staaten ein Thema. Ausschließlich richten sich die Einwände gegen Israel, wodurch eher von bestehenden Doppelstandards und weniger von universellen Menschenrechten in der öffentlichen Positionierung auszugehen ist. Davon geprägt sind BDS-Aktivitäten sowohl im Nahen Osten wie in der westlichen Welt.

MLPD auf den «antideutschen» Hetzer Pfahl-Traugher (17. Oktober 2019), in: [www.rf-news.de](http://www.rf-news.de).

## 15 BDS und die Problematik der Verallgemeinerung

Bevor dann analytische Einschätzungen zur erwähnten Fragestellung reflektiert werden, bedarf es noch einer grundsätzlichen Anmerkung zur Problematik der Verallgemeinerung. Wie die vorstehenden Ausführungen veranschaulichten, handelt es sich bei BDS nicht um ein homogenes Phänomen. Bereits die Akteure in Deutschland unterscheiden sich hinsichtlich ihrer konkreten Einstellung wie ihrer politischen Orientierung. Dies gilt in noch größeren Ausmaß für die internationale Dimension. So kommt islamistischen und nationalistischen Akteuren mit einer Gewaltaffinität im Nahen Osten hohe Relevanz zu, was eben auch für das Ausmaß einer antisemitischen Prägung relevant ist. Einschlägige Anspielungen finden sich bei dortigen BDS-Funktionsträgern weitaus häufiger als in der westlich geprägten Welt. Auch wird von ihnen offener das Existenzrecht des israelischen Staates in Zweifel gezogen. Bei internationaler Aufmerksamkeit gibt man sich von den Positionen her gemäßiger.

Dies gilt auch allgemein für die BDS-Gruppen in der westlichen Welt, wobei hier eine Differenzierung hinsichtlich der Rigidität vorgenommen werden kann. Die Akteure in Großbritannien und den USA bekunden recht deutlich ihre israelfeindlichen Vorstellungen.<sup>26</sup> Insbesondere an Hochschulen findet ihre Kampagne propagandistische Verbreitung. Gleichzeitig sind dort die Boykottfor-

derungen gegen Kooperationen mit israelischen Universitäten und die Proteste gegen als pro-israelisch geltende Wissenschaftler stärker ausgeprägt. Auch bei Demonstrationen, woran sich meist linke und migrantischstämmige Akteure beteiligen, werden dezidierte Eliminierungsforderungen gerufen. Die bekannte Aussage «From the river to the sea, Palastine will be free» bedeutet in der politischen Konsequenz, dass Israel in dem genannten Raum als Staat nicht mehr existieren würde. Die daraus folgenden Konsequenzen thematisieren die Teilnehmer nicht offen.

Und davon unterscheidet sich das Bild in Deutschland dann wieder. Hier ist die BDS-Bewegung mangels personellen Unterstützern weniger aktiv. Darüber hinaus besteht bezogen auf eine israelfeindliche Ausrichtung eine größere öffentliche Sensibilität, was auch mit der Erinnerung an die antisemitischen Massenmorde während des Nationalsozialismus zusammenhängt. Antisraelische Boykottforderungen erinnern aufgrund dessen – berechtigt oder unberechtigt – an die nationalsozialistischen Boykottpraktiken. Daher können sich die BDS-Akteure nicht ähnlich breit wie in anderen westlichen Ländern entfalten. Gleichwohl kursieren auf Demonstrationen zum Nahost-Konflikt ähnliche Parolen, wie etwa «From the river to the sea, Palastine will be free». Grundsätzlich gilt darüber hinaus, dass sich nicht alle Aktivitäten auch BDS zurechnen lassen. Demnach können auch israelfeindliche Handlungen unabhängig von der deutschen Sektion erfolgen.

26 Vgl. Alex Feuerherdt / Florian Markl: *Die Israel-Boycottbewegung. Alter Hass in neuem Gewand*, Leipzig 2020, S. 106–121, Simon Gansinger: Antizionistische Identität. Der Kampf gegen Israel an US-amerikanischen Campus, in: Marc Grimm / Bodo Kahmann (Hrsg.): *Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror*, Berlin 2018, S. 411–439.

## 16 Analyse von Argumenten für die Einschätzung als antisemitisch

Wie lässt sich angesichts der vorstehenden Ausführungen die einleitend formulierte Frage, inwieweit es sich bei BDS um

eine antisemitische Gruppierung handelt, in einem differenzierten Sinne beantwortet? Deutlich wurde durch die bisherigen Darstellungen und Einschätzungen bereits, dass es sich um ein komplexes Phänomen handelt und undifferenzierte Zuspitzungen unangemessen sind. Dies gilt sowohl für die pauschale Aussage, wonach es sich um eine antisemitische wie um eine nicht-antisemitische Organisation handelt. Die einzelnen Argumente für beide Deutungen müssen daher einer genaueren Prüfung ausgesetzt werden, um daraus im Lichte des oben formulierten Verständnisses konkrete Wertungen vorzunehmen. Die folgende Auseinandersetzung formuliert dazu differenzierte Einschätzungen, die dieser Komplexität gerecht werden und dabei keineswegs für eine Unentschiedenheit plädieren wollen.

Als erstes Argument wird bezüglich der Boykottmaßnahmen auf historische Kontinuitäten verwiesen, welche es sowohl für den arabischen wie für den deutschen Kontext gab. Im ersten Fall gingen antisemitische und migrationsfeindliche Einstellungen miteinander einher, im zweiten Fall handelte es sich um eine ausschließlich judenfeindlich motivierte Praxis. Jedoch können die Boykottforderungen gegen Israel nicht pauschal in eine solche Kontinuität gestellt werden, waren davon doch seinerzeit jüdische Individuen ohne Schutz betroffen, während es heute gegen die Palästinenser-Politik eines Staates gehen soll. Diese Ausrichtung schließt aber zweitens nicht aus, dass dabei eine antisemitische Motivation besteht, zielen die eingeforderten Handlungen doch gegen den einzigen jüdischen Staat. Hier stellt sich jeweils konkret die Frage, ob die konstitutiven Gründe dafür in dieser Identität oder in der politischen Praxis des Staates zu sehen sind.

Eine darauf orientierte Betrachtung erfolgt in der bisherigen Debatte zum Thema

meist nicht. Allzu häufig postuliert man ein entsprechendes Bekenntnis, ohne die dafür nötigen Belege zu liefern. Diese Einschätzung gilt auch für die einleitend erwähnte Parlamentserklärung. Aussagekräftigere und überzeugendere Argumente müssten sich hier insbesondere auf die agitatorische Begleitung der Boykott-Forderungen beziehen. Dabei fällt zwar einerseits auf, dass antisemitische Aussagen in einer offenen Form nur selten vorgetragen werden. Gleichwohl lassen sich andererseits in den einschlägigen Diskursen immer wieder antisemitische Stereotype ausmachen, welche eine zumindest latente judenfeindliche Grundeinstellung zu erkennen geben. Darauf sollte in der Analyse der Fokus stärker gerichtet werden. Gleiches gilt für die antisemitischen Auswirkungen der postulierten Forderungen, welche dann auf judenfeindliche Konsequenzen objektiv hinauslaufen würden.

## 17 Analyse von Argumenten gegen die Einschätzung als antisemitisch

Diese beiden letztgenannten Dimensionen werden häufig ignoriert, wenn es um eine formale Distanzierung von der Judenfeindschaft geht. Bekanntlich definiert sich kaum ein Antisemit selbst als Antisemit, sieht man einmal von bestimmten Neonazis ab. Gleichwohl kommt den latenten wie manifesten Formen der Judenfeindschaft weltweit nach wie vor große Relevanz hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Verbreitung zu. Und einige bei der Boykott-Kampagne ausmachende Narrative und Symbole können solchen Zusammenhängen zugeordnet werden. Insofern darf bei BDS-Aktivitäten auch berechtigt danach gefragt werden, warum etwa Aussagen zur «Blutgier» oder

«Geldmacht» von den Juden auf Israel in der Propaganda übertragen werden. Wenn sich die Boykott-Forderungen in einem menschen- und völkerrechtlichen Sinne verstehen, dann müssten die Auffassungen auch als «antisemitismus-frei» in diesem inhaltlichen Kontext erkennbar sein.

Gleichwohl kann eine derartig formulierte und legitimierte Kritik an der israelischen Politik nicht pauschal einem jüdenfeindlichen Zusammenhang zugeordnet werden. Es bedarf hier immer wieder des genauen Blicks darauf, worin die eigentliche Motivation für die vorgetragenen Positionen gegen den Staat bestehen. Bedeutsam sind auch die Glaubwürdigkeit und Konsequenz der vorgetragenen Positionen. Davon kann aber in der Allgemeinheit für BDS nicht gesprochen werden. Denn es lassen sich Doppelstandards und Einseitigkeiten ausmachen, was sich anhand von unterschiedlichen Einstellungen und Praktiken zeigt. So erfolgt eine Diskriminierung von Palästinensern von unterschiedlichen Seiten, also nicht nur vom israelischen Staat. Auch die Hamas verletzt deren Menschenrechte in den von ihr kontrollierten Räumen. Als Flüchtlingen geht es ihnen in anderen arabischen Staaten schlecht. BDS schweigt zu diesen Benachteiligungen.

Derartige Doppelstandards müssen aber nicht für eine antisemitische Grundposition stehen, kann doch ebenso ein einseitiger «Antiimperialismus» durch andere ideologische Fixierungen erklärt werden. Darüber hinaus kommt jüdischen Einzelpersonen und Gruppierungen eine gewisse Relevanz zu, da ihre Aktivitäten doch scheinbar gegen eine BDS zugeschriebene antisemitische Orientierung sprechen. Sieht man eine solche Auffassung auch als stringent an, spricht dies tatsächlich gegen jüdenfeindliche Positionierungen. Jedoch neigen Anti-

semiten in der Post-Shoah-Ära häufig dazu, sich um jüdische Bündnispartner für ihr öffentliches Engagement zu bemühen. Gleichzeitig gibt es bei BDS bedeutsame Gruppierungen, welche gewaltorientierten Gruppierungen wie die Hamas oder die PFLP nahestehen. Da diesen auch eine antisemitische Dimension eigen ist, lässt sich evtl. eine solche auf deren erkennbare Sympathisanten übertragen. Zumindest mangelt es an notwendigen Distanzen.

## 18 Einschätzungen anhand der kursierenden Konzepte

Bevor bilanzierend eine Einschätzung zur hier erkenntnisleitenden Frage vorgetragen werden soll, sei noch einmal der Blick auf die erwähnten kursierenden Konzepte und dann auch noch auf einen neueren Vorschlag geworfen. Die Begriffsbestimmung der IHRA wies allgemein bereits diverse Defizite auf, wodurch sie für eine trennscharfe Erfassung nur bedingt nützlich ist. Dem schlossen sich in den Ausführungen aber noch einige Beispiele an, wozu auch eindeutig jüdenfeindliche Positionierungen gehörten. Dies waren etwa Aufrufe zur Gewaltanwendung oder klassische Hassbilder und Stereotype. Dazu gehörten dann aber auch Aussagen wie: «Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung. z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen» oder: «Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.»<sup>27</sup>

Folgt man diesen Aussagen des Kriterienkatalogs, dann spricht das für Antisemitis-

27 IHRA, Arbeitsdefinition (Anm. 8).

mus bei der BDS-Boykottbewegung. Gleiches gilt auch für die erwähnten Bestandteile des «3-D-Tests». Indessen gilt für beide Begriffsbestimmungen, dass sie inhaltlich nicht hinsichtlich der postulierten Judenfeindlichkeit klar entwickelt sind. Daher kann, muss aber nicht hinter derartigen Statements eine antisemitische Weltanschauung stehen. In dezidiert Ablehnung dieser IHRA-Definition entstand dann eine gesonderte «Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus», die sich dezidiert als Gegenkonzept dazu verstand. Die allgemeine Begriffsbestimmung dazu war genauer, heißt es dort doch: «Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).» Damit sollten dann auch gesonderte Einschätzungen zum Nahost-Konflikt möglich werden.

Es gab in der Erläuterung etwa eine Kategorie, die mit «Israel und Palästina: Beispiele, die nicht per se antisemitisch sind (unabhängig davon, ob man die Ansicht oder Handlung gutheißt oder nicht)» überschrieben war. Dort heißt es: «Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.»<sup>28</sup> Dieser Aussage kann man in dieser Allgemeinheit mit Bezug auf die vorstehende Definition zustimmen. Gleichwohl können solche Aktivitäten aber antisemitisch motiviert sein, was eine zusätzliche Erläuterung notwendig gemacht hätte. Eine solche Differenzierung findet sich dann aber im Text nicht. So kommt der Eindruck auf, es gehe um eine definitorische Freispre-

chung. Denn damit kann BDS nicht als antisemitisches Phänomen gelten, obwohl es dort durchaus judenfeindliche Vorkommnisse gibt. So wird aus einer Definition auch hier ein politisches Instrument.

## 19 Schlusswort und Zusammenfassung

Die vorstehenden Analysen von Argumenten für die BDS-Einschätzung als antisemitisch bzw. als nicht-antisemitisch brachten noch keine Klarheit hinsichtlich der vorgenommenen Positionierung. Dies erklärt sich auch durch die erwähnten Aspekte der gemeinten Kampagne, die eben als ein von Komplexität geprägtes Phänomen anzusehen ist. Gleichwohl soll hier im Abschluss doch eine differenzierte Deutung vorgenommen werden. Sie postuliert zunächst, dass sich für BDS keine allgemeine Feindschaft gegen Juden als Juden belegen lässt. Genau in dieser Ausrichtung ist das zu sehen, was mit Antisemitismus konkret gemeint ist. Die Einschätzung ignoriert nicht, dass es dort sehr wohl solche Personen gibt. Sie nehmen keine Führungsfunktionen ein und bestimmen daher nicht die inhaltliche Orientierung. Insofern kann die Auffassung von BDS als antisemitischer Organisation in dieser Pauschalität als konkrete Zuordnung nicht überzeugen.

Aus einem anderen Blickwinkel besteht aber durchaus ein Problem: der antisemitischen Wirkung. Dies gilt erstens für die einschlägige Agitation, die gelegentlich judenfeindlich verstehbare Bilder und Narrative nutzt – und zwar nicht nur in der arabischen, sondern auch in der westlichen Welt. Eine klare Distanzierung davon wird von der Organisationsleitung nicht vorgenommen. Zweitens können die drei BDS-Forderungen auf eine Negierung des israelischen

28 Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus (26. März 2021), in: [www.jerusalemdeclaration.org](http://www.jerusalemdeclaration.org); vgl. kritisch dazu: Armin Pfahl-Traugher: Die «Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus» (4. April 2021), in: [www.hagalil.com](http://www.hagalil.com).

Staates hinauslaufen, was die dort lebenden Juden zur staatlichen Schutzlosigkeit verdammt. Klare Aussagen dazu von der BDS-Spitze fehlen, objektiv läuft dies für die dortigen Juden auf antisemitische Wirkungen hinaus. Dies gilt drittens noch mehr für die Aussagen von BDS-Funktionsträgern oder bei Demonstrationen, wonach Israel zugunsten von Palästina als Staat nicht mehr existieren solle. Wenn die Boykottkampagne dies nicht als Folge beabsichtigt, könnte man sich klar zum Existenzrecht von Israel bekennen.

Insofern gibt es keine eindeutig antisemitische Ausrichtung von BDS, deren Handlungen können aber auf antisemitische Wirkungen hinauslaufen. Es liegt an deren organisatorischer Führung, hier die nötigen

Klarheiten vorzunehmen. Darüber hinaus besteht unabhängig von der Antisemitismus-Frage bezogen auf BDS ein politisches Problem: Es bewegen sich eben israelfeindliche und nicht nur israelkritische Gruppierungen in deren Umfeld, wobei diesen mitunter eine gewaltorientierte bis terroristische Komponente eigen ist. Auch agieren islamistische, linke und nationalistische Extremisten in diesen Zusammenhängen. Ginge es BDS primär um Bürgerrechte, so müsste man sich von solchen Unterstützern distanzieren. Eine solche Entwicklung würde für die Organisation eine Spaltung bedeuten. Denn die gemeinten Kräfte stellen dort einen bedeutsamen Machtfaktor dar. Dies heißt in der Gesamtschau auch: BDS kann so für Demokraten kein Kooperationspartner sein. ■

---

Edgar Göll

## Linker Klimaschutz in Kuba Zukunftsfähige Umweltpolitik und Nachhaltigkeitsaktivitäten

Einen kriegerischen Jargon gebrauchend, kann über zahlreiche derzeitige Ereignisse gesagt werden: «Die Einschläge kommen näher!» Wir erleben eine «multiple Krise». Die Extremwetterereignisse der letzten Monate in mehreren Regionen des Planeten, hier «für uns» besonders sichtbar und spürbar im Ahrtal und andernorts in Deutschland, tragen zu dem sich langsam aber sicher sich verbreitenden Eindruck bei, dass wir heute auch hinsichtlich Natur und Umwelt in einer Phase umfassender Umbrüche

leben. Das, was vordem nur in weit entlegenen Regionen und Lebenswelten an Naturkatastrophen geschah, und meist nur mit kurzen Meldungen und Berichten aufschien, dann schnell wieder ins Unterbewusste absank und verdrängt wurde, hält nun Einzug in unsere Lebenswelt, kommt auf die Titelseiten von Zeitungen und Zeitschriften, in Sendungen zu bester Sendezeit, in unsere Gespräche am Esstisch und die Social Media. Unser beschränktes Vorstellungsvermögen erhält hierdurch einen starken Schub:

was ist auch hier bei uns möglich, was kann hier noch alles passieren?

Im Diskurs über die Ursachen der zerstörerischen Fehlentwicklungen und die Klimaüberhitzung wird nun der Begriff «Anthropozän» (Paul Crutzen) genutzt. Damit ist gemeint, dass die planetaren Effekte des Handelns von Menschen in den letzten Jahrzehnten ein historisches Ausmaß erreicht haben, indem es natürliche Systeme und Prozesse deutlich verändert und teilweise zerstört. Beispiele hierfür sind die Klimakatastrophe, der Schwund an Biodiversität oder auch, dass es in den Weltmeeren mehr Plastikmüllteile gibt als Fische. Aber all dies etwas sehr pauschal «den» Menschen zuzuschreiben, sollte weiter differenziert werden, denn große Teile der Weltbevölkerung waren nicht und sind nicht daran beteiligt, unsere natürlichen Existenzgrundlagen zu zerstören. Vielmehr begann dies mit dem Aufkommen und der Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse, der extensiven und intensiven Ausbeutung von Mensch und Natur. Daher ist der Begriff «Kapitalozän», von Wissenschaftlern wie Elmar Altvater kreiert, zutreffender, und kennzeichnet auch die Richtung, in welcher Lösungswege zu suchen sind. Dennoch wird der «American Way of Life» ausgebreitet, meist von vermeintlich heroischen Männern und ihren Konzernen.

### **Die Alternative «Sozialismus oder Barbarei» und Kuba**

Doch gibt es in diesem neoliberalen Maelstrom auch einen Inselstaat, der selbstbewusst einen anderen Kurs nimmt, und damit relativ erfolgreich ist, obgleich er mit immensen inneren Problemen zu kämpfen hat und vor allem von der benachbarten Supermacht permanent behindert und attackiert

wird: Kuba. Unter US-Präsident Trump wurden die Sanktionen gegen das sozialistische Kuba fast monatlich angezogen und die 1962 verhängte unilaterale Blockade sowie die Subversion noch weiter verschärft. Seit der Revolution von 1959 versucht Kuba sich in der Tradition des Sozialismus zu entwickeln, und damit zugleich den eingangs skizzierten Trampelpfad der nichtnachhaltigen Fehlentwicklung zu überwinden. Kuba offenbart damit zugleich die Kontrastierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Systementwicklungen. So wurden von Seiten linker Theoretiker:innen, Aktivist:innen und Bewegungen die Auseinanderentwicklung schon früh im 19. Jahrhundert thematisiert. Als sich die kapitalistische Dynamik weiter entfaltete, erkannten u. a. Karl Marx und Friedrich Engels die Kehrseiten der historisch-spezifischen Fortschritte: «In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionskräfte mehr sind, sondern Destruktionskräfte (Maschinerie und Geld) – und was damit zusammenhängt, dass eine Klasse hervorgerufen wird, welche alle Lasten der Gesellschaft zu tragen hat, ohne ihre Vorteile zu genießen» (Deutsche Ideologie). In der weiteren Theorieentwicklung formulierten unter anderem Rosa Luxemburg und danach Cornelius Castoriadis die absehbare und immer wieder aufscheinende historische Alternative «Sozialismus oder Barbarei». Diese Sichtweise scheint heute aktueller denn je. Und in dieser analytischen Linie ist auch das von Fidel Castro bei vielen seiner Reden proklamierte Motto «socialismo o muerte» zu verstehen, zumal der Großversuch in Richtung Sozialismus in unmittelbarer Nachbarschaft zur kapitalisti-

schen Supermacht USA geschieht und entsprechend verteidigt werden muss – was zu speziellen, schmerzhaften Problemen führt, die auch intendiert sind, wie zahlreiche Dokumente aus den US-Regierungen und dem Kongress belegen.

## Hurrikans aus dem Atlantik

In Sachen ökologische Herausforderungen ist in der karibischen Region das kubanische Archipel wie andere karibische Inselstaaten und Anrainerstaaten bereits heute vom Klimawandel besonders stark betroffen, und nach Einschätzungen einschlägiger Studien der Klimaforschung wird dies künftig in noch größerem Maße der Fall sein. Die negativen Effekte der Klimaerwärmung entstehen zum Beispiel durch ausbleibenden Regen und durch Starkregen, durch zerstörerische Wirbelstürme, durch den Anstieg des Meeresspiegels und die Versalzung des küstennahen Grundwassers. Kuba liegt an der «Straße der Hurrikane», jenem Gebiet im mittleren Nordatlantik, wo aufgrund der ansteigenden Luftfeuchtigkeit sowie der spezifischen Meeres- und Windströmungen immer häufiger Windwirbel entstehen, die zu starken Hurrikans werden und immense Zerstörungen verursachen. Solche Hurrikane der höchsten Intensität (Kategorie 4 und 5 gemäß der Saffir-Simpson-Skala) haben gerade in den vergangenen Jahren in Puerto Rico und Kuba verheerende Schäden angerichtet. Indem diese Extremwetterphänomene immer wieder auftauchen und zu Verwüstungen führen, sind die kumulierten Kosten kaum zu verkraften und die Menschen der Region sowie die Administrationen häufig überfordert.

Und das dürfte künftig noch weiter zunehmen, denn auch im Sonderbericht des

IPCC vom Oktober 2018 wird betont, dass jede weitere Erwärmung der Atmosphäre und damit verbundene Bodenerosion sowohl die Ernteerträge von Mais, Reis, Getreide in der Region verringern und deren Qualität verschlechtern wird. Die Auswirkungen auf Landwirtschaft und Ernährungssicherheit werden demnach drastisch sein. Nach Ansicht der drei Organisationen FAO (UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation), ECLAC (UN Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik) und ALADI (Lateinamerikanische Integrationsvereinigung) (2016; Zugriff: <http://www.fao.org/americas/noticias/ver/en/c/428177/>) erfordert dies einen Paradigmenwechsel, ein vollständig nachhaltiges Agrarmodell, das die natürlichen Ressourcen schützt, eine gerechte sozioökonomische Entwicklung bewirkt und die Anpassung und Minderung der Auswirkungen des Klimawandels ermöglicht.

## Nachhaltigkeitsaktivitäten und der Klimaschutzplan «Tarea Vida»

Aufgrund der unmittelbaren Betroffenheit, sind die kubanische Bevölkerung, die Wissenschaft und die Regierung besonders sensibilisiert und aufmerksam, und erkennen die existenziellen Risiken klar. «Eine wichtige biologische Spezies läuft Gefahr zu verschwinden aufgrund der schnell fortschreitenden Beseitigung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen: der Mensch.» So deutlich wie kaum ein anderes Staatsoberhaupt artikulierte Fidel Castro beim UN-Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 die Bedrohung, vor der die Welt steht. Schon im Zuge der Revolution von 1959 wurden Umwelt und Natur in Kuba als wichtig erachtet, wie diverse Dokumente zeigen.

Wie zahlreiche andere Länder der Region steht Kuba vor schwierigen Herausforderungen vor allem im Bereich der Wirtschaft und der Versorgung: permanenter Devisenmangel, geringe Effizienz, schwache Industrialisierung, unzureichende Landwirtschaft, veraltete Infrastrukturen. Diese problematische Lage wird in jüngster Zeit verschärft durch die extrem verschärften Sanktionen der Trump-Regierung, durch Wirbelstürme, die Corona-Pandemie und das damit verbundene Ausbleiben der Tourist:innen. Dabei befindet sich Kuba in einer Phase des Aufbruchs, die im zeitlichen Umfeld der Obama-Präsidentschaft aufkam.

So wurde bei den Wahlen 2018 der recht junge Miguel Díaz-Canel zum Präsidenten gewählt und danach Manuel Marrero zum Premierminister gewählt. Seit Jahren werden auch in zahlreiche andere Ämter und Führungspositionen jüngere Bürgerinnen und Bürger gewählt und delegiert, und die Frauenquote in der Nationalversammlung ist eine der höchsten weltweit. Schließlich wurde nach zwei monatelangen öffentlichen Debattenphasen per Volksabstimmung im Februar 2019 eine neue Verfassung angenommen. Seither sind zahlreiche progressive Reformen und neue Gesetze beschlossen und umgesetzt worden, wie z. B. zur Stärkung der Kommunen und von Genossenschaften, Lebensmittelstandards, Tierwohl, Wissens- und Informationsmanagements. Sie basieren auf der neuen Verfassung, in der z. B. in Artikel 13 heißt: «Der Zweck des Staates besteht darin, Folgendes zu erreichen (...) Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, die gewährleistet: individuellen und kollektiven Wohlstand, die Erreichung eines höheren Niveaus an Gerechtigkeit und Gerechtigkeit, sowie die Erhaltung und Vermehrung der Errungenschaften der Revolution.» Auch Klimapolitik ist dort als Ziel verankert.

Die wissenschaftliche und systematische Forschung zum Klimawandel in Kuba begann bereits 1991 durch die Akademie der Wissenschaften. Seither werden systematisch Gefahren-, Verletzlichkeits- und regionale Risikostudien zur Katastrophenvorsorge durchgeführt. Als Bilanz all dieser Studien lässt sich festhalten: das Klima in Kuba wird immer wärmer und extremer, es gibt immer größere Schwankungen der Niederschläge, seit 1960 hat sich die Häufigkeit und das Ausmaß von Dürren erheblich erhöht, und der Meeresspiegel ist schnell gestiegen. Vor allem wurde festgestellt, dass die Überschwemmungen der Küstengebiete durch steigende Meeres- und Wellenströmungen die größte Gefahr darstellen, zumal sie Auswirkungen auf das dortige Naturerbe, die Landwirtschaft und die Bausubstanz haben.

Vor diesem Hintergrund wurde auf Basis jener wissenschaftlichen Erkenntnisse und einem von sechzehn Forschungseinrichtungen vorgelegten Bericht sowie nach eingehender Diskussion im April 2017 vom Ministerrat Kubas der ambitionierte Klimaschutzplan «Tarea Vida» (Lebensaufgabe) genehmigt. Zuständig für die Durchführung ist das Umwelt- und Technologieministerium CITMA, und es sind umfangreiche Maßnahmen und Investitionen vorgesehen. Diese sind für mehrere Zeiträume geplant: kurzfristig (2020), mittelfristig (2030), langfristig (2050) und sehr langfristig (2100) – eine für das komplex-dynamische Phänomen Klimawandel angemessene Konzeption.

Das Ziel besteht darin, die für Kuba prognostizierten starken Veränderungen der klimatischen Bedingungen und die damit verbundenen großen Schäden abzuwenden oder zumindest zu minimieren. Bei Tarea Vida handelt es sich um einen ganzheitlichen, systemischen Ansatz, der mehrere

Teilziele und relevante Bereiche umfasst: Sicherung der Verfügbarkeit und effiziente Nutzung des Wassers, Wiederaufforstung für besseren Schutz des Bodens und des Wassers, Schutz der Korallenriffe und deren Sanierung, Erneuerbare Energie und energetische Effizienz, Nahrungsmittelsicherheit, Gesundheit und Tourismus. Konkret umgesetzt wird dies beispielsweise im Bereich der Bauplanung insofern Neubauten nicht mehr in Küstennähe erlaubt sind. Solche Pläne umzusetzen, ist sehr voraussetzungsvoll und dürfte auch in Kuba nur selten im vorgesehenen Zeitraum und Umfang gelingen. Doch in unzähligen Meldungen aus den verschiedenen Provinzen wird über konkrete Umsetzungsmaßnahmen berichtet. Hierzu gehören beispielsweise das Verbot, neue Wohnhäuser in gefährdeten Küstensiedlungen zu bauen, der Aufbau neuer klimaresilienter Infrastrukturen, Veränderungen der Landnutzung infolge des steigenden Meeresspiegels und der Dürre, Einführung und Entwicklung von Pflanzensorten, die dem neuen Temperaturszenario gewachsen sind, oder weitere Aufforstung auch von Mangrovenwäldern. Die Bemühungen zur Aufforstung zeitigen deutliche Fortschritte: zu Zeiten der Revolution betrug der Waldanteil an der gesamten Bodenfläche Kubas aufgrund der Ausbeutung durch die US-Unternehmen nur noch 14%, und die jüngste Statistik weist einen Waldanteil von 32% aus. Ein konkretes Beispiel für die Maßnahmen zum Küstenschutz sind am Malecon, der berühmten Uferstraße in Havana zu besichtigen. Schon unter normalem Wellengang ist dort die Brandung mehrere Meter hoch. Doch die massive Küstenmauer wurde durch den heftigen Hurrikan «Wilma» teilweise zerstört, woraufhin eine Spezialfirma aus Deutschland den Wiederaufbau bewerkstelligte.

Besonders aktiv sind in Sachen Nachhaltigkeit auch Wissenschaftlerteams sowie NGOs wie die Stiftung Antonio Nunez Jimenez, ECOVIDA und zahlreiche urban farming Projekte und organoponicos. Am Klimaschutz beteiligen sich darüber hinaus Universitäten und Hochschulen, Sie erforschen bspw. die Resistenz neuer Nutzpflanzenarten angesichts der neuen klimatischen Bedingungen und sie sind in zahlreichen regionalen Projekten engagiert.

### **Nachhaltigkeitspolitik und zukunftsfähige Energiewende**

Einer der wichtigsten Wirtschaftsbereiche ist das Energiesystem, das aber zugleich auch erhebliche Umweltauswirkungen verursacht. Bei der Erzeugung von Energie nutzte Kuba lange Zeit Erdöl für Motoren, Industrieanlagen und zur Herstellung von elektrischem Strom. Bei der Nutzung von Energie kamen häufig veraltete Geräte und Fahrzeuge zum Einsatz. Dies führte in den 1990er-Jahren zu eklatanten Engpässen, denn nach dem Ende der realsozialistischen Staatwelt fielen in 1991 85% des Außenhandels abrupt weg, und das BIP schrumpfte um ein Drittel. Im Bereich der Energieerzeugung und -nutzung suchte Kuba nach Alternativen und es wurde mit alternativen Energiequellen experimentiert, z. B. mit Biomasse, Wind- und Sonnenenergie. Aufbauend darauf wurde im Jahr 2005 eine umfassende Strategie auf den Weg gebracht und die Energierevolution («*revolucion energetica*») gestartet. Die kubanische Energiewende umfasste fünf Strategiebereiche. Zu den Maßnahmen gehörte erstens der flächendeckende Austausch von «Energiefressern» in Haushalten. So wurden alte energieverbrauchende Haushaltsgeräte wie

Ventilatoren, Elektrokocher, Dampfdrucktöpfe, Kühlschränke sowie Glühlampen mit energiesparenden Varianten ausgetauscht. Dies wurde von Tausenden von jungen Sozialarbeiter:innen durchgeführt, die von Wohnung zu Wohnung gingen, und den Bewohner:innen die Situation und die Notwendigkeiten erklärten sowie die Geräte austauschten bzw. die organisierten. Bemerkenswert ist dabei, dass diese arbeitsintensive Dienstleistung von der jungen Generation bewerkstelligt wurde, also denjenigen, die in Zukunft davon am meisten profitieren würden. Weitere Bausteine der Energiewende waren: Verstärkung des Stromnetzes um die teilweise hohen Netzverluste zu reduzieren; der Neubau von Kraftwerken in verschiedenen Regionen und damit die Dezentralisierung der Stromerzeugung; der Ausbau von regenerativen Energiequellen sowie fünftens die Anhebung der Stromtarife bei hohem Verbrauch.

Diese Maßnahmen wurden durch eine kontinuierliche Bildungs- und Werbekampagne flankiert, z. B. durch TV- und Radiosendungen, Zeitungsberichte, Stadtteildiskussionen, Festivals an Schulen und Universitäten. Der volkswirtschaftliche Nutzen war nach Expertenschätzungen insgesamt etwa zehnmal so hoch wie die aufgewendeten Kosten. Dies ist ein Beispiel dafür, wie in einem relativ konzernfreien Land eine überlebenswichtige nachhaltige Transformation durchgeführt werden konnte, dass dies keine mächtigen Vetoplayer zu hemmen vermochten.

## Stürme aus den USA

Während des Wahlkampfes äußerte der jetzige US-Präsident Joseph Biden die Absicht, in Bezug auf Kuba eine andere Poli-

tik als die seines Amtsvorgängers Donald Trump praktizieren zu wollen. Bis zum heutigen Tag aber hat er keine der 243 (!) destruktiven und willkürlichen Sanktionsmaßnahmen gegen Kuba rückgängig gemacht. Der lange «Zermübungskrieg gegen die kubanische Revolution» (William LeoGrande) geht weiter. Aus Bidens Umfeld wird als Ausrede auf andere drängende Politikaufgaben verwiesen, aber dennoch fand er Zeit, die gegen Kuba gerichteten Subversionsprogramme erneut mit (offiziell) 20 Mio. US\$ auszustatten und noch weitere kubafeindliche Maßnahmen zu fördern. Offenbar will er sein politisches Kapital nicht für Kuba einsetzen, sondern für Deals mit den Trump-hörigen Republikanern. Das Völkerrecht, und die Menschenrechte der 11. Mio. KubanerInnen, die Reise- und Handelsfreiheit seiner eigenen Bevölkerung und diejenigen vieler anderer Staaten scheinen in dem konfrontativen Polittheater in den USA nur Nebensache.

Die aggressivsten kubafeindlichen Hardliner im US-Kongress würden – wie bisher – mit aller Härte und Schärfe gegen eine Annäherung vorgehen, und schrecken vor Lügen und Hetze nicht zurück. Sie sind direkt verbunden mit exilkubanischen Contra-Gruppen, US-Behörden wie OFAC, USAID, CIA, NSA, NED sowie antikommunistischen Stiftungen, Denkfabriken und deren Medienapparaten (Office of Cuba Broadcasting, Fox News etc.). Sogar die Pandemie wird von diesen hasserfüllten Akteuren ausgenutzt, um die destruktiven und letztlich tödlichen Folgen der Blockade noch zu verschärfen. Damit soll die kubanische Regierung zu unpopulären Maßnahmen gezwungen werden, Frustrationen und Spaltungen in der Bevölkerung angestachelt und das revolutionäre Kuba dämonisiert und Misstrauen gestreut werden.

Demgegenüber hatte die Obama-Regierung im Zuge der Annäherungspolitik diejenigen gesellschaftlichen Kräfte in den USA gestärkt, die die Blockadepolitik gegen Kuba für gescheitert ansehen. Dazu gehören Solidaritätsorganisationen und linke Bewegungen wie z.B. die Latin America Working Group (LAWG), Center for Democracy in America (CDA), Pastors for Peace. Dazu gehören aber auch Unternehmensverbände, die sich von einer Annäherungspolitik neue Märkte und Profite versprechen. Zumal unter ihnen die Angst existiert, dass andere Staaten in Kuba Geschäfte machen, und sie selbst außen vor bleiben müssen. Inzwischen hat dies auch politische Implikationen, weil nicht mehr nur westliche Unternehmen als Konkurrenten auftreten, sondern zunehmend chinesische und russische. Im US-Kongress gibt es wieder entsprechende Gesetzesvorschläge. Hier wird aber zugleich das Risiko der Annäherungspolitik á la USA für Kuba deutlich, und wurde in der Newsweek bereits 1992 offen ausgesprochen: den „Kapitalismus und Materialismus wie einen Krankheitserreger hineinkriechen zu lassen.“

Und in Sachen Professionalität wurde kürzlich von Oxfam ein empirisch fundierter Bericht publiziert mit dem Titel «Recht auf Leben ohne Blockade: Die Auswirkungen der U.S.-Sanktionen auf die kubanische Bevölkerung und das Leben der Frauen.» Er wurde in einem Webinar mit dem Martin Luther King Memorial Center in Havanna und der Kubanischen Vereinigung der Vereinten Nationen vorgestellt und liefert klare Fakten.

Trotz aller Sanktionen und Subversionen: Die Geschichte seit 1959 beweist, dass alle 12 aufeinanderfolgenden Regierungen von Demokraten und Republikanern mit ihren Aggressionen und Subversi-

onen bisher gescheitert sind. Aber sie haben die Entwicklung Kubas stark behindert, immense Opfer gefordert und extrem hohe Zusatzkosten verursacht – auch im Bereich der Nachhaltigkeit. Ob Biden seinen un-nachgiebigen Kurs ändern wird ist offen. Dabei wären es dringend, die bilateralen Verhandlungen wieder aufzunehmen über Flugverkehr, Schmuggel, Telekommunikation, Ein- und Auswanderungsfragen, Änderung der US-Blockadegesetze, sowie Klima-, Umwelt und Meeresschutz.

### Zukunftsfähiges Kuba?

Das Leitbild Nachhaltigkeit ist in Kuba in vielen Bereichen von Politik und Gesellschaft integriert worden, und z.B. bei Klimaschutz, Energie, Bildung, Landwirtschaft sind bemerkenswerte Erfolge festzustellen. Das belegen auch international vergleichende Studien. Der Anthropologe Jason Hickel und andere Wissenschaftler errechnen seit einigen Jahren den «Sustainable Development Index» (SDI), den Index für nachhaltige Entwicklung, der soziale Indikatoren wie Lebenserwartung, Bildung und Einkommen mit ökologischen Parametern korreliert. Der SDI-Bericht von 2019 identifizierte Kuba als das «am nachhaltigsten entwickelte Land der Welt». Auch im aktuellen SDI ist Kuba unter den Top Ten, während Deutschland auf Platz 134 rangiert. Schon 2006 kam der «Living Planet Report» des WWF und Global Footprint Network zu dem Ergebnis, das Kuba das einzige Land ist, dass sowohl die sozialen als auch die ökologischen Entwicklungskriterien erfüllt.

Gleichwohl gibt es, wie erwähnt, auch in Kuba noch häufig eine Kluft zwischen Soll und Ist. So sind bürokratische Rigiditäten, verwaltungstechnische Verzögerungen

und autoritäre Haltungen in manchen Bereichen noch immer verbreitet, wobei Letzteres zumindest teilweise der Feindseligkeiten der USA sowie den damit verbundenen Schutz- und Kontrollbedarfen geschuldet ist. Hinzu kommen aktuell noch die Trumpschen verschärften Sanktionen sowie die Corona-Pandemie und die eklatanten Einnahmenausfälle in der wichtigen Tourismusbranche. Auch ist das bemerkenswert hohe Entwicklungsniveau in Sachen Nachhaltigkeit nicht nur bewusster Politik und völliger Bereitschaft der Bevölkerung zuzurechnen, sondern auch dem im Vergleich zu westlichen Gesellschaften niedrigen Lebensstandard.

Die Erfolge bei Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind wohl auch möglich, weil Kuba ein weitgehend «konzernfreies Land» ist, in dem einzelunternehmerische Sonder- und Profitinteressen geringen Einfluss haben, sondern Politik, das Allgemeinwohl und sozial-kulturelle Prinzipien maßgeblich sind. Die umweltpolitischen Maßnahmen finden angesichts der immer wieder spürbaren Schäden, die durch Umweltverschmutzung aller Art und Hurrikane verursacht werden, weitgehend Zustimmung. Hinzu kommt, dass Wissenschaften und Expert:innen angesehen sind und bei Entscheidungen eine gewichtige Rolle spielen, wie derzeit bei der Corona-Pandemie. Trotz aller Widrigkeiten scheint also der Weg vor-

gezeichnet mit dem Motto in Kuba «un otro mundo es posible».<sup>1</sup>

## Literatur

Der Beitrag basiert unter anderem auf Studien des UNEP, des IPCC, der Weltbank, der FAO (<http://www.fao.org/americas/noticias/ver/en/c/428177>) sowie dem «SDG Index and Dashboards Report 2017» der Bertelsmann Stiftung und Sustainable Development Solutions Network, sowie folgenden Dokumenten und Beiträgen:

Global Footprint Network/ WWF/ IUCN (Hrsg.) (2005): *Europe 2005 – The Ecological Footprint* (Oakland/California, USA). [www.footprintnetwork.org](http://www.footprintnetwork.org).

Edgar Göll (2020): *Kuba auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit?* ISW-Report 122, München. [www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de).

Edgar Göll / Dieter Seifried (2015): *Nachhaltige Entwicklung und Energiewende in Kuba*. Überblick, kritische Einschätzung und Perspektiven. Wissenschaftsverlag Potsdam. ■

1 Anmerkung aus der Redaktion: Wegen des wichtigen Blicks auf den Umwelt- und Klimaschutz haben wir den engagierten Beitrag von Edgar Göll gerne gedruckt. Ansonsten sehen wir manche Entwicklung in Kuba kritischer; es stellen sich gerade jetzt Fragen nach Bürgerrechten und Meinungsfreiheit. Bei allem Verständnis für die schwierigen historischen Bedingungen (und Sympathie für dieses kleine «Gallische Dorf») ist Kuba u.E.kein Modell für einen freiheitlichen Demokratischen Sozialismus. *kjs*

Martin Mertens

## Sozialdemokratie ante portas

### Den sozial-ökologischen Strukturwandel im Rheinischen Revier gestalten

Prof. Dr. Klaus Kost vom Vorstand der HDS e. V. führte das folgende Gespräch dazu, wie der weitreichende ökologische Umbau und Strukturwandel vor Ort erfahren und – auch kommunal und regional – sozialverträglich gestaltet werden sollte mit Dr. Martin Mertens, dem sozialdemokratischen Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen.

**Klaus Kost Seit nunmehr mehreren Jahren wird nicht nur in Deutschland vom Ausstieg aus der Kohle, erst der Steinkohle, jetzt der Braunkohle gesprochen. Wie ist die Situation im Rheinischen Revier?**

Martin Mertens Gesprochen wird auch in unserer Region seit langem darüber, dass hier ein Wandel passieren wird. Wir sehen ihn aber auch bereits beständig. Die Tagebau-Flächen «wandern», ehemalige Siedlungen und Felder wurden Braunkohleabbaugebiet, aus Tagebauen wurden (rekultivierte) neue Landschaften. Der Braunkohleabbau wirkte also immer schon landschaftsverändernd. Eines bleibt allerdings stets beständig fast ein Jahrhundert lang: die Region ist geprägt durch die Gewinnung, und Verstromung von Braunkohle. Dies führte auch zur Ausbildung eines bedeutenden Industriestandortes, gerade auch durch die Ansiedlung energieintensiver Unternehmen. Seit mehreren Jahren ist klar, dass Deutschland aus «der Braunkohle» aussteigen wird. Ganz aktuell wird der Abbau im Rheinischen Braunkohlerevier nur bis zum Jahr 2030 gesichert.

Unser Ziel in Strukturwandelfragen muss es sein, ein nachhaltiger klimaneutraler Industrie- und Forschungsstandort zu werden. Das rheinische Revier soll vorbildhafte Strahlkraft weit über NRW hinaus bekommen. Es wird eine Demonstrations-Region für den Europäischen Green Deal. Hehre Ziele, die aber erreichbar sind. Ein europäisches Vorbild werden, eine treibhausgas-neutrale Industrieregion: das ist ein Ziel, das gemeinsam erfüllbar ist. Daher geht es jetzt konkret darum, Projekte und Ideen aus der Region in die Umsetzung zu bringen. Wir haben eine Reihe von Industrien mit hohem industriellen Einsatz von Energie. Das sind unabdingbare Einsatzfaktoren. In dieser Stromintensiven Industrie arbeiten ca. 95.000 Beschäftigte. In der Braunkohlewirtschaft – direkt betroffen sind hier allerdings eher Nachbarorte – haben wir ca. 10.000 direkt Beschäftigte. Zudem weitere 18.000 indirekt Beschäftigte. Wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden und Förderungen ausreichend dimensioniert sind, haben wir bei uns in der Region insgesamt gute Chancen für einen gelingenden Strukturwandel. Wir haben auf dieser Seite des Rheinischen Reviers einige Standortvorteile, die uns helfen: das ist die Nähe zu den Zentren Köln, Leverkusen, Düsseldorf. Das ist die Energie-Infrastruktur: Ausstattung und Anbindung sind gut. Das ist die sehr gute Hochschul- und Forschungslandschaft (RWTH Aachen, Forschungszentrum Jülich, Universitäten, Fachhochschulen

Technische Hochschulen). Hiermit lässt sich arbeiten, gerade was die Forschung in der Energiegewinnung angeht. Wir haben eine starke Wirtschaftsstruktur: die Energiewirtschaft selbst, die energieintensiven Industrien, aber auch Unternehmen der Digitalwirtschaft, Mobilität und Logistik. Und wir haben bereits eine zentrale Koordination durch die Zukunftsagentur Rheinisches Revier.

**Du bist mit 39 Jahren einer der jüngsten sozialdemokratischen Bürgermeister in Deutschland mit tollen Wahlergebnissen. Rommerskirchen liegt mitten im Rheinischen Revier. Wie gelingen Dir solche Erfolge als Sozialdemokrat mit Herz und Kompetenz?**

Zunächst spüren die Menschen in unserer Gemeinde, dass mir mein Bürgermeisteramt weiterhin sehr viel Freude macht und ich jeden Tag mit viel Einsatz und Leidenschaft für die erfolgreiche Entwicklung von Rommerskirchen arbeite. Sie sehen zudem, dass ich Projekte umsetze und vor allen Dingen mit den Menschen vor Ort im Gespräch bin.

Es ist mir in den ersten sechs Jahren meiner Amtszeit gelungen, zahlreiche Themen voranzutreiben, die den Menschen in Rommerskirchen wichtig sind. Wir konnten den Ausbau der Kinderbetreuung vorantreiben und haben zudem neue Baugebiete geschaffen, was sich auch in der Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde widerspiegelt. Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung war mir darüber hinaus wichtig, immer mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zahlreiche Firmen, die weltweit ihre Dienstleistungen und Produkte anbieten, haben ihren Standort nach Rommerskirchen verlagert. Auch habe ich stets darauf geachtet, dass eine gute Nahversorgung vorhanden ist und die Menschen viele Möglichkeiten haben, ihre Freizeit auch in der Gemeinde zu verbringen. Besonders wichtig

war mir auch, die Zivilgesellschaft in Rommerskirchen zu stärken. Vieles was uns hier wichtig ist, wird durch ehrenamtliche Arbeit sichergestellt. Das hat sich gerade auch in den Krisen der letzten Jahre gezeigt. Ohne diese starke Zivilgesellschaft hätten wir diese Krisen nicht meistern können.

**Wo liegen die wichtigsten Herausforderungen für Dich?**

Der Ausstieg aus der Braunkohle-Gewinnung und -verstromung betrifft unsere Region ganz konkret. Die Ziele sind klar und sie sind fordernd: Eine Transformation der Wirtschaft von der kohlebasierten Strom- und Wärmeerzeugung und einer auf fossilen Energieträgern basierenden Industrie hin zu einem Energiesystem, das durch erneuerbare Energien geprägt ist. Die wichtigste Herausforderung dabei ist es für mich allerdings, Perspektiven zu schaffen für bestehende und für neue, zukunftsichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Hier gerade auch in Rommerskirchen geht es nicht nur um Neuansiedlungen im Bereich Energie/Industrie, es geht nicht nur um Infrastruktur-Erschließungen oder Agrobusiness und Forschung/Bildung. Wir können mit Sicherheit Teil einer europäischen Modellregion in vielerlei Hinsicht werden. Aber hier geht es vor allem auch darum, Zulieferer der Kohleindustrie – aber auch der Energie-intensiven Industrien – aus Mittelstand und Handwerk in besonderem Maße zu unterstützen bei der Entwicklung eigener Zukunftsperspektiven. Wir haben vielfältige und gute Flächen, die wir im Hinblick auf dieses Ziel für neue Industrie- und Gewerbeansiedlungen nutzen können. Eine erste Herausforderung hierbei ist es, diese überhaupt verfügbar zu machen. Es scheidet bei uns nicht am Willen, neue Industrie- und Gewerbeparks auszuweisen. Gerade um das bald ehemalige Kraftwerk Neurath

herum planen wir neue Ansiedlungen im Rahmen eines Innovationsparks. Hier kann ich mir nicht nur Wirtschaftsansiedlungen aus der zukünftigen Energiewirtschaft, sondern auch aus der Digitalwirtschaft gut vorstellen. Natürlich müssen wir auch die verkehrstechnische Anbindung schaffen, brauchen wir auch Infrastruktur-Erschließungen.

Nicht zuletzt sind auch die ökologischen Herausforderungen des Strukturwandels immens. Wir müssen nicht nur ökologische Anforderungen im Sinne von Klimaschutz und Energiewende in Einklang bringen mit Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Vielmehr ist gerade in Rommerskirchen rund um die stetige Wasserführung des Gillbach im Rahmen des Braunkohleabbaus eine Ökosystem-Veränderung eingetreten, die wir in der Vergangenheit gefördert und geschützt haben. Nun stehen die Aussichten einer Austrocknung des Bachlaufes, einer Verbuschung und Versumpfung im Raum, da Dank des abgebagerten Quellgebietes nach Ende der Braunkohleverstromung kein Fließgewässer mehr auf natürlichem Wege entstehen würde. Auch solche Ewigkeitslasten, für die der Gillbach symbolisch steht, stellen große Herausforderungen dar

**Was erwartest Du von der neuen Bundesregierung, damit Strukturwandel und Transformation gelingen?**

Es ist völlig klar, dass wir den Strukturwandel als Region hier nicht alleine schaffen. Auf der einen Seite ist eine Grundvoraussetzung für gelingenden Strukturwandel ein eigenständiges und evaluierbares regionales Entwicklungskonzept – auch für die Gemeinde Rommerskirchen. Ohne die Unterstützung und die Zusammenarbeit mit dem Land NRW und dem Bund wird Strukturwandel allerdings nicht gelingen. Vertrauen in einen erfolversprechenden Struk-

turwandel entsteht nur dort, wo zukunftsfähige Perspektiven und ein verbindlicher unterstützender Rahmen konkret bestehen. Und dieser Rahmen muss uns als Kommune Investitionen in die Zukunft ermöglichen. Natürlich sind Fördergelder dabei immens wichtig. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die bereits jetzt versprochenen Mittel vor dem Hintergrund der aktuell verkürzten Laufzeit der Braunkohlekraftwerke noch einmal aufgestockt werden müssen. Die Zeit für den Wandel läuft uns zwar davon, mit Geld zuschütten lassen sich allerdings weder die Tagebau-Gruben noch unsere regionalen Herausforderungen.

Die Bundesregierung muss konkret das Rheinische Revier als Sonderwirtschaftszone ausweisen. Denn Planen, Entwickeln, Ansiedeln, Bauen: alles muss zügiger gehen, als in den derzeit gültigen Verfahren, zum Beispiel zur Änderung von Plänen, möglich ist. Wir müssen flexibler werden können. Die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen und –ansiedlungen müssen bürokratieärmer werden. Die Versorgung mit Breitband muss gewährleistet werden und darf nicht vom individuellen Geldbeutel der Menschen abhängen. Übergeordnete Infrastruktur wird benötigt und muss schneller umgesetzt und gesichert werden können. Eine Planungsbeschleunigung für Verkehrsinfrastrukturen wird unerlässlich sein. Ganz konkret ist hier natürlich auch die Landesregierung mit ihren untergeordneten Behörden und Tochterfirmen in die Pflicht zu nehmen. Bundeseinrichtungen – auch im Bereich Bildung und Forschung – müssen mit Priorität im Rheinischen Revier angesiedelt werden. Gerade auch auf der Revierseite im Rhein-Kreis Neuss. Wir kämpfen bislang auch mit dem Problem, dass ein Großteil der zugesagten Fördermittel bloße Illusion ist. Selbst die

Förderverfahren sind geprägt von bürokratischen Hürden, die Förderbedingungen sind oftmals unrealistisch, die genauen Förderzugänge schwer zu erkunden. Die gesamten Verfahren über die verschiedenen Ebenen bis hin zu den bundesdeutschen Förderbehörden sind schwerfällig und viel zu langwierig. Nicht zuletzt halte ich den – erkennbar politisch gewollten – Schwerpunkt der Fördergelder auf wissenschaftlichen Ausführungen und Theorien nicht für zielführend. Forschung, Entwicklung und Raumplanung sind wichtige Pfeiler des Projektes Strukturwandel. Aber die konkreten für die Menschen sichtbaren Projekte der betroffenen Kommunen sind es ebenfalls. Hier gibt es Seitens des Landes und Bundes noch unausgewogene Verhältnisse, die überdacht werden sollten. Insgesamt gilt: auch die Bundesregierung kann und muss unterstützen, Perspektiven zu schaffen, beispielsweise mit einem wirtschafts- und steuerpolitischen Impuls, der die Konjunktur wieder ankurbelt. Denn Innovationskraft auch der Wirtschaft wird die Chance auf einen Erfolg in der Bewältigung des Strukturwandels erhöhen. Wir benötigen große Unterstützung seitens der Bundesregierung bei der Entwicklung zur Zukunftsregion, die nur mit wenig Bürokratie, aber vielen Innovationen erfolgreich sein wird. Es geht nur gemeinsam mit allen politischen Ebenen in Deutschland.

**Wie schätzt Du die Politik der derzeitigen schwarz-gelben NRW-Landesregierung ein? Der ehemalige Ministerpräsident Armin Laschet kommt selber aus deiner Region und sprach zusammen mit seinem Wirtschaftsminister permanent von Entfesselung. Was wollte er entfesseln?**

Das kann ich tatsächlich nicht exakt beantworten, aber ich weiß, was ich unter Entfesselung für das Thema Strukturwandel im

Rheinischen Revier verstehen würde. Wir dürfen hier nicht in eine defensive Position geraten und müssen in allen Entscheidungen für die Region mit einbezogen werden und ist für mich z.B. unabdingbar. Die gesamten Förderprogramme zeichnen sich durch einen hohen bürokratischen Aufwand aus und dauern meines Erachtens viel zu lange, bis endlich auch Unterstützung in die betroffenen Gemeinden fließt. Geplante Infrastrukturprojekte müssen zügig umgesetzt und neue Projekte angestoßen werden. Für Rommerskirchen z.B. gilt das insbesondere für das Thema zusätzliche Wohn- und Gewerbeflächen aber auch ein moderner S-Bahn Anschluss gehört genauso zu einem erfolgreichen Strukturwandel.

Wenn wir also von Entfesselung sprechen, dann geht es vor allen Dingen darum, dass die Kommunen mehr Planungshoheit erhalten, um Entscheidungspotenziale zu entwickeln. Und Entfesselung bedeutet auch, dass der Strukturwandel Einsatz und Mut erfordert. Für das Rheinische Revier ergeben sich unzählige Möglichkeiten, den Strukturwandel anders zu meistern, anders als das Ruhrgebiet, das mit Maßnahmen erst in den 1980er-Jahren begonnen hat. Um hochwertigen Ersatz für entfallende Arbeit zu schaffen gilt es, binnen etwa eines Jahrzehnts neue Industrie- und Gewerbesiedlungen zu realisieren. Und wenn der Braunkohleausstieg jetzt auch noch früher kommen soll, bedarf es hier einer viel größeren Dynamik, als wir sie momentan erleben. Die Umbrüche sind für die Bürgerinnen und Bürger nicht leicht zu verkraften. Veränderungen können auch zur Entwurzelung und zu Zukunftsängsten führen. Warum treten die offensichtlich in Rommerskirchen nicht ein? Dein Wahlergebnis von 88,6% in der letzten Kommunalwahl 2020 zeigen, wie gute sozialdemokratische Politik die Bürgerinnen und

### **Bürger, von Gewerkschaftern bis Unternehmern, erfolgreich sein kann.**

Ich habe das Thema Strukturwandel sehr früh zur Chefsache erklärt. Wir haben in zahlreichen Veranstaltungen sowie bei Diskussionen im Gemeinderat das Thema intensiv bearbeitet und unsere Vorstellungen eines erfolgreichen Strukturwandels deutlich artikuliert. Das sehen die Menschen in Rommerskirchen und verstehen, dass der Strukturwandel auch eine Chance enthält. Eine Chance auf neue Arbeitsplätze, Veränderung und Modernisierung der Infrastruktur sowie Verbesserung der Lebensbedingungen müssen als Chance begriffen werden und natürlich auch umgesetzt werden.

### **Was ist das Sozialdemokratische in Deinem Handeln?**

Der Sozialdemokratie ging es in ihrer Geschichte immer darum, neben den rechtlichen auch die materiellen Voraussetzungen der Freiheit, neben der Gleichheit des Rechts auch die Gleichheit der Teilhabe und der Lebenschance an soziale Gerechtigkeit zu erkämpfen. Ich trete weiterhin dafür ein, dass jeder Mensch, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht, die gleichen Lebenschancen haben muss. Die gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, soziale Sicherheit, Kultur und Demokratie ist unabdingbar für eine freiheitlich demokratische Grundordnung in unserem Land.

### **Wie sehen deine wichtigsten Schritte und Handlungsoptionen für einen erfolgreichen Umbau des Rheinischen Reviers ohne Revier aus?**

Für das Rheinische Revier wird der bevorstehende Strukturwandel mit Wegfall der Kohleverstromung Herausforderungen aber auch Chancen mit sich bringen. Gefragt sind neue Entwicklungsmöglichkeiten für die Städte der Region im anstehenden Wandel. Was viele nicht wissen: Auf Rom-

merskirchener Gemeindegebiet liegen rund zehn Prozent des größten und modernsten deutschen Braunkohlekraftwerks «BoA 2&3 Neurath», außerdem größere «Kraftwerkerweiterungsflächen». Das Rheinische Revier wird in diesem Jahrzehnt von einem massiven Stellenrückgang in der Braunkohleverstromung, im Tagebau und bei den Zulieferfirmen betroffen sein. Für uns ist wichtig, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt. Denn gute Arbeitsplätze bedeuten Wohlstand für uns alle. Deshalb ist es so wichtig, die richtigen Antworten für die Zukunft zu haben.

Uns ist klar, dass wir die gewaltigen Herausforderungen der Zukunft nicht allein in unseren Städten und Gemeinden lösen können, sondern nur gemeinsam. So wird die Zeit nach dem Revier nicht ohne Revier geprägt sein, sondern von einem wesentlich stärkeren und vernetzten Revier als jemals zuvor. Das Engagement im Bereich des Strukturwandels ist für unsere Region enorm wichtig. Da sollen und wollen wir «unser» Rommerskirchen mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften einbringen. Die Entscheidungen aus Berlin zu einem baldigen Kohleausstieg dürfen nicht zu einem Strukturbruch in unserer Region führen. Unser Ziel muss eine erfolgreiche Wirtschaft im Rheinischen Revier auch in den kommenden Jahrzehnten sein. Gute Arbeit bei gutem Lohn, eine starke Wirtschaft und eine hohe Lebensqualität sind das Ziel unserer intensiven Anstrengungen für die Region.

Der Strukturwandel im Rheinischen Revier hat begonnen. Es ist gut, dass das Land und die Kommunen bei der Gestaltung dieses Prozesses Hand in Hand – und über Parteigrenzen hinweg – zusammenarbeiten. Seither bringt sich Rommerskirchen in den verschiedensten Gremien aktiv ein und entwickelt mit seinen beiden Strukturwandel-

managern lokal und regional bedeutsame Ideen. Für die Gründung einer Projektgesellschaft unter dem Namen «Kraftpark Nordrevier», die auf einer ehemaligen Kraftwerks-erweiterungsfläche neben dem Kraftwerk BoA2&3 hoch qualifizierte Arbeitsplätze schaffen soll, hat die Gemeinde nun den zweiten Stern für eine «substanzielle Projektidee» der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) erhalten. Mit der Verleihung des zweiten Sterns sind wir auf dem richtigen Weg, durch innovative Konzepte Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in der Region zu halten. Das Gute ist: Durch das Projekt können Synergien mit den umliegenden Unternehmen – etwa der Aluminiumverarbeitung – geschaffen und zugleich dem Streben nach klima- und umweltfreundlichen Technologien nachgekommen werden. Das stärkt unseren Standort!

Das Rheinische Revier sehe ich auch als «Laborraum für die Landwirtschaft 4.0». Die vor Ort zu findenden Lössböden sind die besten Deutschlands. So kann das hier zu entwickelnde Agro-Business ein überaus realistisches Zukunftsfeld sei. Auch in der Bioökonomie sehe ich hervorragende Chan-

cen für Rommerskirchen und das neue Revier insgesamt. Deutlich ausgebaut werden muss auch die Schieneninfrastruktur, um das Rheinische Revier zum «Europäischen Drehkreuz» zu machen. In all diesen Themen sind wir schon jetzt zuhause und all diese Themen passen genau zu unserer Gemeinde. So schaffen wir es, dass Rommerskirchen zu dem innovativen und vitalen Herz im strukturgewandelten Revier 2.0 wird.

**Stelle Deine drei wichtigsten Forderungen an die SPD in NRW und auf Bundesebene vor, damit deine Aktivitäten Unterstützung bekommen?**

1.) Einsatz für den Abbau der Bürokratie bei allen Förderprogrammen, die den Strukturwandel unterstützen sollen.

2.) Die betroffenen Kommunen brauchen ein direktes Mitspracherecht in allen Gremien, Kommissionen und Institutionen, in denen wichtige Entscheidungen zum Thema Strukturwandel getroffen werden.

3.) Es ist wichtig, dass man den Strukturwandel als ein interdisziplinäres und verschiedene Politikbereiche betreffendes Thema versteht. ■

Arno Brandt

## Umstrittene Rosa – Eine Entgegnung

2021 war das 150. Geburtsjahr von Rosa Luxemburg und damit noch einmal eine Gelegenheit, über Rosa Luxemburg und ihr Wirken in der Sozialdemokratie nachzudenken. Mir geht es an dieser Stelle nicht darum, noch einmal ihr gesamtes Lebenswerk zu würdigen; dies ist an anderer Stelle in einer fast unübersichtlichen Vielfalt unterschiedlichster Monografien und Bibliografien anlässlich ihres 100sten Todestages und ihres 150sten Geburtstages bereits geschehen. Ich habe mir auch kein abschließendes Bild von Rosa Luxemburg gemacht, weder was ihr Selbstverständnis als demokratische Sozialistin, noch was die Bedeutung ihrer theoretischen Arbeiten betrifft, auch wenn ich der Auffassung bin, dass Bernstein in der Reformismusdebatte am Ende die besseren Argumente hatte. Sicher ist nur, dass sie ein «kurzes Leben» (Walter Jens) hatte, das durch rechtsradikale Freikorps, höchstwahrscheinlich unter Duldung des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske, beendet wurde<sup>1</sup>.

Mir liegt an dieser Stelle nur daran, dem vernichtenden Urteil von Klaus Wettig («als

Erinnerungsfigur taugt Rosa Luxemburg daher nicht») entgegenzutreten, der in seinem Beitrag: Rosa Luxemburg: «Ich bin, ich war, ich werde sein» in den *perspektivends*<sup>2</sup> anlässlich ihres Geburtstages sowohl ihre Integrität als Demokratin als auch als Theoretikerin grundsätzlich in Frage stellt. Klaus Wettig räumt selbst ein, dass es sich bei seinen Feststellungen um «spekulative Geschichtsschreibung» handelt<sup>3</sup>, aber selbst dann wäre von ihm zu erwarten gewesen, dass er seine Behauptungen mit Quellen belegt. So behauptet Wettig, dass sich der Satz über die «Freiheit der Andersdenkenden» aus Rosa Luxemburgs Oktoberrevolutionsschrift sich nur auf die innerparteiliche Demokratie in einer sozialistischen Partei bezieht<sup>4</sup>. In der gleichen Schrift heißt es aber auch: «Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstickt das Leben in jeder öffentlichen Institution.»<sup>5</sup> Freie Wahlen, Mehrparteiensystem, uneingeschränkte geistige Freiheit und rechtsstaatliche Sicherung auf der Grundlage «geschriebener Gesetze» bilden für Rosa Luxemburg die Basis einer sozialistischen Demokratie. So fasst Klaus Wettigs früherer Mitstreiter Peter von Oertzen das rechtsstaatliche Verständ-

1 Heinrich August Winkler, ansonsten ein scharfer Kritiker Rosa Luxemburgs, stellt dazu fest: «Der sozialdemokratische Abgeordnete Gustav Noske, der nach dem Ausscheiden der USPD in den Rat der Volksbeauftragten eingetreten und dort für den Militärbereich zuständig war, hatte den rechten Gruppen weitgehend freie Hand gelassen: eine Chance, von der die Freikorpskämpfer mit äußerster Brutalität Gebrauch machten.» (Winkler, H.A. (2018): Pflicht und Schuldigkeit. 9. November 2018. Seit hundert Jahren gibt es eine deutsche Republik, in: FAZ, 05.11.2018.

2 Wettig, K. (2019): Rosa Luxemburg: «Ich bin, ich war, ich werde sein», in: *perspektivends*, 1/2019, S. 154–157.

3 Ebenda, S. 157.

4 Ebenda, S. 156.

5 Rosa Luxemburg, R. (1983): *Zur russischen Revolution*, Bd. 4. Gesammelte Werke, Berlin, S. 332 ff.

nis von Freiheit bei Rosa Luxemburg zusammen<sup>6</sup>.

Ein weiteres vernichtendes Urteil trifft Klaus Wettig über das theoretische Hauptwerk von Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals<sup>7</sup>. «Nennenswert ist heute (...) aus diesem Text nichts. Die Analyse ist überholt,...». Das kann man so sehen, zumal Luxemburgs Akkumulationstheorie nicht ohne systematische Fehler war, dieses Urteil scheint aber mit den tatsächlichen Realitäten sozialwissenschaftlicher Theoriebildung kaum in Einklang zu stehen. Für die ökonomische Theorie, vor allem für die herrschende Lehre, trifft dieses Urteil noch am ehesten zu. In keinem dieser Lehrbücher taucht – soweit ich erkennen kann – Luxemburgs Name auf. Dies geht im übrigen anderen bedeutenden Ökonom:innen, die nicht der herrschenden Lehre entsprechen, nicht wesentlich anders. Joan Robinson, Hyman Minsky, Albert O. Hirschman oder Josef Hilferding sind zumindest aus den Lehrbüchern deutscher Ökonom:innen verbannt und offenbar auch nicht «nennenswert». Aber bei genauerer Betrachtung liegen die Dinge auch hier anders. So gilt der polnische Ökonom Michael Kalecki (1899–1970) vor allem im angelsächsischen Sprachraum als ein Ökonom, der John M. Keynes Grundgedanken in der General Theory vorwegnahm und unter anderem von Rosa Luxemburg inspiriert wurde<sup>8</sup>. Für Kalecki war

Luxemburgs «Akkumulation des Kapitals» ein bemerkenswerter Beitrag zur Entwicklung der Theorie der effektiven Nachfrage, die später John M. Keynes berühmt machen sollte. Vor allem Luxemburgs Theorie der «externen Landnahme» (externe Märkte) und die Rolle des Staates, z. B. mit Rüstungsaufträgen externe Märkte zu schaffen, war für Kalecki richtungsweisend<sup>9</sup>. Für den polnisch-österreichischen Ökonomen und Mitbegründer der postkeynesianischen Theorie Kazimierz Laski (1921–2015) kann Rosa Luxemburg trotz all ihrer theoretischen Fehler als Vorläuferin der Theorie der effektiven Nachfrage gelten: «Ihre Intention führte sie jedoch in die richtige Richtung, weil dem Kapitalismus tatsächlich eine Tendenz zur Überproduktion innewohnt und das System in der Tat nachfragebestimmt ist. In diesem Sinne gilt Rosa Luxemburg als die Vorläuferin der modernen Theorie der effektiven Nachfrage»<sup>10</sup>.

Wenn wir den Blick noch etwas weiten und ihn auf die soziologische Theorie ausdehnen, bleibt von Klaus Wettigs Urteil, dass an dem Hauptwerk Rosa Luxemburgs nichts nennenswert sei, nichts mehr übrig. Mit der Theorie der Landnahme geht es Luxemburg um die Rolle der nichtkapitalistischen Milieus und ihr Beitrag zur Wachstumsdynamik der kapitalistischen Entwicklung. Aus ihrer Sicht ist der Kapitalismus auf das Prinzip der (externen) Landnahme existenz-

6 Oertzen, Peter, von (2004): Karl Marx und das Recht auf freie Assoziation der Individuen, in: Oertzen, Peter, von: *Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft*, Hrsg. von Buckmiller, M. / Kreditis, G. / Vester, M., Hannover, S. 116.

7 Luxemburg, R. (1967): *Die Akkumulation des Kapitals*, Nachdruck, Amsterdam.

8 Kalecki, M. (1987): *Krise und Prosperität im Kapitalismus, Ausgewählte Schriften 1933–1971*, Marburg.

9 Ebenda, S. 289 f., Zu erwähnen ist an dieser Stelle auch, dass Luxemburgs Theorie der Landnahme auch bei dem international wohl am meisten rezipierten Wirtschaftsgeographen David Harvey eine herausragende Rolle spielt (Harvey, D. (2001): *Spaces of Capital, Towards a Critical Geography*, Edinburgh).

10 Laski, K. (1987): Einleitung, in: Kalecki, M. (1987): *Krise und Prosperität im Kapitalismus, Ausgewählte Schriften 1933–1971*, Marburg, S. 28.

tenziell angewiesen und gewinnt durch den Austausch kapitalistischer und nichtkapitalistischer Wirtschaftsbereiche überhaupt erst an Dynamik<sup>11</sup>. Diese Argumentationsfigur der externen und internen Landnahme haben Autoren wie Klaus Dörre und Burkart Lutz immer wieder in ihren Arbeiten aufgegriffen<sup>12</sup>. In dem kongenialen Werk von Burkart Lutz «Der kurze Traum immerwährender Prosperität» ist Luxemburgs Konzept der Landnahme nicht-kapitalistischer Milieus für industriell -kapitalistischen Wach-

tums sogar eine der Hauptachsen seines Analyserahmens<sup>13</sup>. Für Lutz bildet der von Rosa Luxemburg «freigelegte Mechanismus industriell-marktwirtschaftlicher Expansion mit der ihm eigentümlichen Janusgestalt von Wohlstandsmehrung» und die «völlige Gleichgültigkeit gegenüber den zerstörerischen Folgen dieser Expansion einen zentralen Ansatzpunkt für die Ausarbeitung seiner Theorie diskontinuierlicher Entwicklung im Kapitalismus<sup>14</sup>.

Es kann also kaum die Rede davon sein, dass die Theorien Rosa Luxemburgs uns nichts mehr zu sagen hätten. Vor allem wenn sie kritisch gewendet und von ihrer verengten Perspektive der Zusammenbruchstheorie befreit werden, liefern sie ein anregendes Material für die Analyse der Entwicklungsbedingungen kapitalistischer Gesellschaften. Und wer Luxemburg kritisch liest, kann auch zu der Überzeugung gelangen, dass sie eben doch als Erinnerungsfigur taugt. ■

- 11 Krätke, M. (2021): Die Aktualität der Rosa Luxemburg, in: Krätke, M. / Reinhardt, M. / Scholle, TH. / Stache, St.: *SPD-Linke zwischen Revolution, linken Bewegungen und radikalem Reformismus. Linker Aufbruch on Geschichte und Biographien*, Dortmund/Baden-Baden, S. 91 ff., Dörre, K. (2018): Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, in: Bocker, M.: *Geschichte des politischen Denkens. Das 20. Jahrhundert*, Berlin, S. 80 ff.
- 12 Dörre, K. (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: Ders. / Lessenich, St. / Rosa, H.: *Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt. Lutz, B. (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt a. M.

13 Ebenda, S. 57 ff.

14 Ebenda, S. 61.

## Warum der «Mitte-Rutsch» der SPD richtig war

### Antworten an Hagen Weiler

Hagen Weiler, offenbar angeregt (oder provoziert?) von meinem Aufsatz über das Dilemma der SPD im parlamentarischen Regierungssystem<sup>1</sup>, hat mir im letzten Heft ein paar Fragen gestellt<sup>2</sup>. Hier meine Antworten:

- Frage 1: Welche Ziele waren für die Sozialdemokratie unerreichbar? Aus welchen inhaltlichen Gründen hätten langfristig keine sog. einfachen Gesetzgebungs-mehrheiten zur Umsetzung von Art 14 (2), 15 (1), 20 (1) gesucht werden sollen?

Viktor Agartz, nach 1946 führender SPD-Wirtschaftspolitiker und von 1948 bis 1955 Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI), hatte in seiner berühmten Rede auf dem SPD-Parteitag 1946 folgende Anforderungen an eine sozialistische Planwirtschaft gestellt:<sup>3</sup>

- a) Die Befriedigung der Elementar-Bedürfnisse aller Mitglieder des Staates ist in der Rangfolge ihrer naturgegebenen Dringlichkeit sicherzustellen.

- 1 Hermann Adam: Der Weg an die Macht und ihr Verlust. Das Dilemma der SPD im parlamentarischen Regierungssystem, in: *perspektivends*, Heft 1/2020, S. 122 ff.
- 2 Hagen Weiler: Die SPD ohne «Demokratischen Sozialismus» weiter in einer «Großen Koalition»? Fragen an Hermann Adam, in: *perspektivends*, Heft 1/2021, S. 216 ff.
- 3 Viktor Agartz: *Sozialistische Wirtschaftspolitik*, Protokoll der Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover, Hamburg 1947, S. 118.

- b) Jedem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mitglied muss jederzeit eine Arbeitsmöglichkeit eröffnet werden.
- c) Grundsätzlich ist die freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes ein unabdingbarer Bestandteil der ökonomischen Freiheit jedes einzelnen Menschen.
- d) Ein Anteil am gesamten Sozialprodukt kann zukünftig ohne produktive Gegenleistung nur dem noch nicht oder nicht mehr Arbeitsfähigen gewährt werden.

Alle vier Anforderungen, die Agartz mit einer demokratisch-sozialistischen Planwirtschaft angestrebt hatte, waren Ende der 1950er-Jahre mit der sozialen Marktwirtschaft Realität geworden. Die realen Nettoeinkommen der Arbeitnehmer hatten sich von 1950 bis 1960 nach Abzug der Inflationsrate um 68 Prozent verbessert. Damit waren die Elementarbedürfnisse aller befriedigt. Die anfangs noch hohe Arbeitslosigkeit war beseitigt, mit einer Arbeitslosenquote von nur einem Prozent war 1960 die Vollbeschäftigung erreicht. Mit der Rentenreform von 1957, der auch die SPD zugestimmt hatte, wurden die Renten um rund 70 Prozent angehoben und fortan an die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer gekoppelt (dynamische Rente). Es bestand überhaupt keine Notwendigkeit, die Schlüsselindustrien zu verstaatlichen und dafür eine Mehrheit zu suchen, weil es allen besser ging als zu Zeiten der Weimarer Republik.

- Frage 2: Hätte sie 1959 tatsächlich ihre «demokratisch-sozialistische» Alternative nicht weiter in Anspruch nehmen können?

Wozu? Aus drei verlorenen Wahlen (1949, 1953 und 1957) muss eine Partei doch lernen. Als Adenauer nach der Wahl 1957 sogar mit absoluter Mehrheit regierte, wurde es höchste Zeit, die alten sozialistischen Vorstellungen von einer Planwirtschaft mit verstaatlichten Unternehmen über Bord zu werfen, weil die Wähler dafür aus gutem Grund nicht zu gewinnen waren (und es auch heute nicht sind). Zudem hatten die CDU-geführten Bundesregierungen keineswegs alles nur dem Markt überlassen, sondern teilweise ganz massiv die Wirtschaft gelenkt, z.B. mit dem Investitionshilfegesetz von 1952. Einige Unternehmensverbände empfanden das damals als einen derart gravierenden staatlichen Eingriff in die Marktwirtschaft, dass sie das Bundesverfassungsgericht anriefen. Dieses erklärte das Gesetz jedoch für verfassungsgemäß.<sup>4</sup>

- Frage 3: Welchen Frieden mit der «sozialen Marktwirtschaft» hätte sie letztlich auch mit dem Kapitalismus schließen müssen?

Die SPD hat mit dem Godesberger Programm von 1959 mit dem Kapitalismus und der spezifisch deutschen Variante, der sozialen Marktwirtschaft, ihren Frieden geschlossen. Norbert Walter-Borjans hat es vor kurzem unmissverständlich und in Ab-

grenzung zur LINKEN-Vorsitzenden Janine Wissler bei Anne Will nochmal bekräftigt: «Die SPD steht ganz klar auf dem Boden der Marktwirtschaft.»<sup>5</sup>

Weil die SPD in der ersten großen Koalition 1966 mit Karl Schiller einen Wirtschaftsminister stellte, der überzeugter Marktwirtschaftler war, fassten genügend Wähler Vertrauen in die Partei, und es gelang ihr, erstmals bei der Bundestagswahl 1969 die 40-Prozent-Marke zu überspringen und Willy Brandt zum Kanzler zu wählen. Karl Schiller bezeichnete die von ihm umgesetzte Globalsteuerung als zweite Phase und nicht als Überwindung der sozialen Marktwirtschaft. Trotz grundsätzlicher Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft kritisiert die SPD aber zu Recht Auswüchse des Kapitalismus wie etwa Helmut Schmidt den Raubtierkapitalismus oder Franz Müntefering die Praxis mancher «Heuschrecken» (Private-Equity-Gesellschaften).

- Frage 4: Warum hätte sie sich auf Ludwig Erhards Rhetorik einlassen sollen: «Wohlstand für alle, aber Maßhalten bei gewerkschaftlichen Lohnforderungen?»

Das hat sie doch gar nicht! Im Gegenteil, sie hat die Maßhalteappelle Ludwig Erhards zu Recht heftig kritisiert, und die Gewerkschaften haben in den Vollbeschäftigungsjahren von 1960 bis zur ersten Ölkrise 1973 mit ihrer Lohnpolitik die Lohnquote und damit den Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen gesteigert.<sup>6</sup> Das

4 Zum Investitionshilfegesetz und anderen, eher planwirtschaftlichen Maßnahmen der CDU-geführten Bundesregierungen der 1950er-Jahre siehe Hermann Adam: Von der sozialen Marktwirtschaft zum Finanzmarktkapitalismus. In kleinen Schritten zum amerikanischen Gesellschaftsmodell? in: *perspektivends*, Heft 1/2009, S. 134 ff.

5 ARD-Sendung ANNE WILL am 5.9.2021, 58. Minute, abrufbar unter: Mindestlohn, Reichensteuer, Schuldenbremse – Steht Deutschland vor einer Richtungs-wahl?. Das Erste – ANNE WILL – Videos (ndr.de)

6 Vgl. Hermann Adam: Paradigmenwechsel in der Ökonomie: Mehr Gleichheit von Einkommen und Vermögen – ökonomisch machbar und politisch notwendig, in: *perspektivends*, Heft 1/2015, S. 144.

zeigt, wie eine Umverteilung innerhalb der sozialen Marktwirtschaft möglich ist, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen.

- Frage 5: Gab sie (nach dem Tod des ersten Vorsitzenden Kurt Schumacher 1952) nicht durch ihren stellvertretenden Vorsitzenden Herbert Wehner ihren personellen Autoritätsanspruch auf, ihre demokratisch sozialistische Opposition im Bundestag durchzuhalten?

Demokratisch-sozialistische Opposition im Bundestag ist kein Selbstzweck, zumal die Bundesrepublik – wie aufgezeigt – mit der sozialen Marktwirtschaft «gut gefahren» ist. Oberstes Ziel einer Partei muss es sein, Wahlen zu gewinnen und die Regierung zu stellen. Das hat Herbert Wehner erreicht, indem er sich für das Godesberger Programm und die Abkehr vom Marxismus eingesetzt, die Bundestagsfraktion in den 1970er-Jahren zusammengehalten und so die 13 Jahre sozial-liberale Koalition ermöglicht hat. Dafür verdient er Anerkennung. ■

## «Verfall des Gemeinsinns!» «Jugend kennt keine Tugend!» Und an allem ist nur der Individualismus schuld? Versuch einer Klärung

Ich werde im Folgenden in acht thesenhaft zugespitzten Abschnitten den Versuch machen, zu klären, was an der Klage über den Werteverfall insbesondere bei Jugend dran ist. Ich beginne mit einigen historisch-systematischen Begriffsklärungen, mache ein paar Andeutungen zur spezifisch deutschen geistesgeschichtlichen Tradition, nehme dann Bezug auf einige jüngere Untersuchungen zum Thema und nähere mich schließlich einer (vorläufig) abschließenden Bewertung.

### I.

Das Individuum als emphatischer Wertbegriff ist, wie wir spätestens seit Volker Gerhards Studie *Individualität. Das Element*

*der Welt* (München 2000) wissen, fast so alt wie die Philosophie selbst. Wenn es dennoch oft als eine Erfindung der Neuzeit, genauer der Renaissance, angesehen wird, so liegt das vor allem daran, dass die frühen Ansätze in der griechischen Antike, im Judentum und im Christentum vorübergehend in Vergessenheit gerieten. Erst in der Neuzeit wird Individualität allmählich zur allgemeinen Leitvorstellung, sodass nun immer mehr Menschen sich selbst, ihre eigenen Antriebe, Wünsche, Einsichten zum Ausgangspunkt der denkenden und handelnden Bewältigung der Welt und des Lebens nehmen. Es ist dies die geistige Basis, von der her zunehmend die Ansprüche traditionaler Gesellschaften, die Unterordnung unter Hierarchien der Macht und des

Wissens in Frage gestellt werden. Emanzipation und Aufklärung, der «Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit» (Kant) sind die Folgen dieses Perspektivenwechsels.

Stand, Geschlecht, Rasse werden hinfort nicht mehr als schicksalhafte Lebensdeterminanten mitsamt ihren sozialen Statuszuweisungen einfach hingenommen. Während noch in der Hochscholastik, etwa bei Thomas von Aquin, das menschliche Individuum ausschließlich wegen seines Personseins, d. h. als ein zu moralisch verantwortlichem Handeln befähigtes Wesen, aus der übrigen Natur herausgehoben wird (*Summa theologica* I, 29, 3) und auch in der Reformation die Individualisierung noch weitgehend auf das Ich als Instanz moralischer und religiöser Entscheidungen beschränkt blieb, werden in der Folgezeit auch die Naturkräfte des Menschen, die je besondere Mischung aus geistigen und körperlichen Merkmalen und Anlagen, zum Wert an sich erklärt. Nicht mehr nur die *Person*, sondern die *Persönlichkeit* als Inbegriff spezifischer Charaktereigenschaften, schließlich auch das Individuum als leibhaftiger, in Fleisch und Blut existierender Mensch wird nun zum Selbstzweck, vor dem sich alle Ordnung rechtfertigen muss.

## II.

Mit der Aufwertung des Individuums ändern sich in Europa und Nordamerika, später auch in anderen Teilen der Welt, die ethischen, moralischen und religiösen Wertvorstellungen und die rechtlichen Normen grundlegend. Bei den Vätern der amerikanischen Verfassung ohnehin, aber auch dort, wo die Emanzipation des Individuums historisch zunächst die Form der kollekti-

ven Emanzipation des *Dritten Standes* annimmt, sind die modernen Menschen- und Bürgerrechte, die in diesem revolutionären Akt geboren werden, von Anfang an als Individualrechte, als Abwehrrechte gegen den Staat (auch gegen die Kirche) konzipiert. Aus den alten Freiheiten im Plural, die als Gruppenrechte oder Standesrechte verstanden wurden, entwickelte sich die Freiheit im Singular. Der Bürger im Sinne des französischen *bourgeois*, der sich im revolutionären Prozess zum *citoyen* wandelt, ist in gewisser Weise die Urform des modernen freien Individuums.

In der Folge wird die Bürgerfreiheit entsprechend dem ihr innewohnenden universalen Versprechen generalisiert: aus der Freiheit des männlichen Besitzbürgers wird im Laufe der Entwicklung auch die Freiheit der Arbeiter, der Frauen, schließlich sogar der unterdrückten und kolonialisierten nichteuropäischen Völker. Immer neue Gruppen klagen bis heute, sich auf das universelle Freiheitsversprechen der bürgerlichen Revolution berufend, ihre *natürlichen* Menschen- und Bürgerrechte ein. In diesem Punkt scheint die Dynamik der Aufklärung ungebrochen zu sein.

## III.

Kein Wunder, dass sich die Individualisierung im neuzeitlichen Europa dem rückblickenden Betrachter zumeist als Erfolgsstory darstellt. Unaufhaltsam, so scheint es, setzt sich dieser säkulare Trend auch dort durch, wo die bürgerlich-europäische Geistestradiation nicht heimisch ist oder bewusst unterbrochen wurde, zuletzt noch einmal in einem großen Sprung im *annus mirabilis 1989*. Aber bei genauerem Zusehen erweist sich der Prozess keineswegs als so gerad-

linig und widerspruchsfrei, wie er auf den ersten Blick erscheinen mag. Das Anschwellen fundamentalistischer und ethnisch-nationalistischer Bewegungen beweist, dass es Gegentrends gibt. Gerade im individualistischen Europa haben wir im vergangenen Jahrhundert die schlimmsten Auswüchse von Kollektivismus und Rassenwahn erlebt, kennen wir die selbstverschuldete Unmündigkeit gedankenlosen Funktionärstums, autoritäre Hierarchien in Parteien, Verwaltungen, Unternehmen und Kirchen.

Neben der Lust an der Selbstverwirklichung gibt es offenbar auch eine Lust an der Unterwerfung. Vielleicht ist es auch die Angst davor, auf sich allein gestellt sein Leben meistern zu müssen, die uns die Unterwerfung unter einen fremden Willen attraktiv erscheinen lässt. Denn die Befreiung des Individuums bedeutet auch immer einen Schritt in ungewisses Terrain, wer mündig sein will, muß sich von vertrauten Gewissheiten lossagen, und mit dem Abstreifen der Fesseln zerreißen nicht selten auch jene Bindungen, die für uns Wärme und Geborgenheit bedeuten. Individualisierung kann als Vereinzelnung gelesen und empfunden werden, und existenzielle Heimatlosigkeit kann den Wunsch nach erneuter Einordnung auch um den Preis der Unterwerfung übermächtig werden lassen. Der Zulauf, den manche Sekten seit Jahren verzeichnen, beweist, in welchem Maße dies auch heute gilt.

#### IV.

In der Debatte um den angeblichen Verfall des Gemeinsinns werden Individualismus und gesellschaftszerstörender Egoismus oft gleichgesetzt. Das moderne Individuum wird als der allzeit nichts als seinen eige-

nen (materiellen) Vorteil verfolgende Rationalist gedeutet, gegen dessen natürliche Neigungen mit allen politisch-justiziellen und pädagogischen Mitteln das unerlässliche Minimum an Gemeinwohlorientierung mühsam durchgesetzt werden müsse.

Gerade in Deutschland hat diese Betrachtungsweise eine lange und ehrwürdige Tradition, die in dem Dualismus von Neigung und Pflicht wurzelt, der in der Kantischen Ethik in exemplarischer Schärfe herausgearbeitet worden ist. Das Moralische und das Soziale erscheint in dieser Perspektive als etwas, das grundsätzlich gegen die natürlichen Neigungen des Individuums durchgesetzt werden muss. Dass das Individuum auch soziale Neigungen kennt, dass es sogar Spaß machen kann, anderen zu helfen, etwas für die Gemeinschaft Nützliches zu tun, dass die anderen Menschen für das Individuum nicht nur Konkurrenten um knappe Ressourcen und damit eine Gefahr oder eine Belastung darstellen, sondern auch eine Quelle der Freude und der Bereicherung sein können, das bleibt dabei außer Betracht.

Dieses heute verbreitete Missverständnis des Individualismus beruht darauf, dass zwei in der Moderne auftretende konkurrierende Formen der Radikalisierung des Individualismus für das Wesen des Individualismus selbst genommen werden. Ihnen liegen jeweils einseitig verzerrte und damit unrealistische Menschenbilder zugrunde. Es sind dies: 1. der vor allem in der angelsächsischen Welt parallel zum Aufstieg des Kapitalismus früh in den Vordergrund tretende *hedonistisch-utilitaristische* Individualismus, der das Ich zum Ort rationaler Lust/Unlust-Kalküle versimpelt, und 2. der besonders in Deutschland zu Ansehen gelangte *romantische* Individualismus, der, von der Einmaligkeit und Unergründlichkeit des

Selbst ausgehend, das Leben des Individuums als Abenteuer der Ich-Findung begreift und inszeniert. Beide Radikalisierungen des Individualismus sind in der Tat mit Solidarität und Gemeinsinn schwer vereinbar.

Der hedonistische Individualismus führt in der Regel dazu, dass der andere nur als Konkurrent um knappe Ressourcen oder als bloßes Mittel zu meinem Lustgewinn aufgefasst wird, sodass menschliche Beziehungen zu einem Null-Summen-Spiel gerinnen, bei dem der eine nur gewinnen kann, was der andere verliert. Wo der romantische Individualismus prägend wird, entwickelt sich in der Regel eine welt- und gesellschaftsabgewandte Selbstbezüglichkeit, der der andere immer nur als Agent der Überfremdung erscheint, die in jeder Betonung von Gemeinsamkeiten und gesellschaftlicher Verantwortung nur das eigene Ich kolonialisierende Uneigentlichkeit zu erkennen vermag.

## V.

Wer die radikalisierenden Fehlentwicklungen des Individualismus für das Ganze des Individualismus nimmt, gerät angesichts ihrer unbestreitbar gesellschaftszerstörerischen Folgen leicht in das Fahrwasser eines autoritären Antiindividualismus. Dabei wird übersehen, dass die flagranteste Verweigerung von Solidarität, die nachhaltigste Zerstörung der Gesellschaft auf das Konto von Bewegungen geht, die sich in Abkehr von der neuzeitlichen Individualisierung dem Kollektivismus und der rigiden Gruppenmoral der *Gang*, der *Nation*, der *Rasse*, der *Partei* unterwerfen, denen die Menschenrechte zu Sonderrechten der eigenen Gruppe schrumpfen und die, statt dem Individuum Verantwortung zuzumuten, ihm gestatten,

sich hinter einem *Wir* zu verstecken. Dass es dies auch heute wieder gibt, kann man in der berüchtigten Rede nachlesen, die der CDU-Abgeordnete Martin Hohmann zum Tag der deutschen Einheit gehalten hat. Das von ihm propagierte *Wir-Denken* führt ihn umstandslos zur Gleichsetzung von Hitler mit Napoleon und den KZ-Schergen mit den Bolschewiki und zur Verunglimpfung der Juden als *Tätervolk*.

Vor solcher antiindividualistischen Regression kann eine realistische Deutung des Individualismus bewahren. Zunächst: Solidarität ist nicht Kollektivismus. Solidarität setzt im Gegenteil das Individuum als bewusst und selbstständig handelnde Person voraus, sie ist ihrer Möglichkeit und Notwendigkeit nach ein Produkt der neuzeitlichen Entwicklung und damit von der Individualisierungstendenz gar nicht zu trennen. In anderen Worten: Solidarität ist der Name für jene Bindekräfte der Gesellschaft, die erforderlich und möglich werden, wenn im Zuge der modernen Individualisierung die traditionellen autoritären Ligaturen zerbrechen. Solidarität ist ein Akt bewusster Mitmenschlichkeit, der auf der realistischen Einsicht beruht, dass wir als Individuen aufeinander angewiesen sind; sie leugnet nicht ihre affektive Grundlage im Gefühl der Zusammengehörigkeit, bleibt aber nicht beim Gefühlsausdruck stehen, sondern mündet ein in bewusstes, sich seiner Voraussetzungen und Ziele vergewisserndes Handeln.

Das ichstarke, zu autonomem Handeln befähigte Individuum, das die Moderne zum Ideal erhebt, entsteht weder in Verhältnissen kollektivistischer Ein- und Unterordnung noch in der Isolierung von anderen Menschen. Vielmehr kann sich eine ichstarke Individualität nur bei Menschen entwickeln, die in stabilen kleingemeinschaftlichen Sozialbeziehungen aufwach-

sen und sich auch später den Ansprüchen und Widersprüchen ihrer Mitmenschen stellen. Die Sozialnatur des Menschen steht nicht im Gegensatz zu seiner Individualität, sondern ist ihr Nährboden.

## VI.

Die immer wieder aufgetischte Behauptung, dass es bei den Menschen unserer Gesellschaft, vor allem in der Jugend, einen rasanten Verfall an Gemeinwohlorientierung und Solidaritätsbereitschaft gebe, lässt sich im übrigen empirisch nicht bestätigen. Zwar treten Gemeinschaftlichkeit und ziel- und wertgerichtete Kooperation oft nicht mehr in den gewohnten Formen und Strukturen auf, aber dies bedeutet keineswegs, dass es so etwas immer seltener gibt. Gemeinschaftsbezogenes Handeln tritt heute oft in anderem Gewand, an anderen Orten, mit anderen Begleiterscheinungen (auch der Selbstinterpretation) zutage, und wir müssen vielfach erst wieder lernen, es als solches zu erkennen. Die Untersuchungen von Hondrich und Koch-Arzberger, von Helmut Klages, von Rosenblatt und Picot, Yankelevich und Zoll und vielen anderen belegen, dass es einen signifikanten Schwund sozialen Engagements, insbesondere in der Jugend, nicht gibt.

Was manche Moralisten so leicht an den Menschen verzweifeln lässt, ist, dass sie die Verkleidungen und Maskierungen des Guten nicht zu durchschauen vermögen. Der Soziologe Robert Bellah hat zusammen mit anderen Autoren schon in den 1980er-Jahren eine Studie veröffentlicht, die in diesem Zusammenhang aufschlussreich ist: *Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft (Köln 1987)*. In diesem Buch wei-

sen Bellah und seine Koautoren u. a. nach, dass Reden und Tun, Rhetorik und Alltags Handeln sehr weit auseinanderfallen können. In einer großen Zahl von Interviews vor allem mit jüngeren Amerikanern stellte sich heraus, dass diese im Alltag vielfach zu erstaunlichen Akten der Solidarität imstande waren. Wenn sie aber darüber befragt wurden, warum sie sich so rührend um den hilfälligen Vater, den kranken Freund, die verwirrte Nachbarin oder die behinderte Ehefrau kümmerten, dann bemühten sie sich krampfhaft, in der ökonomistischen Sprache der Kosten-Nutzen-Analyse dafür individuelle egoistische Gründe anzugeben, weil ihnen im Amerika der Reagan-Ära offenbar keine andere akzeptierte Sprache zur Verfügung stand.

Ich nehme an, dass die gerade heute in Deutschland wieder so oft zu hörenden Klagen über die Jugend, die angeblich nur noch ihr egoistisches Vergnügen im Sinn habe und zu keinerlei sozialem Engagement mehr bereit sei, zu einem erheblichen Teil auf ähnlichen Problemen der Verständigung beruhen. Im Gegensatz zu dem, was missmutige ältere Herrschaften seit Platons Zeiten der Jugend nachsagen, kann man ziemlich sicher davon ausgehen, dass sie heute nicht unmoralischer ist als in früheren Zeiten. Überhaupt kann man sich, wenn es darauf ankommt, auf die moralischen Intuitionen und sozialen Neigungen der meisten Menschen durchaus verlassen. Daß sie nicht immer ihren sozialen Impulsen folgen oder erst einmal abwarten, wie sich die anderen verhalten, ach ja, das weiß ich auch. Dennoch: Mich hat das Maß an Solidarität, das z. B. anlässlich der Flutkatastrophe im Sommer 2021 zum Vorschein kam, nicht überrascht.

Vielleicht liegt es daran, dass ich zunächst in der holländischen Provinz Friesland und

dann im Norden Deutschlands aufgewachsen bin. Wenn man sich mit den in diesen Gegenden lebenden wortkargen Menschen unterhält, wird man kaum eine Vorstellung davon bekommen, wie selbstverständlich es für sie oft ist, sich um die Nachbarn zu kümmern, wenn sie in Not sind, Hilfsbedürftigen beizuspringen, auch wenn dies nicht unerhebliche Opfer bedeutet. Es gehört sich hier nicht, dass man darüber viele Worte verliert. Fast könnte man sagen: Wenn sie schon Gutes tun, dann möchten sie nicht auch noch dabei erwischt werden. Oder nehmen Sie als Beispiel die Menschen, die Graham Swift in seinem großartigen Roman *Letzte Runde* schildert: eine Clique raubeiniger Kumpel, die sich Abend für Abend in einer Kneipe treffen, flapsige Bemerkungen austauschen und gelegentlich ein bisschen zu viel trinken, die aber, als einer der Ihren stirbt, auf verschlüsselte Weise eine Menschlichkeit und Solidarität offenbaren, die man ihnen, wenn man sie nur *beim Wort nähme*, nie zugetraut hätte.

## VII.

Das Verfehlt an der gegenwärtigen Diskussion um den angeblichen Verfall von Gemeinsinn und Solidarität ist vor allem, dass der Blick immer nur auf die Subjektseite gerichtet ist. Aber Appelle bewirken wenig, wo die dominante wissenschaftlich-technisch-ökonomische Entwicklung die Menschen in die entgegengesetzte Richtung nötigt. Viel wichtiger wäre es, die objektiven gesellschaftlichen Entwicklungen genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn in der Tat kann man mit einem gewissen Recht sagen, dass die kapitalistische Gesellschaft den Trend zur Radikalisierung des Individualismus erzeugt oder zumindest fördert – und damit

auch die Widersprüche und Probleme, die sich daraus ergeben.

Unsere moderne Konsumgesellschaft kann offenbar ohne den ständigen Appell an den Hedonismus des einzelnen nicht auskommen. Gesteigerte Mobilitäts- und Flexibilisierungsanforderungen drohen die Reste funktionierender Gemeinschaftsstrukturen zu zerstören und bringen immer mehr Single-Existenzen hervor, so dass am Ende die sozialen Räume und die Gelegenheiten fehlen könnten, in denen sich menschliche Solidarität entwickeln und entfalten kann. Diese gesellschaftlichen Prozesse und nicht der angeblich so gefährliche Individualismus sind das Problem. Der nomadische Single ist zwar als hoch mobiler Arbeitnehmer und als Konsument für die moderne kapitalistische Ökonomie geradezu ideal. Aber ihm fehlt das Feld, auf dem Verantwortung und Gemeinsinn sich immer noch am besten einüben lassen: in der engen und auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft mit anderen, insbesondere mit Kindern.

Dass die Solidaritätsappelle der Politiker heute so oft nicht zünden, hat darüber hinaus leicht erkennbare Gründe. Wer in der Demokratie mit Erfolg Solidarität einfordern will, muss vor allem drei Voraussetzungen erfüllen: 1. Der Absender der Forderung muss glaubwürdig sein, d. h. selbst beispielhaft Solidarität üben. 2. Die Lasten der solidarischen Aktion müssen einigermaßen gerecht verteilt werden. 3. Es muss eine politische Perspektive erkennbar sein, in der die abverlangten Opfer sinnvoll erscheinen, in anderen Worten: es muss deutlich werden, was die Menschen in mittlerer und längerer Frist zu gewinnen haben, wenn sie sich jetzt zu zusätzlichen Anstrengungen und Verzicht bereitfinden. Da in allen drei Punkten das Versagen der Politik offenkundig ist, sollte man nicht vorschnell auf einen ek-

latanten Mangel an Solidarität schließen, wenn mit erheblichen Einschränkungen verbundene Reformen heute nicht auf breite Zustimmung stoßen.

### VIII.

Zum Abschluss das *ceterum censeo*: Wer die Zerstörung der Gesellschaft verhindern will, wer will, dass Solidarität und Gemein-sinn über Individual egoismus und Hedonis-

mus triumphieren, der muss dafür sorgen, dass dem Kapitalismus wieder Fesseln angelegt werden. Ein weltweiter deregulierter Markt führt zwangsläufig zu einer *Marktgesellschaft*. Aber eine Gesellschaft, die nur aus Wirtschaftssubjekten besteht, ist überhaupt keine Gesellschaft, schon lange keine humane. Wenn Solidarität und Gemein-sinn, wenn gelebte Mitmenschlichkeit eine Zukunft haben sollen, dann muss die Politik dafür sorgen, dass die Wirtschaft wieder dient, statt zu herrschen. ■

# JUNGE PERSPEKTIVEN

Hendrik Küpper / Laura Loew

## «Wir sind die stärkste der Partei'n»?!

### Die Sozialdemokratie und die Idee des demokratischen Sozialismus nach der Bundestagswahl

Auch ein demokratisch-sozialistischer Verband wie die Jusos, der sich die inhaltliche Kritik an Religion, Tradition und althergebrachten Riten auf die Fahne schreibt, kann sich nicht ganz von folkloristischen Elementen lösen. Zu solchen jungsozialistischen Ritualen gehört zum Ende einer jeden Veranstaltung (oder Mitternachts bei getränkebasierter Vernetzung) das Ansetzen zu einem musikalisch mehr oder weniger wertvollen «Völker, hört die Signale!». Ebenso eingeübt erfolgen zwischen den Zeilen die üblichen Zwischenrufe. Und wenn die textsicheren Genoss:innen im Saal dann zur dritten Strophe einsetzen (für die weniger textsicheren: «In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Partei'n»), so schallte es bisher aus den hinteren Reihen stets zurück: «Schön wär's». Doch die Sänger:innen sahen sich nach dem 26. September und dem vor einigen Monaten noch vollkommen unerwarteten Sieg der SPD bei den Bundestagswahlen mit dem Problem konfrontiert, die einstudierten Zeilen nun mit einem neuen Zwischenruf quittieren zu müssen. «So ist's», «Jawoll», oder eben doch ein diesmal eher

zögerndes «Schön wär's» waren hier die zu vernehmenden Alternativen.

Die Frage, wie umgehen mit dem Ausgang der Bundestagswahl, dem Wahlerfolg der SPD, der personellen Neuaufstellung der SPD-Bundestagsfraktion und der Ampel-Koalition bewegt uns in dieser Ausgabe der *perspektivends* und auch der *jungen perspektiven*.

Die sich scheinbar unendlich lang ziehende Vorwahl-Phase stellte sich vielen Beobachter:innen wie Teilnehmer:innen mehr als «Krampf» denn als «Kampf» dar, war er doch weniger geprägt von inhaltlichen Debatten, sondern von persönlichen Fehlritten, Diffamierungen und bleiernen Triellen. Frischen Wind in die ansonsten – vor allem in den ersten Monaten des Jahres 2020 – eher schleppenden Kampagnen brachten vor allem die vielen jungen Kandidierenden, die sich nicht nur, aber vor allem auch in der Sozialdemokratie auf den Weg zu einem Bundestagsmandat gemacht haben. Sechs von ihnen haben wir mit ihren Motivationen und Zielen in der letzten Ausgabe vorgestellt und wir freuen uns, ein halbes

Jahr später berichten zu können, dass fast allen der Sprung in den Bundestag gelungen ist – genauso wie insgesamt 49 Jungsozialist:innen und SPD-Mitgliedern unter 35 und auch zahlreichen älteren Genoss:innen, für die ihre Mitgliedschaft bei den Jusos oder den Juso-Hochschulgruppen immer noch ein integraler Teil der eigenen politischen Identität und Biografie ist. Ein persönlicher Neuanfang für die SPD-Fraktion, der – und so schreiben es auch unsere Autor:innen Philipp Breder und Julie Rothe in ihrer Reflektion des Wahlkampfes aus jungsozialistischer Perspektive – erst aus der Krise der SPD erwachsen konnte, in der viele altgediente GenossInnen zu Gunsten von Jüngeren auf ihre als unsicher geltenden Wahlkreise und Listenplätze verzichteten.

Aber eine personelle Neuaufstellung ist nicht gleichbedeutend mit einer inhaltlichen Neuaufstellung. Das Verfehlen von progressiven parlamentarischen Mehrheiten, das nur knapp verhinderte Ausscheiden einer in sich gespaltenen und mit ihren Hausgeistern kämpfenden Partei «Die Linke» und die sich zunehmend dem grünen Wohlfühlkapitalismus verschreibenden «Bündnis 90/Die Grünen» brachten die SPD in die beinahe unausweichliche Zwangslage, in eine Ampel-Koalition einzutreten. Des Weiteren ist das Kriterium «jung» nicht gleichbedeutend mit «progressiv» und das Schreckgespenst einer «Juso-Sperminorität», wie sie der ewig scheiternde Friedrich Merz zuletzt herbeifantasierte,<sup>1</sup> bleibt wohl eher ein Schreckgespenst der Konservativen.

Deshalb ist es jetzt an denjenigen, die sich dem Anspruch einer emanzipatorischen Politik verschrieben haben, den jun-

gen und progressiven Neu- (und Alt-)Parlamentarier:innen, sozialdemokratische und sozialistische Politik in den nächsten Jahren auch für die junge Generation zu einer wählbaren Alternative zu machen.<sup>2</sup> An ihnen liegt es, ihre neu gewonnene Machtposition innerhalb von Partei und Fraktion einzusetzen und besonders auch den inhaltlichen Führungsanspruch der SPD sowie demokratisch-sozialistische Ideen innerhalb der neu gebildeten Koalition deutlich zu machen. Denn sollte letztere zu einem neoliberalen Glanz-Projekt werden, das sich mit der Cannabis-Legalisierung und bunten Diversity-Kampagnen schmückt, während unter dem Deckmantel der Progressivität arbeitnehmer:innenfeindliche Politik betrieben wird und grundlegende soziale und wirtschaftliche Missstände ignoriert werden, so wird nicht nur die SPD bei den nächsten Bundestagswahlen dafür in Haftung genommen werden, sondern auch gesellschaftliche Spaltung weiter vorangetrieben werden.

In den nächsten vier Jahren wird sich also zeigen, ob der Wahlerfolg der SPD nur eine Momentaufnahme war oder ob die Sozialdemokratie wirklich wieder glaubwürdig für emanzipatorische Politik steht, mit der das verlorene Ansehen der vergangenen Jahre in Gesellschaft und Wissenschaft zurückgewonnen werden kann. Von der Dauerhaftigkeit dieses Erfolgs wird es auch abhängen, welcher neue Zwischenruf sich in der Verbandsfolklore der jungsozialistischen Rituale etablieren wird: ein überzeugtes «So ist's» oder eher ein zweifelndes «Na ja».

1 Vgl. [https://twitter.com/\\_FriedrichMerz/status/1446219739131482113](https://twitter.com/_FriedrichMerz/status/1446219739131482113) (22.11.2021).

2 Je 23% der ErstwählerInnen machten ihr Kreuz am 26.09.2021 bei FDP oder den Grünen, die SPD erlangte bei dieser Gruppe nur 15%. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1257098/umfrage/wahlverhalten-von-erstwaehlerinnen-bei-der-bundestagswahl/> (22.11.2021).

Auch diese Ausgabe der «Jungen Perspektiven» hat sich zum Ziel gesetzt, Perspektiven aus Wissenschaft und Theorie auf der einen Seite und Stimmen aus der politischen Praxis auf der anderen Seite zu einem lebendigen Ganzen zu verknüpfen. Den Auftakt hierzu macht Alicia Langfeld, die in ihrem Beitrag das Wahlverhalten junger Wähler:innen analysiert und dabei mit Blick auf das Wahlprogramm der FDP den beiden Fragen nachgeht, warum bei der vergangenen Bundestagswahl so viele junge Wähler:innen die FDP gewählt haben und wie es der SPD gelingen könnte, in Zukunft wieder mehr junge Menschen zu erreichen. Anders als Anne Küppers, die sich in dem Schwerpunkt dieser Ausgabe ebenfalls mit dem Wahlverhalten junger Menschen beschäftigt, richtet Langfeld den Fokus stärker auf das Wahlprogramm der FDP und reflektiert auf der Grundlage des Wahlverhaltens junger Menschen auch normativ, wie die SPD zu alter Überzeugungskraft zurückfinden kann. Dieser wissenschaftlich orientierten Einordnung des Wahlverhaltens junger Wähler:innen schließen sich drei Perspektiven aus der politischen Praxis an. Julie Rothe und Philipp Breder lassen als Verantwortliche für die Jusos und die Juso-Hochschulgruppen den Bundestagswahlkampf Revue passieren und geben Einblicke in die Planung und den Verlauf des Wahlkampfes. Auch sie beschäftigen sich mit der Frage, wie es der SPD in Zukunft wieder gelingen kann, mehr junge Menschen für sozialdemokratische Politik zu begeistern. Während Breder und Rothe die Bundesebene im Blick haben, skizziert Lisa-Maria Pridik die Erfahrungen des Wahl-

kampfes in Brandenburg als dortige Sprecherin des Landesverbandes der Jusos und thematisiert darüber hinaus die Bedeutung der Jusos bei der zukünftigen inhaltlichen Ausrichtung der SPD. Besonders erfreulich ist, dass als dritter Beitrag aus der politischen Praxis Ye-One Rhie, die in der letzten Ausgabe noch in einem Interview-Format die Motivationen und Ziele ihrer Kandidatur geschildert hat, als nun frisch gewählte Bundestagsabgeordnete einen Artikel beigesteuert hat, in dem sie ihre politischen Ziele verknüpft mit biografischen und politischen Erfahrungen ausführlich darstellt. Den drei aus der politischen Praxis kommenden Beiträgen schließt sich ein programmatischer Artikel von Leona Krause an, in dem sie für ein finanzpolitisches Umdenken der Ampelkoalition plädiert. Oliver Nerger widmet sich anlässlich des 50. Geburtstags des BAföGs anschließend dem Thema Studienfinanzierung und entwickelt in seinem Artikel Forderungen für die neue Bundesregierung. Abgeschlossen wird diese Ausgabe von einer politiktheoretischen Reflexion von Hendrik Küpper, der sich mit dem Zustand der Demokratie im Allgemeinen befasst und im Anschluss daran mögliche Gefahren der Ampelkoalition kritisch beleuchtet. Auch die Rezensionen von Leon Billerbeck und Tobias Schweitzer sowie der Beitrag von Marianne Hofbauer und Florentine Ruf aus dem Arbeitskreis «Europäische Hochschulen» der Juso-Hochschulgruppen und des Verbands sozialistischer Student\_innen Österreichs (VSStÖ) in der Rubrik *Hochschulperspektiven* sind Teil dieser Ausgabe der *jugen perspektiven*. ■

## Jugend auf Abwegen: Wenn die Interessen junger Menschen unberücksichtigt bleiben

### Ein Erklärungsversuch des FDP-Erfolgs bei den Jung- und Erstwähler:innen

«Viele junge Leute sind irritiert. Sie wissen nicht, wofür die Partei [die SPD, Anm. von A. L.] steht oder was ihre Mission ist. Die SPD war bis vor gut 15 Jahren bei jungen Leuten noch sehr gut im Kurs. Sie stand für gewisse Positionen und Inhalte, die jungen Leuten sehr am Herzen liegen, wie beispielsweise Arbeit und Beruf, Gerechtigkeit oder Armut. Vieles davon ist bei den Linken gelandet, die von der Altersgruppe auch als klar profilierte Partei wahrgenommen werden»<sup>1</sup>, stellt Jugendforscher Klaus Hurrelmann in Bezug auf die vergleichsweise geringen Beliebtheitswerte der SPD unter jungen Wähler:innen fest.

#### Das Wahlverhalten der Jungwähler:innen

Hurrelmanns Aussage scheint zumindest teilweise durch das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2021 bestätigt zu werden: Geht die SPD insgesamt mit 25,7 % der Zweitstimmen als Wahlsiegerin hervor<sup>2</sup>, so legt eine nähere Betrachtung der Stimmanteile nach Altersgruppen offen, dass die SPD vor allem bei den älteren Wähler:innen

an Zustimmung gewonnen hat. Während die Stimmanteile für die SPD bei der Gruppe der 70-Jährigen und älteren bei 35 % liegen (+10 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017), haben nur 15 % der 18-24-Jährigen für die SPD gestimmt (-4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017). Ganz anders verhält es sich bei der FDP und den Grünen: Mit 21 % der Stimmanteile der 18-24-Jährigen (+9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017) landet die FDP an zweiter Stelle bei den 18- bis 24-Jährigen, knapp hinter den Grünen, für die 23 % der 18-24-Jährigen (+10 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017) gestimmt haben. Bei den Erstwähler:innen liegen Grüne und FDP mit 23 % sogar gleichauf.<sup>3</sup>

Dass es eine Abweichung zwischen dem Gesamtergebnis und dem Wahlergebnis der jüngeren Wähler:innen gibt, ist an sich nicht verwunderlich. Schließlich betrug der Anteil der unter 30-Jährigen, die wahlberechtigt waren, bei diesen Wahlen nur 14,4 %, während der Anteil der über 60-jährigen Wahlberechtigten 38,2 % ausmachte.<sup>4</sup> Diese Zahlen zeigen, dass die Wahlscheidungen der jungen Wähler:innen ein geringeres Gewicht für das Gesamtergebnis haben und von diesem nur unzureichend

1 Chantal Ranke: «Wie wählt die Generation Z? Jugendforscher glaubt: «Sie könnten das Zünglein an der Waage sein». In: *Redaktionsnetzwerk Deutschland*, 14.09.2021.

2 Deutscher Bundestag: «Endgültiges Wahlergebnis: Bundestag wächst um ein Mandat auf 736 Sitze». In: *Deutscher Bundestag*, 15.10.2021.

3 Tagesschau: «Bundestagswahl 2021. Wen wählten Jüngere und Ältere?» In: *ARD-aktuell/tagesschau.de*, 27.09.2021.

4 Statista Research Department: «Altersstruktur der Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 2013, 2017 und 2021». In: *Statista*, 26.09.2021.

abgebildet werden. Die Tatsache, dass das Wahlverhalten der jungen Wähler:innen bei diesen Bundestagswahlen für viele Schlagzeilen sorgte, lässt sich mit dem besonders großen Ausmaß der Generationenunterschiede im Wahlverhalten begründen: Vor allem die hohe Popularität der FDP unter den jungen Wähler:innen erregte große Aufmerksamkeit. Während bei den Bundestagswahlen 2017 der Anteil der 18–24-Jährigen, die für die FDP stimmten (12 %), dem Gesamtergebnis der FDP (10,7 %) noch recht nahekam<sup>5</sup>, so ist in diesem Jahr der Unterschied in dem Wahlverhalten zwischen jüngeren und älteren Wähler:innen frappierend. Die große Unterstützung der Grünen durch die junge Wählerschaft hingegen überrascht nicht, da bereits im Vorfeld der Bundestagswahlen – unter anderem aufgrund der medialen Präsenz von *Fridays For Future* – deutlich geworden ist, dass Klimaschutz ein besonders wichtiges Anliegen für die junge Bevölkerung ist. Wie aber lässt sich erklären, dass die FDP unter den jungen Wähler:innen eine solch hohe Popularität erfährt?

### Gründe für den Wahlerfolg der FDP

Als ein Grund wird oft die Kommunikationsstrategie der FDP genannt, die sie vor allem in den sozialen Netzwerken erfolgreich umsetzt. Tatsächlich informieren sich junge Menschen mehrheitlich online über politische Themen: Nach Nachrichten-Websites gelten soziale Netzwerke als die am häufigsten verwendete Informationsquelle.<sup>6</sup> Daten-

auswertungen zeigen, dass es der FDP gelingt, mittels bezahlter zielgerichteter Werbeanzeigen im Vergleich zu den anderen Parteien auf den sozialen Netzwerken insgesamt die meisten Menschen zu erreichen.<sup>7</sup> Doch die Reichweite der FDP in den sozialen Medien und das Bild, das die Partei auf ihren Kanälen von sich verkauft, greifen zu kurz als Erklärung für ihren Erfolg bei den jungen Wähler:innen. Schließlich haben inhaltliche Positionen bei jüngeren Wähler:innen in vielen Fällen einen noch größeren Einfluss auf ihre Wahlentscheidungen als bei älteren Wähler:innen.<sup>8</sup> Was könnten also die inhaltlichen Positionen sein, die junge Wähler:innen zur Wahl der FDP bewegt haben?

Erstens setzt die FDP einen Schwerpunkt auf das Thema Digitalisierung. Die aktuellste Shell Jugendstudie aus dem Jahr 2019 hebt hervor, welche große Bedeutung der Nutzung von digitalen Inhalten im Alltag von jungen Menschen zukommt, dass aber dieses «Interesse am Internet und an digitalen Inhalten» zum Beispiel von Schulen nicht ausreichend aufgefangen und genutzt wird.<sup>9</sup> Mittels eines Digitalpakts, der Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial und Fortbildungen beinhalten soll<sup>10</sup>, möchte die FDP die Digitalisierung an Schu-

sammenfassung». In: Shell, 2019, S. 14. Die Shell Jugendstudie analysiert Einstellungen, Werte und Gewohnheiten von 12- bis 25-Jährigen.

7 Robert Meyer / Nathan Niedermeier / Moritz Zajonc: «Bundestagswahlkampf. So werben die Parteien auf Social Media». In: *ZDF*, 22.09.2021.

8 Nico Siegel / Michael Kunert: «Die SPD könnte jung sein». In: *Zeit Online*, 25.04.2021.

9 Shell Jugendstudie, S. 32.

10 Freie Demokraten: «Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten». In: *FDP*, 14.–16.05.2021, S. 16.

5 Tagesschau: «Bundestagswahl 2017. Umfragen Wähler nach Altersgruppen». In: *ARD-aktuell/tagesschau.de*, 24.09.2017.

6 Shell Jugendstudie: «18. Shell Jugendstudie. Zu-

len vorantreiben. Auch die Förderung von digitalen Kompetenzen der Schüler:innen stellt ein Ziel dar, «um mit Desinformation, Hatespeech, Cybermobbing, Datenschutz und Online-Sucht richtig und autonom umgehen zu können»<sup>11</sup>. Zwar formulieren auch die anderen Parteien Ziele für eine Neuausrichtung der Digitalpolitik, doch mit der FDP wird das Thema Digitalisierung am stärksten in Verbindung gebracht, unter anderem auch durch deren immer wiederkehrende Forderung nach einem Digitalministerium.

Zweitens greift die FDP auch das Thema Klimaschutz auf und spricht damit eines der zentralen Anliegen von vielen jungen Menschen an. 75 % der Jugendlichen nennen Umweltverschmutzung als das Hauptproblem, das ihnen Angst mache, und 66 % zählen den Klimawandel auf. Sozialpolitische Themen hingegen, wie die steigende Armut oder Angst vor Arbeitslosigkeit, zählen seit 2010 nicht mehr zu den Hauptsorgen, die junge Menschen beschäftigen.<sup>12</sup> Es scheint zunächst paradox, die FDP aus Klimaschutzgründen zu wählen, doch darf nicht vergessen werden, dass das Versprechen der FDP, mittels Innovationen zum Klimaschutz beizutragen, aber auf Verbote weitestgehend zu verzichten, durchaus attraktiv wirken kann, auch wenn die Umsetzung fragwürdig bleibt. Sicherlich aber befinden sich unter den FDP-Wähler:innen auch junge Menschen, für die der Klimaschutz keine Priorität hat. Vielleicht sehen sie in der Wahl der FDP die Möglichkeit, sich abzugrenzen von dem Bild, das von ihrer Generation über lange Zeit mit Schlagwörtern wie «Generation Greta» oder «Klimajugend» verbreitet

worden ist. Das Wahlergebnis deutet jedenfalls darauf hin, dass sich nicht alle Jugendlichen mit diesen Generalisierungen identifizieren können. Bei verallgemeinernden Aussagen zur Charakterisierung von Generationen muss daher immer bedacht werden, dass dadurch die Vielfalt an Wertorientierungen innerhalb dieser Generation unsichtbar gemacht wird und niemals alle Menschen mitgemeint sind.

Drittens – und das ist meiner Meinung nach der ausschlaggebende Grund für das Ausmaß an Erfolg bei den jungen Wähler:innen bei diesen Bundestagswahlen – macht die FDP von einer zukunftsorientierten Freiheitsrhetorik Gebrauch. Nicht nur bei Themen wie dem Wahlrecht ab 16, dem Führerscheinerwerb ab 16 und der Legalisierung von Cannabis, sondern auch in Bezug auf die Pandemie spricht die FDP junge Menschen direkt an und stellt das Freiheitsversprechen ganz oben auf ihre Agenda: «Wir Freie Demokraten setzen auf Freiheit, Rechtsstaat und Bürgerrechte, die auch in Krisenzeiten gelten und nicht als «Privilegien» abgetan werden dürfen, die uns nach Belieben zugeteilt oder vorenthalten werden können»<sup>13</sup>. Ihr Aufruf, sich die Freiheit «mit einem Neustart der Politik»<sup>14</sup> zurückzuholen, könnte in einer Zeit der Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie wie ein Hoffnungsschimmer klingen, auch wenn die Forderungen der FDP den Entwicklungen des Infektionsgeschehens sowie wissenschaftlichen Empfehlungen diametral gegenüberstehen.

Dass die Freiheitsversprechen der FDP dennoch Anklang unter jungen Wähler:innen finden, ist Teil eines viel tieferliegenden

11 Ebd., S. 14.

12 *Shell Jugendstudie*, S. 15.

13 Freie Demokraten, S. 5.

14 Ebd., S. 4.

Problems: Aus einer repräsentativen Umfrage der Generationen Stiftung geht hervor, dass über 80 % der 16- bis 26-Jährigen das Gefühl haben, dass die Regierung ihre Interessen ignoriert. Über 70 % der Befragten geben an, dass ihr Vertrauen in die Politik in den letzten vier Jahren stark gesunken ist und sie beim Gedanken an ihre Zukunft in 50 Jahren große Angst verspüren.<sup>15</sup> Die Ergebnisse lassen sich zum einen sicherlich durch die Handlungsversäumnisse der Regierung in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels erklären, weisen zum anderen aber auch darauf hin, dass während der Pandemie die Perspektiven von jungen Menschen lange unsichtbar geblieben sind. Während der wirtschaftliche Betrieb um jeden Preis aufrechterhalten wurde, blieben Bildungs- und Freizeiteinrichtungen geschlossen. Darüber hinaus entwickelten viele junge Menschen während der Krise Existenzsorgen, beispielsweise aufgrund des Verlusts ihres Nebenjobs oder Verzögerungen in ihren Ausbildungs- und Studienverläufen, die mitunter auch mit psychischen Belastungen einhergehen. Die Hilfen der Politik wurden als unzureichend empfunden und das Gefühl, auf sich allein gestellt zu sein, führte zu Vertrauensverlusten in die Regierung und einem Wunsch nach Veränderung. Es ist erstaunlich, dass dieses Gefühl des Alleingelassenwerdens scheinbar von den Versprechen der FDP aufgefangen wird und nicht etwa von der SPD, bei der es naheliegender wäre: Denn als Partei der Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts braucht es gerade in Krisenzeiten eine starke SPD, die auf die Bedürf-

nisse aller Menschen eingeht, generationsübergreifend wirkt und insbesondere für die Interessen der sozial Benachteiligten einsteht. In Bezug auf das Eingangszitat muss die SPD daher wieder mit klaren inhaltlichen Positionen Antworten auf die Sorgen junger Menschen bieten und diese glaubwürdig in politische Maßnahmen umsetzen.

### Fazit und Ausblick

Insgesamt illustriert das Wahlverhalten der jungen Wähler:innen während der Bundestagswahl 2021 eine Abwendung der 18–24-Jährigen von der Union sowie der SPD und im Gegenzug eine Zuwendung zu der FDP und den Grünen.<sup>16</sup> Doch anstatt die Wahlentscheidungen der jungen Wähler:innen abschätzend zu bewerten, sollte vielmehr nach den Ursachen für den Vertrauensverlust in die Regierungsarbeit der letzten Jahre geforscht und entsprechend reagiert werden. Insbesondere die SPD steht in der Verantwortung, in der neuen Legislaturperiode deutlich für ihre Werte einzustehen und auf Augenhöhe mit jungen Menschen sozialdemokratische Politik zu gestalten. Dann könnte das Wahlergebnis der jungen Wähler:innen bei der nächsten Bundestagswahl auch wieder ganz anders ausfallen. ■

15 Jugendrat der Generationen Stiftung: «Umfrage offenbart: Vertrauen junger Menschen in die Politik ist tief erschüttert». In: *Generationen Stiftung*, 24.06.2021.

16 In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass die 18–24-jährigen Wähler:innen keine homogene Gruppe bilden und bei generellen Aussagen immer bedacht werden muss, dass weitere demografische und sozioökonomische Faktoren – zum Beispiel das Geschlecht, der Wohnort und der Bildungsgrad – Wahlentscheidungen beeinflussen. Für weiterführende Forschung wäre es daher wünschenswert, diese Faktoren näher zu untersuchen und in die Analyse des Wahlverhaltens von jungen Wähler:innen einzubeziehen.

## Haupt- und Ehrenamt, Hand in Hand!

### Über die Tücken eines Bundestagswahlkampfes und unsere Wünsche für eine linke SPD mit Zukunft

Es ist der 26. September. 14:30 Uhr. In einem Café in Berlin-Mitte stehen die Bundesgeschäftsführer:innen von Jusos und Juso-Hochschulgruppen, bestellen sich zwei Iced Coffees und machen sich dann auf den Weg ins Willy-Brandt-Haus (WBH). Dort bauen sie ihr Wahlabend-Backoffice auf, besprechen den weiteren Ablauf noch schnell mit ihren Bundesvorständen, nehmen erste Zahlen über WhatsApp und SMS entgegen und harren der Dinge, die da kommen werden in den nächsten zwölf Stunden.

25,7 Prozent. Was 2013 noch als krachende Niederlage bewertet wurde und damals letzten Endes einen weiteren Gang in eine «Große Koalition» zur Folge hatte, war 2021 ein strahlender Sieg. Es ist in der Politik eben wie so oft im Leben: Das Umfeld bestimmt die eigene Bewertung. Ein Unionskandidat, der in jedes Fettnäpfchen taperte und von seiner eigenen Partei und ihrer bayerischen Schwester eher widerwillig aufs Schild gehoben worden ist, und eine grüne Kandidatin, deren Wahlkampfteam nicht nur in Sachen PR noch einiges dazu lernen musste, schalteten sich als Konkurrent:innen quasi im Alleingang aus. Der Modus des ruhigen und verlässlichen – um nicht zu sagen fast etwas langweiligen – Staatsmannes verfiel in der Bevölkerung.

#### Der Jugendwahlkampf der Jusos und Juso-Hochschulgruppen

Ruhig und langweilig. Nicht die Attribute, mit denen man einen Wahlkampf aus Sicht politischer Jugendorganisationen gerne beschreibt. Da der Kanzlerkandidat aber schon bei seiner Nominierung durch den Parteivorstand 2020 deutlich gemacht hatte, dass er an seinem kühlen hanseatischen Stil nichts zu ändern gedenke, entschieden sich Jusos und Juso-Hochschulgruppen, vertreten durch ihre Bundesvorstände und die, diesen Artikel verantwortenden, Bundesgeschäftsführungen in ihrem Wahlkampf andere Schwerpunkte zu setzen.

Der eigenständige Jugendwahlkampf nahm zum einen progressive Inhalte in den Blick. Monatelang wurden im Juso-Bundesbüro aktuelle Studien und Forschungsergebnisse zu den politischen Einstellungen und zentralen politischen Themen junger Menschen analysiert. Das Ziel: herausfinden welche Themen, neben dem offensichtlich in der Gruppe junger Menschen wichtigsten Thema, dem globalen Klimawandel, Menschen zu Beginn ihrer 2020er-beschäftigen und umtreiben. Die umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie, die dringend notwendige BAföG-Reform, der Kampf für eine offene Gesellschaft, in der niemand auf Grund von Hautfarbe, Nationalität, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung diskriminiert wird, die Legalisierung

von Cannabis als Genussmittel, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und nicht zuletzt natürlich die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels waren dann nur einige der Themen, für die wir auch im Wahlprogrammprozess gestritten haben. Dank dieses Engagements waren das im Nachgang auch die Themen, die wir im Wahlkampf nach vorne stellten und selbstbewusst die Antworten der SPD – die mindestens zum Teil die von uns entwickelten Antworten waren – präsentieren konnten.

Zum anderen setzten wir im Wahlkampf – stärker als jemals zuvor – auf junge Kandidierende. Über 80 junge Menschen – Jusos und Juso-Hochschulgrüpler:innen – kandidierten bundesweit in Wahlkreisen für die SPD. Menschen, die man aus der gemeinsamen Juso-Arbeit auf Landes- und Bundesebene, in Projekten und Wahlkämpfen, von Bundeskongressen und Verbandswochenenden kannte, hatten sich in innerparteilichen Aufstellungsverfahren oftmals gegen ältere Genoss:innen durchgesetzt und machten deutlich: Die Erneuerung der SPD darf nicht bloß in den Gremien der Partei geschehen, sondern muss auch durch neue und junge Abgeordnete in die Bundestagsfraktion getragen werden. An dieser Stelle soll aber nicht verschwiegen werden, dass zahlreiche Kandidaturen durch die schlechten Umfragewerte Ende 2020 und Anfang 2021 begünstigt wurden, die viele ältere und etablierte Genoss:innen von einer eigenen Kandidatur Abstand nehmen ließen.

Die Ausgangslage zu Beginn des Jahres war also zweierlei: Einerseits betrübt durch anhaltend schlechte Umfrageergebnisse, andererseits ermutigend angesichts eines Wahlprogrammprozesses, in dem viele progressive Inhalte eingebracht werden konnten, und der jungen Kandidierenden in der ganzen Republik. Langwierige Verhandlungen im Programmprozess, erste Überlegun-

gen gemeinsam mit der Agentur, die Entwicklung von Kernthemen für den Jugendwahlkampf. Zu einem Zeitpunkt, an dem an vielen Orten noch nicht einmal die Entscheidung über die Wahlkreiskandidatur getroffen war, mussten auf Bundesebene bereits die ersten Weichen gestellt werden.

An den verschneiten Ostertagen, also mitten im langen, kalten und nassen Berliner Winter entstanden so die ersten Entwürfe für Flyertexte und Slogans für Give-Aways. Während die Republik zur Eindämmung der Corona-Pandemie erneut im Lockdown war, hatten wir uns als Arbeitskolleg:innen zu einer Bezugsgruppe entwickelt. Es entstand eine Schicksalsgemeinschaft. Die «Büro-Ebene» von Jusos und Juso-Hochschulgruppen arbeitete Hand in Hand, ohne größere Konflikte und immer mit dem klaren Ziel vor Augen, möglichst vielen jungen Kandidierenden beim Sprung in den Bundestag zu helfen. Eine Zusammenarbeit, die mit Blick auf die vergangenen Wahlkämpfe ihresgleichen sucht und die wir daher unseren Nachfolger:innen in besonderer Weise ans Herz legen wollen: Untergehakt und gemeinsam wahlkämpft es sich viel einfacher!

Über Materialproduktion, Auswahlprozesse für Streumaterialien und die Entwicklung eines strukturierten Social-Media-Wahlkampfes ließen sich viele Worte verlieren, doch wollen wir die werten Leser:innen nicht mit trockenem Orga-Kram langweilen. Unter engagierter Mitwirkung des Juso-Bundesbüros und in enger Abstimmung mit der aus den Reihen der Bundesvorstände von Jusos und Juso-Hochschulgruppen gebildeten Wahlkampfleitung entstand Stück für Stück ein Entwurf für den Jugendwahlkampf, der auf gemeinsames Engagement und Einheit innerhalb der Verbände setzte und zugleich beiden Organisationen Freiheiten für eigene inhaltliche Schwerpunkte und Aktionen ließ.

Über all diesen Plänen schwebte jedoch – wie über so vielen Dingen in dieser Zeit – das Damoklesschwert der Kontaktbeschränkungen. Streumaterialien und Flyer würden nur gebraucht, wenn bis zum Sommer eine Situation eintreten würde, die Straßen-, Kneipen- und Tür-zu-Tür-Wahlkampf zuließe. Doch der Impffortschritt und vor allem die, angesichts des zumeist überfordert wirkenden Gesundheitsministers, traurigerweise effektivsten Mittel gegen die Pandemie – Frühling und Sommer – ermöglichten die Umsetzung aller am Reißbrett geplanten Wahlkampfaktionen und die Verwendung des mit viel Vorlauf produzierten Materials. Doch 2021 ist diese Form des Wahlkampfes nur noch ein Teil einer gelingenden Kampagne. Mindestens genauso wichtig und quasi als zweiter Wahlkampf daneben geplant, wurden unsere Social-Media-Kampagnen. Unzählige Videos, Kacheln, Storys, Hintergrundberichte und E-Mails stehen spiegelbildlich für einen Social-Media-Wahlkampf, der weiter an Bedeutung gewonnen hat.

Beide Wahlkampfentwürfe setzen aber eines voraus: das Engagement des Ehrenamts. Im WBH können noch so viele Streumaterialien entwickelt und über kostenfreie Versandaktionen zur Verfügung gestellt werden, noch so viele Kacheln beschriftet und Videos gescriptet werden, ohne einerseits die Mitglieder der Bundesvorstände, die dem Social-Media-Wahlkampf Leben einhauchen, und andererseits allen Genoss:innen in den Gliederungen vor Ort, die die Flyer und Streumaterialien an die Wähler:innen bringen, die Kacheln und Videos teilen und unseren jungen Kandidierenden den Wahlkampf organisieren, wäre all die Arbeit im Hauptamt überflüssig.

Von dem Engagement des Ehrenamts wollten wir uns zum Ende des Wahlkampfes selbst überzeugen. Die Krönung des bun-

desweiten Jugendwahlkampfes sollte eine Bustour sein. Eine Bustour, die in zwei Wochen so viele Kandidierende wie möglich im Wahlkampf vor Ort unterstützt; eine Bustour, die uns von Aachen bis Greifswald, von Flensburg bis Landsberg führen sollte; eine Bustour, die wenig Schlaf und viele Kilometer auf dem Tacho zur Folge hatte. Vom 30. August bis zum 12. September haben wir in zwei einwöchigen Touren über 30 junge Kandidierende besucht, gemeinsam mit ihnen Wahlkampfaktionen durchgeführt und sie via Social Media Teil unseres Roadtrips werden lassen. Die Stimmung in den Wahlkampfteams vor Ort, das Wiedersehen vieler Genoss:innen und der unerschütterliche Optimismus ließen uns manche entbehrungsreiche Stunde oder Tage im WBH vergessen. Zu sehen, dass das selbst entwickelte Material im Straßenwahlkampf reißen den Absatz findet, gab Kraft für die letzten Tage des Bundestagswahlkampfes.

Diese letzten Tage des Wahlkampfes waren auf der «Büro-Ebene» surreal. Während sich in den Gliederungen vor Ort noch alle Genoss:innen Tag für Tag und Nacht für Nacht um jede Stimme kämpfen, musste der Blick bereits auf die Zeit nach dem Wahltag schweifen. Zusammentreffen der jungen Kandidierenden, aus denen dann junge MdBs geworden sein sollten, mussten terminiert und inhaltlich vorbereitet, Pressestatements für alle möglichen Wahlausgänge erdacht und diskutiert und die finanzielle Abwicklung des Großprojekts Wahlkampf eingeleitet werden. Während man sich abends und nachts im Ehrenamt für Genoss:innen im Berliner Wahlkampf engagierte, war man im Hauptamt tagsüber schon eine Woche weiter.

Doch auch diese Woche ging vorbei und am Sonntagabend oder doch vielleicht eher am Montagmorgen konnten wir es kaum glauben: 49 junge Menschen, die selbst-

bewusst sagen konnten: Ich bin gewählt und werde Mitglied der SPD-Fraktion im 20. Deutschen Bundestag. 49 Jusos und Juso-Hochschulgrüpler:innen, die mit ihren erfolgreichen Wahlkämpfen vor Ort den Grundstein für ein Wahlergebnis legten, dass die SPD zur stärksten der Parteien im Bundestag machte. Dass fast ein Viertel der Fraktion im Juso-Alter ist, ist für uns als Parteijugend ein außerordentlicher Erfolg, der für uns aber kein Grund ist, sich nun auf dem Erreichten auszuruhen.

### Zeit für Zukunft

Wir verkennen nicht, dass die SPD diese Bundestagswahl in den älteren Altersgruppen gewonnen hat. Gerade bei jungen Menschen konnten wir als Teil der «Großen Koalition» nicht deutlich genug machen, dass auch wir für die Erneuerung unserer Gesellschaft stehen können. Das ständige Mitdenken des Kompromisses hat die Partei kraftlos und inhaltsleer erscheinen lassen. Es ist unsere Aufgabe in den kommenden Jahren – gerade auch mit den vielen jungen MdBs – deutlich zu machen, dass die SPD die richtigen Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit liefern kann. Der Klimawandel, die weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen und die Vertiefung der weltweiten, durch den Kapitalismus produzierten, Ungerechtigkeiten sind nur drei Themen, auf die wir gemeinsam eine Antwort finden und so formulieren müssen, dass auch junge Menschen endlich sagen können: Die SPD kann ich aus Überzeugung wählen, weil sie glaubhaft für linke Inhalte und einen progressiven Politikstil steht!

Dafür braucht es zweierlei: Zum einen sollte die SPD in kommenden Wahlkämpfen

die Jugendwahlkampagne von Jusos und Juso-Hochschulgruppen in stärkerem Maße (finanziell) unterstützen. Es sind an vielen Orten junge Genoss:innen, die den Wahlkampf inhaltlich wie organisatorisch stemmen. Das muss auch die Partei anerkennen. Ein eigenständiger Jugendwahlkampf bedeutet dabei nicht, dass dieser völlig losgelöst vom Wahlkampf der Partei steht. Vielmehr müssen sich die Strukturen des Wahlkampfapparats der Partei sehr viel stärker als bisher für Aktionen und Ideen des Jugendwahlkampfs öffnen, um so eine Symbiose zu ermöglichen.

Zum anderen ist es die Aufgabe der jungen Abgeordneten und der Jusos und Juso-Hochschulgruppen auf allen Ebenen für eine linke SPD zu kämpfen. Eine SPD, die ein Versprechen für die Menschen – egal ob jung oder alt – formuliert; ein Versprechen, das jedem Menschen – unabhängig von Nationalität, Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Religion – die freie Entfaltung in einer Gesellschaft der Freien und Gleichen ermöglicht. Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, die Vision des demokratischen Sozialismus ist es, die unglaublich viele junge Menschen in die Sozialdemokratie getrieben und sie bis heute an ihr festhalten lässt. Eine Vision, vor der niemand Angst haben muss (außer denen, die bei «Eat the Rich» mitgemeint sind). Politik ohne Ideologie ist nur Verwaltung. Ein Politikstil, der sich für eine Unionskanzlerin anschickt, aber niemals der Anspruch der ältesten demokratischen Partei in der Bundesrepublik sein kann und darf.

In diesem Sinne gilt auch für den im Dezember neu gewählten Parteivorstand und alle Sozialdemokrat:innen, ob jung oder alt, ob mit oder ohne Mandat: Dem Morgen(rot) entgegen! ■

# Als Olaf Scholz den Brandenburger Jusos die Zukunft vorhersagte

## Ein Erfahrungsbericht mit Wahlanalyse

Als Olaf Scholz im Oktober 2020 auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg sagte, er werde der nächste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, löste das bei vielen Zuhörer:innen sicher nicht gleich einen Begeisterungssturm aus. Alle fanden diese Aussage zumindest mutig. Dennoch betonte er es erneut, in einer Zeit, zu der die Partei in den Umfragen um die 13% lag. Bemerkenswert ist diese Aussage vor allem im Hinblick darauf, was dann im September 2021 geschah: Die SPD wurde klare Wahlsiegerin bei der Bundestagswahl. Wie es dazu kam, wie der Wahlkampf verlief, wie das Gefühl in der Partei war und auch wie es nun weitergehen soll, möchte ich hier in meiner Funktion als Landessprecherin der Jusos Brandenburg und Wahlkampfleiterin in meinem Ortsverein beleuchten. Hierbei soll mein persönlicher Eindruck von der Kampagne der SPD in Verbundenheit mit einer Wahlanalyse beleuchtet werden.

Die Gründe für den Wahlsieg der SPD sind sicherlich vielfältig und können hier nur in Auszügen abgebildet werden. Sie gehen von der Wahrnehmung und Performance der anderen Parteien über die Kampagne der SPD bis hin zur Arbeit der Genoss:innen vor Ort.

### Die Fehler der anderen Parteien

Hierzu soll zunächst auf die Rolle der konkurrierenden Parteien eingegangen wer-

den. Bisher einzigartig in diesem Wahlkampf war, dass neben der CDU und SPD auch Bündnis 90/Die Grünen eine reelle Chance auf das Kanzler:innenamt hatten und daher auch Annalena Baerbock als die Kanzler:innenkandidatin ihrer Partei benannten. Diese Fügung steht gewiss auch in Zusammenhang mit dem nicht erneuten Antreten von Angela Merkel als Kanzler:innenkandidatin für die CDU. Historisch gesehen neigen Deutsche eher dazu, Kontinuität zu wählen. Veränderung ja, aber eben nicht allzu schnell. Hierzu war Merkel bislang die geeignete Person. Mit dem Wegfall dieser Kontinuität ergab sich also für die SPD und eben auch die Grünen eine historische Chance. Das spürte man auch in der Partei. Thematisiert und demonstriert wurden Aufbruch, wirkliche Sozialdemokratie, Geschlossenheit und ein starkes Bekenntnis zu der Partei. Ob in den Ortsvereinen oder Landesverbänden, alle waren sich der neuen Chance bewusst. Durch die Bewegung Fridays for Future ist gerade das Thema um Klima- und Umweltschutz noch einmal verstärkt in das Bewusstsein der Menschen gerückt. Unter diesem Aspekt standen die Parteien gerade in der jungen Generation ganz besonders unter Beobachtung, was den Grünen, gerade in dieser Zielgruppe, zunächst Aufwind gab. Doch es gab eben auch Fehler, die sich die Partei geleistet hat: etwa eine unsaubere Arbeitsweise bei veröffentlichten Büchern oder Le-

bensläufen. Das kostete Wähler:innenvertrauen, wie man bei Gesprächen am Wahlstand feststellen konnte.

Und auch die CDU leistete sich Fehler. Sei es ein falsch platzierter Lacher, unsouveränes Auftreten in medialen Formaten oder eine veraltete Rote-Socken-Kampagne – die CDU hat sich mit ihrem Auftreten im Wahlkampf keinen Gefallen getan. Doch dies nur am Rande. Viel wichtiger ist zu analysieren, was die SPD geleistet hat, um die historische Chance, die sich hier auftat, in ihrer Kampagne zu nutzen.

## Die erfolgreiche Kampagne der SPD

Die Kampagne der SPD vermittelte, insbesondere im Vergleich zu vorausgegangenen Kampagnen, ein ganz neues Gefühl. Betrachtet man einmal die Wahlplakate aus diesem Jahr und vergleicht sie mit denen aus vergangenen Wahlkämpfen, fällt ganz eindeutig die rote Farbe auf. Rot als Farbe der Sozialdemokratie, zu der sich offen bekannt wird, war die Devise für diese Kampagne. Die Materialien vermittelten einen Stolz auf die Inhalte, verbunden mit dem Kandidaten für das Kanzler:innenamt. Wer Olaf Scholz wollte, musste SPD wählen. Und man konnte stolz sein auf die Partei, die die Antwort auf Fragen gab, die sich die Wähler:innen stellten. Fragen der Klimagerechtigkeit, der Renten, Ausbildungen oder Familienplanung wurden im Zukunftsprogramm, dem Wahlprogramm der SPD, in prägnantem sozialdemokratischem Sinn beantwortet. Unterschiede zu anderen Parteien wurden klar benannt. Auch der Kanzlerkandidat Olaf Scholz, bewusst prominent in die Darstellung der Partei einbezogen, ist sicher ein großer Faktor für die Wahlentscheidung gewesen. Gefühlsmä-

Big kam er mit seiner doch eher ruhigeren, stabilen, pragmatischen Art an das heran, was die Menschen bisher von Angela Merkel gewohnt waren, da der Kanzlerkandidat der Union sich in der Vergangenheit einige Fehltritte erlaubte. Solche Fähigkeiten sind gerade in Zeiten einer nach wie vor wütenden Pandemie hoch im Kurs.

Auch der Wahlkampf war gezeichnet vom Gefühl der Geschlossenheit. An den Wahlständen sah man SPD-Mitglieder aller Generationen und mit verschiedensten Lagerzugehörigkeiten stehen und auf den Wahlsieg hinarbeiten. So konnte in voller Breite auf interessierte Bürger:innen eingegangen werden. Interessant ist das für alle Parteimitglieder, weil so auch auf kommunaler Ebenen die eigene Arbeit reflektiert werden kann. Es handelt sich hierbei um ein traditionelles, niederschwelliges Angebot für Bürger:innen, ihre Fragen oder auch ihre Kritik an der Partei, der Programmatik oder auch der allgemeinen politischen Lage loszuwerden. Im Gegenzug können Parteien unkompliziert Inhalte vermitteln und ihre kandidierenden auf der Straße vorstellen. Es ist ein Sehen und Gesehenwerden. Das bietet Chancen, die man sonst nur schwer wahrnehmen kann. Selbstverständlich lief nicht alles perfekt. Zu viele Flyer wurden im Wahlkreis bestellt, es gab auch mal Missverständnisse bei organisatorischen Absprachen oder persönliche Differenzen. Maßgeblich war aber, dass sowohl von Seiten des Willy-Brandt-Hauses als auch im Wahlkreis nichts Gravierendes schiefging, was die eine oder den anderen durchaus verwundern ließ. Reflektiert wurde das auch von stehengebliebenen Bürger:innen, die diesen Eindruck bestätigten. Die Kommunikation untereinander war gezeichnet von gegenseitigem Respekt und dem Wissen um diese historische Chance die Sozialdemokratie in

Deutschland wieder zur stärksten Kraft zu machen. Eines kann man also sagen: Die Partei hat gemeinsam mit Olaf Scholz hart für den Wahlsieg gekämpft.

Und dann kam der Wahlabend. Dies war der Tag, auf den alle hingearbeitet, investiert und gehofft hatten. Verbracht wurde er neben der Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus natürlich im eigenen Wahlkreis. In ganz Deutschland stand man zusammen in Ortsvereinsheimen, Abgeordnetenbüros oder in Unterbezirksgeschäftsstellen. Die Stimmung war zugleich ausgelassen ob des abgeschlossenen Wahlkampfes, aber auch angespannt im Hinblick auf die kommende Wahlperiode des Deutschen Bundestags. Bis zuletzt war man sich nicht sicher, ob die vorhergegangenen sehr guten Umfragewerte der Wahrheit entsprechen würden. Doch tatsächlich: Die SPD wurde bei der Bundestagswahl stärkste Kraft und konnte sich demnach im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 um rund fünf Prozent verbessern. Olaf Scholz sollte allem Anschein nach Recht behalten mit seiner Prognose aus dem Oktober. Wahrlich ein Tag zum Feiern, da auch in Brandenburg alle zehn Direktmandate geholt wurden, eine Meisterleistung bei Wackelpartien in einigen Wahlkreisen, die sich meist zwischen AfD und SPD entscheiden.

Auf die ausgelassene Stimmung des Wahlabends folgte die nüchterne Bertachtung der Ergebnisse. In fast allen betrachteten Gruppen konnte die SPD einen Zuwachs an Wähler:innenstimmen verzeichnen. Bei den Rentner:innen lag das Ergebnis 7 Prozentpunkte über dem Ergebnis von 2017, die Wähler:innengruppe der 18–24-Jährigen hingegen, also einer der zentralen Juso-Zielgruppen, konnten die Grünen für sich entscheiden. Hier lag die SPD auf Platz drei.<sup>1</sup> Inter-

sant für die SPD ist auch die Untersuchung der unterschiedlichen Wähler:inneninteressen nach jeweiliger Berufsgruppenzugehörigkeit. Gerade in der sogenannten «Arbeiter:innenschicht» zog das klare Bekenntnis der Wahlkampagne zu sozialer Politik viele Stimmen an. Die SPD konnte sich hier um drei Prozentpunkte auf 26 % steigern.<sup>2</sup>

## Quo vadis, SPD?

Doch wie geht es nun weiter? Gerade das Wahlergebnis der jüngeren Wähler:innen hat gezeigt: Die SPD hat noch viel Potenzial, um zu zeigen, was diese Partei kann und wie die Bundesrepublik, die Länder, die Kreise und die Kommunen gestaltet werden können. Sozialdemokratische Politik zeigt sich am besten in der praktischen Ausübung von Politik und der Wahlkampf kann immer nur Ausschnitte dessen spiegeln, wofür sich ehren- und hauptamtliche Mitarbeitende jeden Tag einsetzen. Diese Partei ist der Ort, an dem, wie an keinem anderen, Politik von allen Seiten der Gesellschaft gemacht werden kann. Hier kommen unterschiedlichste Berufsgruppen, Altersgruppen und auch Persönlichkeiten zusammen. Es muss vorangegangen werden in der Darstellung der ganzen Gesellschaft. Es wurde ohne Zweifel schon einiges erreicht. Doch gerade im Hinblick auf kommende Wahlen, in Brandenburg beispielsweise die Kommunalwahl, heißt es nun Worten Taten folgen zu lassen und die Kandidierenden möglichst divers aufzustellen, um alle Interessen und Lebensrealitäten der Wähler:innen möglichst multiperspektivisch darzustellen. Des Weiteren können neben althergebrachten Strategien neue Räume, beispiels-

<sup>1</sup> <https://www.fes.de/bundestagswahl> (18.11.2021).

<sup>2</sup> Ebd.

weise auf verschiedenen digitalen Plattformen gefunden werden, um Politik näher an die Menschen zu bringen. Das bewahrt vor Fehlinformationen und Politikverdrossenheit. Auch programmatisch kann viel getan werden. Dazu braucht es auch zahlreiche Grundsatzdebatten um Themen, die die Gesellschaft maßgeblich ändern können. Gerade das ist der Ort, an dem Jugendorganisationen meist ansetzen, Debatten anstoßen und thematisch aufarbeiten, was gesellschaftlich und politisch auf der Strecke

geblieben ist. Auch das wird bei der Bundestagsfraktion mit 49 Jusos der Fall sein. Überall wo Jusos sind, ist Veränderung. Dieser Schwung kann für kommende Gestaltungsdebatten genutzt werden. Es gilt, die Inhalte der Partei mit neuem Stolz zu verbreiten und dafür einzustehen in Verantwortung mitzugestalten. Dazu ist es jetzt wichtig, miteinander in Dialog über die Zukunft und die programmatische Ausrichtung der nächsten Zeit zu treten. Diese Partei kann Zukunft. ■

---

Ye-One Rhie

## «Sozialdemokratie bedeutet, dass es nicht zählt, wo jemand herkommt, sondern wo er für sich und andere hinwill.»

Als ich elf Jahre alt war, stand ich im Ratsaal des Aachener Rathauses, um an der Bürger:innenfragestunde des Aachener Stadtrates teilzunehmen. Meine Eltern waren 1986 zu Studienzwecken aus Südkorea nach Deutschland gekommen. Dieser Zweck war aus Sicht des deutschen Staates nach zwölf Jahren erfüllt und da sie keine Chance hatten, ihren Aufenthaltszweck und Aufenthaltsstatus zu ändern, sollten wir 1998 nach Südkorea abgeschoben werden.

Für meine Eltern, meinen Bruder und für mich war das keine Option. Ich bin in Aachen geboren, bin dort in die Kita, in den Jugendtreff und in die Schule gegangen. Später habe ich in Aachen studiert, die meisten meiner Freund:innen lebten und leben in Aachen. Ich war, ich bin Aachenerin,

Öcherin. Wie kann man in ein Land «zurück» gehen, das man nicht kennt?

Zu unserem Glück haben wir in dieser Zeit unglaublich viel Unterstützung erfahren. Menschen haben für uns Unterschriften gesammelt und uns geraten, Kontakt mit den Politiker:innen in Aachen aufzunehmen. Wir haben Briefe geschrieben und ich habe an der Bürger:innenfragestunde des Stadtrates teilgenommen. Der Saal, die Atmosphäre haben mich sehr beeindruckt, als ich dort den Ratsmitgliedern den Fall meiner Familie und unsere drohende Abschiebung geschildert habe. In dieser Fragestunde und auf unsere Briefe haben wir viele Antworten erhalten, die meiste Unterstützung haben wir aber von der SPD und im Besonderen von Ulla

Schmidt erfahren. Am Ende hatten wir Erfolg und konnten in Deutschland bleiben, zunächst allerdings auf Grundlage eines Aufenthaltstitels, der alle zwei Jahre erneuert werden musste.

## Mein politisches Engagement

Sechzehn Jahre später, im Jahr 2014, stand ich wieder im Aachener Ratssaal. Diesmal nicht, um am Mikrofon im Zuschauer:innenbereich eine Frage vorzutragen, sondern um als Ratsfrau der Stadt Aachen verpflichtet zu werden.

Seit 2005 bin ich Mitglied der Jusos. Mit meinem Parteibeitritt habe ich gewartet, weil ich erst 2009 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten habe und nur in einer Partei Mitglied sein wollte, wenn ich auch das Recht habe, diese wählen zu können. Die Erfahrungen der Zeit, in der wir von der Abschiebung bedroht waren, die Unterstützung, die wir durch die SPD und die Ablehnung, die wir durch einige Vertreter:innen anderer Parteien erfahren haben, haben mich bis heute in meinem politischen Denken und Handeln stark geprägt. Sie haben meine Überzeugung von den sozialdemokratischen Werten, von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, entstehen und wachsen lassen. Und diese Erfahrungen sind mein eigener Anspruch an mich als Kommunalpolitikerin und Bundestagsabgeordnete: zuverlässig und zugewandt den Anliegen von Bürger:innen begegnen, Unterstützung geben, wo sie angefragt wird und Unterstützung suchen, wenn andere Menschen etwas besser wissen oder können als ich.

Ende 2020 habe ich mich entschieden, für den Deutschen Bundestag zu kandidieren. Viele haben zu dieser Zeit meine Kandidatur, die Aussichten der gesamten SPD,

bei der Bundestagswahl Erfolg zu haben, für aussichtslos gehalten. Und auch ich selbst habe gehofft, aber nicht immer geglaubt, dass ein knappes Jahr später die SPD die Wahl gewinnen und ich Bundestagsabgeordnete sein würde.

Während des Wahlkampfes habe ich mit unzähligen Menschen gesprochen: auf den Straßen, an ihren Haustüren, digital oder während Veranstaltungen. Je mehr Rückmeldungen ich auf meine Kandidatur und auf die SPD erhalten habe und je näher der Wahltag rückte, desto zuversichtlicher und überzeugter wurde ich, dass wir die Wahl gewinnen könnten und dass die SPD die politische Kraft ist, die gebraucht wird, um die Fragen unserer Zeit zu beantworten. Und auch wenn ich anfangs überrascht davon war, wenn mich fremde Menschen erkannt haben oder mich selbst auf metergroßen Plakatwänden zu sehen, kann ich im Nachhinein sagen, dass ich den Wahlkampf und den Spaß, den mein Team und ich in dieser Zeit hatten, unglaublich genießen habe.

## Die Perspektive als junge Frau mit Migrationsgeschichte

Ich bin eine junge Frau mit Migrationsgeschichte. Für mich war diese Tatsache immer eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit. Doch die öffentliche Auseinandersetzung mit meiner Person in den letzten Monaten hat mein Bewusstsein dafür geschärft, wie meine Identitäten als Frau und asiatisch gelesene Person mich in der Gesellschaft positionieren und das Bild prägen, das andere Menschen von mir haben, ohne mich zu kennen.

Antiasiatischer Rassismus, der durch die COVID-19-Pandemie eine bedauerliche Ak-

tualität erhalten hat, fußt auf einer langen historischen Tradition in Deutschland. Bereits vor über einem Jahrhundert nutzte Kaiser Wilhelm II. das Stereotyp der «Gelben Gefahr»<sup>1</sup> und vor gerade einmal dreißig Jahren wurden in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen anti-asiatische Pogrome verübt.

Didier Eribon schreibt über die Mitglieder gesellschaftlich inferiorisierter Gruppen, dass sie in ihrem «tiefsten Inneren von einer geradezu ontologischen Verletzbarkeit bestimmt» sind, die sich zeigt als «ein dumpfes Gefühl der Unruhe, das immerzu eine Wachsamkeit gegenüber einer Umwelt aufruft, von der man weiß, dass ihre tiefe, fürchterliche Feindseligkeit niemals schläft»<sup>2</sup>. Vor dem Hintergrund dieser Unruhe ist anti-asiatischer Rassismus ein ambivalentes System von Diskriminierung und Herrschaft, das sowohl positiv als auch negativ konnotierte Stereotype produziert, die ich auch selbst oft erfahren habe. Auf den ersten Blick mag es begrüßenswert scheinen, als fleißig, diszipliniert, zuverlässig und respektvoll angesehen zu werden. Aber wenn diese Zuschreibungen nicht aus der Wahrnehmung meiner Person, meiner Individualität entstehen, sondern dadurch, dass ich pauschalisiert als ein Teil einer homogen konstruierten Masse angesehen werde, löst dies kein gutes Gefühl aus.

Rassismus stellt meine Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft infrage und zwingt mir ein Bild von mir selbst, meinen Erfahrungen und meiner Persönlichkeit auf, das nicht zu mir passt. Er markiert mich als anders, was

ich immer wieder spüre, wenn ich gefragt werde, wo ich herkomme und immer weitere Fragen gestellt werden, obwohl ich bereits mit «Aachen» oder «Deutschland» geantwortet habe. Ich habe es im Wahlkampf gespürt, wenn ich gefragt wurde, warum ich denn ausgerechnet in Deutschland Politik machen möchte oder wo ich denn so gut Deutsch gelernt habe. Aus einer intersektionalen Perspektive wird dies noch verschärft durch die sexualisierenden, infantilisierenden und exotisierenden Stereotypen, denen asiatisch gelesene Frauen ausgesetzt sind<sup>3</sup>.

Ich habe als junge Frau mit Migrationsgeschichte für den Deutschen Bundestag kandidiert. Einer der bewegendsten Momente im letzten Jahr war für mich die erste Fraktionsitzung der neuen und alten Bundestagsfraktion, die zwei Tage nach der Bundestagswahl stattfand. Die Sitzung fand im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes statt. Ich saß auf einem der blauen Stühle unter der gläsernen Kuppel und hörte der Vorstellung der 104 neuen Abgeordneten zu, bis ich selbst an der Reihe war. Ich hatte Gänsehaut als ich Sätze hörte wie «Meine Eltern sind vor zwanzig Jahren nach Deutschland gekommen» oder «Ich wurde 1997, 2002, 2009 eingebürgert» oder «Meine Eltern hätten nie gedacht, dass ich mal hier stehe. Dass ich mal Mitglied des Deutschen Bundestags bin» und ich merkte, wie viele der Abgeordneten meine eigene Geschichte teilen. In diesem Moment habe ich noch einmal deutlich begriffen, was Sozialdemokratie bedeutet, warum ich Politik mache und wofür wir Wahlkampf gemacht haben: für eine offene, vielfältige Gesell-

1 Sebastian Bischoff: Anti-Asiatischer Rassismus – Was ist das? <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/was-ist-anti-asiatischer-rassismus/> (19.11.2021), o.J.

2 Didier Eribon: *Gesellschaft als Urteil. Klassen, Identitäten, Wege*. Berlin 2017, S. 48.

3 Kimiko Suda, Sabrina J. Mayer, Christoph Nguyen: «Antiasiatischer Rassismus in Deutschland». In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42–44, 2020, S. 39 f.

schaft, in der nicht zählt, wo ein Mensch herkommt, sondern wo er für sich und andere hinwill.

Auch aus diesem Grund habe ich mich sehr gefreut, dass bereits in den Sondierungsverhandlungen zur Ampel-Koalition der gesellschaftspolitischen Modernisierung der Staatsangehörigkeit, des Familien- und Abstammungsrechtes und der sexuellen Selbstbestimmung eine hohe Bedeutung beigemessen wurde, damit Menschen wirklich selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben leben und es ihnen nicht von einer überholten Rechtsordnung vorgeschrieben wird.

### **Wofür ich eintreten möchte**

Ich mache seit sechzehn Jahren Politik. Die beiden Themen, für die ich mich in dieser Zeit am meisten eingesetzt habe, sind gerechte Bildung und eine soziale und ökologische Mobilitätswende. Im Jahr 2010 habe ich mit Freund:innen das Projekt «Athene –

Bildungschancen für Aachen» ins Leben gerufen, das Kindern und Jugendlichen fehlende Vorbilder, Mutmacher:innen und Beratung ersetzen will. Neben Studienberatungsangeboten von Studierenden haben wir in Kooperation mit der Stadt Aachen und der RWTH Aachen ehrenamtliche Nachhilfe an verschiedenen Aachener Schulen angeboten, wobei ich viel über die Ungerechtigkeiten in unserem Bildungssystem gelernt habe. Seit ich 2014 in den Aachener Stadtrat gewählt wurde, arbeite ich dort als mobilitätspolitische Sprecherin unserer Fraktion und vertrete und koordiniere dieses Politikfeld.

Mobilität, Beweglichkeit und Fortschritt sind meine politischen Ziele. Ein gerechtes Bildungssystem ist Voraussetzung für gesellschaftlichen Aufstieg, soziale Mobilität und kollektiven Fortschritt. Eine soziale und ökologische Mobilitätswende ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Begegnung.

Dafür möchte ich mich in den nächsten vier Jahren einsetzen. ■

Leona Krause

# Fortschritt, aber mit sozialem Fundament

## Ein Plädoyer für gerechtere Finanzpolitik

16 Jahre mit der CDU in der Bundesregierung sind vergangen. Dass die Christdemokraten nicht selbstverständlich Teil der Regierung sind oder den Kanzler stellen, ist seit der diesjährigen Bundestagswahl klar – zumal insbesondere junge Menschen sich ausschließlich an Merkel als christdemokratische Kanzlerin erinnern können. Stattdessen bildet die sogenannte Ampel eine Regierung – SPD, FDP und Grüne. Zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte stellt ein Dreierbündnis das Kabinett. Das ist keine leichte Aufgabe, unterscheiden sich die drei Parteien bekanntermaßen inhaltlich deutlich.

Überraschenderweise durchliefen die Parteien innerhalb kürzester Zeit den Weg zum Koalitionsvertrag. Das Zeichen ist eindeutig: Wir haben Lust auf Regierung. FDP und Grüne haben sich geeint für eine Absage an die CDU entschieden, die SPD kann wieder den Kanzler stellen und die Bevölkerung möchte keine Wiederauflage der Großen Koalition. Das gibt Aufwind für die kommende Zeit.

Die Ampel-Parteien präsentierten sich bereits im Sondierungspapier als Koalition des Fortschritts und des Aufbruchs. Gemeinsam wolle man «Deutschland und Europa [...] stärken – für die großen Herausforderungen wie den Klimawandel, die Digitalisierung, die Sicherung unseres Wohlstands, den sozialen Zusammenhalt und den demografischen Wandel». <sup>1</sup> Dieses

1 Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/downloads/>

Motiv setzt sich im vorgelegten Koalitionsvertrag fort.<sup>2</sup>

### Herausforderungen unserer Zeit

Die Zeit drängt, denn für die Bewältigung der großen bevorstehenden Krisen, allen voran der Klimakatastrophe, braucht es jetzt konkrete Pläne. Um Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen, wie es im Klimaschutzgesetz vereinbart wurde<sup>3</sup>, muss Strom so weit wie möglich aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Die deutsche Industrie muss darüber hinaus zur Kreislaufwirtschaft entwickelt werden sowie Mobilität und Transport mehr über Schienen als über Straßen laufen. Deutschland ist eines von wenigen europäischen Ländern, das neben seiner Hauptstadt einige weitere florierende Regionen aufweisen kann. Damit dies weiterhin funktionieren kann und auch weitere Gebiete – insbesondere der Osten Deutschlands – weiterentwickelt werden können, braucht es einen massiven Ausbau der Infrastruktur, vor allem die Bereitstellung von Breitbandinternet an buchstäblich jeder Milchkanne.

27709590/1/sondierungspapier-15-10-21.pdf (27.11.2021).

2 Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/downloads/27829944/1/koalitionsvertrag-ampel-2021-2025.pdf> (27.11.2021).

3 Vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672> (27.11.2021).

Das Voranbringen notwendiger Investitionen stockt bekanntermaßen massiv. Die Genehmigung von Windrädern ging von 2015 bis 2020 um 40 % zurück. 50.000 Arbeitsplätze gingen seit 2017 in der Branche verloren.<sup>4</sup> Der Ausbau von Solarpanels geht zwar voran<sup>5</sup>, müsste aber viermal höher sein, damit Deutschland die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klimaschutzabkommens noch einhalten kann.<sup>6</sup> Noch immer behindern lange Genehmigungs- und Zertifizierungsmaßnahmen die Wende.

Während immer mehr Menschen und Unternehmen auf die Bahn als Fortbewegungs- und Gütertransportmittel umsteigen wollen, schrumpft das deutsche Schienennetz.<sup>7</sup>

Zu guter Letzt befinden sich Stand 2020 immer noch 2,7 Millionen Haushalte innerhalb sogenannter weißer Flecken, also innerhalb von Orten, in denen lediglich Datenübertragungsraten unter 30 Mbit pro Sekunde erreicht werden.<sup>8</sup>

## Wie eine gerechte Finanzpolitik der Ampel aussehen müsste

Die große Hoffnung: Die Ampel möchte von der bloßen Verwaltung zur aktiven Gestaltung kommen. Es werden massive Investitionen versprochen.

4 Vgl. <https://www.swr.de/swraktuell/windkraft-ausbau-lahmt-100.html> (14.11.2021).

5 Vgl. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/solarbranche-boom-neu-ausbau-klimaschutz-101.html> (14.11.2021).

6 Vgl. <https://www.energiezukunft.eu/erneuerbare-energien/solar/ausbau-der-solarenergie-in-deutschland-zu-gering/> (14.11.2021).

7 Vgl. <https://www.allianz-pro-schiene.de/themen/infrastruktur/schienennetz/> (14.11.2021).

8 Vgl. <https://www.energate-messenger.de/news/205064/breitband-weiße-flecken-umfassen-2-7-mio-haushalte> (14.11.2021).

Diese wollen allerdings auch finanziert werden. Und hier ist der Haken der Ampel: In der Finanzpolitik zeigen sich die inhaltlichen Differenzen der Koalitionspartner besonders deutlich. SPD und FDP sprachen sich beispielsweise für die Einhaltung der Schuldenbremse aus<sup>9,10</sup>, während das grüne Wahlprogramm die Lockerung dieser vorsah.<sup>11</sup> Und während die FDP für die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, keine Erhöhung der Erbschaftsteuer sowie eine Entlastung aller Einkommensklassen plädierte, sahen die Programme von SPD und Grünen neben einer Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen eine stärkere Belastung von Bestverdienenden, Erben und Vermögenden vor.

Der Versuch, diese unterschiedlichen Positionen miteinander zu vereinen, lässt sich im Koalitionsvertrag begutachten. Die Ampelparteien wollen Ausgaben auf ihre Wirksamkeit prüfen und gegebenenfalls kürzen sowie Steuerbetrug bekämpfen, um zusätzliche Summen zu generieren. Diese werden allerdings für den angeführten Investitionsbedarf nicht ausreichen.

Um weiteres Kapital zu akquirieren, setzt die Ampel auf eine stärkere Mobilisierung privaten Kapitals. Zum einen sollen Genehmigungsverfahren für private Investitionsprojekte beschleunigt und der Zugang zu KfW-Krediten vereinfacht werden, zum anderen soll der Staat das Interesse an sicheren Geldanlage-Möglichkeiten nutzen. So

9 Vgl. <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf> (27.11.2021).

10 Vgl. [https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP\\_BTW2021\\_Wahlprogramm\\_1.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP_BTW2021_Wahlprogramm_1.pdf) (27.11.2021).

11 Vgl. [https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021\\_barrierefrei.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf) (27.11.2021).

soll ein Staatsfonds errichtet werden, der eine Alternative zur Geldanlage in Aktien bietet und angelegtes Eigenkapital in öffentliche Infrastruktur investiert. Der Staat tritt hierbei als Garant einer festzulegenden Rendite auf.

Die Investitionsfinanzierung durch so einen Fonds ist eine interessante Möglichkeit, denn der Fonds hätte viele potenzielle Anleger:innen. Denn obwohl 2020 mehr Deutsche in Aktienmärkten Geld anlegten, liegen etwa 30% des mehr als 7 Billionen Euro schweren Geldvermögens der Deutschen auf Girokonten oder als Bargeld in Portemonnaies.<sup>12</sup> Das sind etwas mehr als 2 Billionen Euro. Zum Vergleich: Der deutsche Staatshaushalt lag 2021 bei 498,62 Milliarden Euro<sup>13</sup>, vor Corona bei etwas mehr als 350 Milliarden Euro.<sup>14</sup> Durch den Niedrigzinskurs der Europäischen Zentralbank wird das Anhäufen von Buchgeld nicht belohnt, im Gegenteil jedoch womöglich durch Negativzinsen bestraft. Ein Staatsfonds mit stabiler Rendite könnte dazu motivieren, einen Teil des eigenen Vermögens anzulegen.

So viel zur Theorie. In der Umsetzung könnte es allerdings Herausforderungen geben. Ein nachhaltiger Handlungsspielraum wird erst dann erreicht, wenn ein größeres Fondsvermögen aufgebaut wurde. Das dauert seine Zeit weit über die kommende Legislatur hinaus. Auf einen alleinigen Erfolg des Fonds zu setzen, wäre daher höchst naiv. Der Staat wird für unmittelba-

ren Finanzspielraum als Nachfrager auftreten müssen.

Eine Reformierung der Schuldenbremse wäre dabei der erste Schritt. Kreditfinanzierte Investitionen können – klug und zweckgebunden eingesetzt – mehr Staatseinnahmen hervorbringen als zur Schuldentilgung notwendig sind. Das gängige neoliberale Argument, dass eine Schuldenaufnahme Betrug an jüngeren Generationen ist, ist zwar intuitiv zunächst nachvollziehbar, aber angesichts des Investitionsstaus nicht haltbar. Wir müssen jetzt handeln – davon profitieren alle Generationen.

Zur Ablegung alter Dogmen gehört auch das Auseinandersetzen mit der Rolle des Staates in der Geldpolitik. Seit einigen Jahren wird immer häufiger die sogenannte Modern Monetary Theory (MMT) diskutiert, die den Staat als Souverän der Währungspolitik identifiziert und ein Ausweiten der Geldmenge – also das Schöpfen von Geld – für Investitionszwecke als ungefährlich für Volkswirtschaften ausweist. Voraussetzung für die Verhinderung von Inflation ist dabei, dass reale Güterströme mit den Geldströmen mithalten können.<sup>15</sup> Eine Geldauschüttung per Gießkannenprinzip findet nicht statt, vielmehr geht es um gezielte, zweckgebundene Buchgeldspritzen. Eine blinde Implementierung von Maßnahmen im Sinne der MMT wäre nicht die schnelle, ultimative Lösung und in dieser Legislatur auch nicht realistisch. Dennoch müssen die Annahmen der MMT und mögliche Handlungsansätze ernsthaft diskutiert werden. Gerade die SPD muss sich mit den Fragen

12 Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/abschied-vom-sparkonto-sparer-schichten-ihr-geld-um-17552878.html> (27.11.2021).

13 Vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw50-de-haushaltsgesetz-2021-schlussrunde-810070> (27.11.2021).

14 Vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw50-de-haushaltsgesetz-2021-schlussrunde-810070> (27.11.2021).

15 Vgl. Ehnts, Dirk: «Modern Monetary Theory und Europäische Makroökonomie» in: Berliner Debatte INITIAL e. V. (Hrsg.): *Berliner Debatte Initial 28 (2017)*, 3, S. 89–102; abgerufen über <https://www.pufendorf-gesellschaft.org/mmt-und-europaeische-makrooekonomie> (14.11.2021).

alternativer Staatsfinanzierung auseinandersetzen. Viel zu oft wird staatsmännisch an alten Glaubenssätzen festgehalten, um keine Stabilität einzubüßen. Doch ein Diskussions- und Prüfungsprozess bedeutet nicht automatisch konkrete politische Umsetzung. Die SPD muss sich den Spielraum für solche Diskussionen erhalten, um nicht auf der Stelle zu treten.

Zuletzt muss der finanzpolitische Anspruch der Ampel aus der Gerechtigkeitsperspektive betrachtet werden. Die Vermögensungleichheit – eine Krise, die Stück für Stück weiter in Deutschland voranschreitet – wird durch Instrumente wie den Staatsfonds nicht gelöst werden. Es besteht die Gefahr, dass gerade vermögende Bürger:innen direkt und unmittelbar vom Staatsfonds profitieren, während Geringverdienende kein Kapital zur Verfügung haben, dass sie zusätzlich anlegen können.

Eine echte Koalition des Aufbruchs muss anerkennen, dass eine zutiefst ungleiche Gesellschaft Fortschritt nicht hervorbringen kann, wenn nur einige wenige davon profitieren. Selbstbestimmung und Teilhabe, auch aus finanzieller Sicht, sind essenziell für sozialen Zusammenhalt und Demokratie.

## Die Aufgabe der SPD

Aus diesem Grund muss es Aufgabe der SPD sein, den sozialen Anspruch immer wieder in der Koalition klarzumachen. Denn obwohl die Ampel augenscheinlich das Instrument der Umverteilung durch Steuern nicht antasten wird, ist dieses noch nicht vom Tisch, da der Koalitionsvertrag die Möglichkeit einer Steuerreform noch immer offen hält. Wenn die geplanten Finanzierungsmaßnahmen der Ampel nicht ausreichen werden, dann dürfen SPD und Grüne

nicht davor zögern, ihre Steuerpläne wieder ins Spiel zu bringen.

Die Finanzierung der Ampel-Vorhaben ist die Voraussetzung dafür, dass diese Koalition am Ende auch erfolgreich ist. Alle drei Parteien haben ein Interesse daran, Vorgenommenes auch umzusetzen. Für die SPD hat der Erfolg der Ampel allerdings noch eine größere Bedeutung. Der diesjährige Wahlerfolg ist ein Vertrauensvorschuss. Wenn es die SPD unter Olaf Scholz schafft, eine erfolgreiche Koalition zu führen und echte soziale Politik durchzusetzen, kann sich die SPD möglicherweise wieder langfristig als Kanzler:innenpartei, aber vor allem auch als Volkspartei etablieren. Dafür wird es trotz kollegialen Zusammenarbeitens mit den Koalitionsparteien eine klare Haltung brauchen.

Die Liberaldemokraten fahren mit ihrem Festhalten an der Schuldenbremse und der Hoffnung auf wirtschaftlichem Wachstum eine politische Strategie der 90er-Jahre, wie Joseph E. Stiglitz und Adam Tooze am 28. Oktober in der ZEIT kommentierten.<sup>16</sup> Ein Finanzminister Lindner könnte demnach weitere notwendige Reformen verschleppen und damit nicht nur Deutschland schaden, sondern auch europäischen und transatlantischen Bündnissen.

Dieses Szenario muss unbedingt verhindert werden.

Durch die Richtlinienkompetenz von Olaf Scholz kann die SPD grundlegend bestimmen, in welche Richtung Deutschland gehen wird. Sie muss diese Chance nutzen, um altbewährte Strategien und Glaubenssätze dort aufzulösen, wo sie nicht mehr zielführend sind. Wir können es uns nicht

<sup>16</sup> Vgl. <https://www.zeit.de/2021/44/christian-lindner-finanzenminister-ampel-koalition-kritik-europa-digitalisierung/komplettansicht> (14.11.2021).

«Wie schön, dass du geboren bist, wir hätten dich sonst sehr vermisst»

mehr leisten, optimistisch neoliberalen Märchen hinterherzulaufen. Andernfalls droht das Zerplatzen aller gesteckten politischen

Ziele und ein Zusteuern auf eine Zeit, in der das Privileg, aktiv unseren Weg gestalten zu können, nicht mehr gegeben ist. ■

---

Oliver Nerger

## «Wie schön, dass du geboren bist, wir hätten dich sonst sehr vermisst»

### Zeit für einen echten Neustart des BAföG im 50. Jubiläumsjahr

In diesem Jahr hat das BAföG seinen 50. Geburtstag gefeiert. Auch nach fünf Dekaden ist das BAföG nach wie vor das zentrale Instrument der staatlichen Studienfinanzierung in der Bundesrepublik. Nicht nur im Zusammenhang mit der finanziellen Situation der Studierenden in der Corona-Pandemie, sondern auch im Bundestagswahlkampf 2021 war es ein Kernthema. Ein guter Anlass, um einen Blick zurückzuwerfen auf eine wechselvolle Geschichte. Gleichzeitig aber auch Grund für eine schonungslose und ehrliche Bestandsaufnahme.

#### Die Geschichte des BAföG

Am 1. September 1971 trat das Bundesausbildungsfördergesetz – kurz (BAföG) – in Kraft. Die Einführung dieser umfassenden Form der Studienfinanzierung fiel in eine Zeit mit einer Reihe zentraler Reformen, mit denen die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt die Abkehr von der konservativen Politik der vorhergehenden unionsgeführten Regierungsjahre

wagte. Erstmals wurde mit dem BAföG ein Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen der Studienfinanzierung für alle Studierenden begründet – ein Novum. Das BAföG wurde als 100-prozentiger Vollzuschuss für Schüler:innen und Studierende eingeführt, sodass die Geförderten nach Ende der schulischen Ausbildung bzw. des Studiums keinen einzigen Pfennig zurückzahlen mussten. Bereits im Folgejahr wurden 44,6 Prozent aller Studierenden mit BAföG-Zahlungen gefördert – ein Höchststand, der bis heute nie wieder erreicht werden sollte. Mit dem Ende der sozialliberalen Koalition und der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Helmut Kohl folgte 1983 der wohl weitestgehende Einschnitt in der Geschichte des BAföG. Als einer der ersten Regierungsmaßnahmen stellte Bundeskanzler Kohl die BAföG-Förderung komplett auf Volldarlehen um und strich das Schüler:innen-BAföG ersatzlos. Die Förderquote brach bis 1989 auf 18,3 Prozent ein. «Wer uns wie Kohl das BAföG klaut, den machen wir zu Sauerkraut» war nur einer der Sprüche auf den Transparenten zahlreicher laut-

stark demonstrierender Studierender. Dieser BAföG-Kahlschlag hatte keineswegs vordergründig finanzpolitische Hintergründe, sondern war Teil der durch Kohl angekündigten «geistig-moralischen Wende». Mit dieser Maßnahme und dem Gespenst der «Akademikerschwemme» [sic!] war es das Ziel der Kohl-Bundesregierung, die unter Willy Brandt vorangebrachte, gesamtgesellschaftliche Öffnung der Hochschule zurückzudrehen. Gegen Ende der dritten Amtszeit Kohls 1990 machte dann der FDP-Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann Teile des Kohl-Kahlschlags (Kohlschlags?) rückgängig und veränderte das BAföG erheblich: Die eine Hälfte gab es nun als zinsloses Darlehen, die andere als nicht zurückzuzahlenden Zuschuss. Nur einige Jahre später folgte ein Vorstoß des CDU-Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers, das BAföG wieder in ein VollDarlehen mit Bankzinsen umzuwandeln. Der Vorschlag setzte sich glücklicherweise nicht durch. Anfang der 2000er-Jahre wurde das BAföG unter der rot-grünen Bundesregierung erheblich verbessert. Da das BAföG in der Union auch im neuen Jahrtausend nur wenig Unterstützung fand, waren in den kommenden Jahren – meist nur auf Druck der SPD – unter Bundeskanzlerin Angela Merkel lediglich moderate Fortschritte möglich. In diesem Herbst 2021 feiert das BAföG nun sein 50-jähriges Jubiläum. Zum Geburtstag gab es warme Worte von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek und eine 80-Cent-Gedenkbriefmarke.

## **50 Jahre BAföG — eine kritische Bestandsaufnahme**

Im 50. Jubiläumsjahr steht das BAföG schlechter da denn je. Nach 16 Jahre Union im Bundesbildungsministerium ist es her-

untergewirtschaftet und ausgeblutet. Trotz steigender Studierendenzahlen ist die Zahl der BAföG-Geförderten auf einem historischen Tiefstand. Mittlerweile erhalten nicht einmal mehr 12 Prozent der Studierenden BAföG-Leistungen. Zentrale Stellschraube, um die Größe des BAföG-Berechtigten-Kreises zu bestimmen, sind die Einkommensfrei-beträge der Eltern. Zwar sind diese leicht gestiegen, allerdings fallen die Erhöhungen dabei so gering aus, dass sie hinter der Lohnentwicklung zurückbleiben. Dadurch fallen viele Studierende aus der Förderung heraus und selbst Eltern mit geringem Einkommen sind in der Folge dazu verpflichtet, ihre Kinder finanziell zu unterstützen, selbst, wenn ihnen das nicht in ausreichendem Maße möglich ist. Zwar sind die Fördersätze in den vergangenen Jahren schrittweise auf derzeit 861 Euro monatlich angehoben worden, aber auch dadurch ist eine Deckung der aktuellen Lebenshaltungskosten von Studierenden nicht gewährleistet. Und schon gar nicht berücksichtigt werden erhebliche finanzielle Ausgaben zu Beginn eines Studiums oder weitere mit dem Studium verbundenen Kosten, z. B. für digitale Hard- und Software, stark gestiegene Semesterbeiträge und diverse zusätzliche Ausgaben während des Studiums, etwa für Pflichtexkursionen. Insbesondere steigende Mietpreise an den Hochschulstandorten, die von der im BAföG veranschlagten Wohnpauschale in Höhe von 325 Euro pro Monat nicht gedeckt werden können, stellen viele junge Menschen vor enorme finanzielle Herausforderungen. Dass die BAföG-Förderung nicht reicht oder gar nicht erst ankommt, zeigt die hohe Zahl derjenigen Studierenden, die zusätzlich zu ihrem Studium einer Nebentätigkeit nachgehen müssen, um sich Geld für den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Quote liegt mitt-

lerweile bei zwei Dritteln der Studierenden. All das hat negative Auswirkungen auf die Freiheit des Studiums und auf den individuellen Studienerfolg. Hinzu kommt, dass die BAföG-Ausgaben des Bundes – abgesehen vom Krisenjahr 2020 – sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Bundes über die Jahre immer weiter zurückgegangen sind. Dieser Trend ist angesichts der guten Konjunkturlage keineswegs eine haushaltspolitische Notwendigkeit, sondern vielmehr das Ergebnis fehlender politischer Priorität für Ausgaben im Rahmen der staatlichen Studienförderung. Hier wird klar eine wichtige Zukunftsinvestition unterlassen. Dabei ist dieser desaströse Zustand des BAföG insbesondere eine direkte Auswirkung von 16 Jahren unionsgeführter Bundesregierungen und von 16 Jahren konservativer Bildungspolitik im Bund. Die vergangenen 16 Jahre sind eine Zeit verschlafener Entwicklungen. Das ist kaum verwunderlich, war das BAföG doch nie ein wahres Herzensprojekt der Unionsparteien.

### **Wie ein progressives System der staatlichen Studienfinanzierung gelingt**

Es ist deutlich: Wir brauchen einen echten Neustart beim BAföG. Dies wird eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesregierung im bildungspolitischen Bereich sein. In den letzten Jahren sind viele Anpassungen verschleppt und durch die zahlreichen BAföG-Reformen nur unbefriedigend geflickt worden, damit das BAföG auf der Höhe der Zeit geblieben wäre. Diese müssen in einem ersten Schritt durch die neue Bundesregierung schnellstmöglich nachgeholt werden! Dazu gehört eine – längst überfällige – kräftige Erhöhung der

BAföG-Fördersatzes, die endlich die studentischen Lebenshaltungskosten und weitere studienbezogenen Ausgaben bedarfsgerecht und verlässlich abdecken muss. In diesem Zusammenhang muss auch die schlichtweg unzureichende Höhe der Wohnpauschale angepasst werden. Außerdem ist es unerlässlich, regelmäßig die Freibeträge für das Vermögen der Eltern, das eigene Vermögen und das eigene Einkommen an die aktuellen Entwicklungen anzupassen, denn so kann der Berechtigten-Kreis ausgeweitet und dafür gesorgt werden, dass das BAföG wieder mehr Studierende erreicht und bei den Menschen ankommt, die es benötigen. Weiterhin muss das BAföG endlich von der strikten Kopplung an die Regelstudienzeit gelöst werden und die Altersgrenzen müssen fallen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass auch in Krisenzeiten eine finanzielle Unterstützung für Studierende in Notlagen staatlich sichergestellt werden muss. Darum braucht es die Implementierung eines Notfallmechanismus ins BAföG, um in Krisenfällen handlungsfähig zu sein und schnell und unbürokratisch helfen zu können.

Neben diesen dringend notwendigen und längst überfälligen Sofort-Maßnahmen, um die Fehlentwicklungen zu korrigieren, hat die neue Bundesregierung die Erwartungshaltung an sich stellen zu lassen, dass das BAföG mit einem progressiven Neustart neu aufgelegt wird und so in die Zukunft starten kann. Im Zukunftsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2021 legt sich die Partei auf eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss fest. Als sozialdemokratisches Erfolgsprojekt vor 50 Jahren als Vollzuschuss ausgestaltet unter Willy Brandt gestartet ist es richtig, dass das BAföG wieder dorthin zurückkehrt. Denn noch immer sehen zu viele Menschen

aus Angst vor finanziellen Schwierigkeiten und Verschuldung von einem Studium ab. Der Vollzuschuss ist hierfür der richtige Weg.

Eine weitere entscheidende Zukunftsfrage wird die nach der Elternunabhängigkeit sein. Mit der Kindergrundsicherung hat die SPD im Zukunftsprogramm einen Vorschlag gemacht, wie das BAföG elternunabhängiger gestaltet werden kann. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung – kann allerdings nur der erste Schritt sein. Denn ein Studium wird nur dann frei und selbstbestimmt sein, wenn es nicht in einer – und sei es informellen – Abhängigkeit zu den Eltern erfolgt. Zum einen haben nicht alle jungen Menschen den Luxus, in einem guten Verhältnis zu ihren Eltern zu stehen, welches ihnen im Zweifelsfall eine finanzielle Unterstützung – selbst wenn die finanziellen Möglichkeiten dafür vorhanden sind – durch das Elternhaus sichert. Zum anderen sind die studentischen, wie gesell-

schaftlichen Lebensrealitäten heute längst zu komplex, als dass sich per Gesetz und festgelegten elterlichen Freibetrag bestimmen ließe, wessen Eltern «zu viel» verdienen oder «zu reich» sind, als dass das Kind nicht BAföG-bezugsberechtigt sein sollte. Die einzig logische Konsequenz daraus muss es sein, das BAföG elternunabhängig zu machen, um mit einem staatlichen System der Studienfinanzierung wirklich allen Menschen den Zugang zu Bildung an Hochschulen unabhängig vom finanziellen Hintergrund des Elternhauses zu ermöglichen.

Für die neue Bundesregierung gibt es im Bereich der Studienfinanzierung viel zu tun. Jetzt gilt es, die Stellschrauben korrekt zu ziehen und verpasste Entwicklungen aufzuholen sowie die entscheidenden Weichen zu stellen für ein progressives System der staatlichen Studienfinanzierung der Zukunft. Mit dem Gang der Unionsparteien auf die Oppositionsbank stehen die Vorzeichen dafür gut. ■

Hendrik Küpper

## Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten

### Eine politiktheoretische Perspektive auf den Zustand der Demokratie und die Pläne der zukünftigen Regierung

Ein zurückliegender Bundestagswahlkampf und die sich anschließende Bildung einer neuen Regierung lassen in besonderer Weise Rückschlüsse auf den Zustand von Demokratie und Gesellschaft zu. Im Folgenden soll daher zunächst der Zustand der Demokratie anhand der Bundestagswahl politiktheoretisch reflektiert werden. Die demokratietheoretischen Überlegungen sollen im Anschluss daran in die Beurteilung der Pläne der zukünftigen Regierung einfließen, ehe ein kurzes Fazit folgt.

#### Der Bundestagswahlkampf: eine Krise der Demokratie?

Bereits Anfang August, knapp zwei Monate vor der Wahl, fragte die *Welt*: «Ist dies die langweiligste Bundestagswahl aller Zeiten?»<sup>1</sup> Wenige Tage später schrieb Joachim Kämpner in einem Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung*: «Der Wahlkampf ist bisher deprimierend inhaltsleer und hat so wenig mit den Problemen der Menschen zu tun.»<sup>2</sup> Und auch einige Wochen danach traf

man in den Medien und dem politischen Diskurs noch immer häufig auf Begriffe wie «Schlafwagenwahlkampf» und auf Auffassungen, nach denen der Wahlkampf inhaltsleer und langweilig sei und dies durch das Auftreten der Kandidierenden eher perpetuiert denn aufgebrochen würde.<sup>3</sup> Zwar ließ sich in den TV-Triellen beobachten, wie Armin Laschet sich durch ein angriffslustiges Auftreten als Kanzlerkandidat der CDU neu erfinden wollte, doch änderte dies nichts mehr an der Niederlage und dem Verlust des Kanzleramts der CDU sowie auch nicht daran, dass die TV-Trielle inhaltlich und programmatisch wenig aufschluss- und erkenntnisreich waren. In Erinnerung bleibt der Wahlkampf daher nicht durch inhaltliche Debatten über zentrale Zukunftsherausforderungen unserer Zeit, die beispielsweise angesichts der notwendigen ökologischen Erneuerung geboten gewesen wären, sondern vielmehr durch Fehler und Pannen der Kandidierenden von CDU und SPD sowie durch das Wiedererstarken der CDU, der zuvor nur wenige den Wahlsieg zugehört hatten. Der Politikwissenschaftler Al-

1 Jacques Schuster / Susanne Gaschke: *Ist dies die langweiligste Bundestagswahl aller Zeiten?* URL: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article232871783/Pro-und-Contra-Ist-dies-die-langweiligste-Bundestagswahl-aller-Zeiten.html> (3.12.2021).

2 Koachim Kämpner: *Zeit, sich wieder ordentlich zu streiten.* URL: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/>

[bundestagswahl-2021-wahlkampf-parteien-1.5372641](https://www.sueddeutsche.de/meinung/bundestagswahl-2021-wahlkampf-parteien-1.5372641) (3.12.2021).

3 Vgl. etwa Lukas Rogalla: *New York Times macht sich über Olaf Scholz lustig – «Langweiligster Typ im ganzen Land».* URL: <https://www.fr.de/politik/bundestagswahl-2021-olaf-scholz-new-york-times-usa-spd-kanzlerkandidat-armin-laschet-cdu-90956719.html> (3.12.2021).

brecht von Lucke fasst daher den Wahlsieg von Olaf Scholz und der SPD wie folgt zusammen:

Die SPD war zu einer nordwestdeutschen Regionalpartei geschrumpft. Nun ist sie wie Phönix aus der Asche emporgestiegen. Der sagenhafte Aufstieg geschah jedoch nicht aus eigener Kraft, sondern aufgrund des historischen Versagens ihrer Gegner. Mehr als jede andere Wahl zuvor wurde diese nicht durch den Sieger, sondern durch die Verlierer entschieden. Nicht die Stärke der SPD, sondern die Schwäche von Grünen und CDU/CSU hat die deutsche Sozialdemokratie aus ihrer Agonie befreit.<sup>4</sup>

Doch welche Rückschlüsse lassen sich aus dem zurückliegenden Wahlkampf im Hinblick auf den allgemeinen Zustand der Demokratie ziehen? Lässt sich durch einen Wahlsieg, der besonders aus den Fehlern des Spitzenpersonals konkurrierender Parteien resultiert, sowie durch eine allgemeine inhaltliche Leere des Wahlkampfes, die zentrale Zukunftsherausforderungen und Probleme der Menschen vernachlässigt und die die Kandidatenpräferenz zum entscheidenden Faktor werden ließ, gar von einer Krise der Demokratie sprechen? Gegen einen solchen Krisenbefund können drei Argumente angeführt werden. Erstens ist hinsichtlich eines wahrgenommenen langweiligen und inhaltsleeren Wahlkampfverlaufs grundsätzlich Vorsicht geboten, da ähnliches Vokabular bereits während vergangener Wahlkämpfe stets bemüht wurde.<sup>5</sup> Zwei-

tens hängt mit dem bestehenden Wahlverfahren zusammen, dass aus Parteiensicht im Anschluss an den Wahlkampf potenziell eine Koalition gebildet werden muss. Zu hart sollte der politische Gegner oder die politische Gegnerin also aus strategischen Gründen nicht angegriffen werden, was (besonders internationale) Beobachtende leicht als inhaltliche Leere und langweiligen Wahlkampf auslegen können. Drittens schließlich bedeuten eine mangelhafte politische Kultur und fehlende inhaltliche Debatten während eines Wahlkampfes nicht unbedingt auch eine systemische Krise oder gar eine Krise der Idee der Demokratie.

Mit Blick auf die zurückliegende Bundestagswahl lässt sich die politische Kultur vielmehr als Relikt der Merkel-Ära interpretieren, die durch asymmetrische Demobilisierung, das Mantra der Alternativlosigkeit, das Ausrichten der Politik nach Meinungsumfragen sowie eine wachsende soziale Ungleichheit geprägt war und sich auch auf die Zufriedenheit mit Politik und Demokratie auswirkte. Laut einer repräsentativen Umfrage der Generationenstiftung hat bei 70% der 16-26-Jährigen das Vertrauen in die Politik in den letzten vier Jahren stark gelitten und 83,4% fühlen sich von der letzten Regierung ignoriert.<sup>6</sup> Und auch die Mitte-Studie zeigt, dass demokratiefeindliche Einstellungen und ambivalente Haltungen gegenüber der Demokratie zuneh-

4 Albrecht von Lucke: Schwarz-grünes Versagen: Die Wiedererweckung der SPD. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2021, S. 5.

5 Vgl. Michael Schlieben, *Der langweiligste Wahlkampf aller Zeiten*. URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-08/bundestagswahlkampf>

langweilig-bundestagswahl-2021-cdu-spd-die-gruenen/komplettansicht (3.12.2021). Die als Beispiele angeführten «langweiligen» Wahlkämpfe in dem Artikel liegen alle in der Merkel-Ära.

6 Generationen Stiftung, Umfrage offenbart: *Vertrauen junger Menschen in die Politik ist tief erschüttert*. URL: <https://blog.generationenstiftung.com/2021/06/24/umfrage-offenbart-vertrauen-junger-menschen-in-die-politik-ist-tief-erschuettert/> (3.12.2021).

men, obwohl sich immerhin 72 % klar zur Demokratie bekennen.<sup>7</sup> In anderen Worten: Die normative Basis kommt der Demokratie scheinbar sukzessive abhanden. Der Philosoph Jürgen Habermas plädierte daher bereits 2016 für eine demokratische Polarisierung, um dem aufkommenden Rechtspopulismus den Boden zu entziehen:

Man müsste also politische Gegensätze wieder kenntlich machen, auch den Gegensatz zwischen der – im politischen und kulturellen Sinne liberalen – Weltoffenheit der linken und dem ethnonationalen Mief der rechten Globalisierungskritik. Kurzum: Die politische Polarisierung müsste sich wieder zwischen den etablierten Parteien um sachliche Gegensätze kristallisieren. Parteien, die dem Rechtspopulismus Aufmerksamkeit statt Verachtung widmen, dürfen von der Zivilgesellschaft nicht erwarten, dass sie rechte Parolen und rechte Gewalt ächtet.<sup>8</sup>

Zwar kann allein aufgrund der Bundestagswahl nicht von einer Krise der Demokratie gesprochen werden, es hat sich aber einmal mehr die politische Kultur gezeigt, die sich in der Ära Merkel etabliert hat und die sukzessive an der normativen Basis der Demokratie sägt. Eine Orientierung an der Idee einer deliberativen Demokratie im Sinne Habermas' könnte zur Revitalisierung dieser normativen Basis beitragen. Deliberative Politik kann hierbei ganz allgemein als öffentliche Verständigung und Beratung über politische Fragen durch Diskurs und Diskussion sowie als inklusiver Willensbildungsprozess ver-

standen werden. Nicole Deitelhoff fasst den Begriff der Deliberation wie folgt zusammen:

Mit «Deliberation» werden grundsätzlich politische Argumentationsprozesse gekennzeichnet. In einem normativen Verständnis von Deliberation, wie es Habermas entwickelt, werden deliberative Verfahren als Mechanismus legitimer Herrschaft verstanden. Daher tritt qualifizierend hinzu, dass die Argumentationsprozesse prinzipiell öffentlich sind und allen Entscheidungs-betroffenen die gleichen Partizipationschancen zukommen.<sup>9</sup>

Es muss also einerseits sichergestellt sein, dass alle einen gleichberechtigten Zugang zu Argumentationsprozessen haben und andererseits, damit einhergehend, kann dies nur gelingen, wenn die soziale Ungleichheit dem nicht diametral entgegensteht. Habermas schreibt in Anspielung auf die Sozialdemokratie:

Die Sozialdemokratien sind seit Clinton, Blair und Schröder auf eine im ökonomischen Sinne systemkonforme Linie eingeschwenkt, weil das im politischen Sinne «systemkonform» war oder zu sein schien: Im «Kampf um die Mitte» glaubten diese politischen Parteien, Mehrheiten nur auf dem Weg der Anpassung an den neoliberalen Kurs gewinnen zu können. Dafür haben sie die Tolerierung der langfristig wachsenden sozialen Ungleichgewichte in Kauf genommen. Inzwischen ist offenbar dieser Preis – das wirtschaftliche und soziokulturelle «Abhängen» immer größerer Bevölke-

7 Andreas Zick / Beate Küpper: *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn 2021.

8 Jürgen Habermas: Für eine demokratische Polarisierung. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/2016, S.S. 35–42.

9 Nicole Deitelhoff: Deliberation. In: Hauke Brunkhorst / Regina Kreide / Christina Lafont (Hg.): *Habermas Handbuch. Sonderausgabe*. Stuttgart/Weimar 2015, S. 301.

rungsteile – so weit gestiegen, dass sich die Reaktion darauf nach rechts entlädt. Wohin auch sonst? Wenn eine glaubwürdige und offensiv vertretene Perspektive fehlt, bleibt dem Protest nur noch der Rückzug ins Expressive und Irrationale.<sup>10</sup>

Neoliberalismus und Demokratie stehen also in einem permanenten Spannungsverhältnis, was auch dadurch deutlich wird, dass sich moderne Gesellschaften nur dynamisch stabilisieren können, was wiederum zeitintensiven Lebens- und Sozialformen wie der Demokratie diametral gegenübersteht.<sup>11</sup>

## Mehr Fortschritt wagen! Mehr Demokratie wagen!

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen soll noch kurz auf den Koalitionsvertrag «Mehr Fortschritt wagen» der Ampelkoalition eingegangen werden. Zwar enthält dieser viele emanzipatorische Errungenschaften, beispielsweise die Erhöhung des Mindestlohns, die Abschaffung des Paragraphen 219a, die Modernisierung des Sozialstaats und die Herabsetzung des Wahlalters auf 16. Doch sowohl die Finanzierung der Maßnahmen als auch Umverteilungspolitik bleiben ausgeklammert oder unklar. Bei allem berechtigten Optimismus hinsichtlich progressiver und emanzipatorischer Elemente, die herausgehandelt wurden, läuft der Vertrag Gefahr, dass kulturelle Anerkennungspolitik materielle Umverteilungspolitik

verdrängt und so ein progressiver Neoliberalismus resultiert.<sup>12</sup> Im Kern geht es Frasier, die den Begriff des progressiven Neoliberalismus geprägt hat, darum, dass sich Umverteilungsziele nicht unter der Kategorie der Anerkennung subsumieren lassen, weshalb es aus linker Sicht eines Dualismus bedürfe, der Umverteilungsziele nicht vollkommen von Anerkennungskategorien entkoppelt.<sup>13</sup> Eben jene Gefahr besteht im Hinblick auf die zukünftige Regierung.

## Fazit und Ausblick

Ob die wiedererstarke deutsche Sozialdemokratie die Mahnung Habermas' erhört und die nächste Regierung auch Maßnahmen gegen die wachsenden sozialen Ungleichheiten ins Feld führt, damit nicht noch mehr Bürgerinnen und Bürger Politik und Demokratie den Rücken kehren, bleibt abzuwarten. Fest steht auf jeden Fall zweierlei: Fortschritt ohne Demokratie ist keiner. Und Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten.<sup>14</sup> ■

10 Jürgen Habermas: Für eine demokratische Polarisierung. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/2016, S. S. 35–42.

11 Vgl. Wendy Brown: *In the Ruins of Neoliberalism. The rise of antidemocratic politics in the West*. New York 2019 sowie Hartmut Rosa: *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Frankfurt a. M. 2019.

12 Nils Markward: *Nancy Fraser: Wir brauchen eine Politik der Spaltung*. URL: <https://www.philomag.de/artikel/nancy-fraser-wir-brauchen-eine-politik-der-spaltung> (3.12.2021)

13 Nancy Fraser / Axel Honneth: *Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt a. M. 2013.

14 Aus Sicht der Politische Bildung sei an dieser Stelle auf zwei hervorragende Beiträge zum Verhältnis von politischer Bildung und Demokratie hingewiesen: Sibylle Reinhardt, *Politische Bildung für die Demokratie*. In: *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, Nr. 2/2020, S. 203–214 sowie Sabine Achour, *Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Appelle zur politischen Bildung*. In: Andreas Zick / Beate Küpper, *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn 2021.

# REZENSIONEN UND BERICHTE

Leon Billerbeck  
**Karl Marx reloaded**

Martin Endreß / Christian Jansen (Hg.):  
*Karl Marx im 21. Jahrhundert: Bilanz und  
Perspektiven*  
Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 2021, 596 S.,  
€34,95

Werner Schmidt: *Karl Marx. Ein humanis-  
tischer Denker für unsere Zeit*  
Hamburg: Argument Verlag, 2020, 168 Seiten,  
€18,00

Die Farben Rot und Blau prägen, betrachtet man die Farben der *MEGA* und zahlreicher Schriften, die in der Tradition der marxistischen Arbeiter:innenbewegung stehen, den Marxismus, wie keine anderen es wohl jemals können. In diesen Farben erschienen sind auch die Einbände zweier neuer Publikationen, die sich mit Marx und seinem theoretischen Denken beschäftigen. Sowohl Werner Schmidt als auch Martin Endreß und Christian Jansen (Hg.) haben sich als Ziel gesetzt, die Marx'schen Ideen für unsere Zeit nicht neu, aber doch anders zu interpretieren (oder interpretieren zu lassen) und somit eine breitere Leser:innenschaft abseits der Altbekanntenen, der Forscher:innen und Jungsozialist:innen, zu erreichen. Wenig überraschend sind die Autor:innen beider Bücher(teile) der einhelligen Meinung, dass Marx und die Theoreme des bärtigen Trierer, Philosophen und Politikers

nicht lediglich in die Geschichtsbücher gehören, sondern auch heute noch bei der Einordnung aktueller Phänomene helfen können.

*Endreß* und *Jansen*, Universitätsprofessoren aus Trier und Frankfurt, zeigen mit ihrem Sammelband unter dem Titel *Karl Marx im 21. Jahrhundert – Bilanz und Perspektiven* verschiedene und weitreichende Perspektiven auf. Sie selbst schreiben über ihr Buch, ein Produkt des Marx-Jahres, es sei «hervorgegangen aus der internationalen Konferenz ›Karl Marx 1818–2018. Konstellationen, Transformationen und Perspektiven‹, die vom 23.–25. Mai 2018 anlässlich seines 200. Geburtstages in Marx' Geburtsstadt stattfand»<sup>1</sup>. Kein Wunder, dass die beiden im vorliegenden Band eine Vielzahl namhafter deutscher und internationaler Forscher:innen zu Wort kommen lassen, unter anderem Gareth Stedman Jones, Axel Honneth oder Heinz Bude, dem das Schlusswort zukommt.

In ihrem Band galoppieren die Autor:innen durch alle Bereiche des alltäglichen Lebens und wenden die Marx'sche Lehre in all ihren Stadien auf aktuelle Phänomene an, umzeichnen die Entwicklung seiner Denkprozesse und beschreiben die unterschiedlichen Einflüsse, die den jungen Marx zu dem

<sup>1</sup> Martin Endreß / Christian Jansen (Hg.): *Karl Marx im 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektiven*. Frankfurt a.M. 2021, S.11.

machten, was er schlussendlich war. Marx' Stellung in der damaligen Arbeiter:innenbewegung, frei nach dem Motto, dass die Philosophen bereits genug diskutiert hätten, wird ebenso lobend wie auch kritisch beurteilt. Sein Einfluss auf die deutsche und die internationale Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsbewegung wird zudem kritisch gewürdigt. An unterschiedlichen Stellen wird klar, dass die Person, der Denker Karl Marx, im Laufe seines Lebens nicht nur von vielen Rückschlägen gezeichnet war und letzten Endes ein körperlich krankes und geistig nicht mehr voll zurechnungsfähiges Leben führte, sondern auch, dass er Zeit seines Daseins auf Erden die Wucht seiner Theorien und die sich abzeichnenden Änderungen im Gesellschafts- und Arbeitsleben, wenn, dann nur am Rande erfahren und nachzeichnen konnte. Sicherlich ist es ein Allgemeinposten zu behaupten, jede Generation habe viel erlebt und doch nur einen kleinen Abschnitt davon mitbekommen – bei Marx wirkt diese Aussage allerdings auf unterschiedliche Arten und Weisen befremdlich, betrachtet man sein Werk aus der Brille der heutigen Gesellschaft.

Marx lebte im Hier und Jetzt. Seine Werke zielten auf die Emanzipation der Arbeiter:innenklasse, auf den unumgänglichen Umschwung des Kapitalismus in ein gerechteres System, in dem jede:r «morgens jagen, mittags fischen und nachmittags Viehzucht betreiben»<sup>2</sup> könne und all das, ohne darauf zu verzichten, nach dem Essen noch fleißig zu kritisieren. Sicherlich sind die dogmatischen Teile von Marx die schwächsten, diejenigen, die von einer Teleologie der Geschichte ausgehen und dem Kapitalismus ein schnelles und brachiales Ende vor-

hersagen. Sicherlich sind diejenigen Theorien auch die, die am falschesten sind und unter denen der Diskurs rund um das Marx'sche Denken am meisten gelitten hat. Dennoch – und hierin liegt die Meisterleistung, der Grund weshalb sich die Autor:innen und auch zahlreiche weitere Personen, Wissenschaftler:innen und auch Journalist:innen mit dem alten Mann aus Trier noch heute befassen – finden seine Theorien aktueller denn je Anwendung auf die Wirtschaftsordnung, die vor 200 Jahren, zu Marx' Lebzeiten, gerade in ihren Wehen lag.

Wer das nicht glauben will, der darf gern entweder einen Blick in die zahlreichen (zum Teil neoliberalen) Zeitungen werfen, die zyklisch nach Wirtschaftsabschwüngen bzw. Crashes an den Börsen herausfinden, dass Marx schon damals solche Phänomene beispielsweise mit seiner Theorie des tendenziellen Falls der Profitrate, wenn schon nicht erklären, dann doch zumindest anreißen konnte. Oder aber, wer diese Mühe nicht auf sich nehmen will – und das ließe sich gut nachvollziehen –, der kann auch einen Blick in die Schriftensammlung von Endreß und Jansen werfen.

Werner Schmidt versucht zwei Jahre nach dem Marx-Jahr in seinem Buch ebenfalls die Aktualität der Thesen des Trierer Wissenschaftlers für eine breitere Masse zu rezipieren und auf die Wichtigkeit und Aktualität der Thesen sowie ihre historische Genese zu verweisen. Hierbei geht er chronologisch vor und beschreibt die Geschichte der Theorien als eine Art Geschichte der Erwachsenwerdung des jungen Karl Marx.

Ein bereits vielfach debattierter Punkt und mittlerweile auch im Mainstream akzeptiertes Argument ist die Wechselhaftigkeit im Marx'schen Denken. In unterschiedlichen Epochen seines Wirkens findet man jeweils verschiedene Arten und Weisen, wie

2 [http://www.mlwerke.de/me/me03/me03\\_009.htm](http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_009.htm) (21.11.2021).

und ob er sich mit Phänomenen beschäftigte. Von einem überzeugten Demokraten und Religionskritiker verwandelt sich Marx nach dem Beginn seiner Kooperation mit Engels und einem Besuch in den Slums des sich entwickelnden Manchester zu einem Kommunisten – doch nicht über Nacht, sondern als Genese und Zusammenwirken der unterschiedlichen Eindrücke im Leben Marx', wie Schmidt zu zeigen vermag.

Nach einem ausführlichen Teil zur Biografie des jungen Marx, insbesondere seiner Geburt und seinen frühen Jahren, steigt Schmidt in die theoretische Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen, in seiner Wahrnehmung wichtigen Teilen der ideologischen Ausrichtung von Marx ein. Neben den beiden Konzeptionen des doppelt freien Lohnarbeiters beschreibt er den Warenfetisch und den Charakter der Arbeit (und ihre Unterteilung) sowie ihre entsprechend zentrale Rolle im Denken von Marx und für die weitere Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus. Auf letzteres geht Schmidt in seinen finalen Kapiteln ein. Er versucht historisch einzuordnen, welche Bedeutung Marx in der Arbeiter:innenbewegung von damals spielte und wie sich die unterschiedlichen Formen des Marxismus (Kommunismus / demokratischer Sozialismus / Sozialdemokratie) bis hin zur autoritären Diktatur innerhalb der Staaten der UdSSR herausbilden konnten. Hierbei zieht er prominente Denker:innen der sozialistischen Bewegung von Luxemburg bis Gramsci heran, um seine Thesen zu untermauern.

Schmidt versteht es mit marxistischen Begriffen zu jonglieren, als seien sie Teile des alltäglichen Sprachgebrauchs. Die Welt, die er den Leser:innen aus der Perspektive des jungen Marx näher zu bringen versucht, zeichnet er getreu der Schriften und Ver-

öffentlichungen von Marx und seinen vielen Deuter:innen, die sich historisch an ihm abgearbeitet haben. Die Dialektik, die das Marx'sche Denken durchzog, spielt hierbei immer eine große Rolle. Mithilfe dieser theoretischen Konzepte bringt er viele, oftmals auch absichtlich falsch verstandene Mythen gegenüber dem Marxismus ins Wanken und zum Teil auch zu Fall.

Der Widerspruch zwischen Kollektiv und Individuum, zwischen Mensch und Gesellschaft ist hierbei ein zentraler Punkt. Dieser ließe sich bei der Betrachtung des Titels bereits erahnen und spielt auch in der weiteren Auseinandersetzung innerhalb des Buches eine wichtige Rolle. Grundlegend in dieser Auseinandersetzung könnte man die Frage stellen: Wie würde Marx die vermeintlich realsozialistischen Systeme der ehemaligen UdSSR bezeichnen bzw. bewerten? Marx, der eigentlich freiheitsliebende und die preußische Borniertheit stets ablehnende. Marx, der blühende Demokrat und Kritiker der Kritik. Wie kann er die Unterdrückung des Individuums durch einen übermächtigen Staat und gewaltsame ideologische Zwangserziehung gutheißen können – ein System also, in dem alle Werte für die er stritt und eintrat, die Freiheit der Presse und des Individuums sowie die Menschenrechte, einfach verloren gehen? Schmidts Antwort: Gar nicht. Falsch verstanden und einige Revisionen verpasst: Das trifft die Auslegung der Bolschewiki am besten. Grundlage für Marx' humanistisches Denken, von dem die oben aufgeworfene Dialektik nur ein Teil ist, ist stets die Befreiung der eigenen Fesseln durch das Individuum selbst. Dieser Teil wurde damals von der kommunistischen, aber auch von der sozialdemokratischen Partei weitgehend ignoriert, die der Praxis halber den Staat zum idealen Gesamtkapitalisten stilisieren wollten, um dies

in die Tradition des Marx'schen Denkens zu rücken. Hierbei ist allerdings unter den Tisch gefallen, dass gerade der Staat ein Zusammenschluss der Menschen an sich ist – ohne Menschen kein Staat. Fragt sich nur, wie sich das Dilemma der Menschlosigkeit im Staat anders lösen ließe, ohne Unterdrückung und Gewalt – kurzweg durch eine vermeintlich revolutionäre Avantgarde, welche die reine Lehre serviert und die Menschen innerhalb des Landes zu erziehen versucht.

Schmidt ist sich der historischen Fehlritte der vermeintlichen Vertreter:innen des Marxismus bewusst. Statt allerdings, wie die ideologische Gegenseite, nun laut zu skandieren, dass der Marxismus eine Theorie von gestern sei, geht der Autor in die Offensive und erkennt die Fehler der Vergangenheit an, um aus ihnen zu lernen. Das Marx'sche Denken offenbart zahlreiche Anknüpfungspunkte, wie eine moderne, gerechtere Gesellschaft aussehen kann. Diese Potenziale, dem humanistischen Gedanken von Marx folgend, gilt es nun auszuloten.

Beide Bücher haben den Anspruch, Marx einer neuen Generation zu vermitteln, seine Aktualität aufzuzeigen und mithilfe seiner Schriften sowohl den zeitgenössischen Kapitalismus ein Stück weit verständlicher zu machen, als auch Denkanstöße zu alternativen Wirtschaftsmodellen und Gesellschaftsordnungen zu liefern. Entsprechend fallen auch die Stärken aus, die sich insbesondere in ihrem Umfang und der mitgebrachten Expertise der Autor:innen unterscheiden. Während mit Werner Schmidt ein bekennender und auch bekannter wie anerkannter Marxist sich der theoretischen Ansätze des Mohren bedient und diese in seinem Buch ansprechend seziert und auflistet, bringen Endreß und Jansen in ihrem Sammelband auf der dreifachen Anzahl der Seiten zahlreiche Perspektiven aus einem deutsch-

sprachigen und internationalen Diskurs zusammen – eine Leistung, aber auch ein Anspruch, den das Werk von Schmidt nicht haben kann. Während das Schmidt'sche Buch sich sicherlich für einen anfänglichen Einblick in die theoretische Gedankenwelt von Marx eignet und empfehlenswert ist für die Zielgruppe, die er anvisiert, ist das Buch von Endreß und Jansen eher als Konstrukt der Multiperspektivität auf Marx zu verstehen, in welchem alle Kapitel einzeln als Ausarbeitungen zum Marxismus gelesen und verstanden werden können.

Zum Schluss möchte ich besonders die beiden Kapitel zur «Kapitalismuskritik und der Kapitalismusanalyse» sowie der Verwurzelung von «Marx in der Arbeiter:innenbewegung» aus dem Buch von Endreß und Janßen herausheben. Hierbei sind meines Erachtens nach pointiert zwei Bereiche besprochen und aus diversen Perspektiven beleuchtet worden, die im kontemporären Diskurs zwar immer als Allgemeinposten mit erwähnt, allerdings nie in der Tiefe durchdrungen werden, wie dies eigentlich nötig wäre, um die entsprechenden Schlüsse für die zukünftige Arbeit an und mit Marx zu ziehen.

Es lässt sich festhalten, dass beide Bücher eine wirkliche Bereicherung für die neuere und neueste Debatte um Marx und über das Marx-Jahr hinaus darstellen und dass die zahlreichen Autor:innen ihren Anspruch erfüllen können, Aktualität und Wichtigkeit des Trierer Philosophen unter Beweis zu stellen. Die Lektüre beider Bücher lässt sich insgesamt folglich sehr empfehlen. ■

Holger Hertel

**«Ein wichtiger und gelungener Band zur Einführung in das politische System der Bundesrepublik Deutschland»**

Florian Grotz / Wolfgang Schroeder:

*Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*

Wiesbaden: Springer VS, 2021, 472 S., €24,99

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland ist ein zentraler Bestandteil deutscher Politikwissenschaft und bildet an den meisten deutschen Universitäten einen Grundpfeiler des Politologiestudiums. Aufgrund dessen ist vor allem für Studienanfänger:innen ein begleitender Einführungsband, der ihnen das zu erwerbende Wissen gut strukturiert und verständlich darlegt, von großer Bedeutung. Gerade in Zeiten der Pandemie, in der Präsenzveranstaltungen gar nicht oder nur in geringem Maße möglich sind, ist er eine wichtige Stütze zum Wissenserwerb. Daher ist es umso erfreulicher, dass Florian Grotz und Wolfgang Schroeder mit *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung* ein Band gelungen ist, der eine große Hilfestellung für den Studienbeginn bietet sowie gleichzeitig auch dem politologisch interessierten Leserkreis als Überblick dient und der sich darüber hinaus zum Selbststudium ebenso wie als Nachschlagewerk bestens eignet.

Große Übersichtlichkeit gelingt den beiden Autoren durch den stringenten und logischen Aufbau ihrer Darstellung. In insgesamt 15 Kapiteln widmen sich die beiden Autoren dem politischen System des Landes. Jeder Abschnitt benennt die Aufgaben und Interessen der zu behandelnden Institution bzw. Akteurin ebenso wie deren Organisation und historische Entwicklung. Um die Bedeutung der Europäischen Union

für die Bundesrepublik und ihr politisches System zu verdeutlichen, wird außerdem in jedem Abschnitt des Bandes der Frage nachgegangen, wie die jeweils behandelte politische Institution oder Akteurin in das europäische Mehrheitsystem integriert ist und welche wechselseitigen Einflüsse von bzw. auf die Europäische Union ausgeübt werden. Abschließend behandelt jedes Einzelkapitel in einem Fazit deren jeweilige Stärken, Schwächen und auftretende Herausforderungen.

Die beiden Autoren eröffnen im Vorwort des Bandes selbst, welche Besonderheiten das Buch seinen Leser:innen bietet. Wie bereits beschrieben, nutzen Grotz und Schroeder einen einheitlichen Rahmen zur Analyse der Strukturelemente des deutschen Regierungssystems, um die Funktionsweise der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung in den Fokus zu rücken. Außerdem nehmen sie eine institutionen- und akteursbezogene Perspektive ein, um dadurch ein «Mehrebenensystem, das von der Kommune über die Länder und den Bund bis zur europäischen Ebene reicht» aufzuzeigen.<sup>1</sup>

Nach einem einführenden Kapitel, in dem der konzeptionell-theoretische Rahmen des politischen Systems gesteckt und dessen historische Entwicklung in aller Kürze präzise zusammengefasst wird, widmen sich die Autoren der Europäischen Union. Sie behandeln das europäische Einwirken auf die demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung hierzulande und betrachten die EU als «supranationalen Rahmen» für das politische System der Bundesrepublik. Die Betrachtung der EU zu Beginn, ihre Bewertung durch die Autoren sowie die Teilabschnitte zur Integration der

<sup>1</sup> So auf Seite V.

Institutionen und Akteurinnen in das europäische Mehrheitssystem führen der Leserin die enorme Bedeutung Brüssels für die Bundesrepublik vor Augen. So berichten Grotz und Schroeder unter anderem von Gesetzgebungszuständigkeiten bspw. in der Land- und Forstwirtschaft, die von den Ländern an die Europäische Union übertragen wurden oder von der Komplexität des Verhältnisses zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof.

Die folgenden Abschnitte behandeln den deutschen Föderalismus, das hiesige Wahlrecht und Wahlsystem sowie die politischen Parteien der Bundesrepublik. Interessant ist auch die Hinzuziehung von Verbänden in die Abhandlung, deren Einflussnahme und Bedeutung im Gesetzgebungsprozess behandelt und kritisch hinterfragt werden. Gleiches gilt für die Medien, deren Rolle als «vierte Gewalt» innerhalb des politischen Systems untersucht wird. Hierbei zeigen die Politologen den Aufstieg des Internets bei gleichzeitigem Bedeutungsrückgang klassischer Medien ebenfalls auf. Teilöffentlichkeiten entstehen, die eine Polarisierung der Gesellschaft zur Folge haben. Generell fällt auf, dass Grotz und Schroeder im gesamten Band mit Hilfe von Zahlen und Grafiken wichtige Eckdaten einbringen, dadurch die behandelten Inhalte, mögliche erbrachte Erfolge, aber auch Schwachstellen im System präzise aufzeigen und dadurch der Leserin den Zugang zu den behandelten Themen erleichtern.

Erst nach diesen grundlegenden Erläuterungen behandelt der Band die Legislative, Exekutive und Judikative des Landes. Dabei widmen sich Grotz und Schroeder auch den föderalen Strukturen Deutschlands. In den Abschnitten zu den Ländern und Kommunen arbeiten die beiden Autoren die heute vorliegende sozioökonomische und sozio-

kulturelle Heterogenität der Länder heraus, zeigen Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede der jeweiligen Verfassungsinstitutionen in Ländern und Kommunen auf und werden somit dem eigenen Anspruch gerecht, das politische System der Bundesrepublik von der europäischen bis zur kommunalen Ebene zu analysieren.

Das abschließende Kapitel zur Resilienz der Demokratie untersucht das politische System der Bundesrepublik hinsichtlich seiner Funktions- und Leistungsfähigkeit unter schwierigen Rahmenbedingungen und betrachtet hierzu die wachsende Macht Chinas, das Wiedererstarken Russlands, die Globalisierung der Finanzmärkte, die zunehmende Migration, den Klimawandel, sowie den innerstaatlichen demografischen Wandel und die wachsende Ungleichheit zwischen Regionen, sozialen Gruppen und den Rechtspopulismus.<sup>2</sup> In insgesamt zehn Thesen fassen die Autoren die wichtigsten Veränderungen des demokratischen Regierens in Deutschland zusammen und reflektieren dabei mögliche Handlungsoptionen. Hierbei greifen sie immer wieder auf die Ergebnisse der Zwischenfazits der einzelnen Teilabschnitte zurück. Ihr primäres Interesse liegt im Spannungsverhältnis zwischen den etablierten Strukturen und Pfadabhängigkeiten auf der einen und den Veränderungsdynamiken auf der anderen Seite. Grotz und Schroeder attestieren dem politischen System der Bundesrepublik «eine intransparente und ineffiziente Verantwortungsteilung innerhalb und zwischen den Ebenen, [eine] ungezügelter Aufwertung der Exekutive, [eine] zunehmende Bedeutung von Expertinnen und Expertengremien im politischen Entscheidungsprozess, [eine] veränderte Kommunikation im

<sup>2</sup> Vgl. S. 406.

hybriden Mediensystem sowie nicht zuletzt [eine] abnehmende Vermittlungsfähigkeit der Parteien und Verbände zwischen dem Regierungssystem und den Bürgerinnen.»<sup>3</sup> Eine wachsende Skepsis und Politikverdrossenheit sowie populistische Bewegungen stünden einem politischen Handeln entgegen, das darauf abziele, verbindliche Regeln für alle zu schaffen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, eröffnen die Politologen in einem Maßnahmenkatalog mögliche Lösungsansätze. Die Bevölkerung müsse über fundierte Grundkenntnisse über das politische System verfügen, um ihm gegenüber eine positive Einstellung zu erhalten. Außerdem plädieren beide für mehr politische Partizipation der Bürgerinnen. Es gelte Feinden der liberalen Demokratie entschieden entgegenzutreten und gleichzeitig offen für Reformansätze zu sein. Außerdem müssten die Institutionen ihre systemnotwendigen Leistungen erbringen und die an sie gerichteten Anforderungen erfüllen. Des Weiteren bedarf es nach Grotz und Schroeder eines breit aufgestellten, demokratiefreundlichen Mediensystems, in dessen Zentrum die öffentlich-rechtlichen Medien mit einem breiten, alle gesellschaftlichen Positionen umfassenden Angebot stehen. Dies wirke sich positiv auf die privaten Angebote aus und festige die hybride Medienordnung der Demokratie.

Ein Blick auf den aktuellen gesellschaftlichen Diskurs während der pandemischen Lage zeigt deutlich, dass die Autoren mit dieser Einschätzung vollumfänglich richtig liegen. Die Argumente von Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen für die Sinnhaftigkeit einer Covid19-Impfung sind bei vielen Menschen nicht angekommen. Deutschland belegt bei der Impfquote im europä-

schen Vergleich einen hinteren Platz. Trotz einer klaren Faktenlage bleibt eine Vielzahl von Menschen skeptisch und verunsichert. Die Entscheidung für eine Impfpflicht ab Februar nächsten Jahres ist richtig und wichtig, obwohl sie vor einigen Wochen von allen Seiten noch kategorisch ausgeschlossen wurde. Sie zeigt jedoch auch ein Versagen des Systems, in dem zentrale Akteure zu einer Vielzahl der Bürgerinnen des Landes nicht mehr durchdringen. Fraglich muss jedoch bleiben, ob die von Grotz und Schroeder aufgezeigten Maßnahmen im politischen Berlin Beachtung finden und bei Umsetzung ihre Wirkung entfalten. In der aktuellen Krise wird deutlich, vor welchen Herausforderungen das Land und sein demokratisches System stehen. ■

.....

**Tobias Schweitzer**  
**Immer wieder Neoliberalismus –  
 und kein Ende in Sicht?**

Wendy Brown: *In the Ruins of Neoliberalism. The rise of antidemocratic politics in the West*  
 New York: Columbia University Press, 2019, 248 S., €24,99

Thomas Biebricher: *Die politische Theorie des Neoliberalismus*  
 Berlin: Suhrkamp Verlag, 2021, 345 S., €22,99

Mindestens so einschneidend wie der Beginn der Coronapandemie im März 2020 die globalen Alltagspraktiken hin zu Isolation, Kontaktreduktion und Achtsamkeit veränderte, wirbelten die politischen, sozialen und ökonomischen Folgen jener Maßnahmen das politische Vokabular unserer Tage durcheinander. Die polit- und sozial-

3 S. 423.

theoretischen Zeitdiagnosen warteten nicht lange, um die «Rückkehr des Staates», die finale Bestätigung über ein Leben im permanenten Ausnahmezustand und eben auch das «Ende des Neoliberalismus» zu proklamieren. Bereits vor Ausbruch der Pandemie beschäftigten sich Wendy Brown (*In the Ruins of Neoliberalism. The rise of anti-democratic politics in the West*) und Thomas Biebricher (*Die politische Theorie des Neoliberalismus*) aus politiktheoretischer Perspektive mit Vergangenheit und Gegenwart des Neoliberalismus: von einem Ende desselben war da kaum die Rede.

Brown knüpft mit ihren Überlegungen zum Zusammenhang von Neoliberalismus und Autoritarismus an ihre 2015 erschienene Studie *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört* an. Der hier besprochene Text stellt eine Weiterentwicklung und Revision einiger der dort verfolgten Gedanken an und besticht, wie der zurückliegende Text, durch sein genuin zeitdiagnostisches Erkenntnisinteresse. Entfaltet wird hierbei die These, dass die in sozialwissenschaftlicher Forschung, journalistischer Berichterstattung und realpolitischen Kämpfen viel analysierte, beklagte und gleichzeitig doch immer wieder bestrittene neoliberale Freisetzung des Marktes einerseits und die autoritär-neokonservative Revolte von rechts außen in zahlreichen Demokratien des «Westens» andererseits nicht als Gegensätze, sondern als zwei Seiten einer Medaille zu verstehen sind. Neoliberalismus wird dabei nicht als bloße Theorie (und Praxis) der Neugestaltung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie, Staat und Markt verstanden, sondern im Anschluss an neomarxistische Kapitalismusanalysen sowie die Vorlesungen Michel Foucaults zur Gouvernementalität des Liberalismus als

umfassendere «political rationality», die sich durch «its multipronged attack on democracy and its activation of traditional morality» (Brown 2019: 21) auszeichne.

Der Text gliedert sich in fünf Kapitel: Unter dem sprechenden Titel «Society must be dismantled» skizziert Brown den Versuch, den Gesellschaftsbegriff auf eine bloße Ansammlung von Individuen und Familien zu reduzieren. Als Hauptprotagonist an dieser Stelle sowie im weiteren Verlauf des Buches erscheint dabei der österreichische Ökonom und seines Zeichens Nobelpreisträger Friedrich von Hayek. Dies ist angesichts der Schärfe und Brisanz der dort anzutreffenden Ausführungen zwar durchaus nachvollziehbar, ob ihm die Zentralstellung gebührt, die ihm in den Analysen Browns zukommt, wird jedoch nicht mehr eigens begründet. Der Reduktion des Gesellschaftsbegriffs auf individualisiertes Humankapital und beziehungslose Familieneinheiten folgt die Rekonstruktion einer prononcierten Demokratiekritik, die sich in einer Relativierung und Trivialisierung politischer Institutionen und Begriffen des Allgemeinen und Gemeinsamen (Mehrheitsregel für Milton Friedman, Volkssouveränität für Friedrich von Hayek) artikuliert. Das dritte Kapitel stößt dann zum argumentativen Kern des Buches vor und versucht den Nachweis über «the place of traditional morality (...) within neoliberal reason (Brown 2019: 96) zu liefern. Märkte wie traditionelle Moralität stellen, das weist Brown in einer luziden Hayek-Lektüre nach, Ordnungs- und Koordinationsmechanismen dar, die durch ihren evolutionären und spontanen Charakter jedweden demokratischen Regulations- oder gerechtigkeitsorientierten Interventionsbemühungen überlegen sind. Der sozial-reformerische Versuch «to replace historically evolved spontaneous order, borne by tradition, settled into

custom, with rational master design for society» (Brown 2019: 107) erscheint von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Politisch rückübersetzt bedeuten diese Annahmen nun eine Erweiterung und Vergrößerung der Sphäre negativer Freiheit, um die Autorität der Tradition im Bereich familialer Privatheit störungsfrei zum Gedeihen zu bringen. Zwar lebt der Text von seinem rhetorischen Schwung, jedoch hätte gerade an dieser Stelle, auch wenn die Autorin den naheliegenden Verweis auf die Autorität der Tradition bei Edmund Burke anführt, eine eingehendere und kontrastierende Diskussion des Verhältnisses des neoliberalen Geschichtsverständnis erkenntnistiftend sein können. Ein diskursanalytisch geschärfter Blick auf zwei Beispiele aus der US-amerikanischen Rechtsprechung soll nun die empirische Anbindung leisten: in beiden Fällen wird ein von seinen historischen Ursprüngen befreites, völlig formalisiertes Freiheitsverständnis des 1. Zusatzartikels der amerikanischen Verfassung mobilisiert, um ein im Kern konservatives Projekt zu realisieren. Mit einem durchaus spekulativen, aber höchst spannenden Versuch der Aktualisierung des nietzscheanischen Nihilismusbegriffs und des Konzepts repressiver Entsublimierung von Herbert Marcuse beschließt die Autorin ihren Text: In der gegenwärtigen Verwendungsweise des Freiheitsbegriffs durch politischen Protest von rechts erkennt Brown nichts anderes mehr als die Verteidigung des voluntaristisch-selbstgenügsam Akt des «I will because I can, because I believe in nothing and I am nothing other than my will to power» (Brown 2019: 171).

Auch Thomas *Biebricher* interessiert sich in seiner bereits 2018 auf Englisch als Habilitationsschrift erschienenen Studie für einen Begriff von Neoliberalismus, der diesen

nicht ausschließlich als politökonomische Praxis versteht, sondern in seiner ideellen Dimension ernst nimmt und die darin verhandelte «inhärent politische Problematik» (Biebricher 2021: 23) zu analysieren vermag. Neoliberalismus erscheint bei Biebricher als diskursives Feld, das in durchaus kritischer Anknüpfung an verschiedenste Liberalismen des 18. und 19. Jahrhundert, um das *politische* Problem der Schaffung bestmöglicher Bedingungen zur störfreien Entfaltung von Märkten konzentriert ist.

Die Studie ist in zwei Teile gegliedert: Teil eins widmet sich in systematischer Absicht entlang der vier großen Schlagworte *Staat, Demokratie, Wissenschaft und Politik* eben der politischen Theorie des Neoliberalismus, Teil zwei versucht das skizzierte Panorama der neoliberalen Gedankenwelt mit dem aktuellen Zustand der Europäischen Union zu verknüpfen. Biebricher verfährt gänzlich systematisch, analysiert die ideellen Vorstellungen deutscher Ordoliberaler, wie Walter Eucken, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpkke, in einem gemeinsamen Aufriss mit denjenigen Friedrich von Hayeks, Milton Friedmans und James Buchanans und schreckt nicht davor zurück, rekonstruktive Analyse und immanente Kritik miteinander laufen zu lassen. Dabei zeichnet sich der Text auch dadurch aus, dass allzu simplen Konzeptualisierungen und landläufigen Erklärungen entgegengewirkt wird. So erscheint beispielsweise der *Staat* bei einigen Vertretern neoliberalen Denkens nicht einfach als diejenige Instanz, deren Handeln es in einem globalen Sinne hin zum Minimalstaat zurückzudrängen gelte, sondern der zu einem bestimmten Zwecke, nämlich der Aufrechterhaltung der Wettbewerbsordnung, positive Handlungsmaßnahmen nicht nur gestattet, sondern gänzlich vorgeschrieben werden. Zwar diskutiert Biebr-

cher, um bei jenem Beispiel zu bleiben, natürlich die vielfachen Beschränkungs-vorschläge für solche Eingriffe, über das Kriterium der Marktkonformität (Röpke), eine spezifische Auslegung des Rechtsstaatsprinzips (Hayek) oder verfassungsmäßig vorgeschriebene ausgeglichene Haushalte (Buchanan), genauso wie Beschränkungsversuche, die an der internen (Gewaltenteilung) und externen (Abtretung von Souveränität) Verfasstheit von Staatlichkeit ansetzen. Nichtsdestotrotz ist das Bild, wonach Neoliberalismus mit weniger Staat gleichgesetzt wird, damit angekratzt. Die am Beispiel des *Staats* gestreifte analytische Tendenz der durchaus produktiven Verkomplizierung der Sachlage wird ergänzt durch ein kontinuierliches Interesse des Autors für die punktuellen Leerstellen, internen Spannungen und systematischen Inkonsistenzen der referierten Positionen. Besonders plastisch wird dies im Kapitel zur *Politik*: die bis zu dieser Stelle des Buches detailreich entfaltete These von der *politischen* Theorie des Neoliberalismus gerät in Konflikt mit der manifesten Unfähigkeit eine geeignete Antwort auf die Frage nach dem *Wie* der vorgeschlagenen Veränderungen zu finden. Anders gesprochen: die neoliberalen Intellektuellen können zwar eine prononcierte Kritik der Verfehlungen zeitgenössischer Staatlichkeit, Demokratie und Wissenschaft vorlegen, scheinen aber nicht in der Lage, die Verwirklichung der anvisierten Veränderungen jenseits autoritärer, diktatorischer, technokratischer oder exzeptioneller Modelle politischen Wandels zu denken. Was am Ende übrig bleibt, wird treffend als «die Ohnmacht ordoliberalen Sollens» (Biebricher 2021: 207) charakterisiert. Der empirisch orientierte Teil zur «Disziplinierung Europas» bleibt dem selbsterklärten Ziel des Gesamtprojekts treu, indem er konsequent

nach den Auswirkungen einer «grundsätzlich ideationalen Aufladung von Interessen» (Biebricher 2021: 289) fragt und die gängigen sozialwissenschaftlichen Erklärungen und politischen Ereignisse zur polit-ökonomischen Architektonik der EU vor der Folie des im ersten Teil Skizzierten liest.

Beide Beiträge schaffen es, einer Tendenz zur Musealisierung ideengeschichtlicher Diskurse zu entgehen: Biebricher durch die konsequente Systematisierung, Brown durch ihren zeitdiagnostischen Anspruch. Letztgenannter Autorin gelingt es durch den essayistischen Stil und den Mut zum Spekulativen in Teilen besser, den Neoliberalismus als dasjenige dominante Element der Lebensform unserer Gegenwart auszuweisen, dessen destruktive Tendenzen bis in die Kapillaren des sozialen Lebens zurückzuverfolgen sind, die Analyse von Thomas Biebricher besticht demgegenüber gerade durch ihren Detailreichtum und die damit erreichte Weite des Blicks. Auch der inhaltliche Zusammenhang, der in beiden Texten auf unterschiedlichen Analyseebenen zwischen autoritär-neokonservativen Politiken und der sozialintegrativen Vormachstellung des Marktes gezogen wird, fällt ins Auge. Auch wenn es am Ende bei einer Antwort bleibt, die mehr offenlässt als sie beantwortet, treffen sich beide Analysen auf eindrückliche Art ebenfalls in diesem letzten Punkt: Gegenrezepte zum real existierenden Neoliberalismus werden sich nicht auf die Reaktivierung von Staatlichkeit beschränken dürfen, sondern verlangen nach genau dem, was dieser fortwährend untergräbt und bekämpft: Demokratie in einem umfassenden Sinne. ■

Wolfgang Kowalsky

## Neue Zeiten auch für die IG Metall

Kurt Thomas Schmitz: *Die IG Metall nach dem Boom. Herausforderungen und strategische Reaktionen*

Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf., 2020, 256 S., €26, 90

Das Funktionieren einer Gewerkschaft wie der IG Metall hat Beobachtern schon immer Rätsel aufgegeben; umso passender, dass sich ein profunder Kenner des Corpus delicti annimmt, K.T. Schmitz, von 1978–1991 Referent in der Grundsatzabteilung des 1. Vorsitzenden der IGM. Von einem Insider könnten verschiedene Ansätze erwartet werden, die mehr oder weniger sinnvoll wären: Mit Anekdotischem oder Skandalösem aufzuwarten, wäre nicht zielführend, hingegen könnten wertvolle Einsichten in damalige Kräftekonstellationen eine zeithistorisch angelegte Beschreibung ergänzen, da sie die interne Konfliktlinien und Pluralität, Diversität von Strömungen zum Vorschein bringen könnten. Der Autor verlegt sich allerdings auf eine klassisch zeithistorische Herangehensweise, die einen durchaus brauchbaren Rahmen liefert.

Prof. Wolfgang Schroeder liefert die notwendige historische Einordnung der sozioökonomischen Transformationen 1975–2005, die Schmitz im Einzelnen ausmalt, allerdings aus einer stark organisationssoziologischen Binnenperspektive, die die damaligen gesellschaftlichen Debatten nur kursorisch streift, wie er kritisch anmerkt.

Die IGM ist grundlegend eingebettet in die bundesdeutsche Exportwirtschaft und entsprechend ausgerichtet. Mit Ende der «goldenen Jahrzehnte» (189) setzen Mitte der 1970er-Jahre Strukturbrüche ein. Schmitz konzentriert sich auf die Darstellung der Entwicklung der IGM in den

80er/90er Jahren. Die Tarif- und Betriebspolitik sieht er als Kern der Gewerkschaftsarbeit, die IGM als gigantische Lohnmaschine, die auch einen Gestaltungsanspruch bei Themen wie Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung aufweist.

Zurecht verweist Schmitz auf Winklers Diktum, dass sich der Faktor Kapital rasant internationalisiert, wohingegen der Faktor Arbeit im nationalstaatlichen Rahmen verbleibt und der Entwicklung hinterherhinkt. Ein Manko der IGM tritt dabei zutage: Selbst eine «Europäisierung» wird nicht angedacht und wer sollte auf dem Gebiet vorwärtsweisen, wenn nicht eine der größten Einzelgewerkschaften der Welt?

Stattdessen konzentriert sie sich erst einmal auf die «Neue Heimat», und minutiös referiert der Autor den Ausstieg aus der Gemeinwirtschaft, zitiert einige Bonmots der damaligen Gewerkschaftsleitung, ohne kritische Anmerkungen zu möglichen Alternativen. Es wurde einzig auf Abwicklung hin orientiert, ohne Alternativen ernsthaft in Betracht zu ziehen, wie beispielsweise eine Umwandlung in eine unabhängige Genossenschaft: die Stadt Wien besitzt bis heute ein Viertel des Wohneigentums in Gemeindeförderung, es ist also möglich, den Wohnungsmarkt nicht völlig dem Markt zu überlassen.

Ausführlich widmet sich der Autor den internen Zukunftsdebatten, wobei er ausführliche Zitate aus Geschäftsberichten unkommentiert und ohne Interpretation wiedergibt. Wäre es nicht sinnvoll gewesen, auch die Anträge für die Kongresse zu berücksichtigen, die interne Konfliktlinien («von unten») widerspiegeln, vom Ringen um die künftige «Linie» zeugen? Bekanntermaßen geben Geschäftsberichte eher den offiziellen Blick auf Dinge und Ereignisse wieder, in diesem Fall der Frankfurter Zentrale, wo-

bei Beschönigungen und Glättungen nie ausgeschlossen sind, wir es mithin nicht mit wissenschaftlichen Texten zu tun haben. Vom Gewerkschaftstag 1995 wird anschaulich die Intervention von W. Riester beschrieben, der die Gemengelage dialektisch auseinanderpflückt. Merkwürdigerweise wird der erzwungene Abtritt des 1. Vorsitzenden Franz Steinkühler einfach übergangen, der vielen wie ein Einschnitt erschien.

Die Reformdebatte, die mit der Konferenz über «Aufgabe Zukunft» 1972 startete, über die Zukunftsdiskussionen von 1987–89 bis zum Zukunftskongress 2002 und 2002 (43, 60) wird extensiv referiert und zurecht stellt Schmitz fest, dass Anstöße von Sozialdemokraten oder Grünen kaum aufgegriffen wurden, also selbst gesellschaftliche Debatten aus dem eigenen «Lager». Um den stetigen Mitgliederschwund aufzufangen, wurde die Zahl der Einzelgewerkschaften von 17 auf 8 verkleinert, wobei die IGM eine kleinere Gewerkschaft integrierte. Eine verstärkte Mitgliederwerbung im Jugend-, Frauen-, Angestellten-, Seniorenbereich war eine weitere Folge.

Eine wichtige Auseinandersetzung war die um die 35 Stunden-Woche 1982 und der Beschluss für vollen Lohnausgleich. Mit dem Pforzheimer Abkommen sieht Schmitz die Tendenz zur Verbetrieblichung der Tarifpolitik zementiert und er zeigt die Annäherung von Betriebs- und Tarifpolitik auf (128, 134).

Internationale Unternehmensfusionen sprengten den nationalen Rahmen der Mitbestimmungspolitik, aber aus dem Konstat wurden keine europäischen Konsequenzen gezogen. In den 1980er-Jahren organisierte der DGB eine nationale Mitbestimmungsinitiative, wobei ein Grund dafür die Tendenz war, dass die paritätische Mitbestimmung à la Montan sich zum Auslaufmodell

entwickelte (140). Geändert hat sich daran nichts, die Initiative verlief im Sande: Trotz der Verabschiedung einer Gesetzgebung für Eurobetriebsräte 1994 und für eine Europäische Aktiengesellschaft 2002 gelang es nicht, dem voranschreitenden Wegfall der Mitbestimmung einen Riegel vorzuschieben. Eine Ursache für die verfehlte Politik lag in der Tatsache begründet, dass kein klares Konzept zur Europäisierung entwickelt wurde – die zitierten Ausführungen von Reiner Hoffmann zur Europäisierung blieben oberflächlich plakativ, ohne auch nur anzudeuten, was das Konzept bedeuten könnte (114). Fazit bleibt, dass bei der erforderlichen gewerkschaftlichen Europapolitik zu spät zu wenig herauskam und zu unkonzeptionell vorgegangen wurde.

Die Sicht der IGM als Dienstleistungsgewerkschaft führte zu heftigen internen Debatten, aber sie werden vom Autor nicht expliziert. Er beschreibt hingegen, dass nach dem verlorenen Arbeitskampf in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie es beim Deal zwischen Peters und Huber darum ging, die verbreitete Lagerbildung zwischen «Traditionalisten» und «Modernisierern» zu überwinden. Wiederum liegt der Schwerpunkt auf der innerorganisatorischen Seite. Schmitz schildert sodann anschaulich die Wechselfälle und das schließliche Scheitern des «Bündnis für Arbeit» sowie dessen Verdrängung durch die Harz-Reformen und die Agenda 2010, schließlich die scharfe Kritik seitens der IGM. Im Folgenden gründeten Gewerkschaftsmitglieder zum Entsetzen der SPD die Wahlalternative, aus der später die Linke hervorging.

Insgesamt findet sich reichlich Anschauungsmaterial für die Entscheidungsfindung in der IGM in und nach der Boomphase der jungen Bundesrepublik. Mit seinem Buch unternimmt Schmitz den Versuch, das von

außen schwer durchschaubare «Phänomen» IGM der Leserschaft nahezubringen, indem er sich sowohl mit den Strukturbedingungen der Gewerkschaftsbewegung als auch mit den Aktionsradien damaliger Amtsträger befasst. Gerade vor dem Hintergrund der Zeitumstände zeigt Schmitz die Pfadabhängigkeit vieler Entwicklungen auf genauso wie Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Seine klassische Zeithistorie liefert einen Rahmen für weitere Gewerkschaftsforschung, die allerdings an einigen Stellen tiefer bohren muss. ■

.....

**Gero Neugebauer**  
**Wohin geht die SPD?**

**Gerd Mielke / Fedor Ruhose: *Zwischen Selbstaufgabe und Selbstfindung. Wo steht die SPD?***

Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf., 2021 150 S., €18,00

Nachdem Norbert Walter-Borjans die ihm zugespielte Publikation von Gerd Mielke und Fedor Ruhose gelesen hatte, dürfte er sich in seinem Entschluss bestätigt gesehen haben, nicht wieder als Co-Vorsitzender zu kandidieren. Er konnte sich – auch in Erinnerung an positive wie negative Erfahrungen sowie gelungene und misslungene Bemühungen und Anstrengungen – sicher sein, dass die Erneuerung der SPD ihn stärker strapazieren würde als er es sich zumuten durfte; sein Hinweis auf «Jüngere» in seiner Erklärung legt diesen Schluss nah. So gibt es nun zwei Antworten auf die Frage: «Wo steht die SPD?» Die eine ist: Vor der beschleunigten Suche nach einer neuen Führungsperson; das ist mittlerweile passiert.

Die zweite: mit rund 26 % Zweitstimmenanteil bei der BTW 2021 an erster Stelle vor der Union und damit vor dem Machtantritt. Den beiden Autoren hätte dieses Ergebnis allerdings nicht gereicht, denn nach ihrer «durchaus zurückhaltenden Einschätzung» (77) könnte eine SPD, die mit «auf dem Fundament ihrer Parteitraditionen» entwickelten «politischen Ziele und Programme» antritt, mit dem Zuspruch von «mehr als einem Drittel» (ebenda) des Wahlvolks rechnen. Soweit ist es zwar noch nicht. Doch das es soweit kommen soll, darin sind sich beide Autoren sicher; in diesem Punkt wird ihnen auch die Führung des WBH nicht widersprechen. Über den Weg dorthin dürften jedoch unterschiedliche Vorstellungen bestehen.

Dass dieses Ergebnis 2021 nicht zu erreichen gewesen wäre, hätten die Autoren aufgrund ihrer Analyse wissen können, denn die deckt das Fehlen einiger für einen solchen Erfolg notwendiger Voraussetzungen auf. Beiden Autoren, sie sind politisch in dem in der LTW 2021 in Rheinland-Pfalz erfolgreichen Landesverband der SPD aktiv, kann unterstellt werden, dass sie darauf hofften, mit ihrer Analyse die für den Bundestagswahlkampf Verantwortlichen mit dem einen oder anderen Hinweis unterstützen zu können. Sie wollen dabei helfen, für die SPD nach einem Weg «zurück ins politische Geschäft» (S.12) zu suchen. Dafür könnte diese Publikation, sofern sie überhaupt bis zu den verantwortlichen Personen für die – noch nicht abgesagte – Erneuerung der SPD durchdringt, eher geeignet sei als eine Mail an das Referat «Dialogkommunikation» im WBH. Das sendet Botschaften an die Mitglieder der SPD aus, erbittet jedoch keine Antworten, was die Mail-Adresse noreply@partei.vorstand.spd.de. vermuten lässt.

Die SPD trat zur Wahl mit einer auf eine Person fokussierten Kampagne sowie mit

einem in mehreren Etappen ausgearbeiteten Programm an, das in Manchem auf tradierte sozialdemokratische Werte zurückgriff und es dem Kandidaten erlaubte, sich seiner Partei und der Öffentlichkeit als «truly Sozialdemokrat» zu präsentieren. Das dürfte den Erwartungen der Autoren entgegengekommen sein, mindert jedoch nicht den Wert ihrer Analyse, denn die konzentriert sich auf die Beschreibung und Analyse langfristiger primär interner Ursachen des Niedergangs der SPD. Sie präsentieren darauf basierende manche geläufige sowie neue Vorschläge, wie sich die Partei politisch und organisatorisch erneuern sollte, um die von den Autoren für möglich gehaltene Stärke und Bedeutung (wieder) erlangen zu können.

Die Autoren skizzieren in ihrer Einleitung drei Ursachen der aktuellen Krise: das mangelhafte politische Profil, die geringe Akzeptanz der Führung der SPD im Wahlvolk und die labile Struktur der Parteiorganisation. Sie beschreiben das politische Feld der Sozialdemokratie: *Wurzeln, Programm und Werte* (14–36) und präsentieren danach eine «Bestandsaufnahme: Die Ursachen der Krise der SPD» (37–74). Diese sind nach ihrer Meinung die «*falschen Gerechtigkeitsvorstellungen*» infolge der Abkehr von der Tradition der Verteilungsgerechtigkeit, die «*Glaubwürdigkeitslücke*», verursacht durch die Wende zur und das Festhalten an der Agenda-Politik, das «*Personalangebot*» mit seinen stetigen Wechseln und den dadurch verursachten innerparteilichen Problemen, die durch eine nachlassende Integrationsfähigkeit und geringer werdende Bereitschaft zur parteipolitischen Teilhabe dokumentierte «*Entfremdung*», die angesichts sinkender Mitgliederzahlen und eines fehlenden diskursiven Pluralismus offensichtlichen «*Organisationsprobleme*» sowie die

sich seit langem abzeichnende und dennoch negierte «*Misere in Ostdeutschland*». Im Abschnitt «*Die SPD außerhalb des eigenen Felds beschleunigt ihre Krise*» werden kurz und knapp Vorschläge unterbreitet, wie die SPD dorthin zurückkehren könnten.

Ausführlich geschieht das im nächsten Abschnitt, der mit der These «*Mehrheiten für den sozialen Grundkonsens ermöglichen die Rückkehr ins sozialdemokratische Feld*» (75–90) überschrieben ist. Hier präsentieren die Autoren Antworten auf ihre leitende Fragestellung, wie die SPD ihre «Hegemonie als Partei der Wohlfahrtsstaatlichkeit» (75) zurückgewinnen könne. Die allgemeine Voraussetzung dafür sei, sich von der unter Gerhard Schröder betriebenen Politik zu distanzieren, denn ein neuer Zuspruch des Wahlvolks könne nur dann erreicht werden, wenn es der SPD gelingt, politisches Vertrauen in ihre Politik erzeugen und Wähler zu mobilisieren.

In den Beiträgen präsentieren Gerd Mielke und Fedor Ruhose Schlussfolgerungen, die sie aus ihrer praktischen Befassung und persönlichen Erfahrungen mit der SPD und deren Politik gewonnen haben. Zudem werten sie politikwissenschaftliche Literatur über Parteien aus und heben dadurch ihre Aussagen über die Ebene der persönlichen Betroffenheit hinaus, soll heißen, diese können nicht als singular und spezifischen Umständen geschuldet (ab)qualifiziert werden. Um zu erkunden, wie die SPD den Verlust an Vertrauen und Mobilisierungsfähigkeit beheben kann, konzentrieren sich ihrer Leitfrage auf zwei Bereiche und stellen zwei «Anknüpfungspunkte für eine breiter angelegte Rückeroberung der Deutungshoheit und der Kompetenz auf Feldern bieten, die für die SPD entscheidend sind» (76) vor. Der eine Bereich ist die Parteiidentifikation und der andere die verloren gegangene Partei-

identität, d. h. ihr «Markenkern als Hüterin der staatlich verbrieften sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit» (77). Der Niedergang der SPD in der Wählergunst, den die Parteispitze durch ein attraktives Kandidatenangebot aufhalten wollte, wird anhand von zwei Thesen erklärt. Die eine These geht davon aus, dass dafür der langfristige Bedeutungsverlust der Parteiidentifikation verantwortlich ist. Statt stabiler Bindungen wären, so die zweite komplementäre These, «kurzfristige und situative Bestimmungsfaktoren» (78) getreten. So hätten sich 2017 in einer Umfrage knapp 60 Prozent der Befragten anfänglich mit der SPD identifiziert; am Wahltag jedoch habe ein «beträchtlicher Teil der SPD-Verbunden» (79) jedoch entweder für B90/Grüne oder die PDL gestimmt. Die Auswertung von in der politikwissenschaftlichen Fachliteratur geführten Diskussionen oder dort präsentierten Forschungsergebnissen zeigt, dass seit 2005 das politische Vertrauen, heißt die «Identifikation mit der SPD», sowohl durch von ihr vertretene Positionen in Sachfragen als auch durch die präsentierten Spitzenkandidaten, gesunken sei. Der Vertrauensverlust sei entstanden, weil die SPD den langfristigen positiven gesellschaftlichen Konsens in der Bevölkerung zu einem expansiven Wohlfahrtsstaat missachtet habe. Trotz einer von der Politik, soll heißen von der Führung der SPD wie von der Union und der FDP, erzeugten negativen Stimmung gegen dieses Wohlfahrtsstaatverständnis, waren die Erwartungen in Richtung eines extensiven Wohlfahrtsstaatsmodells gestiegen. Deshalb habe die Politik der Agenda 2010 nicht nur zur Trennung der SPD von einem wesentlichen Teil ihrer Anhängerschaft, sondern zugleich «zu einer breiten Distanz und Politikverdrossenheit der Wählerschaft» (86) beigetragen. Die SPD solle deshalb in

Kampagnen, nicht «die Mitte», sondern «die Befürwortung des traditionellen Sozialstaats in den Mittelpunkt der politischen Kommunikation zu stellen.»(85). Überhaupt sei es nötig, traditionelle sozialdemokratische Politikansätze «systematisch und zeitgerecht» zu thematisieren, das Klimathema mit dem der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden und eine Strategie zur «Rückeroberung zentraler Politikfelder samt einer Sprache, mit der die SPD wieder erfolgreich in die öffentlichen Diskurse eingreifen kann» (89), zu entwickeln. Im Klartext: Die SPD soll ihre Kernkompetenz, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, ausbauen, im Anschluss an den Aufbau einer «Sozialstaatskoalition» (ebenda) weitere Politikfelder erschließen und eine «neue Staatlichkeit» (ebenda) schaffen. Voraussetzung dafür sei, dass die zentralen Aufgaben der Transformation wie Digitalisierung, Transformation der Arbeitswelt und klimaneutrale Umgestaltung der Industrie so gelöst werden, dass dadurch der Markenkern der SPD, die «Hinwendung zu einer zeitgemäßen wohlfahrtsstaatlichen Politik» (ebenda), erkennbar wird. Dazu sei es jedoch notwendig, dass die SPD durch eine Parteireform ihre partizipativen Ressourcen und Instrumente überprüft und ergänzt sowie mit unterschiedlichen Akteuren in der Gesellschaft Bündnisse schließt. Dem kann nicht widersprochen werden.

Mielke und Ruhose lassen keine Zweifel daran aufkommen, dass eine derartige Parteireform ein ehrgeiziges Vorhaben ist; sicher könnte das manche aus den Reihen der sozialdemokratischen Eliten überfordern, andere dagegen beflügeln. Die Übernahme der Regierungsführung wird jedoch wahrscheinlich dazu führen, dass die Unterstützung der Regierungspolitik und vor allem des Kanzlers zur primären Aufgabe der SPD werden wird. Dadurch werden sich in-

nerparteiliche Erneuerungsbestrebungen sowohl hinsichtlich ihrer Diskussion als auch ihrer Umsetzung verlangsamten, sofern nicht die oder der Co-Vorsitzende die eigene Profilbildung pflegen möchte. Im Kontext der Überlegungen, dass die SPD nicht nur eine Legislaturperiode eine Regierung führen sollte, ist eine organisatorische Erneuerung der SPD mit dem Ziel, die Integrations- wie die Repräsentationsfunktion der Partei zu stärken und dabei europäische wie internationale Perspektiven einzubeziehen, mehr als sinnvoll. Im Einzelnen geht es ihnen hinsichtlich der Organisationsreform darum, *«Das politische Gespräch wieder(zu)entdecken»*. Damit ist gemeint, auf «bleierne Rhetorik» zu verzichten und durch die Wiederbelebung traditioneller Wahlkampfmethoden wie Besuchen an der Haustür ein Potenzial zu erschließen, für das die SPD ansonsten nur ein «müdes Lächeln» (96) übrig habe. Wer im letzten Wahlkampf aus dem Kommunikationsbereich des WBH zu face to face Gesprächen aufgefordert wurde, dem wurden klassische sozialdemokratische Orte wie Barthecken, Küchentische und Spielplatzbänke als Zielorte genannt. Da geht Lächeln in Lachen über. *«Die politische Sprache entstauben und rekonstruieren»* bedeutet, über die politische Sprache nachzudenken, weg von rhetorischen Pflichtübungen und hin zu einem klassischen sozialdemokratischen Bezugsrahmen (Framing) zu kommen, um eine positive Stimmung zu erzeugen. Vor allem müsse jedoch die Partei «der Übermacht der spezifischen Rhetorik des politischen Gegners» (102) entgegentreten, wenn dieser wie im Wahlkampf eine «Linkskoalition» an die Wand male und die SPD dazu keine angemessene Entgegnung finde. *«Die SPD als vernetzte Partei erneuern»* heißt, eine Partei mit einem «festen organisatorischen

Gerüst, die ihre programmatischen Positionen vermittelt und ein Feld für Angebote (an andere gesellschaftliche Akteure, G.N.) schafft» (104), zu kreieren. Dazu sollten ihre beiden Stärken, die dezentrale Organisationsstruktur sowie die hohe Zahl der Mitglieder, aktiviert werden. Eine Reform von oben ohne eine Verständigung zwischen den einzelnen Führungsebenen über deren Notwendigkeit sowie über vorhandene und neu zu schaffende Potenzial bliebe erfolglos. Ebenso dringlich wie die Wiederbelebung der Beziehungen zu alten Partnern sei die Integration diverser Milieus, um die Partei mit der Gesellschaft zu vernetzen. Eine «dirigistisch-zentralistische Führungskultur» passe allerdings nicht zu einer zeitgemäßen Netzwerkgesellschaft. Eine *«Neue Personalrekrutierung ermöglichen»* heißt, sowohl durch den konsequenten Ausbau plebiszitärer Elemente in parteiinternen Entscheidungsprozessen als auch durch ein «neues Verständnis von Mitgliedschaft» einen Weg aus der «Legitimations- und Führungskrise» (106) zu finden. Logisch, dass dann *«Der oder die neue Parteivorsitzende von unten [kommt]»*, jedoch nicht mehr wie bislang nach anachronistischen, in «Dinosaurier-Organisationen» (109) üblichen, sondern eher nach Verfahren wie dem 2019 praktizierten offenen Wettbewerb. Der Verzicht von N.W.B. und die darauf folgenden Reaktionen machten jedoch schnell klar, dass es keine Fortsetzung des offenen Wettbewerbs geben würde; das Verfahren ist zudem noch nicht im Statut fixiert. Unter dem Titel *«Den Osten integrieren»* verbirgt sich eine bekannte, durch Wahlergebnisse bestätigte Überzeugung von Gerd Mielke, dass ohne die massive Mobilisierung der Mitglieder vor Ort keine Wahl gewonnen werden kann. Dafür steht beispielhaft die Organisations- und Mitgliederschwäche der SPD in den

ostdeutschen Ländern; darüber täuschen die zahlreichen 2021 oft mit knappem Vorsprung direkt gewonnenen Wahlkreise im Osten nicht hinweg. Schließlich werben die Autoren, so lässt dich das Fazit von *«Bündnisse auf dem sozialdemokratischen Feld erneuern – Anschlussfähig für neue Partner werden»* lesen, dafür, dass sich die SPD zu einer Partei mit einem neuen Charakter entwickelt, indem sie Lücken zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld schließt und Organisationen der Zivilgesellschaft Anknüpfungspunkte für Kooperationen bietet. Daraus resultierende Verbindungen, selbst wenn sie zu Konflikten führen, könne die SPD nutzen, um ihr Profil als «linke Volkspartei» nachzuweisen.

Drei Beiträge bilden den Schluss der Publikation. Im Beitrag *«Die Entwicklung der SPD seit 2019»* (119–130) zeigt sich die Enttäuschung der Autoren über weitgehend ausgebliebene Impulse zur Erneuerung der Partei. Das wird von ihnen auf Beharrungstendenzen der Führung des zentralen Apparats sowie das Selbstverständnis der Fraktion als eigenständiger politischer Akteur zurückgeführt, was zu einem reservierten Verhalten gegenüber der neuen Parteiführung geführt hätte. Die Aussagen über den Wahlkampf konnten nur vorläufige sein; die positiven Erwartungen an die digital geführte Kampagne könnten durch den Verlust an Stimmen aus den jüngeren Wählerkohorten, die wichtigsten Nutzer sozialer Medien, relativiert werden. Die Frage, *«Was bedeutet die Corona-Pandemie für die Sozialdemokratie?»* (131–136), wird im Frühsommer 2021 gestellt und auf der Basis der geringen Zustimmung zur SPD in den «Sonntagsfragen» mit der Feststellung beantwortet, dass der Kandidat damit nicht belastet werden könne, die Erneuerung jedoch gestoppt worden sei und ein Stim-

mungsumschwung noch nicht erreicht werden konnte. Der dritte Beitrag *«SPD 2021: Prekäre Rückkehr ins sozialdemokratische Feld»* (137–142) fungiert als eine Art vorläufige Bilanz. Vor dem Hintergrund der erfolgreichen LTW in Rheinland-Pfalz sowie der Erkenntnisse aus den Ausführungen über die Ursachen des Niedergangs und den Überlegungen zur Parteireform wird die Wahlkampagne der SPD zur BTW 2021 analysiert. Eine optimistische Bewertung ergibt sich hinsichtlich der Performance des Kandidaten, eher skeptisch wird die Entwicklung der SPD unter dem Aspekt ihrer Erneuerung betrachtet. Das vorläufige Urteil lautet, dass die Entwicklung noch prekär sei, weil sie sich noch nicht in den Parteieliten verfestigt habe. Erinnerung das an NoWa-Bo? Zudem fehlen noch entscheidende Wahlsiege, die auf der Basis ihrer Leit motive beruhen. Beides wird, davon sind die Autoren überzeugt, noch kommen. Skepsis ist angesagt, da die Personalentscheidung für die Nachfolge im Parteivorsitz nach den Regeln der «Dinosaurier-Organisation» erfolgt.

Die Publikation zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich in erster Linie auf die Reflektion innerparteilicher Faktoren und Bedingungen, also die innerparteiliche Verfasstheit, konzentriert. Von ihrer Reform erwarten die Autoren, beide sind politisch aktiv und wissen von daher, wovon und worüber sie sprechen, dass die SPD ihre Fähigkeiten zur Integration und Repräsentation und damit zugleich ihre Wettbewerbsfähigkeit erheblich verbessert sowie die Legitimation von Entscheidungen auf eine breite Basis gestellt werden würden. Diesen Vorschlägen unterlegen sie ein neues Verständnis von innerparteilicher Demokratie und innerparteilicher politischer Kultur. Der Markenkern der SPD ist für sie mehr als nur die wesentliche Voraussetzung für ihre

Identität, denn es ist darüber hinaus seine Funktion, Mitglieder zu motivieren, anlässlich von Wahlen und Kampagnen Anhänger zu mobilisieren und bei Wahlen Aufmerksamkeit und Nachfrage für das Angebot der SPD zu erzeugen, durch das sie sich als Alternative ausweist. Indem sie die SPD auffordern, angesichts der Auswirkungen sozialer Wandlungsprozesse auf die Milieustruktur sich gegenüber der Gesellschaft zu öffnen, kritisieren sie – unbeabsichtigt? – die mangelhafte Beachtung der Funktion der Mitglieder als Seismographen für Themen und Stimmungen. Ihre Erwartung, dass die Partei den Organisationen der Zivilgesellschaft Kooperationen anbieten wird, wird durch die Hoffnung gespeist, dass die SPD erkennt, dass sie damit ihre eigenen Wirkungsmöglichkeiten ausweiten kann.

Die Art und Weise, wie die SPD auf die Folgen des sozialen Wandels reagieren sollte, tangiert ihren Charakter als Partei. Die Ausdifferenzierung der sozialen Struktur bewirkt eine gleichzeitige Ausdifferenzierung von Interessen sowie eine Lockerung sozialer und (partei-)politischer Bindungen. Die Wahlergebnisse der SPD seit 2005 zeigen, dass Versuche, dieser Entwicklung durch eine Vielfalt von Angeboten angemessen begegnen zu können, soll heißen, ein Programm anzubieten, das Allen etwas bietet, zuletzt 2017 deutlich gescheitert sind; Personalfragen bleiben weitgehend ausgeblendet, Hinweise auf Kompetenzverluste dagegen nicht. Von externen Faktoren abgesehen ist der Niedergang der Partei bei der Bundestagswahl 2021 nicht nur durch die im Verlauf der Kampagne ständig gestiegene Akzeptanz des Personalangebots gestoppt worden, sondern auch durch den Rekurs auf tradierte sozialdemokratische Werte im Programm. Es drängt sich der Eindruck auf, dass der von Mielke

und Ruhose herausgestellte Markenkern der SPD als «Hüterin der staatlich verbrieften sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit» bereits ausreichend revitalisiert worden sei. Immerhin ist das die Wertorientierung, die lange Zeit für die gesamte Partei verbindlich gewesen war, Anhängern und Wählern Orientierung geboten und als gesellschaftsgestaltende Leitidee Programm und politische Ziele der SPD bestimmt hat. Insofern weisen die Reformvorschläge auf die Aktualität des Demokratischen Sozialismus als Verknüpfung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit (Thomas Meyer) hin, der weiterhin im Programm der SPD von 2007 verankert ist.

Wenn Mielke und Ruhose die Bedeutung der Werte soziale Sicherheit und Gerechtigkeit hervorheben, sollten sie zugleich deutlich machen, welches Parteikonzept sie meinen, wenn sie die SPD eine «linke Volkspartei» nennen. Ist das eine Partei, die sich als eine Wertegemeinschaft definiert und durch verschiedene Bündnisse mit Organisationen der Zivilgesellschaft verbunden ist, ohne dabei zugleich eine «führende Rolle» zu beanspruchen? Oder versteht sich die SPD als Typ einer «Volkspartei», die ein breites Programm anbietet, politische Ziele unscharf definiert, um verschiedene politische Milieus ansprechen zu können und dementprechend auch flexibel bei der Formulierung und Interpretation ihrer Grundwerte ist, um bei Wahlen Mehrheiten zu erreichen, die ihren Anspruch auf die Führung einer Regierung begründen? Dann würde sie ihre besondere Identität nicht zur Geltung bringen können, Pragmatismus zur Leitidee von Regierungshandeln machen und, wie es sich im Anschluss an die Agenda 2010 gezeigt hat, erneute viele Anhänger enttäuschen, vor allem jene, die von der SPD eine Politik des sozialen Fortschritts und der Mo-

demisierung erwarten. Das wurde als Ziel des künftigen Regierungshandelns angesagt. Was daraus wird, muss ebenso abgewartet werden wie der Fortgang des Erneuerungsprozesses und der sie tragenden Ideen. ■

.....

**Armin Pfahl-Traugber**  
**Unklar irrealer Sozialismus**

**Frank Deppe:** *Sozialismus. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven*

Hamburg: VSA-Verlag, 2021, 363 S., €29,80

«Der Arbeiter-Adorno» wurde Frank Deppe zu seinem 80. Geburtstag von «Jacobin» genannt. Die deutsche Ausgabe des US-amerikanischen sozialistischen Magazins interviewte auch den Marburger Politikwissenschaftler, der zu den bedeutendsten Abendroth-Schülern zählt. Affirmativ betrachtet vertritt er daher eine an der Arbeiterbewegung ausgerichtete Sozialismuskonzeption. Kritisch kommentiert mündete diese in einer positiven Einstellung gegenüber dem früheren «real existierenden Sozialismus». Auch wenn Deppe damit der DKP nahestand, so sank er nie auf deren Niveau marxistisch-leninistischer Plattheiten. Als eine Art Bilanz legte Deppe jetzt eine Monografie *Sozialismus* vor, worin es um «*Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven*» entsprechend des Untertitels gehen soll. Um es gleich vorab zur Einordnung zu sagen: Der Autor breitet darin sein jahrzehntelang erworbenes Wissen aus. Und genau dies macht das Buch bezogen auf Deppe selbst wie das Sozialismus-Thema relevant. Gleichwohl findet

man darin auch Einseitigkeiten und Leerstellen, die eine kritische Kommentierung notwendig machen.

Dies beginnt bereits damit, dass Deppe sich zwar mit dem «Sozialismus»-Verständnis beschäftigt. Eine eigenständige Definition legt er indessen nicht vor, auch eine dazu gehörige Typologie vermisst man. Es wäre angesichts der historischen Entwicklung schon wichtig gewesen, inwieweit nicht nur die Ablehnung des Kapitalismus als ökonomisches System und die Negierung des Privatbesitzes von Produktionsmitteln für eine Zuordnung relevant wären. Wie stünde es da um demokratische Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten und individuelle Grund- und Menschenrechte? Diese Aspekte spielen im Buch keine so große Rolle. Man vermisst dabei die klare Aussage dazu, dass Diktaturen das sozialistische Staatsmodell waren und eben diese Ordnungssysteme abzulehnen sind. Auch die jeweiligen Repressionsmaßnahmen bilden kein relevantes Thema. Dafür durchziehen die Ausführungen zwar immer wieder berechnete Einwände, die auf die sozialen Folgen des Kapitalismus bezogen sind und dabei auf einschlägige politische und soziale Widersprüche verweisen.

Aufgrund der Fixierung auf den Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus werden aber viele andere Themen eher ignoriert. Gleichwohl liefert Deppe interessante Einschätzungen, die sowohl die Entwicklung beider ökonomischer wie politischer Systeme betreffen. Er ist bei all dem auch nicht unkritisch, heißt es doch etwa: «In ihren politischen Einschätzungen und Prognosen haben sich Marx und Engels oftmals geirrt, wie auch Lenin...» (S. 124). Doch was hat dies für Konsequenzen, wenn die Genannten als Klassiker verehrt werden? Deppe benennt auch als einen «Tiefpunkt ...

die stalinistische Verkürzung des Marxismus-Leninismus» (S. 127). Jedoch wird vom Autor nicht ausführlicher und differenziert gefragt, warum es zu derartigen Entwicklungen kam und ob nicht auch Grundannahmen und nicht nur Rahmenbedingungen dafür verantwortlich waren. Eine kritische Bilanz zum «real existierenden Sozialismus» fehlt ebenso. Ganz allgemein wird aber schon deutlich, dass eine aktuelle Konzeption von Sozialismus ergänzungs- und veränderungswürdig wäre.

Deppe macht darauf in den Schlussteilen aufmerksam. Da geht es um alte und neue Fragen, die in politischer und publizistischer Form wieder relevant werden. Es fallen etwa die Namen von Thomas Piketty und Bernie Sanders. Dabei erörtert Deppe nicht näher, dass der Letztgenannte ja für einen Reformsozialismus als Wohlfahrtsstaat plädierte. Gerade diese Auffassung von Sozialismus ist bei ihm kein großes Thema. Er macht darauf aufmerksam: «Im 21. Jahrhundert muss der Sozialismusbegriff deutlich erweitert werden» (S. 302). Da fallen «Antirassismus», «Feminismus» und «Ökosozialismus» als Stichworte, jedoch ohne das Gemeinte in eine entwickelte Konzeption zu integrieren. Deppe hebt dazu berechtigt hervor, dabei soziale Fragen nicht selten ignoriert würden. Bilanzierend werden noch die «Dogmatiker, die die reale Analyse durch den Glauben an geschichtliche Gesetzmäßigkeiten ersetzen wollen» (S. 351) kritisiert. Indessen ist auch das Bild von Deppe zu Perspektiven des Sozialismus für die Zukunft eher unklar. ■

Klaus Leesch

### Die Sozialdemokratie und das Judentum

Yuval Rubovitch: *Marxismus, Revisionismus, Zionismus: Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität*  
Leipzig: Hentrich & Hentrich, 2021, 380 Seiten,  
€ 29,90

### Die Sozialdemokratie und das Judentum.

Ein Thema, das die Arbeiterbewegung umtreibt, seit es sie gibt. Es existiert darüber sehr viel ältere und jüngere wissenschaftliche Literatur vorrangig aus den Vereinigten Staaten, aus Israel und der Bundesrepublik Deutschland. Der 1985 geborene Israeli Yuval Rubovitch ist mit einer vergleichenden Arbeit in deutscher Sprache über Eduard Bernstein und Karl Kautsky hervorgetreten. Er hat über die beiden wichtigsten Theoretiker in der Sozialdemokratie in der Folge von Marx und Engels und die «Judenfrage» gearbeitet. Sein Text: *Marxismus, Revisionismus, Zionismus. Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität* ist aktuell bei Hentrich & Hentrich erschienen.

Rubovitch promovierte 2019 mit dem Thema in Halle. Er hatte an der Hebrew University in Jerusalem Geschichte und Politikwissenschaft studiert und seine Masterarbeit über die deutsche Sozialdemokratie und den Zionismus vor dem Ersten Weltkrieg geschrieben. In Deutschland war er einige Jahre als Lehrbeauftragter an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg und der Augustana-Hochschule in Neuenhettelsau tätig. Rubovitch ist Träger des Jakob-Talmon-Preises der Israelischen Akademie der Wissenschaften für Masterstudenten. Von ihm sind im selben Verlag schon 2019 eine kleine Biografie über «Eduard Bernstein, Deutscher Sozialdemokrat und ›Trotz allem Jude‹» in den «Jüdischen Minia-

turen» und im Folgejahr die Geschichte des jüdischen Sportvereins Bar Kochba Leipzig *«Mit Sportgeist gegen die Entrechtung»* erschienen.

Nach einer längeren Einleitung, die sich der Herkunft des Textes als Dissertation verdankt, aber durchaus nützlich zu lesen ist, führt der Autor übersichtlich und gut systematisiert in die sozialistischen Denktraditionen zur Nationalitätenfrage ein. Unter Nutzung der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur geht der Informationspfad von Marx, Engels, Lassalle, über die SPD vor und nach Gotha 1875 bis zum Austromarxismus. Eine zweite «Spur», die sich der *«Judenfrage»* widmet, führt von Charles Fourier über Marx, Engels, Lassalle, den Zionismus des Moses Hess, den Antisemitismus der klassischen deutschen Sozialdemokratie bei Engels, Bebel, Liebknecht und Mehring bis hin zur österreichischen Sozialdemokratie.

In der Folge stellt der Autor die beiden Protagonisten, leicht verstehbar und geschickt aufgeteilt, vergleichend biographisch vor. Dieser Abschnitt, *«Parallele Lebensläufe»* überschrieben, bietet Bekanntes aus beider Leben bis zum Jahre 1925. Dabei wird Karl Kautskys Werdegang sachgerecht abgehandelt, dagegen wird insbesondere Bernsteins «Zusammenbruchstheorie» gegen die bernsteinsche Darstellung in den *«Voraussetzungen des Sozialismus...»* fehlerhaft dargestellt, ebenso wie auch einige kleinere Detailfragen. Das ist besonders unerklärlich, zumal der Gesamtzusammenhang der revisionistischen «Mauserung» Bernsteins korrekt erläutert wird. Dabei muss allerdings gesagt werden, dass neben den von Rubovitch vorgestellten Theorien H. Kendall Rogers und Reinhold Hünlichs durchaus auch andere Vorstellungen über Bernsteins Entwicklung zu seiner revisionistischen Haltung existieren.

Bernstein und Kautsky kamen sich in der Zeit der Sozialistengesetze persönlich und ideologisch sehr nahe. Sie eigneten sich, teilweise gemeinsam, auch mit Hilfe von Engels' *«Anti-Dühring»*, ihr marxistisches Wissen autodidaktisch an. Erste ideologische Irritationen entstanden ab Mitte 1896, verschärften sich beginnend mit dem Revisionismus 1898 und entwickelten sich dann zu einer Gegnerschaft, die sich bei Kautsky bis zum Hass steigerte, um sich dann ab 1912 wieder langsam in ein freundschaftliches Verhältnis zu wandeln. Dabei blieben sie sich stets ihrer ideologischen Unterschiede bewusst, ließen dadurch aber, auch wegen der Überlagerung durch vielfältige andere Probleme (Weltkrieg, Parteispaltung, Revolution, Kriegsschuldebatte, Bolschewismus, Kommunismus und Weimarer Republik), ihre Freundschaft nicht mehr nachhaltig beeinträchtigen. Auf den biographischen Abschnitt folgt die Kernpassage des Buches über *«Bernstein, Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität»*. Sie bildet das Zentralthema des Textes. In einer *«Post-Debatte»* werden die Lebensendphasen dieser sozialistischen Theoretiker skizziert. Ein ausführliches Resümee und eine knappe, aber schlüssige Zusammenfassung beenden den Band.

In dem Hauptteil (Kapitel 4 und 5) untersucht der Autor entlang der chronologischen Entwicklung in geschickter Periodisierung detailliert die Veröffentlichungen und Äußerungen der beiden marxistischen Theoretiker zur *«Judenfrage»*, zum Antisemitismus, zur Nationalitätenfrage und zum Zionismus. Er nutzt dabei alle wichtigen Quellen und die notwendige Literatur. Der als Jude geborene und reform-jüdisch erzogene Bernstein, mit seiner Familie in einem großen Emanzipations- und Assimilationsprozess befindlich, war selbst nicht

frei von antijüdischen Vorurteilen. Die politische Haltung des jungen Eduard kann mit deutsch-patriotisch liberal beschrieben werden. Nach der Schule und der Mittleren Reife begann Bernstein eine Lehre, nach deren Abschluss er einige Jahre als Bankkaufmann in einer jüdischen Privatbank arbeitete. 1872 trat er in Berlin der Sozialdemokratie des Eisenacher Programms bei. Für sie agitierte er in der Stadt und im nahen und weiteren Umland. Im Rahmen der Anti-Stoecker-Aktion verließ der junge Sozialist aus Solidarität zu seinen Mitgenossen die jüdische Religionsgemeinde, was er im Alter ausdrücklich bedauerte. Eduard Bernstein war ein liberal-religiöser Mensch, der evangelische Gottesdienste besuchte, die Bibel kannte und reform-jüdisch konfirmiert worden war. Er hat sein inneres Judentum nie tatsächlich abgelegt. Dabei war der Zionismus zunächst gar nicht sein Lösungsansatz, sondern ihm schwebte eine Assimilationspolitik unter sozialistischen Vorzeichen vor. Schon 1893 schrieb er gegen Anti- und Philosemitismus an. Die Tochter Karl Marx', Eleanor Marx Aveling, nötigte ihn durch ihre dezidiert jüdische Haltung großen Respekt und Sympathie ab. Bei seinen Reden im Reichstag ab 1902 nutzte Bernstein die Bühne, um die Unterdrückung von Juden und anderen Minderheiten in Rumänien, in Armenien, in Russland und in Deutschland anzuprangern. Er fand es nicht hinnehmbar, dass jüdische Offiziersbewerber in der Regel nicht zu Offizieren aufsteigen konnten. Bereits zu dieser Zeit gab es erste Kontakte zu Zionisten und etwa ab 1917 begann er, sich dem sozialistischen Zionismus zunehmend deutlicher anzunähern.

Bei Karl Kautsky war die Ausgangslage wesentlich anders. Er wuchs, sozial besser gestellt, tschechisch national und katholisch auf, wobei er sich in Österreich als

Schüler und junger Student deutsch-österreichisch akkulturierte und kurz nach dem Beginn seines Studiums, das er nie abschloss, Sozialdemokrat wurde. Zwar schien ihm eine wissenschaftliche Laufbahn sinnvoll, aber der Sozialismus und der Sozialphilantroph Höchberg machten ihm einen positiven Strich durch die Rechnung. Kautsky lehnte den Antisemitismus wie Bernstein ab und sah als Lösung der *«Judenfrage»* ebenfalls nur die Assimilation. Der Antisemitismus, dessen Gründe im Kapitalismus lägen, würde im Sozialismus aufgehoben und damit verschwinden. Mit dem Aufkommen des Revisionismus setzte er diesen mit dem Zionismus gleich und verband damit den Wunsch, dass Bernstein zu einem zionistischen *«Propheten»* werden möge. Als Reaktion auf die Pogrome gegen Juden in Russland äußerte Kautsky, dass die Juden aufgehört hätten, eine Nation zu sein und überall schutzlos in der Fremde lebten. Sie zu assimilieren sei eine Möglichkeit, dort aber wo *«die Eigenart des Judentums»* den Antisemitismus trotzdem nicht tilgen könne, sei die Aufklärung der Volksmasse nötig, um der Abneigung gegen die Juden entgegenzuwirken. Kautskys bedeutendstes Werk zur *«Judenfrage»* erschien 1914: *«Rasse und Judentum»*. Er verstand den Zionismus, dem er keine zentrale Rolle für das Judentum zuschrieb, als Spiegelung auf die europäischen Nationalbewegungen und ebenso des Antisemitismus. Eine Lösung der *«Judenfrage»* könne nur in einer Vollassimilation bis hin zum völligen Verschwinden liegen. In den zwanziger Jahren ließ Kautsky seine moralischen Bedenken gegen den Zionismus ruhen und stellte vor allem dessen Durchsetzbarkeit in Frage. Gerade darüber kreuzten Bernstein und Kautsky gegen das Jahresende 1929 noch einmal friedlich die «Klingen». Dabei

schaute Bernstein positiv und mit einer gewissen Hoffnung auf eine Heimstatt der Juden in Palästina, während Kautsky den Zionismus als ein *«hoffungsloses Experiment»* kennzeichnete. Auf englischen Bajonetten lasse es sich schlecht sitzen.

Die gewählte vergleichende Methode ist für die Thematik dieser Arbeit geeignet, weil sie es ermöglicht, beispielhaft differente oder ähnliche bis gleiche Sehweisen auf das Judentum, den Zionismus, den Antisemitismus und die Frage: *«Welcher Nation gehört ein Jude an?»* zu erkennen und es erlaubt, diese kontrastierend darzustellen. Die gesamte Textorganisation ist klar und nachvollziehbar. Möglicherweise wäre eine leichte Strukturveränderung dergestalt hilfreich gewesen, die biografischen Informationen vor die allgemeine Diskussion zur Nationalitäten- und *«Judenfrage»* zu stellen, um in der Folge in den Diskurs über die Frage der jüdischen Nationalität bei Bernstein und Kautsky einzutreten. Die Sprache des Textes ist klar und verständlich, was den Zugang erleichtert. Die Arbeit ist verdienstvoll in ihren zentralen Aussagen und stützt sich dabei auf relevante wissenschaftliche Literatur. Das Buch erweitert und differenziert den Blick auf das Judentum, den Antisemitismus, den Zionismus und die Probleme, die aus der Nationalitätenfrage erwachsen. Das wird deutlich gemacht an den Ein- und Ansichten der beiden Theoretiker der deutschsprachigen Sozialdemokratie in der Nachfolge von Marx und Engels, Eduard Bernstein und Karl Kautsky. ■

Peter Steinbach  
Denkweisen der Vergangenheit

Sönke Neitzel: *Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte*  
Berlin: Propyläen Verlag, 2020 (2. Aufl.), 816 S., €35,00

Der sich über zwei Jahrzehnte hinziehende Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan endete in einem Desaster. Die Bundesregierung fühlte sich durch Bündnisverpflichtungen vor zwanzig Jahren verpflichtet, sich an den Operationen *«alliiertes Verbände»* zu beteiligen. Sie verknüpfte dies mit einem hohen Anspruch – der Stärkung der Zivilgesellschaft, der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Sicherung der Demokratie. Zunächst allerdings stand die Terrorismusbekämpfung im Vordergrund. Der auf die Stärkung der sogenannten Zivilgesellschaft zielende Auftrag endete im Herbst 2021 in einem überstürzten Rückzug. Noch wenige Tage vor dem *«Fall»* Kabuls waren Sicherheitsexperten und auch der deutsche Außenminister davon ausgegangen, dass die Verbände der Taliban Monate nach dem Abzug der Interventionskräfte benötigten, um ihre Herrschaft zu sichern. Am Ende stand dann das Erstaunen angesichts der Schnelligkeit, mit der die Macht erobert wurde.

Der Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch war zwar früh in Frage gestellt worden, etwa von der Theologin Margot Käßmann, die 2009 in der Weihnachtspredigt betonte, *«nichts ist gut in Afghanistan»*. Sie erfuhr heftige Kritik nicht nur von dem ehemaligen deutschen Nato-General Klaus Naumann, sondern auch innerhalb ihrer Kirche. Die stets spürbare und dann zunehmende Unsicherheit, den Einsatz der Bundeswehr politisch zu begründen, war parlamentarisch kaschiert worden. Heute

wissen wir: Die Reduzierung des Bundeswehreinsetzes hätte damals keine moralische Selbstberuhigung und Rechtfertigung, sondern die Entschlossenheit eines Gerhard Schröder verlangt, der sich 2002 den amerikanischen Wünschen sperrte, sich am Krieg im Irak zu beteiligen. Aber der rückblickend verständliche Wunsch, es wäre schön, es wäre nicht gewesen, stammt von Mephisto. Nun bleibt nur noch eine nachträgliche Problematisierung. Dabei kann sehr schnell deutlich werden, dass nachher viele klüger sind. Zu ihnen gehört Sönke Neitzel, seines Zeichens Inhaber eines Lehrstuhls für Militärgeschichte an der Universität Potsdam.

Neitzel kennt die Geschichte der beiden Weltkriege. Seine Arbeit ist zunächst chronologisch gegliedert. Das Militär im Kaiserreich sieht er auf dem Wege zu Weltmacht, die Weimarer Reichswehr als eine «Armee der Niederlage», die Wehrmachtsgeschichte deutet er aus der Perspektive des «totalen Krieges». Das verbindende Element stellen Beschreibungen von «tribal cultures» dar, worunter er die «identitätsstiftende Kultur» meint, in den Regimentern durch Tradition, soziale Zusammensetzung der Offizierskorps und durch das gesellschaftliche Leben am Garnisonsort» (42). Die «eigentliche Bewährungsprobe» des Soldaten verortet er im Gefecht (44). Dieser Gedanke zieht sich durch die erste Hälfte des Buches, erklärt die Akzeptanz der Gewalt als Ausdruck gesellschaftlicher Norm und Erziehungsmittel (47). Decouvrierend bleiben allerdings die Folgerungen, die Neitzel aus den «epochenspezifischen Signaturen von Missbrauch» zieht, denn er ist sich sicher, dass es «eine skandalfreie Armee auf absehbare Zeit nicht geben» werde (49).

Eine bemerkenswerte Variante grundsätzlicher Kritik findet sich in den Schlusskapiteln seines Buches, «Deutsche Krieger». Es

läuft auf die Kritik an der unterentwickelten militärischen Qualität des Einsatzes hinaus und schiebt die Verantwortung nicht nur den Politikern zu, sondern sieht in der mangelhaften Ausbildung der Soldaten für Kampfeinsätze die fehlende Befähigung zum «soldatischen Handwerk». Dieser Begriff wird in unzählbarer Weise wiederholt und verweist auf das Grundkonzept des Buches, dass die Geschichte des «deutschen Krieges» und seiner «tribal culture» genetisch untersuchen möchte. Geschichte ist keine exakte Wissenschaft, sondern lebt von Meinungen, die sich mehr oder weniger zu Erwägungen und Erklärungen verdichten können. Im Subtext des Buches liefert Neitzel eine Auseinandersetzung mit der Traditionsbildung der Bundeswehr und deutet auch darin eine Erklärung des schlussendlichen Scheiterns an. Dabei teilt er auf befremdliche Weise die Binnensicht der Kritiker eines Konzepts der «Inneren Führung», das konstitutiv für die Aufstellung der Parlamentsarmee war, die die Bundeswehr nach dem Verfassungsrecht sein muss.

Das Buch wurde kritisch rezensiert, stieß aber auf großes Interesse, bis hinein in das Magazin der Rotarier. Die rasch notwendig gewordene zweite Auflage macht stutzig. Offenbar kommt dieses Buch nicht nur einem thematischen Interesse entgegen, denn es wurde vor dem Rückzug geschrieben, sondern nimmt die latente Kritik auf, die in Kreisen der Bundeswehr zirkuliert. Neitzel verbindet diese Kritik mit einer skeptischen Bewertung des Aufbaus der Bundeswehr und referiert mit großem Verständnis die Kritik vieler Kritiker an der angeblich zu weichen Ausbildung der Soldaten.

Dass Neitzel dabei seine Kriterien allerdings aus dem historisch gewachsenen Verständnis der bewaffneten Macht und des soldatischen Typus des «Kämpfers» und

Kriegers ableitet, macht sein Buch problematisch, denn es belegt nicht zuletzt eine verbreitete Kritik höher Bundeswehrangehöriger an dem Konzept der «Inneren Führung». Dabei bezieht er sich auf Vorträge, die vor allem die «Innere Führung» in ihren Auswirkungen skeptisch beurteilen. Offenbar ist es zunehmend weniger selbstverständlich, den Bundeswehrsoldaten als «Bürger in Uniform» anzuerkennen, also zu respektieren, dass sich mit der Aufstellung der Bundeswehr auch ein Traditionsbruch manifestierte, der vor allem mit der Wehrmacht brach.

Brüche ereignen sich nicht von Jetzt auf Gleich, sondern setzen einen Bewusstseinswandel voraus. Erfahrungen werden gleichsam im Zuge der Generationen durch die Zeiten und in der Form einer «Epochenverschleppung»<sup>1</sup> langsam abgeschliffen, was zugleich bedeutet, dass sie sich zunächst im Bewusstsein halten und kollektive Mentalitäten prägen können. Neitzel betont das in der Wehrmacht erlernte «soldatische Handwerk» und scheint es geradezu neu beleben zu wollen. Seine Kritik lebt nicht nur von der Sicherheit des späteren Wissens, sondern bestärkt noch einmal die kantigen Einschätzungen von Generälen wie Heinz Karst, die wegen ihrer Positionen – wieder in der Diktion von Neitzel – «ihren Hut nehmen mussten». Viel verständlicher wäre es, wenn Neitzel die strategische Problematik des Einsatzes akzentuiert hätte. Es war nicht zuletzt der in der Bundeswehr bis heute hoch angesehene Peter Struck (der nur einmal auf S. 516 erwähnt wird), also ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister, der den

Einsatz mit der Vertretung deutscher Interessen am Hindukusch verknüpfte und rechtfertigte. Hier wäre es sinnvoll gewesen, die Semantik des Begriffs «deutsche Interessen» zu beleuchten. Aber für sprachanalytische Kritik hat Neitzel kein Sensorium. Deshalb kritisiert er Soldaten sogar als Sozialarbeiter und bezeichnet sie als Streetworker.

In den Hintergrund wird gedrängt, dass sich vergangene Ereignisse stets aus drei Perspektiven betrachten und bewerten lassen. Jede dieser Perspektiven kann das Urteil des Historikers bestimmen und Begründungen prägen: Vom Anfang aus gesehen, kommt es auf die formulierten Ziele und die gehegten Erwartungen an. Vom Ende her betrachtet, verfängt sich das historische Urteil in der rückwärtsgewandten Prophezie, dem Flug der Eule der Minerva Hegels gleich, die sich in der Abenddämmerung auf den Weg macht, alle Ereignisse des Tages beobachten konnte und nun die Nachwelt mit ihrem Urteil überraschen kann. Die Beurteilung aus der Mitte heraus hingegen lässt sich auf die Offenheit der Situationen, auf die Unsicherheiten des Urteilsvermögens, auf situative Fehlerkorrekturen ein. In jedem Fall bedarf es der Selbstklärung der Beurteilungskriterien, der Klarstellung des Vorgehens. Sie kommt der Auseinandersetzung mit Entwicklungen in der Regel ohne die Attitüde der retrospektiven Besserwiserei oder gar Prophezie am nächsten.

Historiker neigen in der Regel als rückwärtsgewandte Propheten zur Besserwiserei. So endet auch Neitzels martialische Darstellung des Afghanistan-Einsatz mit einer Kritik aus der Sicht der beteiligten Soldaten. Er wertet ihre Briefe und Tagebücher aus, verbindet die Zeugnisse soldatisch-kämpferischer Frustration allerdings mit der Kritik derjenigen, die sich gegen die Abschaffung der Wehrpflicht, gegen das Kon-

1 Vgl. zu diesem Begriff, der auf eine Formulierung von Gregor von Rezzori zurückgeht, Clemens Escher: Wer oder was war die Bundesrepublik Deutschland in ihren Gründungsjahren?, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 69 (2021), H.9, S.760.

zept der Inneren Führung oder gegen die Defizite in der Ausbildung wehrten. Manche seiner Kritikpunkte muten merkwürdig gestrig an, so, wenn er die Friedensbewegung, pazifistische Grundströmungen oder die 68er-Bewegung schildert und die Bundeswehr einem Kulturbruch ausgesetzt sieht, der sich nicht zuletzt im Haarschnitt manifestiert hätte. Zuweilen klingt das wie Kasinoton, ohne etwa zu fragen, wem dieses angeblich erlernbare «soldatische Handwerk» eigentlich dient, welche politischen und strategischen Ziele mit ihm verfolgt werden. Da ist von «Einsatz» und «Tapferkeit» die Rede, ohne zu fragen, wer diese «Tugenden» definiert oder propagiert, welche Wirkung er sich davon erhofft. Da werden «tribal»-Kulturelemente beschworen (mit Vorliebe von Fallschirmjägern), ohne zu klären, wer sie etabliert.

Die technokratisch anmutende Beschwörung von Handwerkskünsten schließt nicht aus, dass im Rahmen dieser Gruppenkulturen «Verbrechen» der NS-Zeit und schon gar der Wehrmacht relativiert, wenn nicht verständnisvoll gutgeheißen werden, weil sie in den Kämpfen der Wut und der «Rache» Raum geschaffen haben, die dann «schiere Lust an Gewalt Bahn brechen» helfen (220). Es ist frappierend, wie Schlachtbeschreibungen aus der Sicht von Soldaten des Zweiten Weltkriegs in den Tagebuchnotizen mancher Bundeswehrsoldaten im Afghanistan-Einsatz neue Urstände feiern können. Hier läge doch das eigentliche Problem einer «Kriegsgeschichte», die sich über die Zeit vom Ersten Weltkrieg bis in die Gegenwart erstreckt, denn ähnliche Verhaltensmuster, die man aus der Wehrmachtsgeschichte kennt, kann Neitzel dann Jahrzehnte später in den Aufzeichnungen von Bundeswehrsoldaten finden, allerdings, ohne dass er seine Beobachtungen zum

Ausgangspunkt einer Problematisierung macht.

In das Zentrum kritischer Betrachtung darf bei der Bewertung des soldatischen und militärischen Engagements in Kenntnis des Konzepts der «Inneren Führung» nicht nur das «militärische Handwerk» rücken. Entscheidend müsste der Wille sein, das Leben der eigenen Soldaten und der betroffenen Zivilbevölkerung zu schonen. Neitzel neigt dazu, das Scheitern als Folge verfehlter militärischer Einsatzziele mangelhafter Schulung, lascher Disziplin und inkonsequenter Trainings zu sehen. Sein wichtigstes Bewertungskriterium bleibt die Bereitschaft zum entschiedenen «kriegerischen» Durchgreifen. In den fünfziger Jahren erschien die Innere Führung vielen der Wehrmachtssoldaten, die beim Aufbau der Bundeswehr beteiligt waren, zunächst als verfehlt. Ihre militärische Vorstellungskraft hatte sich bis in die siebziger Jahre an der Ostfront der Wehrmacht gebildet. Ehemalige Wehrmachtsoffiziere waren überzeugt, aus den Schlachten des Ostens lernen zu können. Die ethische Problematik wurde ebenso verdrängt wie die moralische. Dass weit mehr als drei Millionen russischer Soldaten nicht «als Kameraden» wahrgenommen wurden, sondern als «Untermenschen», dass sie bedenkenlos geopfert wurden, spielte in diesen Erinnerungen keine Rolle.

So erschließt Neitzel ungewollt eine weitere Dimension problematischer Traditionsbildung der Bundeswehr, die sich eben nicht nur in Traditionskabinetten, sondern in Denkvorstellungen niederschlug und sich auch durch Traditionserlasse nicht zivilisieren ließ. Schon gar nicht ging es um politisch-demokratische oder rechtsstaatliche Rechtfertigung der neuen Parlamentsarmee, also um das Versprechen, die neue «bewaffnete Macht» auf das Grundgesetz und

seine Lebensordnung zu verpflichten, die der im Mai 1949 geschaffenen Verfassungsordnung entsprach. Damals war der Krieg, noch zu gegenwärtig; die Kriegsschrecken und die Verbrechen wurden durch Legenden wie in Russland bestehende «Schweigelager» gesteigert, allerdings auf eine Weise, die die Deutschen weniger zu Tätern als zu Opfern der Kriegereignisse machen sollten. Einsatzgruppenmorde, an denen die Wehrmacht beteiligt war, wurden noch lange bestritten oder der Verantwortung der Waffen-SS zugeschrieben. Dass die im Rücken der Front verübten Makroverbrechen die Sicherung der Hauptkampflinie zur Voraussetzung hatten, drückte erst viele Jahre später Norbert Blüm aus, heute als «Herz-Jesu-Sozialist» und Vertreter der Sozialausschüsse weitgehend vergessen. Die Wehrmacht, sagte er, hätte eben auch Auschwitz ermöglicht. Damit war schon vor der Wehrmachtausstellung des Reemtsma-Instituts eine Wende eingeleitet, die langfristig auch die öffentliche Wahrnehmung veränderte.

Die Bedeutung der sozialdemokratischen Verteidigungsminister erschließt sich Neitzel nicht. Bis weit in die fünfziger Jahre waren Sozialdemokraten als «vaterlandslose Gesellen» oder gar als Steigbügelhalter eines Marxismus verunglimpft worden, dessen Wege insgesamt nach Moskau führen sollten. So war es 1953 von der CDU im Wahlkampf plakatiert worden. Dabei hatten sich Anhänger der SPD bereits im Kaiserreich, wie Engels früh bemerkte, in das kaiserliche Heer eingefügt und sich keineswegs als jene «Vaterlandsverräter» gezeigt, die sie in den Augen vieler Konservativer und vor allem des deutschen Kaisers Wilhelm II. waren. Kaiserliche Reden verletzten und hatten doch nicht die Bewilligung der Kriegskredite verhindert. Die Ablehnung der Sozialdemokratie setzte sich auch nach der

Novemberrevolution fort. Dabei hatten Sozialdemokraten wie Gustav Noske sich nicht gescheut, gleichsam «Bluthund» zu spielen, der Aufstände mit Hilfe jener Freikorps niederschlug, die sich dann zu Keimzellen der Gegenrevolution und Verfassungsfeindschaft entwickelten. Die Volksbeauftragten galten den Monarchisten, den Deutschnationalen und später den Nationalsozialisten als Novemberverbrecher.

Umso bemerkenswerter war es, dass einige Sozialdemokraten sich auf Militärfragen konzentrierten. Einige Sozialdemokraten, die aus den mörderischen Materialschlachten des Weltkrieges zurückgekehrt waren, nahmen sich des Militärs an. Einige gingen wie Noske in ihrer Zusammenarbeit zu weit, andere aber entwickelten – wie Leber, auch Schumacher – einen klaren Führungswillen. Heran an den Staat! – das erstreckten sie auf die Reichswehr und nutzten die wenigen parlamentarischen Spielräume. Auch deshalb wurden sie als «militante Sozialdemokraten» bezeichnet. Dies muss bedacht werden, wenn man eine Mentalitätsgeschichte der «Krieger» schreiben möchte. Denn offensichtlich ging es nicht immer um das «soldatische Handwerk», um Taktik und Tageskampf, sondern um die auch gouvernementale Kontrolle des Militärs. Sozialdemokraten wie Julius Leber, Kurt Schumacher, Theodor Haubach wussten als Reichsbannerleute, welche Gefahren von der Militarisierung der Gesellschaft ausgingen. Sie waren bemüht, die «bewaffnete Macht» zu kontrollieren. Eine soldatische Untertanengesellschaft hatten sie nicht im Sinn, wussten sie doch seit Engels und anderen, dass es um mehr als nur um das Handwerk des Tötens, um ziellosen Mut und leerlaufende Tapferkeit, um die als hohl durchschaute Phrase der Kameradschaft ging. Auch der hingerichtete Max Reichpietsch war für sie

ein Kamerad, der sterben musste, weil er als Streikender des Januar 1917 als «Verräter» galt.

Der Schwerpunkt der Darstellung Neitzels liegt nicht auf Kaiserheer und der republikanischen Reichswehr. Die Geschichte der Wehrmacht interessiert ihn wegen ihrer erfolgreichen Panzerattacken und Artillerieduelle mehr. Wenn im britischen Imperial Museum der Zusammenhang zwischen dem Völkermord an den Juden und der Kriegsführung hergestellt wird, ist man dort weiter als Neitzel. Eine stärkere Akzentuierung dieses Zusammenhangs hätte ihn vielleicht veranlasst, in der Zurückdrängung der Wehrmacht aus der Traditionsbildung der Bundeswehr mehr zu sehen als eine Auseinandersetzung mit fragwürdigen Traditionskabinetten einzelner «tribals», die an militärische Heldentaten glauben und weiterhin Devotionalien präsentieren.

Die eigentliche Brisanz der Darstellung ergibt sich aus der Konzentration auf die Aufbauphase der Bundeswehr und ihre Auslandseinsätze. Dabei zeigt sich, wie sehr anfangs die Sprache der Militärs über das Sicherheits- und Verteidigungspolitische durch historische Analogien verklärend wirkt. Diese frühe Bundeswehr erscheint als Fortsetzung der Wehrmachtsgeschichte, zusätzlich gerechtfertigt durch die deutsche Teilung, die den Gedanken nahelegte, in den letzten Kriegsmonaten versäumt zu haben, das Rad zu drehen und mit den westlichen Alliierten die Rote Armee zu bekämpfen. Dies war ein Mythos, der erleichterte, die Wehrmachtsangehörigen politisch wieder akzeptabel zu machen. Geschichte wurde in der Entstehungsphase der Bundeswehr trotz der offiziellen Betonung des Widerstands aus der «Vollmacht des Gewissens» zum Mittel der Venebelung militärischer Ursprünge.

Eigentlich begleitete die Instrumentalisierung militärischer Einsätze die Verteidigungspolitik bis in die Jahrtausendwende. Dadurch wurde das historische Argument instrumentalisiert. Unübersehbar wurde es während der Balkankriege, als Joschka Fischer an «Auschwitz» erinnerte. Er wurde zum Protagonisten einer historisch-politischen Analogie und Dramatisierung. Vor diesem Hintergrund einer moralischen Emotionalisierung ist dann Strucks Orientierung auf «deutsche Interessen» zu sehen, denn dies war allemal nachvollziehbarer als die Beschwörung von Auschwitz, ohne die Frage nach Kollateralschäden zu stellen.

In der letzten Phase der Auflösung der Ordnung, die die Intervention in Afghanistan sichern sollte, erfolgte ein implosionsartiger Zusammenbruch der Ordnung, der mit militärischen Mittel nicht beherrscht werden konnte. Was das bedeutete, hat Brigadegeneral Jens Arlt Anfang Oktober 2021 in drastischen, ihn persönlich geradezu überwältigenden Beschreibungen der Situationen auf dem Flughafen von Kabul in drastischen Bildern gezeigt, etwa, als er davon sprach, wie Menschen in Stacheldrahtverhaue gedrückt und verletzt «herausgeschnitten» werden mussten. Was, so mochte man sich fragen, bedeuten Leid und Mitempfinden, was Leidensfähigkeit im Spannungsfeld zu der von Neitzel betonten soldatischen Tugend der «Tapferkeit» in diesem von Arlt geführten riskanten Rettungseinsatz? Die rettende Evakuierung mehrerer tausend Unterstützungskräfte und von deren Angehörigen kam zu spät, weil Tausende der deutschen unterstützenden «Ortskräfte» mit ihren Familien zurückbleiben mussten.

Man muss die einstündige Pressekonferenz Arlts auf sich wirken lassen, um zu verstehen, weshalb Neitzels Darstellung mit dem aus der Zeit gefallenen, an Ernst Jün-

ger erinnernden martialischen Titel *Deutsche Krieger* aus der Sicht tagebuchschreibender Bundeswehrosoldaten Anlass für eine kritische Bewertung der Empfindungen und der Empfindlichkeiten von Bundeswehrosoldaten sein kann und die sozialpsychologischen Forschungseinrichtungen der Bundeswehr veranlassen sollte, ihre Lehren aus den Befunden zu ziehen, die Neitzel vorträgt. Er selbst scheint sich mit der Sichtweise der «Krieger», die schließlich in den Einheimischen Gegner sehen, zu identifizieren.

Neitzels Beschreibung von «tribal culture» müsste eine besondere Herausforderung für die sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der Bundeswehr sein. Immer wieder beschwört er, erwähnt Aufnahme-rituale, entstehendes Sonderbewusstsein einzelner Soldaten und schildert mit den «tribal cultures» Wertstrukturen, die sich aus den Traditionen von Kaiserheer, vor allem auch der Wehrmacht, in die Gegenwart der Bundeswehr gerettet zu haben scheinen. Sie können jene Missstände und Fehlentwicklungen erklären, die jüngst Kritik an einem rechtsextremistisch gefärbten Sonderbewusstsein von angeblichen «Eliteeinheiten» weckten und im Ergebnis die oft beklagte verbreitete Distanz gegenüber der Bundeswehr erklären können.

Neitzel hat dies vermutlich nicht im Sinn gehabt, als er die Darstellung der Bundeswehr in der Gegenwart (487 ff.) münden ließ. Für ihn steht fest, dass sich die Tätigkeit der Bundeswehr nicht in der Institutionalisierung von Rechtsstaatlichkeit und moderner Staatlichkeit erschöpfen kann, sondern die Bereitschaft zum Kampfeinsatz verlangt. Sozialdemokratische Verteidigungsminister, die nur knapp erwähnt werden, haben versucht, das Militär in verfassungsstaatliche Strukturen einzubinden

und zur Anerkennung des politischen Oberbefehls zu zwingen, den der Verteidigungsminister wahrnimmt. Sie haben durchgesetzt, dass es neben «Tapferkeit» und «Kampfgeist» eben auch die Tugenden der Verfassungstreue, der Anerkennung des zivilen Oberbefehls gibt. «Loyalität» gegenüber der Verfassung und der Grundordnung des Grundgesetzes ist etwas Anderes, als die Ausübung des «soldatischen Handwerks», das jeder Söldner beherrscht. In welchem Verhältnis stehen die immer wieder geschilderten truppenspezifischen «tribalen Wertstrukturen und Verhaltensrituale» zur Verfassungsloyalität, die bei jedem Gelöbnis von Rekruten beschworen wird? Liest man die überheblichen, martialischen Phantasien tagebuchschreibender Soldaten im Einsatz, fragt man sich als Leser unwillkürlich, was eigentlich hätte passieren können, wenn die «Truppe» vor Ort die von Neitzel unkritisch hingenommene Überheblichkeit ausgelebt oder ausgefochten hätte, jener arrogante, von Misstrauen geprägte Umgang mit den Bewohnern der Landstriche, die aus den Camps heraus kaum zu schützen waren? Fast sechzig im Einsatz umgekommene Bundeswehrosoldaten und viele Traumatisierungen beteiligter Soldaten belegen, dass der Dienst auch dann unter Einsatz des Lebens verrichtet werden musste, wenn es um Aufbauhilfe ging.

Neitzel orientiert sich nicht nur erstaunlich unkritisch, fast affirmativ und unverhohlen an den soldatischen Wertvorstellungen der Vergangenheit. Er reduziert bewusst seine Fragestellung, indem er den «Krieger» zum Maß vieler Ausbildungs- und Einsatzziele macht. Dies kann nur funktionieren, wenn er das «Ideal» eines sauber und militärisch-fachmännisch ausgefochtenen Krieges beschwört, der die soldatische Selbstbehauptung, den militärischen Erfolg

im Kampf in das Zentrum rückt. Dass Menschenmaterial im Ersten Weltkrieg sinnlos geopfert wurde, dass im Zweiten Weltkrieg ein Rassen- und Weltanschauungskampf geführt wurde, der mit Kriegsführung im Sinne eines «Handwerks» nichts, aber gar nichts zu tun hatte, verdrängt er in einige kritische Bemerkungen, die unverzüglich relativiert werden. Mir kommt diese Monografie, die ersichtlich aus vielen Versatzstücken komponiert wurde und nicht selten sehr rhetorisch klingt, deshalb wie eine Reminiszenz von Kriegserzählungen vor, die die 1950er-Jahre belasteten und die wir vor allem Erfolgsautoren wie Konsalik, Kirst und Carell verdanken, in deren Büchern Neitzel eine «wortreiche Beschwörung der handwerklichen Exzellenz der Wehrmacht» identifiziert (259), die von britischen und amerikanischen Autoren geradezu zu einer «quasi überirdischen Superarmee» übersteigert wurden.

Wenn Neitzel betont, dass in den fünfziger Jahren «in gewisser Weise» geradezu ein Vertrag der Gesellschaft «mit ihrer Armee» geschlossen wurde, so nimmt er nicht nur Argumente von Hermann Lübke über den angeblich notwendigen Kompromiss von Anhängern, Zeitgenossen und selbst Gegnern des NS-Regimes mit dem Ziel des Beschweigens der Vergangenheit auf, sondern macht die lange Nachgeschichte der Wehrmacht in zwei Jahrzehnten der Konstituierung und Konsolidierung der Bundeswehr deutlich: «Wir akzeptieren auch Wehrmachtsveteranen in der Bundeswehr, verteidigen euch gegen Vorwürfe aus dem In- und Ausland. Dafür fügt ihr euch schweigend in die neue Ordnung, akzeptiert die Republik und habt politisch nichts zu melden. Und solange es keine Skandale gibt, mischen wir uns nicht in eure Angelegenheiten ein.» (260). Leider war es nicht so.

Denn im Zuge der Reaktivierung ehemaliger Wehrmachtsoffiziere wurden alle ausgeschlossen, die sich in der Gefangenschaft gegen die verbrecherische Kriegsführung der Wehrmacht eingesetzt hatten, sei es in der britischen und amerikanischen, sei es vor allem in der russischen Kriegsgefangenschaft. Beteiligung an Wehrmachtsverbrechen schien in den fünfziger Jahren erträglicher zu sein als die Zugehörigkeit zum «Nationalkomitee Freies Deutschland» (NKFD) und zum «Bund Deutscher Offiziere (BDO). Fehlentwicklungen der sechziger Jahre gründeten in den Fünfzigern, weil die Reaktivierung von Wehrmachtsoffizieren deren vorkonstitutionelle Denkvorstellungen für Jahrzehnte als normgebend aufwerteten. Brisant bleibt diese Darstellung in zweierlei Hinsicht:

Zum einen ist auffällig, wie beharrlich Neitzel versucht, die Geschichte des kaiserlichen Heeres und der Wehrmacht mit der Geschichte der Bundeswehr zusammenzuführen. Seine Darstellung erinnert zum anderen auf eine erstaunlich affirmative Weise an die frühe Bundeswehrzeit. Er scheint nicht akzeptieren zu können, dass dieser Zusammenhang unter Vernachlässigung der Beteiligung der Wehrmacht Hitlers an einem Rassen- und Weltanschauungskrieg der Beschwörung von angeblichen Traditionen geopfert wurde. Möglich war dies, weil «Heldentum» viel zu lange von der Bundeswehrführung vor dem Sozialdemokraten Hans Apel ziel- und schuldfrei gerechtfertigt wurde. In den fünfziger und sechziger Jahren dachten sich zu viele Verantwortliche nichts dabei, wenn sie Kasernen nach Ritterkreuzträgern und Wehrmachtsgenerälen benannten.

Neitzel schlägt einen irritierenden Bogen zur Gegenwart der Bundeswehr, wenn wir lesen: «Die meisten der heutigen Eingaben an den Wehrbeauftragten wären von einem

Wehrpflichtigen im Kaiserreich wohl überhaupt nicht als problematisch wahrgenommen worden». Diese Erkenntnis wird jedem Leser der Erinnerungen des braven Soldaten Schwejk oder des Streites um den Sergeanten Grisca, auch bei Remarques *Im Westen nichts Neues* gekommen sein. Neitzel rechtfertigt die Militärgeschichte pragmatisch. Sein Blick auf das Kaiserreich beweist ihm, welche Herausforderungen in der Anpassung einer «Friedensarmee» an den ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Wandel» (55) lagen, indem von der Armee als einer «lernenden Organisation» (56) über den «Krieg der Zukunft» nachgedacht wurde. «Friedensoffiziere» boten in ihrer «Gefühlsduselei» (65) keine Gewähr, eine «effektive Kampforganisation» zu schaffen. Deshalb verloren die «tribal cultures auf den Schlachtfeldern ... Kontur» (67). Sein Ideal scheint zu sein, dass die «Sturmtruppen der Nimbus einer verschworenen Kriegsgemeinschaft (umweht).» Dies ist keine kritische Militärgeschichtsschreibung, sondern spiegelt den Stil eines Ernst Jüngers, der von dem Männlichkeitswahn nicht loskam, der sich in «Stahlgewittern» bewährt.

Diese Zitate werden hier nicht aufgeführt, um Neitzels ältlichen Darstellungsstil zu denunzieren. Sondern weil aus diesen Überzeugungen heraus ein Raster entwickelt wird, das Neitzels positive Sicht auf die Wehrmacht ebenso erklärt wie seine Kritik an der Bundeswehrführung. Diese Denkweise greift er in der Beschreibung der Reichswehr und der Wehrmacht durchgängig auf und trägt sie – gleichsam als handgreifliche Kritik an der Traditionsbildung der Bundeswehr – schließlich noch einmal dick auf. An den Stammtischen der Nation und auf den Kirchentagen wurde ebenso wie in den Talkshows der Republik ein kri-

tischer Blick auf den am Ende nahezu 20 Mrd. Euro verschlingenden Einsatz geworfen, der dann in einem Desaster zu enden schien. Militärisch wirkungslos, menschlich tragisch – der Afghanistan-Einsatz teilte das Schicksal mancher Kriege, die im 20. Jahrhundert unter Beteiligung der deutschen «bewaffneten Macht» geführt wurde. Aber reicht die Kontinuität nationaler militärischer Verstrickung aus, eine «Militärgeschichte» vorzulegen, die vom Kaiserreich zur Berliner Republik reicht? Sönke Neitzel spürt der Kontinuität nach, indem er die militärische tribal culture beschwört, dabei aber Maßstäbe entwickelt, die an die Sprache erinnern, die an den Stammtischen der Republik in den fünfziger Jahren zu hören waren. Er will mit der angeblich «lieb gewordenen Vorstellung vom deutschen Soldaten als global social worker» brechen, «der als Retter, Vermittler und Beschützer weltweit hilft, Konflikte friedlich beizulegen.»(11)

Der Ton in den historischen Kapiteln über das Kaiserreich, die Reichswehr und vor allem über die Wehrmacht verstärkt den Grundeindruck dieser befremdlich retrospektiv anmutenden Darstellung, er wird bereits mit dem Einleitungssatz angeschlagen. Hier wird die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zitiert, die sich gegen Traditionskabinette in manchen Kasernen wandte und betont hatte, die «Wehrmacht (sei) ... in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr.» In Leserbriefen führte dies zu einem Raunen, weil die Traditionserlasse ganz deutlich die Geschichte der Bundeswehr zum wichtigsten Bezugspunkt der Traditionsbildung gemacht hatten. In Neitzels Eingangszitat schwingt eine Distanzierung von dem politischen Selbstverständnis des Auftrags einer Parlamentsarmee mit, die Sozialdemokratische Wehrpolitiker wie Julius Leber

bereits in der Weimarer Republik vorbereiteten und Verteidigungsminister wie Georg Leber, Helmut Schmidt, Hans Apel und vor allem dann der bis heute in der Bundeswehr respektierte Struck akzentuieren konnten. Sie wussten, dass sie zwar den militärischen Oberbefehl hatten, aber vom Bundestag abhängig bleiben wollten.

Es lag ja nicht nur am Bundesverfassungsgericht, wenn jeder Einsatz durch den Bundestag nach intensiver, kontroverser parlamentarischer Diskussion legitimiert werden musste und dabei immer auch an parlamentarischen Hürden scheitern konnte. Parlamentsarmee – das war Ausdruck des Traditionsbruchs, der die Wehrmacht von der Bundeswehr trennte., wenn sie auch nur den Anschein einer Tradierung akzeptieren würde, die an die Wehrmacht anzuknüpfen suchte. Neitzel hat offensichtlich anderes vernommen, denn er weiß: «Weit mehr Bundeswehrsoldaten dürften die Wehrmacht aber nach wie vor für einen legitimen Teil ihrer Tradition halten.» Neitzel hingegen knüpft an die Erinnerungen «heldenhafter Landser» an und rechnet zugleich mit der Traditionsbildung der Führung insofern ab, als er nicht davon überzeugt ist, dass Traditionsstränge zum kaiserlichen Heer und zur Wehrmacht gekappt gehören.

Neitzel betont den Kämpfer und Krieger, der sein «Handwerk» beherrscht, seine Werte aus der tribal culture von Teilverbänden ableitet, Kameradschaft betont, Artillerieduelle für notwendig hält und die Defizite in der Ausrüstung beklagt. Sie werden dem Parlament, der Öffentlichkeit, zumindest der Presse angelastet, nicht aber auf den Strukturwandel militärischer Konflikte bezogen. Seine Helden bleiben die knorrigeren Typen, die mit dem Konzept der «inneren Führung» nichts anfangen können, für die soldatische Beziehungen weiterhin

durch Befehl und Gehorsam geprägt sind, bei der es auf die Einsatzbereitschaft ankommt, die geübt werden muss. Seine Darstellung besteht aus Versatzstücken, die in der Beschreibung von Wertstrukturen der kämpfenden Truppe ihre Klammer finden. Diejenigen, die sich vor allem als «Kämpfer» gerierten, wurden hingegen auffällig – vor allem in der Heimat, in dem Einsatzkräftekommando in Calw, im Wachbataillon in Berlin.

Neitzels Buch *Deutschen Krieger* wäre weniger der Rede wert, wenn nicht jüngst wieder landserhaft klingende Argumente in den obskuren Zellen rechtstextremistischer Soldaten nachweisbar wären. Sönke Neitzel vertritt eine an vergangene Zeiten erinnerndes Konzept. Moderne Militärgeschichte, die vor allem in Tübingen im Rahmen eines Sonderforschungsbereichs der DFG auf neue Grundlagen gestellt wurde, stellt sich heute anders dar, wie die kluge Darstellung von Dieter Langewiesche<sup>2</sup> zeigt. Neitzel verharrt hingegen in den Denkweisen der Vergangenheit, wenn er Schlagkraft, Strategie, Kampfkraft der Bundeswehr mit der Wehrmacht vergleicht, seiner Distanz gegenüber dem Konzept des Staatsbürgers in Uniform in überbordenden Zitaten Raum gibt und das soldatische Ideal ohne Sinn für die Belastungen des Rassen- und Weltanschauungskrieges beschwört. Er verharmlost immer aufgrund der Traditionserlässe abzulehnende und nicht zu tradierende Wertvorstellungen, die eben nicht nur in den Köpfen mancher Offiziere und Soldaten spuken, sondern inzwischen auch mit der AfD wieder in politische Debatten des Bundestags und der Wahlveranstaltungen wuchern. Was bedeutet es, wenn ein ehe-

2 Dieter Langewiesche: *Der gewaltsame Lehrer: Europas Kriege in der Moderne*, München 2019.

maliger Generalleutnant der Bundeswehr in der AfD eine wichtige Bundesfunktion hat, ein Oberstleutnant die Fraktion der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus führt und in Rheinland-Pfalz ein «Kamerad» gleichen Dienstrangs die Fraktion führte, ehe er die Partei wegen ihres Rechtsrucks verließ? Übrigens: Gaulands Namen findet sich in der Darstellung nicht, obwohl er sich zur Traditionswürdigkeit der Wehrmacht besonders markant äußerte. ■

tige historische Darstellung der Solidarität der letzten anderthalb Jahrhunderte, bis in die Gegenwart hinein, geschrieben. Sie erstreckt sich von der Arbeiterbewegung des «langen» 19. Jahrhunderts über Solidarität im «Zeitalter der Extreme» vor 1945, über die neuen Formen solidarischer Praxis besonders im Kontext der links-alternativen und links-christlichen Bewegungen Westdeutschlands, bis hin zu Fragen des Wohlfahrtsstaates und der Fluchtmigration, sowie zur europäischen und globalen Dimension. Das *Social Distancing* der Pandemie schließlich erwies sich dem solidarischen Handeln, das Austausch und Debatten bedarf, entgegengesetzt. Solidarität kommt auch als «Wohlfühlbegriff» (Dietmar Süß) daher, ist aber mehr, führt in die soziale Praxis von Kämpfen um Gerechtigkeit und Anerkennung, ausgehend von der Arbeiterbewegung und der neueren Frauenbewegung.

.....

**Klaus-Jürgen Scherer**  
**Neue Bücher von HDS-Mitgliedern und Autoren**  
**dieser Zeitschrift**

**Dietmar Süß / Cornelius Torp: *Solidarität. Vom 19. Jahrhundert bis zu Corona-Krise***  
 Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., 2021, 216 S., €20,00

Dieses Buch könnte ein weiteres Standardwerk zur Solidarität werden, die oft gegenüber der Freiheit und der Gerechtigkeit wie ein Drittes Rad am Wagen wirkt. Neben dem frühen *Lernziel Solidarität* von Horst E. Richter (1974), dem es um die Erziehung gegen Rivalität und isolierenden Egozentrismus ging. Neben dem Band *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee* von Heinz Bude (2019), der gegen Neoliberalismus und die Zunahme des Abstandes von Arm und Reich für eine neue Mitmenschlichkeit plädierte.

Dietmar Süß, seit 2013 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg, hat gemeinsam mit Cornelius Torp, der seit 2019 einen ähnlichen Lehrstuhl in Bremen innehat, eine überblicks-

Es hätte ein wichtiges, allerdings fehlendes, Kapitel sein können, dass sich sozialdemokratische Solidarität immer auch auf sich selbst beziehen muss, dass es sie auch innerparteilich braucht. Weil diese Solidarität nicht da war, sah die SPD in den letzten Jahren in den Abgrund; auch weil diese Solidarität durch die Mitgliederdirektwahl 2019 und unter dem Führungsduo Esken/Walter-Borjans neu begründet werden konnte, war der Wahlsieg von Olaf Scholz möglich.

Das sozialdemokratische Verständnis von Solidarität hatte zuletzt die Grundwertekommission Anfang 2019 in einer (zu) wenig beachteten Denkschrift auf den Punkt gebracht: «Das spezifisch sozialdemokratische Verständnis von Solidarität ist im Kampf um Gleichberechtigung und soziale Sicherheit, in der Arbeitswelt wie im Alltagsleben geprägt worden. Es beruht auf gegenseitiger Verlässlichkeit, setzt Vertrauen vo-

raus und bildet Vertrauen. Es beruht auf einem Menschenbild, das an eine prinzipielle Vertrauenswürdigkeit und -fähigkeit der Menschen glaubt. Solidarität mündet institutionell im Sozialstaat, der aufgrund neuer Herausforderungen wie Globalisierung und Digitalisierung weiterentwickelt werden muss. Sozialdemokratische Solidarität hat immer schon nationale Grenzen überschritten und umfasst tendenziell alle Menschen.»

Aus dem Band von Süß und Torp lernen wir, dass das «Solidarisch-Sein» darüber hinaus weitere Facetten entwickelte, in der Geschichte voller Widersprüche, großer Gefühle und enttäuschter Erwartungen war, es auch immer wieder Verschiebungen, Missbräuche und Missverständnisse gab, dass Solidarität eben «keine Meistererzählung» ist. Wir erinnern uns noch an die auf Anti-imperialismus und Antirassismus der Neuen Linken fußende Vietnam-Solidarität, dann an die Solidarität mit Allendes Demokratischem Sozialismus in Chile, an den solidarischen Kampf gegen das Südafrikanische Apartheid-System und an die Solidarität mit dem Nicaragua der Sandinistas. In letzter Zeit hat Solidarität in der postmodern-kritischen Zivilgesellschaft eine Renaissance erfahren: von der Solidarität der jungen Klimabewegung mit kommenden Generationen über die globalisierungskritische Solidarität (Fair-Trade Bewegung, Konsumenten-Boykotte) bis hin zur «Willkommenskultur» und der Solidarität mit Migrant\*innen und Flüchtling\*innen (wieweit das allerdings «offene Grenzen» bedeutet, ist umstritten). Solidarität, so das Fazit der Autoren, bleibt notwendig für die Bewältigung der gegenwärtigen Konflikte. Interessant, dass dies auch Papst Franziskus betont, für den Solidarität und Geschwisterlichkeit nicht von ungefähr viel benutzte Schlüsselbegriffe sind.

Solidarität ist sowohl ein politischer Kampfbegriff als auch eine Kategorie wissenschaftlicher Beschreibung, sowohl ein individueller als auch ein kollektiver Akt der Unterstützung für andere – nicht aus Kalkül heraus, sondern aus innerer Verbundenheit und als Gruppe von Menschen, die etwas gemeinsam haben (was natürlich als Kehrseite auch Grenzziehungen bedeuten kann).

Wichtige Charakteristika aus der Geschichte der Solidarität, die die Autoren in ihrem Buch ausmachen, sind: Solidarität ist anders als barmherzige Hilfe meist auch ein Kampfbegriff, wie bei der Arbeiter- und Frauenbewegung von Beginn an mit internationalem Blick. Zur institutionalisierten Form der Solidarität wurde der Sozialstaat, der allerdings durch neoliberale Politiken der Entsolidarisierung, aber auch durch die Verengung der Solidargemeinschaft (z. B. ohne Asylsuchende, Geflüchtete) Bedrohungen ausgesetzt ist. Ein Grundmotiv der Solidarität bleibt das Spannungsverhältnis von Partikularismus und Universalismus. Nicht erst seit Wolfgang Streeck (*Zwischen Globalisierung und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus* 2021) wird darüber debattiert, wieweit allgemeines Mitgefühl und grenzenloser Altruismus überhaupt über Staatsgrenzen hinaus möglich sind und ob überstaatliche Zentralisierung Solidarität nicht behindert.

Reziprozität, das wechselseitige Geben und Nehmen, ist typischer als die einseitige Hilfe. Der Solidaritätsbegriff will keine Machtungleichgewichte, erkennt die Unterstützten tendenziell als Gleiche symbolisch an. Aus der Konzentration auf traditionelle Solidaritätsmilieus wurden zunehmend gleichwertige, politisch definierte, Beziehungen über ethische und soziale Grenzen hinweg. Weniger auf die Sphäre von Arbeit und Produktion, zielt Solidarität heute stärker

auf globales Konsumverhalten, Lebensweisen und Vermarktungsprozesse. Solidarität ist kein unwichtiger, sondern ein der Freiheit und Gerechtigkeit gleichwertiger Grundwert. Dies mit Leben erfüllt zu haben, ist das Verdienst von Dietmar Süß und Cornelius Torp.

\*

Tilman P. Fichter / Siegwald Lönnendonker:  
*Genossen! Wir haben Fehler gemacht.  
Der Sozialistische Deutsche Studentenbund  
1946–1970. Der Motor der 68er-Revolve*  
Marburg: Schüren Verlag, 2021, 576 S., € 34,00

Auch so kann man das sehen: 2021 waren fast 40% der Wählerinnen und Wähler über 60 Jahre alt. Noch einmal betrat die 1968er-Generation, der die Republik den sozialdemokratischen Reformaufbruch Ende der 1960er / Anfang der 1970er-Jahre verdankt, die Bühne der Geschichte. Olaf Scholz und die SPD haben ihren Wahlsieg denjenigen zu verdanken, die zu Zeiten von Rudi Dutschke und Willy Brandt politisch sozialisiert wurden. 32% der 60–69-Jährigen und sogar 35% der über 70-Jährigen wählten am 26. September 2021 die SPD.

Genau genommen waren der linkssozialistisch-autonome SDS, die ApO, Rudi Dutschke, die 68er, die Studentenrevolte usw. die Generation vor uns. Wir mussten das (schlechte) Erbe der Neuen Linken, die unterschiedlichen kommunistischen Avantgarde-Parteien ertragen – und bauten dann als undogmatische Jusos demokratisch-sozialistische Brücken hin zu den entstehenden spontaneistischen, alternativen und grünen Bewegungen.

Zu dem revolutionären Aufbruch der 1960er-Jahre gibt es ein Buch, das einen ein Leben lang begleitet. Bereits 1977, im zweiten Semester, erwarb und las ich das

gerade erschienene kleine Taschenbuch des Rotbuch-Verlages von der nahegelegenen Potsdamer Straße: die *Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung*. Als Student der Politikwissenschaften am gewissermaßen postrevolutionären Otto-Suhr-Institut der FU Berlin wollte man dessen «Hauptthese» verstehen, «daß es dem SDS Mitte der 1960er-Jahre gelungen ist, an den seit ca. 100 Jahren von Rechten beherrschten Universitäten eine Tendenzwende nach links zu initiieren und voranzutreiben».

Die beiden Autoren waren seit den frühen 1960er-Jahren im SDS aktiv. Jetzt haben Tilman Fichter (\*1937) und Siegwald Lönnendonker (\*1939), mittlerweile längst im Seniorenalter, noch einmal eine erweiterte, überarbeitete und aktualisierte Auflage ihres Hauptwerkes vorgelegt, die «sechste und letzte», wie sie unmissverständlich schrieben. Es geht um die 24 Jahre der Existenz des SDS, seit ihrer Gründung durch die Kriegsheimkehrer 1946 zunächst als Vorfeldorganisation der Schumacher-SPD. Der SDS politisierte sich dann im Kampf gegen die Wiederbewaffnung und gegen die einseitige Westorientierung der Bonner Republik und entfernte sich von der «Mutterpartei». Schließlich 1961 nach dem «Unvereinbarkeitsbeschluss» der Mitgliedschaft von SDS und SPD wurde der SDS an den Hochschulen zu einem treibenden Element der Studentenrevolte, gar zur entscheidenden Kraft ab 1966/67 – mit allerdings bald darauf einsetzendem Zerfall und Selbstauflösung bereits 1970.

Der – stets umstrittene – Grundansatz des mittlerweile mehr als doppelt so umfangreichen Buches ist geblieben: Es handelt sich auch um eine subjektive Geschichtsschreibung von Akteuren, die vor allem in Berlin

mitgemischt haben, mit kräftiger Sprache, was für vorsichtig urteilende Fachhistoriker ein Grauen ist, was aber dadurch nach wie vor ein besonders spannendes, emotionalisierendes und herausforderndes Buch ergibt.

Als ob nicht ein halbes Jahrhundert dazwischenläge, warf die Journalistin Bascha Mika dem Autor Fichter bei der Vorstellung des überarbeiteten Buches auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse vor, das antiquierte Frauenbild des SDS nicht genügend zu attackieren. Die Frauenbewegung hätte zehn Jahre weiter sein können, so Mika, wären die Revolutionäre nicht solche Machos und Ignoranten gewesen!

Dabei geht diese Neuauflage jetzt erstmals auch auf den Beginn der neuen Frauenbewegung ein. Und das neue Kapitel «KPD jenseits der SED?» beschäftigt sich besonders mit den Auswirkungen des KPD-Verbots 1956 und der politischen Justiz in beiden deutschen Teilstaaten. Der politisch-kulturelle Einfluss auf das Denken der politischen Klasse und das Nachwirken des SDS in den linken Parlamentsparteien SPD, Grüne, Linkspartei sowie auch auf die Union werden erstmalig gewürdigt. Und die Autoren reflektieren den Umgang vieler bundesdeutscher Intellektueller mit 68, sicher Anlass für neue Einschätzungen und Kontroversen. Völlig neu ist die Betrachtung der «antizionistischen» Elemente in der Geschichte des SDS, auch Rudi Dutschkes Verhinderung einer israelfeindlichen Resolution auf der XXII. Delegiertenkonferenz.

Selbst nach so viel Zeit verschwinden die Bezüge nicht. Die Aktualität des Themas poppt immer mal auf. Was einst Rudi Dutschke war, sei heute der bekannte Blogger Rezo, der im Internet durch «Die Zerstörung der CDU» 2019 populär wurde. Dies konnte man in der Zeitschrift *Politik & Kultur* des Deutschen Kulturrates (Nr. 10/21,

S. 11) lesen. Heute wie damals sei die Zeit reif für selbstreflexive Aufklärung, ebenso wie sie reif sei, traditionelle Strukturen des gesellschaftlichen Lebens zu hinterfragen. «Besonders in der Befragung der älteren Generation über ihre Verantwortung für die Verhältnisse, die Jüngere als Realität vorfanden, ist eine deutliche Parallele zu Rezos Videoanalysen zu erkennen – Parallele auch deswegen, weil beide, Rudi wie Rezo, Reichweite und Wirkung in gesellschaftliche Lager erziel(t)en, weit über die originäre Klientel hinaus». – Nun denn, wer über die Rolle von Aufklärung, kritischer Studentenschaft, Wissenschaft und intellektueller Avantgarde nachdenkt, für den bleibt die Lektüre von Fichter/Lönnendonker nach wie vor ein Muss!

\*

**Bernd Rother:** *Sozialdemokratie global. Willy Brandt und die Sozialistische Internationale in Lateinamerika*  
Frankfurt a. M. / New York: Campus Verlag, 2021, 470 S., €39,00

Das Buch handelt von einer besonderen Hochphase der Sozialistischen Internationalen in den 1970er- und 1980er-Jahren unter dem schon älteren Willy Brandt, der – nicht mehr Bundeskanzler – von 1976 bis kurz vor seinem Tode 1992 als Präsident der SI vorstand. In diesen Jahren wurde die zuvor nahezu bedeutungslose Organisation zu einer Stimme in der Weltpolitik. Die Arbeit der Internationale war durch drei Bereiche geprägt: das Engagement in Mittelamerika, die Forderung nach Abrüstung und schließlich in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika.

Herausgegeben ist diese umfangreiche historische Abhandlung von der Bundes-

kanzler-Willy-Brandt-Stiftung, bei der Bernd Rother heute Senior Fellow ist. Es ist die erste kenntnisreiche Darstellung, wie unter Brandts Führung die SI über Europa hinaus für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit aktiv wurde und vor allem in Mittel- und Lateinamerika nicht nur neue Mitglieder gewann, sondern auch zu einem zusätzlichen Player des «Hinterhofs» der USA wurde.

Rother beschreibt, wie sich diese übergreifende Zusammenarbeit von Reformkräften herausbildete, wie zur Ost-West-Entspannungspolitik jetzt dieses Nord-Süd-Projekt hinzukam, wie sich das keineswegs spannungsfreie Verhältnis zu den USA entwickelte und besonders, wie die sozialrevolutionären Konflikte in Nicaragua und El Salvador auf die deutsche Innenpolitik zurückwirkten.

Rothers zentrale These ist, dass die SI unter Willy Brandt eine neue Form internationaler Politik kreiert habe, die «Parteidiplomatie». Diese agiere gewissermaßen jenseits der Staatsämter «diplomatisch», aber doch von oben ohne Verbindung zu den Basisinitiativen der eigenen Parteimitglieder zugunsten von El Salvador, Nicaragua usw. Eine Gruppe «ungewöhnlich begabter politischer Führer», die ihre wahre Berufung in der internationalen Politik fanden, hätte dies möglich gemacht. «Ihr Ansehen – das eines Arias, eines Brandt, eines Gonzales, eines Kreisky, eines Manley, eines Mitterand, eines Palme, eines Perez, eines Soares – öffnete der SI den Zugang zu den Machtzentren der Welt».

Da wundert es nicht, dass diese Phase der besonderen Neugestaltung der Nord-Süd-Politik, der Suche nach sozialistischen Alternativen für die Weltwirtschaft, auch ohne Gesellschaftsmodelle exportieren zu wollen, und der Einflussnahme für Frieden,

Demokratie und Gerechtigkeit mit diesem Generationenprojekt bestimmter Persönlichkeiten der Parteiliten an ihr Ende kam.

Heute ist das alles längst Geschichte, die 1951 gegründete SI spielt unter ihrem (problematischen) griechischen Präsidenten Giorgos A. Papandreou in der internationalen Politik so gut wie keine Rolle mehr, selbst die SPD lässt ihre Mitgliedschaft in der SI seit 2013 faktisch ruhen. Keine Stimme der Freiheit mehr (im «Arabischen Frühling» mit den Despoten verbandelt), Handlungsunfähigkeit auf zentralen Politikfeldern, korrupter Generalsekretär – die Liste der Vorwürfe war lang und führte zur Gegengründung der «Progressiven Allianz», einem zeitgemäßer internationalen Netzwerk von über 100 Sozialdemokratie-nahen Parteien aus aller Welt (von dem man allerdings auch mehr hören könnte).

Der präzise Blick zurück, wie er Rother mit seinem Band gelingt, erinnert an die besonderen linken Bewegungen Lateinamerikas, die damals Hoffnung auf sozialen Fortschritt machten. Und an Fragen, die geblieben sind: Wie sollte internationale Solidarität von demokratischen Kräften links der Mitte heute aussehen? Wie kann Europa gegenüber dem Machtspiel der Großmächte zu einem globalen Faktor in der internationalen Politik werden, der die «Dritte Welt» (wie man damals sagte) wirklich unterstützt? Wie ist sozialdemokratisch-sozialistische Reformpolitik, die sozialen Ausgleich mit – jetzt auch noch nachhaltiger – Entwicklung verbindet, im globalen Süden zu fördern, damit manchem hoffnungsvollen Ansatz einmal mehr Dauerhaftigkeit vergönnt ist? – Das scheinen mir die eigentlich wichtigen Geschichtsbücher zu sein, deren Lektüre, wie bei Rother, Gedanken zur Gestaltung der Zukunft, die morgen wieder Geschichte wird, befördern. ■

## Dokumentation: Wahlauf Ruf von Mitgliedern, Freundinnen und Freunden der Hochschulinitiative DS e. V.

Auch Mitglieder der HDS e. V. und Freund:innen der *perspektivends* positionierten sich 2021 zur Bundestagswahl und riefen im gedruckten *vorwärts* wie auch in Internetmedien dazu auf, die SPD und Olaf Scholz zu wählen. Vielleicht konnten wir hiermit einen bescheidenen Beitrag zum Wiederaufstieg unserer traditionsreichen SPD hin zur stärksten Kraft des Deutschen Bundestages leisten. Auch enthält der Aufruf text bleibende inhaltliche Hinweise für die Politik der Ampel der nächsten Jahre.

### Am 26. September die SPD und Olaf Scholz wählen!

Die Bundestagswahl 2021 ist wichtig für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft. Die dringend notwendige sozialökologische Transformation zur Klimaneutralität muss beschleunigt werden. Die Sozialdemokratie kämpft für soziale Chancengleichheit und den Erhalt von Wohlstand und Demokratie, sozialen Ausgleich und eine Gerechtigkeits- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient. Wir wollen, dass die SPD wieder die klare Alternative zu den Unionsparteien wird. Dazu brauchen wir eine starke SPD!

Die Unionsparteien, mit Kapitalinteressen verwoben und immer wieder durch Lobbyinteressen und das große Geld bestimmt, sind hauptverantwortlich für den heutigen Fortschrittstau. Sie haben immer wieder sozialdemokratische Initiativen in der Koalition ausgebremst.

### Unser Ziel ist eine Regierungsbildung unter sozialdemokratischer Führung!

Die Sozialdemokratie tritt seit anderthalb Jahrhunderten für eine Gesellschaft ein, in der durch schrittweise Reformen Chancengleichheit hergestellt wird. Sie bietet den «dritten Weg» sozialer und handfester Reformlösungen an. Sie hat die Erfahrung, praktischen Fortschritt – wie in der Vergangenheit vom Mindestlohn über das Klimaschutzgesetz bis zur globalen Mindestbesteuerung – tatsächlich durchzusetzen. Mit konkreten Zukunftsmissionen, Infrastrukturprojekten, Innovationen und neuen Technologien steht die SPD für einen gangbaren Weg des systematischen Umbaus hin zu einer sozialökologisch nachhaltigen Wirtschaft.

Wir wollen die Folgen der Pandemie zur Modernisierung und für mehr Gerechtigkeit nutzen, eine effektive Klimaschutzpolitik durchsetzen und die notwendige Digitalisierung gut gestalten. Wir wollen den zunehmenden gesellschaftlichen Spaltungen entgegenwirken und für den Zusammenhalt der Gesellschaft eintreten und alle Menschen beim notwendigen Prozess der gesellschaftlichen Erneuerung mitnehmen. Wir wollen mit Respekt Brücken zwischen Milieus und Klassen bauen, den Sozialstaat erneuern und mit einer anderen Steuerpolitik dem Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich entgegenwirken:

## Das sind für die Unterzeichner dieses Aufrufs die Themen der Bundestagswahl 2021

Die SPD bietet den Wählerinnen und Wählern mit ihrem Spitzenkandidaten Olaf Scholz eine glaubwürdige und erfahrene Persönlichkeit, unter deren Führung eine künftige Bundesregierung diese Probleme anpacken kann. Olaf Scholz hat in der Finanzmarktkrise und in der Pandemiekrise Deutschlands Wirtschaft und Sozialstaat stabilisiert.

Er hat in der Naturkatastrophe sofort und beherzt den finanziellen Weg zum Wiederaufbau gewiesen. Er garantiert den Ausbau der EU hin zu «Vereinigten Staaten von Europa», wie sie die SPD seit hundert Jahren anstrebt. Mit ihm wird sich Deutschland aktiv und überzeugend für den Frieden in der Welt einsetzen. Olaf Scholz trauen wir die soziale Bewältigung der gravierenden Veränderungen – von der Energiewende über die Mobilität über die Sicherung öffentlicher Güter und bezahlbaren Wohnraum, über den Wandel von Landwirtschaft und ländlichem Raum bis zur Sicherung der Artenvielfalt – am ehesten zu!

Es muss endlich wieder eine klare Alternative zu den Unionsparteien geben. Die SPD darf nicht länger nur Mehrheitsbeschafferin in Koalitionen sein. Wir brauchen eine neue Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung.

*Wir – Mitglieder und Sympathisierende der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus – empfehlen daher die Wahl der SPD und ihres Kanzlerkandidaten Olaf Scholz!*

## Unterzeichnerinnen und Unterzeichner

Prof. Dr. Hermann Adam, Berlin / Leon Billerbeck, Hannover / Klaus Böhme, Hagen / Leo Buddeberg, Berlin / Prof. Dr. Pe-

ter Brandt, Hagen / Prof. Dr. Nils Diederich, Berlin / Dr. Nikolas Dörr, Bremen / Prof. Dr. Christoph Ehmann, Berlin / Benno Fischer, Berlin / Mark Fischer, Heidelberg / Prof. Dr. Detlev Ganten, Berlin / Thomas Giese, Schenkklengsfeld / Prof. Dr. Gert-Joachim Glaeßner, Berlin / Martin Gorholt, Potsdam / Markus Gottbehüt, Bonn / Yannick Haan, Berlin / Gerhard Haase-Hindenberg, Berlin / Prof. Dr. Thilo Harth, Münster / Dr. Horst Heimann, Dortmund / Priv. Doz. Dr. Siegfried Heimann, Berlin / Prof. Dr. Dr. h.c. Ernest Hess-Lüttich, Berlin / Prof. Dr. Ulrich Heyder, Hamburg / Prof. Dr. Rof Hüper, Ronnenburg / Prof. Werner Jann, Potsdam / Dr. Gert Keil, Berlin / Prof. Dr. Klaus Klemm, Essen / Dr. Matthias Kolatz, Berlin / Prof. Dr. Klaus Kost, Essen / Jens Kreibaum, Kleinmachnow / Jutta Kreibaum, Kleinmachnow / Prof. Dr. Norbert Kruse, Kassel / Hendrik Küpper, Berlin / Alicia Langfeld, Berlin / Prof. Dr. Rüdiger Lautmann, Berlin / Klaus Leesch, Berlin / Prof. Dr. Detlef Lehnert, Berlin / Ursula Ley, Berlin / Alexander Lohe, Aachen / Prof. Dr. Ralf Ludwig, Rostock / Kira Ludwig, Rostock / Prof. Dr. Evelies Meyer, Darmstadt / Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn / Dr. Wolfram Meyer zu Uptrup, Berlin / Dr. Hans Misselwitz, Berlin / Andreas M. Muggenburg, Berlin / Prof. Dr. Rainer Nagel, Tübingen / Dr. Gero Neugebauer, Berlin / Prof. Dr. Karlheinz Niclauß, Bonn / Prof. Dr. Thomas Noetzel, Marburg / Prof. Dr. Robert Nordhoff, Neubrandenburg / Prof. Dr. Hans G. Nutzinger, Kassel / Simon Obenhuber, Berlin / Prof. Dr. Rachid Ouaisa, Marburg / Apl. Prof. Dr. Ernst Piper, Berlin / Prof. Dr. Sibylle Reinhardt, Halle / René Röspel, Hagen / Prof. Dr. Karsten Rudolph, Bochum / Prof. Dr. Richard Saage, Berlin / Dr. Sebastian Scharte, Köln / Dr. Klaus-Jürgen Scherer, Berlin / Prof. Dr. Carsten Schlü-

## Rezensionen und Berichte

ter-Knauer, Kiel / Appenrade / Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Hildesheim / Lino Schneider-Bertenburg, Düsseldorf / Prof. Dr. Klaus Schönhoven, Reichenberg / Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Berlin / Gabi Schulte, Duisburg-Essen / Dr. Annette Schüren, Marburg / Norbert Schüren, Marburg / Erik Schüßler, Gießen / Pohlheim / Stefan Stader, Berlin / Prof. Dr. Richard Stöss, Berlin / Achim Strehlke, Plön / Heinrich Tiemann, Allensbach / Prof. Dr. Barbara Vogel, Hamburg / Prof. Dr. Harald Vogel, Esslingen / Dr. Frank Vogelsang, Brühl / Gert Weisskirchen, Wiesloch / Prof. Dr. Rolf Wernstedt, Hannover / Prof. Dr. Bernhard Weißels, Berlin / Klaus Wettig, Göttingen / Inge Wettig-Danielmeier, Göttingen / Dr. Christl Wickert, Zernien / Dr. Klemens Wittebur, Gelsenkirchen / Wolf-Eckhard Wormser, Heidelberg / Prof. Dr. Christoph Zöpel, Bochum. ■

# AUTORINNEN UND AUTOREN

**Hermann Adam** (\*1948), Prof. Dr. rer. pol., hat 40 Jahre Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politische Ökonomie gelehrt, ab 1992 als Honorarprofessor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, ab 2004 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a. *Bausteine der Wirtschaft*, 16. Aufl., Wiesbaden 2015; *Steuerpolitik in 60 Minuten*, Wiesbaden 2013; *Bausteine der Politik*, Wiesbaden 2007. Mitherausgeber der *perspektivends*.

**Leon Billerbeck** (\*1996), ist Politikwissenschaftler (M.A.) und absolviert aktuell eine Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär bei einer DGB-Gewerkschaft.

**Arno Brandt** (\*1955), Dr., Diplomökonom, leitet die Dr.Brandt-Regionalberatung in Lüneburg und ist Kooperationspartner des Instituts für Innovation und Technik (iit) in Berlin. Mitglied im FES-Managerkreis und SPD-Wirtschaftsforum. Mitherausgeber und regelmäßiger Autor der *spw*.

**Philipp Breder** (\*1992) ist seit Februar 2021 kommissarischer Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen. Im Hauptamt war der Bundestagswahlkampf 2021 sein erster Wahlkampf, was nicht heißen soll, dass er ohne Wahlkampf Erfahrung ist.

**Gerhard Dassow** (\*1945), Dr., Industriekaufmann, Studium BWL, hat über 35 Jahre in der Versicherungswirtschaft gearbeitet. Im Ruhestand hat er an der FernUniversität in Hagen Geschichtswissenschaften mit dem Schwerpunkt «brandenburgisch-preussisch-deutsche Geschichte» studiert und vor kurzem mit einer Arbeit über Otto Braun und Konrad Adenauer promoviert.

**Jeremias Düring** (\*1995), Masterstudium der Philosophie an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, derz. Wissenschaftlicher Mitarbeiter des NRW-Landtagsabgeordneten Sven Wolf (SPD). Arbeitsschwerpunkte: Migrationsethik, Politische Philosophie, Wirtschaftsphilosophie.

**Edgar Göll** (\*1957), Dr., war Werkzeugmacher, ist Soziologe und als Zukunftsforscher in Berlin mit Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und Transformation tätig sowie Dozent im Masterstudiengang Zukunftsforschung der FU Berlin. Seit 1993 befasst er sich mit Kuba und publiziert dazu u.a. im Online-Nachrichtenportal *amerika21*.

**Martin Gorholt** (\*1956), Studium an der Universität Dortmund, Diplom Volkswirt, Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen, Landes- und Bundesgeschäftsführer der SPD, Staatssekretär für Bildung, Sport und für Wissenschaft, Kultur in Brandenburg, zuletzt Chef der Staatskanzlei, heute u. a. Vor-

## Autorinnen und Autoren

sitzender des Medienrates der Medienanstalt Berlin-Brandenburg und stellvertretender Vorsitzender der Stiftung Entwicklung und Frieden, Mitglied im Vorstand der HDS e.V.

**Horst Heimann** (\*1933), Dr., Politikwissenschaftler, zahlreiche Veröffentlichungen zum Reformismus, zu Eduard Bernstein und zur Begründung des «Demokratischen Sozialismus». Mitglied im Vorstand der HDS e.V.

**Siegfried Heimann** (\*1939) Dr. Priv. Doz., Historiker und Politikwissenschaftler, langjähriger Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD, zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Weimarer Republik, der Parteien nach 1945 und zur Berliner Nachkriegsgeschichte.

**Holger Hertel** (\*1991), M.A., studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR sowie die Entwicklung kommunistischer und sozialistischer Parteien Lateinamerikas. Er arbeitet als Faktenchecker beim Zweiten Deutschen Fernsehen in Mainz.

**Marianne Hofbauer** (\*1994) ist auf verschiedenen Ebenen aktiv beim Verband sozialistischer Student:innen in Österreich (VSStÖ) und in der gesetzlichen Studierendenvertretung – der Österreichischen Hochschüler\_innenschaft (ÖH). Derzeit ist sie für die internationalen Agenden des VSStÖ zuständig und studiert im Master Politikwissenschaften und Gender Studies sowie Rechtswissenschaften an der Universität Wien.

**Petra Hoffmann Zschocher** (\*1946), Dr., promovierte Biologin und Diplomchemike-

rin aus Halle a.d. Saale, nach 1990 zahlreiche Funktionen in der Landesverwaltung, nach 1999 in der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, Tätigkeiten in der EU-Kommission in Brüssel und im Auswärtigen Amt in Berlin. Aktiv als Zeitzeugin der Friedlichen Revolution, Autorin zahlreicher Bücher, u.a. *Der große Fluss. Hundert Gedichte* (2016).

**Klaus Kost** (\*1953), Prof. Dr., Wirtschaftsgeograf, seit 1998 Professor am Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum, versch. Tätigkeiten in Consultingunternehmen, bei NRW-Landesministerien, der IG Metall, bei Wohnungsunternehmen, in der Strukturpolitik. Seit 1998 Geschäftsführer der Gesellschafter der PCG – Project Consult GmbH in Essen. Mitglied im Vorstand der HDS e.V.

**Wolfgang Kowalsky**, (\*1956), Dr., Dipl.-Soz., zuletzt beim Europäischen Gewerkschaftsbund tätig, zuvor beim Wissenschaftszentrum NRW, Vorstand der IGM, OSI der FU, Grande Ecole HEC bei Paris. Zahlreiche Publikationen, zuletzt: From undefined 'Social Europe' to 'more democracy at work' – new trends, new paradigms? in: *'Social Turn' in the European Union? New trends and ideas about social convergence in Europe.*

**Leona Krause** (\*2000) studiert Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig. Sie engagiert sich dort in der studentischen Vertretung und ist Landeskoordinatorin der Juso-Hochschulgruppen Sachsen.

**Hendrik Küpper** (\*1997) studiert Politische Bildung und Philosophie/Ethik im Master an der FU Berlin. Er ist Vorstandsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e.V. und Redakteur der *perspektivends*.

**Anne Küppers** (\*1987) ist PostDoc am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen innerparteiliche Demokratie, rechtspopulistische Parteien sowie der Klimawandel- und Corona-Leugnung.

**Alicia Langfeld** (\*1998) studiert den Doppelbachelorstudiengang Politikwissenschaft – Sciences Sociales an der Sciences Po Paris sowie der Freien Universität Berlin und ist Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Klaus Leesch** (\*1947), urspr. Dipl. Bibliothekar, Archivar/Dokumentar, Leiter Presseudokumentation beim WDR in Köln. Im Ruhestand Masterstudium der Geschichte, derz. Promotion über Eduard Bernstein.

**Laura Loew** (\*1999) studiert Geschichte im Master in Gießen. Von 2019–2021 war sie Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen.

**Kira Ludwig** (\*1965), gelernte Industriekauffrau und studierte Historikerin. Mitglied im Vorstand der HDS e.V., Redakteurin der *perspektivends*.

**Ralf Ludwig** (\*1961), Prof. Dr. rer. nat., Professor für allgemeine physikalische und theoretische Chemie an der Universität Rostock. Wegweisende Veröffentlichungen seines Faches. Von 1991 bis 1993 Juso-Bundesvorsitzender. Mitglied im Vorstand der HDS e.V.

**Martin Mertens** (\*1982), Dr. phil., M.A., Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft, Soziologie in Münster, seit 2014 SPD-Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen, 2020 wiedergewählt.

**Robert Misik** (\*1966), politischer Autor und Journalist aus Wien. Zahlreiche Veröffentlichungen u. a. *Liebe in Zeiten des Kapitalismus* (2018), *Die falschen Freunde der einfachen Leute* (2019), *Die neue (Ab)Normalität. Unser verrücktes Leben in der Pandemischen Gesellschaft* (2021).

**Oliver Nerges** (\*1999) studiert in Berlin und war von 2019 bis 2021 Mitglied des Bundesvorstandes der Juso-Hochschulgruppen. Dabei war er unter anderem für das Thema «Studienfinanzierung» zuständig.

**Gero Neugebauer** (\*1941), Dr., Politikwissenschaftler des Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin, Arbeitsstelle Politische Soziologie der Bundesrepublik, mit den Schwerpunkten Parteienforschung, SPD und ostdeutsche Bundesländer.

**Armin Pfahl-Traugber** (\*1963), Prof. Dr. phil., Politikwissenschaftler und Soziologe, hauptamtlich Lehrender an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl, Lehrbeauftragter an der Universität Bonn für «Politische Theorie». Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen u. a. politische Ideengeschichte, politischer Extremismus, Terrorismus, Neue Rechte und Antisemitismus.

**Lisa-Maria Pridik** (\*2000) studiert evangelische Theologie auf kirchliches Examen. Seit 2019 ist sie Landesvorsitzende der Jusos Brandenburg.

**Ye-One Rhie** (\*1987) ist seit 2021 Abgeordnete des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Aachen I. Sie ist Mitglied des Aachener Stadtrates und stellvertretende Vorsitzende der SPD Aachen. 2021 kandidierte sie zum ersten Mal für den Deutschen Bundestag.

**Julie Rothe** (\*1987) war von 2018–2021 Bundesgeschäftsführerin der Jusos und hat bereits den Wahlkampf 2017 im Juso-Bundesbüro erlebt. In ihrem ersten Jugendprojekt im Wahlkampf hat sie schon 2009 ehrenamtlich mitgearbeitet. Seitdem hat sie keinen Wahlkampf (Bund, Land, Europa) verpasst.

**Florentine Ruf** (\*2000) studiert in Erfurt Stadt- und Raumplanung. Sie ist bei den Jusos und Juso-Hochschulgruppen aktiv und seit Herbst 2021 Landeskoordinatorin der Juso-Hochschulgruppen Thüringen.

**Richard Saage** (\*1941), Prof. Dr., (em.) Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Schwerpunkte: Politische Theorie, Geschichte der politischen Ideen, Sozialutopien, Demokratietheorien, Theorien über den Faschismus, Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland und Österreich sowie Deutscher Konservatismus. Veröffentlichungen u.a. *Der erste Präsident. Karl Renner, eine politische Biografie* (2016); *Otto Bauer. Ein Grenzgänger zwischen Reform und Revolution* (2021).

**Marc Saxer** (\*1973), Leiter des Asien-Referats der FES, zuvor FES-Landesvertreter in Indien und Thailand sowie Koordinator des Projekts Economy of Tomorrow in Asia. 2021 erschien sein Buch *Transformativer Realismus. Zur Überwindung der Systemkrise*.

**Klaus-Jürgen Scherer** (\*1956), Dr. phil., Diplompolitologe Otto-Suhr-Institut FU Berlin, war u.a. langjähriger Geschäftsführer des Wissenschafts- und des Kulturforums der Sozialdemokratie. Seit 17 Jahren Redaktionsmitglied *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*. Geschäftsführender Vorstand der HDS e. V. und Redakteur der *perspektivends*.

**Uli Schöler** (\*1953), Dr., war Professor am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und stellvertretender Direktor beim Deutschen Bundestag. Letzte größere Veröffentlichung: *«Despotischer Sozialismus» oder «Staatsklaverei»? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929)*, 2 Bde., Berlin 2021<sup>2</sup>.

**Gesine Schwan** (\*1943), Prof. Dr., Politikwissenschaftlerin, Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission. Veröffentlichungen zuletzt: *Politik trotz Globalisierung* (2021); *Europa versagt. Eine neue Flüchtlingspolitik ist möglich* (2021).

**Tobias Schweitzer** (\*1998) studiert in Münster Philosophie und Politikwissenschaft im Bachelor und ist Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er ist zudem Chefredakteur der dortigen Studierendenzzeitung *Semesterspiegel*. Seine akademischen Interessen gelten kritischen und (ideen-)geschichtlichen Perspektiven auf den Neoliberalismus, dem Werk und der Rezeption von Jürgen Habermas sowie Fragen der Sozial- und Geschichtsphilosophie.

**Peter Steinbach** (\*1948), Prof. Dr., Historiker und Politikwissenschaftler, lehrte in Passau, an der FU Berlin, in Karlsruhe und Mannheim. Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Zahlreiche Publikationen besonders zum NS-Widerstand und zur sozialdemokratischen Verfassungspolitik.

**Johano Strasser** (\*1939), Dr. habil., Politologe, Publizist, Schriftsteller. Mitglied der SPD-Grundwertekommission. Veröffentlichungen u.a. *Das Drama des Fortschritts*,

(2015); *Als wir noch Götter waren im Mai. Ein deutsches Leben* (2018).

**Gert Weißkirchen** (\*1944), war Professor für Sozialpädagogik an der FH Wiesbaden, von 1976 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, war persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus. Mitglied im Vorstand der HDS e. V.

**Klaus Wettig** (\*1940), Jurist, Sozialwissenschaftler, Autor, Kulturmanager und ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments. Nach vielen Funktionen in der SPD seit 2009 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Göttingen-Ost. Veröffentlichungen zuletzt: *Soziale Demokratie und Geschichte. Reden und Aufsätze* (2020), *Reformen wagen – Kommentare zum Wiederaufstieg der SPD* (2019).